

Ian Kershaw

Der NS-Staat

Geschichtsinterpretationen
und Kontroversen im Überblick

Sachbuch

rororo



Die Literatur zum Nationalsozialismus und zum Holocaust füllt ganze Bibliotheken, und selbst Fachleuten fällt es schwer, einen Überblick zu wahren. Diese unübersichtliche Situation stellt sich dank der Arbeit des britischen Sozialhistorikers und Hitler-Biographen Ian Kershaw verändert dar. Sein Buch, das nun in einer erweiterten und überarbeiteten Fassung vorliegt, ist ein Wegweiser durch das Bücherdickicht zum Ursprung und Wesen des Nationalsozialismus. Der Autor informiert über die unterschiedlichen Erklärungsmodelle, kommentiert einsichtig die großen Kontroversen und Debatten, die sie begleiten, und zeigt dabei den aktuellen Forschungsstand.

ISBN 3-499-60796-4



9 783499 607967

öS 145,- DM 19.90

ab 1.1.2002 € 10.50

Mehr zum Programm
unter: www.rororo.de

Zu diesem Buch

Die Literatur zum Nationalsozialismus und zum Holocaust füllt ganze Bibliotheken, und selbst Fachleuten fällt es schwer, einen Überblick zu wahren. Diese unübersichtliche Situation stellt sich dank der Arbeit des britischen Sozialhistorikers und Hitler-Biographen Ian Kershaw verändert dar. Sein von Jürgen Peter Krause übersetztes Buch, das nun in einer erweiterten und überarbeiteten Fassung vorliegt, ist ein Wegweiser durch das Bücherdickicht zum Ursprung und Wesen des Nationalsozialismus. Der Autor informiert über die unterschiedlichen Erklärungsmodelle, kommentiert einseitig die grossen Kontroversen und Debatten, die sie begleiten, und zeigt dabei den aktuellen Forschungsstand.

«Der Verfasser stellt die verschiedenen Positionen der Forschung gerecht argumentierend und zugleich pointiert vor. Ein anregendes und aussergewöhnliches Buch der deutschen Gesellschaftsgeschichte in den dreissiger und vierziger Jahren.»

Detlef J. Peukert

Der Autor

Dr.phil. Ian Kershaw, geboren 1943, studierte in Liverpool und Oxford. Er lehrte von 1968 bis 1989 an den Universitäten Manchester und Nottingham. Seit 1989 ist er Professor für Neuere Geschichte und Direktor des Historischen Instituts der Universität Sheffield.

Kershaws Forschungen über Hitler und das Dritte Reich führten ihn nach London, New York, Moskau und in viele Archive in Deutschland, Österreich und Frankreich.

Er war Berater der ZDF-Serie «Hitler: eine Bilanz» und der BBC-Dokumentarreihe «The Nazis. Warning from History». 1984 erhielt er das Bundesverdienstkreuz. Ian Kershaw hat mehrere Bücher über das Dritte Reich geschrieben, darunter «Der Hitler-Mythos» (1980), «Der NS-Staat» (1988), «Hitlers Macht» (1992).

Ian Kershaw

Der NS-Staat

**Geschichtsinterpretationen und
Kontroversen im Überblick**

Deutsch von Jürgen Peter Krause

Rowohlt Taschenbuch Verlag

Die Originalausgabe erschien 1985 unter dem Titel
«The Nazi Dictatorship: Problems and Perspectives of Interpretation» bei
Edward Arnold (Publishers) Ltd., London.
Die vorliegende deutsche Textfassung ist eine bearbeitete und erweiterte
Neuausgabe, die in den unveränderten Teilen der 1993 in London erschienenen
3. englischen Auflage folgt.
Die deutsche Erstausgabe erschien 1988 im Rowohlt Verlag GmbH, Reinbek
bei Hamburg.

2. Auflage Februar 2001

Erweiterte und bearbeitete Neuausgabe, 14.-21. Tausend September 1999
Veröffentlicht im Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH,
Reinbek bei Hamburg, Februar 1994
Copyright © 1994 by Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH,
Reinbek bei Hamburg
«*The Nazi Dictatorship*» Copyright © 1985, 1989, 1993 by Ian Kershaw
Copyright © 1988 by Rowohlt Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg
Umschlaggestaltung Ingrid Albrecht
(Foto: Ullstein Bilderdienst)
Satz Sabon PostScript (PageOne)
Gesamtherstellung Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany
ISBN 3 499 60796 4

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader

Inhalt

Vorwort 7

Abkürzungen 9

- 1 Die Historiker und das Problem, den Nationalsozialismus zu erklären 11
 - Die geschichtsphilosophische Dimension 18
 - Die politisch-ideologische Dimension 27
 - Die moralische Dimension 34

- 2 Das Wesen des Nationalsozialismus: Faschismus, Totalitarismus oder einzigartiges Phänomen? 39
 - Totalitarismus 43
 - Faschismus 49
 - Marxistische Theorien 50
 - Nichtmarxistische Interpretationen 54
 - Allgemeine Überlegungen zum «Totalitarismus»- und zum «Faschismus»-Begriff 60
 - Nationalsozialismus als Totalitarismus? 63
 - Nationalsozialismus als Faschismus oder als einzigartiges Phänomen? 69

- 3 Politik und Wirtschaft im NS-Staat 80 Interpretationen 82
 - Auswertung 93

- 4 Hitler: «Herr und Meister im Dritten Reich» oder «schwacher Diktator»? 112
 - Persönlichkeit, Struktur und der «Faktor Hitler» 114
 - Hitlers Macht: eine Auswertung 128

- 5 Hitler und der Holocaust 148
Interpretationen 150
Auswertung 162
- 6 Die nationalsozialistische Aussenpolitik:
Hitlers «Programm» oder «Expansion ohne Ziel»? 207
Interpretationen 209
Auswertung 221
- 7 Das Dritte Reich: «Soziale Reaktion» oder
«soziale Revolution»? 246
Interpretationen 251
Auswertung 263
- 8 «Widerstand ohne das Volk»? 279
Interpretationen 282
Zusammenfassung 300
- 9 «Normalität» und Genozid:
Das Problem der «Historisierung» 329
Der «historisierende» Ansatz 330
Kritik der «Historisierung» 335
Auswertung 341
- 10 Perspektivverschiebung:
Historiographische Entwicklungstendenzen seit der deutschen Vereini-
gung 356
Nationalsozialismus und nationale Identität 359
Nationalsozialismus und Modernisierung 364
Nationalsozialismus und Stalinismus 372
Der Generationswechsel und die «Goldhagen-Debatte» 376
Überlegungen zum Perspektivwechsel in der Forschung 391

Weiterführende Literaturhinweise 404

Namenregister 408

Vorwort zur dritten deutschen Auflage

Bücher über komplexe Themen verfassen Historiker, so will mir scheinen, in erster Linie, um sich selbst Klarheit über bestimmte Probleme zu verschaffen. Es ist dann ein zusätzliches Plus, wenn andere Leute die angestellten Überlegungen interessant finden. Deshalb ist es mir eine besondere Freude, dass sich dieses Buch seit über zehn Jahren als hilfreicher Wegweiser durch die Vielzahl der Veröffentlichungen erwiesen hat, die sich in mehr als 50 Jahren wissenschaftlicher Beschäftigung mit äusserst schwierigen und wichtigen geschichtlichen Problemstellungen angehäuft haben.

Schon kurz nachdem ich mich intensiver mit der NS-Zeit zu befassen begann, wurde ich 1979 auf einer internationalen Tagung mit erbitterten Auseinandersetzungen, vor allem unter westdeutschen Historikern, konfrontiert. Dieses Erlebnis brachte mich Anfang der achtziger Jahre dazu, eine erste englische Fassung des vorliegenden Bandes zu schreiben. So entstand aus der damaligen Situation heraus der bis heute vorhandene inhaltliche Kern: eine Bestandsaufnahme der geschichtswissenschaftlichen Forschung über das «Dritte Reich» zum damaligen Zeitpunkt. Manche der hier angesprochenen Debatten erscheinen heute weniger kontrovers als damals. Die Forschung schreitet voran, äussere Bedingungen ändern sich, neue Probleme tauchen auf und alte verlieren an Sprengkraft. In der Geschichtswissenschaft ist das etwas ganz Normales. Weniger normal ist allerdings das Tempo, in dem sich die Dinge in den letzten Jahren geändert haben. Und entschieden anomal ist der Einfluss, den die öffentliche Meinung zum Erbe der Vergangenheit in jüngster Zeit auf die Geschichtsschreibung gewonnen hat. In der Historiographie über das «Dritte Reich» spiegeln sich weiterhin die moralischen und politischen Dimensionen (wie auch unterschiedliche methodisch-theoretische Herangehensweisen), die ich im ersten Kapitel herausgearbeitet habe. Der «Historikerstreit» der achtziger und die «Goldhagen-Debatte» der neunziger Jahre illustrieren das vielleicht am spektakulärsten. Doch ungeachtet der öffentlichen Kontroversen schreitet die For-

schung im Eiltempo voran und gleicht darin eher einem reissenden Strom als einem sanft plätschernden Bach. Dadurch fällt es selbst Fachleuten schwer, sich auf dem Laufenden zu halten. Aber vielleicht rechtfertigt schon allein der Versuch eine weitere Auflage dieses Buches.

Soweit erforderlich habe ich versucht, Text, Anmerkungen und Literaturhinweise auf den neuesten Stand zu bringen. Von den ursprünglich von mir behandelten Themen ist keines so intensiv erforscht und mit derart rasch sich ändernden Interpretationen bedacht worden wie «Hitler und der Holocaust». Das betreffende Kapitel habe ich schon für die zweite deutsche Auflage überarbeiten müssen. Angesichts wichtiger neuer Veröffentlichungen erwies es sich nun von Neuem als erforderlich, wesentliche Teile des Kapitels umzuschreiben. Im letzten Kapitel der alten Ausgabe hatte ich über mögliche Auswirkungen der deutschen Vereinigung auf die Geschichtsschreibung spekuliert. Die Durchsicht dieses Kapitels hat mir nun deutlich gezeigt, warum man als Historiker gut daran tut, bei seinem Fach zu bleiben, statt über Zukunftstrends zu spekulieren. Auch dieser Teil des Buches musste grösstenteils neu geschrieben werden, einerseits um das «Goldhagen-Phänomen» zu berücksichtigen und andererseits um rückschauend einen Blick auf die sich wandelnden Strömungen der Nationalsozialismusforschung zu werfen – zu einem Zeitpunkt, da Hitler und sein Regime aufgrund des Generationenwechsels Geschichte werden.

Freunden und Kollegen in verschiedenen Ländern, vor allem in Deutschland und Grossbritannien, bin ich nach wie vor äusserst dankbar für ihre inspirierenden Studien über ein Regime, dessen Handlungen das zu Ende gehende Jahrhundert so grundlegend und negativ geprägt haben. Einen von ihnen extra herauszustellen ist vielleicht ungerecht. Dennoch möchte ich vor allem Hans Mommsen für intensive Fachgespräche, zahlreiche Ratschläge und (selbst bei Meinungsverschiedenheiten) ermutigende Kommentare im Laufe vieler Jahre danken. Besonders dankbar bin ich auch der Alexander-von-Humboldt-Stiftung für ihre anhaltende Unterstützung. Last not least gilt mein Dank Barbara Wenner für ihre hervorragende Lektoratstätigkeit und Jürgen Peter Krause für seine ausgezeichnete Übersetzungsarbeit bei inzwischen mehreren meiner Veröffentlichungen.

Ian Kershaw
Sheffield/Manchester im März 1999

Abkürzungen

AfS	Archiv für Sozialgeschichte
AHR	American Historical Review
APZ	Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung «Das Parlament»)
BAK	Bundesarchiv, Koblenz
CEH	Central European History
EcHR	Economic History Review
GG	Geschichte und Gesellschaft
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HWJ	History Workshop Journal
HZ	Historische Zeitschrift
IMT	International Military Tribunal <i>[Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof (Nürnberg 1947-1949), 42 Bde.]</i>
JCH	Journal of Contemporary History
MGM	Militärgeschichtliche Mitteilungen
NPL	Neue Politische Literatur
PVS	Politische Vierteljahresschrift
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1 Die Historiker und das Problem, den Nationalsozialismus zu erklären

Auch mehr als fünf Jahrzehnte nach der Zerstörung des Dritten Reiches haben führende Historiker bei einigen der grundlegendsten Erklärungs- und Interpretationsprobleme keine Einigung erzielen können. Natürlich sind in der Geschichtsschreibung seit der unmittelbaren Nachkriegszeit grosse Fortschritte gemacht worden. Die Historiker versuchten sich damals an einer Aufzeichnung der «Zeitgeschichte», noch bevor sich der Sturm der Enttötung über die von Hitlers Armeen in Europa angerichtete Zerstörung etwas gelegt hatte; sie schrieben in einem politischen Klima, das von den entsetzlichen Enthüllungen der Nürnberger Prozesse und der Einsicht in das Ausmass der Grausamkeit des Regimes geprägt war. Insofern kann es kaum überraschen, dass damals bei der Beschreibung der jüngsten Vergangenheit Anschuldigungen von Seiten der Alliierten und Rechtfertigungen von Seiten der Deutschen eine grosse Rolle spielten. Mit grösserem zeitlichem Abstand haben zahlreiche, von einer neuen Historikergeneration veröffentlichte Forschungsarbeiten dazu beigetragen, unser Wissen über den Nationalsozialismus wesentlich zu erweitern – vor allem seitdem in den sechziger Jahren die von den Alliierten erbeuteten und inzwischen an die Deutschen zurückgegebenen Dokumente zugänglich gemacht worden waren. Doch sobald man versucht, an die detaillierten Monographien mit übergreifenden Fragestellungen heranzugehen, stösst man, was die Übereinstimmung bei der Interpretation des Nationalsozialismus betrifft, schnell auf Grenzen. Eine Synthese der gegensätzlichen Interpretationen, nach der so oft verlangt wird, ist nirgendwo in Sicht. Die Debatte hält unvermindert an und wird mit grossem Nachdruck und häufig sogar mit einer Erbitterung geführt, die über eine herkömmliche Kontroverse zwischen Historikern weit hinausgeht. Lebhaft deutlich wurde dies an den Gefühlsausbrüchen, von denen 1986 der «Historikerstreit» begleitet war – eine öffentliche Kontroverse zwischen

führenden deutschen Historikern über den historischen Ort des Dritten Reichs in der deutschen Geschichte.

Natürlich sind gerade Debatten und Kontroversen ein wesentlicher Bestandteil historischer Arbeit und eine Voraussetzung dafür, dass es bei der Geschichtsforschung überhaupt zu Fortschritten kommt. Der Nationalsozialismus wirft jedoch historische Interpretationsfragen auf, die eine eigene Brisanz haben oder ein bezeichnendes Licht auf weiterreichende historische Erklärungsprobleme werfen. Die besonderen Merkmale der grundlegenden Meinungsverschiedenheit der Historiker bei der Interpretation des Nationalsozialismus lassen sich meines Erachtens durch drei zwangsläufig eng miteinander verflochtene Bereiche umreißen: einen geschichtsphilosophischen, einen politisch-ideologischen und einen moralischen. Diese Bereiche sind untrennbar verbunden mit dem Forschungsgegenstand des Historikers und mit dem Verständnis, das er seiner heutigen Rolle und Aufgabe bei der Erforschung und Beschreibung des Nationalsozialismus entgegenbringt. Diese besonderen Merkmale, so möchte ich weiter behaupten, spiegeln ein zentrales Element im politischen Bewusstsein beider deutscher Nachkriegsstaaten: Die Rede ist von der lernbereiten Auseinandersetzung mit Deutschlands jüngster Vergangenheit.

Da die Historiker in Ost- und Westdeutschland grundverschieden an die Nazivergangenheit herangegangen sind, sind ihre schriftlichen Äusserungen über den Nationalsozialismus in bestimmter Weise gefärbt. In der Bundesrepublik ist man mit dem Problem allerdings auf eine weniger eingeleitete Weise umgegangen als in der Deutschen Demokratischen Republik, und so sind die Kontroversen über die Interpretation des Nationalsozialismus vor allem westdeutsche Kontroversen. Damit soll natürlich keineswegs der bedeutende, oftmals wegweisende Beitrag unterschätzt werden, den nichtdeutsche Historiker bei der Erforschung der deutschen Geschichte geleistet haben. Häufig hat gerade der Umstand, dass ausländische Historiker frei von der Last der «Vergangenheitsbewältigung» und unabhängig von den intellektuellen Strömungen der westdeutschen Gesellschaft sind, zu frischen Impulsen und neuen Methoden geführt. Aus den folgenden Kapiteln geht hervor, wie sehr die internationale Wissenschaft diesem Bereich der Forschung ihren Stempel aufgedrückt hat. Dennoch wird im Buch im Wesentlichen davon ausgegangen, dass die Konturen der Debatte im Allgemeinen von deutschen Historikern herausgearbeitet wurden und in grossem

Masse davon geprägt sind, was westdeutsche Historiker als ihre Aufgabe bei der Bildung des «politischen Bewusstseins» und der Überwindung der Vergangenheit ansahen.

Von der Bundesrepublik heisst es, sie sei mehr noch als Israel oder Süd-vietnam «ein Staat der Zeitgeschichte, aus der Katastrophe hervorgegangen und zur Überwindung der Katastrophe errichtet»¹. In einer solchen Gesellschaft kommt dem Historiker, der sich mit der jüngsten Vergangenheit beschäftigt, eine viel offenkundiger *politische* Rolle zu als beispielsweise in Grossbritannien. Man kann durchaus sagen, dass der Historiker aufgrund seiner Interpretation der jüngsten Vergangenheit in gewisser Weise als Hüter oder Kritiker der Gegenwart gesehen wird und sich auch selbst so sieht. Dadurch, dass die geschichtliche Erforschung des Nationalsozialismus und die «politische Bildung» untrennbar miteinander verbunden sind, verstärkt sich bei manchen Historikern teilweise das unterschwellige Gefühl, dass vor allem dort, wo es um das Erfassen des Wesens des NS-Systems geht, Klarheit herrschen *sollte*. Dieses Gefühl wurde 1978 vom damaligen Bundeskanzler, Helmut Schmidt, zum Ausdruck gebracht, als er in seiner Rede auf dem deutschen Historikertag beklagte, ein Übermass an Theorie habe dazu geführt, dass viele heutige Deutsche ein Bild vom Nationalsozialismus hätten, dem es noch immer an einer «klaren Kontur» fehle.² Dasselbe Argument ist für die Stimmung – eine Mischung aus Wut und Trauer – mancher Historiker kennzeichnend, deren Interpretationen in den fünfziger und sechziger Jahren tonangebend gewesen sind und die sich jetzt einer «revisionistischen» Herausforderung gegenübersehen, die so weit geht, «grundlegende Erkenntnisse, die man für völlig gesichert, ja unbestritten gehalten hat, radikal in Frage» zu stellen.³

Sowohl «Traditionalisten» als auch «Revisionisten» gehen ausdrücklich davon aus, dass zwischen dem Perspektivwandel in der Geschichtsforschung und der aktuellen politischen Bewusstseinsbildung ein Zusammenhang besteht.⁴ Durch den «Historikerstreit» ist wieder einmal deutlich ge-

1 Ernst Nolte, *Marxismus, Faschismus, Kalter Krieg* (Stuttgart 1977), S. 217.

2 Zitiert in Walther Hofer, «50 Jahre danach. Über den wissenschaftlichen Umgang mit dem Dritten Reich», *GWU* 34, (1983), S. 2.

3 Ebenda.

4 «Revisionismus» ist ein schwammiger, verwirrender, noch dazu als Schimpfwort gebrauchter Begriff. Einige der Autoren, die in den siebziger Jahren sogenannte Revisionisten kritisiert haben, sind beim «Historikerstreit» selbst als «Revisionisten» bezeichnet worden.

worden, dass gegensätzliche Interpretationen des Nationalsozialismus Teil der fortlaufenden Neueinschätzung der politischen Identität und politischen Zukunft der Bundesrepublik sind. Heutzutage sind der Historiker und sein Werk öffentliches Eigentum. Damit ist der grundlegende Rahmen abgesteckt und angedeutet, wie sehr die Geschichtskontroverse, die wir im Folgenden beurteilen wollen, politisch gefärbt ist.

Zum Nationalsozialismus gibt es eine solche Fülle von Literatur, dass es selbst Fachleuten schwerfällt, den Überblick zu behalten. Und es ist nicht zu übersehen, dass Studentinnen und Studenten, die sich auf die neueste deutsche Geschichte spezialisieren, häufig nicht in der Lage sind, sich die komplexe Literatur zum Nationalsozialismus anzueignen und Interpretationskontroversen zu folgen, die sich zum grössten Teil auf den Seiten deutscher wissenschaftlicher Zeitschriften oder in wissenschaftlichen Monographien abspielen. Darum habe ich dieses Buch geschrieben. Es enthält keine Beschreibung der Entwicklung der Geschichtsschreibung – oder, anders ausgedrückt, keine Geschichte der Geschichte des Nationalsozialismus.⁵ Es versucht vielmehr, das Wesen einiger zentraler Interpretationsprobleme zu untersuchen, die sich speziell auf den Zeitraum der Diktatur selbst beziehen und mit denen der heutige Historiker konfrontiert ist, sobald er sich mit ihr befasst.⁶

Die Struktur des Buches ist grossteils durch die – ineinandergreifenden und zusammenhängenden – Themen vorgegeben, die den Kontroversen zu-

5 *Einen guten, wenngleich oftmals recht agnostischen historiographischen Überblick bietet Pierre Ayçoberry, The Nazi Question (London 1981). Ein weiterer französischer Historiker, Edouard Husson, hat inzwischen als Dissertation einen umfassenden Überblick über die deutsche Geschichtsschreibung zum Nationalsozialismus vorgelegt: Les historiens de la République Fédérale d'Allemagne (1949-1998), leurs travaux sur l'Allemagne depuis Bismarck et la question de l'identité politique allemande (Paris 1998). Die Veröffentlichung einer überarbeiteten Fassung ist in Vorbereitung.*

6 *Besprechungen der Literatur und des Standes der Forschung zum Nationalsozialismus finden sich in Klaus Hildebrand, Das Dritte Reich (München/Wien 1979); Andreas Hillgruber, Endlich genug über den Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg? Forschungsstand und Literatur (Düsseldorf 1982); John Hiden und John Farquharson, Explaining Hitler's Germany. Historians and the Third Reich (London 1983). Gerhard Schreiber bietet in seinem Buch Hitler. Interpretationen 1923-1983 (Darmstadt 1984) den besten historiographischen Überblick über Arbeiten, die sich mit Hitler befassen.*

grunde liegen. Im nächsten Kapitel sollen die weitreichenden und stark gegensätzlichen Interpretationen des Wesens des Nationalsozialismus analysiert werden: ob er am einleuchtendsten als eine Form des Faschismus, eine Art Totalitarismus oder als ein politisches Phänomen «eigener Art» anzusehen ist. Mit der Faschismusdebatte unmittelbar verbunden ist die hitzige Kontroverse über den Zusammenhang von Nationalsozialismus und Kapitalismus, vor allem über die Rolle der deutschen Industrie; diese Kontroverse bildet das Thema des übernächsten Kapitels. Als Schlüsselthema hat sich die Frage nach der Interpretation der Stellung, Rolle und Bedeutung Hitlers innerhalb des nationalsozialistischen Herrschaftssystems herauskristallisiert – ein komplexes Problem, das im Folgenden in drei verschiedenen Kapiteln zur Machtstruktur des Dritten Reiches und zur Entwicklung der antijüdischen Politik und der Aussenpolitik untersucht wird. Nachdem wir uns mit der Regierung des Dritten Reiches beschäftigt haben, gilt unser Augenmerk der Gesellschaft unter der Naziherrschaft: Es soll untersucht werden, in welchem Masse der Nationalsozialismus die deutsche Gesellschaft verändert oder sogar revolutioniert hat, und versucht werden, die komplexe Frage des deutschen Widerstands gegen Hitler zu behandeln. Darauf folgt eine Analyse der wichtigen Debatte um die «Historisierung» des Dritten Reichs – also der Frage, ob die NS-Zeit überhaupt so wie andere vergangene Epochen als «Geschichte» behandelt werden kann. Schliesslich wird der Versuch unternommen, neue historiographische Entwicklungstendenzen seit der deutschen Vereinigung zu untersuchen.

In jedem der genannten Kapitel versuche ich, die unterschiedlichen Interpretationen und den derzeitigen Forschungsstand angemessen zusammenzufassen und anschliessend eine Einschätzung anzubieten. Ich habe es nicht als meine Aufgabe angesehen, mich bei der Betrachtung der Kontroversen um eine neutrale Haltung zu bemühen – das wäre auch gar nicht möglich. Ich hoffe, dass ich die Ansichten, die ich hier zusammenfasse, so fair wie möglich darstelle, aber ich möchte mich auch an der Debatte beteiligen – nicht ihr unparteiischer «Schiedsrichter» sein – und in jedem einzelnen Fall meine eigene Position vortragen.

So verschieden die in diesem Buch referierten Interpretationsansätze die Geschichte des Dritten Reiches auch angehen – ein Ziel ist ihnen gemeinsam: Sie wollen eine angemessene *Erklärung* des Nationalsozialismus bieten. Grundsätzlich stehen alle Historikerinnen und Historiker vor der Auf-

gabe, die Vergangenheit zu erklären, doch wie beängstigend und komplex diese Aufgabe im Fall des Nationalsozialismus ist, wird auf den folgenden Seiten ersichtlich werden. Eine *angemessene* Erklärung des Nationalsozialismus dürfte in der Tat intellektuell wohl nicht zu leisten sein. Im Nationalsozialismus haben wir ein Phänomen, das sich anscheinend kaum einer rationalen Analyse unterziehen lässt. Unter der Leitung eines Führers, der in apokalyptischen Tönen von Weltmacht oder Zerstörung redete, und eines Regimes, das sich auf eine äusserst widerwärtige Ideologie des Rassenhasses gründete, plante und entfesselte eines der kulturell und wirtschaftlich am weitesten fortgeschrittenen Länder Europas einen Weltkrieg, dem rund 50 Millionen Menschen zum Opfer fielen, und es verübte Greuelthaten, die in dem mechanisierten Massenmord an Juden, Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und anderen gipfelten und von ihrer Art und ihrem Ausmass her jede Vorstellungskraft übersteigen. Angesichts von Auschwitz erscheint die Erklärungsfähigkeit des Historikers in der Tat kläglich. Wie kann er hoffen, angemessen und «objektiv» über ein Regierungssystem zu schreiben, das in einem solch riesigen Ausmass Schrecken und Entsetzen verbreitet hat? Wie soll er mit seiner Aufgabe beginnen? Er kann sich kaum – um ein Wort Rankes zu benutzen – darauf beschränken, anhand der Quellen zu zeigen, «wie es eigentlich gewesen». Und kann er hoffen, ein derart kriminelles Regime und dessen unmenschlichen Führer in historischer Tradition zu «verstehen»? Oder besteht seine Aufgabe darin, das Übel des Nationalsozialismus blosszustellen – der Gegenwart zum Zeugnis und der Zukunft zur Warnung? Wenn ja, wie hat das zu geschehen? Kann oder sollte der Historiker danach trachten, «Abstand» zu seinem Forschungsgegenstand zu wahren? (Eine solche innere Distanz gilt ja allgemein als für eine «objektive» Geschichtsschreibung unabdingbar.) Allein schon diese Fragen deuten einige der Gründe dafür an, warum keine Erklärung des Nationalsozialismus intellektuell ganz zufriedenstellend sein kann. Letztlich muss jedoch das Verdienst jedes Interpretationsansatzes daran gemessen werden, inwieweit er einen *Beitrag* zu einer genaueren Erklärung des Nationalsozialismus leistet. Dieses Buch hat seinen Zweck erfüllt, wenn sich aus der hier gegebenen Einschätzung verschiedener Interpretationen der Nazidiktatur entnehmen lässt, welche Ansätze sich besser dazu eignen (oder, anders ausgedrückt, weniger unzureichend sind als andere), eine Erklärung für den dy-

namischen Radikalisierungsprozess im Dritten Reich zu liefern, der zu einem Krieg und Völkermord von beispiellosem Ausmass geführt hat.

Bevor wir die geschichtsphilosophischen, die politisch-ideologischen und die moralischen Dimensionen betrachten, die den von uns zu untersuchenden Kontroversen zugrunde liegen, muss ein letzter einleitender Punkt klargestellt werden. Gemeint ist die Unzulänglichkeit des Quellenmaterials. Denn trotz der gewaltigen Menge an archivalischen Materialien, die aus der Zeit des Dritten Reiches erhalten geblieben sind, ist die Dokumentation extrem lückenhaft, und ernste Interpretationsprobleme hängen teilweise mit grundlegenden, in der Natur der Quellen begründeten Mängeln zusammen. Viele äusserst wichtige Dokumente sind natürlich von den Nazis gegen Kriegsende vernichtet worden, viele sind auch den Bombenangriffen zum Opfer gefallen. Aber das Problem geht über den rein materiellen Verlust des Aktenmaterials hinaus und umfasst auch die riesigen Lücken, die sich bei den Dokumentarquellen an äusserst kritischen und sensiblen Punkten auftun und ein unvermeidliches Produkt der Funktionsweise des nationalsozialistischen Regierungssystems sind. Nirgendwo sind diese Lücken offensichtlicher und frustrierender als dort, wo es um Hitler selbst und seine Rolle in der Regierung des Dritten Reiches geht. Wenn wir uns etwa den Bereich der zentralen Entscheidungsfindung ansehen, dann hat das zunehmende Versagen der formalisierten zentralen Regierungsmaschinerie im Dritten Reich und Hitlers ausserordentlich unbürokratischer Herrschaftsstil, bei dem Entscheidungen selten formell registriert wurden, zu einer riesigen Dokumentationslücke geführt. Die immensen bürokratischen Überreste des Dritten Reiches sagen daher kaum etwas über Hitler aus. Es lässt sich schwer sagen, welche von der Regierung kommenden Akten Hitler überhaupt zu Gesicht bekam – ganz zu schweigen davon, ob er sie dann auch las und wie er auf sie reagierte. Als Diktator von Deutschland bleibt Hitler für den Historiker grösstenteils in unerreichbarer Ferne, da die Quellen schweigen. Und aus ebendiesem Grund lassen sich zentrale, Hitlers Stellung im nationalsozialistischen Herrschaftssystem betreffende Interpretationskonflikte weder vermeiden noch auf der Grundlage des verfügbaren Quellenmaterials überzeugend lösen.

Bei der Interpretation des Nationalsozialismus machen die Unzulänglichkeiten der Quellen jedoch nur einen relativ unbedeutenden Teil des Problems aus. Eine für die Art der Kontroverse über die Nazidiktatur entscheidendere Rolle spielen die divergierenden, miteinander häufig nicht recht zu

vereinbarenden Konzeptionen und Methoden der Historiker, die in diesem Fall zur Untersuchung des Nationalsozialismus angewandt werden.

Die geschichtsphilosophische Dimension

Zu Beginn sollen zwei Punkte betont werden. Zum einen treten die Unterschiede in der fachlichen Herangehensweise, Methode und Philosophie keineswegs nur bei der Untersuchung des Nationalsozialismus auf, wenn auch die mit der Interpretation des Nationalsozialismus verbundenen Probleme die Fragestellungen der Geschichtsphilosophie auf besonders eindringliche Weise deutlich werden lassen. Zum anderen rührt die Heftigkeit und Rigorosität, mit der die Debatte über die Geschichtsmethoden ausgetragen wird, daher, dass die spezifisch deutsche Tradition der Geschichtsschreibung (hier auf das Dritte Reich angewandt) unter Beschuss geraten ist. Obwohl nichtdeutsche Historiker häufig bedeutende Beiträge geliefert haben, ist die methodologische Auseinandersetzung grösstenteils und bezeichnenderweise eine westdeutsche Angelegenheit. Im Folgenden müssen wir deshalb unser Augenmerk auf die Vorgehensweise und das Wesen der deutschen Geschichtsschreibung richten und auf die radikal gegensätzlichen Ansichten, die von derzeit führenden bundesdeutschen Historikern in Bezug auf Form und Zweck der Geschichtsschreibung vorgetragen werden.

Die Konturen der deutschen Geschichtsschreibung sind in der Nachkriegszeit durch eine Anzahl spezifischer Faktoren geprägt worden, durch die sich Deutschland von der historiographischen Entwicklung anderer Länder unterscheidet. Dem ganzen Prozess liegt das Bedürfnis zugrunde, die Nazi-vergangenheit zu «bewältigen». Dies hat massgeblich dazu beigetragen, dass in der deutschen Geschichtswissenschaft der Nachkriegszeit Interpretationsprobleme, die sich auf den Verlauf und das Wesen der jüngeren deutschen Geschichte beziehen, besonders eng mit weitreichenden, die Methode und Einstellung des Historikers betreffenden Fragen verknüpft wurden. Ganz allgemein gesprochen lässt sich die Entwicklung, die die Geschichtsforschung in Westdeutschland – die DDR muss hier ausgenommen werden – seit dem Krieg genommen hat, in vier Phasen einteilen: den Zeit-

raum bis Anfang der sechziger Jahre, in dem der Historismus fortgesetzt und teilweise noch einmal aufpoliert wurde; eine Übergangsphase der Veränderung, die sich bis in die Mitte der siebziger Jahre erstreckte; eine Phase, die trotz harter Angriffe und gewisser regressiver Tendenzen bis in die späten achtziger Jahre andauerte und in der sich neue Formen einer strukturell begründeten «Sozialgeschichte» durchsetzten, die sich an den Sozialwissenschaften ausrichten und eng mit parallelen internationalen wissenschaftlichen Entwicklungen verknüpft sind; und eine Phase, die mit den fundamentalen Veränderungen der Jahre 1989/90 einsetzte und deren Ausgang noch immer nicht abzuschätzen ist.⁷ Die historistische Tradition hat in Deutschland seit der Zeit Rankes auf die Geschichtsphilosophie und die Geschichtsschreibung einen massgeblichen Einfluss ausgeübt, der ungleich grösser war als sonst der Einfluss irgendeiner Geschichtsauffassung in irgendeinem anderen Land.⁸

Diese Tradition beruhte auf einer – im philosophischen Sinne – idealistischen Vorstellung von Geschichte als einer kulturellen, von menschlichen «Ideen» geformten Entwicklung. Die Ideen, so die Grundüberlegung, kämen in den Handlungen der Menschen zum Ausdruck, und von diesen lasse sich wiederum auf ihre Absichten, Beweggründe und Überlegungen schliessen. Die Geschichtsschreibung sah insofern ihre Aufgabe im Wesentlichen darin, Handlungen mit Hilfe eines intuitiven «Verständnisses» der dahinterliegenden Absichten zu erklären zu suchen. In der Praxis führte das dazu, dass die Einzigartigkeit geschichtlicher Ereignisse und Persönlichkeiten herausgestellt und die grosse Bedeutung unterstrichen wurde, die des Menschen Wille und Absicht für den Lauf der Geschichte hätten. Ausserdem wurde die Macht des Staates als Ziel an sich betont (und dementsprechend auch die Erhabenheit des preussisch-deutschen Nationalstaats).

Für eine Historikerschaft, die sich stark auf das Wesen und die Rolle des

7 Diese Phaseneinteilung findet sich bei Jörn Rüsen, «Theory of History in the Development of West German Historical Studies: A Reconstruction and Outlook», *German Studies Review* 7 (1984), S. 14-18. Ich bin Prof. Rüsen für seine Kommentare und Anregungen zu diesem Buchabschnitt zu Dank verpflichtet. Ausserdem habe ich Nutzen aus einem ausgezeichneten Artikel von Bernd Faulenbach gezogen: «Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945», *Tijdschrift voor Geschiedenis* 94 (1981), S. 29-57. Siehe auch Georg G. Iggers, *Deutsche Geschichtswissenschaft* (München 1971), Kapitel 8, Tendenzen in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik», *GG* 7 (1981), S. 149-188.

8 Iggers, S. 11.

Staates als «positiver» Faktor in der Geschichte konzentriert hatte, bedeutete es nach 1945 einen starken Schock, nicht nur mit einem «*Staatszerbrechen*» zu tun zu haben, sondern mit einem «Staatszerbrechen beladen mit *Staatsverbrechen* in unvorstellbarem Ausmasse»⁹. Dennoch führte der Zusammenbruch des Dritten Reiches nicht zu einem grundlegenden Wandel innerhalb der historistischen Tradition und deren Dominanz in der Geschichtsschreibung. Genau wie 1918 und 1933 war die (west-)deutsche Historiographie auch jetzt im Wesentlichen durch Kontinuität gekennzeichnet. Die zwei führenden Historiker der Nachkriegszeit, Friedrich Meinecke und Gerhard Ritter, waren beide in der historistischen Tradition aufgewachsen, hatten dieser Tradition entsprechend geschrieben, und ihre Ideen waren tief in der deutschen idealistischen Tradition des geschichtlichen und politischen Denkens verwurzelt. Keiner von beiden war Nazi gewesen. Vielmehr waren beide bei den Nazis angeeckt: Meinecke war 1935 von seinem Posten als Herausgeber der *Historischen Zeitschrift* entfernt worden, und Ritter wurde nach dem Attentat auf Hitler 1944 als «Komplize» Carl Goerdelers ins Gefängnis gesteckt. Meineckes einflussreiches Buch *Die deutsche Katastrophe*, das 1946 erschien, und Ritters stärker apologetisches *Europa und die deutsche Frage*, das 1948 veröffentlicht wurde, stellten im Wesentlichen den Versuch dar, den deutschen Idealismus und die nationalpolitische Tradition zu rechtfertigen. Ihrer Ansicht zufolge war der Nationalsozialismus aus einer Art untergründigem parasitärem Wachstum hervorgegangen, das sich bis zu den negativen Kräften zurückverfolgen lasse, die zum erstenmal in der Französischen Revolution ins Blickfeld geraten seien und parallel zu der im Allgemeinen gesunden und positiven Entwicklung des deutschen Staats existiert hätten. Obwohl es im ausgehenden neunzehnten Jahrhundert schon bedrohliche Anzeichen gegeben habe, sei es doch vor allem eine durch den Ersten Weltkrieg ausgelöste katastrophale Serie von Ereignissen gewesen, die in ganz Europa und nicht nur in Deutschland zu einem Zusammenbruch moralischer und religiöser Werte, zur Vorherrschaft des Materialismus, zum Anwachsen der Barbarei und zur Korrumpierung der Politik hin zu Machiavellismus und Demagogie geführt haben. Wenn wir einer solchen Interpretation folgen, dann ist der Nationalsozialismus das schreckliche Resultat einer europäischen – und nicht spezifisch deutschen – Entwick-

9 Manfred Schlenke zitiert in Iggers, S. 356-357.

lungstendenz; er kennzeichnet dann einen entscheidenden Bruch mit der «gesunden» deutschen Vergangenheit, statt als ihr Produkt angesehen zu werden. Meinecke sprach von der «Geschichte der Entartung deutschen Menschentums»¹⁰. Ritter empfand den Gedanken «fast unerträglich», dass «der Wille eines Einzelnen, eines Wahnwitzigen» Deutschland in den Zweiten Weltkrieg getrieben habe.¹¹ Der Nationalsozialismus sei insofern mehr oder weniger ein Unfall in einer ansonsten lobenswerten Entwicklung. Und die Katastrophe, die über Deutschland hereingebrochen sei, lasse sich in nicht geringem Masse auf den «Dämon» Hitler zurückführen. (Solche defensiven Versuche, den Nationalsozialismus als Teil einer europäischen Krankheit zu interpretieren, entstanden natürlich als direkte Antwort auf die nach dem Krieg von anglo-amerikanischen Autoren geäußerte grobschlächtige Interpretation, der Nationalsozialismus könne nur als Höhepunkt einer jahrhundertelangen deutschen kulturellen und politischen Fehlentwicklung angesehen werden, die bis Luther und noch weiter zurückreiche.)¹²

Die «Fischer-Kontroverse» leitete Anfang der sechziger Jahre eine Entwicklung ein, die dazu führte, dass der Historismus rasch an Einfluss verlor und sich das Geschichtsd Denken wandelte. Mit Hilfe völlig traditioneller Forschungsmethoden zeigte Fritz Fischer in seinem 1961 veröffentlichten Buch *Griff nach der Weltmacht* die aggressiven, expansionistischen Kriegsziele von Deutschlands Eliten im Ersten Weltkrieg auf und widerlegte dadurch gründlich das Argument, eine bis dahin im Grunde genommen gesunde Entwicklung sei *nach* dem Krieg irgendwie «entgleist». Unbeabsichtigt hatte Fischer damit ausserdem der Geschichtsforschung neue Interessengebiete erschlossen – erwähnt sei hier insbesondere die Rolle der «traditionellen» Eliten und die Kontinuität, die die Kaiser- mit der Nazizeit verband und die

10 Friedrich Meinecke, *Die deutsche Katastrophe* (Wiesbaden 1946), S. 28.

11 Gerhard Ritter, *Das deutsche Problem. Grundfragen deutschen Staatslebens gestern und heute* (München 1962), S. 198. Dieses Buch ist eine überarbeitete und erweiterte Neuauflage von Ritters *Europa und die deutsche Frage. Betrachtungen über die geschichtliche Eigenart des deutschen Staatsdenkens* (München 1948).

12 Klassiker dieses Genres sind Rohan O'Butler, *The Roots of National Socialism* (London 1941) und William Montgomery McGovern, *From Luther to Hitler. The History of Nazi-Fascist Philosophy* (London 1946). Derartige antideutschen Tatsachenverzerrungen wurden mit William Shirers Bestseller *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches* (Köln/Berlin 1961) massiv unters Volk gebracht.

sich in den Gesellschaftsstrukturen und in der Innen- ebenso wie in der Aussenpolitik feststellen liess. In dem Aufsehen, das Fischers Arbeit erregte, spiegelt sich deutlich das Ausmass des Kulturschocks, den die ältere, etablierte Historikergeneration erlebte.¹³ Der Wandlungsprozess, der teilweise durch die «Fischer-Kontroverse» ausgelöst worden war, wurde stark dadurch gefördert, dass erstens alte, starre Strukturen durch den Ausbau des Universitätssystems aufgeweicht wurden, dass zweitens die Historikerzunft sich durch die von den Sozialwissenschaften erzielten Fortschritte herausgefordert sah und dass sich drittens mit dem Ende einer langen Periode konservativer Herrschaft und dem Einsetzen der «Studentenbewegung» Ende der sechziger Jahre das politische und intellektuelle Klima veränderte.¹⁴

Nun war die deutsche Geschichtswissenschaft ihrer historischen Isolation ledig und unternahm angesichts eines politischen Umfelds, in dem enge kulturelle Beziehungen mit anderen europäischen Ländern und den USA aktiv und intensiv gefördert wurden, einen Schritt nach aussen. Strukturelle Geschichtskonzepte, die vor allem aus der französischen *Annales*-Schule stammten, und der Einfluss der nordamerikanischen Politik- und Sozialwissenschaften begannen in Westdeutschland für eine Veränderung der Geschichtsmethoden zu sorgen.

Neue, in stärkerem Masse theoretische geschichtswissenschaftliche Ansätze, die sich stark an nordamerikanische Entwicklungen in den Sozial- und Politikwissenschaften anlehnten, rangen darum, sich zum ersten Mal an deutschen Universitäten zu etablieren. Durch den «neuen sozialgeschichtlichen» oder «geschichtlich-sozialwissenschaftlichen» Ansatz, der sich dafür aussprach, dass eine theoretisch begründete, integrative Disziplin eine strukturelle Analyse der «Gesellschaftsgeschichte» erstellen solle, wurde der traditionelle Schwerpunkt in der deutschen Geschichtswissenschaft umgedreht: Jetzt hiess es, das Konzept der «Politik» müsse dem Konzept der «Gesellschaft» untergeordnet werden, und die «politische Geschichte» – so wichtig sie auch sei – könne für sich allein nicht den Schlüssel zum Ge-

13 Fritz Fischer, *Griff nach der Weltmacht* (Düsseldorf 1961). Zur «Fischer-Kontroverse» siehe die Aufsatzsammlung in Hans W. Koch (Hg.), *The Origins of the First World War* (London 1972) sowie, in jüngerer Zeit, vor allem Volker Berghahn, «Die Fischerkontroverse – 15 Jahre danach», *GG* 6 (1980), S. 403-419.

14 Rösen, «Theory of History», S. 16; siehe auch Hans-Ulrich Wehler, «Geschichtswissenschaft heute», in Jürgen Habermas (Hg.), *Stichworte zur ‚Geistigen Situation der Zeit‘* (2 Bände, Frankfurt a.M. 1979), Bd. 2, S. 739-742.

schichtsverständnis liefern, sondern müsse in einen weiteren (und theoretischen) Kontext gestellt werden.¹⁵ In der 1975 und 1976 erfolgten Gründung zweier neuer Zeitschriften – *Geschichte und Gesellschaft* beziehungsweise *Geschichtsdidaktik* –, die die Methodik dieser neuen Ansätze darstellten und deren Forschungsergebnisse veröffentlichten, spiegelte sich, so könnte man sagen, der Umstand, dass sich die «Geschichte als Gesellschaftswissenschaft», die Mitte der sechziger Jahre noch innovativ gewesen war, ein Jahrzehnt später etabliert und institutionalisiert hatte.

Diese Weiterentwicklung verlief natürlich nicht unangefochten. Führende Historiker, die sich zwar vom klassischen Historismus gelöst hatten, aber noch an konventionellen Geschichtsmethoden und Interessenbereichen festhielten, nahmen die von den Verfechtern des «neuen gesellschaftsgeschichtlichen» Ansatzes an sie ergangene Herausforderung an. Vertreter der beiden – scheinbar unversöhnlichen – Seiten debattierten zuweilen recht hitzig über geschichtsmethodische Fragen. Und diese Debatten sind für die Art und Weise, in der über den Nationalsozialismus gestritten wird und wurde, von unmittelbarer Relevanz.

Der führende Protagonist des «gesellschaftsgeschichtlichen» Ansatzes, Hans-Ulrich Wehler, galt im Allgemeinen nicht als Spezialist in Sachen Nationalsozialismus, auch wenn er in seinen Untersuchungen zum Kaiserreich ausdrücklich der Frage nach einer Kontinuität in den Strukturen der deutschen Gesellschaft zwischen 1870 und 1945 nachging.¹⁶ Zu den führenden Gegnern der «neuen Gesellschaftsgeschichte» und Verteidigern der Verdienste der herkömmlichen politischen Geschichte gehörten der verstorbene Andreas Hillgruber und Klaus Hildebrand, die beide als namhafte Experten der nationalsozialistischen Aussenpolitik gelten.¹⁷ Mit Nachdruck betonten

15 Siehe zum Beispiel Hans-Ulrich Wehler, «Anwendung von Theorien in der Geschichtswissenschaft», in Jürgen Kocka und Thomas Nipperdey (Hg.), *Theorie der Geschichte. Beiträge zur Historik* (München 1979), Bd. 3, S. 17-39; Jürgen Kocka, «Theorien in der Sozial- und Gesellschaftsgeschichte» *GG* 1 (1975), S. 9-42; sowie den (unbetitelten) kritischen Rezensionartikel von K. G. Faber, in *History and Theory* 16 (1977), S. 51-66.

16 Die bekannteste seiner Veröffentlichungen ist: Hans-Ulrich Wehler, *Das Kaiserreich 1871-1918* (Göttingen 1973). Siehe dazu auch die scharfsinnige Kritik von Thomas Nipperdey, «Wehlers Kaiserreich», *GG* 1 (1975).

17 Besonders erwähnenswert sind von ihren zahlreichen Veröffentlichungen: Andreas Hillgruber, *Hitlers Strategie, Politik und Kriegführung 1940-1941* (Frankfurt am Main

sie die Wichtigkeit aussenpolitischer und diplomatischer Zusammenhänge, die Bedeutung des einzelnen Menschen, seines Willens und seiner Absichten – im Gegensatz zu strukturellen Determinanten – und den Wert der traditionellen empirischen Methode in der Geschichtsforschung.

In einem programmatischen Artikel sprach Hillgruber sich 1973 dafür aus, dass der modernen politischen Geschichte wieder eine zentralere Bedeutung zukommen müsse.¹⁸ Scharfe Kritik übte er an den in seinen Augen übertriebenen und modischen Ansprüchen der «Sozialgeschichte», in der konkrete Belege durch Modelle ersetzt würden. Er hielt die neuen gesellschaftsgeschichtlichen Ansätze für ungeeignet, Licht auf das internationale System und den für die internationalen Beziehungen immer noch entscheidenden Faktor des «Gleichgewichts der Kräfte» zu werfen. Er lehnte die seines Erachtens übertrieben vereinfachende Darstellungsweise der «Imperialismus-» und «Faschismustheorien» ab, widersprach gegen Ende seines Artikels heftig der Ansicht, dass es eine «wertfreie Wissenschaft» nicht gebe, und brachte noch einmal seine Überzeugung zum Ausdruck, dass in der Arbeit des Wissenschaftlers nicht sein politisches Engagement zum Ausdruck kommen dürfe. Hildebrand argumentierte ähnlich, drückte sich dabei aber noch unverblümt aus.¹⁹ Er wandte sich gegen die Anwendung von Theorien [«die im Gefolge der ‚wahren Theorie‘ von Karl Marx allgemeine Gültigkeit beanspruchen möchten» – d. Übers.], da politisches Handeln aus den Quellen und einer Kritik der Quellen, aus der Bewertung der «jeweiligen besonderen Situation, [...] einzelmenschlichen Wunschvorstellungen und Entscheidungen» sowie «überraschenden, ‚zufälligen‘ Ereignissen» verstanden werden müsse. Er bestritt, dass sich die «Internationalen Beziehungen» aus gesellschaftlichen Entwicklungen ableiten liessen,

1965) sowie derselbe, *Deutsche Grossmacht und Weltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert* (Düsseldorf 1977); Klaus Hildebrand, *Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919-1945* (München 1969); und derselbe, *Deutsche Aussenpolitik 1933-1945. Kalkül oder Dogma?* (Stuttgart u.a. ⁴1980).

18 Andreas Hillgruber, «Politische Geschichte in moderner Sicht», *HZ* 216 (1973), S. 529-552.

19 Klaus Hildebrand, «Geschichte oder ‚Gesellschaftsgeschichte‘? Die Notwendigkeiten einer politischen Geschichtsschreibung von den internationalen Beziehungen», *HZ* 223 (1976), S. 328-357.

und argumentierte, dass – verglichen mit dem «Prinzip der Hegemonie» und der «Vorstellung vom Gleichgewicht» der Kräfte – die Konzepte der «neuen Gesellschaftsgeschichte» nur von begrenztem Wert seien. Der Historiker könne bei seiner Arbeit legitimerweise nur vom Besonderen zum Allgemeinen vorgehen, nicht umgekehrt. Die Anwendung von Theorien fand Hildebrand methodisch höchst bedenklich, da dabei unter Umständen ein Grossteil der vielfältigen Realität ausser Acht gelassen werde, und er schloss seinen Artikel mit der Feststellung, die Vergangenheit sei etwas Eigenständiges und nicht dazu da, die Mitwelt zu informieren oder zu belehren.

Wehler erwiderte darauf, auch Hillgrubers Ansatz bedürfe einer theoretischen und begrifflichen Untermauerung. Da Hillgruber sich bei seiner Bewertung auf Zielvorstellungen von Führungsgruppen und auf politische Ideen und Absichten stütze, steuere er fast zwangsläufig auf eine politische Ideengeschichte zu, die keine neuen Perspektiven eröffne. Wehler unterstrich, dass eine ausschliessliche Konzentration auf Archivquellen nur beschränkte Möglichkeiten für die Analyse aussenpolitischer Entscheidungen biete.²⁰ Seine Reaktion auf Hildebrand war schroffer formuliert.²¹ Ihm warf er rhetorische Übertreibungen und Scheingefechte vor und deutete an einer Stelle sogar an, Hildebrand habe absichtlich falsch zitiert. Dass Hildebrand darauf beharrte, vom Besonderen zum Allgemeinen vorzugehen, hielt Wehler selbst in Bezug auf Hildebrands eigene Nationalsozialismusforschung für unzulänglich. In einem späteren Beitrag bezeichnete er die Art, in der Leute wie Hildebrand sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus befassten, als «schmächtigen, ja verstümmelten Historismus»²². Hildebrand stellte seinerseits die Behauptung auf, Wehlers Kommentare zeigten deutlich, wie die Zusammenhänge zwischen Gesellschaft und Hitler, Struktur und Persönlichkeit im Dritten Reich «aufgrund von Voreingenommenheit und mangelhafter Sachkenntnis verzerrt und simplifiziert beschrieben werden können», und meinte, Wehlers Artikel bewege sich nicht mehr im Argumentationsrahmen seriöser Wissenschaft, reihe nur politische Meinungs-

20 Hans-Ulrich Wehler, «Moderne Politikgeschichte oder ‚Grosse Politik der Kabinette‘?», GG i (1975), S. 344-369.

21 Hans-Ulrich Wehler, «Kritik und kritische Antikritik», HZ 225 (1977), S. 347-384.

22 Wehler, «Geschichtswissenschaft heute», S. 745.

äusserungen und persönliche Verunglimpfungen aneinander und sei für den Zusammenhang ernsthafter wissenschaftlicher Diskussion unbrauchbar.²³

Dieser kompromisslos ausgetragene Disput um theoretische Ansätze und methodische Fragen steht exemplarisch für die Art, in der um einige Schlüsselfragen zum Nationalsozialismus gestritten wird. An diesem Wortwechsel lässt sich ablesen, wie schwierig es vom Theoretischen her ist, bei der Erforschung des Nationalsozialismus einen «strukturellen» Ansatz mit einem personalistischen zu versöhnen – und gerade das ist bei der Interpretation der Rolle und der Stellung Hitlers im NS-Regierungssystem ein Schlüsselproblem. Zweitens weist der Streit auf einige der Schwierigkeiten hin, denen sich der Historiker im Zusammenhang mit seinen Quellen gegenüber sieht: Wie soll er an sie herangehen, wie sie lesen? Drittens wirft der Streit die komplexe Frage nach der politischen Einstellung des Historikers auf: Wie steht er zu den politischen Verhältnissen, in denen er lebt und arbeitet, und welche Beziehung besteht zwischen theoretisch-methodischen und politisch-ideologischen Positionen?

Beim ersten Punkt führte Wehlers theoretischer, konzeptioneller Ansatz zu einer methodischen Vorliebe und Sympathie für die Arbeit von sogenannten «revisionistischen» Historikern des Nationalsozialismus, etwa von Hans Mommsen, dem verstorbenen Martin Broszat und Wolfgang Schieder. Diese Historiker sind mit komplexen Problemen – wie etwa der Wechselbeziehung von Innen- und Aussenpolitik im NS-Staat, der Struktur der Staatsmaschinerie und des Entscheidungsprozesses und nicht zuletzt der Stellung und Funktion Hitlers im NS-System – auf eine, grob gesagt, «strukturell-funktionalistische» Weise umgegangen. Entsprechend wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, wie begrenzt Erklärungsmodelle sind, die

23 Klaus Hildebrand, «Monokratie oder Polykratie? Hitlers Herrschaft und das Dritte Reich», in Gerhard Hirschfeld und Lothar Kettenacker (Hg.), *Der ‚Führerstaat‘: Mythos und Realität* (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts 8, Stuttgart 1981), S. 95 Anmerkung 74. Eine Zusammenfassung dieser polemischen Debatte findet sich in W.J. Mommsen, «Gegenwärtige Tendenzen», S. 165-168. Ein weiterer Angriff auf Wehlers «kritischen geschichtswissenschaftlichen» Ansatz, der mit der Andeutung endet, die «Suche nach der nationalen Identität» könne ein legitimes neues Thema sein, das zu einem «Paradigmawechsel» in der deutschen Geschichtswissenschaft beitragen könnte, erfolgte schon in: Irmeline Veit-Brause, «Zur Kritik an der ‚Kritischen Geschichtswissenschaft‘: Tendenzwende oder Paradigmawechsel?», *GWH* 35 (1984), S. 1-24.

sich stark auf Hitlers bewusste Absichten und seine persönliche Rolle bei der Gestaltung der NS-Politik stützen.²⁴

In Bezug auf den zweiten Punkt, die Quellen, hat der Disput um die geschichtswissenschaftlichen Methoden erhellt, wie der Historiker seine Erklärungen von den Quellen her entwickelt. Ganz abgesehen von den bereits erwähnten Unzulänglichkeiten des Quellenmaterials über den Nationalsozialismus lassen Quellen sich häufig (wie der verstorbene Tim Mason unter ausdrücklicher Bezugnahme auf Hitlers Absichten und Ziele gezeigt hat) «auf sehr verschiedene Art und Weise lesen, und zwar abhängig davon, mit welchen unterschiedlichen sonstigen Geschichtskenntnissen man an diese Texte herangeht»; und sie sollten nicht unbedingt nur wörtlich und so, wie es vom «gesunden Menschenverstand» her einleuchtend erscheint, verstanden werden.²⁵ Insofern spielen sich manche der Kontroversen (vor allem solche, bei denen es um Hitler geht) zwischen Historikern ab, die genau dieselben dokumentarischen Quellen benutzen, dabei aber – nicht nur in Bezug auf das Dritte Reich, sondern auch in Bezug auf die Aufgaben der Geschichtsschreibung an sich – von unterschiedlichen Prämissen und Vorstellungen ausgehen und die Quellen auf völlig unterschiedliche Weise lesen.

Der dritte Punkt – welchen Einfluss politisch-ideologische Überlegungen auf die Geschichtsschreibung zum Nationalsozialismus haben – wirft ein gesondertes, wichtiges Problem auf, dem ich mich im Folgenden zuwenden möchte.

Die politisch-ideologische Dimension

Zwei eigenständige Bereiche, die allerdings miteinander Zusammenhängen, bedürfen einer näheren Betrachtung: Erstens, wie hat sich die Teilung Deutschlands auf die politisch-ideologischen Prämissen, unter denen man auf beiden Seiten der Mauer den Nationalsozialismus interpretierte, ausgewirkt, und zweitens, wie haben politisch-ideologische Differenzen die Ge-

24 Wehler, «Geschichtswissenschaft heute», S. 731-732.

25 Tim Mason, «Intention and Explanation: A Current Controversy about the Interpretation of National Socialism», in Hirschfeld und Kettenacker, S. 23-42, hier S. 31.

schichtsschreibung zum Nationalsozialismus innerhalb der Bundesrepublik selbst beeinflusst und verändert?¹⁶

In der Deutschen Demokratischen Republik bildete der fest in marxistisch-leninistischen Grundsätzen verankerte Antifaschismus von Anfang an einen unentbehrlichen Eckpfeiler der Ideologie und Existenzberechtigung des Staates. Geschichtswissenschaftliche Arbeiten über den «Hitlerfaschismus» hatten deshalb eine direkte politische Relevanz. Da der Faschismus als immanentes Produkt des Kapitalismus begriffen wurde und der benachbarte westdeutsche Staat auf der Grundlage der kapitalistischen Grundsätze der westlichen Alliierten gegründet wurde, hatte die Faschismusforschung die Aufgabe, die ostdeutsche Bevölkerung nicht nur darüber zu unterrichten, welche entsetzlichen und schlimmen Dinge in der Vergangenheit geschehen sind, sondern ihr auch zu vermitteln, welche drohenden Gefahren in der Gegenwart und Zukunft lauern – Gefahren, die den potentiellen Faschismus betreffen, der dem kapitalistischen Imperialismus der westlichen Länder, vor allem der Bundesrepublik, zu eigen sei.

In der Deutschen Demokratischen Republik beruhte die Interpretation des Nationalsozialismus auf der langen Tradition der in der Kommunistischen Internationale in den zwanziger und dreissiger Jahren geführten Auseinandersetzung mit dem Faschismusproblem, die in Georgi Dimitroffs berühmter Formulierung gipfelte, Faschismus sei «die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals»¹⁷. Die «unbewältigte Vergangenheit» des westdeutschen Staates – nicht zuletzt der Umstand, dass sich in der Wirtschaft und im politischen Leben Personen an herausragender Stelle halten konnten, die gerade erst eine mehr als zweifelhafte Vergangenheit im Dritten Reich hinter sich hatten – unterstrich für ostdeutsche

26 Jeffrey Herf geht diesen Fragen in seiner wertvollen Untersuchung *Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland* (Berlin 1998) nach. Eine ausgezeichnete, knappe Analyse der historischen Einheit im geteilten Deutschland liefert Olaf Groehler, *Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten* (Hamburg 1992).

27 Georgi Dimitroff, *Gegen Faschismus und Krieg. Ausgewählte Reden und Schriften* (Leipzig: Reclam 1982), S. 50. Diese Definition wurde auf dem 13. Plenum des Exekutivkomitees der Komintern im Dezember 1933 formuliert und endgültig auf dem Siebten Kongress der Komintern 1935 festgelegt.

Wissenschaftler nur die Relevanz und den politischen Zweck der eigenen Geschichtswissenschaft. In der Einleitung zu einer Aufsatzsammlung, die die Ergebnisse der DDR-Geschichtsforschung zusammenfasst, heisst es kategorisch: «Dem Anspruch und Anliegen des Bandes ist Genüge getan, wenn er als ein erster Schritt auf dem Wege zu einer umfassenden Erforschung der historischen und aktuell-politischen Probleme des Faschismus wissenschaftliches Material liefert für den heutigen Kampf gegen Faschismus und Imperialismus.»²⁸ Und ein Autor desselben Bandes hebt weiter hervor, der Umstand, dass Kapitalisten versuchten, ihre Macht mit neuen – eben faschistischen – Methoden zu festigen, sei eine Wahrheit, die «die marxistischen Historiker [beherzigen], die mit der Erforschung der Geschichte des Faschismus einen Beitrag zur Niederringung der immer wieder in neuem Gewände auftretenden Reaktion leisten wollen und aufgrund der historischen Erfahrungen davon ausgehen, dass der antifaschistische Kampf nur durch die völlige Entmachtung und Überwindung des Monopolkapitals zum Siege geführt werden kann»²⁹. Einer der führenden DDR-Historiker brachte das Ganze auf folgenden Nenner: «Für uns [bedeutet] die Faschismusforschung Teilnahme am gegenwärtig geführten Klassenkampf.»³⁰

Der ideologische Rahmen, in dem sich die Geschichtsforschung in Westdeutschland abspielte und zum Teil immer noch abspielt, wurde weniger offen benannt, war aber deshalb nicht weniger offensichtlich.³¹ Bei der Formulierung der westdeutschen Verfassung (dem «Grundgesetz») war das Hauptziel, die Schaffung eines «totalitären» Systems unmöglich zu machen, und zwar nicht nur eines solchen Systems, wie es im Dritten Reich existiert hatte, sondern auch eines solchen, wie es nach wie vor in der Sowjetunion und nun auch in der damaligen Sowjetzone in Deutschland bestand. Die Verfassung bekam absichtlich eine sowohl antifaschistische als auch anti-kommunistische Ausrichtung. Und so ist bereits darauf hingewiesen wor-

28 Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler (Hg.), *Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik*. (Berlin/DDR 1980), S. 18.

29 Wolfgang Ruge, «Monopolbourgeoisie, faschistische Massenbasis und NS-Programmatik», in Eichholtz und Gossweiler, S. 125-155, hier S. 155.

30 Kurt Gossweiler, «Stand und Probleme der Faschismusforschung in der DDR», *Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“* 1 (1976), S. 13.

31 Wie man in den fünfziger Jahren mit der Nazivergangenheit umging, wird ausgezeichnet beschrieben von Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit* (München 1996).

den, dass «die Totalitarismustheorie, die den Faschismus mit dem Kommunismus vergleicht und beide sogar gleichsetzt, [...] daher als der das Grundgesetz prägende beherrschende Gedanke und sogar gewissermassen als die offizielle Ideologie der Bundesrepublik angesehen werden [kann]»³². Die Totalitarismusprämisse war also in Westdeutschland in weiten Kreisen (sogar unter Sozialdemokraten) schon stillschweigend akzeptiert, noch bevor durch wissenschaftliche Veröffentlichungen von deutschen Emigranten in den USA – vor allem von Hannah Arendt und Carl Friedrich – der Totalitarismus als zentrales Konzept bei der Interpretation des Nationalsozialismus eingeführt wurde.³³ Dieser «Totalitarismus»-Ansatz beherrschte in den fünfziger und sechziger Jahren die «Zeitgeschichtsforschung» in der Bundesrepublik. Die ertragreichen Arbeiten von Karl Dietrich Bracher über das Ende der Weimarer Republik und über die «Machtergreifung» der Nazis zählen zu den bekanntesten Beispielen.³⁴ Auch die zentrale Zeitschrift zur «Zeitgeschichte», die seit 1953 bestehenden *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, sah ihre Aufgabe nicht allein in der Erforschung des Nationalsozialismus, sondern auch in der Untersuchung totalitärer Bewegungen im Allgemeinen, natürlich einschliesslich des Kommunismus.³⁵

Auf zwei Ebenen wurden in den sechziger Jahren in Westdeutschland die herrschende Totalitarismustheorie in Frage gestellt und die Faschismustheorien wieder aufgegriffen, nämlich auf der der akademischen Wissenschaft und auf der der ideologisch-politischen Polemik. Wie immer waren die beiden Ebenen jedoch immanent miteinander verbunden und liessen sich nicht völlig voneinander trennen. Die akademische Faschismuskonversation und die wissenschaftliche Rehabilitierung der in den Jahren zwischen den Kriegen entwickelten Faschismustheorien passte zu den Zeitumständen Mitte bis

32 Wolfgang Wippermann, «The Post-War German Left and Fascism», *JCH* 11 (1976), S. 192.

33 Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* (Frankfurt am Main 1962 u.ö.); Carl Joachim Friedrich unter Mitarbeit von Zbigniew Brzezinski, *Totalitäre Diktatur* (Stuttgart 1957).

34 Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik* (Stuttgart 1955); Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Sauer und Gerhard Schulz, *Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933-1934* (Köln/Opladen 1960).

35 Siehe Iggers, S. 357.

Ende der sechziger Jahre, die davon geprägt waren, dass zum erstenmal in grösserer Masse die herrschenden Werte des christdemokratisch regierten konservativen Staats in Frage gestellt wurden und sich in den westdeutschen Universitäten eine Krise anbahnte, die 1968 offen ausbrach. Im Nu wurde diese akademische Diskussion von Teilen der Linken in politische Slogans umgemünzt, während die schockierte liberale und konservative Rechte durch ihre Überreaktion dafür sorgte, dass die Faschismus/Totalitarismus-Debatte einen festen Platz in der tagespolitischen Auseinandersetzung erhielt. Den Theorien und ihrer Kritik werden wir uns im nächsten Kapitel zuwenden. Hier soll es nur darum gehen, anschaulich darzulegen, welche deutlichen politischen Untertöne in den akademischen Kontroversen mitschwingen. Im Übrigen hat sich nicht nur der politische Aufruhr des Jahres 1968, sondern auch die nun viel offenere Politisierung ganzer Fakultäten an westdeutschen Universitäten auf den Debattenverlauf ausgewirkt. Und während in den sechziger und frühen siebziger Jahren der Ausbau der Universitäten im Grossen und Ganzen dafür sorgte, dass orthodoxe und etablierte Positionen in Frage gestellt wurden, trugen die anschliessenden Wachstumsbeschränkungen im Bereich der höheren Bildung sowie die Berufsverbote zu einem Klimawechsel bei.³⁶ Die – durch sehr produktive und äusserst einflussreiche Publikationen gestützte – Vorherrschaft des konservativ-liberalen Establishments innerhalb der Historikerschaft wurde von Neuem bekräftigt. Der Ton, in dem der Konflikt ausgetragen wurde, lässt sich gut an den Kommentaren zweier führender «liberal-konservativer» Historiker ablesen: Karl Dietrich Bracher und Andreas Hillgruber.

In einem Mitte der siebziger Jahre erschienenen, knappgefassten und viel gelesenen Lehrbuch zur deutschen Nachkriegsgeschichte³⁷ spricht Andreas Hillgruber davon, dass die von den Studenten geäusserte radikale Gesellschaftskritik in zunehmende Abhängigkeit von den «Kräften des doktrinä-

36 Siehe Wehler, «Geschichtswissenschaft heute», S. 745ff. Veit-Bräuse (S. 1-3) argumentiert, die politische Klimaveränderung in konservativer Richtung mache nur einen kleinen Teil der Paradigmenrevision in der westdeutschen Geschichtsschreibung aus; diese hänge in weit stärkerem Masse mit neuen intellektuellen Einsichten zusammen, die den Ansatz der «kritischen Geschichtswissenschaft» in Frage stellten.

37 Andreas Hillgruber, *Deutsche Geschichte 1945-1972* (Berlin 1974), S. 162-164. Siehe Wehlers Kommentar in «Geschichtswissenschaft heute», S. 747-748, und in «Moderne Politikgeschichte», S. 355.

ren Marxismus-Leninismus» geraten sei, die sich am Vorbild der Deutschen Demokratischen Republik orientierten. Und er meint, in der «Neuen Linken» breite sich eine Sucht nach Ideologie und Indoktrination aus (die er als «Theoriebedürfnis» etikettiert und dadurch implizit mit der «progressiven» Seite der innerhalb der geschichtswissenschaftlichen Disziplin geführten theoretisch-methodischen Debatten in Zusammenhang bringt). Er war der Ansicht, die Hypothese vom «Primat der Innenpolitik» – die Wehler und andere aus dem Werk von Eckart Kehr abgeleitet und hauptsächlich als heuristisches Instrument eingesetzt hatten – liefere der «Neuen Linken» eine «wissenschaftliche Scheinlegitimation» für ihre (angebliche) Überzeugung, dass ein radikaler sozialer Wandel bis hin zu einer Revolution das einzige Anliegen der Gegenwart sei.

Unter den westdeutschen Historikern, die sich mit dem Dritten Reich befassen, hat Karl Dietrich Bracher als einer ihrer angesehensten ebenfalls unmissverständlich klargestellt, was er über den Wandel in der wissenschaftlichen Behandlung der «Zeitgeschichte» denkt.³⁸ Die erregten Diskussionen der sechziger Jahre, so schreibt er, seien von der Politisierung und den institutioneilen Umwälzungen im deutschen Bildungs- und Hochschulwesen «stimuliert, aber auch überschattet und oft bedenklich verzerrt worden». Dabei hätten Forschungstendenzen mitgewirkt, die auf interdisziplinäre und komparatistische Ansätze abzielten: vor allem die Erweiterung der geschichtswissenschaftlichen Methode und die Forderung nach einer sozialwissenschaftlichen Fundierung der Geschichtsschreibung. Eine «Marxismus-Renaissance» der «Neuen Linken» habe die Komplizierung und Verwirrung der Begriffe noch gesteigert und sich vor allem in «vehement vortragenen Theorieforderungen» und einer «radikalen Anfechtung der bisherigen Interpretationsmuster» niedergeschlagen, die «wesentlich aus dem Bemühen um eine Bewältigung der Vergangenheit nach den Katastrophen von 1933 und 1945 hervorgegangen» seien. In dem Maße, in dem die von der Erfahrung des Dritten Reiches geprägten Ansätze verblassten, seien sie durch gesellschaftskritische Ansätze und Konzepte ersetzt worden, die die bis dahin vorherrschenden Interpretationen, häufig «mit grobem Geschütz», unter Beschuss genommen hätten. Bis dahin erzielte Forschungsleistungen seien übergangen oder verzerrt worden und man habe sein Heil in politi-

38 Karl Dietrich Bracher, «Zeitgeschichte im Wandel der Interpretationen», *HZ* 225 (1977), S. 635-655, hier besonders S. 635-638, 648-651 und 654-655.

scher Agitation gesucht, wobei «der ideologische Kampf auf dem Rücken und im Namen der Wissenschaft ausgetragen» worden sei. Bei der Forderung nach Theorie und Revision seien bislang gültige wissenschaftliche Massstäbe ebenfalls verzerrt worden. Am offensichtlichsten habe sich die Kampfansage an liberaldemokratische Wertmassstäbe in den erbitterten Angriffen auf den Totalitarismusbegriff und in der uferlosen Ausweitung der allgemeinen Faschismustheorie artikuliert, die rasch von neuen wissenschaftlichen Ansätzen (wie denen von Ernst Nolte) zu marxistisch-kommunistischen Agitationsformeln verkommen seien, wie es sie in den zwanziger und dreissiger Jahren schon einmal in ähnlicher Form gegeben habe. Dabei sei der westliche Demokratiebegriff als «spätbürgerlich» und «spätkapitalistisch» und der westdeutsche liberaldemokratisch-parlamentarische Staat als schlicht «restaurativ» attackiert worden. Ideologische monokausale Erklärungen seien an die Stelle der früheren Offenheit der Geschichts- und Politikwissenschaft getreten. Auch nichtmarxistische Autoren hätten unter dem Impetus sozioökonomischer Methoden und der «Soziologisierung der Zeitgeschichte» ihren Teil zu einem Wandel der Sprache und des Stils zeitgeschichtlicher Interpretationen beigetragen. Alles in allem sei durch die Erschliessung neuer Quellen und die Intensivierung empirischer Untersuchungen allerdings auch eine erweiterte Basis für eine solide Spezialforschung geschaffen worden. Dies stehe jedoch «in bezeichnender Spannung zu der Tendenz, durch theoretisierende und ideologisierende Verfremdung der Personen- und Ereignisgeschichte die Kapitalismus- und Demokratiekritik der Gegenwart als beherrschendes Leitthema für die gesamte Zeitgeschichte zu erweisen und durchzusetzen».

Die Kontroversen, die wir im Folgenden untersuchen wollen, sind in diesem Klima entstanden und von politischen und ideologischen Erwägungen geprägt. Da es in der alten Bundesrepublik keine dominierende marxistische geschichtswissenschaftliche Schule gab, sind die meisten der Debatten, die wir näher betrachten werden, Auseinandersetzungen zwischen Historikern mit unterschiedlichen liberaldemokratischen Ansichten. Die Politisierung der Debatte ist hier eher latent als offen vorhanden. Soweit sie sich überhaupt direkt zeigt, spiegelt sie sich dunkel in philosophischen Disputen darüber, welche Relevanz heutige soziale und politische Wertmassstäbe für die Geschichtsschreibung hätten und ob sie im Interesse einer «wertfreien» und

«objektiven» Geschichtswissenschaft nicht besser aus der Diskussion zu verbannen seien.³⁹ Es besteht allgemein Übereinstimmung darüber, dass es die Aufgabe des Historikers sei, über den Wert der Vernunft, der Freiheit und der «Emanzipation» «aufzuklären». Doch diese sehr vage Verpflichtung gegenüber dem Guten lässt natürlich Raum für eine Vielzahl von oft nur halbverdeckten ideologischen Positionen. Und wie die oben wiedergegebenen Kommentare zeigen, ist dadurch nicht verhindert, dass die wissenschaftliche Kontroverse von Beleidigungen und Verunglimpfungen begleitet wird. Erst kürzlich hat sich das wieder an der Behauptung gezeigt, verschiedene Historiker würden bei ihrem Versuch, anerkannte Interpretationen des Nationalsozialismus einer «Revision» zu unterziehen, die bösartige Natur des Naziregimes «verharmlosen». Daran lässt sich eindrucksvoll die auffällige Rolle ablesen, die in diesem Zusammenhang gerade die moralische Dimension spielt. Um sie kommt man, wenn man über den Nationalsozialismus schreibt, nicht herum.

Die moralische Dimension

In den ersten Nachkriegsjahren wurde in den Publikationen über den Nationalsozialismus deutlich moralisch argumentiert. Historiker der Siegermächte waren eifrig darum bemüht aufzuzeigen, dass der Nationalsozialismus die schlimmsten Charakterzüge bestätige, die bei Deutschen durch die Jahrhunderte hindurch zu finden seien. Von der offensichtlich massenhaften Anhängerschaft Hitlers in den dreissiger Jahren schlossen sie auf eine eigentümlich «deutsche Krankheit», und es fiel ihnen nicht schwer, Deutsche mit Nazis gleichzusetzen. Wir haben schon darauf hingewiesen, dass Meinecke und Ritter sich gegen diese grobschlächtige Behauptung mit moralischem Unterton zu Wehr setzten; in ihren Veröffentlichungen spiegelt sich der verständlicherweise apologetische Charakter der deutschen Ge-

39 Siehe beispielsweise Thomas Nipperdey, «Geschichte als Aufklärung», in M. Zöllner (Hg.), *Aufklärung heute. Bedingungen unserer Freiheit* (Zürich 1980), S. 50-62; Jürgen Kocka, «Legende, Aufklärung und Objektivität in der Geschichtswissenschaft», *GG* 6 (1980), S. 449-455; Jörn Rüsen, «Geschichte als Aufklärung?», *GG* 7 (1981), S. 189-218.

schichtsschreibung der Nachkriegszeit. Auch an der Hervorhebung des «anderen Deutschlands» und des 20. Juli 1944 – etwa in Gerhard Ritters Goerdeler-Biographie – lässt sich ablesen, dass in deutschen Publikationen zum Dritten Reich, die in den ersten Nachkriegsjahren verfasst wurden, die moralische Dimension dominierte.⁴⁰

Obwohl Historiker in letzter Zeit keineswegs mehr mit der für die Nachkriegszeit charakteristischen Entrüstung, Abneigung, Verurteilung und Rechtfertigung ans Werk gehen, bleibt unterschwellig doch ein starkes moralisches Element vorhanden. Alle seriösen Wissenschaftler (deutsche ganz besonders) zeigen schon allein durch ihren Sprachgebrauch – etwa durch die häufige Verwendung von Ausdrücken wie «verbrecherisch» oder «Barbarei» in Verbindung mit dem Naziregime –, dass sie den Nationalsozialismus moralisch verabscheuen. Das bringt uns auf einen Punkt, der schon in zahlreichen Kommentaren als Schwierigkeit bei der Interpretation des Nationalsozialismus vermerkt worden ist. Während Historiker traditionellerweise – wenn auch mit unterschiedlichem Erfolg – versuchen, ihren Forschungsgegenstand zwar einfühlsam zu «verstehen», dabei aber kein moralisches Urteil abzugeben, ist das im Fall des Nationalsozialismus und Hitlers eindeutig unmöglich. Wolfgang Sauer hat das Dilemma in die Worte gefasst: «Beim Nationalsozialismus sieht der Historiker sich einem Phänomen gegenüber, das er nur ablehnen kann, was immer auch seine individuelle Position sein mag. Es gibt buchstäblich keine bedenkenswerte Stellungnah-

40 Siehe Gerhard Ritter, *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung* (München 1955), und Hans Rothfels, *Die Deutsche Opposition gegen Hitler* (Krefeld 1949, Frankfurt 1958 u. ö.). Siehe auch Iggers, S. 344-347. Einen Überblick über Trends in der Historiographie des «Widerstands» bieten Hildebrand, *Das Dritte Reich*, S. 181-186, und Reinhard Mann, «Widerstand gegen den Nationalsozialismus», *Neue politische Literatur* 22 (1977), S. 425-442. Eine Zusammenfassung des Forschungsstandes legten Mitte der achtziger Jahre Jürgen Schmäddecke und Peter Steinbach in dem von ihnen herausgegebenen Band *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus* (München 1986) vor, der die Ergebnisse einer internationalen Konferenz über «Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler» wiedergibt. Einen Literaturüberblick neueren Datums bietet Hartmut Mehringer, *Widerstand und Emigration. Das NS-Regime und seine Gegner* (München 1997), S. 280ff. Die Interpretation des «Widerstands» gegen Hitler wird immer ein heikles Problem bleiben, und das nicht zuletzt wegen der normativen politischen und moralischen Konnotationen des Widerstandsbegriffs, der zudem noch als wissenschaftlich-analytischer Begriff verwendet wird. Diese Probleme werden ausführlich in Kapitel 8 diskutiert.

me, die in diesem Punkte eine andere Meinung vertritt. [...] Deutet eine so grundsätzliche Ablehnung nicht auf ein grundlegend mangelndes Verstehen hin? Und wenn wir nicht verstehen, wie können wir dann Geschichtsschreibung betreiben? Der Begriff ‚Verstehen‘ hat zweifellos eine ambivalente Bedeutung: Wir können etwas ablehnen und dennoch ‚verstehen‘. Und doch stossen unsere intellektuellen und psychischen Fähigkeiten im Fall des Nationalsozialismus an eine Grenze, die für Wilhelm Dilthey unvorstellbar gewesen wäre. Wir können erklärende Theorien erarbeiten, doch wenn wir uns direkt den Fakten stellen, erweisen sich alle Erklärungen als schwach.»

⁴¹ Es mag sein, dass das Problem in der Praxis weniger ernst ist, als es Sauer erscheint. Schliesslich ergibt sich auch für viele Historiker, die sich mit anderen politischen Regimen und ihren Führern befassen, selten genug die Möglichkeit, ein «einfühlsames Verständnis» für ihren Forschungsgegenstand zu zeigen.

Dennoch lässt sich das Problem nirgendwo klarer als am Fall Hitler-Deutschlands aufzeigen, wenn es auch angesichts der allgemeinen moralischen Verurteilung des Nationalsozialismus umso überraschender ist, dass in neueren geschichtswissenschaftlichen Veröffentlichungen die Frage nach einer impliziten moralischen Verharmlosung des Nationalsozialismus überhaupt aufgeworfen wurde. Sie scheint von Karl Dietrich Bracher ausgegangen zu sein, und an seinen Äusserungen zeigt sich, dass dieser Vorwurf durchaus auch mit der Frage nach der geschichtswissenschaftlichen Methode und den politisch-ideologischen Untertönen zusammenhängt, die wir bereits erörtert haben. Bracher behauptete, manche neueren Ansätze der marxistischen und «Neuen Linken» – aber auch die einiger wohletablierter «bürgerlich»-liberaler (oder, wie er sagt, «relativistischer») Historiker – liefen auf eine krasse Unterschätzung der nationalsozialistischen Realität hinaus. Entsprechend schrumpfte «die ideologische und totalitäre Dimension des Nationalsozialismus so zusammen, dass die Barbarei von 1933-45 als moralisches Phänomen verschwindet». «Es könnte [daher] fast scheinen, als bahne sich eine neue Welle der Verharmlosung oder gar Apologetik an.» ⁴²

41 Wolfgang Sauer, «National Socialism: Totalitarianism or Fascism?», *AHR* 73 (1967-1968), S. 408. Siehe auch Klaus Hildebrand, «Der ‚Fall‘ Hitler», *NLP* 14 (1969), S. 379.

42 Karl Dietrich Bracher, *Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie* (München 1976), S. 62-63.

In ähnlicher Weise kritisierte Klaus Hildebrand diejenigen, die, «theoretisch fixiert, [...] sich vergeblich darum [bemühen], das Eigenmächtige in der Geschichte funktional zu erklären, und [...] dadurch nicht selten dazu bei[tragen], es zu verharmlosen»⁴³. Im Rahmen der Nationalsozialismusdebatte wies Tim Mason derartige Behauptungen am offensten zurück: «Die Debatte wird nun mit einer solchen Heftigkeit geführt, dass manche Historiker inzwischen andere Historiker beschuldigen, sie würden in ihren Publikationen den Nationalsozialismus ‚verharmlosen‘ und dem Naziregime stillschweigend und unbewusst eine Rechtfertigung liefern. Dies ist vielleicht die ernsteste Anschuldigung, die gegen seriöse Historiker dieses Fachgebiets erhoben werden kann»; sie werfe «grundlegende Fragen nach der moralischen und politischen Verantwortung des Historikers» auf.⁴⁴

Die Interpretationen, die zum Vorwurf der Verharmlosung geführt haben, werden uns im Buch an späterer Stelle beschäftigen. An dieser Stelle ist diese Anschuldigung zitiert worden, um zu veranschaulichen, mit welchen moralischen Untertönen jede Diskussion – vor allem unter deutschen Historikern – zwangsläufig verbunden ist. Zwar hatte Bracher, geht es um die banaleren Produkte der «Neuen Linken», die keinen wesentlichen Unterschied zwischen dem Faschismus und anderen Formen «bürgerlicher Herrschaft» sahen, einigen Grund für seinen Vorwurf, doch wenn er ihn auch auf Historiker bezog, die sich ernsthaft mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzten, erscheint mir diese Anschuldigung als völlig unnötige und ungerechtfertigte Verunglimpfung.

Allerdings wirft der Vorwurf der «Verharmlosung» in zugespitzter Form die Frage auf, ob der Historiker einen moralischen Zweck verfolgt, wenn er über den Nationalsozialismus schreibt. Tut er es mit dem Ziel, das Übel des Nationalsozialismus «verstehen» zu lernen? Geht es ihm darum, ein Regime und seine Taten zu verurteilen, das sich aufgrund seiner Einzigartigkeit niemals wiederholen kann und ein für allemal vorbei ist? Soll dabei aus den Schrecken der Vergangenheit die Lehre gezogen werden, dass die heutige Demokratie labil ist und man ständig auf der Hut vor Angriffen auf die liberale Demokratie von links und rechts sein muss? Sollen auf diese Weise Strategien entwickelt werden, um erneut auftretende faschistische Verhält-

43 Hildebrand, «Geschichte oder ‚Gesellschaftsgeschichte‘?», S. 355.

44 Mason, «Intention and Explanation», S. 23.

nisse erkennen und verhindern zu können? Geht es darum, durch Hass und Wut hindurch zu erinnern und zu warnen? Letzteres war offenbar die Position der inzwischen verstorbenen Lucy Dawidowicz – zumindest in einem ihrer Bücher, das ausschliesslich von der moralischen Seite der Geschichtsschreibung über den Holocaust handelt.⁴⁵ Sie spricht dort vom Nationalsozialismus als «dem Bösen schlechthin, dem in der Gesellschaft wütenden Dämon, Kain in kollektiver Gestalt». Sie ist der Meinung, dass «nur eine ganz klare Kenntnis der entsetzlichen Dinge, die geschehen sind, helfen kann, derartiges in Zukunft zu vermeiden». Und sie stimmt Karl Jaspers zu, der gesagt hat: «Was geschah, ist eine Warnung. Sie zu vergessen, ist Schuld. Man soll ständig an sie erinnern. Es war möglich, dass dies geschah, und es bleibt jederzeit möglich. Nur im Wissen kann es verhindert werden.»

⁴⁶ Gleichzeitig wirft jedoch ihr Widerwille gegen die von marxistischen und strukturalistischen Historikern angewandten Methoden (wieder einmal wird ihnen vorgeworfen, sie setzten sich über ihre berufliche Verantwortung hinweg) sowie ihre Vorliebe für Personengeschichte – für die Vorstellung, dass «für das Auftreten historischer Ereignisse» die Menschen verantwortlich seien, «die diese Ereignisse herbeigeführt haben»⁴⁷ – erneut in bemerkenswerter Weise das Problem auf, wie die von ihr bevorzugte geschichtswissenschaftliche Methode zu den von ihr gewünschten Resultaten führen soll.

Damit sind wir wieder bei der Wechselbeziehung zwischen der Methode des Historikers, der moralischen Seite seiner beruflichen Pflicht und dem politisch-ideologischen Rahmen, in dem er dieser Pflicht nachkommt.

45 Lucy Dawidowicz, *The Holocaust and the Historians* (Cambridge, Mass., 1981). Vergleiche die äusserst kritischen Besprechungen von Richard Bessel, *Times Higher Education Supplement*, 19. März 1982, S. 14, und Geoff Eley, «Holocaust History», *London Review of Books*, 3. – 17. März 1982, S. 6.

46 Karl Jaspers, *Vom Ursprung und Ziel der Geschichte* (München 1950), S. 190.

47 Dawidowicz, *Holocaust*, S. 146.

2 Das Wesen des Nationalsozialismus: Faschismus, Totalitarismus oder einzigartiges Phänomen?

Über Art und Charakter beziehungsweise über das Wesen des Nationalsozialismus wird seit den zwanziger Jahren debattiert: Wie lässt er sich in den Kontext der auffallend neuen politischen Bewegungen einordnen, die im Anschluss an die russische Revolution von 1917 und an Mussolinis fünf Jahre später erfolgenden «Marsch auf Rom» die Ordnung in Europa veränderten? Während Theoretiker der Kommunistischen Internationale bereits in den zwanziger Jahren den Nationalsozialismus als eine Form des Faschismus betrachteten, die durch den krisengeschüttelten Kapitalismus erzeugt worden sei, begannen bürgerliche Autoren nur wenig später, in der Rechten und der Linken die gemeinsamen totalitären Feinde der Demokratie zu sehen. In den Jahren der Naziherrschaft weiteten sich die Debatten dann natürlich wesentlich aus und stützten sich dabei einerseits auf die 1935 endgültig festgelegte Faschismusdefinition der Komintern sowie die Faschismusanalysen linksgerichteter Theoretiker, die in den Westen emigriert waren, und andererseits auf die in den westlichen Demokratien und den USA verbreitete wachsende Bereitschaft, im Nationalsozialismus und im Sowjetkommunismus zwei Seiten derselben totalitären Medaille zu sehen – eine Sichtweise, die durch den nationalsozialistisch-sowjetischen Nichtangriffspakt von 1939 scheinbar bestätigt wurde. Ab 1941 wurde diese Argumentationslinie zwar verständlicherweise heruntergespielt, um dann aber mit Beginn des Kalten Krieges Ende der vierziger Jahre umso stärker wiederaufzutauchen. In der Zeit des Kalten Krieges verloren linksgerichtete Interpretationen, die im Nationalsozialismus eine Form des Faschismus sahen, an Einfluss. Totalitarismustheorien erlebten damals hingegen eine Blütezeit und gerieten erst Ende der sechziger Jahre unter Beschuss – und unter dem

Gewicht der von der Forschung angehäuften detaillierten Fakten dann auch ins Wanken –, als eine neue Phase einsetzte, die von einer stärkeren Entspannung, einer zunehmenden Innenschau und einer wachsenden Kritik an der westlichen Gesellschaft und an westlichen Regierungen, von Unruhen an den Universitäten und von neuen intellektuellen Strömungen geprägt war. Das wiedererwachte Interesse am Faschismus als Gattungsproblem spiegelte sich in einer Fülle von Untersuchungen, die nicht nur von linken, sondern auch von liberalen Autoren veröffentlicht wurden. Die «Totalitarismus»-Theoretiker wurden dadurch in die Defensive gedrängt, auch wenn man dann in den siebziger Jahren einige Einschränkungen machen musste, als manche Schwächen des vergleichenden Faschismusansatzes zunehmend sichtbar wurden.

Die Debatte über das Faschismus/Totalitarismus-Problem wurde ausserdem auch durch einen dritten Interpretationsstrang in Gang gehalten, der sich als äusserst einflussreich erwies und besagte, der Nationalsozialismus lasse sich nur als Produkt der besonderen preussisch-deutschen Entwicklung in den vorangegangenen hundert Jahren erklären. Diese Interpretation wurde jedoch in zwei recht unterschiedlichen und gegensätzlichen Formen vorgetragen.

Sozialhistoriker, die sich auf die *Ursachen* des Nationalsozialismus konzentrierten, betonten, Deutschland habe einen speziellen Weg der Modernisierung eingeschlagen, bei dem – in weit grösserem Masse als in anderen westlichen Gesellschaften – vorindustrielle, vorkapitalistische und vorbürgerliche autoritäre und feudale Traditionen überdauert hätten, und das in einer Gesellschaft, die niemals wirklich bürgerlich gewesen sei. Zwischen diesen Traditionen und der modernen, dynamischen kapitalistischen Wirtschaft habe ein Spannungsverhältnis bestanden, das letztlich zum Ausbruch gewalttätiger Proteste geführt habe, als diese Wirtschaft in der Krise zusammengebrochen sei. Dass die Nazis 1933 einen Sieg davontragen konnten, habe weniger am Wesen des deutschen Kapitalismus als an der Stärke der prämodernen Kräfte in der deutschen Gesellschaft gelegen. Obgleich die Vertreter dieser Interpretationsrichtung die Besonderheiten der deutschen Entwicklung hervorhoben, wiesen sie doch auf offensichtliche Parallelen zu anderen Gesellschaften (zum Beispiel Italien) hin und betrachteten trotz aller Sondermerkmale den Nationalsozialismus von seinen sozioökonomischen Ursprüngen und seiner Entwicklung her als eine Form des Faschismus. Allerdings konnten diese Historiker in Bezug auf bestimmte Herr-

schaftselemente auch keine zwingende Unvereinbarkeit ihrer Ansichten mit bestimmten Teilen der Totalitarismustheorie erkennen.¹

Die Historiker, die von einem deutschen «Sonderweg» ausgingen und bei ihrer Erklärung die Betonung auf die «gescheiterte bürgerliche Revolution» und das Dominieren vorindustrieller, neofeudaler Strukturen legten, wurden allerdings heftig angegriffen.² Im Unterschied zu ihnen wurde von der Gegenposition der *bürgerliche* Charakter der deutschen Gesellschaft und Politik im ausgehenden 19. Jahrhundert hervorgehoben und – allerdings eher implizit als explizit – gesagt, der Nationalsozialismus dürfe nicht mit «deutschen Besonderheiten», sondern müsse mit der besonderen Instabilität der in Deutschland bestehenden Form des Kapitalismus und kapitalistischen Staates erklärt werden. Diese Argumentationslinie mag zwar ihre Vorzüge haben, aber es drängt sich in diesem Fall doch der Gedanke auf, dass sie einen nicht viel weitergebracht hat. Nach wie vor steht man – wenn auch mit einem leicht veränderten Fragenkomplex – vor dem offensichtlichen Problem, dass von den hochentwickelten kapitalistischen Industriestaaten allein Deutschland eine regelrechte «faschistische» Diktatur hervorgebracht hat. (Italien machte vor dem Krieg bei der Industrialisierung zwar grosse Fort-

1 Stellvertretend für diese Argumentationslinie sei hier Jürgen Kocka, «Ursachen des Nationalsozialismus», *APZ* (21. Juni 1980), S. 3-15, genannt.

2 Siehe David Blackbourn und Geoff Eley, *Mythen deutscher Geschichtsschreibung* (Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1980). Dieses Buch löste eine hitzige und polemische Debatte aus. Siehe zum Beispiel die Besprechungen von Hans-Ulrich Wehler, «'Deutscher Sonderweg' oder allgemeine Probleme des westlichen Kapitalismus?», *Merkur* 5 (1981), S. 478-487; Hans-Jürgen Puhle, «Deutscher Sonderweg. Kontroverse um eine vermeintliche Legende», *Journal für Geschichte*, Heft 4 (1981), S. 44-45; Wolfgang J. Mommsen, in *Bulletin of the German Historical Institute*, London 4 (1980), S. 19-26, ausserdem das Diskussionsforum *Deutscher Sonderweg – Mythos oder Realität* (Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte, München/Wien 1982). Geoff Eley setzte dies direkt zu den Ursachen des Faschismus in Beziehung und ging dabei zum Teil auch auf Kockas Artikel (siehe Anmerkung 1) ein in: «What produces Fascism: Preindustrial Traditions or a Crisis of the Capitalist State?», *Politics and Society* 12 (1983), S. 53-82. Jürgen Kockas Aufsatz «German History before Hitler: The Debate about the German *Sonderweg*», *JCH* 23 (1988), S. 3-16, bietet eine hervorragende Kritik der Pro- und Kontra-Positionen des «Sonderweg»-Arguments. Er beschliesst seinen Aufsatz mit der Feststellung, dass, obwohl der Begriff «Sonderweg» an sich irreführend und entbehrlich ist, die Vorstellung der Divergenz, die sich von den Entwicklungsmustern anderer «fortgeschrittener» westlicher Länder ableiten lässt, durchaus zur Erklärung dafür beiträgt, warum Deutschland der faschistischen Herausforderung so wenig entgegenstellte.

schritte, kann aber nicht zu den damals bedeutenden Industrieländern gezählt werden.) Bei der hitzigen (wenn auch etwas künstlichen) Auseinandersetzung über den «Sonderweg» der deutschen Entwicklung ging es mehr um eine Interpretation der Kaiserzeit als der des Dritten Reiches. Doch obgleich diese Debatte für das Verständnis der Ursprünge des Nationalsozialismus offensichtlich von Bedeutung ist, braucht sie uns hier nicht weiter zu beschäftigen – nicht zuletzt deshalb, weil Historiker beider Seiten voll und ganz akzeptieren, dass der Nationalsozialismus trotz aller Sondermerkmale zu einer grösseren Kategorie von politischen Bewegungen gehört, die wir «faschistisch» nennen. Die deutschen «Besonderheiten», um die es bei dieser Kontroverse geht, sind Wesenszüge, durch die sich Deutschland von den westlichen parlamentarischen Demokratien abhebt und nicht von Italien oder anderen Erscheinungsformen des Faschismus.

Bei einigen der führenden deutschen Historiker, die den Nationalsozialismus als Produkt der jüngsten preussisch-deutschen Geschichte analysierten, fiel die Betonung der Einzigartigkeit des Nationalsozialismus anders und ausschliesslicher aus. Ihrer Interpretation zufolge war der Nationalsozialismus – *sui generis* – ein ganz und gar einzigartiges Phänomen, das aus dem eigenartigen Erbe des autoritären preussisch-deutschen Staates und der ideologischen Entwicklung in Deutschland hervorging, dabei aber seine Einzigartigkeit vor allem der Person Hitlers verdankte. Und dieser Faktor sei in der Geschichte des Nationalsozialismus von überragender Bedeutung und lasse sich nicht ignorieren, herunterspielen oder austauschen. Hitler habe zur Ausprägung und Richtung der Nazibewegung und des NS-Staates einen derart einzigartigen ideologischen und politischen Beitrag geleistet, dass jeder Versuch, den Nationalsozialismus als «Faschismus» zu klassifizieren und ihn auf diese Weise mit anderen «ähnlichen» Bewegungen vergleichen zu wollen, sinnlos sei und darüber hinaus auf eine «Verharmlosung» Hitlers und des Nationalsozialismus hinauslaufe. Vielmehr sei der Nationalsozialismus so vollständig mit dem Aufstieg und Fall, den politischen Zielen und der zerstörerischen Ideologie dieser einzigartigen Persönlichkeit verknüpft, dass man vom Nationalsozialismus berechtigterweise als «Hitlerismus» sprechen könne. Zwar widersprachen Vertreter dieser Interpretationsrichtung heftig, wenn der «Hitlerismus» als Typ des Faschismus angesprochen wurde – eine solche Möglichkeit hielten sie für ausgeschlos-

sen; doch *ein* wichtiger Vergleich war bei ihnen trotzdem damit verknüpft: Sie argumentierten, Form und Wesen der Naziherrschaft machten es erforderlich, den Nationalsozialismus als eine Erscheinungsform des Totalitarismus zu betrachten; eine andere sei der Sowjetkommunismus (insbesondere der Stalinismus).³

In diesem Kapitel werde ich zuerst kurz zusammenfassen, wie sich innerhalb des «Totalitarismus»- und des «Faschismus»-Ansatzes die Interpretation entwickelt und welche Hauptvarianten sie ausgebildet hat. Mittlerweile gibt es eine umfangreiche Literatur, die diese Ansätze im Einzelnen untersucht und beschreibt, so dass ich hier zu Orientierungszwecken nur einen möglichst kurzen Abriss zu geben brauche. Zweitens werde ich versuchen, die Stärken und Schwächen zu beurteilen, die bei der Anwendung der verschiedenen Konzepte auf den Nationalsozialismus zutage treten. Mit den bei der Diskussion des Totalitarismus und des Faschismus gewonnenen Erkenntnissen werde ich als letztes schliesslich zum Argument der Einzigartigkeit des Nationalsozialismus zurückkehren und es im Kontext der «Besonderheit» der deutschen Entwicklung einer näheren Betrachtung unterziehen.

Totalitarismus

Es ist falsch, im Totalitarismusbegriff einfach ein Produkt des Kalten Krieges zu sehen, auch wenn er in der Tat in dieser Zeit seine Blüte hatte. In Wirklichkeit ist dieser Begriff schon beinahe so lang in Gebrauch wie der des Faschismus; er lässt sich bis in die späten zwanziger Jahre zurückverfolgen. Und obwohl der Totalitarismusansatz erst etwas später publik wurde als verschiedene Faschismustheoreme, wurde ihm doch früher eine allgemeine Anerkennung als «etablierte» und «Establishment»-Theorie zuteil, ehe er dann in den sechziger Jahren nachhaltig in Frage gestellt wurde. Ich werde mich hier deshalb zuerst mit dem Totalitarismus befassen.

3 Siehe Karl Dietrich Brachers Aufsätze im ersten Teil seines Buches *Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie* (München 1976) und in «The Role of Hitler: Perspectives of Interpretation», in Walter Laqueur (Hg.), *Fascism. A Reader's Guide* (Harmondsworth 1979), S. 193-212; Hildebrand, *Das Dritte Reich*, S. 132ff, 187ff; und Hillgruber, *Endlich genug?*, S. 38-42.

Der Totalitarismusbegriff wurde in Italien bereits im Mai 1923 geprägt und ursprünglich als antifaschistisches Schlagwort gebraucht. Um seine Gegner zu schwächen, usurpierte Mussolini den Begriff, als er 1925 von dem fanatischen «totalitären Willen» seiner Bewegung sprach. Danach wurde der Totalitarismusbegriff von Mussolini und anderen italienischen Faschisten, später auch von den deutschen Legalisten und den Nazis zur positiven Selbstdarstellung verwendet. Auch Gentile, der Chefideologe des italienischen Faschismus, verwendete den Begriff bei zahlreichen Gelegenheiten, allerdings in einem mehr etatistischen Sinne. Bei ihm war damit ein alles umfassender Staat gemeint, der die in schwachen pluralistischen Demokratien vorhandene Kluft zwischen Staat und Gesellschaft überwinden würde. Diese zwei Vorstellungen, die etatistische und Mussolinis Anschauung über den dynamischen revolutionären Willen der Bewegung, bestanden nebeneinander. Die Deutschen gebrauchten den Begriff in einer etwas anderen, aber verwandten Bedeutung und auf ebenso zweigleisige Art. Ernst Jünger war einer von mehreren Schriftstellern, die die Vorstellung vom «totalen Krieg» und von der «totalen Mobilmachung» bereits in den zwanziger Jahren prägten – ein Begriff, bei dem eine dynamische, revolutionäre Bedeutung mitschwingt. Zu etwa der gleichen Zeit entwickelte Carl Schmitt, damals Deutschlands führender Staatsrechtstheoretiker, sein auf einem Freund-Feind-Verhältnis basierendes Konzept der Machtpolitik, in das er als historische Antithese zur liberalen Pluralisierung des Staates den «totalen Staat» einfügte, bei dem eine «Identität von Staat und Gesellschaft» herrsche. Beide Formen, sowohl die «aktionistische» als auch die «etatistische», existierten daher schon, bevor die Nazis an die Macht kamen, und wurden von diesen nur übernommen. (Allerdings wurde das Wort «totalitär» von der Naziführung nur selten benutzt.)⁴

Als Ausdruck, durch den faschistische und kommunistische Staaten mit-

4 Zur Entwicklung der Verwendung des «Totalitarismus»-Begriffs siehe Walter Schlangen, *Die Totalitarismus-Theorie. Entwicklung und Probleme* (Stuttgart/Berlin/ Köln/ Mainz 1976), Kapitel 1-3. Für Informationen zur frühen italienischen Verwendung des Begriffs danke ich Professor Meir Michaelis (Hebrew University of Jerusalem). Siehe sein informatives Papier «Anmerkungen zum italienischen Totalitarismusbegriff. Zur Kritik der Thesen Hannah Arendts und Renzo DeFelices», *Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken* (veröffentlicht vom Deutschen Historischen Institut in Rom) 26 (1982), S. 270-302, bes. S. 292-297.

einander in Verbindung gebracht werden, scheint der Totalitarismusbegriff zum erstenmal 1929 in England benutzt worden zu sein, auch wenn einige Jahre zuvor Nitti, Italiens ehemaliger Ministerpräsident, zu jenen gehörte, die Strukturvergleiche zwischen dem italienischen Faschismus und dem Bolschewismus anstellten. In den dreissiger und vierziger Jahren wurde der Begriff auch von bedeutenden linken Faschismusanalitikern wie Borkenau, Löwenthal, Hilferding und Franz Neumann verwendet, die ihn jedoch nicht vergleichend auf den Sowjetkommunismus ausdehnten, sondern allein dazu benutzten, das zu charakterisieren, was sie als das Neue und Spezifische im Faschismus (oder Nationalsozialismus) erkannten. Franz Neumann zum Beispiel verwendete in seinem meisterhaft verfassten Buch *Behemoth* den Begriff in Anlehnung an die zeitgenössische Selbststilisierung der Faschisten und ahnte bereits, dass Schmitts «totaler Staat» durch die «totalitäre» Offensive der Nazibewegung ins Chaos gestürzt werden würde.⁵ Bedingt durch die Publikationen deutscher Emigranten, den stalinistischen Terror und den Hitler-Stalin-Pakt, fand gleichzeitig das Adjektiv «totalitarian» (im Sinne eines Vergleichs von Faschismus und Nationalsozialismus mit dem Kommunismus) in angelsächsischen Ländern bereits in den dreissiger Jahren eine immer stärkere Verbreitung. Auf diese Weise wurde dem vollentwickelten Totalitarismusmodell der frühen Nachkriegszeit der Weg bereitet, das vor allem durch Hannah Arendt und Carl Friedrich allgemein bekannt wurde.

Hannah Arendts Buch *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* ist eine leidenschaftliche und bewegende Anprangerung und Verurteilung von Unmenschlichkeit und Terror – depersonalisiert und rationalisiert als Erfüllung objektiver Gesetze der Geschichte. Die Betonung der radikalisierenden, dynamischen und strukturzerstörenden Eigenschaften, die nach Arendts Ansicht dem Nationalsozialismus immanent sind, ist durch spätere Untersuchungen in starkem Masse bestätigt worden. In Bezug auf den Stalinismus ist das Ergebnis des Buches jedoch weniger befriedigend als in Be-

5 Franz Neumann, *Behemoth* (Köln/Frankfurt am Main 1977). Diese deutschsprachige Ausgabe basiert auf der erweiterten englischen Ausgabe von 1944 (erste englische Ausgabe: 1942) und enthält zusätzlich ein nützliches Nachwort des Herausgebers Gert Schäfer. Vergleiche auch Richard Saage, «Das sozio-politische Herrschaftssystem des Nationalsozialismus. Reflexionen zu Franz Neumanns ‚Behemoth‘», *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, Tel Aviv* 10 (1981), S. 342-362.

zug auf Nazideutschland. Ausserdem bietet das Buch weder eine klare Theorie noch ein befriedigendes Konzept totalitärer Systeme. Und Arendts Hauptargument, mit dem sie das Anwachsen des Totalitarismus erklärt – Klassen würden durch Massen ersetzt und es entstehe eine «Massengesellschaft» –, ist eindeutig fehlerhaft.⁶

Carl Friedrichs Publikationen, die von einem verfassungstheoretischen Standpunkt aus geschrieben sind, waren sogar noch einflussreicher als die von Hannah Arendt. Seither muss sich jeder Autor, der sich mit Totalitarismus befasst, mit Friedrichs Werk auseinandersetzen – vor allem mit seinem berühmten «Sechs-Punkte-Syndrom», in dem er die seines Erachtens zentralen Wesenszüge totalitärer Systeme zusammenfasste (eine offizielle Ideologie, eine einzelne Massenpartei, terroristische Polizeimassnahmen, ein Medien- und ein Waffenmonopol sowie eine zentralgelenkte Wirtschaft). Auf die Hauptschwachstellen in Friedrichs Modell ist wiederholt hingewiesen worden. Es ist vor allem ein statisches Modell, das wenig Raum für eine Veränderung und Entwicklung der inneren Dynamik eines Systems lässt, und es beruht auf der übertriebenen Annahme, «totalitäre Regime» seien von ihrer Art her im Wesentlichen monolithisch. Sein Modell wird daher inzwischen selbst von Wissenschaftlern, die nach wie vor mit einem Totalitarismusansatz arbeiten, weitgehend abgelehnt.⁷

Nachdem sich die Verhältnisse in der UdSSR in der nachstalinischen Ära stabilisiert hatten, konzentrierten Totalitarismustheoretiker ihre Aufmerksamkeit meist weit stärker auf heutige Ostblockregimes als auf das tote NS-System. Dabei spalteten sie sich in zwei Flügel: in einen, der den Totalitarismusbegriff so erweiterte, dass alle Erscheinungsformen kommunistischer Herrschaft darunterfallen, und in einen zweiten, der den Begriff in erster

6 Arendt, *Elemente* (siehe oben Kapitel i, Anmerkung 31). Vergleiche die Bemerkungen von Klaus Hildebrand, «Stufen der Totalitarismus-Forschung», PSV 9 (1968), S. 406-408; Martin Kitchen, *Fascism* (London 1976), S. 30-31; und Aycoberry, S. 130-133.

7 Friedrich stellte sein Modell zum erstenmal 1954 vor, und zwar in seinem Artikel «The Unique Character of Totalitarian Society» in dem von ihm herausgegebenen Band *Totalitarianism* (Cambridge, Mass., 1954) und erweiterte es dann in Friedrich und Brzezinski, *Totalitäre Diktatur* (Stuttgart 1957). Zur Kritik aus der Sicht eines Autors, der gleichfalls einen Totalitarismusansatz vertritt und ein revidiertes Modell vorstellt, siehe Leonard Schapiro, *Totalitarianism* (London 1973).

Linie auf den Stalinismus eingrenzte. In beiden Fällen behielt man jedoch den Vergleich mit faschistischen Systemen zumindest implizit bei.⁸

Inzwischen war der Totalitarismusbegriff in den fünfziger Jahren zum grundlegenden Bestandteil massgebender wissenschaftlicher Nationalsozialismusinterpretationen geworden, wie etwa an den klassischen Pionierarbeiten von Karl Dietrich Bracher zu sehen ist. Bracher, der von Hause aus Politikwissenschaftler ist, hat darauf hingewiesen, wie sehr man sich bei der Entwicklung einer allgemeinen Totalitarismustheorie versehen muss, vor allem wenn man dazu konstitutionelle und soziologische Kategorien bemüht, die sich auf eine allzu dürftige empirische Grundlage stützen. Seiner Ansicht nach sei unbedingt empirische Forschung notwendig, um die vielen unterschiedlichen Formen totalitärer Herrschaft aufzudecken; dabei werde sich jedoch bestätigen, dass die Herrschaftsmethoden des bolschewistischen/kommunistischen und des nationalsozialistischen/faschistischen Systems einander im Wesentlichen ähnlich seien. Bracher wollte sich nicht an die statischen, konstitutiven und unzureichend differenzierten Wesenszüge des Friedrichschen Modells binden, die kaum der «revolutionären Dynamik» gerecht werden konnten, in der er ein «Kernprinzip» sah, durch das sich totalitäre von anderen Formen autoritärer Herrschaft unterscheiden. Der entscheidende Charakter des Totalitarismus beruht für ihn auf dem totalen Herrschaftsanspruch, dem Führerprinzip, der reinen Ideologie und der Fiktion einer Identität von Herrschern und Beherrschten und macht in seinen Augen einen wesentlichen Unterschied zwischen einem «offenen» und einem «geschlossenen» Politikverständnis aus.⁹ Der grundlegende Wert des Totalitarismusbegriffs bestehe folglich darin, dass er den Hauptunterschied zwischen Demokratie und Diktatur erkennbar mache. Obgleich Bracher sieht, dass Totalitarismustheorien – wie alle politischen und gesellschaftlichen Theorien, die über eine bloße Beschreibung hinausgehen – ihre Schwächen haben, behauptet er: «Aber ebenso gewiss gibt es nach wie vor, auch nach Hitler und Stalin, das Phänomen totalitärer Herrschaftsansprüche und die Neigung zum Totalitären, [...] die totalitäre Versuchungs» (die Bra-

8 Siehe Schlangen, Kapitel 4.

9 Bracher, *Zeitgeschichtliche Kontroversen*, Kap. 2. Seine Totalitarismusposition hat er kurz und bündig dargelegt in *Totalitarismus und Faschismus. Eine wissenschaftliche und politische Begriffskontroverse* (München/Wien 1980), S. 10-17, 69-71.

cher im Folgenden mit der «Neuen Linken» unter den deutschen Intellektuellen und auch mit dem in den siebziger Jahren in der Bundesrepublik zu bemerkenden Anwachsen des Terrorismus von links und rechts in Verbindung bringt).¹⁰

Seiner Ansicht nach kommt man um die Hauptfrage nach dem totalitären Charakter politischer Systeme nicht herum, weder im Interesse wissenschaftlicher Klarheit und Objektivität, noch im Hinblick auf die politischen und menschlichen Folgen solcher Diktaturen und die totalitären Tendenzen in der heutigen Gesellschaft.

Obwohl auch andere angesehene Wissenschaftler den Totalitarismusbegriff benutzt haben und weiterhin benutzen, um zu charakterisieren, was ihnen am NS-System als das Wesentliche erscheint, genügt es hier zusammenzufassen, wie Bracher diesen Begriff verwendet. Bracher war nicht nur seit den fünfziger Jahren massgeblich an der wissenschaftlichen Erforschung des Nationalsozialismus beteiligt, sondern hat sich auch konsequent dafür eingesetzt, dass zum besseren Verständnis verschiedener politischer Herrschaftsmodelle das Totalitarismuskonzept herangezogen wurde, und er hat mehr als jeder andere Historiker dazu beigetragen, dass der Totalitarismusbegriff weiterhin und in letzter Zeit sogar in verstärktem Masse auf den Nationalsozialismus Anwendung findet. Doch müssen hier Zweifel an dem Konzept angemeldet werden, denn erstens verwendet Bracher als Hauptordnungsprinzip seiner Totalitarismusdefinition eine ziemlich undifferenzierte Einteilung in ein «offenes» und ein «geschlossenes» Politikverständnis, zweitens fehlt bei ihm eine klare Unterscheidung zwischen Totalitarismus als Tendenz und als Herrschaftssystem, drittens ist der Begriff der «revolutionären Dynamik» von bestreitbarem Wert, wenn man ihn auf einzelne Gesellschaften anwendet, die Bracher als «totalitär» ansehen würde, und viertens (und das ist ein ganz grundlegender Einwand) schreibt er unterschiedlichen Regimen relativ oberflächliche gemeinsame Wesenszüge zu, während bei näherem Hinsehen viele bedeutsame Unterschiede in der Organisation und Zielsetzung zu erkennen sind.

Wir wollen uns nun einen kurzen Abriss gegensätzlicher Interpretationen zuwenden, die den Nationalsozialismus zu den zwischen den Kriegen in Europa entstandenen Faschismusformen rechnen und gleichzeitig den im

10 Karl Dietrich Bracher, *Schlüsselwörter in der Geschichte* (Düsseldorf 1978), S. 109-110, 121-123.

Totalitarismusansatz enthaltenen Vergleich mit dem Sowjetkommunismus zurückweisen.

Faschismus

In den sechziger Jahren ist ein neues Interesse an der Auseinandersetzung mit dem Faschismus entstanden – mit einem Phänomen also, das in der Zeit zwischen den Kriegen in den meisten europäischen Ländern aufgetreten war. Zu diesem neuerwachten Interesse hat in nicht geringem Masse Ernst Nolte's höchst einflussreiches, 1963 erschienenes Buch *Der Faschismus in seiner Epoche* beigetragen.¹¹ Innerhalb der folgenden fünf Jahre fanden mehrere grosse internationale Konferenzen statt; ausserdem erschienen zahlreiche Anthologien, die Untersuchungen über Wesen und Erscheinungsbild faschistischer Bewegungen in ganz Europa enthielten, und es entstand eine beachtliche wissenschaftliche Literatur.¹² Als gegen Ende der

11 Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche* (München 1963).

12 Beispielsweise Eugene Weber, *Varieties of Fascism* (New York 1964); «International Fascism, 1920-1945», *JCH* i (1) (1966); Ernst Nolte, *Die faschistischen Bewegungen* (München 1966); Francis L. Carsten, *The Rise of Fascism* (London 1967 [dt.: *Der Aufstieg des Faschismus in Europa*, Frankfurt am Main 1968]); Stuart J. Woolf (Hg.), *European Fascism* (London 1968) sowie *The Nature of Fascism* (London 1968); Wolfgang Schieder, «Faschismus», in C. D. Kernig (Hg.), *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie* (7 Bände, Freiburg/Basel/Wien 1966-1972), Bd. 2 (1968), Spalte 438-477; Renzo DeFelice, *Interpretations of Fascism* (Cambridge, Mass., 1977, erste italienische Ausgabe 1969). Einen Literaturüberblick und Hinweise auf nützliche spätere Anthologien finden sich in Wolfgang Wippermann, *Faschismustheorien* (Darmstadt 1972); Wolfgang Schieder (Hg.), *Faschismus als soziale Bewegung* (Hamburg 1976); Hans-Ulrich Thamer und Wolfgang Wippermann, *Faschistische und neofaschistische Bewegungen* (Darmstadt 1977); Walter Laqueur (Hg.), *Fascism. A Reader's Guide* (Harmondsworth 1979); Stanley Payne, *Fascism: Comparison and Definition* (Madison, Wisconsin, 1980); Stein Ugelvik Larsen u.a., *Who were the Fascists? Social Roots of European Fascism* (Bergen 1980); Wolfgang Wippermann, *Europäischer Faschismus im Vergleich, 1922-1982* (Frankfurt am Main 1983); Detlef Mühlberger (Hg.) *The Social Basis of European Fascist Movements* (London/Sydney 1987). Bedeutende neuere Untersuchungen bieten unter anderem Roger Griffin, *The Nature of Fascism* (London 1991); Roger Eatwell, *Fascism. A History* (London 1995); und Stanley G. Payne, *A History of Fascism, 1914-1945* (London 1995).

sechziger Jahre die «Neue Linke» die Werte der damaligen bürgerlich-liberalen Gesellschaft in Frage stellte, verband sich das wissenschaftliche Interesse an einer vergleichenden Faschismusforschung mit einem politischen Interesse auf Seiten der Linken (und wurde teilweise von ihr instrumentalisiert). Die politischen Verhältnisse der sechziger Jahre bewirkten somit ein Wiederaufleben marxistischer Faschismustheorien; daran waren Veröffentlichungen zeitgenössischer marxistischer Analytiker des Faschismusphänomens ebenso beteiligt wie eine wachsende Anzahl nichtmarxistischer Faschismusinterpretationen.¹³

Über die marxistischen als auch über die nichtmarxistischen Interpretationen kann man allgemein sagen, dass sich die meisten Stränge der Debatte – genau wie beim Totalitarismusbegriff – praktisch bis zum ersten Auftreten des Faschismusphänomens selbst zurückverfolgen lassen.

Marxistische Theorien

Den ersten ernsthaften Versuch einer theoretischen Erklärung des Faschismus unternahm in den zwanziger Jahren die Komintern. Sie ging dabei anfangs vom italienischen Faschismus aus, und ihre Sichtweise gründet sich auf den Gedanken, dass zwischen Kapitalismus und Faschismus eine enge Wechselbeziehung bestehe. Die von Lenins Imperialismustheorie abgeleitete Theorie besagte, der nahende und nicht mehr aufzuhaltende Zusammenbruch des Kapitalismus lasse es für die reaktionärsten und mächtigsten Gruppen innerhalb des inzwischen hochkonzentrierten Finanzkapitals immer notwendiger erscheinen, ihre imperialistischen Ziele durch die Mani-

13 Zum Beispiel Ernst Nolte (Hg.), *Theorien über den Faschismus* (Köln 1967); Wolfgang Abendroth (Hg.), *Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus* (Frankfurt am Main/Wien 1967); Reinhard Kühnl (Hg.), *Texte zur Faschismuskussion 1. Positionen und Kontroversen* (Reinbek 1974); Reinhard Kühnl, *Formen bürgerlicher Herrschaft* (Reinbek 1971); Manfred Clemenz, *Gesellschaftliche Ursprünge des Faschismus* (Frankfurt am Main 1972). Ein Querschnitt der Arbeiten der «Neuen Linken» in den sechziger Jahren findet sich in *Das Argument 1-6* (1964-1970). Scharfe Kritik übt Heinrich August Winkler, *Revolution, Staat, Faschismus* (Göttingen 1978), Kapitel 3.

pulation einer Massenbewegung zu sichern – einer Massenbewegung, die in der Lage sei, die revolutionäre Arbeiterklasse zu zerstören und insofern kurzzeitig kapitalistische Interessen und Profite zu schützen, die sich durch Expansion und Krieg erzielen liessen. Der Faschismus galt deshalb als notwendige Form und Endstadium der bürgerlich-kapitalistischen Herrschaft. Dieser Interpretation zufolge galt daher, dass die Politik eine direkte Funktion der Ökonomie und ihr ganz und gar untergeordnet sei; dass die faschistischen Massenbewegungen das Produkt einer kapitalistischen Manipulation seien; dass die faschistische Herrschaft dazu diene, den Profit zu vergrößern und die faschistischen Führer daher «Agenten» der kapitalistischen herrschenden Klasse seien. Die Schlüsselfrage, die es zu stellen gelte, sei: Wem nützt das System? Und die Antwort der Komintern liess keinen Zweifel daran, dass zwischen den faschistischen Lakaien und den kapitalistischen Herrschern eine immanente Verbindung bestünde. Zwar kann hier eine kurze Zusammenfassung den innerhalb der Komintern geführten Debatten und den von verschiedenen Seiten (am weitsichtigsten und nuanciertesten von Clara Zetkin) geäußerten Kommentaren und Interpretationen kaum gerecht werden, aber man kann sagen, dass die gerade beschriebene Sichtweise vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale auf seiner dreizehnten Plenarsitzung im Dezember 1933 im Wesentlichen so angenommen wurde und in der im ersten Kapitel bereits erwähnten Definition von Dimitroff 1935 ihre endgültige Form fand. Bis zu den jüngsten politischen Umwälzungen in Osteuropa bildete sie die Grundlage sowjetischer und ostdeutscher Veröffentlichungen zum Nationalsozialismus.¹⁴

Da damals die «orthodoxe» Meinung der Komintern dominierte, fanden «nonkonformistische» marxistische Interpretationen häufig nicht die Beachtung, die sie zu jener Zeit verdient hätten. Den scharfsinnigen Interpretationen etwa eines August Thalheimer (der 1928 als «Renegat» aus der KPD ausgeschlossen worden war) oder eines Otto Bauer (ein bekannter österreichischer Theoretiker) wurde erst in der Zeit eines wiedererwachten Interesses an der Faschismusforschung in den sechziger und siebziger Jahren die gebührende Anerkennung zuteil; dabei haben sie auf neuere westli-

14 Ihre Forschungsergebnisse fassten führende DDR-Historiker in dem von Eichholtz und Gossweiler herausgegebenen Band *Faschismusforschung* (siehe Kapitel 1 Anmerkung 27) zusammen.

che marxistische Faschismus-Interpretationen jedoch allgemein einen stärkeren Einfluss ausgeübt als der Standpunkt der Komintern.

Sowohl Thalheimer (in einer Artikelserie, die 1930 erschien, aber erst Ende der sechziger Jahre volle Anerkennung fand) als auch Bauer (in einem Aufsatz, den er 1924 veröffentlichte und 1936 zu einem Buchkapitel erweiterte) bauten in ihrem Faschismusverständnis auf Marxsche Texte zum Bonapartismus auf, besonders auf seinen *Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte*, den er unmittelbar nach dem französischen Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 verfasst hatte. Wenngleich keiner der Autoren den Bonapartismus mit dem (zur Zeit der ursprünglichen Veröffentlichung der Texte hauptsächlich italienisch geprägten) Faschismus gleichsetzte, sahen doch beide in der Marxschen Interpretation des französischen Coup d'état einen bedeutenden Fingerzeig, der wesentlich zu einem Verständnis des Verhältnisses von Faschisten und kapitalistischer herrschender Klasse beitragen könne. Marx war in seinem Werk von der Annahme ausgegangen, die sozialen Klassen hätten sich bei ihrem Kampf um die Macht in Frankreich gegenseitig neutralisiert und es dadurch Louis Bonaparte ermöglicht, mit Unterstützung des sogenannten Lumpenproletariats und der Masse der unpolitischen Kleinbauern die staatliche Exekutive zu einer relativ unabhängigen Kraft zu formen. Durch die Anwendung der Marxschen Analyse auf den Faschismus wurde es Thalheimer und Bauer möglich:

- zwischen der gesellschaftlichen und der politischen Dominanz der kapitalistischen herrschenden Klasse zu unterscheiden,
- der faschistischen Massenunterstützung eine wichtige eigenständige Bedeutung beizumessen,
- im Faschismus nur einen von mehreren möglichen Auswegen aus der Krise des Kapitalismus – und keineswegs das Endstadium des Kapitalismus auf dem Wege zum Sozialismus – zu sehen und schliesslich die relative Autonomie einer einmal an die Macht gelangten faschistischen Exekutive hervorzuheben.

Mit dieser Interpretation gerieten die beiden Autoren mit der «orthodoxen» leninistischen Linie in einen direkten Konflikt (auch wenn Bauer dann 1938 in seinen letzten Schriften den Bonapartismus herunterspielte und einer leninistischen Imperialismusanalyse sehr viel näherkam). Der entscheidende Punkt war hier die dialektische Beziehung zwischen der ökonomischen Herrschaft des «Grossbürgertums» und der politischen Vormachtstel-

lung der faschistischen «Herrschaftskaste», die zwar von Kapitalisten finanziell unterstützt werde, aber von ihnen nicht geschaffen worden sei. Obwohl sich die faschistische Partei aus Kleinbürgern zusammensetze, müsse sie doch, wenn sie erst einmal an der Macht sei, zu einem Instrument der wirtschaftlich herrschenden Klasse und hier vor allem ihrer eher kriegerischen Elemente werden. Dabei könnten die innerhalb des Systems bestehenden inneren Widersprüche, die bald zu Interessenkonflikten zwischen der faschistischen Kaste und der kapitalistischen herrschenden Klasse führen würden, nur durch einen Krieg aufgelöst werden.¹⁵

Während in der DDR, wie schon erwähnt, die Kominterntheorie bis zu den politischen Umwälzungen von 1989 den Schlüssel zum Verständnis des Faschismus bildete, sind die theoretischen Abhandlungen westlicher Marxisten seit den sechziger Jahren stark von Varianten des bonapartistischen Ansatzes beeinflusst worden (wie er etwa auch in Trotzki's scharfsinnigen Schriften über den Faschismus zum Ausdruck kommt).¹⁶ In den letzten Jahren sind linke Veröffentlichungen zum Faschismus jedoch in bemerkenswertem Masse durch einen dritten Hauptstrang marxistischer Faschismusinterpretationen geprägt worden. Dieser leitet sich aus Gramscis Werk (insbesondere seiner Vorstellung von der «bürgerlichen Hegemonie») her und ist von Nicos Poulantzas näher dargestellt worden, dessen Interpretation wir uns in Kapitel 3 genauer ansehen werden.¹⁷ Der neogramscistische Ansatz betont in weit stärkerem Masse als andere marxistische Interpretationen die

15 Zu Thalheimer, Bauer und dem «Bonapartismus» siehe vor allem Gerhard Botz, «Austro-Marxist Interpretations of Fascism», in «Theories of Fascism», *JCH* 11 (4) (1976), S. 129-156, besonders S. 131-147; Jost Düllfer, «Bonapartism, Fascism, and National Socialism», in *JCH* 11 (1976), S. 109-128; und Hans-Gerd Jaschke, *Soziale Basis und soziale Funktion des Nationalsozialismus. Studien zur Bonapartismustheorie* (Opladen 1982). Siehe auch Kitchen, Kapitel 7; Ayçoberry, S. 57-64; und Hildebrand, *Das Dritte Reich*, S. 125-126. Eine Kritik findet sich bei Winkler, *Revolution*, Kapitel 2 und S. 83 ff. Eine hervorragende Zusammenstellung von marxistischen Analysen der Zwischenkriegszeit – «orthodoxen» und «abtrünnigen» – enthält David Beetham (Hg.), *Marxism in Face of Fascism*, (Manchester 1983).

16 Leo Trotzki, *Schriften über Deutschland*, Band 1 (Hg. Helmut Dahmer, Frankfurt am Main 1971). Trotzki betrachtete die Präsidialkabinette Brüning's, von Papens und Schleichers als «Bonapartismus» und nicht den Faschismus selbst. Siehe Robert S. Wistrich, «Leon Trotsky's Theory of Fascism», *JCH* 11 (1976), S. 170-171.

17 Nicos Poulantzas, *Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus* (München 1970).

Bedingungen der *politischen* Krise, die entstehen, wenn der Staat nicht länger die politische Einheit der dominierenden Klasse organisieren kann und in den Augen des Volkes seine Berechtigung verloren hat, und die den Faschismus als attraktive, radikale, volksnahe Lösung für das Problem der Wiederherstellung der «Hegemonie» der dominierenden Klasse erscheinen lassen. Mit den hier kurz beschriebenen marxistischen Faschismusinterpretationen werden wir uns im nächsten Kapitel befassen, wenn wir uns dem Verhältnis von Politik und Wirtschaft im NS-Herrschaftssystem zuwenden.

Nichtmarxistische Interpretationen

Während, wie ich gezeigt habe, die meisten der neueren marxistischen Faschismusinterpretationen Theorien aus den zwanziger und dreissiger Jahren übernommen oder als Ausgangspunkt aufgegriffen haben, sind die frühen «bürgerlichen» oder nichtmarxistischen Interpretationen – von denen, wenn überhaupt, nur ganz wenige tatsächlich einer Faschismustheorie gleichkommen – von der späteren wissenschaftlichen Forschung allgemein für äusserst unzulänglich befunden worden. So hat zum Beispiel die von Benedetto Croce, Friedrich Meinecke, Gerhard Ritter und später auch von Golo Mann gehegte Ansicht von einer «moralischen Krise der europäischen Gesellschaft» nur eine sehr mittelbare Wirkung auf spätere nichtmarxistische Faschismusinterpretationen gehabt. Auch Wilhelm Reichs Versuch, Marxismus und Freudianismus miteinander zu verbinden und den Faschismus als eine Folge sexueller Unterdrückung zu deuten, sowie Erich Fromms kollektivpsychologischer Ansatz einer «Furcht vor der Freiheit», die zu einer Flucht in die Unterwürfigkeit führe, haben der aktuellen Faschismusanalyse kaum methodische Anstösse gegeben. Allein vom Ansatz Talcott Parsons', der von einer «Anomie» moderner Gesellschaftstrukturen und einer konfliktträchtigen Koexistenz traditioneller, archaischer Wertsysteme und moderner sozialer Prozesse ausgeht, lässt sich sagen, er habe späteren nichtmarxistischen, mit Modernisierungstheorien verbundenen Faschismusanalysen «einen unauslöschlichen Stempel» aufgedrückt.¹⁸ Seit die nichtmarxi-

18 Siehe Talcott Parsons, «Democracy and Social Structure in Pre-Nazi Germany» und

stische vergleichende Faschismusforschung in den sechziger Jahren zu neuem Leben erwachte, ist sie hauptsächlich von drei verschiedenen Richtungen vorangetrieben worden: von dem «phänomenologischen» ideengeschichtlichen Ansatz im Sinne Ernst Noltes, von verschiedenen, die «strukturelle Modernisierung» berücksichtigenden Ansätzen sowie von «soziologischen» Interpretationen der sozialen Zusammensetzung und Klassenbasis faschistischer Bewegungen und Wähler.

Noltes selbstproklamierte «phänomenologische Methode» scheint in der Praxis auf kaum mehr hinauszulaufen als darauf, dass Phänomene – in diesem Fall die Schriften faschistischer Führer – für das genommen werden, als was sie sich selbst darstellen. In bissigen Kommentaren haben Kritiker die Ansicht vertreten, bei Noltes Konzept handele es sich «im Wesentlichen um Diltheys gute alte Methode der Empathie» oder um «kaum mehr als einen verkappten Historismus»¹⁹. Nolte schenkt den sozialen Grundlagen des Faschismus kaum ernsthafte Beachtung, da er sozioökonomische Faschismuserklärungen für unzulänglich hält. Stattdessen führt ihn seine Analyse der Entwicklung faschistischer Ideen zu einem – wie er recht bombastisch sagt – «metapolitischen» Begriff des Faschismus als einer generischen und autonomen Kraft. In einer etwas mystischen und mystifizierenden Schlussfolgerung sieht er im Faschismus einen praktischen und gewaltsamen «Widerstand gegen die Transzendenz». Unter «Transzendenz» versteht er einen zweifachen Prozess: einerseits das Streben der Menschheit nach Emanzipation und Fortschritt (das er «praktische Transzendenz» nennt) und andererseits die über diese Welt hinausreichende Heilssuche des Menschen, sein geistiges Streben hinaus «über alles Gegebene und Gebbare in Richtung eines absoluten Ganzen» – mit anderen Worten den Glauben an Gott und ein Leben nach dem Tode (was Nolte als «theoretische Transzendenz» bezeichnet). Doch indem Nolte den Gedanken des gewaltsamen «Widerstands gegen die Transzendenz» so betont, unterscheidet er den Faschismus von blos-

«Some Sociological Aspects of the Fascist Movements», in seinen *Essays in Sociological Theory* (London und Toronto 1949; Parsons' Aufsatz «Demokratie und Sozialstruktur in Deutschland vor der Zeit des Nationalsozialismus» ist enthalten in ders., *Beiträge zur soziologischen Theorie* [Neuwied 1964], S. 256-281.) Das Zitat stammt aus Geoff Eley, «The Wilhelmine Right: How it Changed», in Richard J. Evans (Hg.), *Society and Politics in Wilhelmine Germany* (London 1978), S. 115.

19 Sauer, S. 414 (Kapitel 1 Anmerkung 39); Kitchen, S. 40.

ser «Reaktion» und sieht in ihm eine sowohl antitraditional als auch anti-modern ausgerichtete europäische Bewegung, die sich an erster Stelle und in erster Linie gegen ihr Spiegelbild, den Kommunismus, wandte, dabei aber gleichzeitig die Existenz der bürgerlichen Gesellschaft bedrohte. Und schliesslich behauptet Nolte, indem er den «Faschismus in seiner Epoche» hervorhebt, der Faschismus sei historisch an eine bestimmte Zeit gebunden gewesen, und «,derselben' soziologischen Struktur wäre es in einer anderen Epoche und unter anderen Weltbedingungen unmöglich, ein historisch relevantes Phänomen zu erzeugen, das als Faschismus gelten kann, zumindest nicht [...] in der Form des europäischen Nationalfaschismus»²⁰.

Noltes Buch stellte eine wichtige Veröffentlichung dar und weckte, wie bereits erwähnt, stärker als jedes andere einzelne Werk der sechziger Jahre Interesse an dem Problem des generischen Faschismusbegriffs. Es lässt sich jedoch nicht gerade sagen, dass dieses Buch in Bezug auf seine Methode oder seine Schlussfolgerungen eine breite Anhängerschaft gewonnen habe. Andere Autoren, die sich mit vergleichender Faschismusforschung befassen und dabei ebenfalls vom Selbstbild der Faschisten ausgehen, vertreten den Standpunkt, der Faschismus sei eher revolutionär als rückwärtsgerichtet und «sehe stark wie der Jakobinismus unserer Zeit aus»²¹. Zweitens muss für Noltes Werk eine starke Einschränkung gemacht werden, da er es unterlässt, das Wesen und die Dynamik der sozioökonomischen Grundlagen faschistischer Bewegungen im Einzelnen zu analysieren. Und schliesslich ist aus einer anderen Sicht die Frage aufgeworfen worden, ob Nolte mehr getan habe, als nur ähnliche Erscheinungsformen eines von ihm als «Faschismus» bezeichneten politischen Systemtyps zu beschreiben, die jedoch in ganz Europa einen äusserst unterschiedlichen Intensitätsgrad gezeigt hätten; ob Nolte also mit anderen Worten nicht in Wirklichkeit übersehen habe, dass nicht die Ähnlichkeiten, sondern die Unterschiede überwogen hätten – ein Argument, das die Existenz des Phänomens als solche in Frage stellt.²²

Die zweite grössere *Gruppe* nichtmarxistischer Ansätze («Gruppe» des-

20 Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche*, S. 515-521. Das Zitat stammt aus Ernst Nolte, «The Problem of Fascism in Recent Scholarship», in Henry A. Turner (Hg.), *Reappraisals of Fascism* (New York 1975), S. 30.

21 Weber, *Varieties*, S. 139.

22 Hildebrand, *Das Dritte Reich*, S. 136.

halb, weil diese Ansätze viele verschiedene Nuancen und unterschiedliche Gewichtungen enthalten) hängt mit Modernisierungstheorien zusammen, bei denen der Faschismus als eine von mehreren verschiedenen Möglichkeiten auf dem Weg zur modernen Gesellschaft begriffen wird. Bei einer Variante des Modernisierungsansatzes, die Klaus Hildebrand als «strukturell-funktionale Theorie» bezeichnet, gilt der Faschismus als «eine besondere Form der Herrschaft in Gesellschaften, die sich in einer kritischen Phase des gesellschaftlichen Transformationsprozesses zur Industriegesellschaft befinden und zugleich objektiv oder in den Augen der herrschenden Schichten von der Möglichkeit eines kommunistischen Umsturzes bedroht sind»²³. Dieser Sicht zufolge gewinnt der Faschismus seine Hauptstosskraft aus dem Widerstand residualer Eliten gegen die egalitären Tendenzen der Industriegesellschaft. Andere Ansätze sehen im Faschismus eine Form einer sich entwickelnden Diktatur (Gregor) oder in erster Linie ein Phänomen, das bei Agrargesellschaften in einer bestimmten Übergangsphase zur Modernisierung anzutreffen sei (Organski), oder auch ein Produkt des Modernisierungsweges einer Agrargesellschaft, die nur eine «Revolution von oben» erfahren habe, was dann zu revolutionären, die Modernisierung vorübergehend vorantreibenden Unruhen einer zutiefst reaktionären und zum Aussterben verurteilten Klasse (der Bauernschaft) geführt habe (Barrington Moore).²⁴

Das Hauptproblem des «strukturell-funktionalen» Ansatzes scheint darin zu bestehen, dass er den veränderungsfeindlichen Widerstand der herrschenden Eliten überbetont und dabei die eigenständige Dynamik der faschistischen Massenbewegungen unterbewertet. Hinzu kommt, dass es schwierig ist festzustellen, welche der damals vom Faschismus erfassten Staaten sich genau in diesem Übergangsprozess zur pluralistischen Industriegesellschaft befanden. Bestenfalls scheint das auf Italien und Deutschland zuzutreffen,

23 Wolfgang Mommsen, «Gesellschaftliche Bedingtheit und gesellschaftliche Relevanz historischer Aussagen», in Eberhard Jäckel und Ernst Weymar (Hg.), *Die Funktion der Geschichte in unserer Zeit* (Stuttgart 1975), S. 219-220; Hildebrand, *Das Dritte Reich*, S. 136.

24 A.J. Gregor, *The Ideology of Fascism* (New York 1969); A.F.K. Organski, «Fascism and Modernization», in Woolf (Hg.), *The Nature of Fascism*, S. 19-41; Barrington Moore Jr., *Social Origins of Dictatorship and Democracy* (London 1967).

obgleich der Grad des Übergangs bei den zwei Ländern so verschieden war, dass der Wert des «Modells» bezweifelt werden kann.²⁵ Bei jenen Modernisierungstheorien, die den Faschismus hauptsächlich in einen agrargesellschaftlichen Zusammenhang stellen, besteht die Hauptschwierigkeit darin, dass sie kaum auf den deutschen Fall zuzutreffen scheinen, wo der Nationalsozialismus sich in einer hochindustrialisierten Gesellschaft entwickelte. Bezeichnenderweise geht Organski – einer der bekanntesten Vertreter dieses Ansatzes – bei seinem Modell nicht auf Deutschland ein, während Barington Moore bei seiner anregenden und weitreichenden Analyse der verschiedenen Modernisierungswege – deren Entwicklung er in der unterschiedlich vorhandenen Machtbasis der grossgrundbesitzenden Eliten begründet sieht – die Bedeutung feudaler Traditionen für den Erfolg des Faschismus stark überbetont und dementsprechend den Anteil, den eine vollentwickelte kapitalistische Wirtschaft und die bürgerliche Gesellschaft an der Dynamik haben, deutlich unterbewertet. Bei jenen Modernisierungstheorien, die sich speziell auf Deutschland konzentrieren (zum Beispiel die Arbeiten von Dahrendorf und Schoenbaum)²⁶, geht es nicht um eine Faschismustheorie, sondern um die (wenn auch weitgehend unbeabsichtigte) modernisierende Wirkung des Nationalsozialismus selbst. Diese Interpretationen werden im 7. Kapitel behandelt.

Ein dritter einflussreicher nichtmarxistischer Ansatz ist Seymour Lipsets «soziologische» Interpretation des Faschismus als Radikalismus der unteren Mittelschicht – er spricht auch vom «Extremismus der Mitte».²⁷ Dieser Sichtweise zufolge entstand der Faschismus, als mittelständische Schichten, die zuvor Parteien der liberalen Mitte unterstützt hatten, durch die wachsende wirtschaftliche Not und eine – in ihren Augen sowohl vom Grosskapital als auch von der organisierten Arbeiterschaft ausgehende – Bedrohung dazu veranlasst wurden, sich der extremen Rechten zuzuwenden. Diese Interpretationssicht ist in den letzten Jahren aus verschiedenen Richtungen unter Beschuss geraten. Erstens ist gezeigt worden, dass in Deutschland – und Lipsets Argumentation stützt sich stark auf den deutschen Fall – die

25 Darauf verweist Hildebrand, *Das Dritte Reich*, S. 137-138.

26 Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland* (München 1963); David Schoenbaum, *Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches* (Köln u.a. 1968).

27 Seymour Martin Lipset, *Soziologie der Demokratie* (Neuwied 1962; übersetzt von Otto Kimminich), Kapitel 5.

Wahlstimmen der unteren Mittelschicht vor dem Aufstieg des Nationalsozialismus an Parteien gingen, die keineswegs als «liberale» oder gemässigte Parteien der Mitte gelten konnten, sondern ausgesprochen rechtsgerichtet (autoritär, nationalistisch und häufig rassistisch) waren. Die Wahl einer faschistischen Partei stand in Wirklichkeit am Ende eines langen, schrittweise rechtsgerichteten Veränderungsprozesses im Wählerverhalten.²⁸ Zweitens erzielte die Naziapartei – wie vor Kurzem gezeigt wurde – in den Grossstädten einen Hauptteil ihrer Wählerstimmen in wohlhabenden Bezirken, die das etablierte höhere Bürgertum und nicht die verunsicherten oder im Niedergang begriffenen unteren Mittelschichtgruppen der klassisch Lipsetschen Theorie repräsentierten; und am anderen Ende der sozialen Skala erhielten die Nazis ein grösseres Mass an Unterstützung von Seiten der Arbeiterklasse (auch wenn es ihnen nicht gelang, ernstliche Einbrüche in die «organisierte» Arbeiterschaft zu erzielen), als man bislang angenommen hatte.²⁹ Drittens und letztens ist der Einwand gemacht worden, dass bei einer ausschliesslichen Konzentration auf das politische Verhalten der unteren Mittelschicht völlig ausser Acht gelassen werde, inwieweit die Eliten dem Faschismus an die Macht verholfen hätten, und dass während der Regimephase des Fa-

28 Siehe Heinrich August Winkler, «Extremismus der Mitte? Sozialgeschichtliche Aspekte der nationalsozialistischen Machtergreifung», *VfZ* 20 (1972), S. 175-191, und auch Thomas Childers, *The Nazi Voter. The Social Foundations of Fascism in Germany 1919-1933* (Chapel Hill/London 1983).

29 Zum Wahlverhalten in den Grossstädten siehe Richard F. Hamilton, *Who voted for Hitler?* (Princeton 1982). Das breite soziale Spektrum der Nazianhängerschaft unterstreichen Childers, Jürgen W. Falter, «Wer verhalf der NSDAP zum Sieg?», *APZ* (14. Juli 1979), S. 3-21, und Heinrich August Winkler, «Mittelstandsbewegung oder Volkspartei? Zur sozialen Basis der NSDAP», in Schieder (Hg.), *Faschismus als soziale Bewegung*, S. 97-118. Zur Sozialstruktur der Parteimitglieder siehe Michael Kater, *The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919-1945* (Oxford 1983). Eine gute Übersicht über die Literatur zur sozialen Zusammensetzung der Nazianhängerschaft und hier vor allem zu der vieldiskutierten Frage, auf welche Weise und in welchem Masse die Nazis durch die Arbeiterklasse unterstützt worden seien und ob die SA einen eher «mittelständischen» oder eher «proletarischen» Charakter gehabt habe, findet sich jetzt bei Mathilde Jamin, *Zwischen den Klassen. Zur Sozialstruktur der SA-Führerschaft* (Wuppertal 1984), S. 11-45. Neuere Quellen und Informationen zur Struktur der NSDAP-Mitglieder bietet Detlef Mühlberger, *Hitler's Followers. Studies in the Sociology of the Nazi Movement* (London 1991). Die bislang grundlegende Untersuchung über die nationalsozialistische Wählerschaft bietet Jürgen Falter, *Hitlers Wähler* (München 1991).

schismus die Interessen der unteren Mittelschicht denen des Grosskapitals untergeordnet gewesen seien.³⁰

Es lag nicht in meiner Absicht, hier eine vollständige Kritik der äusserst unterschiedlichen Faschismusinterpretationen anzustreben; vielmehr wollte ich veranschaulichen, dass – obwohl beachtliche Fortschritte erzielt und komplexe Typologien faschistischer Bewegungen entwickelt worden sind – keine Aussicht auf irgendeine Faschismustheorie besteht, die allgemeine Anerkennung finden könnte. Wie gezeigt worden ist, kann keine einzige marxistische Theorie den Anspruch erheben, auch nur unter marxistischen Wissenschaftlern allgemein akzeptiert zu sein; und auf der anderen Seite sind hier auch die Schwach- und Kritikpunkte «bürgerlicher» Interpretationen teilweise thematisiert worden. Ausserdem stellen, wie schon gesagt, einige führende Wissenschaftler – ob mit «Totalitarismus»-Ansatz oder ohne – die gesamte Grundlage der vergleichenden Faschismusforschung in Frage und vertreten den Standpunkt, zwischen den «faschistischen» Bewegungen bestünden derart grundlegende Unterschiede, dass jeder generische Faschismusbegriff sinnlos sei.

Nach dieser kurzen Darstellung der Entwicklungsphasen des Totalitarismus- und Faschismusbegriffs können wir uns nun kritisch der Frage zuwenden, ob von einem der beiden Modelle das Phänomen des Nationalsozialismus zufriedenstellend erfasst wird.

Allgemeine Überlegungen zum «Totalitarismus»- und zum «Faschismus»-Begriff

«Totalitarismus» und «Faschismus» sind keine «sauberen» wissenschaftlichen Begriffe. Beide haben von Beginn ihres Gebrauchs an eine Doppelfunktion: einerseits als ideologisches Mittel für eine negative politische Kategorisierung, wobei sie im allgemeinen Sprachgebrauch eher pejorativ

30 Bernd Hagtvet und Reinhard Kühnl, «Contemporary Approaches to Fascism: A Survey of Paradigms», in Larsen u.a., S. 26-51, hier S. 31. Dies ist eine aufschlussreiche Analyse der Probleme der vergleichenden Faschismusforschung. Eine andere Sichtweise bietet Juan Linz, «Some Notes towards a Comparative Study of Fascism in Sociological Historical Perspective», in Laqueur, S. 13-78.

verwandt werden, und andererseits als heuristisches wissenschaftliches Instrument, das dazu dienen soll, politische Systeme einzuteilen und zu klassifizieren. Diese Begriffe als «neutrale», von politischen Konnotationen losgelöste wissenschaftliche Analysewerkzeuge zu behandeln ist so gut wie unmöglich. Die wissenschaftliche Debatte über die Verwendung dieser Begriffe zeigt vor allem, wie eng Geschichte, Politik und Sprache miteinander verflochten sind.³¹ Dies spiegelt sich auch in dem Umstand, dass in Bezug auf den Gebrauch der Begriffe oder deren genaue Definition keine Übereinstimmung besteht.

Ausserdem ist häufig auch die Verbindung von Begriff und Theorie alles andere als klar. Wenn man unter «Theorie» ein System von zusammenhängenden, allgemein erklärenden Aussagen versteht, die voneinander abgeleitet sind und aufeinander beruhen, und unter «Begriff» eine abstrakte sprachliche Abkürzung, die keine Eigenständigkeit besitzt und keine systematische Erklärung bietet, dann könnte man argumentieren, Friedrich habe in Bezug auf den Totalitarismus eine begriffliche Definition produziert, die aber keine echte Totalitarismustheorie abgebe. In Bezug auf den Faschismus sind die meisten nichtmarxistischen Ansätze, wie bereits gesagt, im Wesentlichen deskriptiv und beruhen auf keinen klar definierten theoretischen Prämissen, während marxistische Ansätze aus theoretischen Positionen abgeleitet sind, die angewandte Theorie aber nicht immer auf einer klaren, sondern manchmal sogar auf einer an Tautologie grenzenden Begriffsdefinition basiert.³²

Obwohl sowohl hinter dem «Faschismus»- als auch hinter dem «Totalitarismus»-Ansatz das Bestreben steckt, eine Typologie politischer Systeme zu liefern, ist diese doch in beiden Fällen von recht unterschiedlicher Art. Bei den Faschismus-«Theorien» liegt die Betonung auf faschistischen *Bewegungen* – auf den Wachstumsbedingungen, den Zielen und der Funktion dieser Bewegungen im Unterschied zu allen anderen Formen politischer Organisation. (Dies trifft zwar auch auf die Kominterntheorie und ihre spätere

31 Siehe Karl Dietrich Bracher, «Betrachtung: Terrorismus und Totalitarismus», in ders., *Schlüsselwörter*, S. 103-123 (ein Vortrag, den er 1977 auf einer CDU-Tagung über die Ursachen des Terrorismus hielt), sowie die Kommentare von Bracher und Martin Broszat, in *Totalitarismus und Faschismus*, S. 10-11, 32-33.

32 Uwe Dietrich Adam, «Anmerkungen zu methodischen Fragen in den Sozialwissenschaften: Das Beispiel Faschismus und Totalitarismus», *PVS* 16 (1975), S. 55-88, hier besonders S. 75-76.

Anwendung zu, doch liegt hier die Betonung im Allgemeinen viel stärker auf dem Wesen der faschistischen Diktatur als auf dem «Bewegungs»-Stadium.) Bei den Totalitarismusmodellen besteht andererseits, praktisch definitionsbedingt, kaum Interesse an der Phase vor der Machtübernahme oder nur insofern, als sich in ihr «totalitäre» Ambitionen erkennen lassen. Die Aufmerksamkeit konzentriert sich hier vielmehr auf *Systeme* und *Herrschaftstechniken*. Für den Totalitarismustheoretiker haben daher viele Fragen nur eine geringe Bedeutung, die für den Analytiker faschistischer Bewegungen von grösster Wichtigkeit sind – etwa Fragen nach den sozioökonomischen «Ursachen» des Faschismus, der sozialen Zusammensetzung faschistischer Parteien und dem Verhältnis der faschistischen Bewegungen zur jeweiligen «herrschenden Klasse». Auf der anderen Seite werden Punkte, die beim Totalitarismusansatz von grosser Bedeutung sind – wie etwa das Vorhandensein einer einzigen Partei mit Monopolstellung, einer plebiszitären Legitimation der Herrschaft oder einer offiziellen Ideologie –, von Faschismusanalytikern meist als zweitrangig angesehen; letztere heben stattdessen hervor, dass es zwischen faschistischen und kommunistischen Regimen in Bezug auf die Ziele, die soziale Basis und die ökonomischen Strukturen grosse Unterschiede gebe.

«Faschismus» und «Totalitarismus» sind Begriffe, die als «Gattungstypen» über einzelne Herrschaftssysteme hinausgehen. Als solche erfordern sie beide eine strenge vergleichende Methode. In der Praxis mangelt es jedoch – vor allem beim Totalitarismusmodell – häufig an einer gründlichen vergleichenden Analyse, und beide Ansätze sind von der Art her, in der sie sich auf den Fall Nazideutschlands stützen, traditionell kopflastig.³³ In den letzten Jahren sind wertvolle systematische vergleichende Untersuchungen zur Struktur faschistischer Bewegungen erstellt worden³⁴, aber zum Wesen des an der Macht befindlichen Faschismus und seiner Institutionen bleibt noch viel vergleichende Arbeit zu tun. Was die Totalitarismusperspektive betrifft, so ist die Erforschung der stalinistischen Regierungs- und Gesellschaftsform längst nicht so tiefgründig betrieben worden, wie das beim Na-

33 Zum Faschismus siehe beispielsweise Clemenz (Anmerkung 13), Richard Saage, *Faschismustheorien* (München 1971), und Niels Kadritzke, *Faschismus und Krise* (Frankfurt am Main und New York 1976), und zum Totalitarismus Hans Buchheim, *Totalitäre Herrschaft. Wesen und Merkmale* (München 1962).

34 Eine ausgezeichnete Zusammenfassung neuester Erkenntnisse findet sich in Larson u.a. (Anmerkung 12).

ziregime der Fall ist, und die dort gezogenen Vergleiche sind in der Praxis oft höchst oberflächlicher Natur.³⁵

Trotz der Tatsache, dass sich die Begriffe politisch nicht miteinander versöhnen lassen – Vertreter eines allgemeinen Faschismusbegriffs stehen auf dem Standpunkt, Rechtsdiktaturen *unterschieden sich grundlegend* von Linksdiktaturen, während die Vertreter eines Totalitarismusansatzes von der Prämisse ausgehen, faschistische und kommunistische Diktaturen seien *grundsätzlich ähnlich* –, haben bekannte deutsche Wissenschaftler erklärt, beide Begriffe seien bei der Analyse moderner politischer Strukturen unentbehrlich, und es sei durchaus möglich, bei der Erforschung des Nationalsozialismus beide Ansätze auf verschiedene Art und Weise anzuwenden.³⁶ Wie mir scheint, birgt das jedoch die Schwierigkeit in sich, dass man hier *vergleichende* Begriffe auf ein Einzelphänomen anwendet, während gleichzeitig ungelöst bleibt, ob der jeweilige vergleichende Begriff selbst stichhaltig ist. Dennoch kann man beiden Begriffen allein aufgrund ihrer nicht zu leugnenden politischen Untertöne noch nicht jeglichen wissenschaftlichen Wert und jede intellektuelle Gültigkeit absprechen. Folglich bleibt die Notwendigkeit bestehen, jeden dieser Begriffe darauf zu untersuchen, welchen Erklärungswert er in Bezug auf das Wesen des Nationalsozialismus und seine Beurteilung besitzt.

Nationalsozialismus als Totalitarismus?

Es gibt zwei Kategorien von Kritikern des Totalitarismusbegriffs: (a) diejenigen, die jedwede Anwendung eines Totalitarismusbegriffs oder einer Totalitarismustheorie kategorisch ablehnen, und (b) diejenigen, die bereit sind, einem solchen Begriff einige theoretische Bedeutung zuzugestehen, ihn dabei aber als Analyseinstrument in der Praxis nur für begrenzt anwendbar halten. Die zugunsten der zweiten Position geäußerten Argumente scheinen mir überzeugender zu sein.

35 Die eklatanten Unterschiede des Forschungsstands sowie der historiographischen Entwicklung verdeutlichen die Beiträge von Mark von Hagen und Mary Nolan in Ian Kershaw und Moshe Lewin (Hg.), *Stalinism and Nazism: Dictatorship in Comparison* (Cambridge 1997).

36 Vergleiche Kocka, «Ursachen», S. 14-15, und die Kommentare von Kocka, Broszat, Schieder und Nolte in *Totalitarismus und Faschismus*, S. 32-53.

(a) Kategorisch als völlig wertlos abgelehnt wird der Totalitarismusbegriff meist aus folgenden Gründen³⁷:

(i) «Totalitarismus», so heisst es, sei nichts weiter als eine Ideologie des Kalten Krieges, die in den vierziger und fünfziger Jahren von westlichen kapitalistischen Staaten aufgebracht und als antikommunistisches politisches Integrationsinstrument eingesetzt worden sei und in diesem Sinne bis auf den heutigen Tag Verwendung finde. Abgesehen von der Tatsache, dass der Begriff, wie wir gesehen haben, bereits lange vor dem Kalten Krieg existierte und benutzt wurde, verliert das Totalitarismuskonzept dadurch, dass es in der Zeit des Kalten Krieges unbestritten auf meist primitive Art politisch verwandt wurde, genausowenig seinen potentiellen Wert als wissenschaftliches Analysewerkzeug, wie auf der anderen Seite die Faschismustheorien durch die häufig genauso krude politische Ausbeutung des Begriffs «Faschismus» ihrer Gültigkeit beraubt werden können.

(ii) Beim Totalitarismuskonzept werde die Form – die äussere Gestalt der Herrschaftssysteme – als Inhalt, als ihr Wesen behandelt. Das führe dazu, dass die völlig verschiedenen Ziele und Intentionen des Nationalsozialismus und des Bolschewismus ganz ausser Acht gelassen würden – Ziele, die im ersten Fall ganz und gar unmenschlich und negativ und im zweiten Fall letzten Endes menschlich und positiv gewesen seien. Dieser Einwand überzeugt nicht ganz. Wie Adam gezeigt hat³⁸, basiert dieses Argument darauf, dass von der (weder nachprüfbaren noch widerlegbaren) Zukunft auf die Gegenwart geschlossen wird – ein Verfahren, das streng logisch betrachtet unzulässig ist. Ausserdem beruht dieses Argument auf der Annahme, Form und Inhalt könnten so losgelöst voneinander sein, dass eine Bemerkung über die Form noch nichts über den Inhalt aussagt – ein Punkt, der selbst von materialistischen Dialektikern verworfen wird. Darüber hinaus wird, wenn bei der Gegenüberstellung die vom Bolschewismus letztlich angestrebte Menschlichkeit gegenüber der Unmenschlichkeit des Nationalsozialismus betont wird, die angenommene idealistische Absicht des einen Systems mit der bekannten Realität des anderen verglichen. Dabei weicht man der Frage aus, ob in Bezug auf die Herrschaftstechniken nicht möglicherweise tatsächlich Ähnlichkeiten zwischen den Regimen Stalins und Hitlers bestehen. Der rein funktionale Punkt, dass der kommunistische Ter-

37 Kitchen, Kapitel 2, kommt dieser Position nahe.

38 Adam, «Anmerkungen», S. 64-67.

ror «positiv» sei, weil er auf einen «vollständigen und radikalen Wandel in der Gesellschaft» hinziele, während der faschistische Naziterror «seinen Höhepunkt mit der Vernichtung der Juden erreichte» und «gar nicht versuche, das menschliche Verhalten zu verändern oder eine wirklich neue Gesellschaft aufzubauen»³⁹, ist – ganz abgesehen von der im letzten Satz aufgestellten fraglichen Behauptung – ein zynisches Werturteil über die Schrecken des stalinistischen Terrors.

(b) Von denen, die das Totalitarismusmodell nicht von vorherein ablehnen, sondern seine Anwendungsmöglichkeit als sehr begrenzt ansehen, werden vier wesentliche Kritikpunkte vorgebracht:

(i) Der Totalitarismusbegriff könne – egal, wie er definiert werde – nur unzureichend die Eigenheiten der Systeme erfassen, die er zu klassifizieren suche. In seiner meisterhaften Analyse *Der Staat Hitlers* weist Broszat zum Beispiel einleitend darauf hin, wie schwer es ist, die amorphe Strukturlosigkeit des NS-Systems in eine Typologie der Herrschaft einzuordnen.⁴⁰ In der Tat lässt sich mit Hilfe des Totalitarismusbegriffs nur in verallgemeinernder und beschränkter Weise von Ähnlichkeiten der Systeme reden, die doch bei näherer Betrachtung so verschieden strukturiert sind, dass Vergleiche zwangsläufig höchst oberflächlich bleiben müssen. Hans Mommsen hat zum Beispiel aufgezeigt, wie sehr sich die Nazipartei und die sowjetkommunistische Partei in ihrer Struktur und Funktion unterscheiden und wie wenig es deshalb besagt, wenn man sowohl Nazideutschland als auch Sowjetrußland (selbst bei einer Beschränkung auf die stalinistische Ära) einfach als «Ein-Parteien-Staaten» bezeichnet.⁴¹ Ebenso bedeutsam sind die grösseren Unterschiede im Wesen der Führung beider Staaten, und die Rollen, die Hitler und Stalin eingenommen haben, lassen sich deshalb nur schwer als Rollen «totalitärer Diktatoren» bezeichnen. Die Wirtschaftslenkung, die bei den Nazis und den Sowjets grundlegend unterschiedlicher Natur war, ist ein noch bemerkenswerteres Beispiel für die äusserst irreführenden Verallgemeinerungen, die vom Totalitarismusansatz ausgehen – in diesem Fall in Bezug auf die zentralisierte «totalitäre» Wirtschaft.

(ii) Das Totalitarismuskonzept sei nicht in der Lage, angemessen auf

39 Kitchen, S. 31.

40 Martin Broszat, *Der Staat Hitlers* (München 1969), S. 9.

41 Hans Mommsen, in *Totalitarismus und Faschismus*, S. 18-27.

Veränderungen innerhalb des kommunistischen Systems einzugehen. Wenn der Begriff auf die UdSSR nach Stalin und auf andere Ostblockstaaten ausgedehnt wird, ist man gezwungen, das, was den Totalitarismus ausmacht, anderswo und eben nicht mehr in den speziellen Merkmalen des Stalinismus zu sehen, die gewöhnlich als mit dem Nationalsozialismus vergleichbar gelten (beispielsweise Terror, Führerkult und so weiter). Derartige Versuche, die eine implizite (wenn nicht sogar explizite) Verbindungslinie zum Nationalsozialismus und anderen rechten Diktaturen ziehen, gleiten oft rasch ins völlig Absurde ab.

(iii) Der entscheidende Nachteil des Totalitarismuskonzepts sei, dass es nichts über die sozioökonomischen Bedingungen, Funktionen und politischen Ziele eines Systems sage, sondern sich damit zufriedengebe, nur die Techniken und ins Auge springenden Formen der Herrschaft herauszustellen (Ausschliesslichkeit der Ideologie, Tendenz zur umfassenden Mobilisierung und so weiter).⁴² Da einer der offensichtlichsten und bemerkenswertesten Unterschiede zwischen dem Nazi- und dem Sowjetsystem im sozioökonomischen Bereich liegt, ist in der Literatur darauf hingewiesen worden, dass «der Wert einer Analyse, die die Produktionsverhältnisse und die sich daraus ergebenden Sozialstrukturen der zwei Systeme ausser Acht lässt, stark begrenzt» ist.⁴³

(iv) Das Totalitarismuskonzept finde seine Berechtigung darin, die Werte der westlichen «liberalen Demokratien» hochzuhalten und zwischen «offenen» und «geschlossenen» Regierungsformen beziehungsweise zwischen «Gewaltenteilung» und «Gewaltmonopol» zu unterscheiden. Im Totalitarismuskonzept sei jedoch eine Ambivalenz angelegt – die Ambivalenz zwischen der Beschreibung historisch tatsächlich existierender Herrschaftssysteme (Nationalsozialismus, «Stalinismus») und der Ausdehnung des Begriffs auf eine «Tendenz», die sich auf so viele moderne Diktaturen und sogar auf Teile der Gesellschaft innerhalb westlicher Demokratien erstreckte, dass der Begriff viel von seinem analytischen Wert verliere.⁴⁴

Diese Kritikpunkte werden im Allgemeinen von Wissenschaftlern vorgebracht, die den Begriff des Totalitarismus dennoch nicht völlig verwerfen wollen. Sie machen geltend – und ich stimme darin mit ihnen überein –, dass es ein absolut legitimes Unterfangen sei, die Herrschaftsformen und

42 Jürgen Kocka, in *Totalitarismus und Faschismus*, S. 39-44.

43 Kitchen, S. 31.

44 Vergleiche Martin Broszat, in *Totalitarismus und Faschismus*, S. 36-38.

-techniken, die in Deutschland unter Hitler und in der Sowjetunion unter Stalin existierten, miteinander zu vergleichen, auch wenn wesentliche Unterschiede in Bezug auf die Ideologie und die sozioökonomischen Strukturen bestanden haben; und dass sich ein neuer Grad und ein neues Konzept der Machtentfaltung in Regierungssystemen zu Recht bei beiden Systemen feststellen lasse. Bei beiden finde sich das Streben nach umfassender Kontrolle und Manipulierung, bei beiden gebe es auf moderner Technologie basierende Methoden der dynamischen plebiszitären Mobilisierung, die bewirken sollten, dass die Bevölkerung sich hinter ihren Herrscher stellte, und ausserdem finde sich eine radikale Unduldsamkeit gegenüber jeglicher Konzentration auf gleichzeitig bestehende andere Loyalitäten beziehungsweise gegenüber jeglicher Form von institutionellem «Lebensraum» ausser zu den Bedingungen des Regimes, so dass bei beiden Systemen die Entwicklung auf eine *versuchte* Politisierung aller Aspekte des sozialen Erlebens hinauslaufe. Das bis zum «Widerstand» reichende Dissensspektrum in Nazi-Deutschland (und – wenn auch bislang wenig analysiert – parallel dazu in Stalin-Russland) lässt sich eigentlich nur mit Blick auf die Anforderungen verstehen, die das Regime an seine Untertanen stellte: Es erhob einen «totalen Anspruch» auf konformes Verhalten und rief dadurch ein nonkonformistisches und oppositionelles Verhalten hervor, das selbst in anderen autoritären Systemen nicht politisiert und somit in einen politischen Dissens verwandelt worden wäre.⁴⁵ Man kann wohl auch ohne die wortreich wiederholten Theorien von der «atomisierten Massengesellschaft» auskommen, und statt eines voll entwickelten, politisch belasteten Totalitarismuskonzepts könnte sich dann bei einer vergleichenden Analyse von (konformen und oppositionellen) Verhaltensmustern in recht verschieden strukturierten Gesellschaften und politischen Systemen doch immerhin – auf der sozialen eher als auf der institutionellen Ebene – die gemässigtere Vorstellung vom «totalen Anspruch» eines Regimes an seine Untertanen als heuristisch nützlich erweisen.⁴⁶ Selbst das Erheben eines extremen «totalen Anspruchs» liesse sich dann vielleicht als symptomatisch für das von Regimen in unsi-

45 Siehe Ian Kershaw, *Popular Opinion and Political Dissent in the Third Reich. Bavaria 1933-1945* (Oxford 1983), besonders S. 374 ff.

46 Die Auswirkung des Nationalsozialismus auf die deutsche Gesellschaft hat der verstorbene Detlev Peukert in seinem Buch *Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde* (Köln 1982) scharfsinnig beleuchtet.

cheren Übergangsperioden praktizierte «Krisenmanagement» ansehen und weniger als dauerndes Herrschaftsmerkmal.

Im Übrigen sollte man es meines Erachtens am besten vermeiden, den Nationalsozialismus als «totalitäres System» zu beschreiben, und zwar nicht nur wegen der unvermeidlichen politischen Färbung, die mit dem Etikett «Totalitarismus» verbunden ist, sondern wegen der oben angeführten schwerwiegenden begrifflichen Probleme, die dieser Terminus aufwirft. Als letztes bleibt die Möglichkeit, den Begriff in einem nichtkomparativen Sinne zu verwenden, das heisst seinen Gebrauch ausschliesslich auf das NS-System beziehungsweise faschistische Systeme zu beschränken und nach verschiedenen Einfluss- und Entwicklungsphasen dynamischer Massenbewegungen mit «totalitären» Ansprüchen an die legislativen und exekutiven Strukturen des Staates zu unterscheiden, wie das bereits früher Franz Neumann und andere in ihren Werken getan haben. Broszat benutzt bei seiner Analyse des NS-Staats zum Beispiel das Adjektiv «totalitär» ohne vergleichende Bezugnahme auf die UdSSR, um die radikalere Phase der Nazi Herrschaft nach 1937/ 38 von der davorliegenden, lediglich «autoritären» Phase zu unterscheiden.⁴⁷ Ganz abgesehen davon, ob es richtig ist, die Zeit des Dritten Reiches vor und nach 1937/ 38 mit unterschiedlichen Etiketten zu versehen und den Totalitarismusbegriff seiner üblichen, auf die UdSSR bezogenen Vergleichskomponente zu entledigen, mag ernsthaft bezweifelt werden, ob man, wenn man sich ausschliesslich mit dem NS-Staat befasst, das Adjektiv «totalitär» als blosses Synonym für eine zunehmend radikaler werdende Dynamik überhaupt braucht. Andere Autoren, die derselben Interpretationslinie folgen, halten den Begriff für völlig überflüssig.⁴⁸

Alles in allem scheint der Wert des Totalitarismusbegriffs äusserst be-

47 Broszat, *Der Staat Hitlers*, S. 423 ff, besonders S. 424 und 430-434. In späteren Veröffentlichungen ging Franz Neumann dazu über, den «Totalitarismus»-Begriff in dem vom Kalten Krieg beeinflussten herkömmlichen Sinne zu gebrauchen. Siehe von ihm *Demokratischer und autoritärer Staat* (Frankfurt am Main und Wien 1967).

48 So zum Beispiel Hans Mommsen, in *Totalitarismus und Faschismus*, S. 65, wenn er sagt: «Die Totalitarismus-Theorie ist der Mythos, der jeder *wirklichen* sozialgeschichtlichen Erklärung [des Nationalsozialismus] im Wege steht», und zwar vor allem wegen der dabei vorhandenen teleologischen Tendenz, das Endergebnis des in Frage stehenden Komplexes bereits vorauszusetzen, noch bevor die Bedingungen der Herausbildung desselben untersucht worden seien.

grenzt zu sein, und bei dem Versuch, das Wesen des Nationalsozialismus mit Hilfe dieses Begriffs zu charakterisieren, überwiegen die Nachteile die möglichen Vorteile bei Weitem.⁴⁹

Nationalsozialismus als Faschismus oder als einzigartiges Phänomen?

Gegner der Verwendung eines generischen Faschismusbegriffs erheben zwei prinzipielle und ernsthafte Einwände gegen die Kategorisierung des Nationalsozialismus als Faschismus: erstens – und diesen Einwand halte ich für gerechtfertigt – werde der Begriff häufig in inflationärer Weise auf eine grosse Zahl von Bewegungen und Regimen von völlig unterschiedlicher Art und Bedeutung ausgedehnt, und zweitens – doch dies finde ich weniger überzeugend – sei der Begriff nicht imstande, die einzigartigen Merkmale des Nationalsozialismus befriedigend zu erfassen, und die Unterschiede zwischen dem italienischen Faschismus und dem deutschen Nationalsozialismus wögen bedeutend stärker als irgendwelche oberflächliche Ähnlichkeiten, die die beiden vielleicht zu besitzen scheinen.

(a) Der erste Kritikpunkt bezieht sich vor allem, wenn auch nicht allein, auf marxistische Faschismusinterpretationen. Die marxistisch-leninistische Faschismustheorie geht von einer immanenten Beziehung zwischen Faschismus und Kapitalismus aus und dehnt dadurch zum Beispiel die Vorstellung von einer «faschistischen Diktatur» so weit aus, dass sie sich auf viele Arten von unterdrückerischen Regimen erstreckt und im Hinblick auf das Wesen der Herrschaft keinen grundlegenden Unterschied zwischen Militärdiktaturen und Massenparteidiktaturen macht. Da dieser Sichtweise zufolge die Massenbasis einer faschistischen Partei ohne irgendeine autonome Kraft und nur ein manipuliertes Produkt der herrschenden kapitalistischen Klasse ist, tritt hier die Bedeutung der Massenbewegung (die die meisten nichtmarxistischen Analytiker als einen bedeutenden Unterschied zwischen

49 Ein breites Spektrum befürwortender wie auch kritischer Interpretationen des Totalitarismus-Konzepts findet sich jetzt bei Eckard Jesse (Hg.), *Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung* (2. Aufl., Bonn 1999).

autoritären Militärregimen und faschistischen Regimen bezeichnen würden) in den Hintergrund. Insofern klassifizierten DDR-Wissenschaftler so unterschiedliche Regime wie die in Polen, Bulgarien und Ungarn in der Zeit zwischen den Kriegen, in Portugal unter Salazar und Caetano, in Spanien unter Franco, in Griechenland unter den Obristen, in Argentinien unter den Generälen, in Chile unter Pinochet und in anderen diktatorisch regierten südamerikanischen Ländern als «faschistisch» und stellten sie dadurch mit dem «Hitlerfaschismus» auf eine Stufe.⁵⁰ Entscheidend war für DDR-Historiker nicht die äussere Form der Diktatur, sondern ihr Wesen als Waffe der aggressivsten Elemente des Finanzkapitals. Dennoch unterschieden schliesslich auch DDR-Studien sehr deutlich zwischen zwei Grundtypen der faschistischen Diktatur, nämlich einer «Normalform» – in der Regel eine Militärdiktatur – in Ländern mit einer noch relativ wenig entwickelten kapitalistischen Wirtschaft und einer *Ausnahmeform* – dem Massenpartefaschismus –, von der es bislang nur die zwei Fälle in Italien und Deutschland gegeben habe, die beide unter höchst ungewöhnlichen Umständen im Rahmen einer vollständigen nationalen Krise aufgetreten seien.⁵¹ Mit dem Verhältnis von Kapitalismus und Nationalsozialismus, auf dem diese Theorie beruht, werden wir uns im folgenden Kapitel näher beschäftigen. Hier mag es genügen festzustellen, dass – wie wenig überzeugend die zugrundeliegenden Prinzipien auch sein mögen – die DDR-Interpretationen beim Vergleich mit den Veröffentlichungen eines Teils der «Neuen Linken» in der Bundesrepublik sehr gut abschneiden, denn bei letzteren erstreckt sich der Faschismusbegriff auf jede «repressive» Regierungsform, die dazu dient, die Vorherrschaft der wirtschaftlichen Machtgruppen aufrechtzuerhalten, und ermöglicht so, westliche kapitalistische Systeme – und hier speziell die Bundesrepublik – als «faschistisch» oder zumindest «faschistoid» oder als «protofaschistisch» zu bezeichnen.⁵² In derartigen Fällen, in denen der Faschismusbegriff in hoffnungslos nebulöser Weise erweitert wird, erscheint es

50 Zum Beispiel Manfred Weissbecker, «Der Faschismus in der Gegenwart», in Eichholtz und Gossweiler, S. 217 ff; Kurz Gossweiler, *Faschismus und antifaschistischer Kampf* (Antifaschistische Arbeitshefte, Röderberg Verlag, Frankfurt am Main 1978), S. 18-23.

51 Vergleiche dazu die gutdurchdachte Darstellung in Kurt Gossweiler, *Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919-1924* (Berlin/DDR 1982), Kapitel 1.

52 Siehe dazu Adams theoretische «Anmerkungen», S. 70-76, und Winklers *Revolution*, S. 108 ff.

völlig angebracht, von einer Verharmlosung der Schrecken des Nationalsozialismus zu reden.

(b) Der zweite, damit zusammenhängende Kritikpunkt besagt, keine Theorie und kein generischer Faschismusbegriff könne den Besonderheiten und einzigartigen Merkmalen des Nationalsozialismus gerecht werden. Zwar existierten in der Zeit zwischen den Kriegen in den meisten europäischen Ländern ausserhalb der Sowjetunion Bewegungen, die sich selbst faschistisch oder nationalsozialistisch nannten, doch ist allgemein anerkannt, dass eine vollentwickelte, selbständige faschistische Diktatur, die ihre Kraft aus einer Massenpartei bezog, nur in Italien und Deutschland ihre Macht festigen konnte (wenn wir einmal von den Marionetten- oder Quislingregierungen der Kriegsjahre absehen). Dementsprechend lässt sich der Faschismus in all seinen Stadien nur in Bezug auf die Systeme in diesen zwei Ländern vergleichen.⁵³ Einige führende Autoritäten auf diesem Gebiet halten die Unterschiede zwischen den beiden Regimen jedoch für so grundlegend, dass sie meinen, das Wort «Faschismus» sollte nur für das italienische System unter Mussolini verwendet werden, während man im Falle Deutschlands von «Nationalsozialismus» sprechen und diesen als Einzelphänomen betrachten soll (das allerdings, in Bezug auf die Herrschaftstechnik interessanterweise zur Kategorie der «totalitären Systeme» gezählt wird). Da der generische Faschismusbegriff nicht einmal auf die zwei führenden Vertreter der Gattung zutrefte, sollte man ihn dieser Ansicht nach besser ganz beiseite lassen. Bei dieser Argumentation werden folgende Punkte als Hauptunterschiede hervorgehoben: die dynamische Natur der nationalsozialistischen Rassenideologie, zu der es beim italienischen Faschismus keine genaue Parallele gegeben habe; die dem Staat übergeordnete Stellung des Volkes bei den Nazis im Gegensatz zum faschistischen Etatismus der Italiener; die antimodernen, archaischen Ziele und entsprechende Ideologie des Nationalsozialismus im Vergleich zu den Modernisierungstendenzen des italienischen Faschismus; die völlige Eroberung von Staat und Gesellschaft durch die Na-

53 Vergleiche dazu die Bemerkungen von Schieder in *Totalitarismus und Faschismus*, S. 45-49. Ein interessanter vergleichender Beitrag über das Mussolini- und das Hitlerregime ist der von MacGregor Knox veröffentlichte Artikel «Conquest, Foreign and Domestic, in Fascist Italy and Nazi Germany», *JMH* 56 (1984), S. 1-57.

zis im Gegensatz zu der von den italienischen Faschisten nur in weit begrenzterem Masse erreichten Durchdringung der etablierten Ordnung; und nicht zuletzt der Gegensatz zwischen einer relativ «traditionellen» imperialistischen Politik auf Seiten Italiens und dem qualitativ anderen Drang des Naziregimes nach rassistischer Vorherrschaft und letztlich nach Weltherrschaft. Und da solchen Interpretationen zufolge dieser letzte und entscheidendste Unterschied unmittelbar Hitler selbst zuzuschreiben ist, heisst es, «der Fall Hitler» sei einzigartig und lasse sich nicht mit den Verallgemeinerungen eines vergleichenden Faschismusbegriffs erfassen – nicht einmal dann, wenn der Vergleich auf Italien und Deutschland beschränkt bliebe.⁵⁴

Über diese Kritikpunkte kann man nicht so einfach hinweggehen. Und in der Tat ist die Untersuchung der zwei Hauptpunkte – das Verhältnis von Kapitalismus und Nationalsozialismus und die persönliche Rolle Hitlers im Nazisystem – unmittelbarer Gegenstand späterer Kapitel. An dieser Stelle ist nur Platz für ein paar allgemeine Bemerkungen zur Kritik am generischen Faschismusansatz, die mit der alternativen Möglichkeit einer Betonung der Einzigartigkeit des Nationalsozialismus Zusammenhängen.

Über eine Reihe von angeblich bedeutenden Unterschieden, die zwischen dem Nationalsozialismus und dem italienischen Faschismus bestehen sollen, kann man streiten. Dies trifft etwa auf die betonte Unterscheidung zwischen dem «rückwärtsgerichteten» Wesen des Nationalsozialismus und dem «Modernisierungsdruck» des italienischen Faschismus zu. Einige Untersuchungen stellen eine derartige Unterscheidung in Frage, wie noch zu zeigen sein wird.⁵⁵ Ganz abgesehen von einer solchen Einschränkung würde

54 Hildebrand, *Das Dritte Reich*, S. 139-142; Hillgruber, *Endlich genug?*, S. 17, 38, 42; Bracher, *Zeitgeschichtliche Kontroversen*, Kapitel 1-4, und in *Totalitarismus und Faschismus*, S. 14-17; Henry A. Turner, «Fascism and Modernization», in Turner, *Reappraisals*, S. 132-133; siehe auch DeFelice, S. ix (einleitende Bemerkungen von Charles F. Delzell) und S. 10-12, 180.

55 Auf moderne Züge im Nationalsozialismus verweisen zum Beispiel Peukert, S. 42-47; Tim W. Mason, «Zur Entstehung des Gesetzes der Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934: Ein Versuch über das Verhältnis ‚archaischer‘ und ‚moderner‘ Momente in der neuesten deutschen Geschichte», in Hans Mommsen u.a. (Hg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik* (Düsseldorf 1974), S. 322-351; Horst Matzerath und Heinrich Volkmann, «Modernisierungstheorie und Nationalsozialismus», in Jürgen Kocka (Hg.), *Theorien in der Praxis des Historikers* (Göttingen 1977), S. 95-97; Hans-Dieter Schäfer, *Das gespaltene Bewusstsein. Deut-*

die Einzigartigkeit der spezifischen Merkmale des Nationalsozialismus selbst noch nicht gegen eine Einordnung des Nationalsozialismus in eine grössere Gattung politischer Systeme sprechen. Man kann durchaus behaupten, der Nationalsozialismus und der italienische Faschismus seien verschiedene Arten innerhalb derselben Gattung, ohne damit implizit auszudrücken, dass die beiden Arten dann nahezu identisch sein müssten. Ernst Nolte hat erklärt, seines Erachtens liessen sich die Unterschiede leicht miteinander vereinbaren, wenn man den Nationalsozialismus zum Beispiel als «Radikalfaschismus» bezeichnete.⁵⁶ Heinrich August Winkler hat geäussert, für ihn sei der Nationalsozialismus «auch, aber nicht nur ‚deutscher Faschismus‘»⁵⁷, während Juan Linz im Nationalsozialismus einen «unverwechselbaren, auf den faschistischen Baum aufgepfropften Zweig» sieht.⁵⁸ Auch Jürgen Kocka hält es in einem kürzlich erschienenen scharfsinnigen Beitrag über die Ursachen des Nationalsozialismus nicht für einsichtig, dass die einzigartigen Merkmale des Nationalsozialismus in Deutschland mit dessen Einordnung in eine grössere Gattung «Faschismus» unvereinbar sein sollten; eine solche Einordnung sei unbedingt erforderlich, um das Phänomen des Nationalsozialismus in einen breiteren Zusammenhang als den rein nationalen stellen und um den sozialen und politischen Kontext verstehen zu können, in dem eine solche Bewegung sich entwickeln und an die Macht gelangen konnte.⁵⁹ Solche Ansätze stellen zu Recht die bedeutenden Ähnlichkeiten heraus, die der Nationalsozialismus und die vielen Bewegungen (vor allem die italienische) miteinander haben, die sich selbst als faschistisch bezeichnen. Zu diesen Ähnlichkeiten gehören: ein extremer chauvinistischer Nationalsozialismus mit ausgesprochen imperialistischen, expansionistischen Tendenzen; eine antisozialistische, antimarxistische Stossrichtung, die auf die Zerstörung der Organisationen der Arbeiterklasse und deren marxistische politische Philosophie abzielt; als Basis eine Massenpartei, die Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft anzieht, aber besonders deutlich von der Mittelschicht unterstützt wird und sich auch für die

sche Kultur und Lebenswirklichkeit 1933-1945 (München und Wien 1981), S. 114-162; Martin Broszat, «Zur Struktur der NS-Massenbewegung», *VfZ* 31 (1983), S. 52-76.

56 Nolte, in *Totalitarismus und Faschismus*, S. 77.

57 Winkler, *Revolution*, S. 66.

58 Linz (Anmerkung 30), S. 24.

59 Kocka, «Ursachen», besonders S. 15.

Bauernschaft und verschiedene entwurzelte oder äusserst labile Teile der Bevölkerung als attraktiv erweist; die Fixierung auf einen charismatischen, vom Volk legitimierten Führer; eine extreme Intoleranz gegenüber allen oppositionellen und mutmasslich oppositionellen Gruppen, die sich in brutalem Terror, offener Gewalt und schonungsloser Unterdrückung äussert; die Verherrlichung von Militarismus und Krieg, die durch die Reaktion auf die aus dem Ersten Weltkrieg hervorgegangene, umfassende soziopolitische Krise in Europa noch verstärkt wird; die Abhängigkeit von einem «Bündnis» mit den vorhandenen (industriellen, agrarischen, militärischen und bürokratischen) Eliten, um einen politischen Durchbruch zu erzielen; und – trotz einer populistisch-revolutionären, gegen das Establishment gerichteten Rhetorik – zumindest am Anfang eine stabilisierende oder restaurative Funktion in Bezug auf die Gesellschaftsordnung und kapitalistische Strukturen.⁶⁰

Durch eine Festlegung grundlegender Gattungsmerkmale, die den Nationalsozialismus zu Bewegungen in anderen Teilen Europas in Beziehung setzen, wird es möglich, auf einer vergleichenden Basis weitere Überlegungen darüber anzustellen, warum derartige Bewegungen in Italien und Deutschland eine echte politische Gefahr werden und an die Macht kommen konnten, während sie in anderen europäischen Ländern im Wesentlichen eine unangenehme, aber vorübergehende Erscheinung blieben. Unter anderem müsste man zweifellos solche Merkmale hervorheben, die – wenn auch unterschiedlich stark – sowohl in Italien als auch in Deutschland schon vor dem Ersten Weltkrieg deutlich sichtbar waren und durch die traumatischen Kriegsfolgen enorm verstärkt wurden. Bei beiden Ländern gab es erstens starke imperialistisch-expansionistische Züge, die bei den herrschenden Eliten deutlich zum Ausdruck kamen und durch den weitverbreiteten extre-

60 Siehe Kocka, «Ursachen», S. 15, und in *Totalitarismus und Faschismus*, S. 39, 44. Siehe auch Winkler, *Revolution*, S. 66. Bei ihren jüngsten Analysen bereitet es den britischen Wissenschaftlern Roger Griffin und Roger Eatwell keine Schwierigkeiten, den Nationalsozialismus in ihre – allerdings von unterschiedlichen Definitionen ausgehenden – vergleichenden Faschismusstudien als integralen Bestandteil einzubeziehen. Siehe Roger Griffin, *The Nature of Fascism* (London 1991) und Roger Eatwell, «Towards a New Model of Generic Fascism», *Journal of Theoretical Politics* 4 (1992), S. 161-194. Vor allem Griffin schliesst mit seiner Betonung des – auf nationale Wiedergeburt und die Ausrottung der angeblichen nationalen Dekadenz konzentrierten – Ultrationalismus als Kern der faschistischen Ideologie den Nationalsozialismus offensichtlich mit ein.

men Chauvinismus der bürgerlichen Klassen dieser neuen Staaten – die sich selbst als «Habenichtsnationen» empfanden – gefördert wurden; zweitens ein Aufeinanderprallen hochmoderner Entwicklungsstränge und starker Überreste von archaischen Sozialstrukturen und Wertesystemen in einer Gesellschaft, die gleichzeitig einen nationalen Integrationsprozess, den Übergang zu einem bürgerlichen Verfassungsstaat und einen raschen Industrialisierungsprozess durchmachte⁶¹; und schliesslich nicht zuletzt ein tief gespaltenes politisches System, dessen parlamentarische Splitterstrukturen tiefe soziale und politische Brüche widerspiegeln, die das Gefühl förderten, es sei eine starke, aber «volksnahe» Führung nötig, um Einheit «von oben» durchzusetzen – zunächst einmal dadurch, dass diejenigen aus dem Weg geräumt würden, die eine Einheit behinderten, also in erster Linie «die marxistische Linke». Das unterschiedliche Ausmass der sozialen und politischen Konfliktbereiche in Italien und Deutschland kann erklären helfen, warum es in den zwei Ländern zu einem unterschiedlichen Radikalisierungsgrad kam, als sie von einer – in den zwei Fällen zwar unterschiedlichen, aber doch miteinander zusammenhängenden – umfassenden Krise des politischen Systems betroffen wurden – einer Krise, die im Falle Italiens direkt durch den Ersten Weltkrieg ausgelöst wurde und sich im Falle Deutschlands erst nach einer langen Phase politischer Instabilität während der Weltwirtschaftskrise entfaltete.

Allein im Rahmen dieser Perspektive – und nicht dadurch von ihr losgelöst, dass der Nationalsozialismus als ein ganz und gar einzigartiges Phänomen dargestellt wird – lassen sich durch eine Analyse der spezifischen Merkmale der deutschen politischen Kultur und ihrer Beziehung zu den sozioökonomischen Strukturen die Besonderheiten der radikalen deutschen Faschismusvariante herausarbeiten. Es muss deshalb kein Widerspruch sein, wenn man den Nationalsozialismus als (extremste Erscheinungsform des) Faschismus akzeptiert und gleichzeitig die ihm eigenen einzigartigen Merkmale innerhalb dieser Kategorie anerkennt, die sich nur im Rahmen der deutschen nationalen Entwicklung richtig verstehen lassen.

Eine solche Argumentation würde allerdings Bracher, Hildebrand, Hillgruber und andere nicht zufriedenstellen, die ihrerseits anführen würden, der Nationalsozialismus sei nicht nur der Form, sondern auch dem Westen nach

61 Die Bedeutung dieses gleichzeitig verlaufenden dreifachen Übergangsprozesses betont Schieder in *Totalitarismus und Faschismus*, S. 45-49.

ein einzig und allein deutsches Phänomen, und dieses Wesen beziehungsweise diese Einzigartigkeit sei in der Person und Ideologie Adolf Hitlers begründet. Diese Personalisierung des Wesens des Nationalsozialismus steht in der Tat im Mittelpunkt der Debatte über den historischen Ort und die Charakterisierung des Nationalsozialismus. Und die Gegensätze, die sie kennzeichnet, werden nicht von der Frage bestimmt, wie sich die Ursprünge des Nationalsozialismus und die Umstände der nationalsozialistischen Machtübernahme erklären lassen. Bracher tendiert dazu, die spezifischen Charakteristika der deutsch-österreichischen ideologischen Entwicklung hervorzuheben, um so die rassistisch-völkische Dimension der Naziideologie zu betonen; Hillgruber und Hildebrand unterstreichen die besondere Konstellation der deutschen Machtpolitik und die in vielen Bereichen des preussisch-deutschen Staats überaus stark vorhandene Kontinuität in den Jahren zwischen 1871 und 1933 (die erst anschliessend unterbrochen worden sei).⁶² Dies sind wichtige Stränge einer allgemeinen Erklärung des Nationalsozialismus, die sich – trotz mancher Unterschiede in der Betonung – im Allgemeinen mit jenen Arbeiten (etwa von Wehler, Kocka, Puhle und Winkler⁶³) vereinbaren lassen, deren Erklärungen sich eher auf Deutschlands spezifische sozioökonomische Strukturen konzentrieren. Die letztgenannte Gruppe akzeptiert den Nationalsozialismus jedoch trotz seiner Besonderheiten ohne Weiteres als eine Form des Faschismus, während die erstgenannte diese Einordnung ablehnt und darauf beharrt, dass er *einzigartig* sei.

Der «Scheidepunkt» ist eindeutig «der Fall Hitler» – also die Frage, ob sich der Nationalsozialismus vom Faschismus in Italien und anderswo trennen lässt, weil er *seinem Wesen nach* ein «Hitlerismus» war. Entscheidend

62 Siehe Karl Dietrich Bracher, *Zeitgeschichtliche Kontroversen*, Kapitel 4, voll entwickelt in ders., *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus* (Köln und Berlin ²1969), besonders Kapitel 1; Andreas Hillgruber, «Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Aussenpolitik von Bismarck bis Hitler», in ders., *Grossmachtpolitik und Militarismus im 20. Jahrhundert* (Düsseldorf 1974), S. 11-36, und *Endlich genug?*, S. 48ff; Klaus Hildebrand, «Hitlers Ort in der Geschichte des preussisch-deutschen Nationalstaates», *HZ* 217 (1973), S. 584-632, und ders., *Deutsche Aussenpolitik* (siehe Kapitel 1 Anmerkung 17), vor allem Einleitung und Schluss.

63 Zum Beispiel Wehler, *Kaiserreich* (siehe Kapitel 1 Anmerkung 16); Jürgen Kocka, *Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie* (Göttingen 1977); Hans-Jürgen Puhle, *Von der Agrarkrise zum Präfaschismus* (Wiesbaden 1972); Heinrich August Winkler, *Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus* (Köln 1972).

sind letzterem Ansatz zufolge nicht die für den Aufstieg des Nationalsozialismus verantwortlichen Ursachen, sondern die Art der Diktatur selbst. Und hier bestünden grundlegende Unterschiede zwischen dem italienischen Faschismus und dem Nationalsozialismus, dessen Herrschaft auf der Ausführung der Ideen und der Politik des monokratischen Diktators, Hitler, beruht hätten.⁶⁴

Dieser «Hitlerzentrismus» selbst ist eine verständliche Überreaktion auf einige krude linke Interpretationen, die Hitler auf ein blosses Rädchen im Getriebe reduzierten. Doch so unersetzbar Hitler in der Nazibewegung zweifellos war, verengt die Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Hitlerismus doch unnötigerweise den Blickwinkel. Eine derartige Gleichsetzung führt zu einer unscharfen Erklärung der Ursprünge des Nationalsozialismus, lenkt von einer Berücksichtigung der in anderen europäischen Ländern vorhandenen politischen Erscheinungsformen ab, die in wichtigen Punkten und Merkmalen mit dem Nationalsozialismus verwandt waren (und sind), und bietet letztlich – wie ich in späteren Kapiteln darlegen werde – in sich eine ziemlich unbefriedigende Erklärung für die dynamische Radikalisierung der Politik im Dritten Reich selbst.

Unter dem Blickwinkel der angeblichen Einzigartigkeit des Nationalsozialismus legt die vorstehende Betrachtung des Totalitarismus- und des Faschismusbegriffs folgende Schlussfolgerungen nahe:

(1) Mit Hilfe des Faschismusbegriffs lassen sich der Charakter des Nationalsozialismus, die Umstände seines Anwachsens, die Art seiner Herrschaft und seine Einordnung in den europäischen Kontext der Zwischenkriegszeit befriedigender und zutreffender erklären als mit Hilfe des Totalitarismusbegriffs. Es bestehen nicht nur periphere, sondern tiefgehende Ähnlichkeiten mit anderen Arten des Faschismus. Aufgrund seiner Merkmale steht der Nationalsozialismus unmittelbar im europaweiten Kontext radikaler, antisozialistischer, national-integrationistischer Bewegungen, die zudem die Formen – wenn auch nicht den ökonomischen Kern – der bürgerlichen Gesellschaft ablehnen; sie entstanden in der Zeit des offenen imperia-

64 Siehe Bracher, *Zeitgenössische Kontroversen*, S. 30, 88-89, 99; Hillgruber, *Endlich genug?*, S. 40-42; und Klaus Hildebrand «Nationalsozialismus oder Hitlerismus?», in Michael Bosch (Hg.), *Persönlichkeit und Struktur in der Geschichte* (Düsseldorf 1977), S. 55-61, hier vor allem S. 56-57.

listischen Konflikts und wurden in der Öffentlichkeit dann bei den Unruhen bekannt, die auf den Ersten Weltkrieg folgten.

(2) Dies widerspricht keineswegs einer gleichzeitigen Beibehaltung des Totalitarismusbegriffs, auch wenn dieser Begriff weit weniger brauchbar und nur von sehr begrenztem Wert ist. Zweifellos besass der Nationalsozialismus einen «totalen» (oder «totalitären») Anspruch, der sowohl für seine Herrschaftsmechanismen als auch für das – konforme und oppositionelle – Verhalten seiner Bürger Folgen hatte. Die Folgen für die Herrschaftsmechanismen spiegelten sich vor allem in neuen Formen plebiszitärer Massenmobilisierung mittels neuer Herrschaftstechniken in Verbindung mit einer exklusiven dynamischen Ideologie und monopolistischen Forderungen an die Gesellschaft. Auf der Grundlage dieser Charakteristika ist es legitim, die Herrschaftsformen in Deutschland unter Hitler und in der Sowjetunion unter Stalin miteinander zu vergleichen, selbst wenn dieser Vergleich – aus den vorgenannten Gründen – von Anfang an dazu verurteilt ist, oberflächlich und unbefriedigend zu bleiben. Darüber hinaus dürfte der Terminus «Totalitarismus» – wenn er denn überhaupt verwendet werden soll – unserer Analyse zufolge nur auf vorübergehende Phasen extremer Instabilität, die sich in einem paranoiden Unsicherheitsgefühl der Regime spiegeln, Anwendung finden und sollte nicht als Kennzeichen einer dauerhaften Herrschaftsstruktur angesehen werden. Aus einer Langzeitperspektive betrachtet könnte man sagen, dass die gesamte Zeit des Dritten Reiches und der grösste Teil der Herrschaft Stalins in eine solche Kategorie fallen. Dies wäre ein zusätzlicher Grund, den vergleichenden Totalitarismusbegriff nicht auf das nachstalinische kommunistische System anzuwenden, denn dort würde er rasch sinnlos, wenn nicht sogar regelrecht absurd wirken.⁶⁵

Ö? Die besonderen Merkmale, die den Nationalsozialismus von anderen bedeutenden Erscheinungsformen des Faschismus unterscheiden, lassen sich nur dann ganz verstehen, wenn sie im Rahmen der Strukturen und Bedingungen der deutschen sozioökonomischen und ideologisch-politischen Entwicklung in der bürgerlich-industriellen Epoche gesehen werden. Die

65 Eine kritische Wertung der äusserst umstrittenen Anwendung des «Totalitarismus»-Begriffs auf das politische System der DDR bietet Mary Fulbrook, «The Limits of Totalitarianism: God, State, and Society in the GDR», *Transactions of the Royal Historical Society*, 6th Series, 7 (1997).

Person, die Ideologie und die Funktion Hitlers müssen in diese Strukturen eingeordnet und zu ihnen in Beziehung gesetzt werden. Ohne Frage hat Hitler persönlich einen entscheidenden Anteil sowohl am Aufstieg des Nationalsozialismus als auch am Wesen der Naziherrschaft gehabt. Doch kann die Bedeutung seiner Rolle nur beurteilt werden, wenn man den von ihm geleisteten Beitrag zu den Umständen in Beziehung setzt, die ihn selbst geprägt und gefördert haben und die er nicht einmal auf der Höhe seiner Macht selbständig kontrollieren konnte. Der Nationalsozialismus war in vielerlei Hinsicht tatsächlich ein einzigartiges Phänomen.⁶⁶ Doch lässt sich diese Eigenschaft – ausser in einem sehr oberflächlichen Sinne – nicht allein der Einzigartigkeit seines Führers zuschreiben.

66 In Ihrem Band *The Racial State. Germany 1933-1945* (Cambridge 1991) heben Michael Burleigh und Wolfgang Wippermann den «spezifischen und singulären Charakter» des Nationalsozialismus hervor (S. 306). Ich teile ihre Ansicht, dass das Dritte Reich ein «singuläres Regime ohne vergleichbaren Präzedenzfall» war. Zur Aufrechterhaltung dieser These ist allerdings ein systematischer Vergleich des NS-Regimes mit anderen modernen Staatswesen erforderlich und nicht nur eine – wenn auch noch so überzeugende – Beschreibung der nationalsozialistischen Rassenpolitik. Daher geht meines Erachtens die Behauptung fehl, Totalitarismus- oder globale Faschismustheorien würden sich als heuristische Instrumente schlecht zu einer Erklärung des Nationalsozialismus eignen (S. 30W7). Dass Burleigh und Wippermann das Streben nach «Rassenreinheit» als Kern des Nationalsozialismus besonders hervorheben, halte ich für richtig. Damit sind jedoch andere berechnete Perspektiven und Fragestellungen zur Vergleichbarkeit des Nationalsozialismus mit anderen Faschismus- und/oder Totalitarismusformen noch nicht so eindeutig ausgeschlossen, wie das die beiden Autoren offenbar annehmen. (Mit ihrer Kritik an der Anwendung von Modernisierungstheorien auf den Nationalsozialismus befasst sich auch Anm. 62 in Kap. 7.)

3 Politik und Wirtschaft im NS-Staat

Die Frage nach der Beziehung zwischen dem Nationalsozialismus und den in Deutschland dominierenden Wirtschaftskräften ist seit den Theoriediskussionen der Komintern in den zwanziger und dreissiger Jahren eines der am durchgängigsten behandelten Themen der wissenschaftlichen Debatte geblieben. In dieser Debatte treten vorgefasste theoretische (und ideologische) Positionen oft sehr deutlich zutage. Dadurch, dass in den sechziger Jahren wichtiges Archivmaterial zugänglich gemacht wurde und die marxistische Wissenschaft im Westen zu neuem Leben erwachte, begannen erstmals auch nichtmarxistische Historiker, sich ernsthaft mit den Debatten zu befassen. Seitdem ist der empirische Wissensstand über die NS-Wirtschaft enorm verbessert worden, während parallel dazu die Interpretationen immer komplexer geworden sind; doch die Hauptinteressensgebiete und die zentralen interpretativen Konfliktpunkte haben sich unterdessen relativ wenig verändert.

Eines der Hauptprobleme geht um die Frage, inwieweit sich der Macht-erwerb der Nazis aus dem Charakter des deutschen Kapitalismus und den Machenschaften und politischen Zielen der Führungskräfte der deutschen Industrie herleiten lässt. Da sich diese Frage auf die Zeit vor der Diktatur bezieht, soll sie uns hier nicht weiter beschäftigen. Es mag der Hinweis genügen, dass Wissenschaftler – trotz aller auch weiterhin bestehenden unterschiedlichen Ansichten – sich zunehmend dagegen verwahrt haben, in primitivem Instrumentalismus den Nationalsozialismus als eine von Anfang an von Kapitalinteressen geförderte und kontrollierte Bewegung anzusehen; und gleichzeitig treten sie dem ebenso krassen Gegenargument entgegen, zwischen dem Kapitalismus und dem Aufstieg des Nationalsozialismus hätten keinerlei strukturelle Verbindungen bestanden. Marxistische wie nicht-marxistische Wissenschaftler gehen im Grossen und Ganzen davon aus, dass es in zweierlei Hinsicht strukturelle Zusammenhänge zwischen dem Kapitalismus und dem Aufstieg des Nationalsozialismus gab. Erstens ist

klar, dass bei einflussreichen Teilen der industriellen Elite schon lange vor dem politischen Durchbruch der Nazis eine zunehmende Bereitschaft bestand, die Weimarer Republik zugunsten einer attraktiveren autoritären Lösung fallenzulassen, die dann als erstes durch die Unterdrückung der Arbeiterschaft die Profitabilität wiederherstellen würde. Zweitens nahm im industriellen Sektor, der durch die Wirtschaftskrise der frühen dreissiger Jahre in vielerlei Hinsicht gespalten und orientierungslos war, im Zeichen einer sich verschärfenden Rezession selbst bei den Teilen der Industrie, die den Nazis nicht besonders wohlgesonnen waren, die Bereitschaft zu, zumindest eine Regierungsbeteiligung der Nazis zu akzeptieren, um auf diese Weise einen politischen Rahmen zu erhalten, in dem sich das kapitalistische System wieder erholen könnte.¹ Im Zusammenhang mit dem Thema dieses Kapitels ist für uns gerade der Umstand wichtig, dass auf der Suche nach einer Staatsform, die die Kapitalinteressen wahren würde, für einen Grossteil der Industrie die Nazis sozusagen eher die letzte Hoffnung als die Lösung ihrer Wahl darstellten. Dadurch und durch die innerhalb der wirtschaftlichen Eliten fortgesetzt und tiefgreifend bestehenden Meinungsverschiedenheiten über Strategien zur Erholung der kapitalistischen Wirtschaft wurden offensichtliche Alternativen ausgeschlossen. Auf diese Weise band sich die industrielle Führungsschicht – wenn anfangs auch nur auf negative Wei-

1 Einen ausgezeichneten kommentierten Überblick über die Literatur zum Verhältnis von Kapitalismus und Nationalsozialismus vor 1933 bietet Dick Geary, «The Industrial Elite and the Nazis in the Weimar Republic», in Peter D. Stachura (Hg.), *The Nazi Machtergreifung* (London 1983), S. 85-100. David Abraham hat mit seinem Band *The Collapse of the Weimar Republic. Political Economy and Crisis* (Princeton 1981) einen Sturm der Entrüstung über seinen Umgang mit den Quellen ausgelöst, siehe *CEH17* (1984), S. 159-293. Leider hat auch die «gesäuberte» zweite Auflage (New York 1986) nach wie vor Anlass zu grösserer Kritik gegeben, siehe Peter Hayes, «History in an Off Key: David Abraham's Second Collapse», *Business History Review* 61 (1987), S. 472-492. Henry A. Turner hingegen liefert mit seinem Band *Die Grossunternehmer und der Aufstieg Hitlers* (Berlin 1985) eine sorgsam recherchierte empirische Untersuchung der Beziehungen zwischen Wirtschaftsführern und Nationalsozialisten. Zur Rolle der Grossindustrie unmittelbar im Vorfeld der Hitlerschen «Machtergreifung» siehe Reinhard Neebes äusserst nützliche Studie *Grossindustrie, Staat und NSDAP* (Göttingen 1981). Und eine meisterhafte Analyse der gesamten Wirtschaftskrise und ihrer Bedeutung für die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik nach 1933 bietet Harold James, *Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924-1936* (Stuttgart 1988).

se – an den NS-Staat, und die neuen Naziführer erhielten dadurch die Möglichkeit und einen gewissen Spielraum für politische Initiativen.

Dieses Thema hängt eng mit dem zweiten wichtigen Punkt zusammen, mit dem sich Wissenschaftler, die die Zusammenhänge zwischen Kapitalismus und Nationalsozialismus untersuchen, schon längere Zeit beschäftigen: Inwieweit wurde die Politik des Naziregimes zwischen 1933 und 1945 von wirtschaftlichen Überlegungen – vor allem den Interessen der deutschen Industrie – geprägt und entscheidend beeinflusst? Oder etwas anders und zugespitzter gefragt: Wie weit war das Regime in der Lage, einen Grad an politischer Autonomie zu erlangen, der praktisch auf einen Primat der ideologischen und politischen Ziele über die ökonomischen Planziele und Interessen hinauslief? Diese Frage wird uns im vorliegenden Kapitel beschäftigen.

Interpretationen

Obwohl in der DDR bei der Analyse des «Hitlerfaschismus» ökonomische Zusammenhänge natürlich von Anfang an von zentraler Bedeutung gewesen sind, wurde auch dort erst ab den sechziger Jahren detailliertere Archivforschung betrieben, die dann die Grundlage für tiefschürfendere und differenziertere Veröffentlichungen bildete, darunter als hervorragendes Beispiel die von Dietrich Eichholtz 1969 publizierte Untersuchung über die deutsche Kriegswirtschaft.² Diese Studie arbeitete weit stärker, als das bis dahin der Fall gewesen war, die Widersprüche und Konflikte innerhalb der verschiedenen monopolkapitalistischen «Gruppierungen» heraus und deckte sich in manchen Ergebnissen mit neuen westlichen Forschungsarbeiten zur NS-Wirtschaft. Die nach und nach im Westen – hauptsächlich von Nichtmarxisten – veröffentlichten Untersuchungen tendierten allgemein dazu, eine weit engere strukturelle Beziehung zwischen der deutschen Industrie und der Politik der Naziführung zu sehen, als man bislang aner-

2 Dietrich Eichholtz, *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1933-1945* (Berlin/DDR 1969). Der zweite Band erschien 1984. Einen Überblick über die DDR-Geschichtsschreibung bietet Andreas Dorpalen, *German History in Marxist Perspective. The East German Approach* (Detroit 1985). Kapitel 8 befasst sich mit der NS-Zeit.

kannt hatte, und gleichzeitig den ziemlich primitiven Vorstellungen von einer hochzentralisierten staatlichen «Kommandowirtschaft» entgegenzutreten, die bis dahin einen festen Bestandteil des Totalitarismusmodells gebildet hatten. Der amerikanische Wissenschaftler Arthur Schweitzer betonte zum Beispiel, bis 1936 habe zwischen der Naziführung und den Wirtschaftseliten in einer Phase des «partiellen Faschismus» eine «Koalition» bestanden; die Phase des «vollen Faschismus» ab 1936 sah er dann jedoch – in einer (allerdings aus einer anderen theoretischen Position heraus erfolgenden) teilweisen Vorwegnahme der bald darauf stattfindenden Debatte über den «Primat der Politik» – als eine Zeit an, in der die Wirtschaft in eine zunehmende Abhängigkeit von den politischen und ideologischen Zielen der Naziführung geraten sei.³ Dietmar Petzina zeigte mit seiner Analyse des Vierjahresplans auf, wie weit dieser von einer echten «Planwirtschaft» entfernt war und wie eng sich die politisch-ideologischen Interessen der Naziführung mit den ökonomischen Interessen jenes Teils der Wirtschaft deckten, der sich bald zum stärksten Sektor des deutschen Grosskapitals entwickeln sollte: des grossen Chemiekonzerns der IG Farben.⁴ Und Alan Milward deckte die grundlegenden Schwächen einer Kriegswirtschaft auf, die den «Blitzkrieg» zur notgedrungen einzig möglichen Strategie hatte werden lassen und erst ab 1942, unter Speers Kontrolle, zentralisiert und rational geführt worden war.⁵

1966 veröffentlichte der marxistische britische Historiker Tim Mason einen Aufsatz über den «Primat der Politik» im Dritten Reich und gab dadurch der wissenschaftlichen Debatte über den Charakter der NS-Wirtschaft einen starken Impuls.⁶ In seinem Artikel kritisierte Mason sowohl den derzeitigen orthodoxen Marxismus-Leninismus als auch die Hauptstossrichtung «bürgerlich-liberaler» NS-Interpretationen. Während ersterer den politisch-ideologischen Bereich als Teil des Überbaus des sozioökonomischen Systems darstelle und somit die Existenz eines autonomen politischen Bereichs verneine, tendierten letztere bislang dazu, die Wirtschaft als einen Bereich unter vielen anderen anzusehen, die alle mehr oder weniger der –

3 Arthur Schweitzer, *Die Nazifizierung des Mittelstandes* (Stuttgart 1970).

4 Dietmar Petzina, *Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan* (Stuttgart 1968).

5 Alan S. Milward, *The German Economy at War* (London 1965).

6 Tim Mason, «Der Primat der Politik – Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus», *Das Arguments* (1966), S. 473-494.

nicht weiter in Frage gestellten – politischen Prioritätensetzung und Autonomie einer hemmungslosen, ideologisch motivierten Diktatur unterlegen hätten. Aus einer Analyse der Wirtschaftsverhältnisse im Dritten Reich folgte Mason, «dass die Innen- und Aussenpolitik der nationalsozialistischen Staatsführung ab 1936 in zunehmendem Masse von der Bestimmung durch die ökonomisch herrschenden Klassen unabhängig wurde, ihren Interessen sogar in wesentlichen Punkten zuwiderlief». Er ging sogar soweit anzuerkennen, dass «schwerwiegende Strukturveränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft [...] die Verselbständigung des nationalsozialistischen Staatsapparats, den ‚Primat der Politik‘», ermöglicht hätten. Diese – von einem marxistischen Standpunkt – erstaunliche Schlussfolgerung schränkte Mason nur insofern ein, als er meinte, dieser im Dritten Reich anzutreffende Tatbestand entspreche nicht der Norm in kapitalistischen Staaten, sondern sei «einmalig in der ganzen Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Regierungen seit der industriellen Revolution».⁷

Zur Unterstützung seiner These verwies Mason auf eine Reihe verschiedener Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung in Nazideutschland: die weitgehende Ausschaltung von Vertretern der Industrie aus den direkten Entscheidungsprozessen; das ausserordentlich rapide Wachsen der wirtschaftlichen Rolle des Staates als Auftraggeber, Absatzmöglichkeit und damit als bestimmender Faktor für die Produktion; die Verlagerung der kapitalistischen Konkurrenz vom Kampf um Märkte auf den Kampf um Rohstoffe und Arbeitskräfte innerhalb einer von der Rüstung beherrschten Wirtschaft – was dann zur Gefährdung ganzer Industriebereiche und zu umfangreichen staatlichen Eingriffen und Regelungen führte; der schwindende Einfluss von wirtschaftlichen Interessenverbänden auf die staatliche Politik; und das Unvermögen der Wehrwirtschaftsführer, vor 1942 (mit entsprechend negativen Auswirkungen auf den Lebensstandard) die Umverteilung des Sozialprodukts durchzusetzen, die sie seit Anfang des Dritten Reiches gefordert hatten. Masons Ansicht nach traten diese Merkmale der NS-Wirtschaftspolitik 1936/37 entweder erstmalig oder verstärkt auf, so dass man ab dieser Zeit von «schwerwiegenden Strukturveränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft» und folglich von einer bedeutenden Zunahme der Selbständigkeit des Staates sprechen könne.⁸

7 Mason, «Primat», S. 473-474.

8 Tim Mason, «Primat der Industrie? – Eine Erwiderung», *Das Argument* 10 (1968),

Der klassische marxistisch-leninistische Gegenstoss liess nicht lange auf sich warten. Er kam von zwei führenden DDR-Wissenschaftlern, Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler, nachdem Mason ohne allzu grosse Schwierigkeiten den Angriff eines anderen DDR-Historikers, Eberhard Czichon, pariert hatte, dessen Artikel empirische Schwächen enthielt, theoretisch unbeholfen war und auf einer Reihe von grundlegenden Missverständnissen der Masonschen Argumentation beruhte.⁹ Eichholtz und Gossweiler vertreten in ihrem Aufsatz den Standpunkt, Masons Interpretation entziehe den Faschismus dem Bereich des historisch Erklärbaren und reduziere ihn auf die Ebene eines «Betriebsunfalls» der Geschichte, und sie fügen hinzu, wenn Mason recht hätte, liefe das auf eine «komplette Widerlegung der marxistischen Gesellschaftsanalyse» hinaus – eine übertrieben dramatisierende Behauptung, die auf einer Fehlinterpretation von Marx und Engels zu beruhen scheint. In ihren eigenen Darlegungen suchen die beiden Historiker zu Beginn die Faschismusdefinition der Komintern zu rechtfertigen (gestehen dabei allerdings ein, dass eine stärkere Präzisierung und Verfeinerung erforderlich sei). Daran schliessen sie eine anerkennende Zusammenfassung der Leninschen Imperialismustheorie und ihres Bezugs zum Faschismus an und umreissen noch einmal die marxistisch-leninistische Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Auf diese lange theoretische Darlegung folgt dann ein relativ kurzer «empirischer» Teil, der sich auf die Veränderungen des Jahres 1936 konzentriert und zeigen möchte, dass Änderungen im politischen Kurs des Dritten Reiches immanent mit Entwicklungen bei den herrschenden Gruppen des staatsmonopolistischen Kapitalismus verbunden waren. Es reiche nicht, so ist ihre Argumentation, im Finanzkapital nur den Nutzniesser und nicht auch den «Inspirator und Initiator» faschistischer Politik zu sehen; vielmehr widerlege die Analyse des Strukturwandels des staatsmonopolistischen Kapitalismus Masons These und zeige, dass das

S. 199. Trotz ihrer marxistischen Anklänge hat Masons These, wie deutlich zu erkennen ist, viel mit dem Ansatz der «bürgerlich-liberalen» Historiker gemeinsam, die es natürlich begrüsst, dass hier ein marxistischer Autor für den Primat der Politik über die Wirtschaft eintrat.

9 Eberhard Czichon, «Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht», *Das Argument* 10 (1968), S. 168-192; Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler, «Noch einmal: Politik und Wissenschaft 1933-1945», *Das Argument* 10 (1968), S. 210-227.

Kapital auch nach 1936 weit davon entfernt war, seine Macht an den Staat abzutreten. Stattdessen habe der NS-Staat den Boden für einen intensivierten Kampf innerhalb des Monopolkapitalismus bereitet – einen Kampf, der seinen Höhepunkt im Krieg erreicht habe, welcher seinerseits das unmittelbare Produkt der Ziele und Wünsche der reaktionärsten und am meisten chauvinistischen und imperialistischen Teile des Finanzkapitals gewesen sei.¹⁰

Ist nun das Naziregime mit seiner Politik, die in Krieg und Völkermord gipfelte, den Interessen des «Grosskapitals» gefolgt oder war es «sein eigener Herr»? Die – hier polarisierend an der Debatte zwischen Mason und seinen Gegenspielern aus der damaligen DDR dargestellte – Diskussion «Primat der Politik» oder «Primat der Wirtschaft» im Dritten Reich macht bei der Interpretation der Nazidiktatur auch weiterhin einen der zentralen kontroversen Bereiche aus. Die wissenschaftlichen Interpretationen gehen noch immer stark auseinander – aus politisch-ideologischen ebenso wie aus geschichtsphilosophischen Gründen.

In der dominierenden «bürgerlich-liberalen» Geschichtsschreibung wird die Art des Verhältnisses von Politik und Wirtschaft kaum hinterfragt. Wirtschaftsthemen nehmen zum Beispiel in Karl Dietrich Brachers *Die deutsche Diktatur* nicht viel Raum ein, und die Frage des «Primats der Politik» wird in einem einzigen Abschnitt abgehandelt:

«Gerade die Tatsache, dass eine kapitalistische Wirtschaft auf so anti-ökonomische Weise in den Krieg hinein dirigiert werden konnte und erst im Krieg selbst (seit 1941/42) voll mobilisiert wurde, beweist den absoluten Primat der politischen Zielsetzungen. Hitler war auch hier alles andere als ein Instrument der Kapitalisten; die Zusammenarbeit folgte derselben Taktik wie in der Staats- und Kulturpolitik, die kooperierenden Fachleute und Wirtschaftler waren Instrumente und Objekte, nicht Subjekte dieser Politik. Ökonomische Effizienz und Primat der Politik, nicht kapitalistische, mittelständische oder sozialistische Doktrinen bestimmten den Kurs.»¹¹ In ähnlichem Sinne meint Ernst Nolte, die Industriellen seien «als wichtiger politischer Faktor völlig ausgeschaltet worden»¹², und Klaus Hildebrand schreibt

10 Eichholtz und Gossweiler, «Noch einmal», S. 211, 220-227.

11 Bracher, *Die deutsche Diktatur* (siehe Kapitel 2 Anmerkung 62), S. 364.

12 Ernst Nolte, «Big Business and German Politics: A Comment», *AHR* 75 (1969-70), S. 76.

von der «Wirtschaft im Dienst der Politik»¹³, während Andreas Hillgruber in einer kurzen Zusammenfassung verschiedener Herangehensweisen an die Geschichte des Nationalsozialismus die Wirtschaft nicht einmal zu den von ihm ausgewählten Diskussionsgebieten zählt.¹⁴ Etwas vorsichtiger äussert sich Karl Dietrich Erdmann in einem vielgelesenen Handbuch: «Die Forschung ist sich – wenn man von der sowjetisch-marxistischen Geschichtsschreibung absieht – darin einig, dass sich ein bestimmender industrieller Einfluss auf die aussen- und kriegspolitischen Entscheidungen Hitlers aufgrund der Quellen nicht nachweisen lässt.»¹⁵ Eine äusserst kompromisslose Stellungnahme findet sich schliesslich noch in einer von dem englischen Historiker Richard Overy veröffentlichten Übersicht, die sich mit dem Aufbau der NS-Wirtschaft befasst. Er schreibt: «Über allen internen Trennungslinien innerhalb der Industrie standen die Autorität und die Interessen der Nazibewegung. Die Industrie war den Bedürfnissen der Partei untergeordnet. Mit der politischen Krise von 1936-37 und der Festlegung des Vierjahresplanes ging die Kontrolle über die gesamte Wirtschaft in die Hände des Staates über.»¹⁶

Man könnte einwenden, dass Argumentationen, die mit einer solchen Bestimmtheit den «Primat der Politik» vertreten, eine viel deutlichere Trennung zwischen den Bereichen der Politik und der Wirtschaft postulieren, als sie in Wirklichkeit vorhanden ist. Solche Argumentationen gehen des Weiteren implizit davon aus, dass Zweck und Absichten eindeutig klar gewesen seien und dass Hitler und die Naziführung eine entscheidende Befehlsrolle innegehabt hätten – auch dazu liesse sich wiederum Einschränkendes sagen. Und schliesslich greifen sie eine auf den «Primat der Wirtschaft» bezogene instrumentalistische Argumentationsweise an, die heutzutage nur noch ganz wenige marxistische Historiker ausserhalb der offiziellen Geschichtsschreibung in Osteuropa verteidigen würden.

Auch wenn sie im Einzelnen vielleicht eine unterschiedliche Gewich-

13 Hildebrand, *Das Dritte Reich*, S. 160-161.

14 Hillgruber, *Endlich genug?*, S. 28-32, liefert nur eine vierseitige ablehnende Zusammenfassung marxistischer/bonapartistischer Interpretationen der «sozialgeschichtlichen und wirtschaftsgeschichtlichen Aspekte des ‚Dritten Reiches‘»

15 Karl Dietrich Erdmann, «Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933-1939», in *Gebhardt Handbuch der Geschichte* Band 4,2 (Stuttgart 1967), S. 409.

16 Richard J. Overy, *The Nazi Economic Recovery 1932-1938* (Studies in Economic and Social History, London 1982), S. 58.

tung vornehmen, haben sich die meisten westlichen Marxisten bei ihrer Interpretation des Verhältnisses von Wirtschaft und Politik im Dritten Reich in der Regel entweder eine «bonapartistische» Sichtweise zu eigen gemacht, wie sie ursprünglich zum Beispiel von August Thalheimer vertreten wurde, oder sie haben Gramscis Sicht des Staates als einer Form bürgerlicher «Hegemonie» übernommen.

Masons ursprünglicher Artikel vom «Primat der Politik» hängt – wenn auch nicht explizit – selbst eng mit bonapartistischen Vorstellungen von einer wachsenden Eigenständigkeit der Exekutive gegenüber der wirtschaftlich herrschenden Klasse zusammen, und eine Reihe führender marxistischer Faschismusexperten hat Masons Position übernommen oder sich Varianten davon zu eigen gemacht. Reinhard Kühnl gesteht zum Beispiel zu, dass «der faschistische Staat [...] gegenüber den ökonomischen Machtgruppen eine gewisse Selbständigkeit und Entscheidungsfreiheit besitzen [musste]. Er konnte weder das Vollzugsorgan der herrschenden ökonomischen Machtgruppen im Ganzen sein, denn diese hatten keinen gemeinsamen Willen, den der Staat hätte vollziehen können; er durfte aber auch nicht das Instrument einer einzelnen ökonomischen Fraktion sein, weil sonst eine Stabilisierung des Gesamtsystems nicht möglich gewesen wäre.» Insofern existiere eine «partielle Verselbständigung der politischen Macht» gegenüber den herrschenden ökonomischen Interessen. Und er schliesst: «Dass die Entscheidungsfreiheit dieser Exekutive durch die Prinzipien der kapitalistischen Gesellschaftsordnung begrenzt ist, bleibt dabei unbestritten. Immerhin erscheint es legitim, mindestens von einer partiellen Verselbständigung der faschistischen Exekutive gegenüber dem Bundesgenossen, d.h. dem sozial herrschenden Grossbürgertum zu sprechen.»¹⁷ Ein anderer bekannter westdeutscher marxistischer Historiker, Eike Hennig, nimmt einen ähnlichen Standpunkt ein. Er spricht von einer «„Arbeitsteilung“ von politischer Macht und ökonomischer Herrschaft» unter dem Nationalsozialismus und äussert sich positiv über Masons These und über «bonapartistische» Interpretationen.¹⁸ Alfred Sohn-Rethel, der sich in den Anfangsjahren des Dritten Reiches in der einzigartigen Position eines marxistischen «Insiders»

17 Kühnl, *Formen* (siehe Kapitel 2 Anmerkung 13), S. 123, 141. Was Kühnl hier feststellt, liesse sich natürlich von jedem kapitalistischen Staat sagen.

18 Eike Hennig, *Thesen zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1933 bis 1938* (Frankfurt am Main 1973), S. 126-128, 248-249.

im Zentrum deutscher industrieller Interessenvertretung befand [er war «wissenschaftlicher Hilfsarbeiter» im Berliner Büro des «Mitteleuropäischen Wirtschaftstags e.V.» – Anm. d. Übers.], schreibt von der «Subsumtion» industrieller Interessen unter «die faschistische Staatsdiktatur der Partei» und von der «politische [n] Gefangenschaft der Bourgeoisie in ihrer faschistischen Diktatur»¹⁹. In seiner Analyse der NS-Wirtschaft, die erst Jahrzehnte nach ihrer ursprünglichen [im Exil verfassten – Anm. d. Übers.] Formulierung veröffentlicht wurde, stellt er klar, dass damit keine Abhängigkeit der kapitalistischen Klasse oder des «Grosskapitals» in dem Sinne gemeint sei, wie es der «Totalitarismus»-Ansatz gerne glauben machen würde. Vielmehr waren die NS-Exekutive und die kapitalistische Klasse durch die Gesetze des Kapitals unerbittlich aneinandergekettet: durch die Notwendigkeit einer ausserordentlichen Form der Ausbeutung, um den Kapitalismus von Neuem zu beleben und ihn von seiner grossen Krise zu befreien. Das Machtmonopol der NS-Exekutive leitete sich von ihrer Fähigkeit her, die objektiven Interessen der Bourgeoisie dadurch zu wahren, dass sie deren Profite unter den Bedingungen einer extremen Kapitalismuskrisis maximierte. Man wandte sich damals nämlich von der internationalen Marktwirtschaft ab und einer eher «absoluten» Form kapitalistischer Akkumulation zu, die unmittelbar auf der Macht des Staates basierte: völlige Unterdrückung, «Ausplünderung» und schliesslich Krieg. Als man diesen Weg erst einmal eingeschlagen hatte, gab es kein Zurück mehr. Der Prozess liess sich nicht mehr rückgängig machen, und die wirtschaftlichen Eliten waren an ihn gebunden: Sie sassen «alle in einem Boot», wie Schacht es formulierte. Die politische Herrschaft der Nazis war daher in der Krisenstellung der kapitalistischen Bourgeoisie verankert. Gleichzeitig blieb diese politische Herrschaft jedoch von der Dynamik der einmal entfesselten «absoluten» Form kapitalistischer Ausbeutung abhängig und damit von der fortgesetzten wirtschaftlichen Dominanz des Grosskapitals.²⁰

Nicos Poulantzas nähert sich dem Verhältnis von Kapitalismus und NS-Staat aus einer ganz anderen marxistischen Sicht und verdankt dabei Grams-

19 Alfred Sohn-Rethel, *Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus* (Frankfurt am Main 1973), S. 110-111.

20 Sohn-Rethel, S. 90 ff, 173 ff. Das Schacht-Zitat steht auf S. 174.

ci mehr als jedem anderen marxistischen Denker.²¹ In seiner theoretischen Abhandlung zieht er zur Veranschaulichung Beispiele aus der geschichtlichen Realität des Faschismus in Italien und Deutschland heran. Ein zentraler Punkt der Poulantzaschen Interpretation ist die Sicht des Faschismus als der extremsten Form eines «kapitalistischen Ausnahmestaats» – andere Formen seien die Militärdiktatur und bonapartistische Regime. Dass der Faschismus als Typ des «kapitalistischen Ausnahmestaats» in Erscheinung trete, liege an der spezifischen Art des Klassenkampfes, den Produktionsverhältnissen und der besonderen Form der politischen Krise. Als unbefriedigende Faschismustheorie lehnt Poulantzas nicht nur die Kominternversion ab, die im Faschismus den direkten Agenten des Monopolkapitals sieht, sowie die (in seinen Augen «sozialdemokratischen Kreisen» zuzurechnende) Interpretation des Faschismus als der «politische[n] Diktatur des Kleinbürgertums», sondern er spricht sich auch gegen Bonapartismuskonzeptionen aus, die von einem Gleichgewicht der Klassen ausgehen. Poulantzas zufolge beruhen Ansichten, die vom Schema des Bonapartismus ausgehen, auf einer Fehlinterpretation der Marxschen Formulierung vom «Gegensatz von Staat und Gesellschaft» und von der «Unabhängigkeit» des Staates gegenüber der zivilen Gesellschaft. Solche Ansichten hätten bei marxistischen Theoretikern dazu geführt, «dass man dem faschistischen Staat eine relative Autonomie in einer *Art und Weise* und von solchem *Umfang* zugestand, wie er sie in Wirklichkeit nicht besass – und letztlich zu einer Unfähigkeit, das Verhältnis zwischen Faschismus und Grosskapital korrekt zu bestimmen. [...] Diese relative Autonomie würde letztlich sogar ein Zerbrechen der Verbindungen zwischen Staat und hegemonialer Fraktion bedeuten: Daher rühren die völlig falschen Beschreibungen eines Faschismus, der, explizit und auf lange Sicht, über die Kriegswirtschaft in erklärtem Gegensatz zum Grosskapital gegen dessen Interessen handeln würde» – eine Fehlinterpretation, die er Mason zuschreibt und die er in die Nähe der «elitistischen» Theorien von Schweitzer und Neumann rückt.²²

Obgleich Poulantzas die Vorstellung von einer «relativen Autonomie»

21 Poulantzas (siehe Kapitel 2 Anmerkung 17). Dazu findet sich eine ausgezeichnete und scharfsinnige Kritik bei Jane Caplan, «Theories of Fascism: Nicos Poulantzas as Historian», *HWJ3* (1977), S. 83-100.

22 Poulantzas, S. 84-87.

in Zusammenhang mit Bonapartismusansätzen ablehnt, ist sie doch ein zentraler Punkt seiner eigenen Interpretation. Seiner Ansicht nach besitzt der Faschismus – das heisst die faschistische Partei und der faschistische Staat – eine «relative Autonomie» sowohl gegenüber dem labilen Machtblock der politisch herrschenden Klassen als auch gegenüber der «Fraktion des monopolistischen Grosskapitals», deren Dominanz innerhalb des Machtblocks der Faschismus (wieder)hergestellt habe. Die relative Autonomie des Faschismus leite sich einerseits aus den internen Widersprüchen innerhalb des an der Macht befindlichen Bündnisses her und andererseits aus den Widersprüchen zwischen den herrschenden und den beherrschten Klassen. Das «vielschichtige Verhältnis» des Faschismus zu den «beherrschten Klassen» habe «aus dem Faschismus gerade den notwendigen Vermittler der Restabilisierung der politischen Herrschaft und der Hegemonie» gemacht. Mit anderen Worten: während bei der Bonapartismustheorie der Staat im Rahmen eines Gleichgewichts zwischen den beiden gesellschaftlichen Hauptkräften einen weitgehenden Handlungsspielraum erlangt, besitzt der faschistische Staat laut Poulantzas einen weit geringeren «Manöverspielraum» und dient der objektiven Funktion, die Dominanz der herrschenden Fraktion des Monopolkapitals wiederherzustellen – und nicht, seine Unabhängigkeit gegenüber dem Kapital zu vergrössern und einen Primat der Politik über die Wirtschaft zu schaffen. In Poulantzas' Schriften (und nicht nur in denen zum Faschismus) hat der politische Bereich – die Staatsmacht – immer eine relative Autonomie gegenüber dem ökonomischen Bereich – dem Kapital. Unter dem Faschismus werde diese relative Autonomie in einem aussergewöhnlichen Masse erweitert, bestehe in diesem erweiterten Masse aber nur kurze Zeit, ehe dann die Vorherrschaft des monopolistischen Grosskapitals wiederhergestellt werde?³

Allen hier zusammengefassten marxistischen Theorievarianten ist gemeinsam, dass sie von einem gewissen Autonomiegrad des NS-Staates gegenüber der Macht selbst der dominantesten kapitalistischen Kräfte ausgehen. Der postulierte Grad an Autonomie ist bei Masons Ansatz am grössten, denn dort läuft er auf einen *Primat* der Politik über die Ökonomie hinaus; am kleinsten ist er in Poulantzas' Interpretation, der zufolge diese Autonomie nur sehr kurze Zeit bestehe, um die Vormachtstellung des Monopolkapitals von Neuem geltend zu machen. Diese verschiedenen marxistischen

23 Poulantzas, S. 87-88; siehe ausserdem Caplan, S. 86-88.

Sichtweisen stimmen deshalb zumindest darin überein, dass es simplistisch und falsch wäre, zwischen Nationalsozialismus und Kapitalismus eine *Identität* anzunehmen, bei der der NS-Staatsapparat als ausführendes Instrument der herrschenden Klasse der extremsten Teile des Monopolkapitals fungierte. In der Tat wurde selbst in der DDR die vormals strenge instrumentalistische Linie etwas aufgeweicht, auch wenn die dortigen Historiker keineswegs von der Vorstellung Abstand nahmen, dass «letzten Endes» die ökonomische Basis – die Interessen der Monopolbourgeoisie – den politischen Handlungsverlauf bestimme.

Bei jeder dieser marxistischen Interpretationen stellt sich daher die Frage: Welches Gewicht lässt sich dem Konzept der «relativen Autonomie» als erklärendem Faktor beimessen, wenn es um das Verständnis der Entwicklung der NS-Politik und des Verhältnisses von Nationalsozialismus und Kapitalismus geht? Darin sind eine Reihe weiterer Probleme enthalten, die von marxistischen Analysen aufgeworfen werden und von denen einige mehr empirischer Natur sind. Gestehen marxistische Interpretationen zum Beispiel den ideologischen Zielen der Nazis genügend Bedeutung zu? Laufen sie, selbst wenn sie von einer «relativen Autonomie» des Staates ausgehen, nicht Gefahr, den «Faktor Hitler» stark zu unterschätzen – nicht nur Hitlers (wie auch immer definierte) eigentliche Exekutivrolle, sondern auch seine funktionale Stellung als integrierendes Element und als charismatischer Brennpunkt der von den Volksmassen ausgehenden Unterstützung? Neigen im letzteren Falle marxistische Analysen nicht dazu, die unbestrittene Bedeutung des grosskapitalistischen Blocks übermässig stark herauszustellen und andere Machtblöcke entsprechend unterzubewerten – insbesondere die Heeresleitung, die Partei mit ihrer Massenbasis und das sich rasch entwickelnde Machtzentrum im SS/Gestapoapparat? Schenken sie den im Laufe der Zeit eintretenden Veränderungen in den Beziehungen zwischen Nationalsozialismus und der industriellen Elite sowie der Vielschichtigkeit des Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses im Dritten Reich genügend Aufmerksamkeit? (Poulantzas' geschichtliche Behandlung der Zeit der Diktatur in Deutschland enthält zum Beispiel einige ernste empirische Mängel, die seine Periodisierung entwerten und seine theoretischen Schlussfolgerungen stark gefährden.)²⁴ Und trennen marxistische Analysen

24 Siehe Caplan, S. 87 ff.

in Bezug auf Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse deutlich zwischen Richtung, Einfluss und Ausführung – eine wichtige Unterscheidung, nicht zuletzt bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen – oder neigen sie dazu, eine teilweise Übereinstimmung der Ziele schon mit Einfluss gleichzusetzen? Und als letzter Punkt: Unterschätzen oder ignorieren marxistische Theorien – selbst wenn sie davon ausgehen, dass aussergewöhnliche Formen des Kapitalismus (Sohn-Rethel) unter einer aussergewöhnlichen kapitalistischen Staatsform (Poulantzas) bestanden –, in welchem Masse der Nationalsozialismus für eine zunehmende Organisation der Wirtschaft sorgte – ein Umstand, der wenig mit klassischem Kapitalismus zu tun hat und in den Augen mancher Experten²⁵ in Richtung einer nachkapitalistischen Wirtschaft weist?

Die folgende Einschätzung und Interpretation versucht, einige dieser kritischen Fragen zu berücksichtigen und daneben die Probleme in Betracht zu ziehen, die von «liberalen» Theorieansätzen zum «Primat der Politik» aufgeworfen werden.

Auswertung

Ein Ausgangspunkt der Analyse ist die Frage, ob die Polarisierung in «Primat der Politik» auf der einen und «Primat der Wirtschaft» auf der anderen Seite nicht einer stark übertriebenen Vereinfachung einer komplexen strukturellen Wechselbeziehung zwischen der Politik des NS-Staates und den Interessen des deutschen Kapitals gleichkommt. Die Reduzierung der Alternativen auf «Politik» und «Wirtschaft» engt den Begriff der «Politik» in unzulässiger Weise ein und geht von einer kruden und irreführenden Dichotomie zwischen «Staat» und «Gesellschaft» aus. Spätere Forschungsarbeiten zur NS-Wirtschaft lassen hingegen tendenziell darauf schliessen, dass die eng miteinander verknüpften Ziele und Interessen der Naziführung und des deutschen Kapitals sich aufeinander auswirkten und gegenseitig beein-

25 Zum Beispiel Winkler, *Revolution* (siehe Kapitel 2 Anmerkung 13), S. 100, 154 Anmerkung 90; Saage, *Faschismustheorien* (siehe Kapitel 2 Anmerkung 33), S. 72-73; Gert Schäfer, «Ökonomische Bedingungen des Faschismus», *Blätter für deutsche und internationale Politik* 15 (1970), S. 1260ff; Alan S. Milward, «Fascism and the Economy», in Laqueur (siehe Kapitel 2 Anmerkung 12), S. 435, 443-444.

flussten, sodass es schwerfällt, einen spezifisch «politischen» und einen spezifisch «ökonomischen» Bereich herauszulösen, und man deshalb auch kaum von einem «Primat» reden kann. Mit William Carrs Worten ausgedrückt, sind «in der Aussenpolitik eines Landes ideologische, strategische und ökonomische Faktoren zu eng miteinander verflochten, als dass man sie fein säuberlich voneinander trennen könnte»²⁶, während Hans-Erich Volkmann die Frage nach dem «Primat» offen als inzwischen überflüssig zurückweist.²⁷ Volkmann spricht stattdessen lieber von einer «weitgehende[n] Interessenkongruenz» von Staat und Grossindustrie, von einer (partiellen) «Interessenidentität von Wirtschaft und Nationalsozialismus», von einer so engen Aneinanderkettung von Politik und Wirtschaft im NS-Staat, dass sie als «Zwangside[n]tität» bezeichnet werden könne. Des Weiteren redet er von einer «Verflechtung» der politisch-ökonomischen Substruktur und von einer «wechselseitigen Abhängigkeit von politischer Führung und Industrie» auch während des Krieges. Ebensovienig entwickelte sich seiner Ansicht nach aus dem Umstand, dass die deutschen Wirtschaftseliten mit den Nazis seit der Jahreswende 1932/33 «gemeinsame Sache» machten, nach 1936 ein «Primat der Politik».²⁸ Vielmehr hätten sich der Staat und die führenden Industriesektoren noch enger als vorher zusammengeschlossen, so dass vor dem und besonders im Krieg die Initiative, Verantwortung und Verwaltungsaufsicht über das Funktionieren der Wirtschaft an die Privatindustrie übergegangen sei – und damit auch ein umfangreicher Einfluss auf politische und militärische Entscheidungen, die untrennbar mit der Wirtschaft verbunden waren. Dieser Interpretation zufolge verwischten sich daher in zunehmendem Masse die Grenzen zwischen der staatlichen Wirtschaftsverwaltung und dem Bereich der Privatwirtschaft. Im Unterschied zum Standpunkt der DDR-Historiker ist Volkmann der Auffassung, dass das Naziregime nicht vom deutschen Kapital eingesetzt worden sei, um Deutschlands Wirtschaft durch territoriale Expansion auf Befehl der deutschen Industrie auszuweiten. Dennoch hätten es die Nazis, als sie erst einmal an der Macht waren, nicht nötig

26 William Carr, *Arms, Autarky, and Aggression* (London ²1979), S. 65.

27 Hans-Erich Volkmann, «Politik, Wirtschaft und Aufrüstung unter dem Nationalsozialismus», in Manfred Funke (Hg.), *Hitler, Deutschland und die Mächte* (Düsseldorf 1978), S. 279, 289.

28 Volkmann, «Politik, Wirtschaft und Aufrüstung», S. 273, 279-280, 289.

gehabt, auch die Wirtschaft ihren politischen Forderungen zu unterwerfen. Vielmehr stellten sich «die führenden deutschen Wirtschaftskreise in den Dienst der machtpolitischen Intentionen der deutschen faschistischen Regierung [...], um dieserart zu einem geschlossenen, von weltwirtschaftlichen Wechselfällen weitgehend unabhängigen Wirtschaftsraum Europa zu gelangen, in dem ein hohes Mass an Autarkie zu realisieren war»²⁹.

Eine solche Argumentation ist meines Erachtens einleuchtend und überzeugend. Doch wie Volkmanns Hinweis, die Wirtschaft habe «im Dienst» der politischen Intentionen des Regimes funktioniert, stillschweigend zuzugestehen scheint, hat man, wenn man von einer wechselseitigen Abhängigkeit und Interessenverwandtschaft ausgeht, immer noch keine Erklärung für die eigenartige Stosskraft, Dynamik und Art der NS-Politik. Zweifellos bestand das durch das Aufrüstungs- und Expansionsprogramm zementierte Bündnis zwischen der Naziführung und dem militärisch-industriellen Komplex bis in die Endphase des Dritten Reiches hinein, und beide Seiten sahen sich dabei immer stärker an die Logik der von ihnen in Gang gesetzten Entwicklung gebunden. Dennoch könnte man sagen, dass sich das Gewicht innerhalb dieses «Bündnisses» langsam, aber unaufhaltsam zugunsten der Naziführung verschob, so dass schliesslich an den entscheidenden Schnittpunkten der Entwicklung im Dritten Reich die politischen und ideologischen Forderungen der Naziführer bei politischen Entscheidungen eine zunehmend dominierende Rolle spielten. In der Tat scheint die letzten Endes selbstzerstörerische irrationale Eigendynamik des Naziregimes nur auf der Grundlage folgender Prämisse erklärbar zu sein: Je rascher das Regime ausser Kontrolle geriet und dem Abgrund zustrebte, desto mehr wurden politisch-ideologische Initiativen möglich, die mit dem Potential des sozioökonomischen Systems, sich zu reproduzieren, nicht in Einklang standen und es letztlich direkt zerstörten.

Um diesen Prozess zu verstehen, muss man die Stellung und Rolle der «Grosswirtschaft» * im Rahmen der komplexen und sich verändernden

29 Volkmann, «Politik, Wirtschaft und Aufrüstung», S. 290-291; Hans-Erich Volkmann, «Zum Verhältnis von Grosswirtschaft und NS-Regime im Zweiten Weltkrieg», in Karl Dietrich Bracher u.a. (Hg.), *Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945 – Eine Bilanz* (Bonn 1983), S. 480-508.

* Unter «Grosswirtschaft» fasst Volkmann die grossen Unternehmen, Interessenverbände und Organisationen der Industrie zusammen, nicht jedoch die Grossbanken und Grossagrarier. – Anm. d. Übers.

multidimensionalen («polykratischen») Machtstrukturen im Dritten Reich bestimmen. Dazu ist es unbedingt erforderlich, sich von Teilungen zu lösen: vom «Totalitarismus»-Modell, bei dem von einer zentralisierten Kommandowirtschaft und einem moholithischen Staat in den Händen Hitlers und einer Clique von Naziführern ausgegangen wird, und von jenem anderen, beinahe ebenso monolithischen Modell, das den NS-Staat als unmittelbaren Repräsentanten und aggressivste Form der Herrschaft des Finanzkapitals betrachtet. Weit erhellender ist als interpretatives Konzept ein Gedanke, der zuerst von Franz Neumann formuliert und später von Peter Hüttenberger erweitert und weiterentwickelt worden ist: Er sieht im Naziregime einen ungeschriebenen «Pakt» (beziehungsweise eine «Allianz») zwischen verschiedenen, aber wechselseitig abhängigen Blöcken in einem «Machtkartell»³⁰. Dieses Kartell war anfangs ein Dreieck, bestehend aus dem Naziblock (der die verschiedenen Teile der Nazibewegung umfasst), der «Grosswirtschaft» (einschliesslich der Grossgrundbesitzer) und der Reichswehr. Ab etwa 1936 kam, so könnte man sagen, eine vierte Gruppierung hinzu, da der Naziblock selbst in zwei Teile zerfiel: in die eigentliche Parteiorganisation und in den immer mächtiger werdenden SS/SD/Gestapo-Komplex.³¹ Wenn die Blöcke innerhalb des «Machtkartells» auch bis zum Ende des Dritten Reiches intakt blieben und ihre wechselseitige Abhängigkeit fort-dauerte, so änderte sich doch im Laufe der Diktatur ihr gegenseitiges Verhältnis und ihr Gewicht innerhalb des «Kartells». Grob gesagt ging die Veränderung in Richtung einer Erweiterung der Macht des Naziblocks, insbesondere des SS/SD/Gestapo-Komplexes, und einer entsprechenden – wenn auch niemals auf Bedeutungslosigkeit oder völlige Unterwerfung hinauslaufenden – Schwächung der relativen Position der «Grosswirtschaft» und der Wehrmachtsführung innerhalb des «Kartells».

Der «Pakt» von 1933 basierte auf den gemeinsamen Interessen – aber nicht auf völliger Übereinstimmung – von Naziblock, «Grosswirtschaft» und Reichswehr [die 1935 in «Wehrmacht» umbenannt wurde – Anm. d. Übers.]. Das Bündnis zwischen Nationalsozialismus und Reichswehr gab den neuen Naziherrschern freie Hand bei der radikalen Umorganisation

30 Neumann (siehe Kapitel 2 Anmerkung 5); Peter Hüttenberger, «Nationalsozialistische Polykratie» *GG 2* (1976), S. 417-442.

31 Hüttenberger, S. 423 ff, 432ff.

der innenpolitischen Ordnung in Deutschland, und im Gegenzug wurde die Reichswehr/Wehrmacht als «die wichtigste Institution im Staate» anerkannt und erhielt ein umfassendes Aufrüstungsprogramm zugesichert, das Zielen entsprach, die die Reichswehr schon zu Weimarer Zeiten sehnlichst angestrebt hatte.³² Die massive Aufrüstung wurde zum Hauptkatalysator, der die dynamische Verschmelzung der Interessen der Wehrmacht, Industrie und Naziführung sicherstellte.³³ Anfangs war das deutsche Grosskapital, das in sich gespalten war und zum Teil widersprüchliche wirtschaftliche Zielvorstellungen hatte, alles andere als völlig – oder einstimmig – begeistert darüber, dass der Aufrüstung absolute Priorität gegeben werden sollte.³⁴ Doch entstand dann dadurch, dass die Linke zerschlagen wurde, die Industrie freie Hand bekam, die industriellen Beziehungen neu geordnet wurden und sich ganz allgemein ein neues politisches Klima entwickelte, die Grundlage für eine positive Beziehung zwischen der Naziregierung und dem «Grosskapital» (beziehungsweise der «Grosswirtschaft»). Und diese Beziehung festigte sich durch den Auftrieb, den die Wirtschaft durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm bekam, und dann in zunehmendem Masse auch durch die enormen Profite, die der Rüstungsboom abwarf.

Obwohl der Naziblock das dynamische Element innerhalb des «Machtkartells» bildete, war er in den Anfangsjahren der Diktatur in einer relativ schwachen Position, da er weder über die wirtschaftliche Produktion noch über die militärische Macht eine direkte Kontrolle besass. Die Stärke der «Partner» des Nationalsozialismus spiegelte sich in dem Druck, der im Juni 1934 dazu führte, dass die Bedrohung, die von der SA auf die etablierte Ordnung ausging, beseitigt wurde. Zudem bedeuteten die ersten wirtschaftlichen Schwierigkeiten, denen sich das Regime Mitte 1934 gegenüberübersah und die durch die wirtschaftlichen Reaktionen des Auslandes auf die anti jüdischen Massnahmen noch verschärft wurden, dass zu dieser Zeit

32 Siehe Wilhelm Deist, *The Wehrmacht and German Rearmament* (London 1981), S. 21 ff.

33 Siehe Dieter Petzina, «Hauptprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik», *VfZ* 15 (1967), S. 50, und in neuerer Zeit Hans-Erich Volkmanns Beitrag in Wilhelm Deist u.a., *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Band 2 (Stuttgart 1979), S. 208 ff.

34 Siehe Michael Geyer, «Etudes in Political History: Reichswehr, NSDAP, and the Seizure of Power», in Stachura (siehe Anmerkung 1), S. 114.

der Spielraum des Regimes sowohl von wirtschaftlichen als auch von streng politischen Faktoren her eng begrenzt war.

Unter diesen Umständen stand fest, dass die «Grosswirtschaft» innerhalb des «Machtkartells» eine relativ starke «Verhandlungsposition» besass. Diese spiegelte sich in der Stellung von Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, der ab 1934 als Wirtschaftsminister einer der mächtigsten Männer im NS-Staat war. Doch die Schlüsselposition, die Schacht mit der Kontrolle des Aussen- und Devisenhandels – und damit des für die Rüstungsindustrie so wichtigen Rohstoffimports – innehatte, war eine offensichtliche und potentiell ernste Konfliktquelle, da damit Eingriffe in einen Bereich – Rüstungspolitik – verbunden waren, der nicht nur bei Hitler und der Naziführung im Mittelpunkt des Interesses stand, sondern auch bei der Wehrmacht und bei bedeutenden und einflussreichen Teilen der Industrie (vor allem der elektrochemischen Lobby um die IG Farben).³⁵ So kam es, dass Schacht nach und nach nur noch einen – und, wie sich herausstellte, nicht den stärksten – Flügel der Industrie repräsentierte, dem es darauf ankam, Deutschlands internationale Handelsposition zu verbessern, während er gleichzeitig die Unterstützung jener immer mächtiger werdenden industriellen Gruppierung verlor, die sich für eine Autarkiepolitik einsetzte und von einer solchen Politik auch den meisten Gewinn zu erwarten hatte. Unmerklich zuerst, aber doch unaufhaltsam, schwand Schachts Macht. Und als dann die in der NS-Wirtschaft immanent vorhandenen Spannungen zwischen den Erfordernissen der Aufrüstung und denen des Konsums im Frühling und Sommer 1936 zu einer vollen Krise aufbrachen, hatten sich daher die Machtbeziehungen innerhalb des ursprünglichen «Kartells» bereits zu verändern begonnen. Der innerhalb der «Grosswirtschaft» bestehende Konflikt zwischen denen, die Schachts Ansicht unterstützten, und jenen, die – mit offenkundigen Folgen für die Innen- und vor allem die Aussenpolitik – auf eine beschleunigte Autarkiepolitik drängten, hatte, so kann man sagen, die Stellung der Industrie als ganzer (zumindest vorübergehend) geschwächt. Mittlerweile besass die Naziführung – und besonders Hitler – eine sehr viel stärkere Position als 1933, und durch eine erfolgreiche Meisterung der Krise sollte der Naziblock

35 Siehe Hüttenberger, S. 433. Zur IG Farben siehe die massgebende Untersuchung von Peter Hayes, *Industry and Ideology: IG Farben in the Nazi Era* (Cambridge 1987).

innerhalb der gesamten Machtkonstellation im Dritten Reich noch weiter gestärkt werden.³⁶

Die Lösung der unmittelbaren Krise bestand – auch wenn sich daraus für die Zukunft massive Wirtschaftsprobleme für das Regime ergeben sollten – in der Einführung des Vierjahresplanes, der auf dem Parteitag im September 1936 bekanntgegeben wurde und Deutschland auf eine beschleunigte Aufrüstungs- und Autarkiepolitik festlegte, die zur Vorbereitung des Krieges diente. Es war eine Entscheidung, bei der Politik und Wirtschaft, Ideologie und materielle Interessen untrennbar miteinander verknüpft waren.

Hitlers geheime Denkschrift, die den Vierjahresplan rechtfertigte – und bezeichnenderweise nur Göring, Blomberg und (viel später) Speer, aber nicht Schacht überreicht wurde –, liest sich wie ein klarer Beweis für den «Primat der Politik»: Es wird darin betont, dass «das Volk [...] nicht für die Wirtschaft» lebe, sondern dass «die Wirtschaft, die Wirtschaftsführer und alle Theorien [...] ausschliesslich diesem Selbstbehauptungskampf unseres Volkes zu dienen» hätten.³⁷ Doch ist zu Recht darauf hingewiesen worden, Hitlers Eingreifen sei «nicht in erster Linie als launenhafte Einmischung eines ruhelosen Diktators in wirtschaftliche Angelegenheiten» zu sehen.³⁸ Vielmehr stand Hitlers Memorandum am Ende eines Prozesses, in dessen Verlauf es dem Chemiegiganten IG Farben, der durch die Schlüsselfigur Göring insbesondere mit dem Luftwaffenministerium und der Partei eine Achse gebildet hatte, gelungen war, in der Wirtschaft die beherrschende Stellung einzunehmen. Die IG Farben hatte die technischen Details für den Vierjahresplan geliefert, und ihre obersten Führungskräfte waren an der Durchführung des Planes genauso eng beteiligt wie Staatsbeamte. Es wäre auch falsch zu glauben, die Industrie sei als Folge der Einführung des Planes unwiderruflich gespalten gewesen. Die Schwerindustrie erlitt nicht eine dauerhafte Niederlage, wie Mason meint³⁹, sondern einen vorübergehenden Rückschlag. Der 1937 gegen den erbitterten Widerstand der deutschen

36 Hüttenberger, S. 433-435.

37 «Denkschrift Hitlers über die Aufgaben eines Vierjahresplans», *VfZ* 3 (1955), S. 204-210, hier S. 206.

38 Carr, *Arms, Autarky, and Aggression*, S. VI.

39 Mason, «Primat», S. 483. Hüttenberger (S. 434) weist zu Recht darauf hin, dass der Autarkiekonflikt nicht zu einer Spaltung der politischen Position der «Grosswirtschaft» führte.

Stahlbarone erfolgte Aufbau des staatseigenen Stahlkonzerns «Reichswerke Hermann Göring» wird manchmal zu stark als Bedrohung interpretiert. Die hohen Produktionskosten des Stahlkonzerns hielten aber in Wirklichkeit die Stahlpreise oben. Und der Aufbau des Konzerns läutete keineswegs einen Angriff auf das Privateigentum ein, sondern fiel zeitlich mit einer grösseren «Reprivatisierungswelle» zusammen, zu der auch die Rückgabe der riesigen Vereinigten Stahlwerke in private Hände gehörte. Schliesslich wurde auch der Engpass in der Eisenproduktion, der durch den Aufbau der «Reichswerke» umgangen werden sollte, beseitigt, noch ehe diese die Produktion aufgenommen hatten.⁴⁰

Die Forschung hat daher viel zu einer Relativierung der Vorstellung beigetragen, der Vierjahresplan habe hinsichtlich des Einflusses der Industrie einen scharfen Einschnitt und den Durchbruch zu einem entschiedenen «Primat der Politik» dargestellt. Gleichwohl ist auch bemerkenswert, dass die wirtschaftliche Neuorientierung 1936 zuerst gegen den Wunsch von wichtigen Teilen der einst mächtigen Stahlindustrie durchgeführt wurde. Denn als Folge des Vierjahresplanes und der Auswechslung Schachts – an dessen Stelle Hermann Göring als die in der Wirtschaft dominierende Persönlichkeit trat – verringerten sich die Beschränkungen, die der Naziführung vom früheren «wirtschaftlichen Establishment» auferlegt worden waren, stark. Im Übrigen brachte 1937 die Gründung der Hermann-Göring-Werke – auch wenn diese, langfristig gesehen, für die Privatindustrie keine Bedrohung darstellten – doch immerhin, wie Petzina aufgezeigt hat, zum Ausdruck, «dass sich privatindustrielle Interessen nicht automatisch mit den Interessen des Regimes deckten und im Konfliktfall das Regime sich nicht scheute, seine Ziele auch gegen den Widerstand von Teilen der Schwerindustrie zu verwirklichen»⁴¹. Milward meint dazu, «nichts könnte

40 George W.F. Hallgarten und Joachim Radkau, *Deutsche Industrie und Politik, von Bismarck bis in die Gegenwart* (Reinbek 1981), S. 255-258; siehe auch Petzina, *Autarkiepolitik*, S. 104 ff.

41 Petzina, *Autarkiepolitik*, S. 105. Zur wirtschaftlichen Entwicklung der «Reichswerke Hermann Göring» siehe Richard J. Overy, «Göring's 'Multi-national Empire'», in Alice Teichova und P. L. Cottrell (Hg.), *International Business and Central Europe, 1918-1939* (Leicester 1983), S. 269-298. Und zu den Umständen ihrer Gründung siehe Richard J. Overy, «Heavy Industry and the State in Nazi Germany: The Reichswerke Crisis», *European History Quarterly* 15 (1985), s. 313-340.

deutlicher zeigen, dass die Naziregierung – so wohlgesonnen sie auch der Geschäftswelt gegenüber war und so abhängig sie auch von ihr war – ihre eigenen Interessen hatte und auch bereit war, ihnen nachzugehen»⁴².

Die erfolgreiche Bewältigung der Krise von 1936 verschaffte der Nazi-führung innerhalb des «Machtkartells» eine stärkere Position, die es ihr bei der Formulierung der Politik ermöglichte, ideologischen Überlegungen einen stärkeren Vorrang und mehr Raum zu geben. Dies war vor allem der Fall im Bereich der Aussenpolitik, in dem das Auswärtige Amt einen Teil seiner traditionellen Autorität eingebüsst hatte, und im Bereich der strategisch-militärischen Planung, in dem die Wehrmacht genauso an Einfluss verloren hatte. Anfang 1938 war der Block aus SS, SD und Gestapo dann sogar stark genug, um die Stellung der Wehrmacht noch weiter zu schwächen: Indem er die Blomberg-Fritsch-Affäre anzettelte, die für die Wehrmacht zum symbolischen Wendepunkt wurde auf ihrem Weg von einer politisch-gesellschaftlichen Macht zu einer rein funktionellen Elite.⁴³ Sicherlich ist der Einfluss, den führende Wirtschaftskreise gegen Ende der dreissiger Jahre und auch schon früher auf die deutsche Aussenpolitik hatten, häufig unterschätzt worden.⁴⁴ Und es ist auch klar, dass die deutsche Expansion nach Österreich und in die Tschechoslowakei hinein sowohl wirtschaftlich als auch strategisch gesehen ein logischer und notwendiger Schritt war. Deutsche Firmen zogen aus dieser Expansion einen enormen Nutzen, genauso wie einige grössere Konzerne 1938 sehr stark von der «Arisierung» der Wirtschaft profitierten. Ideologische, strategische und wirtschaftliche Interessen gingen immer noch Hand in Hand. Doch gewann dann eine risikoreiche Politik zunehmend an Auftrieb, bei der die unaufhaltbare Eigendynamik des Rüstungswettlaufs, der an den ideologischen Expansionismus der Naziführung gekoppelt war, den Rahmen prägte, in dem wirtschaftliche Interessen zum Zuge kamen.

Im Gefolge der ab 1936 mit grossen Anstrengungen betriebenen Aufrüstungspolitik häuften sich Deutschlands Wirtschaftsprobleme in alarmierender Weise: Es kam zu chronischem Mangel an Devisen, Rohstoffen und

42 Milward, «Fascism and the Economy», S. 434.

43 Siehe Hüttenberger, S. 435, sowie Klaus-Jürgen Müller, *Armee, Politik und Gesellschaft in Deutschland 1933-1945* (Paderborn 1979), S. 39-47.

44 Siehe Hallgarten und Radkau, Teil II, Kapitel 3-4.

Arbeitskräften, zu Überlastungen, Engpässen, Zahlungsbilanzproblemen und inflationären Tendenzen. Expansion als einzige Lösung für Deutschlands sonst düstere wirtschaftliche Aussichten war ein Hauptthema der Rede, die Hitler im November 1937 vor der Wehrmachtsführung hielt.⁴⁵ Hitler wiederholte seine Bemerkungen über die bedrohliche wirtschaftliche Lage in einer Ansprache an die Oberbefehlshaber der Wehrmacht im August 1939, als er, wenige Tage vor dem Angriff auf Polen, erklärte: «Wir haben nichts zu verlieren, nur zu gewinnen. Unsere wirtschaftliche Lage ist infolge unserer Einschränkungen so, dass wir nur noch wenige Jahre durchhalten können. [...] Uns bleibt nichts anderes übrig, wir müssen handeln.»⁴⁶ Die vernichtenden Prognosen über Deutschlands wirtschaftliche Zukunft ohne Expansion waren Hitler von Göring zugetragen worden. Sie kamen aber von allen Seiten der Industrie, der Agrarwirtschaft und den Wehrwirtschaftsinspektionen. Aber wenn sich auch starke Anhaltspunkte für diese wachsende Wirtschaftskrise finden, so lassen sich doch nur schwache Hinweise dafür entdecken, dass wirtschaftliche Zwänge eine für den Zeitpunkt oder die Ursachen des Kriegsausbruches entscheidende Rolle gespielt hätten. Strategische Überlegungen kamen an erster Stelle, während die zunehmend kritischere wirtschaftliche Lage, die selbst in nicht geringem Masse durch die politisch-ideologischen Prämissen des Regimes bedingt war, anscheinend hauptsächlich insofern eine Rolle spielte, als sie Hitler in seiner Ansicht bestärkte, dass seine ursprüngliche Diagnose über die Notlage Deutschlands richtig gewesen sei und man keine Zeit mehr zu verlieren habe.⁴⁷ Das aggressivste, auf eine Expansion drängende Geschrei ging zu

45 *Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof [Internationales Militärtribunal (IMT)]* (Nürnberg 1947-1949), Band 25, Dokument 386 – PS, S. 402-413. Zum «Hossbach-Memorandum» siehe auch Jonathan Wright and Paul Stanford, «Hitler, Britain and the Hossbach Memorandum», *MGM* 42 (1987), S. 77-123. Eine gekürzte Fassung des Artikels findet sich in *History Today* (März 1988), S. n-17.

46 *IMT*, Band 26, Dokument 798 – PS, S. 338 ff, hier S. 340.

47 Carr, *Arms, Autarky, and Aggression*, S. 65. Eine Zusammenfassung der Belege für die Wirtschaftskrise liefert Timothy W. Mason, «Innere Krise und Angriffskrieg 1938/1939», in F.Forstmeier und H.-E. Volkmann (Hg.), *Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges* (Düsseldorf 1975), S. 158-188. Er betont darin, dass der entscheidende Faktor für den Zeitpunkt des Kriegsausbruches die innere Krise gewesen sei. Zur Kritik dieser Auffassung und modifizierenden Bemerkungen siehe

dieser Zeit zweifellos von Kreisen des «Grosskapitals» aus – darunter (und keineswegs als Einzelfall) die imperialistischen Forderungen des IG-Farben-Chefs Carl Krauch. Gemessen an Österreich und der Tschechoslowakei hatte der Angriff auf Polen, wie Radkau bemerkt, «mit den Hauptlinien der Konzerninteressen allerdings vergleichsweise wenig zu tun», und allgemein kann man sagen, «dass der Osten für das Kapital weit weniger reizvoll war als etwa der Südosten».⁴⁸ Das hinderte deutsche Firmen natürlich nicht im Geringsten daran, von der rücksichtslosen Ausbeutung des eroberten Polens enorm zu profitieren.

Auch während des Krieges griffen wirtschaftliche, ideologische und militärstrategische Faktoren weiterhin untrennbar ineinander und prägten zusammen die Art und Weise der deutschen Aggression. Da die Verfügbarkeit und Verteilung von Rohstoffen und Arbeitskräften ein ständiges Problem bildeten, liess sich bei der politischen Willensbildung die Stimme der Führer der wichtigsten Kriegsindustrien nicht ignorieren. Angesichts der speziellen Entwicklung des deutschen Kapitalismus gerade seit 1936 war der imperialistische Ausplünderungskrieg eine logische Notwendigkeit und wurde immer mehr zur einzig verfügbaren Möglichkeit.⁴⁹ So war die deutsche Industrie strukturell in jene politischen Entscheidungen verwickelt, die in einer Zerstörung und Unmenschlichkeit gipfelten, die es in diesem Ausmass in Europa noch nie gegeben hatte.

Ludolf Herbst, «Die Krise des nationalsozialistischen Regimes am Vorabend des Zweiten Weltkrieges und die forcierte Aufrüstung. Eine Kritik», *VfZ* 26 (1978), S. 347-392; Heinrich August Winkler, «Vom Mythos der Volksgemeinschaft», *AfS* 17 (1977), S. 488-489; Jost Dülffer, «Der Beginn des Krieges 1939: Hitler, die innere Krise und das Mächtesystem», *GG* 2 (1976), S. 443-470; Milward, «Fascism and the Economy», S. 437; und Richard J. Overy, «Hitler's War and the German Economy: A Reinterpretation», *ECHR* 35 (1982), S. 272-291, sowie seinen neueren Artikel «Germany, 'Domestic Crisis' and War in 1939», *Past and Present* 116 (1987), S. 138-168, auf den Tim Mason mit einer heftigen Replik antwortete. Dieser und weitere Beiträge von Richard Overy und David Kaiser zur «Debatte» finden sich in *Past and Present* 122 (1989), S. 200-240.

48 Hallgarten und Radkau, S. 302-303, 366-368.

49 Dass der Blitzkrieg die einzig mögliche Strategie war, die Deutschland zur Verfügung stand, betont Alan S. Milward, «Der Einfluss ökonomischer und nicht-ökonomischer Faktoren auf die Strategie des Blitzkriegs», in Forstmeier und Volkmann, S. 189-201, hier besonders S. 200-201. Overy verwirft in seinen Aufsätzen «Hitler's War» (siehe Anmerkung 47) und «Blitzkriegswirtschaft», *VfZ* 36 (1988), S. 379-435, Vorstellungen von einer «Blitzkriegswirtschaft» völlig.

Man muss allerdings zwischen der Wirtschaft als strukturellem, den Verlauf und Charakter der Aggression entscheidend mitprägendem Faktor einerseits und den speziellen Bedürfnissen und erkannten Interessen bestimmter Gruppen innerhalb der Wirtschaft andererseits unterscheiden. Die Betonung des «Primats der Politik» konzentriert sich, in vielen Fällen ziemlich vereinfachend und irreführend, allein auf die Frage, ob Entscheidungen im Dritten Reich unmittelbar im Interesse deutscher Kapitalisten gefällt worden seien. Diese Argumentationsweise ist im Wesentlichen kaum mehr als ein oberflächlicher Angriff auf naive Versionen der instrumentalistischen «Agententheorie», die in den Naziführern Marionetten des «Grosskapitals» sieht. Die Wirklichkeit war etwas komplexer, wie etwa der Beschluss, in die Sowjetunion einzumarschieren, veranschaulicht.

Auch bei diesem Beschluss lässt sich die ideologische Motivation kaum als autonomer Faktor von Fragen militärstrategischer und wirtschaftlicher Erfordernisse trennen. Man macht es sich zu einfach, wenn man bei der Erklärung der Gründe für den 1941 erfolgten Einmarsch in die Sowjetunion nicht weiter als bis zu Hitlers ideologischen Zwangsvorstellungen sieht – so wichtig diese auch gewesen sein mögen. Fraglos war die entsetzliche Brutalität des «Vernichtungskrieges» im Osten eine Folge des ideologischen Hasses auf den «jüdischen Bolschewismus», mit dem die Deutschen unter dem Naziregime jahrelang indoktriniert worden waren. Doch – und auf diesen Punkt werden wir in einem späteren Kapitel zurückkommen – strategische Überlegungen, die sich um den noch nicht beendeten Krieg im Westen und dabei vor allem um die Aussichten eines Kampfes gegen die USA drehten, spielten bei dem, was Hitler, die NS- und die militärische Führung 1940/41 über die Sowjetunion dachten, gleichfalls eine entscheidende Rolle. Und nicht zuletzt gab es noch die wirtschaftliche Dimension. Da Deutschland von Rohstoffen aus der Sowjetunion abhängig war und da die auf den nationalsozialistisch-sowjetischen Pakt von 1939 folgende sowjetische Expansion in Ost- und Südosteuropa die Getreide- und vor allem Öllieferungen ernsthaft bedrohte, waren die gesamten deutschen Kriegsanstrengungen gefährdet, wenn die Sowjetunion unerobert blieb. Der Gedanke, die sowjetische Luftwaffe könne die lebenswichtigen rumänischen Ölfelder, die mehr als die Hälfte des deutschen Nachschubs lieferten, zerstören, gab den Ausschlag. So erklärte Hitler seinen Generälen im Januar 1941: «Im Zeitalter der Luftwaffe aber kann von Russland [...] aus das ru-

mänische Ölgebiet in ein rauchendes Trümmerfeld verwandelt werden, und dieses Ölgebiet ist für die Achse lebenswichtig.»⁵⁰

Die wirtschaftliche Dimension spielt also bei der Entscheidung über militärstrategische Fragen offensichtlich eine wichtige Rolle, doch stimmt sie deshalb noch nicht unbedingt mit den anerkannten Bedürfnissen der deutschen Industriellen überein. Joachim Radkau, ein linksgerichteter westdeutscher Historiker, erklärt aufgrund einer detaillierten Untersuchung zugänglicher Quellen, dass anders, als man es erwarten sollte, es kaum Belege dafür gebe, dass bei der Vorbereitung des Angriffs auf die Sowjetunion die Interessen der Nazis und des «Grosskapitals» völlig identisch gewesen seien: «Ungeachtet des ideologischen Antikommunismus lässt sich in den praktischen Wünschen und Empfehlungen der Wirtschaft im Allgemeinen durchaus keine Feindseligkeit gegen Sowjetrußland erkennen, häufig sogar ein Bestreben nach Verbesserung der Beziehungen. Bei der Vorbereitung des Stalin-Hitler-Paktes spielte die Wirtschaft viel deutlicher eine vorwärtstreibende Rolle als bei der Vorbereitung des Angriffes auf die Sowjetunion.» In den zwanziger und frühen dreissiger Jahren war – nicht zuletzt für die Schwerindustrie – der Handel mit Russland wichtig gewesen, und die von Radkau zusammengetragenen Belege deuten – wenn auch nicht unisono – darauf hin, dass einige herausragende Teile der Industrie eher auf eine Wiederbelebung der wirtschaftlichen Beziehungen als auf die ideologisch motivierte Zerschlagung der Sowjetunion hofften und dass viele Industrielle von den Investitionsrisiken und den Gewinnen, die voraussichtlich aus dem neueroberten «Lebensraum» zu ziehen sein würden, nicht gerade angetan waren.⁵¹ Doch schränkten derartige Ansichten wiederum in keiner Weise die Bereitschaft der Industrie ein, sowohl die menschlichen als auch die materiellen Ressourcen der besetzten Gebiete auf die barbarischste Weise auszubeuten. Ausserdem hinkten solche Ansichten hinter der unaufhaltbaren – wirtschaftlichen wie militärischen – Dynamik des Nazikrieges her. Die in Deutschland dominierenden Wirtschaftskräfte stimmten mit diesen Kriegsanstrengungen vollständig überein. Die Mitarbeit der übrigen war dadurch sichergestellt, dass es aus dem Gang der Ereignisse, den sie selbst initiiert und gefördert hatten, kein Entrinnen gab: Sie waren

50 *IMT*, Band 34, S. 469; siehe ebenso Hallgarten und Radkau, S. 309.

51 Hallgarten und Radkau, S. 38311. Siehe auch Winkler, *Revolution*, S. 99, 153-154, Anmerkung 89.

darauf festgelegt, mit dem Naziregime zusammen zu gedeihen oder unterzugehen.

Als schlagendes Argument haben diejenigen, die einen «Primat-der-Politik»-Ansatz vertreten, bislang immer die Vernichtung der Juden ins Feld geführt, denn diese spricht auf den ersten Blick ganz offensichtlich gegen die Annahme, dass hinter der Nazipolitik die Interessen des «Grosskapitals» steckten. Tatsächlich erklärte das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete schon im Herbst 1941 ausdrücklich: «Wirtschaftliche Belange sollen bei der Regelung des [Juden-]Problems grundsätzlich unberücksichtigt bleiben.»⁵² Und Mason weist in seinem Aufsatz über den «Primat der Politik» darauf hin, dass sich «unter den ersten polnischen Juden, die in den Vernichtungslagern vergast wurden, [...] Tausende von gelernten Metallarbeitern aus polnischen Rüstungsbetrieben» befanden.⁵³

Es war kaum mit «rationalen» Wirtschaftsinteressen zu vereinbaren, dass knappe Transportmittel dazu eingesetzt wurden, menschliche «Fracht» zur sofortigen Vernichtung quer durch Europa zu transportieren – und das zu einer Zeit, als die deutsche Industrie dringend Arbeitskräfte benötigte. (Einige jüdische Arbeiter fanden allerdings fast bis zum Ende des Krieges Verwendung.) Wie wir in einem späteren Kapitel ausführlicher zeigen werden, würde es jedoch zu einer verzerrten Darstellung führen, wenn man die «Endlösung» aus dem materiellen und ideologischen Zusammenhang der komplexen Entwicklung, die nach Auschwitz führte, herauslösen wollte. Das «Grosskapital» stand frühen antijüdischen Massnahmen im NS-Staat gleichgültig gegenüber – ausser in den Fällen, in denen der deutsche Aussenhandel negative Reaktionen des Auslandes zu spüren bekam. Aus wirtschaftlichen Gründen kritisierte etwa Reichswirtschaftsminister Schacht 1935 die antijüdische «Boycottbewegung» und die wilden Terroraktionen gegen Juden.⁵⁴ Unter dem wachsenden Druck der Rüstungswirtschaft hatte das «Grosskapital» dann jedoch ein unmittelbares Interesse an der Aneignung jüdischen Kapitals und setzte sich Ende 1937 und 1938 stark

52 Zitiert nach Helmut Krausnick, «Judenverfolgung», in Hans Buchheim u.a. (Hg.), *Anatomie des SS-Staates*, Band 2 (Olten und Freiburg 1965), S. 377.

53 Mason, «Primat», S. 492.

54 Uwe Dietrich Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich* (Düsseldorf 1972), S. 123-124; Karl A. Schleunes, *The Twisted Road to Auschwitz. Nazi Policy toward German Jews, 1933-1939* (Urbana, Chicago und London 1970), S. 153 ff.

für die «Arisierung» jüdischer Konzerne ein.⁵⁵ Darüber hinaus folgte aus der – innerhalb der gesamten Machtstruktur des Regimes – zunehmenden Macht und Autonomie des SS/SD/Gestapo-Komplexes, der spätestens Ende 1938 die Kontrolle über die Durchführung der antijüdischen Politik erlangt hatte, dass anti jüdische Massnahmen nun eine rasch wachsende Eigendynamik bekamen. Angesichts der massiven Ausweitung der «jüdischen Frage» auf die besetzten Gebiete und angesichts der verwaltungsmässig nicht zu lösenden Art des «Problems» liess sich die innere Dynamik einer Entwicklung, die inzwischen folgerichtig nur noch mit der physischen Vernichtung enden konnte, nicht mehr kontrollieren. Doch auch noch in dieser Phase bestand jedenfalls kein Widerspruch zwischen der relativen Autonomie des SS-Apparates innerhalb des Regimes und den Interessen des deutschen Kapitals. In Deutschlands grösseren Industriekonzernen war man mehr als bereit, aus der Konzentrierung jüdischer Arbeitskräfte in den polnischen Gettos Nutzen zu ziehen, denn hier hatte man freie Hand für eine völlige Ausbeutung bei absolut minimalen Kosten. Ein eventueller «Materialverlust» war leicht zu verschmerzen in dieser Zeit der Expansion, in der eine reichliche Versorgung mit Sklaven zur Deckung des Bedarfs der gesamten deutschen Wirtschaft unmittelbar bevorzustehen schien.⁵⁶ Als dann der Kriegsverlauf – und mit ihm die Aussichten und Interessen der deutschen Industrie – eine dramatische Wendung genommen hatte, war die massenhafte physische Vernichtung der Juden bereits in vollem Gange und nicht mehr aufzuhalten – eine Vernichtung, die sich nach und nach als «Lösung» für den administrativen Alptraum herauskristallisiert hatte, zu dem es aufgrund des von den Naziherrschern selbstgeschaffenen «Problems» gekommen war.

Die Vernichtung der Juden war daher *letztlich* eine «Politik», die wirtschaftlicher Vernunft widersprach. Aber sie trat erst als Endphase eines Prozesses auf, der längere Zeit dem deutschen Kapital nicht zuwiderlief, und zwar selbst dort, wo er nicht direkt in dessen Interesse war. Die «Endlösung» wurde erst durch die Umstände des Krieges und brutale Eroberung

55 Schleunes, S. 159 ff; Helmut Genschei, *Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich* (Göttingen 1966), S. 222 ff.

56 Kurt Pätzold, «Von der Vertreibung zum Genozid. Zu den Ursachen, Triebkräften und Bedingungen der antijüdischen Politik des faschistischen deutschen Imperialismus», in Eichholtz und Gossweiler, *Faschismusforschung* (siehe Kapitel 1 Anmerkung 28), S. 181-208, hier S. 206-208.

möglich. Die besessene Beschäftigung mit der «jüdischen Frage» war im Wesentlichen eine Angelegenheit des Naziblocks innerhalb des «Machtkartells» des Dritten Reiches. Die anderen Machteliten zeigten allerdings keinerlei Bedenken, antijüdische Massnahmen mit durchzuführen zu helfen und aus ideologischen Zwangsvorstellungen politische Entscheidungen werden zu lassen. Schliesslich sorgten *alle* Teile des «Machtkartells» dafür, dass es zu dem brutalen Eroberungskrieg kam, der aus dem Genozid statt einer Wahnvorstellung eine erreichbare Realität machte.

Bis zum Schluss war die deutsche Industrie in die Ausplünderung, Ausbeutung und Zerstörung, die von den Nazis in den besetzten Gebieten betrieben wurde, verwickelt und ebenso daran beteiligt wie am dortigen Massenmord. Während bestimmte Gruppen innerhalb der Wehrmacht und der alten Aristokratie eine Entwicklung durchmachten, die von anfänglicher Reserviertheit hin zu offener Antipathie gegenüber dem NS-Regime ging und die schliesslich am 20. Juli 1944 im Anschlag auf Hitler gipfelte, waren industrielle Führungskräfte in Widerstandskreisen bezeichnenderweise nicht zu finden. Im letzten Kriegsjahr wurde es dann allerdings auch dem «Grosskapital» immer klarer, dass die sich abzeichnende völlige Zerstörung im Widerspruch zu jeglicher «rationaler» Wirtschaftspolitik stand. Dennoch war die Trennung zwischen dem radikalen Nihilismus des Naziblocks und den materiellen Interessen der deutschen Industrie erst in der letzten Phase des Krieges voll vorhanden, als das Regime in seinem Todeskampf wild um sich schlug. Zu einem symbolisch entscheidenden Moment kam es, wie Alan Milward bemerkt, im Januar 1944, «als der Führer Sauckels * unmögliche Pläne unterstützte, in jenem Jahr eine weitere Million Arbeiter aus Frankreich zu deportieren, und sich damit der Meinung Albert Speers und des Ministeriums für Rüstungs- und Kriegsproduktion verschloss, die dazu geraten hatten, die Kriegsproduktion verstärkt in den besetzten Gebieten zu organisieren. Von diesem Augenblick an wurde die Position des Ministeriums für Rüstungs- und Kriegsproduktion und der Geschäftsleute, die

* Ab März 1942 war Fritz Sauckel Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz und als solcher dafür verantwortlich, dass man Millionen von Menschen in den besetzten osteuropäischen Gebieten aus ihrer Heimat verschleppte und zu Zwangsarbeitern in deutschen Rüstungsbetrieben machte und dass Zehntausende von polnisch-jüdischen Arbeitern ermordet wurden. – Anm. d. Übers.

es führten, zunehmend schwächer als diejenige der stärker radikalfaschistischen Teile der Verwaltung. Die Wirtschaftskreise, die 1933 danach getrachtet hatten, die Bewegung zu kontrollieren, sahen nun ihre schlimmsten Ängste bestätigt: Sie waren selbst zum Spielball einer politischen Revolution geworden.»⁵⁷

Bis in die letzten Phasen des Krieges zogen all jene Teile des Industrie- und Finanzsektors, die mit der Waffenproduktion zu tun hatten, aus dem Dritten Reich einen ungeheuren Nutzen. Die unverteilteten Gewinne von Kapitalgesellschaften waren 1939 viermal höher als 1928.⁵⁸ Die Monopolkonzerne waren die grössten Einzelgewinner – an herausragender Stelle der Chemiegigant IG Farben, dessen jährlicher Reingewinn, der zwischen 1933 und 1935 stagniert hatte, sich 1936 von 70 auf 140 Millionen Reichsmark verdoppelte, dann bis 1940 auf 300 Millionen Reichsmark hochschnellte und anschliessend zweifellos weitere gewaltige Höhen erklimmte (die allerdings nicht dokumentiert sind).⁵⁹ Die Riesengewinne der grösseren Konzerne waren kein zufälliges Nebenprodukt des Nationalsozialismus, denn es passte zu dessen Anschauungen, dass der Privatindustrie freie Hand gewährt und der unternehmerische Geist in den höchsten Tönen gelobt wurde.⁶⁰ Die Privatindustrie war bei den Aufrüstungsbemühungen unentbehrlich, und das gab deren Vertretern eine sehr beachtliche Verhandlungsmacht, die sie das ganze Dritte Reich über ohne Zögern zu ihrem Vorteil nutzten. Es ist jedoch wichtig, sich den Unterschied zwischen dem Anstoss für eine bestimmte Politik, deren Ausführung und deren Ausnutzung in Erinnerung zu rufen. Ich habe hier gezeigt, dass die grösseren kapitalistischen Unternehmen zwar ihre Gewinne durch die Nazipolitik enorm steigern konnten, dass aber gleichzeitig die Kontrolle über die Ausführung der Politik unverkennbar immer mehr auf den spezifisch nationalsozialistischen «Block» innerhalb des «Machtkartells» übergang. Und in gleichem Masse, wie die Gruppen des «Naziblocks» bei der Ausführung der Politik die Ober-

57 Milward, «Fascism and the Economy», S. 434–435. Der grösser werdende Interessenkonflikt zwischen dem Regime und den wesentlichen Teilen der Industrie (zum Beispiel der Kohleförderung) wird von John R. Gillingham, *Industry and Politics in the Third Reich* (London 1985) gut dargestellt.

58 Dietma Petzina, *Die deutsche Wirtschaft in der Zivilisationskriegszeit* (Wiesbaden 1977), S. 141; Milward, «Fascism and the Economy», S. 435.

59 Hallgarten und Radkau, S. 262.

60 Siehe Hallgarten und Radkau, S. 227 ff, 269 ff.

hand gewannen, entglitt in entscheidenden, sich unmittelbar auf die Wirtschaft auswirkenden Bereichen dem «Grosskapital» unaufhaltsam die politische Initiative, auch wenn sie erst in einem späten Stadium in einen diametralen Gegensatz zu den auf die eigene Reproduktion bedachten kapitalistischen Hauptinteressen geriet. Die starken staatlichen Eingriffe in den Arbeits- und Kapitalmarkt und der autarkische Ausschluss des neuen deutschen Imperiums von den Weltmärkten begünstigten zu dieser Zeit zweifellos einen Kapitalismus, der ganz anders strukturiert war als der, den Marx analysiert hatte.⁶¹ Spekulationen darüber, welche Rolle der Kapitalismus in einer siegreichen nationalsozialistischen «neuen Ordnung» gespielt haben würde, sagen allerdings nichts aus. Letzten Endes war die immer weiter eskalierende nihilistische Dynamik des Nationalsozialismus unvereinbar mit dem Aufbau und der dauerhaften Reproduktion einer jeglichen wirtschaftlichen Ordnung.

In der vorstehenden Analyse habe ich versucht, mich von zwei alternativen Interpretationen – «Primat der Politik» auf der einen, «Primat der Wirtschaft» auf der anderen Seite – zu lösen, die in meinen Augen das komplexe Verhältnis von Nationalsozialismus und «Grosskapital» im Dritten Reich zu vereinfacht sehen. Die Behauptung, «letztlich» seien wirtschaftliche Faktoren bestimmend, scheint – um es milde zu sagen – in der Tat eine recht unzulängliche Erklärung dafür zu liefern, warum der radikale Nihilismus des Nationalsozialismus gegenüber «rationalen» Wirtschaftsinteressen ein immer stärkeres Übergewicht gewinnen konnte. Gleichzeitig kann die klassische «liberale» Interpretation vom «Primat der Politik» kaum mehr überzeugen, denn sie geht implizit oder explizit von der Vorstellung aus, eine «im Dienst» einer zielstrebigem Diktatur stehende Wirtschaft sei «totalitär» kontrolliert worden. Sie vereinfacht also die Machtstruktur des Dritten Reiches und neigt immanently zu einer Überbetonung der Persönlichkeit und

61 Milward geht so weit, zu behaupten, faschistische Regime hätten nicht zur Erhaltung des Kapitalismus beigetragen, sondern «die Spielregeln so verändert, dass ein neues System entstanden» sei («Fascism and the Economy», S. 435). Hingegen zeigt Ludolf Herbst in seiner wichtigen Studie über die Entwicklung der nationalsozialistischen Wirtschaftsplanung (vor allem im Wirtschafts- und Rüstungsministerium) unter dem Einfluss des «totalen Krieges», wie Ideale einer – von der lähmenden Hand der Bürokratie befreiten – technokratischen Effizienz als Modelle für eine Nachkriegsordnung entwickelt wurden, die auf Deutschlands industrieller Stärke ruhen sollte. Siehe Ludolf Herbst, *Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft* (Stuttgart 1982).

Ideologie Hitlers. Diese Sichtweise und die hier dargelegte, dazu im Gegensatz stehende Interpretation, die von einem «polykratischen» Charakter des «Machtkartells» in Nazideutschland ausgeht, werfen allerdings eine Reihe neuer Fragen auf, bei denen es um Hitlers Stellung und Funktion in der nationalsozialistischen deutschen Regierung geht. Die nächsten Kapitel werden sich auf dieses zentrale Interpretationsproblem konzentrieren.

4 Hitler: «Herr und Meister im Dritten Reich» oder «schwacher Diktator»?

Hitlers Rolle und Funktion innerhalb des NS-Herrschaftssystems ist nicht so einfach zu fassen, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Daraus ist ein zentrales, von führenden Historikern heiss debattiertes Interpretationsproblem geworden.¹ Von ihrer Komplexität her ist diese Debatte schon mit den theologischen Auseinandersetzungen des Mittelalters verglichen worden², und sie wurde zum Teil mit einer Erbitterung geführt, die weit über den Rahmen einer herkömmlichen Meinungsverschiedenheit zwischen Historikern hinausgeht. In dem ungewöhnlich hitzigen und zuweilen verbitter-

- 1 Eine gute kurze Zusammenfassung der Themen, Probleme und geschichtswissenschaftlichen Positionen bietet Ulrich von Hehl, *Nationalsozialistische Herrschaft* (München 1996).
- 2 John Fox, «Adolf Hitler: The Continuing Debate», *International Affairs* 55 (1979), S. 261.
- 3 Siehe den heftigen Schlagabtausch in Klaus Hildebrand, «Nationalsozialismus ohne Hitler?», *GWU*31 (1980), S. 289-305; ‚Externus‘, «Hildebrands Lied – oder: Wie die GWU ihre Leser informiert», *Geschichtsdidaktik* 5 (1980), S. 325-327; K.D. Erdmann, «Antwort an einen Dunkelmann: Wie informiert GWU ihre Leser?», *GWU*32 (1981), S. 197-198; Klaus Hildebrand, «Noch einmal: Zur Interpretation des Nationalsozialismus», *GWU*32 (1981), S. 199-204; ‚Externus‘, «Die GWU und ihr Frontberichterstatler: Fortsetzung eines ‚Gedankenaustausches‘», *Geschichtsdidaktik* 6 (1981), S. 233-238; Wolfgang J.Mommsen, «Die ‚reine Wahrheit« über das nationalsozialistische Herrschaftssystem?», *GWU*32 (1981), S. 738-741; Klaus Hildebrand, «Die verfolgende Unschuld», *GWU* 32 (1981), S. 742. Dieser Ton findet sich auch in Hofers späterem Aufsatz (siehe Kapitel 1 Anmerkung 2). Hildebrands ursprünglicher Beitrag war ein einseitiger Bericht über eine Tagung, die vom Deutschen Historischen Institut London 1979 in Windsor veranstaltet worden war und ein Schlaglicht auf die riesige Kluft geworfen hatte, die es vor allem zwischen westdeutschen Historikern bei der Interpretation des Dritten Reiches gibt. Die in Hirschfeld und Kettenacker (siehe Kapitel 1 Anmerkung 23) in zum Teil stark überarbeiteter Fassung veröffentlichten Tagungsbeiträge vermitteln kaum, mit welcher Erbitterung einzelne der Referate während der Konferenz diskutiert wurden.

ten Ton der Debatte³ spiegeln sich in mancher Hinsicht die drei Dimensionen der (insbesondere in Westdeutschland) zum Nationalsozialismus veröffentlichten Schriften: die geschichtsphilosophische, die politisch-ideologische und die moralische Dimension, die ich im ersten Kapitel bereits umrissen habe. Dem Konflikt liegt vor allem die moralische Problematik zugrunde, die auch den Charakter der Debatte bestimmt und sich in der Ansicht äussert, manche Historiker bagatellisierten die Bösartigkeit der Hauptfigur des Dritten Reiches; von seinen Zeitgenossen sei Hitler unterschätzt worden, und nun werde er von einigen Historikern verharmlost. Die moralische Problematik ist nicht von Fragen zu trennen, die mit der Geschichtsmethode und –philosophie zu tun haben – wie also die Geschichte des Nationalsozialismus zu schreiben sei – und ihrerseits wieder untrennbar mit politischen und ideologischen Werturteilen Zusammenhängen, die auch einen Bezug zur heutigen Gesellschaft haben.

Das Schlüsselproblem besteht in geschichtsphilosophischer Hinsicht in der Frage, inwiefern das Individuum den Gang der historischen Entwicklung prägt und ob nicht doch die Handlungsfreiheit des Einzelnen durch unpersönliche «strukturelle Faktoren» begrenzt ist. Im vorliegenden Fall läuft das auf die Frage hinaus, ob die schrecklichen Ereignisse des Dritten Reiches in erster Linie mit Hilfe von Hitlers Persönlichkeit, Ideologie und Willen zu erklären sind oder ob der Diktator selbst nicht zumindest teilweise ein (williger) «Gefangener» von Kräften war, die er nicht geschaffen hatte, sondern deren Instrument er war und deren Eigendynamik ihn mitriss. Die Pole der historiographischen Positionen werden plastisch deutlich in der oft zitierten Bemerkung des amerikanischen Historikers Norman Rich, man könne nicht genug betonen, dass «Hitler [...] der Herr und Meister im Dritten Reich» gewesen sei⁴, und der diametral entgegengesetzten Interpretation Hans Mommsens, der in Hitler einen «entscheidungsunwilligen, häufig unsicheren, ausschliesslich auf Wahrung seines Prestiges und seiner persönlichen Autorität bedachten, aufs Stärkste von der jeweiligen Umgebung beeinflussten, in mancher Hinsicht schwachen Diktator» sieht.⁵ Bevor hier versucht werden soll, diese Interpretation auszuwerten, ist es jedoch erfor-

4 Norman Rich, *Hitler's War Aims* (zBde., London 1973-74), Band 1, S. 11.

5 Hans Mommsen, «Nationalsozialismus», in *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft* (Kapitell Anmerkung 12) Band4 (Freiburg 1971), Spalte 702. Mommsen scheint diese heuristische Feststellung zum erstenmal in seinem Buch *Beamtenum im*

derlich, die Konturen der Debatte im Lichte der über Hitler und die Struktur des Nazistaates veröffentlichten historiographischen Schriften zu umreißen.⁶

Persönlichkeit, Struktur und der «Faktor Hitler»

Untersuchungen, die davon ausgehen, dass Hitlers Persönlichkeit, Ideen und Willensstärke im Mittelpunkt einer jeden Erklärung des Nationalsozialismus zu stehen haben, gründen auf der Prämisse, der Nationalsozialismus könne «tatsächlich [als] Hitlerismus» bezeichnet werden,⁷ da das Dritte Reich mit Hitler aufstieg und mit ihm fiel und von ihm die ganze Zeit über dominiert wurde. Hinter einer derartigen Interpretation steckt im Allgemeinen eine Sicht, die die «Intentionalität» der Hauptakteure des historischen Dramas hervorhebt und ausserdem der Handlungsfreiheit des Individuums und der Einzigartigkeit seiner jeweiligen Handlung besonderes Gewicht einräumt. Diese Art des Denkens kennzeichnet natürlich Hitlerbiographien ebenso wie «psychohistorische» Studien. Sie ist allerdings auch bei einigen wichtigen nichtbiographischen Untersuchungen zum Nationalsozialismus zu finden.

In den siebziger Jahren erschien eine Reihe von Hitler-Biographien – inmitten einer Flut von im Wesentlichen wertlosen Produkten der sogenannten «Hitler-Welle», die darauf hindeutete, dass viele Menschen von der bi-

Dritten Reich (Stuttgart 1966), S. 98 Anmerkung 26, getroffen zu haben, wo er erklärt, Hitler sei «in allen Fragen, die einer grundsätzlichen und definitiven Stellungnahme bedurften, ein schwacher Diktator» gewesen.

6 Einen historiographischen Überblick bieten Wolf-Rüdiger Hartmann, «Adolf Hitler: Möglichkeiten seiner Deutung», *AfS* 15 (1975), S. 521-535; Andreas Hillgruber, «Tendenzen, Ergebnisse und Perspektiven der gegenwärtigen Hitler-Forschung», *HZ* 226 (1978), S. 600-621; Wolfgang Michalka, «Wege der Hitler-Forschung», *Quaderni di storiaS* (1978), S. 157-190, und 10 (1979), S. 123-151; William Carr, «Historians and the Hitler Phenomenon», *German Life and Letters* 34 (1981), S. 260-272; und umfassend Schreiber (siehe Kapitel 1 Anmerkung 6). Zu den Untersuchungen jüngerer Datums gehören Wolfgang Wippermann (Hg.), *Kontroversen um Hitler* (Frankfurt am Main 1986); Manfred Funke, *Starker oder schwacher Diktator? Hitlers Herrschaft und die Deutschen – Ein Essay* (Düsseldorf 1989); John Lukacs, *Hitler – Geschichte und Geschichtsschreibung* (München 1997); und Ron Rosenbaum, *Die Hitler-Debatte. Explaining Hitler. Auf der Suche nach dem Bösen* (München 1999).

7 Bracher, *Zeitgeschichtliche Kontroversen* (siehe Kapitel 2 Anmerkung 3), S. 85.

zaren Persönlichkeit des Naziführers auf makabre Weise fasziniert waren.⁸ Manche Ergebnisse schienen kaum mehr als antiquarische Detailergänzungen zu dem zu sein, was man über Hitler bereits wusste, aber die hervorragendste dieser Biographien (von Joachim Fest) ersetzte weitgehend Alan Bullocks in vielem überholten Klassiker aus den fünfziger Jahren.⁹ Dennoch zeigen sich in Fests stilistischer Studie, wie aufmerksame Kritiker neben all den Lobeshymnen hervorgehoben haben, manche der immanenten Schwächen des biographischen Ansatzes – vor allem, da der Gegenstand der Untersuchung eine derartige «Unperson» wie Hitler ist.¹⁰ Fest behandelt in seinem Werk verschiedene Themen unausgewogen, widmet zum Beispiel Hitlers jungen Jahren eine übertriebene Aufmerksamkeit; er sieht über sozio-ökonomische Probleme hinweg oder spielt ihre Bedeutung herunter; er befasst sich allzuviel mit der historisch nutzlosen Frage, ob man Hitler Eigenschaften einer «negativen Grösse» zuschreiben könne; und dort, wo er Hitler zur breiteren Entwicklung der deutschen Gesellschaft und Politik in Bezug setzt, zeigt er allgemein eine weit weniger sichere Hand als dort, wo er sich mit dessen Persönlichkeit befasst. Der biographische Ansatz führt häufig zu einer extremen Personalisierung komplexer Probleme und tendiert dahin,

8 Eine vernichtende Kritik dieser «Hitler-Welle»-Publikationen liefert Eberhard Jäckel, «Rückblick auf die sog. Hitler-Welle», *GWU* 28 (1977), S. 695-710.

9 Joachim C. Fest, *Hitler. Eine Biographie* (Berlin 1973); Alan Bullock, *Hitler. A Study in Tyranny* (1. Auflage London 1952, überarbeitete Fassung Harmondsworth 1962); dt.: *Hitler: eine Studie über Tyrannei* (Düsseldorf ¹1953, überarbeitete Fassung Düsseldorf 1971).

10 Siehe Hermann Graml, «Probleme einer Hitler-Biographie. Kritische Bemerkungen zu Joachim C. Fest», *VfZ* 11 (1974), S. 76-92. Bracher bringt seine Zweifel am biographischen Ansatz in seinem Artikel «The Role of Hitler», S. 194-197, zum Ausdruck (vergleiche Kapitel 4, in ders., *Zeitgeschichtliche Kontroversen*). Gramls Kritik trifft teilweise wohl auf die vor Kurzem erschienene Biographie von Marlis Steinert, *Hitler* (Paris 1991), zu, die zwar fundiert, informativ, zuverlässig und auf der Höhe der neuesten Literatur ist, aber insgesamt doch nicht ganz das gesteckte Ziel erreicht, eine Gesellschafts-, Ideologie- und Kulturanalyse zu einer biographischen Studie zu verbinden. Alan Bullocks zweites Werk über den deutschen Diktator, *Hitler and Stalin. Parallel Lives* (London 1991, dt.: *Hitler und Stalin. Parallele Leben*. Berlin 1991) erreicht nicht ganz die Brillanz seiner ersten, bahnbrechenden Arbeit. Zu meinen eigenen Versuchen, mich mit dem «Faktor Hitler» auseinanderzusetzen, siehe Ian Kershaw, *Hitlers Macht* (übers., v. Jürgen Peter Krause, München 1992) und *Hitler*, Bd. I (übers., v. Jörg Rademacher und Jürgen Peter Krause, Stuttgart 1998).

solche Probleme auf Fragen zu Hitlers Persönlichkeit und Ideologie zu reduzieren. Diese Tendenz kennzeichnet auch die vielgelesene, äusserst einflussreiche und qualitätsvolle journalistische Arbeit von Sebastian Haffner, die den Nationalsozialismus allein im Hinblick auf Hitlers «Leistungen», «Erfolge», «Irrtümer» und so weiter behandelt.¹¹

Der Höhepunkt des «Hitler-Zentrismus» wurde mit dem psychohistorischen Ansatz erreicht, der eine Reihe neuer Untersuchungen in den siebziger Jahren kennzeichnete und fast darauf hinauslief, den Krieg und die Vernichtung der Juden mit Hilfe von Hitlers Ödipuskomplex, Monorchismus [Einhodigkeit], neurotischer Psychopathie, gestörter Pubertät und psychischen Traumata zu erklären (die angeblich zur kollektiven Psyche des deutschen Volkes passten).¹² Selbst wenn die Ergebnisse weniger von Vermutungen und Spekulationen abhängen würden, lässt sich nur schwer ausmachen, wie dieser Ansatz wesentlich helfen könnte zu erklären, wie eine solche Person zum Herrscher über Deutschland werden konnte und wie seine ideologische Paranoia von Menschen, die nicht paranoid und keine Psychopathen waren, in einem hochentwickelten, modernen bürokratischen System als Regierungspolitik umgesetzt werden konnte. Wehler ist einer der wenigen Historiker, die ernsthaft untersucht haben, ob sich die Psychoanalyse im Rahmen einer geschichtswissenschaftlichen Methodik anwenden lässt *, und sein Sarkasmus scheint nicht fehl am Platze zu sein: «Hängt unser Verständnis nationalsozialistischer Politik wirklich davon ab, ob Hitler nur einen Hoden besass? ... Vielleicht, wer weiss, waren es drei, die dem ‚Führer‘ zu schaffen machten. Und selbst wenn Hitler unumstösslich als Sadomasochist gelten könnte, welches Erkenntnisinteresse würde dadurch gefördert?... Wird dadurch die ‚Endlösung der Judenfrage‘ verständlicher als bisher; der gewundene Weg nach Auschwitz zur Einbahnstrasse eines Psychopathen an der Macht?»¹³

Die wichtigsten Studien, die Hitlers Person und Ideologie in den Mittel-

11 Sebastian Haffner, *Anmerkungen zu Hitler* (München 1978).

12 Zu den führenden Veröffentlichungen zählen Robert Waite, *Adolf Hitler. The Psychopathie God* (New York 1977), und Rudolf Binion, «... dass ihr mich gefunden habt». *Hitler unter den Deutschen: eine Psychohistorie* (Stuttgart 1978).

13 Hans-Ulrich Wehler, «Geschichtswissenschaft und Psychohistorie», *Innsbrucker Historische Studien* 1 (1978), S. 201-203, hier S. 209-210.

* Siehe zum Beispiel seinen bereits 1971 verfassten Beitrag «Zum Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Psychoanalyse», in Hans-Ulrich Wehler (Hg.), *Geschichte und Psychoanalyse* (Köln 1974), S. 7-26. – Anm. d. Übers.

punkt ihrer Interpretation stellen, sind qualitativ ungleich höherstehender und keineswegs biographisch orientiert. Anders als die meisten Biographien (Bullock und Fest ausgenommen) hat die breite Palette der Arbeiten von Bracher, Hillgruber, Hildebrand und Jäckel – um nur die führenden zu nennen – Wesentliches zum Verständnis des Nationalsozialismus beigetragen. Was ihre individuell unterschiedlichen Ansätze miteinander verbindet, ist die Ansicht, Hitler habe ein «Programm» (wenn auch keinen kruden handlungsbezogenen Plan) gehabt, an das er sich von Beginn der zwanziger Jahre an bis zu seinem Selbstmord 1945 i^m Berliner Bunker in allen wesentlichen Punkten konsequent gehalten habe. In seinen Handlungen habe er sich von seinen ideologischen Zwangsvorstellungen leiten lassen und habe seinerseits das Dritte Reich geleitet, deshalb sei die Ideologie des Führers als Regierungspolitik umgesetzt worden. Das ist, grob zusammengefasst, die Basis des «programmatischen» Interpretationstyps.

Erst in den sechziger Jahren wurde die Ansicht, Hitler sei kaum mehr als ein machtsüchtiger, skrupelloser Opportunist gewesen, durch die Vorstellung ersetzt, er habe festgelegte Ziele fanatisch und erbarmungslos konsequent (wenn auch taktisch flexibel) verfolgt. Dadurch entstand in anspruchsvollen Werken, wie denen von Andreas Hillgruber, das Bild eines «programmatischen» Hitlers, der die deutsche Aussenpolitik seinem entschlossenen Willen gemäss zurechtgebogen habe, um langfristige, aber klar definierte ideologische Ziele zu verwirklichen.¹⁴ Dieses Bild hing wiederum von einer entsprechenden Einschätzung der Rolle Hitlers in der Innenpolitik ab: Man sah in ihm den perfekten machiavellistischen Führer, der – mit taktischen Finessen – nach einem vorherbestimmten Konzept vorging und mit einer bösartig logischen und in sich rationalen Reihe von Schritten nach totaler Macht strebte, um seine ideologischen Zielvorstellungen als Regierungspraxis durchzusetzen. Diese Hitler-Interpretation verdankte in ihrer Entwicklung das meiste dem Werk Karl Dietrich Brachers.

Für den Politikwissenschaftler Bracher stellte sich die Schlüsselfrage so: Wie war es dazu gekommen, dass die liberale Demokratie zerfallen und der «totalitären» Diktatur Platz machen konnte?¹⁵ In einer Fülle wichtiger Un-

14 Siehe besonders Hillgruber, *Hitlers Strategie* (vergleiche Kapitel 1 Anmerkung 7).

15 Das ist das Hauptproblem, das Bracher in *Auflösung* (siehe oben Kapitel 1 Anmerkung 34) behandelt.

tersuchungen deckte er von Mitte der fünfziger Jahre an die Funktionsweise der «totalitären» deutschen Diktatur auf. Dabei schrieb er Hitler eine zentrale Rolle zu und hob die motivierende Kraft der Hitlerschen Ideologie hervor.¹⁶ In einem interessanten Brückenschlag zur späteren «strukturalistischen» Betonung der «institutioneilen Anarchie» des Dritten Reiches schrieb Bracher bereits 1956: «Der Antagonismus der Machtfunktion ist einzig in der omnipotenten Schlüsselstellung des Führers aufgehoben», die «gerade in dem unübersichtlichen Nebeneinander und Gegeneinander der Machtgruppen und persönlichen Bindungen begründet [ist].»¹⁷ In der Betonung der tatsächlichen Allmacht des Führers unterscheidet sich Brachers Standpunkt jedoch deutlich von dem der späteren «Strukturalisten». Darüber hinaus spiegelt schon der Aufsatztitel «Stufen totalitärer Machtergreifung», dass Bracher von einer im Wesentlichen geplanten, geregelten und «rationalen» Entwicklung auf vorgefasste Ziele hinausgeht – eine These, die er in seinen Hauptwerken immer wieder formuliert. So gelangt er auf einem anderen Wege zu einer Hitler-Interpretation, die klar zu dem aussenpolitikbezogenen «programmatischen» Ansatz und dem Hitler-Zentrismus der besten Biographien passt.

Mitte der siebziger Jahre bekräftigte Bracher seinen Standpunkt in einem interpretierenden Aufsatz, der sich mit dem «Ort des Individuums im historisch-politischen Prozess» befasst.¹⁸ Mit Nachdruck erklärt er dort, Hitler sei zu seiner Zeit fatal unterschätzt worden und neue Forschungsrichtungen, die den «Totalitarismus»-Begriff ablehnten und im Nationalsozialismus stattdessen eine deutsche Faschismusvariante sähen, liefen Gefahr, Hitler von Neuem zu unterschätzen. Seines Erachtens sei Hitler ein einzig und allein deutsches Phänomen: Er stellte die radikalste Verkörperung der Ideen eines extremen deutschen Nationalismus dar und sei ein echter Revolutionär, auch wenn die Veränderungen, die er letzten Endes herbeiführte, seine Absichten in ihr Gegenteil verkehrt hätten. Der Nationalsozialismus lasse

16 Vollständig entwickelt finden sich seine Thesen in den beiden Hauptmonographien *Machtergreifung* (siehe oben Kapitel 1 Anmerkung 34) und *Die deutsche Diktatur* (Kapitel 2 Anmerkung 62).

17 Karl Dietrich Bracher, «Stufen totalitärer Machtergreifung», VfZ 4 (1956), S. 30-42, hier S. 42.

18 Bracher, *Zeitgeschichtliche Kontroversen*, Kapitel, «Probleme und Perspektiven der Hitler-Interpretation», hier S. 83.

sich daher nicht von der Person Hitlers trennen, und insofern könne man gerechtfertigterweise von «Hitlerismus» sprechen: «Letztlich gab Hitlers sehr eigene ‚Weltanschauung‘ und nichts anderes den Ausschlag: das beweisen vor allem die furchtbaren Konsequenzen seines rassistischen Antisemitismus im geplanten und (bezeichnendes Bürokratenwort) ‚durchgeführten‘ Massenmord.»¹⁹

Am kompromisslosesten wird diese Interpretationssicht in den Arbeiten von Eberhard Jäckel und Klaus Hildebrand vertreten. Jäckel ist der Meinung, das Naziregime könne als «Alleinherrschaft» bezeichnet werden, da «die wesentlichen politischen Entscheidungen von einem Einzelnen, in diesem Falle von Hitler, getroffen wurden»²⁰. Und implizit steht dahinter die Vorstellung, dass sich diese Entscheidungen logisch aus Hitlers Weltanschauung ergeben hätten, die Jäckel in einer detaillierten Studie mit dem Untertitel «Entwurf einer Herrschaft» analysiert hat.²¹ Hildebrand akzeptiert zwar, dass sich der Nationalsozialismus nicht allein auf die Persönlichkeit des Führers reduzieren lässt, aber auch er beharrt darauf, der «Faktor Hitler» sei für den Verlauf der Entwicklung des Dritten Reiches – vor allem im Bereich der Aussen- und Rassenpolitik – von absolut zentraler Bedeutung gewesen, und er vertritt energisch den Standpunkt, die Naziherrschaft sei nicht polykratischer, sondern *monokratischer* Natur gewesen. Auch für Hildebrand ist der Nationalsozialismus letztlich ein Hitlerismus.²²

Im Gegensatz dazu bietet der verschiedentlich als «strukturalistisch», «funktionalistisch» oder (abschätziger) als «revisionistisch» bezeichnete Ansatz eine grundlegend andere Deutung des Dritten Reiches. Dieser Ansatz konzentriert sich, wie die attributiven Adjektive andeuten, stärker auf die «Strukturen» der Naziherrschaft und die «funktionale» Natur der politischen Entscheidungen, und er will die – in der «orthodoxen» Geschichts-

19 Bracher, *Zeitgeschichtliche Kontroversen*, S. 88-89.

20 Eberhard Jäckel, «Wie kam Hitler an die Macht?», in Karl Dietrich Erdmann und Hagen Schulze (Hg.), *Weimar. Selbstpreisgabe oder Demokratie. Eine Bilanz heute* (Düsseldorf 1980), S. 305, und Jäckel, *Hitler in History* (Hannover/London 1987), S. 28-30.

21 Eberhard Jäckel, *Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft* (Tübingen 1969, 4. Aufl. Stuttgart 1991).

22 Unter seinen zahlreichen Artikeln siehe vor allem Klaus Hildebrands «Nationalsozialismus oder Hitlerismus?» (siehe Kapitel 2 Anmerkung 64) und «Monokratie oder Polykratie?» (Kapitel 1 Anmerkung 23).

schreibung zu findende und für ungerechtfertigt erachtete – Überbetonung der persönlichen Rolle Hitlers «revidieren».

Alle «strukturalistischen» Interpretationen gehen im Wesentlichen auf die in den vierziger Jahren erschienenen meisterhaften Analysen von Ernst Fraenkel und Franz Neumann zurück.²³ Doch erst im Laufe der sechziger Jahre war den Veröffentlichungen über das Dritte Reich langsam anzumerken, dass Vorstellungen von einem «monolithischen», «totalitären» Staat in Frage gestellt wurden und dass der theoretische Einfluss der gerade aufkommenden «Strukturgeschichte» und der aus der Politikwissenschaft abgeleiteten Systemanalyse zur Geltung kam.

Bis Ende der sechziger Jahre hatte dann eine Reihe wichtiger Untersuchungen das nazideutsche «Führungschaos» offengelegt und die Grundlage für die nun aufkommende Vorstellung von einer «polykratischen» Herrschaft geschaffen – einer multidimensionalen Machtstruktur, bei der Hitlers eigene Autorität nur ein Element war (wenn auch ein sehr wichtiges).²⁴ Wichtige Arbeiten, die sich zum Beispiel mit dem Beamtentum, dem Verhältnis von Partei und Staat, den Gauleitern und ihren Machtenklaven in der Provinz, dem Amt Rosenberg, der Wirtschaft und (in einer Studie mit dem vielsagenden Titel *The Limits of Hitler's Power* [Die Grenzen der Macht Hitlers]) mit der Umsetzung der Politik auf regionaler und lokaler Ebene befassten, trugen zu einem revidierten Verständnis der Nazi Herrschaft und ihrer praktischen Funktionsweise bei.²⁵

23 Ernst Fraenkel, *The Dual State* (New York 1941), deutsch: *Der Doppelstaat* (Frankfurt am Main 1974); Neumann, *Behemoth* (siehe Kapitel 2 Anmerkung 5). Theoretische Anmerkungen zu «strukturalistischen» Ansätzen bietet Jürgen Kocka, «Struktur und Persönlichkeit als methodologisches Problem der Geschichtswissenschaft», in Bosch (siehe Kapitel 2 Anmerkung 64), S. 152-169.

24 Siehe insbesondere Hüttenberger, «Polykratie» (siehe Kapitel 3 Anmerkung 30). Der Begriff scheint von Carl Schmitt, einem der führenden Rechtstheoretiker des Dritten Reiches, aufgebracht worden zu sein und wurde offenbar 1960 zum erstenmal in einer grösseren Analyse der NS-Regierungsstruktur verwandt, und zwar von Gerhard Schulz in Bracher u.a., *Machtergreifung* – allerdings im Rahmen einer «Totalitarismus»-Interpretation.

25 Hans Mommsen, *Beamtentums* Peter Diehl-Thiele, *Partei und Staat im Dritten Reich* (München 1969); Peter Hüttenberger, *Die Gauleiter* (Stuttgart 1969); Reinhard Bollmus, *Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem* (Stuttgart 1970); Petzina, *Autarkiepolitik* (siehe Kapitel 3 Anmerkung 4); Edward N. Peterson, *The Limits of Hitler's Power* (Princeton 1969).

Als damals überragende allgemeine Analyse der inneren Struktur des NS-Regimes muss man ohne Frage Martin Broszats 1969 erschienenes Buch *Der Staat Hitlers* ansprechen.²⁶ Strenggenommen ist das Buch fehlbetitelt, da Broszat sich darin von einer persönlichkeitsbezogenen, hitlerzentrierten Behandlung des Nationalsozialismus löst und die kausalen Zusammenhänge zwischen der Entwicklung der inneren Machtstruktur und der zunehmenden Radikalisierung des Naziregimes erforscht – eine Radikalisierung, die schliesslich in einer europaweiten beispiellosen Zerstörung und im Genozid gipfelte. In einem anderen Sinne passt der Titel allerdings. Er spiegelt die Antagonismen einer Form absoluter Führung, die mit einer normalen Regierungspraxis und -organisation nicht in Einklang zu bringen war. Broszats Ansicht nach – und hier unterscheidet er sich von Bracher und anderen, für die die chaotische Regierungsstruktur des Dritten Reiches eine Folge der von Hitler geschickt angewandten «Teile-und-herrsche!»-Taktik ist – war das administrative Chaos nicht bewusst geplant, war aber auch nicht rein zufällig zustande gekommen, sondern hatte sich unvermeidlich aus der von Hitler praktizierten Autoritätsform ergeben sowie aus seiner fehlenden Bereitschaft beziehungsweise seinem Unvermögen, das Verhältnis von Partei und Staat systematisch zu regeln und ein geordnetes autoritäres Regierungssystem zu schaffen. In den Anfangsjahren der Diktatur – in denen die nun an der Macht befindlichen Nazis in der Tat danach trachteten, so viele Bereiche wie möglich an sich zu reissen, im Übrigen aber keine klare Vorstellung davon hatten, was sie mit ihrer Macht anfangen sollten (ausser, Juden, Linke und andere «Staatsfeinde» und Minderheiten zu attackieren, die nicht in die «Volksgemeinschaft» passten) – teilten sich laut Broszats Analyse die konservativen «autoritären» Kräfte in Staat und Gesellschaft und die grösstenteils negativen «totalitären» Kräfte der Massenbewegung der Nazis die Macht, wenn auch mit Unbehagen. Dadurch konnte Hitlers Autorität sich sowohl von der Partei als auch vom Staat lösen und eine breitgefächerte Autonomie entwickeln – die allerdings nur auf eine willkürliche, wenig systematische und widersprüchliche Weise zum Ausdruck kam. Das Ende der kollegialen, zentralisierten Regierungsform (das Kabinett trat nach 1938 nie wieder zusammen) förderte den Zerfall der Regierung in eine wachsende Zahl von Ressorts, wobei die Ministerien grössten-

26 Martin Broszat, *Der Staat Hitlers* (München 1969).

teils unabhängig voneinander arbeiteten. Neben den Ministerien und Parteiämtern bestanden an den Schnittstellen von Partei und Staat wichtige Machtbasen, deren Autorität sich allein aus einem Auftrag des Führers herleitete. Zu den wichtigsten zählten die Vierjahresplan-Behörde und vor allem das Reich der SS und Gestapo. Die gesamte Regierungsstruktur wurde dadurch auf ein heilloses Durcheinander von sich ständig verlagernden Machtbasen und sich bekriegenden Gruppen reduziert – ein Durcheinander allerdings, das enorme Energien entfesselte und eine destruktive Eigendynamik in sich trug. Broszats Interpretation zufolge führten der systemimmanente darwinistische Konkurrenzkampf und die schlecht koordinierten Versuche der aufgesplitterten Regierungsmaschinerie, den Willen des Führers zu «deuten» – also charismatische Autorität zu bürokratisieren und aus unklaren ideologischen Befehlen kodifizierte Gesetze und Verhaltenspraktiken zu machen –, unaufhaltsam zu einem immer schnelleren Niedergang, der in Aggression, Gesetzlosigkeit und kriminelle Brutalität mündete.

Hitlers ideologische Zwangsvorstellungen werden bei dieser Analyse keineswegs ignoriert. Aber die Betonung hat sich auf den funktionalen Druck verlagert, der innerhalb der verschiedenen – und konkurrierenden – Komponenten des Regimes «systems» bestand und auf chiliastische, aber im Wesentlichen notwendigerweise destruktive Ziele ausgerichtet war, deren Verwirklichung möglich wurde, weil eine zusammenhängende, «rationale» Regierungskontrolle und Politikplanung immer mehr verfiel und schliesslich zusammenbrach. Durch diese Analyse werden Vorstellungen hinterfragt, die von einer planmässigen, einheitlichen und systematischen Verfolgung klar gesteckter Ziele ausgehen – Vorstellungen, wie sie «Totalitarismus»-Theorien und «Hitlerismus»-Ansätzen zugrunde liegen.²⁷ Broszat sieht in Hitler jemanden, der dazu neigte, Druck, der von verschiedenen Kräften innerhalb des Regimes ausging, eher zu *sanktionieren*, als selbst schöpferisch politisch tätig zu sein: Die symbolische Führerautorität sei wichtiger gewesen als der direkte Regierungswille der Person Hitler, und die Fixpunkte seiner persönlichen Weltanschauung hätten daher grösstenteils eine funktionale Rolle erfüllt.²⁸ Sie hätten so wenig mit irgendwelchen

27 Siehe Broszat, *Der Staat Hitlers*, S. 9.

28 Die These findet sich, ausführlich dargelegt, in Martin Broszat, «Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus», *VfZ* 18 (1970), S. 392-409, hier besonders S. 403-408.

Uneinigkeiten stiftenden, alltäglichen sozialen und politischen Problemen zu tun gehabt, dass man sich ihrer als «Aktionsrichtungen» bedienen und sie als langfristige Endziele anstreben konnte. Ausserdem «war Hitler umso mehr gezwungen, auf sie immer wieder zurückzukommen und die Bewegung in Gang zu halten, je mehr sich andere Neuordnungsvorstellungen der Partei als illusorisch erwiesen». In diesem Sinne liesse sich von Hitlers Fixierung auf Antisemitismus, Antibolschewismus und Lebensraum sagen, sie habe zumindest in den Anfangsjahren des Dritten Reiches eine grösstenteils symbolische Funktion gehabt und, mit Broszats Worten, hauptsächlich als «ideologische Metapher» gedient. Bei dieser recht komplexen Argumentation wird Hitler zweifellos eine massgebliche Rolle bei der Gestaltung des Dritten Reiches zugesprochen, aber nicht auf eine so einfache und direkte Weise, wie es die ideologischen «Intentionalisten» gerne hätten.

Am kompromisslosesten hat Hans Mommsen in einer ganzen Reihe von wichtigen Aufsätzen von Mitte der sechziger Jahre bis heute beständig dargelegt, welche Implikationen der «strukturalistische» Ansatz für eine Neuerschätzung der Stellung Hitlers innerhalb der Machtkonstellation des Dritten Reiches besitzt.²⁹ Mommsens Interpretation, die der Broszatschen in vielem ähnelt, dabei aber im Allgemeinen kräftigere und kämpferischere Worte gebraucht, hat sich zum dialektischen Kontrapunkt der «monokratischen», hitlerbezogenen Argumentationslinie Hildebrands entwickelt.^{29 30} In einer direkten Konfrontation mit Hildebrand sprach sich Mommsen 1976 gegen «personalistische» Interpretationen des Nationalsozialismus aus, da sie mehr Fragen aufwürfen, als sie beantworteten, und Hitlers «Politik» im

29 Siehe zum Beispiel Hans Mommsen, *Beamtentum*, besonders S. 13-19; «Nationalsozialismus» (siehe oben Anmerkung 5), Spalte 695-702; «Ausnahmestand als Herrschaftstechnik des NS-Regimes», in Funke (siehe Kapitel 3 Anmerkung 27), S. 30-45; «Nationalsozialismus oder Hitlerismus?», in Bosch (siehe Kapitel 2 Anmerkung 64), S. 62-67; «National Socialism: Continuity and Change», in Laqueur (siehe Kapitel 2 Anmerkung 12), S. 151-192; «Hitlers Stellung im nationalsozialistischen Herrschaftssystem», in Hirschfeld und Kettenacker (siehe Kapitel 1 Anmerkung 23), S. 43-72; und, in neuerer Zeit, den kurzen, von ihm für das Deutsche Institut für Fernstudien an der Universität Tübingen verfassten Text *Adolf Hitler als ‚Führer‘ der Nation* (Tübingen 1984). Einige seiner wichtigsten und einflussreichsten Aufsätze finden sich in Hans Mommsen, *Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze* (Reinbek 1991).

30 Vergleiche ihre Beiträge in Hirschfeld und Kettenacker.

Nachhinein übertationalisierten.³¹ Statt auf der Basis konkreter politischer Berechnungen und Kompromisse zu handeln – die das Wesen «normaler» Politik ausmachen –, hatte Hitler Mommsens Ansicht nach eine begrenzte Zahl von zwar fanatisch vertretenen, aber unklaren ideologischen Fixierungen, die keine Plattform für eine rationale Entscheidungsfindung bieten konnten. Hitler sei in erster Linie ein Propagandist geblieben mit einem Blick für die *Präsentation* eines bestimmten öffentlichkeitswirksamen Bildes («Image») und für die Ausnützung des geeigneten Augenblicks. Seine ideologischen Äusserungen solle man daher eher als Propaganda denn als «feste Absichtserklärungen» ansehen. Die Innenpolitik lasse sich unmöglich von Hitlers ideologischen Prämissen herleiten. Eine solche Herleitung wäre auch im Bereich der Rassenpolitik gewagt, da sich die «Endlösung» nicht einfach auf eine Ausführung der Absichten Hitlers reduzieren lasse und als Produkt der komplexen Struktur des Entscheidungsprozesses und der wachsenden Radikalisierung des Dritten Reiches angesehen werden müsse. Selbst in der Aussenpolitik (die Mommsen an anderer Stelle in seinem Modell berücksichtigt hat)³² lasse sich nur wenig oder gar keine einheitliche Planung erkennen. Statt auf einer rationalen Berechnung zu beruhen, sei die Aussenpolitik grösstenteils eine nach aussen gerichtete Projektion der Innenpolitik gewesen – eine spiralartige Radikalisierung, bei der das Regime von einer Krise zur anderen schlitterte, auf wiederkehrende Notlagen immer wieder nur ad hoc reagierte und dabei die Brücken hinter sich verbrannte und schliesslich bei der Verfolgung übertriebener Ziele immer weniger Sinn für die Realität an den Tag legte.

Zwei Probleme beschäftigten Mommsen ganz besonders: das Fehlen einer von Hitler kommenden klaren Planung und einheitlichen Leitung sowie die mit der Nazipolitik einhergehende Komplizenschaft der deutschen Eliten. Beide Probleme hängen direkt damit zusammen, dass an die Stelle einer geordneten Regierung selbstzerstörerische, sich fortpflanzende, zerfallbringende Impulse getreten waren. In einer kürzlich erschienenen, besonders

31 In Bosch, S. 62-71, im Anschluss an Hildebrands Beitrag auf den Seiten 55-61.

32 Siehe Hans Mommsen, «Hitlers Stellung», S. 57-61, 69-70; «Ausnahmestand», S. 45; «National Socialism: Continuity and Change», S. 177-179; seine Besprechung von Hans-Adolf Jacobsens *Nationalsozialistische Aussenpolitik* (Frankfurt am Main und Berlin 1968), in *MGM* (1970), Heft 1, S. 180-185; und sein Werk *Adolf Hitler*, S. 91-109.

klaren Darlegung seiner Sichtweise erklärt Mommsen zusammenfassend: «Man wird Hitlers antreibende Rolle nicht unterschätzen, die mit gleichsam innerer Notwendigkeit zur Selbstvernichtung hintrieb, wird aber andererseits erkennen müssen, dass der Diktator nur extremer Exponent einer durch den Wegfall aller institutioneilen, rechtlichen und moralischen Barrieren freigesetzten antihumanitären Impulskette war, die, einmal in Gang gebracht, sich potenzierend fortzeugte.» Da Hitler ausserdem keineswegs immer die jeweils radikalste Lösung vertreten habe – etwa in der Kirchen- oder Wirtschaftspolitik, wo Unruhen drohten – mache man es sich viel zu einfach, «wenn als Endursache für die verbrecherischen Zuspitzungen und terroristische Hybris der nationalsozialistischen Politik der bestimmende Einfluss Hitlers herausgestellt wird». Und wenn sich die entsetzlichen Verbrechen nicht allein oder auch nur grossteils mit Hinweis auf Hitlers Persönlichkeit, Ideologie und Willen erklären liessen, dann müsse man der Rolle und Komplizenschaft der herrschenden Eliten besondere Aufmerksamkeit schenken, die Hitler an die Macht halfen und ihn, als er dieses Ziel erreicht hatte, unterstützten – und die sich darüber hinaus an der von den Nazis betriebenen «Wiederherstellung der sozialen Ordnung» beteiligten und daraus reichlich Nutzen zogen. Die historische Beurteilung lasse sich deshalb nicht auf die Einzigartigkeit des «Hitler-Phänomens» reduzieren, vielmehr müsse man dabei das schwierigere, aber noch immer relevante Problem der Bedingungen und Strukturen nachgehen, durch die eine solche Barbarei in einer zivilisierten und hochentwickelten Industriegesellschaft aufkommen und sich ausbreiten konnte.³³ Was das für weitergehende Interpretationen, die mit ihnen zusammenhängenden Geschichtsphilosophien und die diesen zugrunde liegenden politischen Standpunkte bedeutet, ist klar.

Das, was heutzutage als «intentionalistischer» Ansatz bezeichnet wird – also die Herleitung der Entwicklung des Dritten Reiches aus Hitlers ideologischen Intentionen oder Absichten –, hat etwas unmittelbar und offensichtlich Reizvolles an sich. Selten hat ein Politiker mit einer derart fanatischen Konsequenz an einer ideologischen Fixierung festgehalten, wie es Hitler anscheinend von seinem Eintritt in die Politik bis zu seinem Selbstmord im Bunker getan hat. Dass das Streben nach «Lebensraum» und die Vernichtung der Juden nicht einfach nur wilde Phantasien eines im Bierzelt toben-

33 Hans Mommsen, «Hitlers Stellung», S. 66-67, 71.

den extremistischen Volksverhetzers blieben, sondern durch ein von Hitler geführtes Regime als Regierungspolitik zu schrecklicher Realität wurden, scheint eindeutig für die Gültigkeit der «intentionalistischen» Argumentation zu sprechen. Doch bei aller oberflächlichen Attraktivität finden sich bei dieser Argumentationsrichtung eine Reihe potentiell ernsthafter Schwachpunkte, wie Tim Mason aufgezeigt hat. Methodisch gesehen, meint Mason, weiche man bei der Konzentrierung auf die Person allen grundlegenden Fragen nach dem Charakter der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Einflüsse auf den historischen Prozess aus. Diesem Ansatz liege die zweifelhafte Annahme zugrunde, dass sich die historische Entwicklung mit Hilfe eines intuitiven Verständnisses der Motive und Absichten der führenden Akteure des Dramas erklären lasse. Nachfolgende Ereignisse würden dann auf notwendig teleologische Weise rationalisiert, indem man sie zu diesen Absichten in Beziehung setze, die folglich sowohl als Ursache als auch als ausreichende Erklärung herhalten müssten. Ausserdem stosse man bei dem Versuch, die Gründe, die Hitler zu bestimmten Entscheidungen bewogen, und die Vorgänge, die zu den einzelnen Entscheidungen führten, zu rekonstruieren, hinsichtlich der Qualität der Quellen auf grössere Probleme – soweit Quellen überhaupt vorhanden seien. Das Material sei nicht immer klar und eindeutig und lasse sich verschieden deuten. Wenn man vom «Fall Hitler» ausgehe, dürfe man nicht nur Behauptungen aufstellen, sondern müsse Beweise erbringen. Selbst die moralischen Implikationen seien in diesem Fall nicht ganz eindeutig. Da Hitler als einzigartig und einmalig definiert werde und seine Handlungen und Absichten sowohl Voraussetzung als auch Folgerung seien, lasse sich hier aus der Untersuchung des Nationalsozialismus, wenn überhaupt, nur eine begrenzt anwendbare moralische Warnung ziehen.³⁴

Die «strukturalistische» These lässt sich anscheinend naturgemäss viel schwieriger in Worte fassen – so könnte man zumindest aus der gewundenen Sprache schliessen, die bisweilen von Vertretern dieser Argumentationslinie verwandt wird. Ansichten – wie: Hitler sei schwach und unentschlossen gewesen, Antisemitismus und «Lebensraum» seien als «ideologische Metapher» zu begreifen, der Nationalsozialismus habe die Sozialordnung eher aufrechterhalten als revolutionieren wollen, und die Aussenpolitik sei ein Instrument der Innenpolitik gewesen – überzeugen nicht auf

34 Mason, «Intention and Explanation» (siehe Kapitel i Anmerkung 25), S. 29-35.

Anhieb. Es scheint einiges für die These zu sprechen, dass die «Strukturalisten» zwar vielleicht für den innenpolitischen Bereich, in dem Hitler wenig aktives Interesse zeigte, recht haben könnten, dass aber bei der antijüdischen und Aussenpolitik die Dinge ganz anders lagen. Auch der Umstand, dass Nazideutschland nicht unter dem Gewicht seiner eigenen inneren Widersprüche, seines Verwaltungschaos und seiner selbstzerstörerischen Dynamik zusammenbrach, sondern erst von der vereinten Macht der Alliierten geschlagen wurde, scheint gegen die «strukturalistische» These zu sprechen. Und schliesslich scheint die (über die Tatsachen sich hinwegsetzende) rhetorische Frage, welchen Kurs die deutsche Regierung wohl ohne Hitler an ihrer Spitze eingeschlagen hätte, eher geeignet, Hitlers Bedeutung erst recht hervorzuheben und sie gerade nicht weniger wichtig zu nehmen.

Die Bedeutung Hitlers wird von den «Strukturalisten» jedoch keineswegs ignoriert oder heruntergespielt. Sie versuchen vielmehr nur, diese Bedeutung im Rahmen des von zahlreichen anderen Stellen zusätzlich ausgehenden systemimmanenten Drucks zu sehen. Die «Strukturalisten» gehen von der Prämisse aus, die verschiedenen Prozesse, die im Dritten Reich zu einer zunehmenden und fortschreitenden Radikalisierung führten, seien in sich so komplex gewesen, dass man sie nicht erklären könne, ohne dabei Betrachtungen anzustellen, die über Hitlers Persönlichkeit und Ideologie hinausgehen, und ohne dabei weniger die Persönlichkeit des Führers als vielmehr dessen funktionale Rolle innerhalb eines multidimensionalen (polykratischen) Herrschaftssystems zu berücksichtigen. Die strukturalistische These lässt sich nicht so leicht verwerfen, wie die «Intentionalisten» häufig behaupten. Eine vollständige Beurteilung dieser gegensätzlichen Interpretationen muss sich allerdings über drei – miteinander zusammenhängende, aber eigene – Bereiche erstrecken: den Charakter der Hitlerschen Herrschaft und der inneren Machtstruktur des NS-Staates; die Durchführung der antijüdischen Politik, insbesondere den Entscheidungsprozess, der den Anstoss zur «Endlösung» gab; und schliesslich die Aussenpolitik und die expansionistischen Ambitionen des Regimes. Von zentraler Bedeutung ist bei allen drei Bereichen die Frage, wie man im Dritten Reich zu Entscheidungen gelangte. Die beiden letzten Bereiche, die zum Kern der Hitlerschen Weltanschauung gehören, werden in nachfolgenden Kapiteln behandelt. Der erste Bereich ist Gegenstand der folgenden Auswertung.

Hitlers Macht: eine Auswertung

Wenn wir Hitlers Macht daraufhin untersuchen wollen, ob er als «Herr und Meister im Dritten Reich» oder als «schwacher Diktator» anzusehen ist, müssen wir zuerst eine Vorstellung davon haben, worin potentiell seine «Stärke» und seine «Schwäche» innerhalb der gesamten Machtkonstellation im Dritten Reich bestanden haben könnte. Wie es scheint, lassen sich mindestens drei Kategorien einer möglichen Schwäche unterscheiden:

(i) Man könnte den Standpunkt vertreten, Hitler sei insofern «schwach» gewesen, als er sich regelmässig davor drückte, Entscheidungen zu treffen, und zu einem solchen Verhalten auch gezwungen war, um sein «Image» und Prestige zu schützen, die davon abhingen, dass der «Führer» sich aus jeglichem Parteihader heraushielt und nicht mit fehlerhaften oder unpopulären Entscheidungen in Verbindung gebracht wurde. Das würde bedeuten, dass die chaotischen zentrifugalen Tendenzen im Dritten Reich «strukturell» bedingt waren und nicht einfach oder in erster Linie eine Folge ideologischer oder persönlicher Vorlieben Hitlers beziehungsweise einer machiavellistischen «Teile-und-herrsche!»-Taktik.

(ii) Hitler könnte als «schwach» gelten, wenn sich zeigen liesse, dass seine Entscheidungen von seinen Untergebenen missachtet, verwässert oder sonstwie unkorrekt ausgeführt wurden.

(iii) Man könnte behaupten, Hitler sei insofern «schwach» gewesen, als sein Handlungsspielraum und seine Manövrierfähigkeit durch Faktoren vorherbestimmt und begrenzt waren, die ausserhalb seiner Kontrolle lagen, aber «systemimmanent» waren – wie zum Beispiel wirtschaftliche Erfordernisse oder Angst vor sozialen Unruhen.

Die folgende Analyse ist ein Versuch, Hitlers Herrschaft und die innere Machtstruktur des Dritten Reiches zu beurteilen und die genannten drei Kategorien dazu in Beziehung zu setzen.

Unter Historikern herrscht im Wesentlichen Übereinstimmung darüber, dass die nationalsozialistische Regierung chaotisch strukturiert war. Es fällt natürlich nicht schwer, die «Rationalität» und «Ordnung» irgendeines modernen Regierungssystems zu übertreiben. Doch scheint festzustehen, dass die innere Verwaltung des Dritten Reiches in einem solchen Masse aufgesplittert war und derart mangelhaft koordiniert wurde, dass man die einander überschneidenden, gegenseitig konflikträchtigen und manchmal zuein-

ander regelrecht im Widerspruch stehenden Autoritäts- oder Zuständigkeitsbereiche zutreffend als «chaotisch» bezeichnen kann. Die Frage ist, welche Bedeutung man diesem «Chaos» beimessen sollte.

Beim «intentionalistischen» Ansatz geht man davon aus, dass sich in den verworrenen Zuständigkeitsbereichen im Dritten Reich eine kalkulierte Politik nach dem Motto «Teile und herrsche!» spiegelt, und es heisst, das zeuge dafür, dass Hitler eine zentrale Rolle gespielt, wahre Macht besessen und die Übernahme, Festigung und Ausübung totaler Macht schon vorher geplant habe, um seine langfristigen Ziele zu verwirklichen.³⁵ Im Gegensatz dazu wird bei der «strukturalistischen» Interpretation die aufgesplitterte Regierungsmaschinerie eher als zwangsläufiges Produkt von Hitlers «charismatischer» Form der Führung gesehen. Dieser Führungsstil bedingte demnach von vornherein eine Ablehnung der institutionellen und bürokratischen Normen, die für die «rationale» Regierungsform eines modernen Staates erforderlich sind, und machte stattdessen persönliche Loyalität zur Grundlage der Autorität. Auf diese Weise wurde also das Ethos aus der Frühzeit der Nazi-Partei auf die Aufgabe, eine hochentwickelte moderne Regierungsmaschinerie zu leiten, übertragen.³⁶ Durch die «charismatische» Führung bedingt, stand dann auch von vornherein fest, dass man sich mit im Wesentlichen propagandistischen Mitteln darum bemühen musste, das Prestige und öffentlichkeitswirksame Bild des Führers vor Schaden zu bewahren, und deshalb durfte der Führer nicht in interne Konflikte eingreifen und musste sich aus den alltäglichen Entscheidungsprozessen heraushalten und darauf achten, nicht mit möglicherweise unpopulären politischen Beschlüssen in Verbindung gebracht zu werden.³⁷

35 Siehe zum Beispiel Bracher, «Stufen», und Diehl-Thiele, S. ix (wo er von einer «permanente [n] Improvisation im Rahmen einer prinzipiellen divide-et-impera-Taktik» spricht).

36 Wie sich Hitlers «charismatischer» Führungsstil auf die NSDAP auswirkte, verdeutlichen Joseph Nyomarkay, *Charisma and Factionalism within the Nazi Party* (Minneapolis 1967), und Wolfgang Horn, *Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1933)* (Düsseldorf 1972).

37 Die Entstehung und Wirkung von Hitlers populärem «Image» versuche ich in zwei Veröffentlichungen anzugehen: *Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Stuttgart 1980, erweiterte Neuauflage Stuttgart 1999) und «The Führer Image and Political Integration: The Popular Conception of Hitler in Bavaria during the Third Reich», in Hirschfeld und Kettenacker, S. 133-163.

Im Gegensatz zu Vorstellungen von einer «monokratischen» Diktatur, die unerbittlich, mit erbarmungslosem Eifer und voller Energie ihre gesteckten Ziele verfolgte, werden bei dieser Interpretation der Mangel an Effizienz, die Aufsplitterung des Entscheidungsprozesses, das Fehlen einer klaren, rationalen «mittelfristigen» Politik und der schwindende Sinn für die Realität hervorgehoben, die alle die immanente Labilität des politischen Systems, die zwangsläufige Auswahl negativer Ziele und eine zunehmende Radikalisierung förderten.³⁸ Hitlers persönlicher Handlungsspielraum war darüber hinaus durch das weitere Bestehen anderer, realer – wenn auch fluktuierender – Machtzentren eingeschränkt.³⁹

Als Beleg für eine machiavellistische «Teile-und-herrsche!»-Taktik – deren Existenz Hitlers ehemaliger Pressechef Otto Dietrich in seinen nach dem Krieg verfassten Memoiren behauptete⁴⁰ – gelten normalerweise die bewusst verschwommen gehaltene Befehlshierarchie und die Verdoppelung oder Verdreifachung einzelner Ämter. Ein Beispiel dafür ist die Art und Weise, in der Hitler die von Gregor Strasser geschaffene einheitliche Kontrolle über die Parteiorganisation aufsplitterte. Nach Strassers Rücktritt im Dezember 1932 übernahm Hitler selbst die formale Leitung der «Politischen Organisation» der Partei, stärkte die Stellung der Gauleiter auf Kosten der Reichsleitung und teilte im Zentrum die Macht zwischen Robert Ley (der schliesslich Strassers alten Titel «Reichsorganisationsleiter» übernahm, dabei aber weniger Macht besass) und Rudolf Hess auf (der im April 1933 den Titel «Stellvertreter des Führers» erhielt und das Recht bekam, in Hitlers Namen alle Fragen zu entscheiden, die die Parteiführung betrafen).⁴¹

Ein anderes Beispiel ist Hitlers Weigerung, Reichsinnenminister Wilhelm Frick bei seinen Versuchen zu unterstützen, mit Hilfe weitreichender Pläne für eine «Reichsreform» ein rationales zentralisiertes staatliches Kontrollsystem einzuführen. In den Anfangsjahren des Dritten Reiches war Frick eifrig bemüht, Weisungsbefugnis gegenüber den Reichsstatthaltern zu

38 Siehe Hans Mommsen, «National Socialism: Continuity and Change», S. 176-178; Broszat, «Soziale Motivation»; und den nützlichen Aufsatz von Jane Caplan, «Bureaucracy, Politics, and the National Socialist State», in Peter D. Stachura (Hg.), *The Shaping of the Nazi State* (London 1978), S. 234-256.

39 Zu Verschiebungen innerhalb der «Machtkonstellation» des Dritten Reiches siehe Hüttenberger, «Polykratie», und oben Kapitel 3.

40 Otto Dietrich, *Zwölf Jahre mit Hitler* (Köln und München 1955), S. 129 ff.

41 Diehl-Thiele, S. 204-206.

erlangen, von denen die meisten gleichzeitig Gauleiter der Partei waren. Die Reichsstatthalter waren im April 1933 in den Ländern als Beauftragte des Reichs eingesetzt worden und hatten den weitgefassten Auftrag sicherzustellen, dass die Länderregierungen die Politik des Reichskanzlers ausführen.⁴² Im Januar 1934 sah es dann so aus, als wäre Frick mit seinen Bemühungen Erfolg beschieden. Das von Hitler unterzeichnete «Gesetz über den Neuaufbau des Reiches» unterstellte die Reichsstatthalter der Dienstaufsicht des Reichsinnenministers. (Da durch dieses Gesetz die Souveränität der Länder beseitigt wurde, bestand technisch gesehen eigentlich kein Grund für die Beibehaltung der Institution des Reichsstatthalters, doch typischerweise existierte sie weiter.) Nachdem die Reichsstatthalter massiv protestiert und das Recht eingefordert hatten, sich mit Einsprüchen direkt an Hitler wenden zu dürfen, musste Frick sich mit einer Erläuterung Hitlers zufriedengeben, die Fricks Autorität praktisch vollständig untergrub. Nun hiess es, zwar seien die Reichsstatthalter Frick im Allgemeinen untergeordnet, doch müsse «eine Ausnahme [...] nach Auffassung des Herrn Reichskanzler für die Fälle gelten, in denen es sich um Fragen von besonderer politischer Bedeutung handelt. Eine derartige Regelung entspricht nach der Auffassung des Reichskanzlers seiner Führerstellung.»⁴³ Fricks mit viel Geduld entworfenen Reichsreformplänen – die darauf abzielten, ein zentralisiertes und rationales Autoritätssystem einzuführen, das nicht mehr auf dem Ermächtigungsgesetz, sondern auf einer Reichsverfassung basieren sollte – erging es ähnlich. Sie wurden im Krieg schliesslich ganz aufgegeben – genauso wie die geplante Errichtung eines Senats, der dem Führer zur Seite stehen und seinen Nachfolger bestimmen sollte.⁴⁴

Man kann darüber streiten, ob sich aus diesen und anderen Beispielen eine systematische Taktik nach dem Motto «Teile und herrsche!» herauslesen lässt. Hitler förderte durchaus den Aufbau einiger grosser Machtbasen. In dem obenerwähnten Beispiel erhielt Robert Ley zusätzlich zu seiner Entscheidungsbefugnis in Fragen der Parteiorganisation die Kontrolle über die

42 «Zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich» vom 7. April 1933, *Reichsgesetzblatt* 1933/I, S. 173. Siehe auch Diehl-Thiele, S. 37-60.

43 Martin Broszat, *Der Staat Hitlers* (München 1969), S. 153. Siehe Diehl-Thiele, S. 61-73.

44 Siehe Peterson, S. 102-125; Broszat, *Der Staat Hitlers*, S. 360-362; und Hans Mommsen, «National Socialism: Continuity and Change», S. 169.

riesige «Arbeitsfront». Doch selbst dieses kleine Imperium war recht unbedeutend im Vergleich zu dem massiven Machtzuwachs, den Göring und Himmler mit Hitlers aktiver Unterstützung erfuhren. Genausowenig zeigte Hitler sich besonders beunruhigt über Martin Bormanns Machtakkumulation in den Kriegsjahren. Und die für Hitler grösste Bedrohung in der Frühphase der Diktatur – Ernst Röhm und die SA-Führung – wurde erst beseitigt, als Hitler dem starken Druck des Heeres nachgab und nachdem er auch von Göring und Himmler massiv dazu gedrängt worden war.

Festzustehen scheint immerhin, dass Hitler äusserst empfindlich auf jeden Versuch reagierte, seine Autorität institutionell oder rechtlich auch nur im Geringsten zu beschränken; sie hatte völlig ungehindert und theoretisch absolut zu sein und ganz in seiner Person zu liegen. «Das Staatsrecht des Dritten Reiches», erklärte Hans Frank, der Reichsführer des NS-Juristenbundes, 1938, «ist die rechtliche Formulierung des geschichtlichen Willens des Führers, nicht aber ist das geschichtliche Wollen des Führers die Erfüllung einer staatsrechtlichen Vorbedingtheit seines Wirkens.»⁴⁵ Hitler war entsprechend misstrauisch gegenüber allen Formen institutioneller Loyalität und Autorität – von Wehrmachtsoffizieren, Beamten, Anwälten und Richtern, von Kirchenführern und von Kabinettsministern (von denen er nicht wollte, dass sie sich zwischen den immer seltener stattfindenden Kabinettsitzungen auch nur inoffiziell trafen).⁴⁶

Die logische Folge aus Hitlers extremem Misstrauen gegenüber institutionellen Bindungen war, dass er sich als Regierungs- und Verwaltungsprinzip auf persönliche Loyalität verliess. Er scheint kein besonderes Misstrauen gegenüber Machtbasen gehabt zu haben, die sich aus seiner eigenen Führerautorität herleiteten und mit seinen eigenen ausgesuchten Paladinen besetzt waren – daher war er am Ende im Bunker auch so verzweifelt, als

45 Hans Frank, *Im Angesicht des Galgens* (München 1953), S. 466-467 («Die geistesgeschichtliche Lage der deutschen Rechtswissenschaft», Rede, gehalten vor der Akademie für deutsches Recht am 18. Juni 1938).

46 Lothar Gruchmann, «Die ‚Reichsregierung‘ im Führerstaat. Stellung und Funktion des Kabinetts im nationalsozialistischen Herrschaftssystem», in G. Doecker und W. Stefani, *Klassenjustiz und Pluralismus. Festschrift für Ernst Fraenkel zum 75. Geburtstag* (Hannover 1973), S. 2.02. Zu Hitlers Haltung gegenüber den Eliten des «Establishments» siehe Michael Kater, «Hitler in a Social Context», *CEH14* (1981), S. 251 ff.

Himmler, sein «treuer Heinrich», ihm in den Rücken fiel.⁴⁷ Der Appell an die persönliche Treue war für Hitler – vor allem in Krisenmomenten – seit den Anfangsjahren der Partei kennzeichnend gewesen.⁴⁸ Das Loyalitätsprinzip, das bereits vor 1933 ein Merkmal der Parteiführung gewesen war und dazu diente, sowohl die Führungskräfte als auch die einfachen Parteimitglieder an die Person des Führers zu binden, wurde ab 1933 auch in die Regierungspraxis des Reiches übernommen. Insofern hat es, als Analogie betrachtet, etwas für sich, wenn Robert Koehl im Dritten Reich weniger einen totalitären Staat als ein neofeudales Imperium sieht.⁴⁹ In Wirklichkeit ersetzten die auf persönlicher Treue beruhenden Bindungen – die ein reines Element «charismatischer» Herrschaft sind – jedoch die komplexen bürokratischen Strukturen nicht, sondern überlagerten sie. Das führte weniger zu ihrer völligen Zerstörung als zu einer parasitären Zersetzung. Da institutionelle Beschränkungen verpönt waren und den Machtambitionen treuer Paladine freie Hand gelassen wurde, war es eindeutig möglich, dass sich dynamische, aber unkanalisierte Energien entfalten konnten – Energien, die sich darüber hinaus zwangsläufig destruktiv auf jede rationale Regierungsordnung auswirken mussten.

Wie zahlreiche Untersuchungen zeigen, wurde durch die auf Gefolgschaftstreue beruhende Bindung der Gauleiter an Hitler jeder Anschein einer geordneten Regierung in den Provinzen zunichte gemacht.⁵⁰ Bei allen Auseinandersetzungen mit zentralen Behörden oder Ministerien stellte sich Hitler ausnahmslos auf die Seite seiner Gauleiter (oder, besser, des stärksten Gauleiters) und schützte ihre Interessen und sicherte sich damit gleichzeitig die Unterstützung einer mächtigen Gruppe, die nur ihm und niemand sonst treu ergeben war. Rauschning zufolge hat Hitler «sich nie in einen Gegensatz zu seinen Gauleitern gebracht». Jeder einzelne dieser Männer sei «in

47 H.R. Trevor-Roper, *The Last Days of Hitler* (London 1972, «Pan Books»-Ausgabe), S. 202 (dt.: *Hitlers letzte Tage* [Berlin 1973]).

48 Siehe Nyomarkay, Horn (siehe oben Anmerkung 36) und Dietrich Orlow, *The History of the Nazi Party. Vol 1: 1919-1933* (Newton Abbot 1971).

49 Robert Koehl, «Feudal Aspects of National Socialism», in Turner, *Nazism and the Third Reich* (siehe Kapitel 3 Anmerkung 6), S. 151-174.

50 Zum Beispiel Diehl-Thiele; Hüttenberger, *Gauleiter'*, Peterson; Jochen Klenner, *Verhältnis von Partei und Staat 1933-1943*. Dargestellt am Beispiel Bayerns (München 1974); und Jeremy Noakes, «Oberbürgermeister and Gauleiter. City Government between Party and State», in Hirschfeld und Kettenacker, S. 194-227, besonders S. 207 ff.

seiner Hand» gewesen. «Alle zusammen aber [hatten] ihn in der Hand. [...] Sie wehrten mit einer robusten Einmütigkeit alle Versuche ab, die Rechte ihrer Souveränität einschränken zu lassen. Hitler blieb von ihnen abhängig. Und er war nicht bloss von ihnen abhängig.»⁵¹ Wie wir gesehen haben, scheiterte Fricks Versuch, Macht über die Reichsstatthalter zu erlangen, daran, dass Hitler die Einwände der Gauleiter akzeptierte. Der mächtige Himmler sah sich in Bezug auf die Gauleiter mit demselben Problem konfrontiert, als er 1943 Reichsinnenminister geworden war.⁵²

Gegen eine Festlegung rationaler politischer Prioritäten sprach auch auf zentraler Regierungsebene deutlich der Umstand, dass Hitler ideologisch bedingt dazu neigte, Rivalen ihre Meinungsverschiedenheiten ausfechten zu lassen, um sich dann – in einer instinktiven Anwendung sozialdarwinistischer Prinzipien – auf die Seite des Gewinners zu stellen, und dass er im Falle einer Krise rasch seine Zuflucht dazu nahm, bestehende Institutionen zu umgehen oder zu zerschneiden und neue Einrichtungen zu schaffen, die ihre Vollmachten direkt von ihm als Führer erhielten und allein von seiner Autorität abhängig waren. Das führte zwangsläufig dazu, dass sich die Zentralregierung langsam auflöste – was sich in immer seltener stattfindenden Kabinettsitzungen und deren völliger Einstellung Anfang 1938 spiegelte – und schliesslich in eine Vielzahl konkurrierender und nicht koordinierter Ministerien, Parteistellen und halbstaatlicher Stellen zerfiel, die alle für sich beanspruchten, den Willen des Führers richtig zu deuten. Hand in Hand mit dieser Entwicklung erlangte die Führerautorität selbst eine immer grössere Autonomie; sie löste und isolierte sich immer stärker von jeglichem kollegialen Regierungsrahmen und war dementsprechend einem zunehmenden Grössenwahn und einem schwindenden Realitätssinn ausgesetzt.⁵³

Durch seinen unbürokratischen und eigentümlichen Herrschaftsstil verstärkte Hitler merklich die chaotische Art der Regierung im Dritten Reich.

51 Hermann Rauschning, *Gespräche mit Hitler* (Wien 1973 [zuerst 1940 in Zürich erschienen]), S. 203-204. Siehe auch Peterson, S. 7, 14-15, 18-19. Rauschning übertreibt allerdings, wenn er gleichzeitig behauptet (S. 204), das Geheimnis der Hitlerschen Führung «war, vorher zu wissen, wie sich die Mehrheit seiner Gauleiter entscheiden würde, und sich für diese Entscheidung schon vorher festzulegen, bevor die Gauleiter zur Sprache kamen».

52 Diehl-Thiele, S. 197-200 (und Anmerkung 70).

53 Siehe Broszat, *Der Staat Hitlers*, Kapitel 8-9.

Er hatte exzentrische «Arbeits»Zeiten, eine Abneigung dagegen, irgendetwas schriftlich festzuhalten, war immer wieder längere Zeit nicht in Berlin und selbst für wichtige Minister unerreichbar, hatte für kompliziertere Probleme keine Geduld und neigte dazu, impulsiv und wahllos einzelne Informationen oder unausgegorene Einschätzungen von alten Freunden und Günstlingen aufzugreifen – und all das bedeutete, dass eine im herkömmlichen Sinne geordnete Regierung ganz und gar unmöglich war. «Die Kunst der Ministerien», so wurde nach dem Krieg erklärt, «bestand nun darin, die gute Stunde oder Minute zu benutzen, wo Hitler, manchmal durch ein hingeworfenes Wort, eine Entscheidung traf, die dann als ‚Führerbefehl‘ ihren Weg nahm.»⁵⁴

Doch wäre es irreführend, aus dieser Bemerkung zu schliessen, dass sich beständig eine Flut von – auf welche ausgefallene Weise auch immer erzielten – Entscheidungen aus Hitlers erhabener Höhe nach unten ergossen hätte. Vielmehr war der Führer häufig nicht willens, innenpolitische Angelegenheiten zu entscheiden, und im Allgemeinen nicht bereit, Streitigkeiten dadurch zu schlichten, dass er sich auf die eine oder andere Seite stellte, sondern zog es eindeutig vor, dass die streitenden Parteien das jeweilige Problem unter sich lösten.⁵⁵ Es wäre zu einfach, wollte man dies – und die Unordnung auf Seiten der Regierung im Dritten Reich im Allgemeinen – allein Hitlers persönlichen Marotten und seinem exzentrischen Stil zuschreiben. Gewiss, er reagierte gelangweilt, lethargisch und uninteressiert auf Angelegenheiten, die er für unter seinem Niveau liegende, triviale administrative Einzelheiten hielt. Aber es scheint doch festzustehen, dass die Wahrung der eigenen Stellung und des eigenen Prestiges ein wichtiger Faktor war, der Hitler von vornherein Unwillens sein liess, in Problembereiche einzugreifen, und ihn veranlasste, den Dingen lieber so lange wie möglich ihren Lauf zu lassen – so dass sich schliesslich fast ausnahmslos eine Lösung anbot und bis dahin zum einen geklärt war, mit wieviel Unterstützung gerechnet werden konnte, und zum anderen die Opposition (falls vorhanden) isoliert war. Insofern stellten die Kabinettsitzungen in den Anfangsjahren der Diktatur keineswegs ein Forum dar, in dem vor politischen Be-

54 Ernst v. Weizsäcker, *Erinnerungen* (München, Leipzig und Freiburg 1950), S. 201-202.

55 Siehe Peterson, S. 4 ff.

schlüssen ernsthaft debattiert worden wäre. Hitler hasste es, diese Sitzungen zu leiten, in deren Verlauf er sich bei bestimmten Problemen unter Umständen zum Rückzug gezwungen sehen könnte. Folglich behielt er sich «die Entscheidung vor, in welchen Fällen Meinungsverschiedenheiten vor das Kabinett zu bringen seien. Auf diese Weise kam es immer seltener zu Aussprachen. Jeder Minister trug seinen Entwurf vor, über den bereits Einigung erzielt war, und Lammers [der Chef der Reichskanzlei] stellte das Einverständnis fest»⁵⁶. Trotzdem wurden die Kabinettsitzungen immer seltener, bis sie überhaupt nicht mehr stattfanden. Was die Gesetzgebung betrifft, wurde ein «Umlaufverfahren» eingeführt: Gesetzentwürfe gingen reihum an alle zuständigen Minister, problematische und strittige Punkte wurden aus dem Weg geräumt, und Hitlers Zustimmung erfolgte erst, nachdem alle betroffenen Parteien ihre Differenzen bereits bereinigt hatten. 1943 wies Bormann erneut darauf hin, dass alle Befehle und Verordnungen sämtlichen Beteiligten vor ihrer Verkündung vorgelegt werden müssten; an den Führer dürfe man sich erst wenden, nachdem alle Beteiligten eine klare Position bezogen hätten.⁵⁷ Hier wurde auf das komplexe Geschäft staatlicher Verwaltung quasi das Grundprinzip der Partei übertragen, die Dinge sich entwickeln zu lassen, «bis der Stärkste sich durchgesetzt hat» – ein Prinzip, das wohl kaum eine Grundlage für eine «rationale» Entscheidungsfindung bilden kann. Jedenfalls hatte sich bereits Mitte der dreissiger Jahre der Einfluss verlagert und war bei wichtigen Staatsangelegenheiten auf die wechselnde Mannschaft der Hitler am treuesten ergebenden Kumpane übergegangen, und Regierungsminister erfuhren manchmal erst aus der Zeitung, was sich jeweils ereignet hatte.⁵⁸

Die nicht etwa unmittelbare, sondern distanzierte Führung in Alltagsangelegenheiten und das Hinauszögern von Entscheidungen, solange sich die Situation nicht grösstenteils von selbst geklärt hatte, spiegelten nicht nur den Hitlerschen Herrschaftsstil, sondern waren notwendige Bestandteile seiner «charismatischen» Führerautorität und halfen, in Regierungskreisen

56 Lutz Graf Schwerin von Krosigk, *Es geschah in Deutschland* (Tübingen und Stuttgart 1951), S. 203. Siehe auch Peterson, S. 31.

57 BAK R43 II/695 a (zit. bei Petersen, S. 39).

58 Krosigk, S. 203; Gruchmann, S. 193-194. Eine wichtige Analyse der Rolle Hitlers bei den Entscheidungen während des Krieges bietet Dieter Rebenitsch, *Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg* (Stuttgart 1989).

und im Volk den Mythos aufrechtzuerhalten, Hitler besitze ein unfehlbares Urteilsvermögen und stünde über allem Parteienhader – über der «normalen Politik». Verglichen mit der enormen Unpopularität der Partei und vieler Aspekte der mit dem Nationalsozialismus verknüpften täglichen Erfahrung lässt sich Hitlers rasch wachsende Popularität nur darauf zurückführen, dass die Öffentlichkeit das Bild eines Führers vor Augen hatte, der mit internen politischen Machtkämpfen und der grauen Alltagsrealität des Dritten Reiches nichts zu tun zu haben schien.⁵⁹ Bis zu einem gewissen Grade musste Hitler diesem Bild gerecht werden. Auch dadurch war ein Führungsstil bedingt, der sich durch Zurückhaltung, Nichteinmischung, «Mässigung» in sensiblen Bereichen (wie etwa beim «Kirchenkampf») und die Tendenz auszeichnete, sich immer auf die Seite der «stärkeren Bataillone» zu schlagen.⁶⁰ Die Notwendigkeit, immer grössere Meisterleistungen zu vollbringen, um die Massen enger an sich zu binden und ein Abflauen der «Vitalität» des Regimes hin zu Stagnation, Ernüchterung und möglichem Zusammenbruch zu verhindern, war ein weiterer gewichtiger Faktor, der gegen die Einführung eines «Zustands der Normalität» im Dritten Reich sprach und stattdessen die radikale, aber im Wesentlichen negative Dynamik förderte, die die Grundlage der sozialen Integration der Nazibewegung gebildet hatte, letztlich jedoch in kaum etwas anderem als in Zerstörung enden konnte.

Das Regierungschao des Dritten Reiches lässt sich anscheinend besser erklären, wenn man die Vorstellung von einer systematischen «Teile-und-herrsche!»-Taktik beiseite lässt – auch wenn offensichtlich ist, dass Hitler seine Autorität bewusst gegenüber jedem eventuellen Versuch, sie institutionell zu begrenzen, zu wahren suchte. Obwohl die chaotische Regierungsstruktur grösstenteils nicht absichtlich herbeigeführt wurde, bildet sich doch noch kein zufriedenstellender Beleg für die Ansicht, Hitler sei ein «in mancher Hinsicht schwacher Diktator» gewesen.⁶¹ In der Tat scheint hier der Gedanke an «Schwäche» fehl am Platze. Wenn Hitler eine andere Regie-

59 Näher darzulegen versuche ich dies in meinem Aufsatz «Alltägliches und Ausseralltägliches: ihre Bedeutung für die Volksmeinung 1933-1939», in Detlev Peukert und Jürgen Reulecke (Hg.), *Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus* (Wuppertal 1981), S. 273-292, besonders S. 285 ff.

60 Peterson, S. 7.

61 Siehe oben Anmerkung 5.

rungsstruktur *gewollt* hätte, aber in ihrer Verwirklichung gehindert worden wäre, oder wenn er *beabsichtigt* hätte, bestimmte Entscheidungen zu treffen, sich aber dazu nicht in der Lage gesehen hätte, dann hätte ein Widerspruch zwischen «Intention» und «Struktur» bestanden, und dann hätte man vielleicht daraus den Schluss ziehen können, Hitler sei «schwach» gewesen. Da sich jedoch für keinen der beiden Punkte Belege finden und vielmehr alles darauf hindeutet, dass Hitler sich (solange seine Autoritätsstellung nicht direkt betroffen war) ganz gern, ja sogar bewusst, aus den Streitereien seiner Untergebenen heraushielt und kaum daran interessiert war, sich am Gesetzgebungsprozess zu beteiligen – vor allem in Bereichen, die ihn nur am Rande beschäftigten –, und dass er das Regierungchaos eigentlich aktiv förderte, statt sich um Gegenmassnahmen zu bemühen, kommt man wohl nicht umhin zu akzeptieren, dass in diesem Bereich keine Unvereinbarkeit von «Intention» und «Struktur» vorgelegen hat, und wird sich wohl gegen die Schlussfolgerung entscheiden müssen, Hitler sei aufgrund der «strukturellen» Beschränkungen, denen seine Diktatur unterlag, «schwach» gewesen.

Unser zweites Kriterium für eine mögliche Schwäche war, ob Hitler Entscheidungen fällte, die anschliessend von Untergebenen missachtet, umgangen oder unzulänglich ausgeführt wurden.

Hitler neigte dazu, Vorschläge, die ihm von seinem Befehlsempfängern in günstigen Momenten beiläufig unterbreitet wurden, oft impulsiv mündlich zuzustimmen, und das führte gelegentlich natürlich schon zu peinlichen Situationen, wenn seine Untergebenen eine solche spontane Bemerkung dann als hinreichende Zustimmung und «unabänderliche Entscheidung» interpretierten. Ein derartiger Fall ereignete sich im Oktober 1934, als der Chef der Arbeitsfront, Robert Ley, Hitler dazu überredete, eine Verordnung zu unterzeichnen, die die Befugnisse der Arbeitsfront auf Kosten der Unternehmer und der Treuhänder der Arbeit erweiterte. Ley hatte seinen Vorschlag zuvor weder dem Arbeits- noch dem Wirtschaftsministerium vorgelegt, und beide protestierten – zusammen mit dem im Namen der Partei sprechenden Hess – so vehement dagegen, dass Hitler, der Schacht und die Industriebosse nicht gegen sich aufbringen wollte, sich gezwungen sah, dem Druck nachzugeben. Charakteristischerweise wurde die Verordnung nicht aufgehoben – denn das hätte dem Prestige des Führers Abbruch getan –, sondern wurde von allen mit Hitlers stillschweigender Zustimmung ignoriert, obwohl Ley, der seine eigene Macht auszudehnen suchte, sich wei-

terhin auf diese Verordnung berief.⁶² Schwierigkeiten gab es auch, als Hitler sich Anfang 1935 mit einem Vorschlag von Arbeitsminister Seldte einverstanden erklärte, der eine einheitliche Lohnstruktur für Bauarbeiter (anstelle des bestehenden, regional unterschiedlichen Systems) vorsah. Dem von den Gauleitern – darunter besonders auch vom Hamburger Gauleiter Kaufmann – vorgebrachten Einwand, die anschliessend in einigen Gebieten erforderlichen Lohnkürzungen würden sich negativ auf die Arbeitsmoral auswirken, mass Hitler jedoch grosses Gewicht bei, und er ordnete typischerweise eine weitere, zeitlich unbefristete Beratungsphase an, bevor die vorgeschlagene Revidierung der Löhne in Kraft treten sollte – was bedeutete, dass die Angelegenheit ad acta gelegt und vergessen wurde.⁶³ Vor allem in den Anfangsjahren der Naziherrschaft lassen sich auch Beispiele dafür finden, dass Hitler sich wirtschaftlichem Druck beugen musste und ihm Entscheidungen aufgezwungen wurden, die ihm nicht gefielen – wie etwa 1933, als er akzeptieren musste, dass schlecht florierende jüdische Kaufhäuser finanziell unterstützt werden sollten, um zu verhindern, dass es zu Personalentlassungen käme und dadurch die Zahl der Arbeitslosen noch weiter anstiege.⁶⁴ Andererseits setzte Hitler bei einem der wenigen vom Reichskabinett verhandelten strittigen Themen (an dem ihm zudem sehr viel lag) mit dem Sterilisationsgesetz vom Juli 1933 [«zur Verhütung erbkranken Nachwuchses»] seine Meinung durch, obwohl Vizekanzler von Papen (der in diesem Fall die Ansichten der katholischen Lobby vortrug) Einwände gegen dieses Gesetz geltend machte.⁶⁵

Es wäre voreilig, wenn man aufgrund der quellenmässig erfassten Ausföhrung von Führerbefehlen behaupten wollte, Hitler sei ein «schwacher Diktator» gewesen. Die «Grenzen der Macht Hitlers», von denen bei Peterson die Rede ist, lassen sich wohl nur dann als «Grenzen» verstehen, wenn

62 In unterschiedlich gekürzten Fassungen ist die Verordnung abgedruckt in Walther Hofer (Hg.), *Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945* (Frankfurt am Main 1982), S. 87, und Wolfgang Michalka (Hg.), *Das Dritte Reich* (München 1985), Band 1, S. 85-86. Vergleiche Timothy W. Mason, *Sozialpolitik im Dritten Reich* (Opladen 1977), S. 193-194.

63 BAK, R 43 II/ 541, fol. 36-95, und R 43 II/ 5 52, fol. 25-50. Siehe auch Mason, *Sozialpolitik*, S. 158-159.

64 Peterson, S. 48.

65 Gruchmann, S. 191.

man von einer völlig idealistischen Vorstellung von «totaler Macht» ausgeht. Ausserdem führt Peterson keinerlei überzeugende Beispiele von Fällen an, in denen eine von Hitler als unbedingt wichtig erachtete Weisung von Untergebenen oder anderen missachtet oder blockiert worden wäre. Viel wichtiger als die Frage, ob Hitler als «starker» oder als «schwacher» Diktator angesehen werden kann, ist in Bezug auf die Arbeitsweise der Naziregierung die Tatsache, dass der Führer im Bereich der Innenpolitik so *wenige* Weisungen erteilte. Dadurch wird es schwer, genau festzustellen, welche Ziele er im innenpolitischen Bereich hatte – ausser dass er «Staatsfeinde» vernichten und eine sowohl psychische als auch materielle Mobilisierung für den Krieg erreichen wollte, von dem er meinte, er werde sich schon sehr bald nicht mehr vermeiden lassen.⁶⁶ Dieses Ziel war mit sozialen Entwicklungen vereinbar, die jenen, die von den Naziideologen gepredigt worden waren, diametral entgegenstanden.⁶⁷ Dennoch ist gerade in Bezug auf den Bereich der kriegsvorbereitenden Mobilisierung des deutschen Volkes – dieser zentralen Aufgabe der Innenpolitik – behauptet worden, dort sei Hitlers wahre «Schwäche» zu finden.

Besonders Tim Mason hat den Standpunkt vertreten, Hitlers Handlungsspielraum sei – vor allem in der Hauptphase des Dritten Reiches zwischen 1936 und 1941 – durch Spannungen, die der NS-Wirtschaft immanent waren und nicht der Kontrolle durch den «Willen» oder die «Intention» des Führers unterlagen, ernstlich eingeschränkt gewesen.⁶⁸ Der Schlüsselfaktor, der seines Erachtens die Gedanken und Handlungen der NS-Führung im Bereich der Innenpolitik bestimmte, war die aus der Revolution von 1918 gezogene Lehre, dass Unruhen der Arbeiterklasse eine Gefahr darstellten.

66 Siehe Peterson, S. 432. Rebenitschs Untersuchung (siehe oben Anm. 58) zeigt, dass sich Hitler während des Krieges stärker in innenpolitische Angelegenheiten eingemischt hat, als bisher angenommen wurde. Seine sporadischen Interventionen, die meist durch Untergebene und gelegentlich sogar durch Zeitungsartikel ausgelöst wurden, bildeten jedoch letztlich keine kohärente Reihe von Weisungen, die sich zu einer klar formulierten Politik summiert hätten.

67 Siehe Schoenbaum (siehe Hinweis Kapitel 2 Anmerkung 27), S. 285.

68 Timothy W. Mason, «The Legacy of 1918 for National Socialism», in Anthony Nicholls und Erich Matthias (Hg.), *German Democracy and the Triumph of Hitler* (London 1971), S. 215-239; *Sozialpolitik*, besonders Kapitel 1 und 6; «Innere Krise und Angriffskrieg» (siehe Kapitel 3 Anmerkung 47); und «Labour in the Third Reich», *Past and Present* 33 (1966), S. 112-141.

Gerade Hitler reagierte ausserordentlich empfindlich auf Unzufriedenheit unter den Arbeitern, da er sich darüber im klaren war, dass eine psychologische Motivation nur sehr kurz vorhalten konnte und materielle Opfer dementsprechend gering gehalten werden mussten. Folglich kam das Dritte Reich laut Mason einem riesigen sozialimperialistischen Hasardspiel gleich, bei dem die materielle Zufriedenheit der Massen nur durch eine erfolgreiche Expansion des Landes gewährleistet werden konnte. Allerdings sei die volle Durchführung dieser Expansionspolitik dadurch merklich beeinträchtigt gewesen, dass das Regime nicht gewillt gewesen sei, zugunsten eines effektiven Funktionierens der rüstungsbestimmten Wirtschaft eine auch nur kurzzeitige Senkung des Lebensstandards durchzusetzen. Das habe dazu geführt, dass das Regime keine konsequente Sozialpolitik entwickelte und sich in einer im Wesentlichen schwachen Position befand, als es mit der Logik des ökonomischen Klassenkampfes konfrontiert gewesen sei und vor der «Quadratur des Kreises» gestanden habe, die Aufrüstung zu finanzieren und dabei ohne drastische Kürzungen im Konsumbereich auszukommen. Bedingt durch eine «ängstliche Unsicherheit» und wachsenden Pessimismus, sei Hitlers eigene Rolle immer stärker von einer hilflosen Apathie und Tatenlosigkeit gekennzeichnet gewesen. Um gegen den Klassenantagonismus anzukommen, meinte Mason, habe Willensstärke allein nicht ausgereicht. In einer Zeit akuten Arbeitskräftemangels hätten es die deutschen Arbeiter verstanden, ihre Verhandlungsposition auch ohne gewerkschaftliche Hilfe auszunutzen, und ihre industrielle Opposition habe zur Entstehung einer grösseren Wirtschaftskrise beigetragen, die sich zu einer allgemeinen Krise für das Regime entwickelt und sich notwendigerweise auf den Zeitpunkt des Kriegsbeginns ausgewirkt habe, denn somit habe festgestanden, dass es aus wirtschaftlichen Gründen – und um den sozialen Frieden zu wahren und die bedrohte Stellung des Regimes zu schützen – eher früher als später zum Krieg kommen musste. Ausserdem habe der Krieg selbst ohne grössere materielle Opfer für das deutsche Volk geführt werden müssen. Daher sei die Bevölkerung (etwa im Vergleich zu Grossbritannien) nur halbherzig und unvollständig mobilisiert worden, und die für die Kriegswirtschaft erforderliche Produktion sei erschwert gewesen.⁶⁹ Die Schwäche des Regimes habe deshalb bis in den Kern des eigenen

69 Siehe Timothy W. Mason, *Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft* (Opladen 1975), besonders Kapitel 21, und auch Milward, *German Economy at War* (oben Kapitel 3 An-

Ethos – Krieg – gereicht, und dadurch seien die Möglichkeiten des NS-Regimes derart begrenzt gewesen, dass man den Standpunkt vertreten könne, das Regime sei nicht einfach durch eine äussere Niederlage zerstört worden, sondern diese Zerstörung sei bereits in seinem Wesen angelegt gewesen – sei durch seine inneren Widersprüche «strukturell determiniert».

Es mangelt nicht an Belegen dafür, dass Hitler auf jedes Anzeichen einer Bedrohung des «sozialen Friedens» sehr empfindlich reagierte. Speer hat in seinen Memoiren festgehalten, dass Hitler ihm gegenüber in privaten Gesprächen durchblicken liess, er habe Angst vor einem Popularitätsverlust, aus dem sich innenpolitische Krisen entwickeln könnten.⁷⁰ Aus Furcht vor sozialen Unruhen, die aufgrund der im Jahre 1934 rapide ansteigenden Preise zu befürchten waren, führte Hitler das Amt des Reichskommissars für Preisüberwachung wieder ein und hielt es aus reinen Propagandazwecken weiterhin aufrecht, nachdem Reichskommissar Carl Goerdeler längst um die Auflösung der Stelle gebeten hatte, weil es für das Amt nichts Effektives zu tun gebe.⁷¹ Angesichts wachsender Versorgungsprobleme und beunruhigender Berichte über zunehmende Spannungen in den Industriegebieten war Hitler 1935/36 sogar bereit, vorübergehend auf die Einfuhr von rüstungswichtigen Gütern zu verzichten, um die Lebensmittel nicht rationieren zu müssen.⁷² 1938 lehnte Hitler trotz der verzweifelten Bitten von Seiten des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft eine Erhöhung der Lebensmittelpreise kategorisch ab, weil sich das schädlich auf den Lebensstandard und die Arbeitsmoral ausgewirkt hätte.⁷³ In den ersten Kriegsmontaten nahm das Regime von seinen Plänen, die Arbeiter zu mobilisieren, Abstand, nachdem es von Seiten der Arbeiter Proteste wegen der Auswirkungen auf die Löhne, die Arbeitsbedingungen und den Lebensstandard gegeben hatte.⁷⁴

merkung 5). Die Gegenposition wird von Overy vertreten (Kapitel 3 Anmerkung 47). Mit Arbeitskräften und Kriegswirtschaft befassen sich auf recht unterschiedliche Weise Wolfgang Werner, «*Bleib übrig!*» *Deutsche Arbeiter in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft* (Düsseldorf 1983), und Stephen Salter, *The Mobilization of German Labour* (unveröffentlichte Dissertation, Oxford 1983). 70 Albert Speer, *Erinnerungen* (Frankfurt am Main 1969), S. 229.

71 Siehe BAK, R43 11/3153, besonders fol. 188-240.

72 BAK, Zsg 101/28, fol. 331 («Vertrauliche Informationen» für die Presse, 7. November 1935).

73 BAK, R43 II/194, fol. 103.

74 Mason, *Arbeiterklasse*, Kapitel 21; *Sozialpolitik*, S. 295 ff.

Und es lag nicht einfach an Hitlers Ansichten über die Rolle der Frau, sondern eher an der Angst der Nazis vor möglichen Auswirkungen auf die Moral und Arbeitsdisziplin, wenn das Regime vor einer umfassenden Mobilisierung der Frauen zu Kriegszwecken zurückscheute.⁷⁵

Die weitreichenden Schlüsse, die Mason aus diesen Anhaltspunkten für die «Schwäche» Hitlers und des Regimes zieht, sind jedoch von ganz verschiedenen Forschungsrichtungen kritisiert worden, und Masons These hat insgesamt kaum allgemeine Zustimmung gefunden. Zum Beispiel ist argumentiert worden, trotz aller in den Jahren 1938/39 vielleicht objektiv existierenden Wirtschaftsprobleme gebe es keine Anzeichen dafür, dass die Naziführung – und vor allem Hitler – sich einer allgemeinen politischen Systemkrise *bewusst* gewesen wäre und sich ihr deshalb ein unmittelbar bevorstehender Krieg als einziger Ausweg aufgedrängt hätte.⁷⁶ Darüber hinaus könnte man den Standpunkt vertreten, Mason habe die politische Bedeutung und sogar das Ausmass der industriellen Unruhen übertrieben dargestellt und von einer gegen das System gerichteten Arbeiteropposition gesprochen, obwohl es hier gar nicht um ein spezielles Phänomen des Nationalsozialismus ging, sondern (wie in England während des Krieges) um ein Kennzeichen der kapitalistischen Wirtschaft in Zeiten der Vollbeschäftigung.⁷⁷ Aus diesen Gründen sind bei einer Interpretation, die davon ausgeht, 1938/39 habe eine industrielle Opposition eine politische Krise des NS-Systems ausgelöst, grösste Zweifel angebracht. Und in Bezug auf den Zeitpunkt des Kriegsbeginns ist überzeugend angeführt worden, so wichtig die innenpolitische Lage auch gewesen sei, sei der entscheidende Faktor doch das internationale Gleichgewicht der Kräfte und insbesondere die relative Rüstungsposition der mit Deutschland konkurrierenden Mächte gewesen. Das Gefühl, handeln zu müssen, sei daher nicht von der Angst vor inneren Unruhen, sondern vom Stand des von Deutschland entfesselten Rüstungswettlaufs bestimmt gewesen.⁷⁸ Während westdeutsche Kritiker die Ansicht vertraten, Mason unterschätze Hitlers «politisch autonome Ziele» und Hitlers

75 Siehe Dörte Winkler, *Frauenarbeit im Dritten Reich* (Hamburg 1977); Tim Mason, «Women in Nazi Germany», *HWJ1* (Frühjahr 1976), S. 74-113, und besonders *HWJ2* (Herbst 1976), S. 5-32; und Salter, *Mobilization*.

76 Siehe Herbst (siehe Kapitel 3 Anmerkung 47).

77 Siehe Winkler, «Vom Mythos der Volksgemeinschaft» (siehe Kapitel 3 Anmerkung 47).

78 Siehe Dülffer, «Der Beginn des Krieges» (siehe Kapitel 3 Anmerkung 47).

Kriegsentschluss sei «allein politischen Motiven» entsprungen,⁷⁹ behaupteten DDR-Historiker, Mason unterschätze die aggressiven imperialistischen Ziele, Absichten und politischen Strategien des Monopolkapitals und erhöhe Hitler «zur einzigen ausschlaggebenden agierenden Kraft»⁸⁰. Beiden Kritikergruppen war – aus völlig entgegengesetzten Gesichtspunkten – bei dem Gedanken unwohl, dass Mason Hitler und dem NS-Regime eine Schwäche zuschrieb, denn das führte zu einer Interpretation, die die *Absichten* des Regimes nicht genug berücksichtigte und fälschlich davon ausging, dass dieses Regime aus einer Position der Schwäche heraus und ohne klare Richtung in den Krieg gestolpert sei.⁸¹

Dies sind gewichtige Kritikpunkte, auch wenn sie Masons Thesen manchmal etwas verzerrt wiederzugeben scheinen, der zum Beispiel betonte, die *Hauptursache* des Krieges müsse man in den rassenbezogenen und antikommunistischen Zielen der Naziführung und im Wirtschaftsimperialismus der deutschen Industrie suchen und nicht in der Krise des NS-Systems.⁸² Doch wird durch diese Kritik deutlich, dass nach einer Synthese von «Intention» und «Struktur» gesucht werden muss und in ihnen keine polaren Gegensätze gesehen werden sollten. Es scheint in der Tat festzustehen, dass Hitlers Absichten und die sozioökonomischen «strukturellen Faktoren» der Naziherrschaft keine antagonistischen Pole waren, die in entgegengesetzte Richtungen drängten, sondern dass sie in einer dialektischen Wechselbeziehung in dieselbe Richtung strebten. Folglich ist es so gut wie unmöglich, die «Intention» als kausalen Faktor von den unpersönlichen Bedingungen zu trennen, die den Rahmen prägen, in dem Absichten erst zum Tragen kommen können. Gleichzeitig scheint die Erkenntnis wichtig, dass eine «Intention» keine eigenständige Kraft ist, sondern dass die Ausführung des Beabsichtigten von Umständen beeinflusst wird, die ursprünglich vielleicht durch die Intention herbeigeführt worden sind, dann aber eine Eigen-dynamik entwickelt haben. Im vorliegenden Fall hatten Hitler und die NS-

79 Hildebrand, *Das Dritte Reich*, S. 159.

80 Lotte Zumpe, Besprechung von Masons *Arbeiterklasse* in *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* (1979), Heft 4, S. 175.

81 Auf DDR-Seite wurde dieser Standpunkt überzeugend von Kurt Gossweiler in einer Besprechung von Masons *Arbeiterklasse* in *Deutsche Literaturzeitung* 99 (1978), Heft 7/8, S. 538, vertreten.

82 Mason, «Innere Krise», S. 186. Seiner Ansicht nach bestimmte (und erklärt) die Krise, welche Art von Krieg Deutschland führen konnte.

Führung zweifellos die Absicht, den Krieg zu führen, der in ihren Augen Deutschlands Probleme lösen würde (und sie wurden dabei von führenden Teilen der wirtschaftlichen und militärischen Elite aktiv unterstützt). Doch nahm der Krieg nur langsam konkrete Formen an und dann keineswegs ganz in der Weise, wie Hitler es sich vorgestellt hatte. Goebbels' Tagebuchnotizen zufolge erging noch im Herbst 1935 von Hitler an die Minister und Militärs nur die vage Anweisung: «Im Übrigen rüsten und bereit machen. Europa ist wieder in Bewegung. Wenn wir klug sind, werden wir die Gewinner sein.»⁸³ Dass der Aufrüstung absolute Priorität gegeben wurde, war eine *politische* Entscheidung, die gleich zu Beginn des Dritten Reiches fiel; und dieser Entschluss war eine der Wurzeln für die unauflösbaren Spannungen, die in der Wirtschaft zwischen der Versorgung mit Rüstungs- und mit Konsumgütern bestanden. Ab 1936 waren die Würfel gefallen, und es gab kein Zurück mehr, wenn das Regime weiterbestehen wollte. Man hatte sich auf einen Kurs festgelegt: auf die einzig mögliche Art von Krieg, die Deutschland führen konnte – einen Blitzkrieg –, und das eher in näherer als in fernerer Zukunft. Die Wirtschaftsprobleme nahmen 1937-39 enorm und rasch zu. Hitler konnte wenig daran ändern, auch wenn man von den Quellen her den Eindruck gewinnt, dass er kaum daran interessiert war, irgendetwas zu tun, und dabei der fatalistischen Ansicht war, die Situation werde sich erst nach dem Endsieg bereinigen lassen – nach dem Krieg, den er ständig als unvermeidlich vorhergesagt hatte. Auf jeden Fall war Hitler zu diesem Zeitpunkt mehr mit strategischen Fragen und aussenpolitischen Angelegenheiten beschäftigt. Die Dynamik, die von der sich rasch weiter verschlechternden internationalen Lage ausging, bestärkte Hitler in seiner Angst, dass Deutschland keine Zeit zu verlieren habe und man nur dann auf Erfolg hoffen könne, wenn man sich durch ein frühes Losschlagen einen Vorteil verschaffe. Diplomatische, taktische und wirtschaftliche Faktoren waren mittlerweile so eng miteinander verwoben, dass es nicht möglich ist, den einen oder anderen als einzig entscheidenden Faktor herauszugreifen.⁸⁴ Zusammen führten sie dazu, dass Hitler 1939 dann den Krieg bekam, den er ge-

83 Eintrag vom 19. Oktober 1935, in *Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente* (hg. v. Elke Fröhlich), Teil 1, Band 2 (München u.a. 1987), S. 529.

84 Siehe Carr, *Arms, Autarky, and Aggression* (siehe Kapitel 3 Anmerkung 26), S. 65.

wollt hatte – von seinem «programmatischen» Standpunkt aus jedoch gegen den «falschen» Gegner (Grossbritannien) und zum relativ bestmöglichen, aber für Deutschland keineswegs idealen Zeitpunkt. Als der Krieg erst einmal begonnen hatte, verdeckte eine Reihe von Blitzkriegserfolgen für eine Weile die grundlegenden Schwächen der deutschen Kriegswirtschaft, deren volle Mobilisierung den Nazis nicht gelang und die erst dann einigermassen effizient zu funktionieren begann, als die Nation mit dem Rücken an der Wand stand.

Wenn man den Verlauf der Entwicklung im Dritten Reich erklären möchte, kommt man um Hitlers «Intentionen» nicht herum. Für sich genommen bieten sie jedoch keineswegs eine ausreichende Erklärung. Der Bedingungsrahmen, in dem sich Hitlers «Wille» als Regierungs-«politik» ausführen liess, war nur in geringem Masse von Hitler selbst geprägt und machte darüber hinaus das schliessliche Scheitern seiner Ziele und die Zerstörung des Dritten Reiches fast unvermeidlich. Von dem, was sich in der Innenpolitik bis mindestens zur Mitte des Krieges abspielte, kann man in den meisten Fällen kaum behaupten, es sei Hitlers «Wille» und «Intention» zuwidergelaufen oder habe ihnen widersprochen, und so fällt es schwer, sich Hitler als einen «schwachen Diktator» vorzustellen – auch wenn sich diese Vorstellung heuristisch gesehen vielleicht als nützlich erwiesen haben mag. Auf der anderen Seite war der Vollzug seines «Willens» keine so geradlinige und von vornherein klare Angelegenheit, wie es die «Intentionalisten» gerne hätten. Wenn Hitler einerseits kein «schwacher Diktator» war, so war er andererseits doch auch kein allmächtiger «Herr und Meister im Dritten Reich».

Zu einer Erklärung des Dritten Reiches gehören sowohl die «Intention» als auch die «Struktur» als wesentliche Elemente dazu und bedürfen einer Synthese, statt einer Spaltung in ein Gegensatzpaar. Hitlers «Intentionen» scheinen vor allen Dingen für die Schaffung eines Klimas wichtig gewesen zu sein, in dem die entfesselte Dynamik diese Absichten dann zu einer sich selbst bewahrheitenden Prophezeiung werden liess. Das Dritte Reich liefert einen klassischen Beweis für den von Mason zitierten Marxschen Satz: «Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.»⁸⁵

85 Karl Marx, *Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte* (Frankfurt am Main 1971), S. 9. Zitiert in Mason, «Intention and Explanation», S. 37.

In den zwei folgenden Kapiteln werden wir die Frage stellen müssen, welche Relevanz solche Schlussfolgerungen für die antijüdische und die Aussenpolitik haben – Bereiche, in denen Hitlers eigene ideologische Zwangsvorstellungen offensichtlicher zum Ausdruck kamen als auf dem Gebiet der Innenpolitik.

5 Hitler und der Holocaust

Die Hauptaufgabe des Historikers besteht darin, für komplexe geschichtliche Entwicklungen eine rationale Erklärung zu liefern. Doch wenn es darum geht, den Holocaust zu erklären, stösst der Historiker bald an die Grenzen seines Vermögens. Allein schon die Frage, wie es möglich war, dass ein kulturell und wirtschaftlich hochentwickelter moderner Staat «die systematische Ermordung eines ganzen Volkes durchführen konnte, und zwar aus dem einzigen Grund, weil es sich um Juden handelte», lässt einen Grad von Irrationalität erahnen, der einem historischen Verständnis kaum zugänglich ist.¹ Und der Begriff «Holocaust» impliziert eine beinahe sakrale Einzigartigkeit der schrecklichen Ereignisse: Er steht für das absolut Böse, für ein in Wirklichkeit ausserhalb des normalen Geschichtsprozesses stehendes, spezifisch jüdisches Schicksal – für «ein mysteriöses Ereignis, sozusagen ein verkehrtes Wunder, ein Ereignis von religiöser Bedeutung in dem Sinne, dass es kein Menschenwerk ist – jedenfalls nicht das, was man normalerweise unter diesem Begriff versteht»². Dabei hat sich der Terminus in dieser speziellen Bedeutung relativ spät eingebürgert. Erst Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre gingen jüdische und dann auch andere Autorinnen und Autoren dazu über, statt des genau beschreibenden Begriffs

1 Lucy Dawidowicz, *Der Krieg gegen die Juden 1933-1945* (München 1979), S. 7. Für die folgenden Ausführungen siehe Geoff Eley, «Holocaust History» (Kapitel 1, Anmerkung 45).

2 Yehuda Bauer, *The Holocaust in Historical Perspective* (London 1978), S. 31. In dem Kapitel, dem dieses Zitat entnommen ist, greift Bauer die «Mystifizierung» des Holocaust an. Er selbst unterscheidet (S. 31-35) zwischen Genozid – «gewaltsamer, ja mörderischer Entnationalisierung» – und dem «einmalig einzigartigen» Holocaust – «völliger Ermordung jedes einzelnen Gemeindemitglieds». Ich muss gestehen, dass ich die Definition oder Unterscheidung nicht sehr überzeugend oder analytisch hilfreich finde.

«Genozid» (beziehungsweise «Völkermord») für die Vernichtung der Juden die Bezeichnung «Holocaust» zu verwenden.*

Angesichts der «Mystifizierung» und religiös-kulturellen Eschatologie, die manche Autorinnen und Autoren mit der Bezeichnung «Holocaust» verbinden, stehen jüdische Historikerinnen und Historiker vor keiner leichten Aufgabe – und das bei einem Thema, das verständlicherweise und gerechtfertigterweise «mit Emotionen und moralischer Wertung belastet ist»³. Doch gerade weil das Problem so emotional gefärbt ist, dürfte es nicht] jüdischen Historikerinnen und Historikern noch grössere Schwierigkeiten bereiten, im Hinblick auf die Greuel, nicht allein von Auschwitz, eine sensible und angemessene Sprache zu finden. Das Problem ist so heikel, dass ein Wort an der falschen Stelle oder ein falsch verstandener Satz leicht zu sehr hitzigen Reaktionen und Gegenreaktionen führt.

Nichtjüdische Historikerinnen und Historiker haben jedoch zwangsläufig einen anderen Blickwinkel als jüdische. Und wenn wir aus dem Holocaust «lernen» sollen, dann müssen wir wohl – bei aller Anerkennung der «historischen» Einzigartigkeit in dem Sinne, dass *bisher* nichts direkt Paralleles geschehen ist – akzeptieren, dass sich in Zukunft und bei anderen Völkern als dem deutschen und dem jüdischen möglicherweise etwas Ähnliches ereignen *könnte*. Bei einer weitergefassten Sicht des Problems wird so aus dem Versuch, den Holocaust mit Hilfe der jüdischen Geschichte oder auch der deutschjüdischen Beziehungen zu «erklären», eine Pathologie des modernen Staates und ein Versuch, die dünne Tünche der «Zivilisation» in hochentwickelten Industriegesellschaften zu verstehen. Speziell auf die NS-Diktatur angewandt, erfordert das eine Untersuchung komplexer Herrschaftsprozesse und eine Bereitschaft, die Verfolgung der Juden in einen breiteren Kontext eskalierender Rassendiskriminierung und genozidaler Tendenzen zu stellen, die sich gegen verschiedene Minderheitsgruppen richten. Das soll nicht heissen, dass man nun vergessen soll, welchen besonderen Stellenwert die Juden in der Nazidoktrin einnahmen; vielmehr soll damit gesagt werden, dass das Problem einer Erklärung des Holocaust Teil

3 Dawidowicz, *Krieg*, S. 7.

* Anders als im angelsächsischen Raum hat sich dieser Begriff im deutschsprachigen Raum längst nicht durchgesetzt; jedenfalls sucht man ihn in den meisten Konversationslexika vergebens. – Anm. d. Übers.

der grösseren Fragestellung ist, wie das Naziregime funktionierte – vor allem, wie im NS-Staat Beschlüsse zustande kamen und ausgeführt wurden.

Das Hauptproblem bleibt deshalb, wie es dazu kam, dass der Judenhass der Nazis in Regierungspraxis umgesetzt wurde, und welche Rolle genau Hitler bei diesem Prozess spielte. So täuschend einfach diese Frage auch klingt, steht sie doch im Mittelpunkt der gegenwärtigen Auseinandersetzungen über den Holocaust und bildet die Grundlage der folgenden Untersuchung, die einen Überblick über die neuere Forschung und Interpretation geben möchte und anschliessend eine Auswertung versucht.

Interpretationen

In beiden Teilen Deutschlands haben sich die Historikerinnen und Historiker erst nach und nach mit dem Antisemitismus und der Judenverfolgung befasst. Erst im Gefolge des Eichmann-Prozesses in Israel und der Enthüllungen bei den KZ-Prozessen in der Bundesrepublik kam in Westdeutschland eine ernsthafte historische Auseinandersetzung mit dem Holocaust in Gang. Doch auch dann stiessen die geschichtswissenschaftlichen Ergebnisse und die öffentliche «Aufklärung» über das Schicksal der Juden bei der deutschen Bevölkerung nur auf ein geringes Echo. Das öffentliche Bewusstsein wurde erst angesprochen, als 1979 im westdeutschen Fernsehen die hollywoodmässige amerikanische Verfilmung des Holocaustdramas gezeigt wurde.⁴ Auch in der DDR ging die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Judenverfolgung praktisch auf die sechziger Jahre zurück, wenn

4 Siehe die ausgezeichnete historiographische Übersicht von Konrad Kwiet, «Zur historiographischen Behandlung der Judenverfolgung im Dritten Reich», *MGM* (1980), Heft 1, S. 149-192, hier besonders S. 149-153; sowie Otto Dov Kulka's nützliche Untersuchung «Major Trends and Tendencies of German Historiography on National Socialism and the Jewish Question (1924-1984)», *Yearbook of the Leo Baeck Institute* 30 (1985), S. 215-242. Gründliche Analysen der inzwischen äusserst umfangreichen Literatur zu den meisten Aspekten des Holocaust finden sich in den Aufsätzen von Saul Friedländer, «From Anti-Semitism to Extermination. A Historiographical Study of Nazi Policies towards the Jews and an Essay in Interpretation», *Yad Vashem Studies* 16 (1984), S. 1-50, und Michael Marrus, «The History of the Holocaust. A Survey of Recent Literature», *JMH* 59 (1987), S. 114-160, sowie ders., *The Holocaust in History* (London 1988).

auch der Umstand, dass in der marxistisch-leninistischen Geschichtskonzeption der Rassenhass unter Klassenkampf und Imperialismus subsumiert wurde, dazu führte, dass speziell zum Holocaust bis zu den politischen Umwälzungen von 1989 nur wenige bedeutende Werke erschienen.⁵ Kurt Pätzolds Veröffentlichungen bedeuteten auf diesem Gebiet einen wichtigen Fortschritt innerhalb der DDR-Wissenschaft, während sie gleichzeitig fest im marxistisch-leninistischen Rahmen verankert blieben.⁶

Die Forschung und die wissenschaftliche Debatte haben ihre Hauptimpulse daher hauptsächlich von ausserhalb Deutschlands empfangen – in erster Linie von jüdischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Israel und anderen Ländern und in zweiter Linie von nicht jüdischen Historikerinnen und Historikern ausserhalb Deutschlands. Doch selbst wo der ursprüngliche Anstoss zur Debatte von nichtdeutschen Autorinnen und Autoren ausging – und die Kontroversen, die ausgelöst wurden durch Hannah Arendts Veröffentlichungen zum Eichmann-Prozess⁷, durch David Irving's Versuch, Hitler vom Wissen um die «Endlösung» reinzuwaschen⁸ und durch die Goldhagen-Debatte, sind hier nur die spektakulärsten Beispiele – , ist die anschliessende Diskussion in der Bundesrepublik stark vom weiter oben bereits angesprochenen intellektuellen Klima der deutschen Geschichtsschreibung zum Nationalsozialismus beeinflusst worden. Insofern sind die Konturen der Debatte über Hitler und die Durchführung der «Endlösung» – das Thema dieses Kapitels – wiederum eigentümlich westdeutsch geprägt, und das selbst dort, wo wertvolle Beiträge von ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eingebracht worden sind.

5 Siehe Konrad Kwiet, «Historians of the German Democratic Republic on Antisemitism and Persecution», *Yearbook of the Leo Baeck Institute* 21 (1976), S. 173-198.

6 Siehe Kurt Pätzold, *Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung* (Berlin/DDR 1975), und «Vertreibung» (siehe Kapitel 3 Anmerkung 56).

7 Siehe Hannah Arendt, *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen* (Reinbek 1983, übers. v. Brigitte Granzow; zuerst Anfang der sechziger Jahre veröffentlicht).

8 David Irving, *Hitler's War* (London 1977). [In der 1975 in Frankfurt am Main erschienenen deutschen Ausgabe, *Hitler und seine Feldherren*, waren allerdings auf Veranlassung des Verlages die Irving'schen Thesen zur Entlastung Hitlers von der Judenvernichtung ausgelassen worden (Anm. d. Übers.).] Siehe die vernichtende Kritik von Martin Broszat, «Hitler und die Genesis der ‚Endlösung‘. Aus Anlass der Thesen von David Irving», *VfZ* 25 (1977), S. 737-775, besonders S. 759 ff.

Das Auseinanderklaffen der Interpretationsmeinungen zu diesem Thema bringt uns wieder zur Dichotomie von «Intention» und «Struktur» zurück, mit der wir schon zu tun hatten. Der konventionelle und dominierende «hitleristische» Ansatz geht von der Annahme aus, dass Hitler selbst von einem sehr frühen Zeitpunkt an ernstlich daran dachte, die Juden physisch zu vernichten, und dass dies für ihn ein Hauptziel war, das er unbeirrbar verfolgte. Dieser Interpretationssicht zufolge lassen sich die verschiedenen Phasen der Judenverfolgung direkt aus der unabweichlichen Kontinuität der Ziele und Absichten Hitlers herleiten; und die «Endlösung» muss demnach als zentrales Ziel gesehen werden, dessen Verwirklichung der Diktator von Beginn seiner politischen Karriere an erstrebte, sowie als Ergebnis einer mehr oder weniger konsequenten (allein «taktischen» Abweichungen unterliegenden) Politik, die von Hitler «vorprogrammiert» war und letztlich den Befehlen des Führers entsprechend durchgeführt wurde. Im Gegensatz dazu stellt der «strukturalistische» Ansatz die unsystematische und improvisierte Entwicklung der NS-Judenpolitik heraus, die hier als eine Serie von Ad-hoc-Reaktionen eines aufgesplitterten und chaotischen Regierungsapparats gesehen wird. Obwohl dadurch, so wird argumentiert, eine unvermeidliche Radikalisierungsspirale erzeugt worden sei, sei die tatsächliche physische Vernichtung der Juden nicht von vornherein geplant worden, sei vor 1941 auch zu keiner Zeit in irgendeinem realistischen Sinne vorstellbar oder vorhersagbar gewesen und habe sich ad hoc als «Lösung» für die massiven, selbstverursachten Verwaltungsprobleme des Regimes ergeben.

Eine Interpretation, die in der Vernichtung des europäischen Judentums die «programmgemässe» Vollstreckung von Hitlers unveränderbarem Willen sieht, hat (wenn in Wirklichkeit auch nur oberflächlich) etwas unmittelbar Verlockendes und Plausibles an sich. Sie passt gut zu den Ansichten jener Historikerinnen und Historiker, die das Dritte Reich mit Hilfe der Entwicklung einer spezifisch deutschen Ideologie zu erklären suchen und dabei als ursächlichem Faktor für den Erfolg des Nationalsozialismus der Verbreitung antisemitischer Gedanken und der Schaffung eines ideologischen Klimas, in dem Hitlers radikaler Antisemitismus Anklang finden konnte, grosses Gewicht beimessen.⁹ Es fällt natürlich nicht schwer, die grundle-

9 Zum Beispiel George L. Mosse, *The Crisis of German Ideology* (London 1964). Die Debatte, die durch die Veröffentlichung von Daniel Goldhagens umstrittenem Buch

gende Kontinuität und innere Logik von Hitlers leidenschaftlichem Juden-hass aufzuzeigen, den er von seinem 1919 erfolgten Eintritt in die Politik bis zur Abfassung seines Politischen Testaments Ende April 1945 durchgängig in denkbar extremster Weise zum Ausdruck brachte. Diese Interpretation deckt sich auch mit dem «Totalitarismus»-Modell, demzufolge Staat und Gesellschaft dermassen «koordiniert» waren, dass sie zu Ausführungsorganen der Wünsche Hitlers wurden, und Hitler als unangefochtener «Herr und Meister im Dritten Reich» die Politik von oben herab bestimmte – zumindest in den Bereichen, die ihn wie die «Judenfrage» sehr stark interessierten. In diesem Lichte gesehen, scheint die Logik des Gangs der antijüdischen Politik, angefangen vom Boykott und den Gesetzen im Frühjahr 1933 bis hin zu den Gaskammern von Treblinka und Auschwitz, klar zu sein. Grob gesagt wurden Millionen von europäischen Juden ermordet, weil Hitler, der deutsche Diktator, es wollte – und schon immer gewollt hatte, seit er mehr als zwei Jahrzehnte zuvor die politische Bühne betreten hatte.¹⁰ Diese Erklärung des Holocaust beruht, kurz gesagt, in starkem Masse auf der Annahme, die Antriebskraft und Autonomie des einzelnen menschlichen Willens sei der für den Lauf der Geschichte entscheidende Faktor.

Zahlreiche einflussreiche Arbeiten zur Vernichtung der Juden vertreten diese oder eine ähnliche Art von «hitleristischem» Ansatz. Lucy Dawidowicz erklärt zum Beispiel in ihrem mit viel Beifall bedachten Buch *Der Krieg gegen die Juden*, Hitlers Idee für die «Endlösung» gehe auf ein Erlebnis zurück, das er 1918 im Pasewalker Hospital gehabt habe; und bei der Abfassung des zweiten Bandes von *Mein Kampf* sei er 1925 «nun offen für

Hitlers willige Vollstrecker (übers. v. Klaus Kochmann, Berlin 1996) ausgelöst wurde, hat dazu beigetragen, die Aufmerksamkeit erneut auf die Bedeutung des Antisemitismus und seine Verbreitung in Deutschland zu lenken und Interpretationen, die hierin die Hauptursache für den Holocaust sehen, neu zu beleben. Eine ausgezeichnete Neubewertung der während der Weimarer Zeit gegen Juden gerichteten Gewalt findet sich bei Dirk Walter, *Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik* (Bonn 1999).

10 Mason, «Intention and Explanation» (siehe Kapitel 1 Anmerkung 25), S. 32. Siehe auch die «Erklärung», die Sarah Gordon in ihrem Band *Hitler, Germans, and the Jewish Question* (Princeton 1984), S. 316, für den Holocaust gibt: Der Grund dafür, dass Millionen von Juden umgebracht wurden, sei darin zu sehen, «dass die Macht total bei einem Mann konzentriert war und dieser Mann zufällig ihre ‚Rasse‘ hasste».

sein Vernichtungsprogramm eingefreten]», und zwar mit Worten, die «die Pläne für seine Politik bestimmen [sollten], als er an die Macht gelangte». Dawidowicz schreibt von dem «grossen Plan» in Hitlers Kopf, von langfristigen Plänen zur Verwirklichung seiner ideologischen Ziele, in deren Mittelpunkt die Vernichtung der Juden gestanden habe, und meint, die Durchführung seines Plans sei nur davon abhängig gewesen, einen günstigen und zweckmässigen Moment zu finden. Sie kommt zu dem Schluss: «Hitlers Entschluss vom November 1918 führte durch einen zeitlichen Irrgarten zu Operation Barbarossa. Es hatte niemals eine ideologische Abweichung oder eine Unentschlossenheit gegeben. Am Ende kam es nur auf die Gelegenheit an.»¹¹

Eine ähnliche Neigung zu einer personalisierten Erklärung des «Holocaust» ist, wie kaum überraschen dürfte, in führenden Hitler-Biographien zu finden. Bei Toland heisst es, Hitler sei bereits 1919 für die physische Vernichtung der Juden eingetreten und habe seinen Judenhass in ein definitives «politisches Programm» umgesetzt.¹² Auch Haffner spricht von einem «lange gehegten Wunsch, die Juden ganz Europas auszurotten», und davon, dass Hitler dieses Ziel «von Anfang an» verfolgt habe.¹³ Fest stellt eine Verbindung zwischen der ersten Vergasung von Juden 1941 in der Nähe von Chelumno in Polen und Hitlers eigenen, im Ersten Weltkrieg gemachten Erfahrungen her, aus denen dieser die in *Mein Kampf* dokumentierte berühmte «Lehre» gezogen hatte, dass es vielleicht einer Million Deutscher «das Leben gerettet» hätte, wenn man zwölf- bis fünfzehntausend Juden zu Beginn oder während des Krieges «unter Giftgas gehalten» hätte.¹⁴ Und Binion vertritt in seiner «psychohistorischen» Studie die Ansicht, Hitlers Mission, «Deutschlands jüdischen Krebs» zu entfernen und das «jüdische Gift» auszumerzen, sei aus Halluzinationen hervorgegangen, die er gehabt habe, als er sich in Pasewalk von einer Senfgasvergiftung erholte. Dort habe Hitler angeblich das Trauma vom Tod seiner Mutter (die bei einem jüdischen Arzt in Behandlung gewesen war) in eine hysterische Verbindung zu seinem mit der deutschen Niederlage von 1918 verknüpften

¹¹ Dawidowicz, *Krieg*, S. 139-152.

¹² John Toland, *Adolf Hitler* (Bergisch-Gladbach 1977), S. 121.

¹³ Haffner (siehe Kapitel 4 Anmerkung 11), S. 178-179.

¹⁴ Fest (siehe Kapitel 4 Anmerkung 9), Band 2, S. 930 (Ullstein-Ausgabe Frankfurt am Main, Berlin und Wien 1976); Adolf Hitler, *Mein Kampf* (München 1933), S. 772.

Trauma gebracht. Hitler sei aus seinem tranceartigen Zustand mit dem Entschluss erwacht, in die Politik zu gehen, um in Erfüllung seiner Mission «Deutschlands Niederlage ungeschehen zu machen und umzukehren» und die Juden umzubringen. Dies sei seine politische «Hauptbahn» gewesen, die von Pasewalk nach Auschwitz geführt habe.¹⁵

Auch Gerald Flemings Untersuchung, in der er so umfassend wie möglich Hitlers persönliche Verantwortung für die «Endlösung» zu dokumentieren sucht, liegt dieselbe Hauptprämisse zugrunde, der Holocaust sei dadurch ausreichend erklärt, dass Hitler schon früh geäußert habe, er wolle die Juden ausrotten, und dann unerschütterlich an dieser Absicht festgehalten habe. Zwar konzentriert sich das Buch fast ausschliesslich auf die eigentliche Phase der Ausrottung, aber die Eingangskapitel befassen sich mit Hitlers wachsendem Antisemitismus. Dort wird wiederholt die Behauptung aufgestellt, «ein gerader Weg» habe von Hitlers persönlichem Antisemitismus und der Entwicklung seines ursprünglichen Judenhasses zu den von ihm im Krieg erteilten Vernichtungsbefehlen geführt – «ein gerader Weg von Hitlers Antisemitismus Linzer Prägung aus der Zeit 1904-1907 bis zu den ersten Massenerschiessungen reichsdeutscher Juden im Fort IX in Kowno am 25. und 29. November 1941». Die physische Vernichtung war nach Flemings Ansicht das Ziel, an dem Hitler vom Erlebnis der Novemberrevolution 1918 an bis zu seinem Ende im Bunker beständig festhielt, und Anfang der zwanziger Jahre habe Hitler dann «einen strategischen Plan zur Verwirklichung seines politischen Ziels» entwickelt.¹⁶

In den einflussreichsten Arbeiten führender westdeutscher Experten zum Dritten Reich wird Hitler ausserdem zugeschrieben, er habe unerschütterlich an seinem Ziel festgehalten, die antijüdische Politik von Anfang bis Ende massgeblich bestimmt und eine entscheidende Rolle bei der Initiierung und Vollstreckung der «Endlösung» gespielt. Auch wenn die sogenannten «Programmologen» bereit sind, «der historischen Situation einen vergleichsweise hohen „Stellenwert“ für die Verwirklichung der national-

15 Binion (siehe Kapitel 4 Anmerkung 12), S. 117-119 und Kapitel 1 und 4; Toland, S. 1142 Anmerkung 55 [dort allerdings nur verkürzte Wiedergabe des amerikanischen Textes (New York 1976), S. 934, auf den sich obige Stelle bezieht – Anm. d. Übers.].

16 Gerald Fleming, *Hitler und die Endlösung. «Es ist des Führers Wunsch»* (Wiesbaden und München 1982), S. 13-27 (wo mindestens viermal von Hitlers «geradem Weg» die Rede ist).

sozialistischen ‚Judenpolitik‘ einzuräumen»¹⁷, sind in ihren Augen die anti jüdischen Ziele und Massnahmen der Nazis doch aufs Engste mit der Aus-senpolitik verknüpft und genau wie diese auf langfristige «Endziele» hin angelegt gewesen und wurden «in sich sachlogisch konsequent und [...] stu-fenweise vorangetrieben»¹⁸. Klaus Hildebrand fasst die Position klar und prägnant zusammen: «Grundlegend für das nationalsozialistische Genocid war Hitlers Rassendogma. [...] als primär und verursachend, als Motiv und Ziel, als Vorsatz und Fluchtpunkt der Judenpolitik’ des Dritten Reiches aber sind nach wie vor Hitlers programmatische Ideen über Judenvernichtung und Rassenherrschaft einzuschätzen.»¹⁹ Für den Schweizer Historiker Walther Hofer «ist es schlechterdings unerfindlich, wie die Behauptung aufgestellt werden kann, die Rassenpolitik des Nationalsozialismus sei nicht die Verwirklichung der Weltanschauung Hitlers gewesen»²⁰.

Hofers Bemerkungen sind Teil einer besonders aggressiven Kritik am «strukturalistischen» Ansatz der «revisionistischen» Historiker. Das spezi-elle Angriffsziel war in diesem Falle Hans Mommsen, dem vorgeworfen wird, er sehe den offensichtlichen Zusammenhang zwischen der Verkün-dung des Hitlerschen Programms (in *Mein Kampf* und an anderer Stelle) und dessen späterer Verwirklichung nicht, weil er ihn nicht sehen wolle.²¹ Mommsen selbst hat in einer Reihe von Artikeln überzeugend dargelegt, dass die Vollstreckung der «Endlösung» keineswegs Hitler allein zuge-schrieben werden könne und ebensowenig rein ideologischen Faktoren in der deutschen politischen Kultur.²² Vielmehr müsse im Dritten Reich die Erklärung im eigentümlich aufgesplitterten Entscheidungsprozess gesucht werden, der zu improvisierten bürokratischen Initiativen mit ihrer imma-nenten Eigendynamik geführt und einen dynamischen kumulativen Radika-

17 Hildebrand, *Das Dritte Reich*, S. 178.

18 Hillgruber, *Endlich genug?*, S. 64-66 und S. 52 Anmerkung 88.

19 Hildebrand, *Das Dritte Reich*, S. 178.

20 Hofer (siehe Kapitel 1 Anmerkung 2), S. 14.

21 Hofer, S. 14.

22 Siehe Hans Mommsen, «Nationalsozialismus oder Hitlerismus?», S. 66-70; «National Socialism: Continuity and Change», S. 179; «Hitlers Stellung», S. 61 ff (genaue Angaben siehe Kapitel 4 Anmerkung 29), und vor allem seinen hervorragenden Artikel «Die Realisierung des Utopischen: Die ‚Endlösung der Judenfrage‘ im ‚Dritten Reich‘». *GG* 9 (1983), S. 381-420, hier besonders S. 394-395 und Anmerkung 48-49, 399, 416-418.

lisierungsprozess gefördert habe. Mommsen hält die Annahme, dass die «Endlösung» auf einen «Führerbefehl» zurückgehen müsse, für falsch. Zwar habe Hitler zweifellos gewusst und gebilligt, was vor sich ging, doch dürfe man nicht einfach die Tatsache übergehen, dass Hitler bekanntermassen dazu geneigt habe, den Dingen ihren Lauf zu lassen und Entscheidungen wo immer möglich aufzuschieben. Ausserdem sei die genannte Annahme weder mit dem Umstand zu vereinbaren, dass Hitler seine persönliche Verantwortung bewusst zu verschleiern suchte, noch damit, dass er eher unterbewusst die eigentliche Realität verdrängte – bei aller Schärfe seiner propagandistischen Äusserungen habe er sich niemals, auch im engsten Vertrautenkreise nicht, wirklich konkret zur «Endlösung» geäussert –, und schliesslich widerspreche diese Annahme auch der im Dritten Reich aufrechterhaltenen Fiktion vom «Arbeitseinsatz» und der bei der Arbeit ablaufenden «natürlichen Auslese». Dementsprechend könne es, so folgert Mommsen, keinen – schriftlichen oder mündlichen – förmlichen «Führerbefehl» für die «Endlösung» der «europäischen Judenfrage» gegeben haben. Wenn in den Quellen statt von einem vagen «Wunsch des Führers» von einem «Befehl» oder einem «Auftrag» die Rede sei, dann beziehe sich das ausnahmslos auf den «Kommissarbefehl»-Komplex vom Frühjahr 1941. Obgleich die Massenerschliessungen von russischen Juden auf dieses als «Kommissarbefehl» bezeichnete Bündel von Anweisungen zurückgingen, müsse man diese von der eigentlichen «Endlösung» unterscheiden – der systematischen Ausrottung des europäischen Judentums. Und dass letzteres auf einem Hitlerbefehl basierte, hält Mommsen weder für aus den Quellen belegbar noch für in sich wahrscheinlich. Vielmehr müsse man folgern, dass Hitler zwar der «ideologische und politische Urheber» der «Endlösung» gewesen sei, dabei aber eine «utopische Zielsetzung» nur «in dem Zwielficht unklarer Befehlsgebung und ideologischer Fanatisierung» harte Realität werden konnte und dass die fanatischen Propagandaäusserungen des Diktators in diesem Klima nur zu bereitwillig als Handlungsanweisungen aufgegriffen wurden – von Männern, die dadurch ihren Eifer, die Effizienz ihres Apparates und ihre politische Unentbehrlichkeit beweisen wollten.

Eine im Wesentlichen ähnliche Interpretation vertritt Martin Broszat in seiner tiefgründigen Analyse der Genese der «Endlösung».²³ Broszat ist der Auffassung, es habe «überhaupt keinen umfassenden allgemeinen Vernich-

23 Broszat, «Genesis» (siehe oben Anmerkung 8), S. 753-757.

tungsbefehl gegeben», vielmehr habe sich «das ‚Programm‘ der Judenvernichtung [...] aus Einzelaktionen heraus bis zum Frühjahr 1942 allmählich institutionell und faktisch» entwickelt und «nach der Errichtung der Vernichtungslager in Polen (zwischen Dezember 1941 und Juli 1942) bestimmenden Charakter» erhalten. Nach Broszats Ansicht wurde noch bis zum Herbst 1941 eine Deportation der Juden angestrebt, und erst als die Blitzinvasion in die Sowjetunion unerwartet fehlschlug, sich dadurch bedingt die Deportationspläne als problematisch erwiesen und sich die Gauleiter, Polizeichefs, die SS-Spitze und andere Naziführer in den besetzten Gebieten nicht mehr in der Lage sahen, mit den Massen von Juden fertig zu werden, die in ihren Herrschaftsbereich transportiert und dort konzentriert wurden, seien in wachsender Masse örtliche «Initiativen» ergriffen worden, um die Juden zu «liquidieren». Diese Massnahmen seien dann nachträglich «von oben» abgesehen worden. Dieser Interpretation zufolge entstand daher «die Judenvernichtung [...], so scheint es, nicht nur aus vorgegebenem Vernichtungswillen, sondern auch als ‚Ausweg‘ aus einer Sackgasse, in die [das Regime] sich selbst manövriert hatte. Einmal begonnen und institutionalisiert, erhielt die Liquidierungspraxis jedoch dominierendes Gewicht und führte schliesslich faktisch zu einem umfassenden ‚Programm‘.»

Broszat betont in diesem Artikel (genau wie Mommsen in seinen Veröffentlichungen) ausdrücklich, man dürfe seine Interpretation keineswegs so verstehen, dass hier moralisch gesehen die Verantwortung und Schuld für die «Endlösung» von Hitler genommen würde, der die «Liquidierungsaktionen» – «wer immer sie im Einzelnen vorgeschlagen haben mag» – gebilligt, ihnen zugestimmt und Untergebene zu ihrer Durchführung ermächtigt hatte. Was er damit sagen wolle, sei allerdings, dass im Hinblick auf die tatsächliche Durchführungspraxis der «Endlösung» Hitlers persönliche Rolle nur mittelbar erschlossen werden könne.²⁴ Und moralisch gesehen liege hier die Verantwortung und Schuld nicht allein beim Führer, sondern erstrecke sich ganz klar auf ganze Gruppen und Ämter im NS-Staat.

Noch weiter reduziert sich Hitlers Rolle in der Analyse des DDR-Historikers Kurt Pätzold, der gleichfalls deutlich aufzeigt, dass die «Ausrottungspolitik» erst langsam und spät Gestalt annahm und aus unkoordinierten, aber zunehmend brutaleren Versuchen hervorging, die Juden aus Deutsch-

24 Broszat. «Genesis», S. 756-757.

land und aus von Deutschland beherrschten Gebieten zu vertreiben.²⁵ Diese Beschreibung des Prozesses, der vom ursprünglichen Ziel der Vertreibung zum Völkermord führte, deckt sich mit «strukturalistischen» Erklärungen westlicher Historiker, während Pätzold diesen Prozess gleichzeitig mit einer dynamischen «Zielstrebigkeit» des Naziregimes in Verbindung bringt, die in «strukturalistischen» Darstellungen manchmal übergangen zu werden scheint. Trotz einer rituellen Überbetonung des funktionellen, den Interessen des Monopolkapitals dienenden Zwecks der antijüdischen Massnahmen kommt Pätzolds Behandlung des Themas, wie mir scheint, das Verdienst zu, die Vernichtung der Juden als ein Element im Gesamtkontext des rücksichtslosen und entmenschlichenden Expansionsdrangs des NS-Staats festzumachen. Dies ist eine Umkehrung der «hitleristischen» Interpretation, bei der die Zielstrebigkeit des Nationalsozialismus so gut wie ausschliesslich von der Ideologie des Führers hergeleitet und das Streben der Nazis nach mehr «Lebensraum» im Hinblick auf Hitlers manische Entschlossenheit, die Juden zu vernichten, als untergeordnet betrachtet wird.

Auch führende israelische Holocaustexperten gehen inzwischen davon aus, dass ein langfristiges Ausrottungsprogramm nicht existiert hat. Yehuda Bauer schreibt zum Beispiel: «Die Politik der Nazis gegenüber den Juden nahm eine stufenweise Entwicklung, doch das heisst nicht, dass den Nazis an jedem beliebigen Wendepunkt nicht auch andere Wahlmöglichkeiten offenstanden, die ernsthaft in Erwägung gezogen wurden. In Bezug auf die Juden entwickelte sich in Nazideutschland nur ein klarer Gedanke, der von allen politischen Entscheidungsträgern akzeptiert wurde, nämlich der Gedanke, dass für die Juden in Deutschland letztlich kein Platz war.»²⁶ In einem solchen Standpunkt kommt die Anerkennung von Ergebnissen zum Ausdruck, die eine detaillierte geschichtswissenschaftliche Erforschung der Entwicklung der antijüdischen Politik der dreissiger Jahre erbracht hat und aus deren gründlicher Analyse hervorgeht, dass die «Strasse nach Auschwitz» eine «verschlungene Strasse» war und keineswegs der «gerade Weg», den Fleming und andere gesehen haben.²⁷ Karl Schleunes gelangt in

25 Pätzold, «Vertreibung» (siehe oben Kapitel 3 Anmerkung 56).

26 Bauer, S. 11.

27 Siehe vor allem die Arbeiten von Schleunes und Adam (siehe oben Kapitel 3 Anmerkung 54).

der Tat zu der Ansicht, dass «die Gestalt Adolf Hitlers [...] in diesen Jahren der Suche eine schattenhafte [ist]. Die eigentliche Entscheidung der Judenpolitik trägt zwischen 1933 und 1938 nur selten sichtbar seine Handschrift. Man kann daraus nur schliessen, dass er seine Zeit mit wichtigeren Dingen verbrachte. Die launenhaften Sprünge und Ungereimtheiten, die in den ersten fünf Jahren der Naziherrschaft in der Judenpolitik zu beobachten sind, rühren zum Teil davon, dass er es versäumte, Richtlinien auszugeben.»²⁸ Das Fehlen klarer Ziele führte zu unterschiedlichen und konkurrierenden

28 Schleunes, S. 258. Diese Interpretation wird von David Bankier in einem gut recherchierten Artikel in Frage gestellt: «Hitler and the Policy-Making Process in the Jewish Question», *Holocaust and Genocide Studies* 3 (1988), S. 1-20. Bankier weist überzeugend nach, dass Hitler in der «Judenfrage» häufiger intervenierte als bislang angenommen und sich hin und wieder sogar für Einzelheiten der antijüdischen Politik interessierte. Dennoch geht Bankier zu weit, wenn er aus den gefundenen Quellen schliesst, Hitler habe «den gesamten Vorgang ersonnen, initiiert und gelenkt» (S. 17); seine Argumentation scheint teilweise auf einem Missverständnis (oder einer übertriebenen Darstellung) des von ihm kritisierten strukturalistischen (beziehungsweise funktionalistischen) Ansatzes zu beruhen. Dass Hitler sich in der «Judenfrage» pragmatisch und opportunistisch verhielt, wie der Autor (S. 5-8) zu Recht hervorhebt, wird zum Beispiel von niemandem bezweifelt. Und wenn Bankier scharf kritisiert, dass Hitler – angeblich unter anderem von mir – als «gemässigter» Vertreter der antisemitischen Politik betrachtet wird, so handelt es sich hier um ein Missverständnis. Auch der begeistertste «Strukturalist» geht noch davon aus, dass Hitler in seinen Ansichten extrem radikal war und sich, wenn, dann nur aus taktischen Gründen «gemässigt» (ein übrigens auch von Bankier selbst an einer Stelle, auf S. 16, verwendeter Ausdruck) verhielt, wie ich in *Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich* (siehe oben Kapitel 4 Anmerkung 37) zum Beispiel zu zeigen versucht habe. Es ist auch nie bestritten worden, dass Hitlers «grundlegendes Interesse an allen die Juden betreffenden Angelegenheiten der staatlichen Politik in der Judenfrage als Richtlinie diente» (S. 11) oder dass «Hitlers Ideologie bei der Herausbildung der antisemitischen NS-Politik zweifellos eine starke Rolle spielte» (S. 16). Die Quellen, die Bankier in diesem – kaum in Zweifel zu ziehenden – Rahmen zitiert, belegen allerdings interessanterweise, dass Hitler in manchen Fällen eine widersprüchliche Haltung an den Tag legte (S. 13) und gelegentlich auch Entscheidungen aus dem Wege ging (S. 10f). In den Fällen, die Bankier als Beleg für Hitlers Eingreifen anführt, war es meistens so, dass der «Führer» um die Klärung eines strittigen Problems gebeten wurde. Insofern ist es eine überzogene Verallgemeinerung, wenn der Autor behauptet, radikale Massnahmen seien «von Hitler und niemand sonst» initiiert worden (S. 7). Bankier erwähnt selbst (S. 7, nach H. R. Trevor-Roper [Hg.], *Hitler's Table Talk* [London 1953], S. 90), dass Hitler am 25. Oktober 1941 sagte, er sei – aus taktischen Gründen, wie ich hier noch einmal betonen möchte – sogar im Hinblick auf die Juden untätig gewesen (siehe Werner Jochmann, *Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier 1941-1944* [Hamburg 1980], S. 108), belegt also mit des «Führers» eigenen Worten,

politischen Entscheidungen, die alle auf Schwierigkeiten stiessen. In Bezug auf die «Judenfrage» gab es aber kein Zurück mehr, und hier hatte Hitlers bekannte ideologische Judenbesessenheit – ohne dass der Führer einen Finger zu rühren brauchte – die objektive Funktion, aus einem etwaigen Fehlschlag in einer Richtung (Boycott, Gesetzgebung, «Arisierung» oder Emigration) eine erneute Anstrengung zur «Lösung des Problems» erwachsen zu lassen.²⁹ Wiederum kommt kein Zweifel an Hitlers moralischer Verantwortlichkeit auf und ebensowenig an der Rolle, die seine – wirklichen oder *vermuteten* – Absichten spielten. Doch von einer konsequenten Durchführung ideologischer Prärogative ist wenig oder gar nichts zu sehen: «Die Endlösung war so, wie sie 1941 und 1942 Gestalt annahm, nicht das Produkt eines grossen Plans.»³⁰

Uwe Dietrich Adam gelangt bei seiner Arbeit (die den zusätzlichen Vorteil besitzt, die Untersuchung in die Kriegszeit hinein bis zur Durchführung der «Endlösung» selbst fortzusetzen) zu einer ähnlichen Schlussfolgerung: «Die empirischen Tatsachen bestätigen vorerst nur einmal, dass von einer geplanten und gelenkten Politik auf diesem Gebiet nicht die Rede sein kann, dass ein Gesamtplan über Art, Inhalt und Umfang der Judenverfolgung niemals bestand und dass auch die Massentötung und Vernichtung mit grösster Wahrscheinlichkeit von Hitler nicht a priori als politisches Ziel angestrebt wurde.» Anders als Broszat führt Adam den Beginn der «Endlösung» auf einen persönlichen Befehl Hitlers im Herbst 1941 zurück. Doch müsse man dies seiner Meinung nach in den Kontext «einer inneren Entwicklung» stellen, «die auch Hitler zu einem nicht geringen Teil band».³¹

dass es in der «Judenfrage» auch ohne Hitlers unmittelbare politische Lenkung zu einer Radikalisierung kommen konnte.

29 Siehe Schleunes, S. 259.

30 Schleunes, Einleitung, S. 2.

31 Adam, *Judenpolitik*, S. 313, 357-360. Siehe auch Uwe Dietrich Adam, «An Overall Plan for Anti-Jewish Legislation in the Third Reich?», *Yad Vashem Studies* 11 (1976), S. 33-55, hier S. 34-35. Das Fehlen eines langfristigen «Vernichtungsplans» wird durch die zwei jüngsten Analysen von Arno Mayer und Philippe Burrin voll bestätigt. Auch wenn sich ihre Interpretationen in wichtigen Punkten unterscheiden, so stimmen doch beide darin überein, dass die physische Vernichtung sich erst während des «Russlandfeldzugs» als umfassende «Lösung» herauskristallisierte. Siehe auch Arno J. Mayer, *Why did the Heavens not Darken. The 'Final Solution' in History* (New York

Die hier zusammengefassten divergierenden geschichtlichen Erklärungen des Holocaust sind durch die grundlegende Dichotomie von «Intention» und «Struktur» bedingt. War die systematische Ausrottung der europäischen Juden die unmittelbare Verwirklichung eines ideologisch motivierten Hitlerschen «Vernichtungsplans», den der Führer nach verschiedenen Stufen eines unerbittlichen Entwicklungsprozesses durch einen schriftlichen oder – wahrscheinlicher – mündlichen «Führerbefehl» irgendwann im Laufe des Jahres 1941 in Kraft setzte? Oder kam die «Endlösung» stückweise und ohne irgendeinen Befehl von Seiten Hitlers zustande – als «ein zwingendes Resultat des Systems kumulativer Radikalisierung»³² im Dritten Reich? Wir gehen jetzt zu einer kurzen Auswertung dieser Positionen über und wollen dabei auch einige der verfügbaren Quellenbelege bewerten, auf denen eine Interpretation aufbauen muss. Einige neue Perspektiven haben sich seit dem Zerfall des Ostblocks durch die Zugänglichkeit osteuropäischer Quellen eröffnet.³³

Auswertung

Es erscheint wichtig, am Anfang noch einmal zu betonen, dass trotz mancher Behauptungen, die bisweilen von Vertretern eines «hitleristischen» Interpretationsansatzes aufgestellt werden, Hitlers persönlicher Judenhass, seine einzigartige und zentrale Bedeutung für das NS-System im Allgemeinen und dessen antijüdische Politikentwicklung im Besonderen sowie Hitlers moralische Verantwortung für das, was geschah, innerhalb der Debatte ausser Frage stehen.

1988, dt.: *Der Krieg als Kreuzzug. Das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die «Endlösung»*, Reinbek 1989), und Philippe Burrin, *Hilter und die Juden. Die Entscheidung für den Völkermord*. Frankfurt/M. 1993.

32 Mommsen, «Realisierung», S. 399, Anmerkung 65.

33 Als eindrucksvolle Studie, welche die Genesis der «Endlösung» im Licht neuester Forschungsergebnisse unter Einbeziehung von osteuropäischem und russischem Archivmaterial untersucht, empfiehlt sich Peter Longerich, *Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung* (München 1998). Einen zusammenfassenden Forschungsüberblick über die Entstehung der «Endlösung» und wichtige regionalgeschichtliche Analysen der Vernichtungspolitik bietet Ulrich Herbert (Hg.), *Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939-1945. Neue Forschungen und Kontroversen* (Frankfurt am Main 1998).

Historikerinnen und Historiker, die einen «strukturalistischen» Ansatz verfolgen, akzeptieren durchaus die nicht zu übersehenden Belege dafür, dass Hitler seine gesamte politische «Karriere» hindurch einen persönlichen, ins Pathologische gesteigerten Hass auf Juden hatte (was auch immer dessen Ursprung gewesen sein mag), und erkennen auch, wie wichtig diese paranoide Besessenheit *für die Schaffung des Klimas* ist, in dem die Radikalisierung der antijüdischen Politik stattfand. Um die Hypothese aufs Größte zuzuspitzen: Wenn Hitler zwischen 1933 und 1945 nicht an der Spitze des deutschen Staates gestanden hätte und sein Fanatismus in der «Judenfrage» nicht Anstoss und Sanktionierung, Prüfstein und Legitimierung für die eskalierende Diskriminierung und Verfolgung gewesen wäre, könnte man sich kaum vorstellen, dass es zur «Endlösung» gekommen wäre. Schon allein dieser Gedanke reicht, um eine grundlegende Verbindung zwischen Hitler und dem Genozid zu schaffen. Darüber hinaus ist der an die Adresse der «Strukturalisten» gerichtete moralische Vorwurf, sie würden die Bösartigkeit Hitlers «bagatellisieren», ebenfalls fehl am Platze. Der «strukturalistische» Geschichtsansatz leugnet keineswegs Hitlers persönliche, politische und moralische Verantwortung für «den Holocaust». Er geht jedoch davon aus, dass grosse Teile der nicht den Nazis angehörenden deutschen Eliten in der Wehrmacht, der Industrie und der Bürokratie als aktive und willige Handlanger neben der NS-Führung und den Parteigliederungen ebenfalls schuldig waren. Wenn *in Bezug auf eine geschichtliche Erklärung* überhaupt irgendetwas einer Verharmlosung nahekommt, dann ist es das offensichtliche Bedürfnis, einen Hauptschuldigen zu finden, um die Aufmerksamkeit von den aktiven Kräften in der deutschen Gesellschaft abzulenken, die nicht erst eines «Führerbefehls» bedurften, um bei der Verfolgung der Juden die Schraube noch um eine weitere Umdrehung anzuziehen, bis die Ausrottung zur logischen (und einzig verfügbaren) «Lösung» wurde. Die Frage nach der Schuldzuweisung lenkt somit von der eigentlichen Frage ab, auf die der *Historiker* eine Antwort finden muss: *Wie* konnte es zum Genozid kommen? *Wie* wurde ein unausgewogener, paranoider Hass und eine chiliastische Vision zur Realität und grauenhaften Regierungspraxis?

Die Hauptpunkte, die unter Historikerinnen und Historikern zur Debatte stehen, sind vielmehr, ob die Belege für Hitlers fortgesetzten und konsequenten persönlichen Hass (vor dem Hintergrund eines weitverbreiteten rassistischen Antisemitismus und ideologischen Judenhasses und einer ent-

sprechenden Bereitschaft, «Führerbefehle» auszuführen) eine in sich ausreichende Erklärung für den Holocaust bieten; ob die physische Vernichtung schon von einem sehr frühen Zeitpunkt an von Hitler als Ziel ins Auge gefasst wurde oder erst um 1941 als realistischer Gedanke Gestalt annahm – als letzte noch vorhandene Option zur «Lösung der Judenfrage»; und schliesslich, ob für Hitler die Notwendigkeit bestand, mehr zu tun, als nur das grundlegende Ziel, die Juden von deutschem Territorium zu «entfernen», festzulegen und dann die unkoordinierten, aber zunehmend radikaleren Schritte zu sanktionieren, die von den einzelnen Gruppen im Staat unternommen wurden, um – häufig aus eigenen Gründen heraus und keineswegs in erster Linie von der antisemitischen Ideologie dazu motiviert – aus diesem Fernziel praktische Realität werden zu lassen. Dies sind offene Fragen, bei denen die Antwort durchaus nicht von vornherein feststeht und dogmatische Behauptungen nicht weiterhelfen.

Bei der «intentionalistischen» Position – vor allem bei ihrer von einem «grossen Plan» ausgehenden Variante – besteht ein Problem in einer implizit vorhandenen Teleologie, die Auschwitz als Ausgangspunkt nimmt und von dort rückwärtsschauend Hitlers brutale Äusserungen in seinen frühen Reden und Schriften als «ernsthafte Absichtserklärung»³⁴ behandelt. Da Hitler häufig von der Vernichtung der Juden sprach und die Vernichtung der Juden tatsächlich stattfand, wird der logisch falsche Schluss gezogen, die von Hitler geäusserte «Intention» müsse die Vernichtung *verursacht* haben. In der Rückschau ist es leicht, den barbarischen, aber vagen und ziemlich banalen Allgemeinplätzen von einer «Entfernung» oder sogar einer «Vernichtung» der Juden – die von Anfang der zwanziger Jahre an ein fester Bestandteil der Sprache Hitlers (und anderer auf Seiten der völkischen Rechten) war – eine konkrete und spezifische Bedeutung zuzuschreiben. Damit gekoppelt ist das Problem, empirisch festzumachen, ob Hitler mit Blick auf die Verwirklichung seiner Ziele in der Politik einen Wandel initiiert oder herbeigeführt hat – ein Problem, das noch dadurch verschärft wird, dass Hitler in der Öffentlichkeit nicht mit unmenschlichen und brutalen Massnahmen in Verbindung gebracht werden wollte und dass die «Endlösung» durch Geheimhaltung und eine euphemistische Sprache verschleiert wurde. Wenn im Zusammenhang mit der antijüdischen NS-Politik die Be-

34 Mommsen, «Nationalsozialismus oder Hitlerismus?», S. 67.

zeichnung «Programm» oder «Plan» eine wirkliche Bedeutung haben soll, dann müsste sie für mehr stehen als nur die – wie fanatisch auch immer vertretene – Überzeugung, dass man die Juden irgendwie aus Deutschland und ganz Europa «entfernen» und die «Judenfrage» lösen würde. Dass Hitler mehr als solche vagen und ungenauen Vorstellungen hatte, lässt sich für die Zeit vor 1941 kaum belegen. Und schliesslich ist die moralische «Lehre», die aus der «hitleristischen» Position gewonnen werden kann, keineswegs eindeutig – ganz zu schweigen von dem «Alibi», das sie für die nichtnationalsozialistischen Institutionen im Dritten Reich liefert. Fleming etwa kommt aufgrund seiner «intentionalistischen» Darlegung der «Endlösung» zu dem recht faden moralischen Schluss, dass Hass den animalistischen Zerstörungstrieb nährt, der in jedem von uns zu finden ist.³⁵

Wichtiger als eine derartige nichtssagende Moralisierung ist die von «strukturalistischen» Ansätzen gestellte Frage, wie und warum ein politisches System in seiner ganzen Komplexität innerhalb einer Zeitspanne von weniger als zehn Jahren so korrumpiert werden kann, dass es die Durchführung eines Völkermords als eine seiner Hauptaufgaben betrachtet. Das Hauptproblem dreht sich hier um das Wesen «charismatischer Politik» – also darum, wie Hitlers vage zum Ausdruck gebrachte «Intention» von Regierungs- und Verwaltungsstellen, die eine Eigendynamik entwickelten, interpretiert und in die Realität umgesetzt wurde. Dieser «strukturalistische» Interpretationstyp hat auch einige Schwächen. Denn das empirische Material ist selten so gut, dass eine detaillierte Rekonstruktion des Entscheidungsprozesses möglich ist, auf dem ein Grossteil der Argumentation gründet. Und wenn hier Zufälle, mangelnde Planung, fehlende Koordinierung, Regierungschaos und das ad-hoc-mässige «Hervorgehen» der Politik aus einem administrativen Zuständigkeitswirrwarr hervorgehoben werden, existiert die Gefahr, dass dabei die Antriebskraft der (wie vage auch immer zum Ausdruck gebrachten) Intention nicht genügend berücksichtigt wird und die in der Ideologie wurzelnde Stosskraft und Dynamik aus dem Blickfeld gerät. Allerdings bietet der «strukturalistische» Ansatz die Möglichkeit,

35 Fleming, S. 206, wo er Erich Kästner zitiert: «Ihr liebt den Hass und wollt die Welt dran messen. [...] Das Tier im Menschen soll den Menschen fressen.» Siehe auch S. 204, wo er zu dem Schluss gelangt, dass diejenigen, die Hitlers Befehle ausführten, aus Opportunismus, Servilität und Charakterlosigkeit handelten sowie aus dem «kleinbürgerlichen Diensteifer einer Gefolgschaft, deren Idealismus missbraucht wurde».

Hitlers «Intentionen» innerhalb eines Regierungsrahmens zu *lokalisieren*, der die bürokratische Vollstreckung eines vagen ideologischen Imperativs ermöglichte und aus der Parole von der «Entfernung der Juden» ein Vernichtungsprogramm entstehen liess. Und wenn man sich auf das geschichtliche Problem konzentriert, wie es zu dem Holocaust kam, statt sich implizit oder explizit an einer Schuldzuweisung zu versuchen, erscheint die Frage, ob Hitler jedesmal die Initiative ergriffen oder einen bestimmten Entschluss ganz allein gefasst habe, weniger relevant und wichtig.

Wie aus den von Schleunes und Adam zusammengetragenen und analysierten Belegen überzeugend hervorgeht, scheint für die Jahre vor dem Krieg festzustehen, dass von Hitler in der «Judenfrage» keine spezifische Initiative ausging und dass er nicht so sehr den Anstoss zu der konfusen und oftmals widersprüchlichen «Politik» gab, sondern eher auf sie *reagierte*³⁶ Die Hauptimpulse gingen von dem Druck aus, der «von unten» kam – von den Parteiaktivisten, von der Organisation und Bürokratie des SS/Gestapo/SD-Apparates innewohnenden Dynamik, von den persönlichen und institutionellen Rivalitäten, die in der «Judenfrage» ein Ventil fanden, und nicht zuletzt von dem wirtschaftlichen Interesse an einer Ausschaltung der jüdischen Konkurrenz und Enteignung des jüdischen Kapitals.

Der landesweite Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 wurde hauptsächlich als Reaktion auf den Druck organisiert, der während der – durch die «Machtergreifung» entfesselten – Welle der Gewalt und Brutalität von radikalen Parteimitgliedern, vor allem innerhalb der SA, ausging. Die einzigen «Pläne», die die NSDAP im Hinblick auf die «Judenfrage» formuliert hatte, bevor Hitler Kanzler wurde, bezogen sich auf Massnahmen zur rechtlichen Diskriminierung und auf den Entzug der Bürgerrechte.³⁷ Derart vage und undetaillierte administrative «Pläne» standen kaum mit der wild entschlossenen, gefährlichen Stimmung in Einklang, die

36 In seiner kürzlich erschienenen, ausgezeichneten Arbeit über die nationalsozialistische Judenpolitik in den dreissiger Jahren, *Das Dritte Reich und die Juden. Bd. 1: Die Jahre der Verfolgung 1933-1939*, übers. v. Martin Pfeiffer, 2. Aufl. München 1998), betont Saul Friedländer, ohne dabei andere Faktoren zu ignorieren, stärker die persönliche Rolle Hitlers und die Funktion seiner Ideologie bei der Eskalation der Verfolgung. «Das Gegenteil behauptende Interpretationen sind mittlerweile», meint er, «zu weit gegangen.»

37 Schleunes, S. 70; Adam, *Judenpolitik*, S. 28 ff.

nach der «Machtergreifung» im Frühjahr 1933 unter Parteiaktivisten verbreitet war. In diesen Wochen kamen in der «Judenfrage» tatsächlich weder aus der Reichskanzlei noch aus der NS-Parteizentrale irgendwelche Anweisungen.³⁸ Unterdessen hatte die SA, deren «Begeisterung» nun kaum mehr unter Kontrolle zu halten war, eine eigene anti jüdische Boykott- und Gewaltkampagne eingeleitet. Als Gestapochef Rudolf Diels sich über die Exzesse der Berliner SA beschwerte, wurde ihm gesagt, «rein menschlich betrachtet» müsse der SA «ein gewisses Recht eingeräumt werden, Aktionen, die letzten Endes lediglich dem Rechtsempfinden unserer Kameraden entspringen, durchzuführen».³⁹ Unter Druck reagierte Hitler gegen Ende März mit dem Aufruf zu einem allgemeinen Boykott jüdischer Geschäfte und Praxen, der am 1. April beginnen und von einem vierzehnköpfigen Ausschuss unter der Leitung von Julius Streicher vorbereitet und organisiert werden sollte. Wie bekannt, wurde der Boykott ein bemerkenswerter Fehlschlag, und angesichts des negativen Echos im Ausland, der mangelnden Begeisterung bei wichtigen Teilen der konservativen Machtelite (einschliesslich Reichspräsident Hindenburg) und der kühlen Gleichgültigkeit des deutschen Volkes wurde die Aktion schon nach einem Tag abgeblasen, und es wurde nie wieder versucht, einen koordinierten nationalen Boykott durchzusetzen. Die schändlichen diskriminierenden Gesetze, die in den ersten Monaten der Diktatur in Kraft traten und auf die Juden unter den Beamten und Freiberuflern abzielten, entstanden in derselben Atmosphäre und unter demselben Druck. Hitler selbst spielte dabei, trotz seiner offensichtlichen Unterstützung des Boykotts, eine begrenzte und eher «mässigende» als radikalisierende direkte Rolle, um in der Öffentlichkeit eine Verbindung zwischen ihm und den schlimmsten Exzessen der Parteiradikalen zu vermeiden. Aber die Gangart wurde von der Dynamik der Gewalt und der illegalen Aktionen diktiert, die den Zwang einer *nachträglichen* Legitimierung und Sanktionierung entstehen liessen – ein Prozess, der sich in späteren Phasen der Judenverfolgung wiederholen sollte.⁴⁰

Nach einer relativ ruhigen Periode zwischen Sommer 1933 und Anfang

38 Schleunes, S. 71.

39 Zitiert nach Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Sauer und Gerhard Schulz, *Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34* (Köln und Opladen 1960), S. 862.

40 Schleunes, S. 92-102; *Adam, Judenpolitik*, S. 64 ff, besonders S. 68.

1935 begann eine neue antisemitische Welle und hielt bis Herbst 1935 an. Wiederum wurde die Agitation «von unten», durch Druck auf Gauebene und von Aktivisten in der Partei sowie in den Hitlerjugend- und SA-Einheiten auf dem Land in Gang gesetzt und in Gang gehalten. Ein Gauleiter hielt in seinem Bericht fest, dass das Herausstellen der «Judenfrage» nützlich gewesen sei, um die «etwas gedrückte Stimmung in Mittelstandskreisen zu heben»⁴¹. Die Agitation wurde natürlich von Partei und Staat durch Propaganda unterstützt. Aber darüber hinaus griffen Parteizentrale und Reichsregierung vor Mitte August bemerkenswert wenig ein und änderten ihre Haltung erst, als die Boykotte und gewalttätigen Ausschreitungen erkennbar kontraproduktiv wurden, weil sie sich negativ auf die deutsche Wirtschaft auswirkten und weil die häufigen Störungen der öffentlichen Ruhe unpopulär waren. Hitler war daran kaum in irgendeinem direkten Sinne beteiligt. Was immer er instinktiv auch vorgehabt haben mochte, in dieser Phase war er – im Interesse der «Ordnung», der Wirtschaft und der diplomatischen Beziehungen – praktisch gezwungen, die Notwendigkeit einer Beendigung der schädlichen Kampagne anzuerkennen.⁴² Dabei musste er gleichzeitig gegenüber den Parteiakteuren das Gesicht wahren und stand unter dem Druck von Parteiforderungen, die nach «Handeln» in der «Judenfrage» riefen – vor allem nach Gesetzen, die den Forderungen des Parteiprogramms entsprächen. Der daraus resultierende «Kompromiss» war praktisch die Verkündung der berüchtigten «Nürnberger Gesetze» im September 1935 – die sowohl der Forderung nach klaren Richtlinien und einer «Regelung» der «Judenfrage» Rechnung trugen als auch die Diskriminierungsschraube weiter anzogen.

Die Entstehungsgeschichte der Nürnberger Gesetze zeigt deutlich, wie Hitler und die Naziführung zu diesem Zeitpunkt bei ihrer Formulierung der antijüdischen Politik auf den beträchtlichen Druck von unten reagierten.

Die Agitation und gewalttätigen Ausschreitungen in Frühjahr und Sommer 1935 schürten in der Partei erneut Erwartungen auf scharfe antijüdische Gesetze.⁴³ Reichsinnenminister Frick und andere deuteten bevorstehende

41 Zitiert bei Marlis G. Steinert, *Hitlers Krieg und die Deutschen* (Düsseldorf und Wien 1970), S. 57.

42 Adam, *Judenpolitik*, S. 121.

43 Diese Darstellung der Entstehungsgeschichte der Nürnberger Gesetze beruht in erster

Massnahmen an und gaben halbe Versprechungen ab, Bürokraten beeilten sich, die bereits stattfindende Diskriminierung zu regeln, und die unabhängig davon von der Gestapo in Bezug auf verschiedene Tätigkeiten von Juden erlassenen Verbote verlangten ebenfalls nach einer nachträglichen Sanktionierung durch die Regierung. Parteiagitatoren waren unter anderem deshalb unzufrieden, weil der seit Langem erwartete Ausschluss der Juden von der deutschen Staatsbürgerschaft noch nicht vollzogen worden war. Trotz einiger Hinweise aus dem Reichsinnenministerium, dass dort Vorbereitungen hierzu im Gange seien, brachte der Sommer nichts, was die Hitzköpfe befriedigt hätte. Bei dem anderen – durch Propaganda und Agitation angeheizten – Hauptthema ging es um sogenannte «Mischehen» und sexuelle Beziehungen zwischen «Ariern» und Juden. Wiederum waren es – in Fällen sogenannter «Rassenschande» – illegale, aber sanktionierte terroristische Aktionen, die die Gangart bestimmten und die Atmosphäre prägten. Auf einem wichtigen, von Schacht geleiteten Ministertreffen sahen die Führer des Regimes am 20. August ein, dass ein dringender gesetzgeberischer Handlungsbedarf bestünde. Allein der genaue Zeitpunkt blieb noch offen. Tatsächlich tauchten in der ausländischen Presse Ende August bereits Gerüchte auf, die offizielle Verkündung werde möglicherweise auf dem Nürnberger Parteitag im September erfolgen. Obwohl sich derartige Gerüchte kurz darauf als zutreffend erwiesen, ist es möglich, dass sie zu der Zeit nichts weiter als intelligente Spekulationen waren, da es immer noch so scheint, als sei die Entscheidung, die Gesetze auf einer Sondersitzung des nach Nürnberg einberufenen Reichstags zu verkünden, erst gefallen, nachdem der Parteitag bereits begonnen hatte – wahrscheinlich auf erneuten Druck von Seiten des «Reichsärztführers» Gerhard Wagner hin, der – offenbar nach einer Unterredung mit Hitler – am 12. September verkündete, dass die Absicht bestehe, ein «Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes» zu erlassen. Bekanntlich ging es von da an schnell. «Experten» in der «Judenfrage» wurden am 13. September plötzlich nach Nürnberg gerufen und bekamen den Auftrag, ein Gesetz vorzubereiten, um die Heirat von «Ariern»

Linie auf Adam, *Judenpolitik*, S. 118-122, 126; Schleunes, S. 120-121; und besonders auf der Analyse von Lothar Gruchmann, «„Blutschutzgesetz“ und Justiz. Zur Entstehung und Auswirkung des Nürnberger Gesetzes vom 15. September 1935», *VfZ* 31 (1983), S. 418-442, hier besonders S. 428-433, sowie auf Otto Dov Kulka, «Die Nürnberger Rassengesetze und die deutsche Bevölkerung im Lichte geheimer NS-Lage- und Stimmungsberichte», *VfZ* 32 (1984), S. 582-624.

und Juden zu regeln. Der plötzliche Entschluss, während des Parteitags antijüdische Gesetze zu verkünden, scheint hauptsächlich aufgrund von Propaganda-, Inszenierungs- und «Image»-Überlegungen zustande gekommen zu sein. Der Reichstag war nach Nürnberg einberufen worden, wo Hitler ursprünglich beabsichtigte, in Gegenwart des diplomatischen Korps eine wichtige aussenpolitische Erklärung abzugeben, in der der Abessinienkonflikt zur Artikulierung deutscher Revisionsforderungen benutzt werden sollte. Auf Anraten des Aussenministers von Neurath wurde dieser Plan am 13. September fallengelassen. Für Reichstag und Partei musste schnell ein passendes Ersatzprogramm gefunden werden.⁴⁴ Das ziemlich unspektakuläre «Reichsflaggengesetz» würde dem Anlass kaum gerecht werden. So wurden nun das hastig entworfene «Blutschutzgesetz» und das am 14. September in einer Stunde zu Papier gebrachte «Reichsbürgergesetz» als bedeutende Gaben vor den Reichstag und die versammelte treuergebene Partei gebracht. Hitler selbst, der die «mildeste» Fassung der ihm vorgelegten Entwürfe zum «Blutschutzgesetz» auswählte, zog es offenbar vor, in der Entwurfsphase im Hintergrund zu bleiben und das Rassenpolitische Amt in den Vordergrund zu schieben. In der Frage, wie «ein Jude» zu definieren sei, spielte er eine typisch vage und schwer fassbare Rolle, als sich eine Konferenz Ende des Monats zu diesem Zweck in München traf. Hitler beschränkte sich auf einen langen Monolog über die Juden, verkündete, dass das Definitionsproblem vom Reichsinnenministerium und der Partei geklärt werden würde, und vertagte die Konferenz. Erst Mitte November konnten Staatsbeamte und Parteivertreter sich auf eine Kompromisslösung einigen – nachdem Hitler ein weiteres, für Anfang November geplantes Treffen, bei dem eine Entscheidung in der Angelegenheit von ihm erwartet worden war, abgesagt hatte.⁴⁵

Auch in den relativ ruhigen Jahren 1936/37 ergriff Hitler in der «Juden-

44 Mommsen, «Realisierung», S. 387 und Anmerkung 20. Siehe zu diesem Abschnitt auch Adam, *Judenpolitik*, S. 125 ff. und Schleunes, S. 121 ff.

45 Adam, *Judenpolitik*, S. 135-140; Schleunes, S. 128. Bankier führt aus, dass die ersten Ausführungsverordnungen zu den Nürnberger Gesetzen auf Hitlers Sicht abgestimmt wurden (S. 14). Doch Hitlers zunächst zögerliches, dann entschlossenes Streben nach einer Kompromisslösung wird von Goebbels bestätigt, siehe die Eintragungen vom 1. Oktober, 7. und 15. November 1935 in: *Die Tagebücher von Joseph Goebbels* (siehe Kapitel 4 Anmerkung 83), Teil 1 Band 2, S. 520-521, 536-537, 540-541.

frage» keine Initiative, während gleichzeitig zwischen den verschiedenen Stellen, die mit jüdischen Angelegenheiten befasst waren – also dem Innenministerium, dem Wirtschaftsministerium, dem Aussenministerium, der Vierjahresplanbehörde, dem Amt Rosenberg und nicht zuletzt dem SS- und Gestapo-Apparat – die Rivalitäten wuchsen. Eine klare politische Linie lag auch jetzt in weiter Ferne. Von Goebbels' informativen Tagebuchaufzeichnungen aus diesen Jahren her zu schliessen, scheint Hitler nur selten direkt über die Juden gesprochen zu haben und dann nur ganz allgemein, wie im November 1937, als er in einem langen Gespräch mit Goebbels über die «Judenfrage» gesagt haben soll: «Die Juden müssen aus Deutschland, ja aus ganz Europa heraus. Das dauert noch eine Zeit, aber geschehen wird und muss das.» Laut Goebbels war der Führer dazu «fest entschlossen»⁴⁶.

Diese Bemerkungen fielen nur ein paar Wochen nachdem Hitler seit einiger Zeit zum erstenmal wieder öffentlich die Juden angegriffen hatte, als er auf dem Parteitag im September 1937 rhetorisch-propagandistisch gegen den «jüdisch-bolschewistischen Weltfeind» zu Felde zog.⁴⁷ Das reichte, um eine neue grosse antisemitische Aktionswelle einzuleiten. Mehr brauchte Hitler selbst jedoch nicht zu tun, um den Prozess der «Arisierung» jüdischer Konzerne im Interesse des «Grosskapitals» anzuheizen – einen Prozess, der Ende 1937 einsetzte und bei dem in erster Linie Göring die treibende Kraft war – oder um der eskalierenden Welle der Gewalt, die auf den «Anschluss» Österreichs folgte und während der Sudetenkrise im Sommer 1938 noch weiter zunahm, eine Richtung zu geben. Die Agitation und der durch die Masse der Parteimitglieder im Sommer und Herbst desselben Jahres verbreitete Schrecken prägten zusammen mit der im Oktober erfolgenden Ausweisung von rund 17'000 in Deutschland lebenden polnischen Juden – ein Schachzug, der seinerseits dadurch ausgelöst worden war, dass die polnische Regierung diesen Juden die Wiedereinreise nach Polen verwehrte – die hässliche, angespannte Atmosphäre, die sich in dem sogenannten «Kristallnacht»-Pogrom vom 9. zum 10. November entlud. Und, wie allgemein bekannt, war der Initiator in diesem Fall Goebbels, der danach trachtete, die

46 Eintrag vom 30. November 1937, in: *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 1 Band 3 (siehe Kapitel 4 Anmerkung 83), S. 351.

47 Adam, *Judenpolitik*, S. 173.

Situation auszunützen, um Hitlers Gunst wiederzuerlangen und bei ihm seinen geschwundenen Einfluss wiederherzustellen. Abgesehen davon, dass er Goebbels mündlich grünes Licht gab, achtete Hitler darauf, im Hintergrund zu bleiben und keine Verantwortung für Aktionen zu übernehmen, die in der Öffentlichkeit unpopulär waren und (wenn natürlich auch nicht aus menschlichen Motiven heraus) von NS-Führern verurteilt wurden.⁴⁸

Seitdem die fehlenden Teile der Goebbelsschen Tagebücher in Moskauer Archiven entdeckt wurden, erscheint die Initiierung des Pogroms und die Rolle, die Hitler und Goebbels dabei spielten, in neuem Licht. «Ich trage dem Führer die Angelegenheit vor», notiert Goebbels über die Parteiversammlung, die am Abend des 9. November 1938 im Alten Rathaus von München stattfand. «Er bestimmt: Demonstrationen weiterlaufen lassen. Polizei zurückziehen. Die Juden sollen einmal den Volkszorn zu verspüren bekommen.» – «Das ist richtig», fährt der Propagandaminister dann in seinem Tagebuch fort. «Ich gebe gleich entsprechende Anweisungen an Polizei und Partei.» Unmittelbar darauf hält er seine aufwiegelnde Rede, und die anwesenden Parteiführer rennen gleich an die Telefone, um die «Aktion» in Gang zu setzen. «Nun wird das Volk handeln», schreibt Goebbels. In derselben Nacht ordnet Hitler auch die sofortige Verhaftung von 20'000 bis 30'000 Juden an, wie aus den Tagebucheinträgen klar hervorgeht.⁴⁹ Als Goebbels am Morgen des 10. November über den Verlauf des Pogroms Bericht erstattet, zeigt Hitler sich vollkommen einverstanden: «Seine Ansichten sind ganz radikal und aggressiv», merkte der Propagandaminister an.

48 Siehe Adam, *Judenpolitik*, S. 206-207; Schleunes, Kapitel 7 (besonders S. 240ff); und allgemein zum Pogrom und seinen Folgen Rita Thalmann und Emmanuel Feinermann, *Die Kristallnacht* (Frankfurt am Main 1987). Eine neue, gut recherchierte, wenn auch journalistische Darstellung ist der Band von Anthony Read und David Fisher, *Kristallnacht. Unleashing the Holocaust* (London 1989). Eine gute, kurze Analyse, die das Pogrom in den geschichtlichen Kontext des Antisemitismus und der Diskriminierung von Juden in Deutschland stellt, bietet Hermann Graml, *Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich* (München 1988). Eine ausgezeichnete Aufsatzsammlung, die zum 50. Jahrestag des Pogroms erschien und neuere Forschungsergebnisse zusammenfasst, ist Walter H. Pehle (Hg.), *Der Judenpogrom 1938. Von der ‚Reichskristallnacht‘ zum Völkermord* (Frankfurt am Main 1988).

49 *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, hg. v. Elke Fröhlich, Teil I, Bd. 6, S. 180f. Eintrag vom 10. November 1938.

Mit «kleinen Änderungen» billigte Hitler ausserdem Goebbels' Erlass zu dem nun angebracht erscheinenden Abbruch der «Aktion» und äusserte, dass er im Wirtschaftssektor zu «sehr scharfen Massnahmen» greifen wolle: Die Juden hätten ihre Geschäfte ohne Schadenersatzleistungen der Versicherungen wieder herzurichten und würden anschliessend allmählich enteignet. Wiederum ordnet Goebbels mit «Geheimerlassen» an, diesen Plan in die Tat umzusetzen.⁵⁰

«Die Kristallnacht», folgert Schleunes, «war ein Produkt der mangelnden Koordination, die die Planung der Judenpolitik durch die Nazis kennzeichnete, und das Ergebnis einer allerletzten Anstrengung von Radikalen, die Kontrolle über die Politik an sich zu reissen.»⁵¹ Propagandamässig gesehen war sie ein Fehlschlag. Wie gewöhnlich stimmten die Naziführer trotz ihrer unterschiedlichen Vorschläge zur Lösung des «Problems» darin überein, dass radikale Massnahmen erforderlich seien. Die Juden waren nun aus dem Geschäftsleben ausgeschlossen, und die Verantwortung für die «Lösung der Judenfrage» lag, auch wenn formal Göring mit ihr betraut war, praktisch in den Händen der SS. Die Auswanderung, die in der Panik nach dem Pogrom stark zugenommen hatte, blieb das Hauptziel und sollte durch eine im Januar 1939 eingerichtete zentrale Behörde abgewickelt werden. Der Kriegsbeginn änderte nichts an diesem Ziel. Aber er veränderte die entsprechenden Durchführungsmöglichkeiten.

Der Krieg selbst und die schnelle Eroberung Polens führten zu einem Wandel in der «Judenfrage». Eine Zwangsauswanderung stand nicht mehr zur Wahl, und Pläne, nach denen zum Beispiel versucht werden sollte, Juden gegen Devisen zu «verkaufen», waren jetzt nicht mehr realisierbar. Nachdem die Nazis bereits an der Idee gearbeitet hatten, Deutschland «judenrein» zu machen, sahen sie sich nun natürlich mit zusätzlichen drei Millionen polnischer Juden konfrontiert. Andererseits brauchte man jetzt kaum noch Rücksicht auf Reaktionen im Ausland nehmen, so dass die Juden in Polen – die als «Ostjuden» besonders verachtet waren und in denen man die niedrigste Form einer fast schon nicht mehr menschlichen Existenz in einem besiegten Feind sah, den man an sich schon verachtete – weit barbarischer behandelt wurden, als das in Deutschland oder Österreich der Fall ge-

50 *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil I, Bd. 6, S. 182. Eintrag vom 11. November 1938.

51 *Schleunes*, S. 236.

wesen war. Ausserdem liess der Umstand, dass die Partei und die Polizei mehr oder weniger freie Hand bekamen und nicht von gesetzlichen Beschränkungen oder Sorgen um die «öffentliche Meinung» eingeengt waren, viel Raum für selbständig individuelle «Initiativen» in der «Judenfrage».

Bevor wir uns der Debatte über die Frage, ob die «Endlösung» durch einen einzigen umfassenden «Führerbefehl» eingeleitet wurde und wann ein solcher Befehl gegeben worden sein mag, zuwenden wollen, erscheint es wichtig, einen kurzen Blick auf den zwischen 1939 und 1941 immer stärker werdenden Radikalisierungsprozess zu werfen.⁵²

In einem administrativen Erlass vom 21. September 1939 legte Heydrich die allgemeinen Richtlinien für die Judenverfolgung in Polen fest und unterschied dabei zwischen einem langfristigen «Endziel» beziehungsweise «geplanten Gesamtmassnahmen» – die nicht weiter erklärt wurden und absolut geheimgehalten werden sollten – und kurzfristigen «Vorausmassnahmen», bei denen unter anderem die Konzentrierung der Juden in grösseren Städten an Eisenbahnknotenpunkten vorgesehen war.⁵³ Es wäre falsch, nun zu folgern, das vage angedeutete Endziel sei gleichbedeutend mit der programmierten Vernichtung, wie sie sich später unter der Bezeichnung «Endlösung» tatsächlich herauschälte. Der operative Teil des Erlasses bezog sich allerdings deutlich auf die vorübergehende Konzentrierung der Juden zur anschliessenden weiteren Deportation. Ein paar Wochen später erteilte Himmler am 30. Oktober die Anordnung, alle Juden aus dem nordwestlichen Teil Polens, der nun «Warthegau» genannt wurde und dem Reich angegliedert war, in das sogenannte Generalgouvernement – das von den Deutschen besetzte restliche Polen, das unter der Leitung von Generalgouverneur Hans Frank stand – zu deportieren, um für die an ihrer Stelle anzusiedelnden Deutschen Wohnungen und Arbeitsplätze frei zu machen. Hans Frank musste entsprechende Vorbereitungen treffen, um mehrere hundert-

52 Eine herausragende Analyse der komplexen Zusammenhänge zwischen der nationalsozialistischen Judenpolitik und den Umsiedlungsplänen der Nationalsozialisten im Hinblick auf die «Volksdeutschen» und die unterworfenen Völker in den eroberten osteuropäischen Gebieten liefert Götz Aly in *«Endlösung». Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden* (Frankfurt am Main 1995)-

53 Peter Longerich (Hg.), *Die Ermordung der europäischen Juden. Eine umfassende Dokumentation des Holocaust 1941-1945* (München 1989), S.47f.

tausend aus dem Warthegau deportierte Juden und Polen in Empfang zu nehmen.⁵⁴ Die Politik der Zwangsvertreibung führte zwangsläufig zur Einrichtung von Gettos – von denen das erste im Dezember 1939 in Lodz (Litzmannstadt) entstand. Beinahe zur gleichen Zeit wurde für alle Juden im Generalgouvernement Arbeitszwang eingeführt. Diese Doppelmassnahme aus Gettoisierung und Arbeitszwang erzeugte einen Teil der Dynamik, die später in der «Endlösung» kulminieren sollte.⁵⁵ Zu der Zeit ging man davon aus, dass die Deportationen aus den annektierten Gebieten dort zu einem raschen Ende der «Judenfrage» führen würden und dass im Generalgouvernement die arbeitsunfähigen Juden (einschliesslich der Frauen und Kinder) in Gettos eingepfercht und die zu harter Arbeit fähigen Juden auf Zwangsarbeitslager verteilt werden würden. Dieser Entschluss, der im Januar 1940 auf einer Sitzung hoher SS-Führer gefasst wurde und den zwangsläufigen Tod Tausender von Menschen durch Erschöpfung, Hunger und Krankheit in Kauf nahm, markiert den Punkt, an dem «die mörderische antisemitische Idee, bisher in einer allgemeinen, abstrakten Form existierend, begann, die Gestalt eines konkreten Vorhabens anzunehmen. Zu diesem Zeitpunkt war der Entschluss zur Ermordung von Millionen noch nicht gefallen, aber gedanklich wie praktisch war ein Schritt auf ihn hin getan.»⁵⁶

Anfang 1940 bestanden immer noch grundlegende Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich einer «Lösung der Judenfrage», und es gab keine Anzeichen für irgendein klares oder umfassendes Programm. Hans Frank, der offensichtlich nicht von einer baldigen «Lösung» ausging, deutete im März in einer Rede an, dass das Reich während des Krieges nicht «judenrein» gemacht werden könne.⁵⁷ Ein paar Monate später wurde Frank mit der Forderung konfrontiert, eine Viertelmillion Bewohner des Lodzer Gettos zu übernehmen, die Gauleiter Greiser aus dem Warthegau entfernen wollte.

54 Kurt Pätzold (Hg.), *Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung* (Leipzig 1983), S. 243-244. – Zu der Rolle, die Frank aus der heutigen Sicht seines Sohnes damals in Polen spielte, siehe Niklas Frank, *Der Vater. Eine Abrechnung* (München 1987) – Anm. d. Übers.

55 Pätzold, «Vertreibung», S. 196-197; Mommsen, «Realisierung», S. 406.

56 Pätzold, «Vertreibung», S. 196.

57 Werner Präg und Wolfgang Jacobmeyer (Hg.), *Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939-1945* (Stuttgart 1975), S. 147 (Eintrag für den 4. März 1940).

Frank lehnte ab, woraufhin ein zu Greisers Begleitung gehörender Regierungspräsident in einem unheilverkündenden Ton erklärte, «die Judenfrage» müsse «auf irgendeine Weise gelöst werden».⁵⁸

Nachdem inzwischen auch westeuropäische Juden in deutsche Hände gefallen waren und nun die reale Möglichkeit einer gesamteuropäischen «Lösung» bestand, gab die «Judenpolitik» Mitte 1940 immer noch ein chaotisches Bild ab. Eichmann nährte weiterhin Vorstellungen von einem umfassenden Auswanderungsprogramm nach Palästina.⁵⁹ Auch 1941 wurden durchaus noch Versuche unternommen, die Auswanderung der Juden aus Deutschland selbst (hauptsächlich über Spanien und Portugal) zu fördern.⁶⁰ Willkürliche Deportationen von Juden aus östlichen Reichsgebieten in das Generalgouvernement wurden allerdings im März 1940 durch Göring untersagt, nachdem Hans Frank es abgelehnt hatte, noch mehr Deportierte aufzunehmen.⁶¹ Und für die «Ostjuden» – die bei Weitem die Mehrheit der unter deutscher Herrschaft befindlichen Juden bildeten – stand eine Auswanderung erst gar nicht zur Debatte. Im Juni 1940 informierte Heydrich Aussenminister Ribbentrop, dass das «Gesamtproblem» von rund dreieinviertel Millionen Juden in den unter deutscher Herrschaft stehenden Gebieten «durch Auswanderung nicht mehr gelöst werden» könne und dass daher «eine territoriale Endlösung» notwendig werde.⁶² Dem Repräsentanten der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland wurde mitgeteilt, dass die Regierung daran denke, die Juden in einem Reservat in einem noch nicht näher bezeichneten Kolonialgebiet unterzubringen.⁶³ Ein paar Tage zuvor hatte Franz Rademacher, Leiter des «Judenreferats» im Auswärtigen Amt, Pläne vorgelegt, die vorsahen, das Reservat auf Madagaskar einzurichten. Dieser Vorschlag wurde offenbar von Himmler gebilligt, Hitler erwähnte ihn im selben Monat Mussolini und dessen Aussenminister Ciano gegenüber im

58 Ebenda, S. 264 (Eintrag für den 31. Juli 1940).

59 Mommsen, «Realisierung», S. 407.

60 Pätzold, «Vertreibung», S. 199-200; Christopher Browning, *The Final Solution and the German Foreign Office* (New York 1978), S. 44; Helmut Krausnick, «Judenverfolgung», in Hans Buchheim, Martin Broszat, Hans-Adolf Jacobsen und Helmut Krausnick (Hg.), *Anatomie des SS-Staates* Band 2 (Olten und Freiburg 1965), S. 283-448, hier S. 371.

61 Browning, *Final Solution*, S. 46; Mommsen, «Realisierung», S. 407; Pätzold, *Verfolgung*, S. 262.

62 Pätzold, «Vertreibung», S. 201.

63 Mommsen, «Realisierung», S. 407.

Gespräch, und erst Anfang 1942 wurde der Plan ad acta gelegt.⁶⁴ Die Reservatspläne wurden eine Zeitlang durchaus ernst genommen und können angesichts neuerer Forschungsergebnisse nicht als blosse Tarnung für die Frühphase der «Endlösung» betrachtet werden – wenn auch zweifellos derartige Reservatspläne ebenso auf eine physische Vernichtung hinausgelaufen wären, auf den Genozid über einen anderen Weg.⁶⁵

Gegen Ende 1940 war für die jüdischen Gettos in Polen auf absehbare Zeit kein Ende in Sicht. Gleichzeitig verschlechterte sich die Lage der Bewohner täglich mehr und glich zunehmend der entsetzlichen Karikatur einer jüdischen Existenz, wie sie in dem widerlichen Propagandafilm von 1940, *Der ewige Jude*, dargestellt wurde.⁶⁶ Aus der Sicht der nationalsozialistischen Oberherren verlangten die mit den Gettos verbundenen akuten Hygiene-, Verpflegungs-, Unterbringungs- und Verwaltungsprobleme nach «eine[r] Druckentlastung und eine[r] Lösung». Mögliche Auswege wurden bereits eruiert: Im März 1941 schlug Victor Brack – Oberdienstleiter in der Kanzlei des Führers und zuständig für die sogenannte «Euthanasie-Aktion», bei der zwischen 1939 und 1941 in Deutschland mehr als 70'000 Kranke und Geistesranke sowie sogenannte Asoziale umgebracht worden waren – Methoden für die Sterilisierung von täglich zwischen 3'000 und 4'000 Juden vor.⁶⁷

Zu dieser Zeit, im Frühjahr 1941, waren die nationalsozialistische und die militärische Führung vollauf mit den Vorbereitungen für den Einmarsch in die Sowjetunion beschäftigt (und erwarteten einen «Blitzsieg»). Bei diesem Krieg gegen den bolschewistischen Erzfeind sollte das «Judenproblem» eine neue Dimension annehmen – die letzte Phase vor der eigentlichen «Endlösung». Die Massenerschiessungen von russischen Juden durch die SS-Einsatzgruppen kennzeichneten eine Radikalisierung der antijüdi-

64 Browning, *Final Solution*, S. 38, 79.

65 Mommsen, «Realisierung», S. 395 Anmerkung 52, 408; Pätzold, «Vertreibung», S. 206.

66 Siehe David Welch, *Propaganda and the German Cinema 1933-1945* (Oxford 1983), S. 292ff., und, als beste Analyse dieses Films, Stig Hornshoj-Møller, «*Der ewige Jude*». *Quellenkritische Analyse eines antisemitischen Propagandafilms* (Göttingen 1995).

67 Pätzold, «Vertreibung», S. 204.

schen Politik, die Christopher Browning zu Recht als «Quantensprung» bezeichnet.⁶⁸ Dies führt uns wieder zu dem Punkt, der uns in diesem Zusammenhang am meisten interessiert: Hitlers persönlicher Rolle bei der Entstehung der «Endlösung».

In der Unzulänglichkeit der Quellen spiegelt sich in beträchtlichem Masse die Geheimhaltung der Mordunternehmen und die absichtliche Unklarheit der auf diese hinweisenden Begriffe. Dadurch bedingt haben Historikerinnen und Historiker aus denselben Quellenbelegen sehr unterschiedliche Schlussfolgerungen in Bezug auf den Zeitpunkt und die Art der Entscheidung (beziehungsweise Entscheidungen) zur Vernichtung der Juden gezogen. Eberhard Jäckel deutet an einer Stelle darauf hin, dass Hitler bereits im Sommer 1940 die Entscheidung zur Vernichtung der europäischen Juden getroffen habe, bezieht sich aber dabei auf eine Quelle, die er selbst nicht für sehr zuverlässig hält (die Memoiren von Himmlers Masseur und Vertrautem Felix Kersten). Jäckel allerdings hält das Frühjahr 1941 für den Zeitraum, in dem die ersten wesentlichen Entscheidungen im Rahmen der Vorbereitung des Russlandfeldzugs getroffen wurden, und geht davon aus, dass Ende September der Beschluss zur Vernichtung erst der deutschen, dann auch der polnischen Juden fiel und schliesslich, wahrscheinlich im November, die Ermordung aller europäischen Juden beschlossen wurde. Richard Breitman vertritt die Meinung, dass Hitler bereits Anfang 1941 eine grundsätzliche Entscheidung, die Juden zu vernichten, getroffen habe.⁶⁹ Krausnick schreibt von einem «geheimen Befehl zur Ausrottung der Juden», den Hitler spätestens im März 1941 im Zusammenhang mit der Anweisung, die politischen Kommissare der Roten Armee zu erschiessen, erteilt habe.⁷⁰ Andreas Hillgruber vertritt die Ansicht, Hitler habe entweder Himmler oder Heydrich spätestens im Mai 1941 einen mündlichen Befehl

68 Browning, *Final Solution*, S. 8.

69 Eberhard Jäckel, «Hitler und der Mord an den europäischen Juden», in Peter Märttesheimer und Ivo Frenzel (Hg.), *Im Kreuzfeuer: Der Fernsehfilm «Holocaust». Eine Nation ist betroffen* (Frankfurt am Main 1979), S. 151-162, hier S. 156; Eberhard Jäckel, *Hitlers Herrschaft* (Stuttgart 2. Aufl. 1988), S. 99! u. S. 120; Eberhard Jäckel und Jürgen Ruhwer, *Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg* (Stuttgart 1985), S. 9.-17, 190f.; und Richard Breitman, *Der Architekt der «Endlösung». Himmler und die Vernichtung der europäischen Juden* (übers. v. Heidi u. Karl Nicolai, Paderborn 1996).

70 Krausnick, «Judenverfolgung» (siehe oben Anmerkung 61), S. 361 (siehe auch S. 366-368).

zur systematischen «Liquidierung» der russischen Juden erteilt, und meint, noch vor Ende Juli 1941 sei ein Befehl ergangen, der die erste Anordnung auf alle europäischen Juden ausgeweitet habe. Am 31. Juli 1941 wurde Heydrich von Göring beauftragt, Vorbereitungen für «eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussgebiet in Europa» zu treffen und einen «Gesamtentwurf» der erforderlichen Massnahmen «zur Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage» vorzulegen.⁷¹ Die meisten der führenden Darstellungen (zum Beispiel von Reitlinger, Hilberg, Dawidowicz und Fleming) gehen übereinstimmend davon aus, Hitler habe im Frühjahr oder wahrscheinlicher im Sommer 1941 den Entschluss zur Durchführung der «Endlösung» gefasst, und sind der Ansicht, dies lasse sich auch aus dem Göring-Auftrag vom 31. Juli entnehmen.⁷² Auch für Christopher Browning ist der Göring-Auftrag von zentraler Bedeutung, da er eine Entscheidung widerspiegele, die Hitler im Sommer getroffen habe, nämlich den Mordbefehl auf alle europäischen Juden auszuweiten. Er relativiert Hitlers Entscheidung allerdings insofern, als er in ihr eher eine Anstiftung als eine klare Anordnung sieht, die der Führer im Oktober oder November gebilligt und sanktioniert habe.⁷³ Adam vertritt den Standpunkt, Hitlers Entscheidung sei eher im Herbst als im Sommer gefallen – zu einer Zeit, als der deutsche Vormarsch in Russland zum Stillstand gekommen war und sich die vagen Ideen von einer «territorialen Lösung» östlich des Urals als völlig illusionär

71 Andreas Hillgruber, «Die ideologisch-dogmatische Grundlage der nationalsozialistischen Politik der Ausrottung der Juden in den besetzten Gebieten der Sowjetunion und ihre Durchführung 1941-44», *German Studies Review* 2 (1979), S. 264-296, hier S. 273 und auch S. 277-278; Andreas Hillgruber, «Die ‚Endlösung‘ und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus», in Funke (siehe Kapitel 3 Anmerkung 27), S. 94-114, hier S. 103-105. Görings Anordnung ist wiedergegeben in Krausnick, «Judenverfolgung», S. 372-373, und Gerald Reitlinger, *Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas* (Berlin ²1957; übers. v. J.W. Brügel), S. 92-93.

72 Reitlinger, S. 89-94; Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden* (Berlin 1982); Dawidowicz, *Krieg*, S. 126; Fleming, S. 59. Hilberg neigt inzwischen eher dazu, Hitlers Anordnung auf einen Zeitpunkt in den ersten zwei Wochen nach Görings Befehl zu datieren. Siehe Jäckel und Ruhwer (vgl. oben Anm. 69), S. 125 f, 137 f.

73 Browning, *Final Solution*, S. 8, und Christopher Browning, «Zur Genesis der ‚Endlösung‘. Eine Antwort an Martin Broszat», *VfZ* 29 (1981), S. 97-109, hier S. 98 und 108. Zu Brownings Position siehe vor allem seinen Band *Fateful Months* (New York 1985), Kap. 1, «The Decision Concerning the Final Solution».

erwiesen hatten.⁷⁴ Eine radikalere Position wird von Broszat, Mommsen und Streit eingenommen. Sie weisen rundweg die Behauptung zurück, dass es einen einzigen spezifischen und umfassenden – schriftlichen oder mündlichen – «Führerbefehl» gegeben habe, und legen die Betonung auf die kumulative «Sanktionierung» «faktischer» Vernichtungsaktionen, die von anderen Stellen initiiert worden und zwischen Sommer 1941 und Anfang 1942 wild eskaliert seien und aus denen sich dann die eigentliche «Endlösung» – die systematische Vergasung in den Vernichtungslagern – «entwickelt» habe.⁷⁵ Zu einer ähnlichen Interpretationssicht scheint Hans-Heinrich Wilhelm implizit am Ende einer erschöpfenden Untersuchung über die «Einsatzgruppen» zu gelangen, wenn er schreibt, Hitler habe im Sommer 1941 eine Entscheidung getroffen, die sich allerdings «lediglich» auf das «Ostjudentum» bezogen habe und die später – wenn auch nicht ohne Hitlers ausdrückliche Zustimmung – schrittweise erweitert und radikalisiert worden sei.⁷⁶

Manche Untersuchungen gehen ebenfalls davon aus, dass der Schritt zum totalen Genozid erst zu einem späteren Zeitpunkt – frühestens im Spätsommer oder Herbst 1941 – vollzogen wurde, beurteilen Hitlers Rolle dabei aber recht unterschiedlich. Laut Arno Mayer wurde die Schwelle zum systematischen Massenmord erst überschritten, als der nationalsozialistische «Kreuzzug» gegen den Bolschewismus auf Schwierigkeiten stiess, und das war etwa ab September 1941 der Fall. Selbst bei der Wannsee-Konferenz

74 Adam, *Judenpolitik*, S. 312-313. Für ein ähnliches Datum votiert der von Shlomo Aronson veröffentlichte Artikel «Die dreifache Falle. Hitlers Judenpolitik, die Alliierten und die Juden», *VfZ* 32 (1984), S. 51-52.

75 Broszat, «Genesis», S. 753, Anmerkung 26, 763ff; Mommsen, «Realisierung», S. 416 und Anmerkung 148, 417; Christian Streit, Besprechung von Helmut Krausnick und Hans-Heinrich Wilhelm, *Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942* (Stuttgart 1981) in *Bulletin of the German Historical Institute, London* 10 (1982), S. 17. In seinem früheren Buch, *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945* (Stuttgart 1978), S. 126 und S. 355, Anmerkung 274, scheint Streit Adams These gutzuheissen, findet allerdings auch Broszats damals gerade erschienenen «Genesis»-Artikel «überzeugend».

76 Krausnick und Wilhelm, S. 634-635. Der Entscheidungsprozess, der zur «Endlösung» führte, war 1984 Thema einer grossen, internationalen Konferenz in Stuttgart, auf der alle Interpretationen diskutiert wurden. Siehe Jäckel und Ruhwer (vgl. oben Anm. 69).

vom 20. Januar 1942 waren die Nationalsozialisten nach Mayers Auffassung immer noch dabei, sich an die «Endlösung» heranzutasten.⁷⁷ Während Hitler bei Mayer keine spezifische Rolle spielt, stellt ihn der Schweizer Historiker Philippe Burrin in den Mittelpunkt seiner Interpretation, misst aber auch den Umständen, unter denen die beabsichtigte territoriale «Lösung» in einen systematischen Genozid umschlug, starkes Gewicht bei. Auch Burrin sieht in den wachsenden Schwierigkeiten beim «Unternehmen Barbarossa» die treibende Kraft für den Schritt zum Genozid. Für den Bereich der Sowjetunion datiert er diesen Schritt auf etwa Mitte August, und ungefähr einen Monat später sei die Massenvernichtung dann auf das gesamte europäische Judentum ausgeweitet worden, als Hitler von der bisherigen Position abging, die Juden erst nach einer Niederlage der Sowjetunion in den Osten zu deportieren.⁷⁸ Neuere Untersuchungen gehen weniger von einem einzigen entscheidenden Beschluss als von verschiedenen Radikalisierungsphasen aus und datieren den Übergang zum umfassenden Völkermord mehrheitlich auf frühestens Herbst 1941. Götz Aly weist zum Beispiel auf «deutliche Entwicklungssprünge» im März, Juli und Oktober 1941 hin.⁷⁹ Dagegen geht Christian Gerlach bei seiner verblüffenden und umstrittenen Neubewertung der Quellen soweit, von einer «Grundsatzentscheidung» Hitlers zu sprechen, mit der der Diktator auf einer Gauleitersitzung am 12. Dezember 1941, dem Tag nach Deutschlands Kriegserklärung gegen die USA, den im Osten bereits wütenden Massenmord an den Juden auf das gesamte europäische Judentum ausgedehnt haben soll.⁸⁰ Peter Longerich lehnt andererseits die wenig Erfolg versprechende Suche nach einem einzelnen Beschluss zur Einleitung der «Endlösung» (und damit auch Gerlachs konkrete Datierung) ab. Vielmehr betrachtet er das Programm zur Ausrottung der europäischen Juden als Kulmination mehrerer genozidal intendier-

77 Mayer (vgl. oben Anm. 31), Kap. 8 und 9.

78 Burrin (vgl. oben Anm. 31), Kap. 4 und 5.

79 Aly, S. 398.

80 Christian Gerlach, «Die Wannsee-Konferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers politische Grundsatzentscheidung, alle Juden Europas zu ermorden», *Werkstattgeschichte* 18 (1997), S. 7-44. In leicht veränderter Form ist dieser Aufsatz wiederabgedruckt in Christian Gerlach, *Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg*, Hamburg 1998, S. 85-166. Derselbe Band enthält (S. 264 ff) auch Gerlachs Erwiderung auf Kritik an seiner Argumentation.

ter Eskalationsphasen, die erst im Frühjahr beziehungsweise Sommer 1942 erreicht wurde.⁸¹

Wie diese unterschiedlichen Interpretationen führender Experten zeigen, gibt es im Hinblick auf die genaue Art der Entscheidung zur Durchführung der «Endlösung», ihren exakten Zeitpunkt und sogar für das tatsächliche Vorhandensein einer solchen Entscheidung keine eindeutigen Belege. Zwar haben nach dem Krieg zweitrangige SS-Führer in Gerichtsprozessen wiederholt von einem «Führerbefehl» oder einem «Auftrag» gesprochen, doch hat kein unmittelbarer Zeuge eines solchen Befehls den Krieg überlebt. Und trotz der ganzen Brutalität seiner eigenen Äusserungen gibt es keinen Beleg dafür, dass Hitler – und sei es im engsten Vertrautenkreise – kategorisch von einem Entschluss gesprochen hätte, die Juden töten zu lassen. Allerdings lassen die von ihm überlieferten Bemerkungen nicht den geringsten Zweifel daran, dass er das, was in seinem Namen geschah, billigte, darüber in weitem Masse Bescheid wusste und dem Geschehen seine Zustimmung erteilte.⁸² Die Interpretation beruht deshalb auf einem Abwägen der «Wahrscheinlichkeit» der einzelnen Thesen.⁸³ In dieser Hinsicht müssen wir uns kurz die entsprechenden Belege ansehen.

Hitler hatte es nicht nötig, Anweisungen zu erteilen oder deutliche Initiativen zu ergreifen, um den Radikalisierungsprozess in der «Judenfrage» zwischen 1939 und 1941 zu fördern. Die Dynamik erhielt ihren Schwung vielmehr, wie wir gesehen haben, durch eine Kombination von bürokratischen Massnahmen, die vom Reichssicherheitshauptamt ausgingen (und deren administrative Folgen man sich nicht ganz klarmachte), und von Ad-hoc-Initiativen, die «vor Ort» von Individuen und Ämtern ergriffen wurden, die für die Erfüllung einer immer schwerer zu handhabenden Aufgabe verantwortlich waren. Typisch für Hitlers Haltung war der Ende 1940 von ihm geäusserte Wunsch, man möge seinen Gauleitern im Osten die «notwendige Bewegungsfreiheit» für die Erledigung ihrer schwierigen Aufgabe einräu-

81 Longerich, insbesondere S. 468-472, 476, 513-516 und 581-586.

82 Siehe Mommsen, «Realisierung», S. 391 ff. Es steht nicht fest, ob und inwieweit Hitler über die tatsächlichen Einzelheiten des Mordens im Osten direkt unterrichtet wurde (siehe S. 409 und Anmerkung 117), auch wenn Anweisung erteilt worden war, ihn hinsichtlich der von den «Einsatzgruppen» erzielten «Fortschritte» auf dem Laufenden zu halten (siehe Fleming, S. 123; Krausnick und Wilhelm, S. 335).

83 Broszat, «Genesis», S. 753; Browning, «Zur Genesis», S. 98, 105, 109.

men; er werde von seinen Gauleitern *nach zehn Jahren* nur die einzige Meldung verlangen, dass ihr Gebiet rein deutsch sei, und werde sie nicht fragen, welche Methoden sie zu diesem Zwecke angewendet hätten.⁸⁴ Seine eigene direkte Rolle war grösstenteils auf den Bereich der Propaganda beschränkt – auf öffentliche Hasstiraden und schreckliche, dabei aber vage Vorhersagen zum Schicksal der Juden. Die berüchtigtste ist seine Reichstagsrede vom 30. Januar 1939, in der er «prophezeite», der Krieg werde zur «Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa» führen – eine Prophezeiung, auf die er sich in den folgenden Jahren immer wieder bezog und die er nachträglich bezeichnenderweise auf den 1. September 1939, den Tag des Kriegsausbruchs, datierte.⁸⁵ Daran zeigt sich, wie Hitler im Geiste den Krieg und seine «Mission», die Juden zu vernichten, miteinander verband, und diese Verbindung fand ihren tödlichen Schnittpunkt in der Konzeption des «Vernichtungskriegs» gegen die Sowjetunion.⁸⁶

Durch die barbarischen Vorbereitungen für den Angriff auf die Sowjetunion wurde auch die Wehrmacht in eine Reihe verbrecherischer Weisungen verwickelt, die mit dem «Kommissarbefehl» zusammenhingen – der befohlenen Erschiessung aller politischen Kommissare der Sowjetarmee. Zur Angriffs Vorbereitung gehörte unter anderem auch, dass die Leiter der Einsatzgruppen und untergeordneten -kommandos bei Einsatzbesprechungen von Heydrich darüber informiert wurden, welche Rolle sie im Gefolge der vorrückenden Wehrmacht spielen sollten. Eine Reihe von Einsatzkommandoleitern behauptete nach dem Krieg, bei diesen Einsatzbesprechungen vom «Führerbefehl» zur Ausrottung der russischen Juden gehört zu haben.⁸⁷ Die meisten Historiker gehen inzwischen davon aus, dass Heydrichs mündliche Instruktionen zur Tötung der russischen Juden auf eine Blankoermächtigung durch Hitler zurückgingen. Ihrer Ansicht nach diene der vom 2. Juli 1941 datierende, begrenztere schriftliche Befehl Heydrichs an die höheren SS- und Polizeiführer in der Sowjetunion – mit dem in den besetzten Ge-

84 Zitiert in Krausnick und Wilhelm, S. 626-627.

85 Hillgruber, «Die ideologisch-dogmatische Grundlage», S. 271, 285ff; Jäckel, «Hitler und der Mord», S. 160-162.

86 Siehe zu diesem Punkt besonders Hillgrubers Aufsätze; Näheres oben in Anmerkung 71.

87 Alfred Streim, *Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im «Fall Barbarossa»* (Heidelberg/Karlsruhe 1981), S. 74-80.

bieten die Liquidierung «radikaler Elemente», darunter «Juden in Partei- und Staatsstellungen», angeordnet wurde – dazu, der Wehrmacht und anderen Institutionen eine gewisse Rechtfertigung für die Massenerschiessungen an die Hand zu geben.⁸⁸ Zweifellos brachten die Einsatzgruppen von Anfang an längst nicht nur Juden in Partei- und Staatsstellungen um. Bereits am 3. Juli liess beispielsweise der Leiter des Einsatzkommandos in Lutzk ca. 1'160 jüdische Männer erschiessen, um dem Ort seinen Stempel aufzudrücken, wie er sich ausdrückte.⁸⁹ Die Todeskommandos der Einsatzgruppe A im Baltikum legten ihren Auftrag besonders weit aus.⁹⁰ Letzten Endes waren die Einsatzgruppen in grossem Umfang an der Ermordung von insgesamt über zwei Millionen russischer Juden beteiligt; allein die Einsatzgruppe A meldete bis zum Januar 1942 die «Exekution» von 229'052 Juden.⁹¹ Ihre bis heute erhaltenen, detaillierten monatlichen «Ereignismeldungen» gehören zu den entsetzlichsten Hinterlassenschaften des Dritten Reichs.

Die grosse Zahl ermordeter russischer Juden spricht eindeutig eher für einen von oben erteilten allgemeinen Auftrag als für örtliche «Initiativen» von schiesswütigen Einheiten der Einsatzgruppen.⁹² Gleichzeitig bestanden im Frühstadium der Invasion bei den Leitern der Einsatzgruppen und anderen SS-, Partei- und Polizeiführern in den besetzten Gebieten im Osten ganz offensichtlich Unklarheiten darüber, welche Aufgaben ihr Auftrag genau umfasste und wie das «Judenproblem» langfristig «gelöst» werden sollte. Es ist anzunehmen, dass bei den verschiedenen Einsatzbesprechungen vor der Invasion auch von der Ausrottung der Juden in den zu besetzenden russischen Gebieten die Rede war, dass die Äusserungen dazu aber nicht ein-

88 Krausnick, «Judenverfolgung», S. 361-367; Krausnick und Wilhelm, S. 150ff, 634; Hillgruber, «Die ideologisch-dogmatische Grundlage», S. 273; Heinz Höhne, *Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS* (Gütersloh 1967), S. 329 f. Der Befehl vom 2. Juli 1941 ist abgedruckt in: Peter Longerich (Hg.), *Die Ermordung der europäischen Juden* (München 1989), S. 116ff.

89 Streim, S. 89 Anm. 333.

90 Burrin, S. 122f.

91 Krausnick, «Judenverfolgung», S. 367; Krausnick und Wilhelm, S. 619. Aufgrund einer sehr gründlichen Analyse der unvollständigen Belege schätzt Wilhelm die Gesamtzahl der ermordeten russischen Juden auf mindestens 2,2 Millionen (Krausnick und Wilhelm, S. 618-622). Wie viele davon speziell von den Einsatzgruppen umgebracht wurden, lässt sich nicht genau feststellen.

92 Krausnick und Wilhelm, S. 634.

deutig waren und unterschiedlich verstanden werden konnten.⁹³ Auf jeden Fall deckt sich das, was Alfred Streim an Fakten zusammengetragen und Philippe Burrin in seiner Analyse weiter ausgeführt hat, nicht mit der angeblichen Existenz eines spezifischen «Führerbefehls» zur Vernichtung der russischen Juden vor Beginn des «Unternehmens Barbarossa». Vielmehr deutet alles darauf hin, dass die Einsatzgruppen zunächst nur begrenzte Tötungsanweisungen erhalten haben, die wohl tatsächlich Heydrichs Anordnung vom z.Juli 1941 entsprachen.

Bald nach dem Krieg haben Einsatzkommandoleiter vor Gericht behauptet, es habe schon vor der Invasion einen entsprechenden Führerbefehl gegeben. Diese Aussagen waren aber nachweislich falsch und dienten nur dem Zweck, dem Leiter der Einsatzgruppen, Otto Ohlendorf, bei seinem Prozess im Jahre 1947 eine einheitliche Verteidigung zu ermöglichen.⁹⁴ Zuverlässigere spätere Aussagen von Beteiligten lassen mit einem hohen Mass an Plausibilität darauf schliessen, dass vor dem Einmarsch in die Sowjetunion kein allgemeiner «Liquidierungsbefehl» bekannt war und der Befehl dazu erst mehrere Wochen nach Beginn des «Russlandfeldzugs» erging.⁹⁵ Wie Streim darlegt, wäre es kaum logisch gewesen, die örtliche Bevölkerung zu Pogromen gegen die Juden aufzuwiegeln (wie Heydrich mündlich angewiesen hatte), wenn ein allgemeiner Vernichtungsbefehl bereits existiert hätte. Darüber hinaus wurde Heydrichs schriftlicher Befehl vom z.Juli zu Beginn des «Unternehmens Barbarossa» weitgehend befolgt.⁹⁶ Im Vergleich zu den Massentötungen ab etwa Mitte August erschossen die Kommandos der Einsatzgruppen in den ersten Wochen nach der Invasion eine *relativ* geringe Zahl von Juden und beschränkten sich dabei überwiegend auf Männer. Zum Beispiel brachte das besonders brutale Einsatzkommando 3 in Litauen im Laufe des Juli 1941 4'239 Juden um, darunter 135 Frauen. Im August stieg die Zahl der Ermordeten auf 37'186, von denen 32'430 erst nach der Mitte des Monats getötet wurden, während sich im September die Zahl der Opfer auf insgesamt 56'459 belief, darunter 26'243 Frauen und 15'112 Kinder.⁹⁷

93 Ebenda, S. 627; Streim, S. 88 f.

94 Streim, S. 80.

95 Ebenda, S. 83.

96 Ebenda, S. 84.

Die tatsächliche Praxis der Einsatzgruppen deckt sich insofern mit wesentlichen Teilen der nach dem Krieg protokollierten Zeugenaussagen sowie mit einer Reihe von Dokumenten, aus denen hervorgeht, dass der «Führerbefehl» den Einsatzkommandos im Laufe des August übermittelt wurde.⁹⁸ Anscheinend war es aber so, dass der – am 29./30. September 1941 in Babi Jar bei Kiew in dem berüchtigten Massaker an 33'771 jüdischen Männern, Frauen und Kindern gipfelnde – Befehl, nun die Erschiessungen auf alle Juden gleich welchen Alters und Geschlechts auszuweiten, nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt auf einer einzelnen, zentralen, von Heydrich oder Himmler geleiteten Versammlung erteilt wurde. Vielmehr scheint Himmler diesen Auftrag höheren SS- und Polizeiführern bei Besprechungen in den «Ostgebieten» mitgeteilt zu haben, und diese gaben den Befehl dann an die Einsatzgruppenleiter weiter, die ihn schliesslich in Einzelbesprechungen den Einsatzkommandoleitern übermittelten.⁹⁹ Dass die Ausweitung der Erschiessungen im August 1941 mit Hitlers Zustimmung geschah, steht wohl ausser Frage. Art und Form des «Führerbefehls» lassen sich allerdings nicht mehr feststellen. Ebenso wenig lässt sich die Frage beantworten, ob es sich dabei um eine eigene Initiative Hitlers handelte oder ob der «Führer» sich nur mit einem Vorschlag von Heydrich oder Himmler einverstanden erklärt hatte, der seinerseits wohl höchstwahrscheinlich auf einzelne Mordkommandoführer zurückging.

Ein Hinweis darauf, dass schon bevor die Einsatzgruppen mit ihren Massakern an russischen Juden begonnen hatten, die Möglichkeit einer alle europäischen Juden betreffenden «Lösung» eruiert wurde, findet sich in Eichmanns Rundschreiben vom 20. Mai 1941, in dem er mitteilt, Göring habe die Auswanderung von Juden aus Frankreich und Belgien untersagt (damit die Ausreisemöglichkeiten für deutsche Juden nicht behindert würden), und ausserdem erwähnt, dass die «Endlösung der Judenfrage» unmittelbar be-

97 Burrin, S. 124f. siehe auch S. 128.

98 Streim, S. 85 f.

99 Ebenda, S. 89-93. Die Ausweitung der Tötungen im Sommer 1941 ging einher mit einer enormen personellen Aufstockung der im Osten operierenden Einheiten der Sicherheitspolizei. Siehe Yohoshua Büchler, «Kommandostab Reichsführer-SS: Himmler's Personal Murder Brigades in 1941», *Holocaust and Genocide Studies*, I (1986), S. 11-26, und Christopher Browning, *Der Weg zur «Endlösung»: Entscheidungen und Täter*, übers. v. Jürgen Peter Krause, Bonn 1998, S. 82-88.

vorstehe und «zweifellos kommen» werde.¹⁰⁰ Doch erst mehr als zwei Monate später, nachdem die Todeskommandos schon beinahe sechs Wochen lang in der Sowjetunion gewütet hatten, erhielt Heydrich von Göring den Auftrag, die erforderlichen Vorbereitungen für «eine Gesamtlösung der Judenfrage» zu treffen.¹⁰¹ Wie bereits erwähnt, wird diese Ermächtigung, die in Erwartung eines unmittelbar bevorstehenden Sieges über die Sowjetunion auf Heydrichs Initiative von Eichmann aufgesetzt und von Göring unterzeichnet worden war¹⁰², häufig so gedeutet, dass darin eine Weisung Hitlers zum Ausdruck komme, die *den* Befehl zur «Endlösung» ausmache. Eine solche Deutung wirkt nicht überzeugend.

Es ist zweifelhaft, ob Hitler wegen Görings Befehl an Heydrich direkt konsultiert wurde. Da diese Anordnung praktisch nur eine Erweiterung der Vollmachten darstellte, die Heydrich 1939 von Göring erhalten hatte, war eine erneute Zustimmung Hitlers nicht unbedingt erforderlich.¹⁰³ Wie Burrin überzeugend dargelegt hat, scheint auf jeden Fall festzustehen, dass dieser Befehl *nicht* den Schritt zum totalen Genozid bedeutete, sondern sich noch in die Intention einfügte, gleich nach Beendigung des «Russlandfeldzugs» eine territoriale «Gesamtlösung» herbeizuführen.¹⁰⁴ Ende Juli 1941 schien ein Sieg über die UdSSR nur noch eine Frage von Wochen zu sein, und Heydrich war zweifellos erpicht darauf sicherzustellen, dass seine – auf einen Auftrag Görings vom 24. Januar 1939 zurückgehende – Zuständigkeit für die Durchführung der «Lösung des Judenproblems» unangefochten blieb. Hitler hielt seinerseits den ganzen August 1941 über daran fest, dass erst nach Abschluss des «Russlandfeldzugs» Juden in den Osten deportiert werden sollten.¹⁰⁵ Mitte September änderte er dann seine Meinung und ordnete an, die Juden aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu deportieren. Wodurch es zu diesem

100 Krausnick, «Judenverfolgung», S. 371; Reitlinger, S. 92; Fleming, S. 57; Pätzold, *Verfolgung*, S. 288 f.

101 Reitlinger, S. 92; Longerich, *Ermordung*, S. 78.

102 Siehe Mommsen, «Realisierung», S. 409, Jäckel und Ruhwer, S. 15 (siehe Anmerkung 69).

103 Siehe Mommsens Äusserungen zu Görings Befehl, «Realisierung», S. 409 und 417 Anm. 149, sowie Browning, «Zur Genesis», S. 105, und ders., *Fateful Months*, S. 22.

104 Burrin, S. 129 ff.

105 Ebenda, S. 137f.

Meinungswandel kam, ist unklar. Fest steht, dass sich Rosenberg und andere für eine Deportation der Juden in den Osten einsetzten. Und Hitler scheint in dieser Zeit wegen des verlangsamten Vormarsches im Osten und der wachsenden Wahrscheinlichkeit eines längeren Krieges deprimiert gewesen zu sein. Im engsten Kreise kam er gerade in diesen Wochen wieder darauf zu sprechen, dass man aus Deutschlands Niederlage von 1918 Lehren ziehen und die «Elemente» vernichten müsse, die Deutschlands Chance auf einen Sieg im Ersten Weltkrieg untergraben hätten.¹⁰⁶ Und bis zum September hatten die Einsatzgruppen in der Sowjetunion, wie bereits verdeutlicht, natürlich längst mit dem totalen Genozid begonnen. Insofern kam es ab September 1941 zu einer immer stärkeren Verknüpfung zwischen der physischen Vernichtung, die im Osten bereits in vollem Gange war, der Unfähigkeit, in absehbarer Zukunft eine territoriale «Lösung» herbeizuführen, und Heydrichs Auftrag, eine «Gesamtlösung» des «Judenproblems» in allen von Deutschland besetzten Gebieten in die Wege zu leiten. Dennoch bestand bis dahin noch immer kein ganz umfassender Plan zur Vernichtung aller Juden Europas.

Der Sommer und der Herbst 1941 waren auf Seiten der NS-Behörden durch ein hohes Mass an Verwirrung und widersprüchlichen Auslegungen des Ziels der anti jüdischen Politik gekennzeichnet. In dieser Phase wurde bei der «Liquidierung» der Juden experimentiert und zur «Selbsthilfe» und «örtlichen Initiative» gegriffen, vor allem als (in diesem Fall eindeutig auf Befehl Hitlers) im Herbst 1941 die Transporte aus dem Reich und aus Westeuropa erst einmal ostwärts zu rollen begonnen hatten. Die Nazibonzen in Polen und Russland griffen daraufhin zu radikalen Ad-hoc-Massnahmen – Liquidierungen –, um mit der riesigen Anzahl von Juden fertig zu werden, die aus dem Westen in ihren Zuständigkeitsbereich gebracht und willkürlich sozusagen vor ihrer Tür abgeladen wurden.¹⁰⁷ Unterdessen eskalierte der Prozess des Mordens rasch – und nicht allein in der «Judenfrage». Christian Streit hat gezeigt, dass die Wehrmacht sich bereitwillig an der zunehmenden Barbarei des «Vernichtungskriegs» beteiligte, indem sie eng mit den Einsatzgruppen zusammenarbeitete und fast zwei Drittel der in deutsche Hände gefallenen sowjetischen Kriegsgefangenen liquidierte.¹⁰⁸ Ur-

106 Ebenda, S. 138!, 164!, 168 und 173 f.

107 Broszat, «Genesis», S. 75©ff; siehe auch Mommsen, «Realisierung», S. 410-412.

sprünglich war das anfangs kleine Konzentrationslager von Auschwitz erweitert worden, um sowjetische Gefangene aufzunehmen, und die Opfer der ersten Experimente mit den dortigen Gaskammern waren nicht Juden, sondern sowjetische Kriegsgefangene. Die für den Sommer und Herbst 1941 feststellbare Mischung aus Verwirrung, Widersprüchen und Improvisationen lässt sich durchaus mit der These vereinbaren, dass der Weg zu dem, was dem historisch als «Endlösung» bekannt wurde, stufenweise und steil nach unten führte und sich das umfassende Genozidprogramm erst ab Frühjahr 1942, im Anschluss an die Wannee-Konferenz voll herausbildete. Es stimmt zwar, dass Rudolf Höss (der Kommandant von Auschwitz) nach dem Krieg aussagte, er habe von Himmler den Vernichtungsbefehl im Sommer 1941 erhalten. Höss' Angaben sind jedoch nicht zuverlässig, und in diesem Fall spricht vieles dafür, dass er bestimmte Vorgänge irrtümlich um ein Jahr vordatiert hat und sich in Wirklichkeit auf den Sommer 1942 bezog.¹⁰⁹ Auch Eichmann hat 1960 bei seinen Aussagen in Israel nicht immer richtige Angaben gemacht. Er behauptete zwar, sich noch lebhaft daran erinnern zu können, zwei oder drei Monate nach dem Einmarsch in die Sowjetunion von Heydrich die Mitteilung erhalten zu haben, dass «der Führer die physische Vernichtung der Juden befohlen» hatte.¹¹⁰ Aber seine Erinnerung erwies sich oft als unzuverlässig, wenn es um präzise Daten und Zeitangaben ging. Und so scheint es auch in diesem Fall angebracht, seiner zweifelhaften Aussage nicht allzuviel Gewicht beizumessen.¹¹¹

Browning schliesst aus dieser verworrenen Quellenlage, Hitler habe Ende Oktober oder November den Vernichtungsplan gebilligt, den er sich während des Sommers zu eigen gemacht hatte.¹¹² Burrin gelangt anhand

108 Streit, *Keine Kameraden* (siehe oben Anmerkung 75); siehe Hans Mommsens Besprechung von Streits Buch in *Bulletin of the German Historical Institute London* 1 (1979), S. 17-23. Zum Verhalten der deutschen Truppen an der «Ostfront» siehe insbesondere Omer Bartov, *The Eastern Front, 1941-45. German Troops and the Barbarisation of Warfare* (London 1985), und ders., *Hitler's Army* (Oxford 1991).

109 Ebenda, S. 193 Anm. 15.

110 Jochen von Lang, *Das Eichmann-Protokoll. Tonbandaufzeichnungen der israelischen Verhöre* (Berlin 1982), S. 69.

111 Siehe Christian Gerlach, *Krieg, Ernährung, Völkermord*, S. 270-272. Die herausragende Studie über Eichmanns Rolle bei der «Endlösung» ist jetzt Hans Safrian, *Eichmann und seine Gehilfen* (Frankfurt am Main 1995).

112 Browning, «Zur Genesis», S. 107. Siehe auch die abwägende Beurteilung von

derselben Quellen zu der Annahme, der Führerbefehl zur Ermordung der europäischen Juden sei etwa im September 1941 ergangen und wahrscheinlich identisch mit dem Befehl zur Deportation der Juden in den Osten.¹¹³ Gerlach führt jedoch überzeugende Gründe dafür an, dass diese Datierungen zu früh liegen.

Die Unsicherheit, die im Laufe des Herbstes bei manchen NS-Führern im Osten, etwa bei Reichskommissar Ostland Hinrich Lohse in Riga und dem Generalkommissar für Weissruthenien Wilhelm Kube in Minsk, in Bezug auf die Massenvernichtung der in ihrem Zuständigkeitsgebiet aus dem Deutschen Reich eintreffenden Juden zu bemerken war, legt ebenso wie das widersprüchliche, wenngleich barbarische Vorgehen der Nationalsozialisten in jenen Wochen die Vermutung nahe, dass bis dahin noch kein umfassender zentraler Beschluss zur «Ausrottung» der europäischen Juden gefällt worden war. Lohse und Kube waren bei Weitem nicht die einzigen, die beim Ostministerium und beim Reichssicherheitshauptamt (RSHA) um Klärung der Frage nachsuchten, ob die deportierten «Reichsjuden» – die in Kubes Augen aufgrund ihrer Herkunft aus dem deutschen Kulturkreis anders einzustufen waren als die «bodenständigen vertierten Horden» in den eroberten Ostgebieten¹¹⁴ – getötet werden sollten und, wenn ja, ob dann «Mischlinge», Juden mit Kriegsauszeichnungen oder Juden mit «arischen» Ehepartnern davon auszunehmen seien. Das mit diesem Thema verbundene Unbehagen führte zu zahlreichen Protestschreiben an das Ostministerium und das RSHA, so dass sich Himmler am 30. November 1941 veranlasst sah, die Liquidierung eines Transports von 1'000 Juden aus Berlin zu verbieten. Seine Anweisung traf allerdings zu spät ein: Die Juden waren gleich nach ihrer Ankunft in Riga erschossen worden, genau wie ein paar Tage zuvor schon zwei Judentransporte aus Deutschland und Österreich im litauischen Kaunas.¹¹⁵ Da die NS-Behörden nicht in der Lage waren, mit den

Wolfgang Scheffler, «Zur Entstehungsgeschichte der ‚Endlösung‘, *APZ* (30. Oktober 1982), S. 3-10.

113 Burrin, S. 139-141. Die beste Analyse zum Hintergrund des Deportationsbefehls vom September 1941 bietet Peter Witte, «Zwei Entscheidungen in der ‚Endlösung der Judenfrage‘: Deportationen nach Lodz und Vernichtung in Chelmo», in Miroslav Kárný, Raimund Kemper und Margita Kama (Hg.), *Theresienstädter Studien und Dokumente 1995*, Prag 1995, S. 38-68.

114 Zitiert nach Gerlach, «Wannsee-Konferenz», S. 17.

115 Gerlach, «Wannsee-Konferenz», S. 12f.

von ihnen selbst verursachten Problemen bei der Unterbringung und Versorgung der deportierten Juden fertig zu werden, und da in den besetzten Teilen der Sowjetunion bereits eine offenkundige Völkermordpolitik betrieben wurde, betrachteten örtliche Polizei- und Parteiführer die Tötung der in ihrem Zuständigkeitsbereich eintreffenden Juden in zunehmendem Masse als «Lösung».

Einige von ihnen entwickelten örtliche Vernichtungsprogramme. Der im November begonnene Bau des Vernichtungslagers Belzec in dem von SS- und Polizeiführer Odilo Globocnik beherrschten Distrikt Lublin des «Generalgouvernements» stellte zunächst eine solche Initiative dar.¹¹⁶ Eine andere war die Tötung von Juden in sogenannten Gaswagen, mit der Anfang Dezember in Chelмно im «Warthegau», dem Herrschaftsbereich von Gauleiter Arthur Greiser und dem [Höheren SS- und] Polizeiführer Wilhelm Koppe, begonnen wurde.¹¹⁷ Diese örtlichen Völkermordaktionen waren aber noch nicht Teil eines umfassenden Programms. Anfang Dezember 1941 befand sich die Nationalsozialistische Judenpolitik also in einer Übergangsphase und war immer noch in der Entwicklung begriffen. In manchen Gegenden hatte man den Schritt zum regelrechten Völkermord bereits gemacht, doch es bestand noch kein verbindendes Programm, das diese verschiedenen Tötungsaktionen miteinander koordiniert hätte.

Die Situation war im Grossen und Ganzen folgende: Allgemeines Ziel des RSHA war offenkundig immer noch die Massendeportation von Juden «in den Osten» (also in die unwirtlichen Regionen ehemals sowjetischer Gebiete), wo die Arbeitsfähigen schliesslich durch Überanstrengung, Kälte, Verhungern oder Krankheit den Tod finden und arbeitsunfähige Juden so-

116 Siehe Dieter Pohl, *Von der «Judenpolitik» zum Judenmord. Der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939-1944*, Frankfurt am Main 1993, S. 105ff; Adalbert Rückeri, *Nationalsozialistische Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse*, S. 106 ff und 132 ff.

117 Siehe Ian Kershaw, «Improvised Genocide? The Emergence of the ‚Final Solution‘ in the ‚Warthegau‘», *Transactions of the Royal Historical Society* 6 (1992), S. 51-78; Rückeri, *Nationalsozialistische Vernichtungslager*, S. 253 ff.

118 Im Oktober 1941 hatte Reichskommissar Ostland Hinrich Lohse die Genehmigung erhalten, arbeitsunfähige Juden mit Hilfe von Kohlenmonoxid umzubringen. Das geschah in Wagen, die der stellvertretende Leiter der Kanzlei des Führers, Viktor Brack, entwickelt hatte, der als Leiter der «Euthanasieaktion» bereits Erfahrung mit Vergasungstechniken hatte sammeln können. – Krausnick, «Judenverfolgung», S. 409-412; Browning, «Zur Genesis», S. 101f; Fleming, S. 81-84. Hinter den (später

fort umgebracht werden sollten.¹¹⁸ Diese – ihrerseits bereits genozidale – «territoriale Lösung» der «Judenfrage» war dadurch torpediert worden, dass der deutschen Wehrmacht kein rascher Sieg über die UdSSR gelang. Dennoch wurden nun Juden aus dem Deutschen Reich nach Osten deportiert, obwohl der Krieg noch längst nicht zu Ende und kein Gebiet in Sicht war, das als «Judenreservat» hätte dienen können. Unterdessen schlachteten die Einsatzgruppen und -kommandos in den ehemals sowjetischen Gebieten schon seit Monaten Zehntausende von Juden ab, und in manchen Gegenden im Osten griffen NS-Führer zunehmend zur «Selbsthilfe», indem sie ihre eigenen Tötungsprogramme entwickelten. Trotz der offensichtlichen Eskalation der Völkermordaktionen herrschte nach wie vor Unklarheit über den Umgang mit den deportierten «Reichs]uden» und mögliche Ausnahmen von den Deportationsprogrammen und Liquidierungsaktionen.

Um eine Koordinierung und Klärung der Deportationsvorhaben (insbesondere hinsichtlich der Reichsjuden) zu erreichen, lud Reinhard Heydrich am 29. November 1941 die Staatssekretäre verschiedener Reichsministerien sowie Vertreter des RSHA und anderer mit dem Thema direkt befasster Behörden für den 9. Dezember zu einer Konferenz an den im Westen Berlins gelegenen Wannsee ein. Die Sitzung wurde dann allerdings verschoben. Das lag höchstwahrscheinlich an Japans Angriff auf Pearl Harbor am 7. Dezember sowie an der zwei Tage zuvor einsetzenden grossen Gegenoffensive der Roten Armee, durch die Heydrichs umfangreiche Deportationspläne zwangsläufig erheblich beeinträchtigt wurden.¹¹⁹ Als dann die Wannsee-Konferenz schliesslich am 20. Januar 1942 stattfand, war nach Gerlachs Interpretation der entscheidende Schritt zu einem umfassenden Genozidprogramm bereits getan worden: Hitler habe in der Zwischenzeit seine Grundratsentscheidung zur Tötung der europäischen Juden gefällt.

aufgegebenen) Plänen vom November 1941, bei Mogilew, etwa 200 Kilometer östlich von Minsk, ein grosses Krematorium zu errichten, stand höchstwahrscheinlich die Absicht, arbeitsunfähige Juden zu töten, die in diese Region transportiert werden sollten. – Siehe Aly, S. 342-346; Christian Gerlach, «Failure of Plans for an SS Extermination Camp in Mogilev, Belorussia», in *Holocaust and Genocide Studies* ii (1997), S. 60-78; Jean-Claude Pressac, *Les Crématoires d'Auschwitz*, Paris 1993, S. 31-33. (Wie Aly, S. 344, und Gerlach, «Failure», S. 61 f aufzeigen, ist Pressac allerdings zu schnell bereit, die Begründung der SS zu akzeptieren, dass das Krematorium zur Leichenbeseitigung von Typhusopfern benötigt werde.) 119 Longerich, S. 466.

Mit dem Angriff der Japaner auf Pearl Harbor, der Hitler bei seiner Reichstagsrede am 9. Dezember zur Verkündung der deutschen Kriegserklärung gegen die USA veranlasste, war der Krieg nun tatsächlich ein «Weltkrieg» – ein Begriff, der in Deutschland bis dahin ausschliesslich für den Krieg von 1914-1918 verwendet worden war. Und Hitler hatte in seiner berüchtigten Reichstagsrede vom 30. Januar 1939 «prophezeit», dass die Juden Europas im Falle eines weiteren Weltkriegs vernichtet werden würden.¹²⁰ Am Tag, nach dem der Krieg Hitlers Ansicht nach zu einem echten «Weltkrieg» geworden war, dem 12. Dezember 1941, redete der «Führer» in seinen Privaträumen in der Reichskanzlei vor einer Gruppe von rund 50 Reichs- und Gauleitern. Dabei sprach er unter anderem von den Juden. Laut Goebbels' beklemmender Zusammenfassung erinnerte er dabei an seine «Prophezeiung» und erklärte, die Vernichtung des Judentums müsse die notwendige Folge des nun begonnenen Weltkriegs sein. «So werden die Urheber dieses blutigen Konflikts», hielt Goebbels fest, «dafür mit ihrem Leben bezahlen müssen.»¹²¹ Gerlach zufolge hatte Hitler damit seine Entscheidung zur Ausrottung der Juden Europas bekanntgegeben.¹²²

In den folgenden Tagen traf Hitler sich mit einzelnen NS-Führern, die an der Lösung der «Judenfrage» ein direktes Interesse hatten. Der Inhalt dieser Unterredungen ist nicht überliefert. Ein kryptischer Eintrag im kürzlich aufgefundenen Dienstkalender Heinrich Himmlers deutet darauf hin, dass die Behandlung der Juden bei einer Besprechung mit Hitler im «Führerhauptquartier» am 18. Dezember 1941 Thema war. «Als Partisanen auszurotten» ist alles, was dort neben dem Wort «Judenfrage» als Ergebnis des Treffens

120 Hitler hatte gesagt: «Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und ausserhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa ...» – Kurt Pätzold (Hg.), *Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942*, Leipzig 1983, S. 217. Zum Kontext der Rede siehe Hans Mommsen, «Hitler's Reichstag Speech of 30 January 1939», *History and Memory* 9 (1997), S. 147-161.

121 *Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil II, Bd. 2, S. 498 f. Gerlach, «Wannsee-Konferenz», S. 25.

122 Gerlach, «Wannsee-Konferenz», S. 25-28.

123 Peter Witte u.a. (Hg.): *Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42*, Hamburg

notiert ist.¹²³ Das lässt Raum für Interpretationen. Gerlachs Ansicht nach bezieht sich der Eintrag nicht, wie auf den ersten Blick scheinen könnte, auf die Sowjetunion, wo die Ermordung der Juden bereits länger in vollem Gange war, sondern auf «imaginäre ‚Partisanen‘, die angebliche ‚jüdische Bedrohung‘». Die Notiz sei zwar unklar, deute aber «auf einen globalen Sinn der Aussage Hitlers hin, die in ihrer sprachlichen Form nicht anders denn als Weisung zu verstehen ist»¹²⁴.

Zwei Tage nach der Rede vor den Reichs- und Gauleitern erörterte Hitler die «Judenfrage» am 14. Dezember auch mit Alfred Rosenberg. Der Minister für die «Ostgebiete» überreichte ihm dabei vorab ein Redemanuskript zur Durchsicht – ein an sich etwas ungewöhnlicher Vorgang –, und Hitler sagte, man merke der Rede an, dass sie vor Japans Kriegseintritt verfasst worden sei. In Rosenbergs Gesprächsnotiz heisst es weiter:

«Über die Judenfrage sagte ich, dass die Anmerkungen über die New Yorker Juden vielleicht jetzt nach der Entscheidung etwas geändert werden müssten. Ich stände auf dem Standpunkt, von der Ausrottung des Judentums nicht zu sprechen. Der Führer bejahte diese Haltung und sagte, sie hätten uns den Krieg aufgebürdet und sie hätten die Zerstörung gebracht, es sei kein Wunder, wenn die Folgen sie zuerst träfen.»¹²⁵

In Gerlachs Augen ist dies ein zusätzlicher Beleg dafür, dass Hitler eine Grundsatzentscheidung getroffen und sie zwei Tage vor seinem Gespräch mit Rosenberg verkündet habe. Sicherlich ist es ein weiterer Nachweis dafür, dass die «Prophezeiung» der Vernichtung der Juden im Gefolge des nach Nazi-Ansicht von ihnen verursachten Krieges in jenen Tagen in Hitlers Gedanken eine besondere Rolle spielte.

Als weiteren Hinweis darauf, dass Hitler am oder um den 12. Dezember eine Entscheidung von grosser Tragweite gefällt habe, führt Gerlach eine Antwort von Dr. Otto Bräutigam aus dem Ostministerium auf die Anfrage von Reichskommissar Ostland Hinrich Lohse an, ob im Osten alle Juden ungeachtet ihres Alters und Geschlechts sowie ökonomischer Erfordernisse

1999, S. 294. Die in Anmerkung 60 vorgetragene Interpretation des Eintrags deckt sich mit Gerlachs Hypothese in dem Artikel (Gerlach ist Mitherausgeber des Bandes), enthält jedoch keinen Hinweis darauf, dass diese Hypothese äusserst spekulativ und umstritten ist.

124 Gerlach, «Wannsee-Konferenz», S. 22.

125 *IMT*, Band 27, S. 270 (Dokument PS-1517); Gerlach, «Wannsee-Konferenz», S. 24.

zu liquidieren seien: «In der Judenfrage dürfte inzwischen durch mündliche Besprechungen Klarheit geschaffen sein. Wirtschaftliche Belange sollen bei der Regelung des Problems grundsätzlich unberücksichtigt bleiben.»¹²⁶

Einen abschliessenden Beleg zur Unterstützung der These, dass Hitler im Dezember 1941 eine Grundsatzentscheidung zur Tötung aller Juden in Europa getroffen habe, meint Gerlach in Hans Franks Äusserungen gegenüber führenden Verwaltungsfachleuten des Generalgouvernements vom 16. Dezember, vier Tage nach Hitlers Rede vor seinen Reichs- und Gauleitern, gefunden zu haben. Frank erwähnte Hitlers «Prophezeiung» (die damit in jenen Tagen zum wiederholten Male angesprochen wurde) und benutzte dabei Formulierungen, wie sie nach Goebbels' Darstellung bereits von Hitler bei der Gauleitertagung verwendet worden waren. Frank meinte, ein gewonnener Krieg bleibe nur ein Teilerfolg, solange ihn Juden in Europa überlebten. Die Juden müssten verschwinden. Er habe Verhandlungen zum Zwecke ihrer Deportation «in den Osten» aufgenommen, erklärte er und erwähnte, dass das Thema bei der bevorstehenden Wannsee-Konferenz erörtert werde. «Aber was soll mit den Juden geschehen?» fragte er. «Glauben Sie, man wird sie im Ostland in Siedlungsdörfern unterbringen? Man hat uns in Berlin gesagt: weshalb macht man uns diese Scherereien; wir können im Ostland oder im Reichskommissariat auch nichts mit ihnen anfangen, liquidiert sie selber!» Genau wie Hitler ermunterte auch Frank die Anwesenden, jegliches Mitleid fallenzulassen. «Wir müssen die Juden vernichten, wo immer wir sie treffen und wo es irgendmöglich ist, um das Gesamtgefüge des Reiches hier aufrechtzuerhalten.»¹²⁷

Gerlach führt zweifellos überzeugende Argumente für die These an, dass es unmittelbar nach Deutschlands Kriegserklärung gegen die USA zu einer Intensivierung der Bemühungen um eine umfassende und radikale Genozid-«Lösung» kam. Und dass der Dezember als Zeitpunkt innerhalb der Entwicklung der Völkermordpolitik eine wichtige Rolle spielte, ist auch daran

126 *IMT*, Band 32, S. 435 ff (Dokumente PS-3663 und PS-3666); Gerlach, «Wannsee-Konferenz», S. 28f.

127 Werner Präg und Wolfgang Jacobmeyer (Hg.): *Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939-1945*, Stuttgart 1975, S. 457. Gerlach («Wannsee-Konferenz», S. 30 und Anm. 131) weist darauf hin, dass Frank während seines Aufenthaltes in Berlin neben einer Besprechung mit Hitler auch Gespräche im Ostministerium geführt hat.

zu sehen, dass an der «Ostfront» die Krise, die beim Vormarsch auf Moskau entstanden war, in diesem Monat auf ihren Höhepunkt zustrebte. Weniger überzeugend ist Gerlachs Argumentation jedoch dort, wo er behauptet, Hitler habe in den Tagen nach dem Angriff der Japaner auf Pearl Harbor eine Grundsatzentscheidung getroffen und sie führenden Parteimitgliedern bei der Sitzung am 12. Dezember bekanntgegeben.

Keiner der Teilnehmer hat später Hitlers Besprechung mit seinen Gauleitern als besonders bedeutsam für die «Lösung» der «Judenfrage» bezeichnet oder in irgendeiner Weise herausgestellt, dass gerade bei dieser Tagung die Schlüsselentscheidung für die «Endlösung» gefallen sei.¹²⁸ Goebbels hat jenen Abschnitt in seinem Tagebuch, in dem er in neun Zeilen (aus einer fast sieben Druckseiten ergebenden Gesprächszusammenfassung)¹²⁹ Hitlers Bemerkungen zur «Judenfrage» aus dessen Rede vom 12. Dezember schildert, in keiner Weise als besonders wichtig hervorgehoben. Hitlers Worte enthielten jedenfalls kaum etwas, das Goebbels und die anderen nicht zuvor schon mehrfach gehört hatten. Seine Äusserungen über die Juden fielen laut Goebbels' Zusammenfassung etwa im dritten Viertel der Rede. Allem Anschein nach bildeten sie nur einen kleinen Abschnitt einer längeren Ansprache, die sich grösstenteils um die Kriegslage und die Gründe für die Kriegserklärung gegen die USA drehte und in der es Hitler ausserdem um die Hebung der Kampfmoral seiner Parteioffiziere ging – letzteres die vielleicht wichtigste Aufgabe solcher Sitzungen, die während des Krieges keine Seltenheit waren und ausnahmslos im Anschluss an kritische Ereignisse einberufen wurden.¹³⁰ Noch unwahrscheinlicher wird die Annahme, Hitler habe dieses Forum dazu benutzt, eine «Entscheidung» zur Ausrottung der Juden Europas bekanntzugeben, im Übrigen aufgrund der

128 Diesen bezeichnenden Einwand macht Ulrich Herbert gegenüber Gerlachs Argumentation in seinem Beitrag «Eine ‚Führerentscheidung‘ zur ‚Endlösung‘?», *Neue Zürcher Zeitung*, 14./15. März 1998, S. 69 f. In diesem wie auch in anderen Punkten erscheint mir Gerlachs Erwiderung auf Herberts Kritik wenig überzeugend. – Gerlach, *Krieg, Ernährung, Völkermord*, S. 208 ff.

129 *Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil II, Bd. 2, S. 494-500; der Abschnitt über die Juden findet sich auf S. 498 f.

130 Einige der oben angeführten Argumente finden sich auch in einem bislang noch unveröffentlichten Papier von Martin Moll, «Die Tagungen der Reichs- und Gauleiter der NSDAP: Ein verkanntes Instrument der Koordinierung im ‚Ämterchaos‘ des Dritten Reiches?», S. 29f. Ich bin Martin Moll äusserst dankbar dafür, dass ich dieses informative Papier einsehen durfte.

Tatsache, dass die «Endlösung» – von Hitlers schrecklichen, aber vagen allgemeinen Äusserungen über die Vernichtung der Juden einmal abgesehen – in seiner Gegenwart selbst für seine engsten Gefolgsleute ein Tabuthema blieb.

Rosenbergs Notiz über seine Unterredung mit Hitler am 14. Dezember ist als Beleg für eine angebliche Schlüsselentscheidung Hitlers zur «Endlösung» von zweifelhaftem Wert. Rosenbergs Bezugnahme auf geänderte Umstände «jetzt nach der Entscheidung» erfolgt in direktem Zusammenhang mit seinen Äusserungen über die New Yorker Juden. Da Goebbels' Schilderung der Hitler-Rede vom 12. Dezember keinen Hinweis auf eine wie auch immer geartete Entscheidung enthält, dabei aber am 11. Dezember im Reichstag tatsächlich eine äusserst wichtige Entscheidung – nämlich die Kriegserklärung gegen die USA – bekanntgegeben worden war, erscheint es absurd, davon auszugehen, Rosenberg habe bei seiner Gesprächsnotiz auf eine andere als eben diese Entscheidung angespielt.¹³¹

Ebensowenig bietet Bräutigams Antwort an Lohse Anhaltspunkte dafür, dass Hitler Mitte Dezember eine Grundsatzentscheidung zur «Endlösung» der «Judenfrage» getroffen hätte. Bräutigam erwähnt weder Hitler noch irgendeine andere konkrete Person, sondern verweist darauf, dass «durch mündliche Besprechungen» – vermutlich im Ostministerium oder im RSHA und nicht notwendigerweise mit direkter Beteiligung Hitlers – Klarheit geschaffen worden sei. Und Bräutigam konnte selbst durch seine Klarstellung der grundlegenden politischen Richtlinien weder verhindern, dass die Behandlung der Juden immer wieder zu Diskussionen zwischen Lohses Funktionären und Polizeiführern führte, noch dass die Tötung der Juden im Reichskommissariat Ostland ab Mitte Dezember mehrere Monate lang eingestellt wurde.¹³²

Hans Franks Verlautbarungen gegenüber seinen Untergebenen im Generalgouvernement decken sich zweifellos mit einer Ausweitung und Radikalisierung genozidaler Massnahmen im Dezember 1941. Die drastischen Bemerkungen, die Hitler vor den führenden Parteimitgliedern, darunter auch Frank, gemacht hatte, dienten wieder einmal als Ansporn zu Mordaktionen.

131 Siehe dazu Longerich, S. 711 Anm. 233, und Herbert, «Führerentscheidung». Gerlachs Erwiderung (*Krieg, Ernährung, Völkermord*, S. 286 Anm. 70) überzeugt mich nicht.

132 Gerlach, «Wannsee-Konferenz», S. 29 und Anm. 129.

Sie liefen auf eine offene Einladung von höchster Stelle hinaus, aus Rache für den Krieg die Juden mit ihrem Leben zahlen zu lassen. In der spannungsgeladenen Atmosphäre angesichts des Dramas, das der Krieg gegen die USA und die Krise an der «Ostfront» darstellten, liessen Hitlers Tiraden die Reichs- und Gauleiter diese wie auch viele andere Sitzungen in dem Bewusstsein verlassen, dass sie schon wüssten, wie sie «im Sinne des Führers» zu handeln hätten, ohne dazu eines ausdrücklichen Befehls oder näherer Anweisungen zu bedürfen. Franks Äusserungen enthalten jedoch, so abtossend brutal sie auch waren, keinerlei Anzeichen dafür, dass er Zeuge des entscheidenden Moments der Bekanntgabe eines umfassenden Beschlusses zur Tötung der Juden gewesen wäre.

Der Eintrag vom 18. Dezember 1941 in Himmlers Diensttagebuch ist so knapp, dass er sich letztlich für kaum mehr als spekulative Interpretationen anbietet. Sicherlich wird durch ihn Hitler explizit mit der Vernichtungspolitik in Verbindung gebracht und klar belegt, dass er der Ausrottung der Juden zustimmte. Der Eintrag enthält jedoch nichts, was Gerlachs Ansicht untermauern könnte, dass sich diese Äusserungen mit der konkreten Entscheidung zur «Endlösung» gleichsetzen lassen – mit dem Beschluss also, unter der Überschrift «Partisanenbekämpfung» die Ermordung der Juden vom Boden der Sowjetunion auf das übrige Europa auszudehnen. So allergisch Hitler auch auf drohende interne Subversion reagierte, ist von ihm der Begriff «Partisanen», soweit bekannt, niemals in Verbindung mit Juden im Deutschen Reich oder in Westeuropa verwendet worden.¹³³ Andererseits erfuhren sowohl Hitler als auch Himmler im Herbst 1941, wie gross das «Partisanenproblem» in der Sowjetunion war.¹³⁴ Die Gleichsetzung von Juden mit Partisanen, die bei vielen Wehrmachtseinheiten schon in den ersten Wochen des Unternehmens «Barbarossa» anzutreffen war, wurde im Sep-

133 Siehe Longerich, S. 467 und 712 Anm. 234.

134 Die in den ersten Monaten nach dem deutschen Überfall auf die UdSSR weitgehend ineffektive sowjetische Partisanenbewegung gewann bis September 1941 so weit an Bedeutung, dass sich das Oberkommando der Wehrmacht veranlasst sah, als Massnahme gegen die wachsende Bedrohung einen neuen brutalen Erlass herauszugeben. – Siehe Alexander Dallin, *German Rule in Russia, 1941-1945*, London (1957) 2. Aufl. 1981, S. 74 ff und 209. Weiteren Auftrieb erhielt die Partisanenbewegung, als der deutsche Vormarsch im Dezember 1941 zum Stillstand kam. Und genau zu dieser Zeit redeten Hitler und Himmler davon, die Partisanenbekämpfung zur Auslöschung der Juden zu nutzen.

tember sowohl in militärischen Richtlinien als auch vom Leiter der «Einsatzgruppe B», Arthur Nebe, in einem Vortrag vor Offizieren der Heeresgruppe Mitte betont.¹³⁵ Die Erörterung der «Judenfrage» zwischen Hitler und Himmler am 18. Dezember fand höchstwahrscheinlich in diesem Kontext statt und zielte unter der Rubrik radikaler Massnahmen zur «Partisanenbekämpfung» darauf, die in den besetzten sowjetischen Gebieten noch vorhandenen Juden zu liquidieren. Was das heissen konnte, zeigte ein Bericht über das angebliche Bandenunwesen in Südrussland und der Ukraine zwischen September und November 1942, den Hitler Ende 1942 von Himmler erhielt. Von den als Mittäter beschuldigten Hingerichteten waren 363'211 Juden und insgesamt nur 14'257 Nichtjuden.¹³⁶

Wie die fragmentarisch vorhandenen Dokumente trotz teilweiser Unklarheiten belegen, hegten führende Nationalsozialisten im Dezember 1941 unverkennbar offene Genozidabsichten. Ebenso deutlich ist aber auch, dass es zu diesem Zeitpunkt noch kein Konzept gab, das festgelegt hätte, wie – mit welchen Methoden und in welchem Zeitraum – ein so riesiges Deportations- und Vernichtungsprogramm durchzuführen gewesen wäre. Als Hans Frank Mitte Dezember 1941 von der Notwendigkeit einer Liquidierung der Juden im Generalgouvernement sprach, gab er zu, nicht zu wissen, auf welche Weise das geschehen solle. «Diese 3,5 Millionen Juden», erklärte er, «können wir nicht erschiessen, wir können sie nicht vergiften, werden aber doch Eingriffe vornehmen können, die irgendwie zu einem Vernichtungserfolg führen, und zwar im Zusammenhang mit den vom Reich her zu besprechenden grossen Massnahmen.»¹³⁷ Die letzte Bemerkung war ein weiterer Hinweis auf die bevorstehende Wannsee-Konferenz.

Gerlach geht davon aus, dass sich in der Zeit zwischen dem ursprünglich angesetzten Termin (9. Dezember 1941) und dem 20. Januar 1942, an dem die Wannsee-Konferenz schliesslich stattfand, der Zweck dieser Zusammenkunft eine krasse Änderung erfuhr. Ursache der ungewöhnlich langen Terminverschiebung sei die veränderte Lage nach der Hitler-Rede vom 12.

135 Hannes Heer, «Killing Fields: the Wehrmacht and the Holocaust in Belorussia, 1941-1942», *Holocaust and Genocide Studies* ii (1997), S. 79-101, hier S. 87 und 89 f.

136 Berlin Document Center, SS-HO/1238, RFSS, 29.12.42: «Meldungen an den Führer über Bandenbekämpfung».

137 *Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen*, S. 458.

Dezember und die Notwendigkeit, nun ein umfassendes Vernichtungsprogramm vorzubereiten, was bei der Aussendung der ersten Konferenzeinladungen Ende November 1941 noch nicht der Fall gewesen sei.¹³⁸ Ob sich der Zweck der Konferenz tatsächlich so grundlegend änderte, ist allerdings zweifelhaft. Einleuchtender scheint es, wie Peter Longerich davon auszugehen, dass die Wannsee-Konferenz in einer Zeit stattfand, in der die «Lösung der Judenfrage» raschen Umschwüngen und Perspektivwechseln unterlag – einer Zeit, in der die Absicht, ein riesiges Deportationsprogramm durchzuführen, das nach dem Krieg in die totale Vernichtung in Arbeitslagern auf dem eroberten ehemals sowjetischen Territorium münden sollte, zunehmend von der «Erkenntnis» abgelöst wurde, dass die Juden noch während des Krieges und auf dem Territorium des Generalgouvernements vernichtet werden müssten.¹³⁹ So gesehen diente die Wannsee-Konferenz nicht der Koordinierung eines bestehenden «Endlösungs»-Plans, vielmehr leitete sie die Endphase der Eskalation der Vernichtungspolitik ein: die Einbeziehung aller von Deutschland besetzten europäischen Länder in ein umfassendes Programm zur systematischen Vernichtung der Juden.¹⁴⁰ Im Frühjahr 1942 kam es zur beschleunigten Entwicklung eines solchen Programms. Ende April/Anfang Mai wurde beschlossen, mit der sogenannten Aktion Reinhardt, die die drei Vernichtungslager Belzec, Sobibor und Treblinka einbezog, die Mordaktionen, die sich bis dahin auf die Distrikte Lublin und Galizien beschränkten, auf ganz Polen auszuweiten, um praktisch alle aus dem «Reich» und anderen Teilen Mitteleuropas deportierten Juden umzubringen. Anfang Juni lag dann eine genauere Planung zur Deportation der Juden aus Westeuropa vor, die im Juli beginnen sollte.¹⁴¹ Die meisten wurden nach Auschwitz-Birkenau in das grösste der bis dahin operationsfähigen Vernichtungslager gebracht. Damit war die «Endlösung» in der historisch bekannten Form im Sommer 1942 bereits in vollem Gange. Bis Ende 1942 hatte man einen Grossteil der Holocaustopfer – knapp vier Millionen laut SS-Angaben – bereits umgebracht.¹⁴²

Gerlach hält «die Annahme, es habe nie eine zentrale Entscheidung Hit-

138 Gerlach, «Wannsee-Konferenz», S. 32.

139 Longerich, S. 470 h

140 Ebenda, S. 476, 513-516 und 583-586.

141 Ebenda, S. 514 f.

142 *Dienstkalender Heinrich Himmlers*, S. 73 (dort wird der «Korherr-Bericht» vom 23. März 1943 zitiert).

lers über den Mord an den europäischen Juden gegeben», für «nicht haltbar». ¹⁴³ Die Argumente, die er selbst für seine Behauptung ins Feld führt, eine solche Entscheidung sei im Dezember 1941 getroffen worden, überzeugen allerdings nicht. Hitlers Rede vom 12. Dezember und höchstwahrscheinlich auch seine zu etwa der gleichen Zeit mit Himmler und anderen massgeblichen Nationalsozialisten geführten Einzelgespräche sind wohl am besten dahingehend zu interpretieren, dass hier von höchster Stelle die entscheidende Sanktionierung für die erstrebte und von manchen örtlichen NS-Führern in den «Ostgebieten» teilweise schon eingeleitete Mordpolitik erfolgte – durch die genozidschürenden Hasstiraden, die Hitler in einem für das «Reich» entscheidenden Moment unter Hinweis auf ein Ereignis von sich gab, dessen Eintreten seiner «Prophezeiung» nach zur Vernichtung der Juden führen sollte. Gleichzeitig gab Hitlers erneute Attacke gegen die Juden dem Bestreben der RSHA-Führung neuen Auftrieb, bei der «kommende[n] Endlösung der Judenfrage» ¹⁴⁴ (wie Heydrich sich noch bei der Wannsee-Konferenz berechtigterweise ausdrückte) für die notwendige Koordinierung zu sorgen.

Von der Hypothese der Grundsatzentscheidung Hitlers im Dezember 1941 einmal abgesehen, passt Gerlachs Interpretation insgesamt gut zu dem, was sich trotz zahlreicher – angesichts der komplizierten Quellenlage aber kaum überraschender – noch unklarer oder strittiger Punkte als Konsens der jüngsten Forschungsergebnisse zur «Genesis der Endlösung» herauszuschälen scheint. Die mit diesem Thema befassten Wissenschaftler tendieren in zunehmendem Masse zu der Ansicht, dass die «Endlösung» nicht durch eine einzelne Entscheidung herbeigeführt wurde, sondern dass es zwischen Frühjahr 1941 und Sommer 1942 auf der Suche nach einer «Lösung der Judenfrage» im Rahmen eines – durch den ausbleibenden Sieg über die Sowjetunion torpedierten – riesigen «Umsiedlungs-» und ethnischen «Säuberungsprogramms» für Mittel- und Osteuropa zu einem längeren Radikalisierungsprozess kam, der durch mehrere krasse Eskalationsphasen gekenn-

143 Gerlach, «Wannsee-Konferenz», S. 44. Gerlachs Äusserung richtet sich hier insbesondere gegen Hans Mommsen («Realisierung», S. 416f), der im Hinblick auf die Entwicklung der «Endlösung» als einer der ersten von einem anhaltenden Eskalationsprozess und nicht von einem langfristig vorgegebenen Programm ausging.

144 Peter Longerich (Hg.), *Die Ermordung der europäischen Juden. Eine umfassende Dokumentation des Holocaust 1941-1945*, München 1989, S. 85.

zeichnet war. Hitlers ausdrückliche Billigung und Sanktionierung der Eskalationsphasen bei der Ermordung der Juden wird von niemandem in Zweifel gezogen. Die wichtigsten Phasen dieses Prozesses ereigneten sich im Frühjahr 1941 (bei der Planung des «Unternehmens Barbarossa»), im Sommer 1941 (mit dem Schritt zum totalen Genozid in der Sowjetunion), im Herbst 1941 (als Folge der Entscheidung Hitlers, die Juden aus dem «Reich» sowie aus Böhmen und Mähren nach Osten schaffen zu lassen), im Dezember 1941 (im Gefolge der Kriegserklärung gegen die USA) und im Frühjahr 1942 (mit der Herausbildung des koordinierten Vernichtungsprogramms).¹⁴⁵ Obwohl Gerlach alle Argumente verwirft, die darauf abheben, dass die letzten entscheidenden Beschlüsse erst im Frühjahr 1942 gefällt wurden¹⁴⁶, führen in jüngerer Zeit eine ganze Reihe wichtiger Regionalstudien über die nationalsozialistische Völkermordpolitik (darunter nicht zuletzt Gerlachs eigene Untersuchung) zu dem – von Martin Broszat bereits 1977¹⁴⁷, wenn auch eher intuitiv, vertretenen – Schluss, dass die Entwicklung der «Endlösung» wenig systematisch vonstatten ging.¹⁴⁸ Welche Rolle Hitler in diesen Schlüsselphasen genau spielte, bleibt grösstenteils im Dunkeln.¹⁴⁹ Das heisst aber nicht, dass sie unbedeutend war. Ganz im Gegenteil:

145 Zwar werden von verschiedenen Interpretationsansätzen die einzelnen Phasen unterschiedlich gewichtet (siehe zum Beispiel Aly, S. 398, und Longerich, *Politik, der Vernichtung*, S. 579-584), aber insgesamt scheint weitgehende Übereinstimmung über die Existenz eines solchen eskalierenden Radikalisierungsprozesses zu bestehen.

146 Gerlach, «Wannsee-Konferenz», S. 44.

147 Broszat, «Genesis», S. 63.

148 Zu den wichtigsten Studien zum Distrikt Lublin gehören Dieter Pohls bereits erwähnter Band *Von der «Judenpolitik» zum Judenmord* und sein Werk *Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens*, München 1996; Thomas Sandkühler, «Endlösung» in Galizien. *Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz*, Bonn 1996; und zur nationalsozialistischen Judenpolitik im «Warthegau» die bereits genannte Untersuchung von Peter Witte. Einen weiteren bedeutenden Beitrag dürfte Christian Gerlachs demnächst erscheinende Studie zur Vernichtungspolitik in Weissrussland leisten. Peter Kleins Arbeit über den «Warthegau» und Christoph Dieckmanns Untersuchung über Litauen werden weitere wichtige Einsichten in regionale Entwicklungsprozesse liefern. Siehe auch die Beiträge in Herbert (Hg.), *Nationalsozialistische Vernichtungspolitik*.

149 Gerlach, *Krieg, Ernährung, Völkermord*, S. 278, akzeptiert, dass dies im Herbst 1941 der Fall war.

Hitlers Impulse bei der Entwicklung des barbarischen Plans zur Eroberung der Sowjetunion, seine Zustimmung zu der von Himmler im Sommer betriebenen Ausweitung des Völkermords in der Sowjetunion, sein schliesslich im September erklärtes Einverständnis mit der Deportation der deutschen Juden in den Osten und die von ihm im Dezember offen geäusserte Ermunterung zu Vernichtungsaktionen hatten alle entscheidenden Anteil an der Autorisierung der allmählich Gestalt annehmenden «Endlösung». Für die entscheidenden Schritte auf dem Weg zum Völkermord war die Genehmigung des «Führers» unerlässlich. Ob es dabei eine einzelne umfassende «Führerentscheidung» gegeben hat, ist höchst fraglich, allerdings auf jeden Fall auch nur ein zweitrangiges Thema.¹⁵⁰

Wenn man diese Diskussion über die Entstehung der «Endlösung» zu den polarisierten «hitleristischen» und «strukturalistischen» Interpretationen in Beziehung setzt – also zu der einen Sichtweise, die betont, ein langfristig geplantes, auf Vernichtung hinzielendes Programm habe in einem Befehl Hitlers gegipfelt, und der anderen, die von einem Prozess dauernder Improvisation als Ausweg aus selbstverursachten Verwaltungsschwierigkeiten ausgeht –, dann dürfte man zu dem Schluss kommen, dass keines der Modelle eine ganz befriedigende Erklärung liefert.

Trotz seiner beispiellos brutalen Sprache lassen sich bei Hitler nur schwer direkte Handlungen festmachen. Zwar war sein Judenhass zweifellos eine Konstante, doch änderte sich das Verhältnis dieses Hasses zur aktuellen Politik im Laufe der Zeit beträchtlich, während die politischen Möglichkeiten immer beschränkter wurden. Hitler selbst war an der offenen Formulierung dieser Politik kaum beteiligt – weder in den dreissiger Jahren noch während der Herausbildung der «Endlösung» selbst. Seine Hauptrolle bestand darin, für das brutale Klima zu sorgen, in dem die Verfolgung stattfand, und Initiativen, die hauptsächlich von anderen kamen, zu sanktionieren und zu legitimieren. Mehr war nicht erforderlich. Die launenhaften Sprünge, die die antijüdische Politik sowohl vor dem Krieg als auch in den Jahren 1939 bis 1941 machte und aus denen sich die «Endlösung» entwickelte, widerlegen jede Vorstellung von einem «Plan» oder «Programm». Die Radikalisierung konnte erfolgen, ohne dass Hitler entscheidend den Kurs bestimmte. Doch Hitlers Einfluss war allgegenwärtig, und seine direk-

150 Und wird von Gerlach, *Krieg, Ernährung, Völkermord*, S. 286f, auch als solches angesehen.

te Intervention war in der anti jüdischen Politik mitunter entscheidend. Sein dogmatisches, unerschütterliches Festhalten an einem vagen ideologischen Imperativ – «Entfernung der Juden» aus Deutschland und anschließende «Endlösung der Judenfrage» –, der in bürokratische und exekutive Massnahmen übertragen werden musste, war nichtsdestoweniger eine unerlässliche Voraussetzung für die eskalierende Barbarei und den schrittweisen Übergang zum umfassenden Völkermord.

Ohne Hitlers fanatisches Bestreben, das Judentum zu zerstören, aus dem sich erst 1941 die physische Vernichtung der Juden Europas als realisierbares Ziel herauskristallisierte, wäre es aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zum Holocaust gekommen. Es wäre aber auch, wie Streit betont¹⁵¹, nicht dazu gekommen, wenn die Wehrmacht sich nicht aktiv beteiligt hätte – die einzige Kraft, die noch in der Lage gewesen wäre, das Naziregime unter Kontrolle zu halten. Ebensowenig hätte dabei das – bis hin zu aktiver Komplizenschaft reichende – Einverständnis der Beamtenschaft fehlen dürfen, die bemüht war, die mit der zunehmenden Diskriminierung verbundenen Anforderungen zu erfüllen. Auch ohne die Führungskräfte der deutschen Industrie, die die Produktion der Todesmaschinerie leiteten und ihre Fabriken in unmittelbarer Nähe der Konzentrationslager errichteten, wäre die «Endlösung» nicht möglich geworden.¹⁵² Und innerhalb des SS/SD/ Gestapo-Organisationskomplexes waren es weniger die absoluten Rassefanatiker als die ehrgeizigen Organisatoren und kompetenten Verwaltungsfachleute wie Eichmann und die eiskalten Henker wie Höss, die aus einer höllischen Vision eine Hölle auf Erden machten.¹⁵³

151 Streit, *Keine Kameraden*, besonders Kapitel 3, 6 und 13.

152 Eine kurze Diskussion des wirtschaftlichen Kontextes, in dem es zur «Endlösung» kam, findet sich oben in Kapitel 3.

153 Hannah Arendt sagt gegen Ende ihrer kontroversen Darstellung des Eichmann-Prozesses: «Das Beunruhigende an der Person Eichmanns war doch gerade, dass er war wie viele und dass diese vielen weder pervers noch sadistisch, sondern schrecklich und erschreckend normal waren und sind.» Arendt, *Eichmann* (siehe oben Anmerkung 7), S. 326. Dem Herausgeber von Höss' autobiographischen Erinnerungen zufolge wird darin der Kommandant von Auschwitz eher als «kleinbürgerlich-normaler Mensch» denn als sadistische Bestie sichtbar: Martin Broszat (Hg.), *Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen von Rudolf Höss* (Stuttgart 1961 sowie München 1978), S. 15. Der ideologische Antisemitismus scheint in diesen Fällen höchstens ein sekundäres Motiv geliefert zu haben, so auch bei Franz Stangl, Kom-

Zusammen mit dem organisierten Chaos in den Ostgebieten, das durch das Fehlen einer klaren, zentralen Leitung und eines entsprechenden Konzepts zustande kam sowie durch das unter den unmenschlichsten Bedingungen erfolgende Zusammenpferchen von immer grösseren Massen von «Untermenschen», lieferte der langwierige, aber schrittweise Prozess der Entpersönlichung und Entmenschlichung der Juden den Kontext, in dem der Massenmord – sobald er im Russlandfeldzug erst einmal eingeführt worden war – ad hoc angewandt und ausgeweitet wurde, bis sich aus ihm die totale Vernichtung entwickelte. Gleichzeitig ging die «Endlösung» nicht einfach aus einer Unzahl von örtlichen «Initiativen» hervor: Wenn zuerst auch zögernd, wurden im Zentrum doch entscheidende Schritte unternommen, um die Massnahmen zur völligen Vernichtung zu koordinieren. Die entsprechende zentrale Leitung scheint jedoch grösstenteils vom Reichssicherheitshauptamt und weniger von Hitler ausgegangen zu sein, wobei die wichtigsten Schritte von ihm allerdings zweifellos allgemein gebilligt und sanktioniert wurden.

Hitlers «Intention» war bei dem in der Vernichtung gipfelnden Radikalisierungsprozess in der antijüdischen Politik mit Sicherheit ein grundlegender Faktor. Wichtiger ist für eine Erklärung des Holocaust jedoch das Wesen der «charismatischen» Herrschaft im Dritten Reich¹⁵⁴ und die Art und Weise, in der sie die Dynamik der mit Blick auf «heroische», chimärenhafte Ziele eskalierenden Radikalisierung in Gang hielt und dabei die Regierungsstruktur zersetzte und aufsplitterte. Dies war der wesentliche Rahmen, in dem Hitlers Rassenwahn in praktische Politik umgesetzt werden konnte.

Diese Untersuchung der komplexen Entwicklung der zum Kern der Hitlerschen Weltanschauung gehörenden Rassenpolitik hat gezeigt, dass es zwar sinnlos wäre, von Hitler als einem «schwachen Diktator» zu reden, dass es aber auch irreführend wäre, das Dritte Reich als eine monokratische Diktatur anzusehen, bei der eine kohärente, einheitliche Befehlsstruktur für die geregelte und zentral gelenkte konsequente Vollstreckung des Führer-

mandant im Todeslager von Treblinka: siehe Gitta Sereny, *Am Abgrund* (Frankfurt am Main, Berlin und Wien 1980). Es muss jedoch hinzugefügt werden, dass kein immanenter Widerspruch zwischen ideologischer Überzeugung und einem Talent zur Verwaltung besteht.

154 Einen Versuch, aus soziologischer Sicht die Verbindungen zwischen der charismatischen Natur der Naziherrschaft und dem Völkermord aufzuzeigen, unternimmt Uta Gerhardt, «Charismatische Herrschaft und Massenmord im Nationalsozialismus», *GG* 24 (1998), 503-538.

willens gesorgt hätte. Nun werden wir unsere Aufmerksamkeit noch dem Gebiet zuwenden, bei dem Hitlers lenkende Hand am deutlichsten sichtbar zu sein scheint: der Aussenpolitik.

6 Die nationalsozialistische Aussenpolitik: Hitlers «Programm» oder «Expansion ohne Ziel»?

Mehrere wichtige Aspekte der deutschen Aussenpolitik im Dritten Reich zählen immer noch zu den ungelösten Problemen und sind weiterhin Gegenstand der wissenschaftlichen Debatte.¹ Auch im aussenpolitischen Bereich sind die Interpretationsmeinungen – vor allem bei ehemals westdeutschen Wissenschaftlern – in die beiden «Lager» gespalten, von denen schon in anderem Zusammenhang die Rede war: «Intention» und «Struktur». Die DDR-Forschung zeigte kein Interesse an dieser interpretativen Auseinandersetzung, denn sie legte ihrer Arbeit natürlich andere Prämissen zugrunde und konzentrierte sich darauf, die expansionistischen Ziele der deutschen Industriegiganten zu dokumentieren und zu analysieren – eine Aufgabe, der sie sich mit nicht geringem Erfolg widmete. Doch bei aller Anerkennung der imperialistischen Aspirationen des deutschen Kapitalismus haben Erklärungen, die in Hitler und anderen führenden Nazis wenig mehr als Vollstrecker der Ziele des Grosskapitals sehen, nie besonders überzeugt. Tatsächlich tendierte, wie wir in einem früheren Kapitel gesehen haben, im Westen die konventionell-orthodoxe Richtung, die zu einem grossen Teil von westdeutschen Historikerinnen und Historikern getragen wurde, dazu, derartige Erklärungen umzudrehen und einem kompromisslosen «Primat der Politik» im Dritten Reich das Wort zu reden. Und unabhängig von irgendwelchen Interpretationsnuancen wurde allgemein und mit Nachdruck hervorgehoben, dass Hitler den Kurs der deutschen Aggression in Übereinstimmung mit jenem «Programm» steuerte, welches er (für alle, die es sehen

1 Siehe Marie-Luise Recker, *Die Aussenpolitik, des Dritten Reiches* (München 1990) und Horst Möller, *Europa zwischen den Weltkriegen* (München 1998).

wollten) in *Mein Kampf* und im *Zweiten Buch* skizziert hatte. Parallel zu den Holocaust-Erklärungen wurde auch im aussenpolitischen Bereich Hitlers ideologischen Zielen ein regelrechter Primat zugeschrieben und gesagt, durch sie sei eine konsequente Aussenpolitik entstanden, deren grobe Umrisse und Planziele lange im Voraus «vorprogrammiert» worden seien.

Diese Interpretationssicht wird von Historikerinnen und Historikern in Frage gestellt, die an die Aussenpolitik und andere Aspekte der NS-Herrschaft mit einer «strukturalistischen» Methode heranzugehen suchen – auch wenn die «strukturalistische» Argumentation gerade auf diesem Gebiet eher auf schwachen Füßen steht. Vertreter und Vertreterinnen eines «strukturalistischen» Ansatzes lehnen Vorstellungen von einer Aussenpolitik mit klaren Konturen, welche sich im Einklang mit einem von Hitler stammenden ideologischen «Programm» entfalteten, ab und betonen stattdessen, dass Umfang und Zielrichtung der Expansion unklar und unspezifisch gewesen seien und dass es zu dieser Expansion in nicht geringem Masse aufgrund der unkontrollierbaren Dynamik und radikalisierenden Schwungkraft der Nazibewegung und des NS-Regierungssystems gekommen sei. Bei diesem schrittweisen und etwas wirren Entwicklungsprozess hätten – genau wie bei der «Judenfrage» – Begriffe wie «Lebensraum» lange Zeit als Propagandaslogans und «ideologische Metaphern» gedient, ehe sie als erreichbare und konkrete Ziele erschienen seien.

Auch hier liegt die Betonung mehr auf der *Punktion* von Hitlers aussenpolitischem «Image» und seinen ideologischen Fixierungen als auf seinem unmittelbaren persönlichen Eingreifen und den von ihm ausgehenden Initiativen. Und statt von Hitler das Bild eines Mannes mit unerschütterlichem Willen und kristallklarer Weitsicht zu zeichnen, der die Ereignisse nach seinem Geschmack und seinen ideologischen Zielen entsprechend formte, wird er als «ein Mann der Improvisation, des Experimentierens und der Augenblickeseingebung» dargestellt.² Jede im Kurs der deutschen Aussenpolitik entdeckte «Logik» oder innere «Rationalität» komme, so heisst es, rein teleologisch zustande – indem man sich die Endergebnisse ansehe und diese im Lichte der offenbar prophetischen Äusserungen deute, die Hitler in den zwanziger Jahren von sich gegeben habe.

2 Hans Mommsen, Besprechung von Jacobsen (siehe oben Kapitel 4 Anmerkung 32), S. 183.

Ehe wir eine kurze Auswertung versuchen, die sich mit Hitlers Rolle beim Zustandekommen aussenpolitischer Entscheidungen, mit der Bedeutung seiner ideologischen Fixierungen für die Festlegung der aussenpolitischen Entwicklung und mit dem Ausmass der expansionistischen Ambitionen der Nazis befasst, müssen wir etwas detaillierter die Hauptströmungen in der Historiographie untersuchen und uns die Argumente führender Vertreter der gerade erwähnten Interpretationsrichtungen ansehen.

Interpretationen

Welche Ziele Hitler genau verfolgte, wird schon lange von Fachleuten auf dem Gebiet der deutschen Aussenpolitik diskutiert. Zwei seit langer Zeit bestehende kontroverse Themenbereiche – ob Hitler ein ideologischer Visionär mit einem aggressiven «Programm» oder bloss ein zutiefst «prinzipienloser Opportunist» gewesen sei und ob seine aussenpolitischen Ziele neu und revolutionär oder im Wesentlichen die Fortsetzung einer traditionellen deutschen Expansionspolitik gewesen seien – lassen sich im Ansatz in den antagonistischen Positionen erkennen, die bereits vor Jahren die britischen Historiker Trevor-Roper und Taylor eingenommen haben. Während Taylor (etwas kapriziös wie immer) den Standpunkt vertrat, in Bezug auf internationale Angelegenheiten sei an Hitler «nichts auszusetzen, ausser dass er ein Deutscher war»³, gehörte Trevor-Roper zu den ersten Historikern, die – was heutzutage recht banal erscheinen mag – in Hitlers Ideen eine grundlegende und beharrliche Konsequenz entdeckten und Hitler tatsächlich als einen Mann ernst nahmen, dessen Ideen – so widerwärtig sie auch waren – neu gewesen seien und traditionelle Grenzen des politischen Denkens durchbrochen hätten.⁴ Auf eine Art liessen sich beide Sichtweisen auf eine unterschiedliche Interpretation gleicher Quellen zurückführen, zu denen gerade auch die bisweilen ambivalenten Kommentare von Hermann Rauschnig,

3 A.J.P. Taylor, *The Origins of the Second World War* (Harmondsworth 1971), S. 27 (in der deutschen Ausgabe *Die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges* [Gütersloh 1962] offenbar nicht enthalten).

4 H.R. Trevor-Roper, «Hitlers Kriegsziele», *VfZ* 8 (1960), S. 121-133.

dem ehemaligen Senats-Präsidenten von Danzig, gehörten.⁵ Es wurde jedoch schon bald darauf hingewiesen, dass zwischen den Interpretationen, so wie sie waren, nicht unbedingt ein Widerspruch bestand: Man konnte in Hitler sowohl einen fixierten Ideologen sehen als auch einen Mann, der ein besonderes Talent dafür besass, die sich ihm in der Aussenpolitik bietenden Gelegenheiten auszunutzen.⁶

Als dieses Bild von Hitler als fanatischem Visionär, der mit schonungsloser Konsequenz die von ihm festgelegten Ziele verfolgte, erst einmal öffentlich vorgebracht worden war, setzte es sich rasch in den Köpfen fest. Grössere Studien, die damals erstellt wurden – und hier vor allem die, die sich mit der deutschen Aussenpolitik befassten –, gingen von der Prämisse aus, dass Hitlers expansionistische Ideologie toderntst genommen werden müsse und dass die Unterschätzung Hitlers innerhalb und ausserhalb Deutschlands ein fataler Schlüssel zu seinem Erfolg gewesen sei. Trevor-Roper hatte bereits betont, dass Hitlers Lebensraumpläne für Osteuropa ernst gemeint gewesen seien, und dieser Gedanke wurde nun von Günter Moltmann noch erweitert: Er war der erste, der die These vertrat, Hitlers Pläne hätten sich nicht auf Europa beschränkt, sondern hätten buchstäblich auf die Weltherrschaft Deutschlands abgezielt.⁷ Diese These wurde bald systematischer ausgearbeitet: In seiner 1963 veröffentlichten Analyse der Kriegsziele Hitlers ging Hillgruber mit Blick auf die NS-Aussenpolitik von einem Dreistufenplan aus, durch den Deutschland zuerst die Hegemonie über ganz Europa, dann über den Nahen Osten und andere britische Kolonialgebiete und schliesslich – in ferner Zukunft – über die USA und damit

5 Siehe Hermann Rauschning, *Gespräche mit Hitler* (Zürich 1940 und Wien 1973) und *Die Revolution des Nihilismus* (Zürich und New York 1938). Unverzichtbar für eine Auswertung des von Rauschning vorgelegten Materials ist Theodor Schieder, *Hermann Rauschnings «Gespräche mit Hitler» als Geschichtsquelle* (Opladen 1972). Wolfgang Hänel, *Hermann Rauschnings «Gespräche mit Hitler» – Eine Geschichtsfälschung* (Ingolstadt 1984), zieht die Authentizität von Rauschnings Darstellung in Zweifel. Siehe dazu jedoch Martin Broszat, «Enthüllung? Die Rauschning-Kontroverse» in ders., *Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte* (München 1986). S. 249ff.

6 Siehe Alan Bullock, «Hitler and the Origins of the Second World War», in Esmond M. Robertson (Hg.), *The Origins of the Second World War* (London 1971), S. 189-224, hier besonders S. 192-193.

7 Günter Moltmann, «Weltherrschaftsideen Hitlers», in O. Brunner und D. Gerhard (Hg.), *Europa und Übersee. Festschrift für Egmont Zechlin* (Hamburg 1961), S. 197-240.

die ganze Welt erlangen sollte.⁸ Das heuristische Instrument des «Stufenplans» beeinflusste die meisten der späteren einflussreichen Arbeiten zur Aussenpolitik, unter denen Klaus Hildebrands umfangreiche Untersuchung über die deutsche Kolonialpolitik besonders hervorragte.⁹ In neuerer Zeit haben Analysen der deutschen Flottenpläne, der bombastischen Architekturprojekte und der auf Grossbritanniens Besitzungen im Nahen Osten hinielenden Politik weitere stützende Argumente für die These von der «Weltherrschaft» geliefert.¹⁰

Eine «Unterdebatte» rumorte zwischen den «Kontinentalisten» (wie etwa Trevor-Roper, Jäckel und Kuhn), für die Hitlers «Endziele» die Eroberung von «Lebensraum» in Osteuropa mit einschlossen, und den «Globalisten» (Moltmann, Hillgruber, Hildebrand, Dülffer, Thies, Hauner und anderen), die von ihrer – derzeit dominierenden – Interpretation her in Hitlers aussenpolitischen Ambitionen nichts weniger als das Streben nach totaler Weltherrschaft erkannten und akzeptierten. Beiden Positionen ist jedoch gemeinsam, dass sie als programmatische Elemente der Hitlerschen Weltanschauung und als Kernstück seiner Politik die Eroberung von «Lebensraum» und die Rassenherrschaft hervorheben, in denen sie zwei immanent miteinander zusammenhängende Komponenten sehen. Dabei sollen Begriffe wie «Stufenplan» oder «Programm», wie betont wird, allerdings nicht den Anschein erwecken, als würde hier ein «Fahrplan zur Weltherrschaft» beschrieben. Vielmehr sollen mit ihnen «die wesentlichen Triebkräfte und zentralen Ziele der Aussenpolitik Hitlers» erfasst werden, «die unverrückbar waren (,Lebensraum'-Eroberung; Rassenherrschaft; Weltmachtstellung), ohne darüber die ‚Improvisation‘ des Diktators und den hohen Grad seiner taktischen Wendigkeit zu verkennen»¹¹. Ob «Kontinentalist» oder «Globalist» –

8 Hillgruber, *Hitlers Strategie* (siehe oben Kapitel i Anmerkung 17).

9 Hildebrand, *Nom Reich zum Weltreich* (siehe oben Kapitel 1 Anmerkung 17).

10 Jost Dülffer, *Weimar, Hitler und die Marine. Reichspolitik und Flottenbau 1920-1939* (Düsseldorf 1973); Jochen Thies, *Architekt der Weltherrschaft. Die «Endziele» Hitlers* (Düsseldorf 1976); Milan Hauner, *India in Axis Strategy: Germany, Japan, and Indian Nationalists in the Second World War* (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts, London, Band 7, Stuttgart 1981).

11 Klaus Hildebrand, «Die Geschichte der deutschen Aussenpolitik (1933-1945) im Urteil der neueren Forschung: Ergebnisse, Kontroversen, Perspektiven», in ders., *Deutsche Aussenpolitik 1933-1943. Kalkül oder Dogma?* (= Nachwort der 4. Auflage, Stuttgart u.a. 1980), S. 188-189. Diese Ansicht vertritt Hildebrand konsequent in vie-

beide betrachten in den bisher zusammengefassten Interpretationen die deutsche Aussenpolitik als Hitlers Aussenpolitik. Ein Historiker zum Beispiel, der eine typische Ansicht über Hitlers persönliche Rolle bei der Festlegung der NS-Aussenpolitik vertritt, sieht ihn «im Rahmen des totalitären Staats» nicht nur als «obersten Herrn und Gebieter», sondern auch als «Hauptanimator» an.¹² So wichtig schien ihm der Führer für die Entwicklung der deutschen Aussenpolitik zu sein, dass derselbe Historiker, Milan Hauner, in einem anderen Aufsatz, der sich mit dem Ziel der Weltherrschaft befasste, es für notwendig erachtete, seine Leser zu warnen, «dass in diesem Überblick der Name ‚Hitler‘ häufig anstelle von ‚Deutschland‘ gebraucht wird». Dies stellt den Gipfel der «hitleristischen» Interpretationssicht dar, denn Hauner erachtet die «charismatische Ausstrahlung Hitlers und den totalitären Charakter seiner Macht» für so bedeutsam, «dass Hitler von dem Augenblick an, in dem er die volle Kontrolle über die [deutschen] aussenpolitischen und militärischen Angelegenheiten übernahm, zu Recht als Personifizierung der Willenskraft Deutschlands angesehen werden kann».¹³ Am Ende zitiert er Norman Rich, der Hitler als «Herr und Meister im Dritten Reich» bezeichnet hat. Genauso kompromisslos ist die Feststellung, die Gerhard Weinberg, einer der auf dem Gebiet der NS-Aussenpolitik führenden Experten, am Ende seiner ausführlichen Diplomatiegeschichte der Vorkriegszeit trifft: «Deutschlands Macht wurde von Hitler gelenkt. Durch sorgfältige Analysen haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hinter der Fassade monolithischer Einheit, die das Dritte Reich gerne seinen Bürgerinnen und Bürgern und der ganzen Welt in Wort und Bild zeigte, innere Uneinigkeit, organisatorisches Durcheinander, Zuständigkeitsgerangel, institutionelle Rivalitäten und örtliche Abweichungen aufgedeckt. Dennoch bleibt die Tatsache bestehen, dass die Politik in groben Linien in jedem Fall von Hitler selbst bestimmt wurde. Wo andere zustimmten oder zumindest nicht energisch widersprachen, blieb ihnen die Wahl, sich anzu-

len seiner Veröffentlichungen. Siehe seine bedeutende Untersuchung *Das vergangene Reich. Deutsche Aussenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871-1945* (Stuttgart 1995), S. 572-573.

12 Milan Hauner, «The Professionals and the Amateurs in National Socialist Foreign Policy: Revolution and Subversion in the Islamic and Indian World», in Hirschfeld und Kettenacker (oben Kapitel i Anmerkung 23), S. 305-328, hier S. 325.

13 Milan Hauner, «Did Hitler want a World Dominion?», *JCH13* (1978), S. 15.

schliessen oder sich stillschweigend zurückzuziehen, doch in wichtigen Fragen der Politik ging der Führer seinen eigenen Weg.»¹⁴

Aus einer Reihe verschiedener Richtungen sind ernsthafte Versuche unternommen worden, diese dominierende orthodoxe Sichtweise, die betont, Hitlers programmatische Ziele hätten bei der Festlegung der Aussenpolitik eine eigenständige Rolle gespielt, in Frage zu stellen. Man könnte sie zweckmässigerweise in drei ineinandergreifende Kategorien aufteilen:

(i) Jegliche Vorstellungen von einem «Programm» oder «Stufenplan» werden zurückgewiesen, die Existenz konkreter und spezifischer langfristiger aussenpolitischer Ziele wird verneint, und Hitler wird – nicht mehr weit vom Bild des «prinzipienlosen Opportunisten» entfernt – als Mann dargestellt, der spontan auf Umstände reagierte und hauptsächlich daran interessiert war, die Propaganda auszunutzen und das eigene Prestige zu schützen.

(ii) Es wird behauptet, Hitler sei in seinen aussenpolitischen Entscheidungen nicht frei gewesen, sondern habe von verschiedenen Seiten Druck gespürt: von bedeutenden Elitegruppen (der Wehrmachtsführung, Industrie etc.), von verschiedenen Stellen, die an der Gestaltung der Aussenpolitik beteiligt waren, von der Partei, die von ihm erwartete, dass er in Einklang mit seinen wilden Versprechungen und Propagandaäusserungen handele (und ihn dadurch in Zugzwang brachte, wenn er sein Führer-«Image» aufrechterhalten wollte), vom internationalen Kräfteverhältnis und von der wachsenden Wirtschaftskrise.

(iii) Es wird die Ansicht vertreten, die Aussenpolitik müsse als eine Form von «Sozialimperialismus» aufgefasst werden – als eine Projektion innenpolitischer Probleme nach aussen, als ein Ventil oder Ausgleich für inneren Unfrieden, damit die innenpolitische Ordnung aufrechterhalten werden konnte.

Der radikalste «strukturalistische» Ansatz, nämlich der von Hans Mommsen, betont, Hitler habe spontan und mit Improvisationen auf Entwicklungen reagiert, zu deren Gestaltung er selbst kaum etwas beigetragen habe, und damit wendet sich dieser Ansatz teilweise wieder der schon früh geäusserten Ansicht zu, der deutsche Diktator sei kaum mehr als ein talentierter Opportunist gewesen. Mommsens Meinung nach ist es «auch frag-

14 Gerhard Weinberg, *The Foreign Policy of Hitler's Germany. Starting World War II* (Chicago und London 1980), S. 657.

lich, ob die nationalsozialistische Aussenpolitik als unveränderliche Verfolgung festgelegter Prioritäten angesehen werden kann. Hitlers aussenpolitische Ziele, die rein dynamischen Charakter hatten, kannten keine Grenzen; Joseph Schumpeters Hinweis auf eine ‚Expansion ohne Ziel‘ ist völlig gerechtfertigt. Aus genau diesem Grunde ist es höchst problematisch, deren Verwirklichung als in irgendeiner Weise konsequent oder logisch zu deuten. [...] In Wirklichkeit waren die aussenpolitischen Ambitionen des Regimes zahlreich und vielfältig, ohne klare Richtung und nur durch das Endziel miteinander verbunden.» Erst im Nachhinein entstehe der Eindruck eines konsequenten Vorgehens, und gerade Begriffe wie «Programm» oder «Stufenplan» liefen Gefahr, eine solche Folgerichtigkeit zu implizieren.¹⁵ Laut Mommsen war Hitlers Verhalten in der Aussengenauso wie in der Innen- und der anti jüdischen Politik zu einem grossen Teil – das heisst abgesehen von den Erfordernissen der internationalen Lage – von Prestige- und Propagandaüberlegungen geprägt. So gesehen war dann die nationalsozialistische Aussenpolitik «der Form nach eine nach aussen projizierte Innenpolitik, die den zunehmenden Realitätsverlust nur durch Aufrechterhaltung der politischen Dynamik, durch unablässige Aktion, zu überspielen vermochte und sich damit von der Chance politischer Stabilisierung immer weiter entfernte»¹⁶.

Eine ähnliche Interpretationsmeinung wird von Martin Broszat vertreten, der ebenfalls kaum Belege dafür entdecken kann, dass hinter Hitlers Aussenpolitik ein Plan gesteckt habe.¹⁷ Vielmehr müsse die Verfolgung des «Lebensraumzieles» im Osten – ähnlich wie im Falle des Antisemitismus – als ein Zeichen für Hitlers fanatisches Festhalten an einer von ihm selbst mit in Gang gesetzten dynamischen Bewegung verstanden werden. In der Aussenpolitik hiess das vor allem: Durchbrechung aller fesselnden Beschränkungen, formalen Bindungen, Bündnisse oder Allianzen und Gewinnung völliger – von keinem Völkerrecht und keiner internationalen Vereinbarung eingeschränkter – Handlungsfreiheit in Bezug auf eigene machtpolitische Überlegungen.

15 Mommsen, «National Socialism: Continuity and Change», S. 177; siehe auch vom selben Autor «Ausnahmestand», S. 45, und *Adolf Hitler*, S. 97, 102 (vollständige Angaben in Kapitel 4 Anmerkung 29).

16 Mommsen, «Ausnahmestand», S. 43-45.

17 Siehe Broszat, «Soziale Motivation» (siehe Kapitel 4 Anmerkung 28), besonders S. 407-409).

Das Bild von der unbegrenzten Weite des Landes im Osten, das sich mit traditionellen mythischen Überlieferungen aus der Zeit der deutschen Ostkolonisation deckte, bedeutete, so Broszat, in Verbindung mit den utopischen Idealen der Wirtschaftsautarkie, der Reagrarisierung und der Schaffung einer Herrenrasse, dass die Lebensraumgewinnung (die ausserdem noch den im Ersten Weltkrieg verfolgten expansionistischen Zielen entsprach) als eine perfekt eingesetzte Metapher und als Prüfstein für die deutsche Machtpolitik diente, bei der – genau wie in der «Judenfrage» und auf genauso verschlungenem Wege – das symbolische Fernziel nach und nach in greifbare Nähe gerückten Realität wurde. Vor 1939 stellte Hitler keine klaren Überlegungen zum Stellenwert Polens an, obwohl dessen geographische Lage es in den Mittelpunkt jedes konkreten Gedankens an einen Angriff auf die Sowjetunion hätte rücken müssen. Darin sieht Broszat ein Beispiel für die unklare, unspezifische und im Wesentlichen «utopische» Natur der aussenpolitischen Ziele Hitlers. So kommt er zu dem Schluss, dass «das Ziel der Lebensraumgewinnung im Osten [...] bis 1939/40 weitgehend die Funktion einer ideologischen Metapher, eines Symbols zur Begründung immer neuer aussenpolitischer Aktivität» gehabt habe. Für Broszat ist die plebiszitäre soziale Dynamik der «Bewegung», die Hitler und das Regime im Bereich der Aussenpolitik unaufhaltsam in Richtung auf eine Verwirklichung der Lebensraummetapher drängte, in ihrem unaufhörlichen Verlangen nach Aktion letztlich die einzige Garantie für eine wie auch immer geartete Integration und Ablenkung der «antagonistischen Kräfte» im Dritten Reich. Als Folge habe diese sich jedoch einer rationalen Kontrolle immer mehr entziehen und in einem «selbsterstörerischen Wahn» enden müssen. Und obwohl man bei einer Erklärung der Entwicklung nicht um Hitler herumkomme, solle man ihn sich nicht als autonome Persönlichkeit vorstellen, deren launenhafte Willkür und ideologische Fixierungen unabhängig von der sozialen Motivation und dem politischen Druck der Anhängermassen zum Tragen gekommen seien.

Tim Masons Interpretation, die uns bereits in Kapitel 4 begegnet ist, kann als eine dritte Variante der «strukturalistischen» Herangehensweise an die NS-Aussenpolitik gelten. Mason zufolge schränkte die innenpolitisch-ökonomische Krise der späten dreissiger Jahre Hitlers Spielraum in aussenpolitischen Angelegenheiten und bei der Kriegsvorbereitung stark ein, und da er mit der wachsenden Wirtschaftskrise nicht fertig wurde, sei er gezwun-

gen gewesen, sich auf das einzige Gebiet zurückzuziehen, auf dem er noch «klare welthistorische Entscheidungen» treffen konnte: die Aussenpolitik.¹⁸ Auch in neuerer Zeit hat Mason wieder den Standpunkt vertreten, die späten dreissiger Jahre seien im Hinblick auf die Aussenpolitik Hitlers mehr durch konfuses Durcheinander als durch eine programmatische Entwicklungslinie gekennzeichnet gewesen.¹⁹ Mason stellt die «Erblast von 1918» heraus und betont, welchem Druck dadurch die deutsche Aussen- und auch die Innenpolitik ausgesetzt gewesen sei, und meint – wie etwas anders auch Mommesen und Broszat –, dass man daher die NS-Aussenpolitik und den Krieg unter die Rubrik «Primat der Innenpolitik» einordnen könne – als barbarische Variante des Sozialimperialismus.²⁰

Andere Historiker haben ebenfalls versucht, sich gegen die ihres Erachtens übertrieben hitlerzentrierte Behandlung der deutschen Aussenpolitik zu wenden; sie suchen den Entscheidungsprozess in aussenpolitischen Fragen mit Hilfe «polykratischer» oder «pluralistischer» Modelle zu verstehen. Wolfgang Schieder zum Beispiel beschäftigt sich in einer Fallstudie mit den Umständen, unter denen sich Deutschland im Juli 1936 entschied, in den Spanischen Bürgerkrieg einzugreifen, und vertritt den Standpunkt, der entscheidende Faktor für den Interventionsbeschluss sei Görings Interesse an spanischen Rohstoffen gewesen. Anfangs sei – obwohl das deutsche Aussenministerium abgeraten habe – der Druck zur Beteiligung am Krieg von Vertretern der Auslandsorganisation der Partei ausgegangen, die eine Audienz bei Hitler auf den Bayreuther Festspielen zwischen einzelnen Vorstellungen arrangierten. Von Hitler selbst sei keine Initiative ausgegangen, ehe er sich dann nach (unter Ausschluss des Aussenministeriums stattfindenden) Beratungen mit Göring, Blomberg und Canaris zu einer Intervention entschlossen habe. Schieder folgert, im Hinblick auf den Spanischen Bürgerkrieg sei die nationalsozialistische Politik «zwar kein willkürliches Produkt zufälliger Entscheidungen, [...] aber auch nicht das kalkulierte Ergebnis langfristiger Planung» gewesen, sondern eher eine Mischung von beidem, wie das wohl auch für die nationalsozialistische Aussenpolitik im Allgemeinen gelte. Seiner Meinung nach müsse jede Vorstellung von einer

18 Mason, *Sozialpolitik*, (siehe Kapitel 4 Anmerkung 63), S. 40.

19 Mason, «Intention and Explanation» (siehe Kapitel 1 Anmerkung 25), S. 32-33.

20 Mason, *Sozialpolitik*, S. 30, und «The Legacy of 1918» (Kapitel 4 Anmerkung 68), S. 218.

aussenpolitischen «Programmatik» Hitlers zwei Ebenen berücksichtigen: die ideologisierten Globalziele, bei deren Verfolgung Hitler «ungemein fanatische Konsequenz» gezeigt habe, und relativ klar «umschreibbare Objekte», bei denen Hitler äusserst beweglich gewesen sei und konkrete Entscheidungen getroffen habe. In diesem Sinne könne Hitlers Aussenpolitik weder als Umsetzung eines Langzeitprogramms noch einfach als Produkt eines «objektlosen Nihilismus» interpretiert werden. Vielmehr habe sie aus «einer oft widersprüchlichen Mischung von dogmatischer Starrheit im Grundsätzlichen und äusserster Flexibilität im Konkreten» bestanden, zwischen denen jedoch nicht notwendigerweise eine Verbindung existiert habe.²¹ Das Problem bei Schieders Fallstudie ist – wie er selbst erkennt –, dass sich aus diesem Beispiel keine überzeugenden *allgemeinen* Schlüsse ziehen lassen, da Spanien in Hitlers ideologischen Gedankengängen und bei anderen eventuell noch vorhandenen langfristigen strategischen Überlegungen keine wesentliche Rolle spielte. Ausserdem scheinen Hitlers Erwägungen, im Gegensatz zu Görings, in diesem Fall in erster Linie ideologischer Natur gewesen zu sein – «Kampf dem Bolschewismus» –, und das bestätigt insgesamt eher die These von der bei seinem Denken, seiner Motivation und seiner Politik zu beobachtenden Konsequenz, als dass es ihr widerspricht. Und welchen Einfluss Göring und Kriegsminister Blomberg auch gehabt haben mögen, die Entscheidung für ein Eingreifen deutscher Truppen im Spanischen Bürgerkrieg scheint Hitler allein gefällt zu haben.

21 Wolfgang Schieder, «Spanischer Bürgerkrieg und Vierjahresplan. Zur Struktur nationalsozialistischer Aussenpolitik», in Wolfgang Michalka (Hg.), *Nationalsozialistische Aussenpolitik* (Darmstadt 1978), S. 325-359; siehe auch William Carr, *Hitler. A Study in Personality and Politics* (London 1978), S. 52 (dt.: *Adolf Hitler: Persönlichkeit und politisches Handeln* [Stuttgart 1980]); Gerhard Weinberg, *The Foreign Policy of Hitler's Germany. Diplomatic Revolution in Europe 1933-36* (Chicago und London 1970), S. 288-289; sowie Hans-Henning Abendroth, «Deutschlands Rolle im Spanischen Bürgerkrieg», in Funke (siehe oben Kapitel 3 Anmerkung 27), S. 471-488, hier S. 473-477, wo die Ansicht vertreten wird, der Hauptgrund für Deutschlands Kriegseintritt sei Hitlers ideologisches Interesse gewesen und Göring habe sich ursprünglich dagegen ausgesprochen. Übertrieben scharf wird Schieder von Hofer (siehe Kapitel 1 Anmerkung 2), S. 12-13, kritisiert. Neuere Göring-Biographien gelangen in Bezug auf Görings Rolle bei der Entscheidung zur Unterstützung Francos zu unterschiedlichen und einander widersprechenden Schlüssen, siehe Stefan Martens, *Hermann Göring* (Paderborn 1985), S. 65-67, und Alfred Kube, *Pour le mérite und Hakenkreuz* (München 1986), S. 163-166.

Andere Herangehensweisen an die hier irreführend als «pluralistisch» formulierte Aussenpolitik lassen sich anscheinend ebenfalls mit der «intentionalistischen» Interpretation vereinbaren. Hans-Adolf Jacobsen zum Beispiel und auch Milan Hauner haben die vielen Ämter und Stellen analysiert, die mit ihren verschiedenen Funktionen und ihrer unterschiedlichen politischen Gewichtung an der Gestaltung der Aussenpolitik beteiligt waren. Jacobsen erkennt an, dass die «Struktur des totalitären Systems» durch zentrifugale Kräfte weit mehr beeinflusst wurde als durch reinen Willen und auf ideologische Geschlossenheit abzielende Richtlinien, und er macht auch im Bereich der Aussenpolitik «Systemlosigkeit» und «Ämterchaos» aus. Dennoch ist es seiner Ansicht nach falsch, die Entwicklung der Aussenpolitik als Planlosigkeit oder blanken Opportunismus auszulegen. Vielmehr hätten alle an der Formulierung der Aussenpolitik beteiligten Individuen oder Gruppen auf aussenpolitischem Gebiet eine konsequente Grundlinie verfolgt und seien dabei – wie auch in anderen Politikbereichen – bemüht gewesen, dem, was Hitler ihres Erachtens beabsichtigte, konkrete Gestalt zu geben (nämlich der rassistischen Neugestaltung Europas, die Hitler seit den zwanziger Jahren konsequent als revolutionäres Ziel verfolgt habe, wie Jacobsen meint).²² Milan Hauner gelangt zu ähnlichen Schlüssen. Bei den Konflikten zwischen den Fachleuten des Auswärtigen Amtes und den anderen an der Aussenpolitik in irgendeiner Weise beteiligten Stellen sei es nicht um unterschiedliche aussenpolitische Konzeptionen gegangen, sondern diese Auseinandersetzungen seien nur Teil des im NS-System sich ständig abspielenden Tauziehens um Macht und Einfluss gewesen. Solche institutionellen oder persönlichen Rivalitäten mit den daraus folgenden gegensätzlichen Interessen und Einflüssen hätten, so heisst es auch hier, nicht irri Widerspruch zur Entwicklung einer zentralen politischen Linie gestanden, bei deren Herausbildung Hitlers persönliche Rolle das entscheidende Element gewesen sei.²³

Die Vorstellung von einem «Konzeptionen-Pluralismus» – ein recht

22 Hans-Adolf Jacobsen, «Zur Struktur der NS-Aussenpolitik 1933-1945», in Funke (Kapitel 3 Anmerkung 27), S. 137-185, hier besonders S. 169-175. In seiner umfangreichen Monographie zur nationalsozialistischen Aussenpolitik hebt Jacobsen Hitlers konsequente «Zielstrebigkeit» noch pointierter hervor, während Hans Mommsen in seiner Rezension dieses Werks gerade diesen Punkt stark kritisiert (nähere Angaben siehe oben Kapitel 4 Anmerkung 32).

23 Hauner, «Professionals», S. 325.

bombastischer Begriff, der eigentlich nur ausdrücken soll, dass die Führer des Dritten Reiches in Bezug auf die von Deutschland einzuschlagende Aussenpolitik teilweise unterschiedliche Ansichten hatten – ist von Wolfgang Michalka in einer Analyse der aussenpolitischen Ideen Ribbentrops und seines Einflusses auf Hitler noch einen Schritt weiterentwickelt worden. Michalka vertritt den Standpunkt, von Mitte der dreissiger Jahre an habe Ribbentrops eigene aussenpolitische Konzeption eher eine gegen England als gegen Russland zielende Stossrichtung gehabt und sei mehr an pragmatisch machtpolitischen Erwägungen als unmittelbar an Hitlers rassenideologischer Fixierung orientiert gewesen. Michalka zeigt, dass es Ribbentrop gegen Ende der dreissiger Jahre, als Hitler nach und nach einsehen musste, dass er England nicht für sich gewinnen konnte, gelang, beachtlichen Einfluss auszuüben, der 1939 in der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts gipfelte. Ribbentrops «Konzeption», die dieser zwischen 1939 und 1941 vorübergehend und den sich bietenden Gelegenheiten entsprechend anwandte, war laut Michalka jedoch, bedingt durch den Primat des gegen die Sowjetunion gerichteten Hitlerschen Rassen «programms», letztlich zum Scheitern verurteilt. Letzten Endes gelangt Michalka daher zu einer sehr «intentionalistischen» Position – wenn auch einer, die insofern etwas gemässiger erscheint, als sie manche auf den Diktator einwirkende wichtige Einflüsse berücksichtigt.²⁴

Keiner der hier kurz zusammengefassten «strukturell-funktionalistischen», «konzeptionenpluralistischen» oder «polykratischen» Ansätze hat die «Intentionalisten» (oder «Programmatiker») auch nur im Geringsten von ihrer Überzeugung abbringen können, dass der Charakter und die Konsequenz der Hitlerschen Ideologie das entscheidende und massgebliche Element in der Gleichung gewesen sei. Tatsächlich gelangen, wie wir gerade gesehen haben, massgebliche Untersuchungen über die verschiedenen an

24 Siehe Wolfgang Michalka, «Die nationalsozialistische Aussenpolitik im Zeichen eines ‚Konzeptionen-Pluralismus‘ – Fragestellungen und Forschungsaufgaben», in Funke, S. 46-62; «Vom Antikominternpakt zum Euro-Asiatischen Kontinentalblock. Ribbentrops Alternativkonzeptionen zu Hitlers aussenpolitischem ‚Programm‘», in Michalka (Hg.), *Nationalsozialistische Aussenpolitik*, S. 471-492; und sein Hauptwerk *Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik 1933-1940. Aussenpolitische Konzeptionen und Entscheidungsprozesse im Dritten Reich* (München 1980).

der Gestaltung der Aussenpolitik beteiligten Einflusszentren letztlich alle zu ähnlichen oder miteinander zu vereinbarenden Schlüssen. Klaus Hildebrand, der die «programmatische» Linie wie immer am klarsten und direktesten vertritt, lehnt «revisionistische» Interpretationen aus vier Gründen ab: (1) übersehen sie seines Erachtens die relativ hohe Eigenständigkeit des Hitlerschen Programms, dessen Ziele vom Diktator selbst als Intentionen formuliert und dann verwirklicht worden seien. (2) seien der Antisemitismus und der Antibolschewismus nicht in erster Linie funktional gewesen und müssten vielmehr als primäre und eigenständige, «real»politische Ziele begriffen werden. (3) liefen die «Revisionisten» in dieser Hinsicht Gefahr, die Folgen der Politik Hitlers mit deren Motiven zu verwechseln. (4) habe die Dynamik des Systems – die, wie Hildebrand zugibt, immer schwerer von Hitler kontrolliert werden konnte – den Diktator nie vor unannehmbare grundsätzliche Alternativen gestellt, sondern ihn «programmatisch» in Richtung der von ihm selbst festgesetzten «Endziele» gedrängt, wenn sie auch deren Verwirklichung beeinflusst habe.²⁵

Zwar kann man natürlich über jede dieser Thesen streiten, doch der wichtige vierte Punkt deutet darauf hin, dass die Interpretationen – genau wie im Fall der Innen- und Rassenpolitik – gar nicht so weit auseinanderliegen, wie es auf den ersten Blick scheinen mag, und dass deshalb eine teilweise Synthese möglich erscheint. Eine Auswertung der Debatte über die Ziele und die Umsetzung der deutschen Aussenpolitik im Dritten Reich könnte sich auf drei Hauptprobleme konzentrieren: (1) Fällte Hitler die wichtigsten Entscheidungen im Bereich der Aussenpolitik selbst? Kam in ihnen lediglich ein Konsens zum Ausdruck, der bereits vorher erzielt worden war, oder wurden diese Beschlüsse jeweils nach einer Beratung gefasst, bei der auch – mit gewichtigen Argumenten – politische Alternativen zur Sprache kamen? Und in welchem Masse war Hitler bei aussenpolitischen Entscheidungen in seiner Handlungsfreiheit beschränkt? (2) Inwieweit ist es möglich, im Kurs der deutschen Aussenpolitik eine durch Hitlers ideologische Zwangsvorstellungen geprägte innere Konsequenz (mit allein taktisch bedingten «Abweichungen») zu erkennen, ohne diese Konsequenz den aussenpolitischen Beschlüssen in teleologischer Weise, also rückblickend, überzustülpen? (3) Strebte Hitler aussenpolitisch die Herrschaft über Europa oder buchstäblich über die ganze Welt an?

25 Hildebrand, «Nachwort» (siehe oben Anmerkung 11), S. 191.

Die folgenden Seiten stellen den Versuch dar, die Argumente und Belege zu beurteilen, die zur Beantwortung dieser Fragen vorgetragen werden.

Auswertung

1 Unter Historikerinnen und Historikern scheint weitgehende Übereinstimmung darüber zu bestehen, dass Hitler nach 1933 die «grossen» Entscheidungen in der Aussenpolitik selbst getroffen hat. Selbst die am vehementesten vorgetragenen «strukturalistischen» Analysen gestehen zu, dass Hitlers «Führungsmonopol» im aussenpolitischen Entscheidungsprozess viel deutlicher in Erscheinung trat als im Bereich der Innenpolitik.²⁶ Weniger Übereinstimmung besteht jedoch darüber, in welchem Masse Hitler der Entwicklung der deutschen Aussenpolitik seinen unverwechselbaren persönlichen Stempel aufdrückte und ob sich 1933 ein Bruch in der deutschen Aussenpolitik erkennen lässt, der von Hitlers eigenen ideologischen Vorurteilen und seinem «Programm» herrührte.²⁷ Die Frage der Kontinuität oder Diskontinuität der deutschen Aussenpolitik nach 1933 steht deshalb im Mittelpunkt des ersten Teils unserer Untersuchung.

Bei allen Unterschieden in der Interpretation ist man seit der Veröffentlichung von Fritz Fischers Arbeit Anfang der sechziger Jahre allgemein bereit zu akzeptieren, dass Deutschlands expansionistische Ziele eine der durchgängigen Verbindungslinien zwischen der Bismarckschen und insbesondere der Wilhelminischen Ära und dem Dritten Reich bilden. Es waren nicht nur ein paar Extremisten, die in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts

26 Mommsen, «Ausnahmезustand», S. 43. Siehe dazu auch Masons Bemerkungen in seinem Buch *Sozialpolitik*, S. 40. Broszat lässt in seinem Werk keinen Zweifel daran, dass auch er in Hitler den eigentlichen Vollstrecker der nationalsozialistischen Aussenpolitik sieht.

27 Zusätzlich zu den in Kapitel 2 Anmerkung 62 angeführten Werken wird die «Kontinuitätsfrage» in der deutschen Aussenpolitik behandelt von Jacobsen, *Nationalsozialistische Aussenpolitik* (Kapitel 4 Anmerkung 32) und Konrad H. Jarausch, «From Second to Third Reich: The Problem of Continuity in German Foreign Policy», *CEH12* (1979), S. 68-82. Wichtig und relevant ist in diesem Zusammenhang auch Hans-Jürgen Döscher, *Das Auswärtige Amt im Dritten Reich* (Berlin 1987).

in Deutschland eine massive Expansion und die Unterwerfung eines Großteils von Mittel- und Osteuropa sowie von Gebieten in Übersee forderten, sondern diese Forderung kam in den Zielen und der Propaganda von zahlenmäßig gewichtigen und einflussreichen Interessengruppen zum Ausdruck.²⁸ Während des Krieges spiegelte sie sich in den Zielen des deutschen Oberkommandos, in denen man durchaus eine Verbindung zur nationalsozialistischen «Lebensraumpolitik» sehen kann. Durch die Niederlage und den im Versailler Vertrag festgeschriebenen Gebietsverlust wurden auf Seiten der Rechten expansionistische Forderungen wachgehalten und allgemein revisionistische Absichten und Ansprüche gefördert, die der Mehrheit der Deutschen gerechtfertigt erschienen. Hitlers populärer Erfolg im Bereich der Aussenpolitik nach 1933 beruhte genau auf dieser Kontinuität, auf diesem durchgängigen Konsens, dass eine deutsche Expansion erforderlich sei; und dieser Ansicht war nicht allein die Machtelite, sondern darin stimmten auch zahlreiche andere gesellschaftliche Gruppen mit ihr überein (mit Ausnahme der Masse der nun ausgestossenen und geächteten Anhänger der Linksparteien). Dies ist der Rahmen, in dem Hitlers Rolle bei der Formulierung der deutschen Aussenpolitik nach 1933 beurteilt werden muss.

Die bedeutsamsten aussenpolitischen Schritte, die Deutschland im ersten Jahr der Nazierrschaft unternahm, waren der Austritt aus dem Völkerbund im Oktober 1933 und die bis Anfang 1934 vollzogene Wende in den Beziehungen zu Russland und Polen. Diese Entwicklungen standen ganz offensichtlich miteinander in Zusammenhang. Zusammen stellten sie einen Bruch mit der bisherigen Politik dar, der zwar auch unter einem anderen Reichskanzler – etwa Papen oder Schleicher – hätte erfolgen können, der aber doch im Hinblick auf den Zeitpunkt und auf die Art und Weise und Geschwindigkeit, in der er sich vollzog, in nicht geringem Masse durch Hitlers Führung und Initiative zustande kam.

Bei dem Entschluss, sich aus der Genfer Abrüstungskonferenz und dem Völkerbund zurückzuziehen, bestimmte Hitler nicht viel mehr als den Zeitpunkt. Dieser Rückzug war angesichts des allgemein akzeptierten Aufrüs-

28 Siehe besonders Geoff Eley, *Reshaping the German Right. Radical Nationalism and Political Change after Bismarck* (New Haven und London 1980) sowie Roger Chickering, *We Men who feel Most German: a Cultural Study of the Pan-German League 1886-1914* (London 1984), und die Arbeit *The Ideological Origins of Nazi Imperialism* (Oxford 1986) von Woodruff D. Smith, der die imperialistische Tradition in Deutschland ausführlich untersucht hat.

tungensengagements (das in Deutschland zur damaligen Zeit bei jeder nationalistisch-revisionistischen Regierung ganz oben auf der Prioritätenliste gestanden hätte) unvermeidlich, und Hitler handelte hier fast in völliger Übereinstimmung mit führenden Diplomaten, der Reichswehrführung und den anderen dominierenden revisionistischen Kräften im Lande.²⁹

Im Falle Polens spielte Hitler – anfangs im Gegensatz zur traditionellen politischen Linie des Aussenministeriums, entgegen revisionistischen Instinkten und trotz anderslautender Wünsche von Danziger Parteiaktivisten – persönlich eine grössere Rolle, indem er einen neuen Annäherungskurs steuerte. Während Aussenminister von Neurath, der die traditionelle Linie repräsentierte, auf einer Kabinettsitzung im April 1933 die Ansicht vertrat, mit Polen sei eine Verständigung «weder möglich noch erwünscht»³⁰, war Hitler bereit, die Möglichkeiten einer neuen Beziehung zu Polen auszuloten, vor allem nachdem die polnische Regierung in dieser Hinsicht im April erste Fühler ausgestreckt hatte. Der Austritt aus dem Völkerbund liess eine Annäherung aus der Sicht beider Seiten verstärkt wünschenswert erscheinen. Wiederum war es eine von Polen ausgehende Initiative, die im November 1933 die Verhandlungen beschleunigte. Auf die Übereinkunft, den seit Langem andauernden Handelskrieg mit Polen zu beenden – ein Schachzug, der vielen führenden deutschen Industriellen sehr recht war –, folgte der (einen Vorschlag Hitlers aufnehmende) Beschluss, der neuen Beziehung durch einen Nichtangriffspakt Ausdruck zu verleihen, welcher dann am 26. Januar 1934 unterzeichnet wurde. Der polnische Botschafter schrieb im Dezember aus Berlin an seine Vorgesetzten, «wie auf Befehl von oben» zeichne sich auf deutscher Seite derzeit eine völlige Kehrtwendung in den Beziehungen ab.³¹ Zwar ist es zutreffend, dass Hitler mit seiner neuen Polenpolitik keineswegs isoliert dastand und dass er den auf Seiten Polens ganz offensichtlich bestehenden Wunsch nach Annäherung ausnutzen konnte, doch gibt es Anzeichen dafür, dass er bei dieser Entwicklung persönlich eine beherrschende Rolle spielte und dass er dabei nicht *ausschliesslich* opportunistisch

29 Siehe Weinberg, *Diplomatie Revolution* (siehe Anmerkung 21), S. 159-167.

30 *Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945* (AdaP), Serie C (Göttingen 1971), Band 1/1, Nr. 142, S. 259.

31 Wacław Jędrzejewicz (Hg.), *Papers and Memoirs of Józef Lipski, Ambassador of Poland. Diplomat in Berlin 1933-1939* (New York und London 1968), S. 105. Siehe auch Weinberg, *Diplomatie Revolution*, S. 73.

dachte, sondern langfristige Möglichkeiten im Sinne hatte. In einer Mischung aus Bewunderung und Skepsis schrieb der deutsche Botschafter in Bern, von Weizsäcker, kurz darauf: «Kein parlamentarischer Minister von 1920-33 hätte so weit gehen können.»³²

Das Verhältnis zur Sowjetunion war im Jahre 1933 ein Spiegelbild der sich wandelnden Beziehungen zu Polen. Nachdem in den ersten Monaten der Nazi Herrschaft die relativ guten Beziehungen aufrechterhalten worden waren, die – abgesehen von einer leichten Verschlechterung sogar schon vor 1933 und trotz des auf die nationalsozialistische Machtübernahme folgenden antikommunistischen Propagandahagels – zu beiderseitigem Nutzen seit den Verträgen von Rapallo (1922) und Berlin (1926) bestanden hatte, unternahm Hitler nichts dagegen, als sich ab Sommer 1933 gegenüber der Sowjetunion erneut ein «natürlicher Antagonismus» herausbildete.³³ Diese Entwicklung, die Hitler ideologisch gesehen natürlich recht war und die ausserdem die Erwartungen der Masse seiner Anhänger erfüllte, entsprach weder den Wünschen des deutschen Ausserministeriums noch denen der sowjetischen Diplomaten, obwohl bei letzteren immer mehr Ängste und Argwohn wach wurden. Als im September 1933 vom deutschen Ausserministerium Vorschläge für eine Wiederannäherung an die Sowjetunion gemacht wurden, lehnte Hitler diese rundweg ab und erklärte kategorisch, dass «eine Wiederherstellung des deutschrussischen Verhältnisses unmöglich» sei.³⁴ In gleicher Weise – und diesmal mit Unterstützung des opportunistischen Ausserministers von Neurath – wies er im März 1934 persönlich neue Annäherungsversuche der Sowjetunion zurück – was umgehend dazu führte, dass der deutsche Botschafter in der Sowjetunion sein Amt niederlegte.³⁵ Auch in diesem Fall handelte Hitler nicht eigenständig und unberührt von dem Druck, der von der Nazipartei und der Parteibasis ihrer na-

32 Zitiert in Jost Dülffer, «Zum ,decision-making process» in der deutschen Ausserpolitik 1933-1939», in Funke, S. 186-204, hier S. 190 Anmerkung 12. Siehe auch Carr, *Hitler*, S. 48-49; Weinberg, *Diplomatie Revolution*, S. 57-74.

33 Siehe Carr, *Hitler*, S. 50.

34 *AdaP*, Serie C, Band 1/2, Nr. 457, S. 839. Siehe auch Weinberg, *Diplomatie Revolution*, S. 81; William Carr, *Der Weg zum Krieg* (Nationalsozialismus im Unterricht, Studieneinheit 9, Deutsches Institut für Fernstudien an der Universität Tübingen, Tübingen 1983), S. 17-18.

35 Weinberg, *Diplomatie Revolution*, S. 180-183, Carr, *Der Weg zum Krieg*, S. 18-19.

tionalistischen Partner ausging und einer scharfen antirussischen Haltung das Wort redete. Aber er war, was die bedeutende Richtungsänderung in der deutschen Politik sowohl gegenüber der Sowjetunion als auch gegenüber Polen angeht, zweifellos mehr als nur ein kleines Rädchen oder ein reiner Opportunist.

Sichtbarer als in jedem anderen Bereich prägte Hitler die neue Einstellung gegenüber Grossbritannien. Wie bekannt, war auf diesem Gebiet auch der grösste Fehlschlag der deutschen Aussenpolitik in den dreissiger Jahren zu verzeichnen. Die erste grössere (und erfolgreiche) Initiative führte 1935 zum bilateralen Flottenabkommen mit Grossbritannien. Hitler selbst spielte sowohl bei der Entwicklung der Idee zum Abkommen als auch bei deren Umsetzung eine entscheidende Rolle. Von Neurath fand die Idee «dilettantisch» und wurde fortan von allen Verhandlungen ausgeschlossen, ja erhielt nicht einmal die Protokollaufzeichnungen. Hitler setzte sich mit seiner Beharrlichkeit auch im Hinblick auf die deutschen Forderungen durch, die er niedriger ansetzte, als es die deutsche Marine gerne gesehen hätte. Da vom Aussenministerium und von der Marine Kritik kam, in England selbst sich die Anzeichen für eine distanziertere Haltung gegenüber der Idee verstärkten und weder eine wirtschaftliche Interessengruppe oder Rüstungslobby noch die Wehrmacht irgendeinen merklichen Einfluss in dieser Frage ausübten, war Hitlers – und in geringerem Masse auch Ribbentrops – Rolle der entscheidende Faktor.³⁶ Hitler selbst mass dem Abkommen natürlich grosse Bedeutung bei und betrachtete es als einen Schritt auf dem Wege zu dem von ihm erstrebten Bündnis mit Grossbritannien.

Die Remilitarisierung des Rheinlandes – und damit der Bruch der Bestimmungen von Versailles und Locarno – war wiederum ein Punkt, der bei jeder revisionistisch orientierten deutschen Regierung auf der Tagesordnung gestanden hätte. Die Frage war schon Ende 1934 von Reichswehr und Aussenministerium theoretisch erörtert worden, und vorher hatte Hitler bereits mit dem Gedanken gespielt, bei den Abrüstungsverhandlungen in jenem Jahr die Abschaffung der entmilitarisierten Zone zu fordern. Das Thema wurde im Gefolge der Ratifizierung des französisch-sowjetischen Bündnisses im Mai 1935 vom Aussenministerium erneut aufgebracht, und

36 Dieser Abschnitt basiert grösstenteils auf Dülffers Analyse «Zum ‚decision-making process‘» (siehe Anmerkung 32), S. 191-193.

Hitler sprach es gegen Ende des Jahres als zukünftige deutsche Forderung gegenüber dem englischen und dem französischen Botschafter an. Eine Verhandlungslösung war keineswegs ohne Aussicht auf Erfolg und deckte sich mit den traditionellen revisionistischen Erwartungen von Deutschlands konservativen Eliten. Hitlers Beitrag bestand in diesem Fall hauptsächlich in der Bestimmung des Zeitpunktes – er behauptete, er habe ursprünglich für Anfang 1937 an eine Wiederbesetzung gedacht – und in dem Entschluss, statt eines längerwierigen und weniger spektakulären Verhandlungsprozesses lieber den theatralischen Coup einer direkten militärischen Wiederbesetzung zu landen. Für Hitler ging es hier nicht nur darum, den durch Mussolinis «Abessinienabenteuer» ausgelösten – und, wie Hitler fürchtete, kurzlebigen – diplomatischen Aufruhr gebührend auszunutzen, sondern für ihn waren auch innenpolitische Überlegungen ausschlaggebend: Ihm lag daran, die öffentliche Stimmung zu heben, den sinkenden Elan der Partei wiederzubeleben und die Unterstützung für das Regime, die verschiedenen Anzeichen zufolge bis Anfang 1936 ernstlich nachgelassen hatte, wieder zu festigen.³⁷ Obwohl eine überraschend grosse Gruppe von diplomatischen und militärischen «Beratern» zusammen mit führenden Nazis an der geheimen Planung für die Wiederbesetzung beteiligt war, lag die Entscheidung allein bei Hitler und kam erst nach vielen besorgten Beratungen zustande, wobei das Aussenministerium wiederum kühl distanziert und das Militär nervös war. Jost Dülffer kommt in diesem Zusammenhang zu dem wohl nicht zu widersprechenden Schluss, Hitler sei in dieser Angelegenheit «die eigentlich treibende Kraft» gewesen.³⁸

Im Falle Österreichs, das zusammen mit der Tschechoslowakei im Hinblick auf die ideologisch begründeten expansionistischen Ideen der Nazis eine immanente wirtschaftliche und militärstrategische Bedeutung besass, erwies sich die anfangs von den Nazis betriebene Politik – sie hofften, durch

37 Siehe Dülffer, «Zum ‚decision-making process‘», S. 196; Manfred Funke, «7.März 1936. Fallstudie zum aussenpolitischen Führungsstil Hitlers», in Michalka, *Nationalsozialistische Aussenpolitik*, S. 277-324, hier S. 278-279; Orlow, *Nazi Party*, Band 2 (Kapitel 4 Anmerkung 57), S. 174-176. Mit welchen innenpolitischen Problemen das NS-Regime um diese Zeit konfrontiert war und wie sich diese auf die Aussenpolitik auswirkten, versuche ich anzudeuten in «Social Unrest and the Response of the Nazi Regime 1934-1936», in Francis R. Nicosia und Lawrence D. Stokes, *Germans against Nazism* (Oxford 1991), S. 157-174.

38 Siehe Dülffer, «Zum ‚decision-making process‘», S. 194-197, und allgemein dazu Weinberg, *Diplomatie Revolution*, S. 239-263.

unterstützende Massnahmen den Staat von innen untergraben zu können – als verheerender Fehlschlag und wurde nach der Ermordung des österreichischen Kanzlers Dollfuß im Juli 1934 umgehend beendet. Danach wurde die österreichische Frage im ausserpolitischen Denken bis gegen Ende 1937 von dem Versuch dominiert, die Beziehungen zu Italien zu verbessern. Bei der eigentlichen «Anschluss»-Krise, zu der es im März 1938 kam, bestimmte eher Göring als Hitler das Tempo – wahrscheinlich weil er an einer «Nutzbarmachung» österreichischer Vermögenswerte interessiert war und vermeiden wollte, dass es durch eine länger andauernde Krise zu einer Kapitalflucht käme.³⁹ Für die Zeit vor den Ereignissen von Februar und März 1938 gibt es Anzeichen dafür, dass Hitler eher an eine Unterordnung als an eine regelrechte Annexion Österreichs dachte. Tatsächlich scheint er den Entschluss zur Annexion erst *nach* dem militärischen Einmarsch gefasst zu haben – bezeichnenderweise unter dem Eindruck des überschwenglichen Empfangs, der ihm in seiner Heimatstadt Linz zuteil wurde.⁴⁰ Obwohl dies darauf hindeutet, dass Hitler selbst in äusserst wichtigen Angelegenheiten spontane, *reaktive* Entscheidungen traf, und obgleich sich an der Kette der Ereignisse in den Krisenwochen wiederum zeigt, dass er opportunistisch und ad hoc günstige Umstände ausnutzte, wäre es doch unzureichend, es dabei bewenden zu lassen. Hinweise in den Quellen sprechen dafür, dass sowohl Göring als auch Wilhelm Keppler, dem Hitler 1937 die Leitung der deutsch-österreichischen Wirtschaftsverhandlungen übertragen hatte, glaubten, Hitler sei entschlossen, im Frühjahr oder Sommer 1938 in der Österreichfrage etwas zu unternehmen.⁴¹ Auch Goebbels hält in seinem Tagebuch fest, dass Hitler bei verschiedenen Anlässen im August und September 1937 davon gesprochen habe, er werde diese Frage «einmal mit Gewalt» lösen⁴², und wie aus den Aufzeichnungen, die Oberst Hossbach nach einer

39 Weinberg, *Starting World WarII* (siehe Anmerkung 14), S. 299 Anmerkung 170. (Als Beleg dieser Behauptung verweist Weinberg auf Wolfgang Rosar, *Deutsche Gemeinschaft. Seyss-Inquart und der Anschluss* [Wien, Frankfurt und Zürich 1971], S. 159-160, gemeint sind allerdings wohl die Seiten 259-260. – Anm. d. Übers.)

40 Carr, *Hitler*, S. 55.

41 Weinberg, *Starting World WarII*, S. 287-289.

42 Eintrag vom 3. August, 12. September und besonders vom 14. September 1937, in *Die Tagebücher von Joseph Goebbels* (siehe Kapitel 4 Anmerkung 83), Teil 1, Band 3 (München, New York, London und Paris 1987), S. 223, 263 und 266.

Besprechung mit hohen Militärs anfertigte, hervorgeht, nahm Österreich im November 1937 in Hitlers Gedanken natürlich einen wichtigen Platz ein.⁴³ In diesem Fall spielte Hitler bei der Festlegung der Handlungskonturen daher gleichfalls eine herausragende persönliche Rolle, wenn er auch bei den – nicht genau planbaren und vorhersehbaren – Ereignissen selbst opportunistisch, ja geradezu impulsiv handelte.

Die übrigen Ereignisse der Jahre 1938 und 1939 sind so weit bekannt, dass sie hier nur kurz zusammengefasst zu werden brauchen. Die «Sudetenkrise» vom Sommer 1938 lässt wiederum Hitlers direkten Einfluss auf den Gang der Dinge erkennen. Zwar hätte aufgrund der traditionellen Machtpolitik und verschiedener militärstrategischer Überlegungen bei jeder revisionistischen Regierung in Deutschland die Neutralisierung der Tschechoslowakei einen vorderen Platz auf der Prioritätenliste eingenommen, aber durch Hitlers persönliche Entschlossenheit, die Tschechoslowakei «durch eine militärische Aktion zu zerschlagen»⁴⁴ – und damit auf eine äusserst riskante Politik zu setzen, bei der alles darauf hindeutete, dass er nicht bluffte –, kam es dazu, dass Teile der konservativen Anhängerschaft des Regimes, nicht zuletzt in der Wehrmacht, ernsthaft entfremdet wurden, und zwar eher wegen des Tempos und der Gefahr als wegen der Art des Unternehmens an sich. Nur die Konzessionen, die man Hitler bei der Münchner Konferenz machte, brachten ihn dazu, von dem, was gerechtfertigterweise als *seine* Politik angesehen werden kann, Abstand zu nehmen und nicht sofort *zu diesem Zeitpunkt* Krieg gegen die Tschechoslowakei zu führen. Bekanntermassen war es Hitler, der 1939 dann – als Lehre aus München – jede Alternative zum Krieg ablehnte, während Göring, der zweite Mann im Reich, verspätet den Versuch unternahm, den Ausbruch der Feindseligkeiten zu verschieben.

Auf den ersten Fragenkomplex, bei dem es um Hitlers Einfluss auf die aussenpolitischen Entscheidungen ging, haben wir eine recht deutliche Antwort bekommen, und diese liesse sich weiter untermauern, wenn wir den Überblick auf die aussenpolitischen, strategischen und militärischen Vor-

43 *Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof [Internationales Militärtribunal (IMT)]* (Nürnberg 1947-1949), Band 25, S. 402 ff.

44 *IMT*, Band 25, S. 434.

gänge während der Kriegsjahre ausdehnen würden. Während Hitler in innenpolitische Angelegenheiten und sogar in die seinen ideologischen Zwecken besonders dienliche anti jüdische Politik nur gelegentlich eingriff und aus Prestige Gründen meist nicht bereit war, sich unmittelbar einzumischen, zögerte er auf dem Gebiet der Aussenpolitik nicht, neue Initiativen zu entwickeln oder wesentliche Entscheidungen zu fällen. In einigen wichtigen Bereichen bestimmte er nicht nur den Charakter der Politik, sondern setzte trotz des Argwohns und der Einwände – vor allem von Seiten des Aussenministeriums – eine neue beziehungsweise unorthodoxe Linie durch. Es gibt kein Anzeichen dafür, dass irgendeine der zahlreichen Stellen, die mit aussenpolitischen Angelegenheiten befasst waren, eine aussenpolitische Initiative gestartet hätte, die nicht mit dem Hitlerschen Denken oder seinen Absichten in Einklang zu bringen gewesen wäre – von einem klaren Zuwiderlaufen ganz zu schweigen. Hinweise auf einen «schwachen Diktator» lassen sich daher in dem, was Hitler im aussenpolitischen Bereich unternahm, nur schwerlich finden.

Jeder Gedanke an «Schwäche» müsste die Annahme zugrunde legen, dass Hitler ein Gefangener von Kräften gewesen sei, die ihn in seiner Entscheidungsfähigkeit einschränkten. Selbstverständlich waren innerhalb und ausserhalb Deutschlands Kräfte am Werk, die den Rahmen für Hitlers Handlungen bestimmten, denn diese Handlungen vollzogen sich natürlich nicht im luftleeren Raum als freier Ausdruck eines autonomen Willens. Der Druck zum Beispiel, der von aussenpolitischen Revisionismus- und Aufrüstungsbestrebungen ausging, die in den dreissiger Jahren jede deutsche Regierung beschäftigt hätten und nach einer Anpassung an die internationale Ordnung verlangten, entwickelte in den Jahren nach 1933 eine Dynamik, die immer mehr ausser Kontrolle geriet und Deutschlands Wahlmöglichkeiten wesentlich einengte. Der Rüstungswettlauf und der diplomatische Aufruhr, den Deutschland angezettelt hatte, zwangen daher der Situation nach und nach ihre eigenen Gesetze auf, was sich bei Hitler in dem – von ihm auch verbal zum Ausdruck gebrachten – wachsenden Gefühl spiegelte, die Zeit arbeite gegen Deutschland. Durch Deutschlands beschleunigte Waffenproduktion bedingt, entstanden zusätzliche wirtschaftliche Zwänge, die ein Handeln erforderten und die Vorhersage bekräftigten, dass es eher früher als später zum Krieg kommen werde. Durch die Art seiner «charismatischen» Autorität und die Notwendigkeit, die bei der Masse seiner Anhänger

geweckten Erwartungen nicht zu enttäuschen, war Hitlers potentieller Handlungsspielraum ebenfalls eingeschränkt. Und schliesslich unterlag die Manövrierfähigkeit Hitlers, wie sich von selbst versteht, natürlich auch durch die relative Stärke und Handlungen anderer Mächte sowie durch strategisch-diplomatische Überlegungen bestimmten Einschränkungen – auch wenn diese in den letzten Jahren vor Kriegsbeginn dann sehr viel weniger zum Tragen kamen.

Hitlers Aussenpolitik vollzog sich daher keineswegs unabhängig von verschiedenen «strukturellen Faktoren». Doch diese trieben ihn, wenn überhaupt, nur noch schneller auf dem Weg voran, den zu beschreiten er in jedem Fall entschlossen war. Auch wenn man die Handlungen – und schweren Fehler – anderer Regierungen in der diplomatischen Hektik der dreissiger Jahre gebührend berücksichtigt, lässt sich nicht bestreiten, dass Deutschland dabei eine entscheidende, zentrale und aktiv beschleunigende Rolle spielte. Viele der damals ablaufenden Entwicklungen gingen aus unerledigten Problemen hervor, die noch vom Ersten Weltkrieg und den anschließenden Abkommen herrührten, und waren von daher wahrscheinlich, wenn nicht sogar unvermeidlich. Die Kontinuität in der deutschen Aussenpolitik ist auch nach 1933 offensichtlich; sie bildete einen Teil der Grundlage für die weitreichende, zumindest bis 1937/38 zwischen den konservativen Eliten und der Naziführung bestehende Interessenidentität, die ihre Wurzeln in der Verfolgung einer traditionellen, auf die Erlangung der Hegemonie in Mitteleuropa gerichteten deutschen Machtpolitik hatte. Gleichzeitig gehörten zu den unverwechselbaren Kennzeichen der deutschen Aussenpolitik nach 1933 aber auch wichtige diskontinuierliche Entwicklungsstränge und eine unbestreitbare neue Dynamik, so dass man berechtigterweise von einer spätestens 1936 in Europa stattfindenden «diplomatischen Revolution»⁴⁵ sprechen kann. Hitlers eigene Entscheidungen und Handlungen hatten, wie wir gesehen haben, an dieser Entwicklung massgeblichen Anteil.

Auf die aussenpolitischen Entscheidungen bezogen, dürften Jost Dülffers Schlussfolgerungen wohl zutreffen⁴⁶: (1) Der Einfluss der alten Führungsschichten ging zurück, während parallel dazu der Einfluss der «neuen» nationalsozialistischen Kräfte wuchs. (2) Obgleich Hitler nicht autonom und

45 So der Untertitel des ersten Bandes von Weinbergs zweibändiger Untersuchung über die nationalsozialistische Aussenpolitik (siehe Anmerkung 21).

46 Dülffer, «Zum ‚decision-making process‘», S. 200-203.

in einem gesellschaftlichen Vakuum handelte, lassen sich die wesentlichen Initiativen in der deutschen Aussenpolitik der dreissiger Jahre auf ihn persönlich zurückführen. (3) Der Rahmen, in dem die Entscheidungen getroffen werden mussten, war durch wirtschaftliche Faktoren mitgeprägt, doch spielten letztere für Hitlers Entscheidungen keine *dominierende* Rolle. (4) Man kann in Hitler nicht einfach einen machiavellistischen Opportunisten sehen; vielmehr vertrat er (bis 1939) eine konsequente antisowjetische Politik, die eine Neuausrichtung der deutschen Beziehungen zu Polen und Grossbritannien nötig machte.

Dieser Hinweis auf eine innere Konsequenz, die auf einen Krieg gegen die Sowjetunion abzielte, führt uns zu unserer zweiten Frage.

2 Wir haben festgestellt, dass Hitler bei der Gestaltung der deutschen Aussenpolitik in den dreissiger Jahren persönlich eine zentrale Rolle spielte und aktiv eingriff. Ob der Kurs der deutschen Aussenpolitik eine innere Folgerichtigkeit hatte, die durch Hitlers Ideologie mehr als durch jeden anderen Faktor festgelegt war, ist jedoch weiterhin eine offene Interpretationsfrage. Von Historikern sind hierzu drei (teilweise miteinander verbundene) alternative Erklärungen vorgebracht worden.

Die erste besagt, Hitlers im Wesentlichen gleichbleibende ideologische Motivation sei nicht der entscheidende Faktor gewesen. Vielmehr habe Hitler die expansionistisch-imperialistischen Forderungen der in Deutschland herrschenden Klasse artikuliert und repräsentiert und den vom Monopolkapital angestrebten imperialistischen Krieg ermöglicht. Hitler habe daher eine bestimmte funktionale Rolle gehabt, aber auch ohne ihn wäre es zu einem ähnlichen Handlungsverlauf gekommen. Natürlich kann es keinen Zweifel daran geben, dass einflussreiche Teile der militärischen, wirtschaftlichen und bürokratischen Elite in Deutschland expansionistische Ziele hatten. Wie wir jedoch bei der Untersuchung des aussenpolitischen Entscheidungsprozesses weiter oben in diesem Kapitel schon gesehen haben, sind gewisse Behauptungen – wie: nach 1933 sei der Kurs der Aussenpolitik eine ausgemachte Sache gewesen, er habe sich eng und in allen Punkten an den vermutlichen Wünschen und Interessen der traditionellen Eliten orientiert, selbst in Zusammenhang mit dem Revisionismus habe es in der Politik in entscheidenden Momenten keine echten Wahlmöglichkeiten gegeben, und Hitler selbst habe bei politischen Entscheidungen keine herausragende Rol-

le gespielt – durch die Quellen nicht gedeckt. Sicher war Hitler nie ganz anderer Meinung als die *dominierenden* Teile der Eliten. Das bedeutet aber nicht, dass er ihren Ansichten sklavisch folgte. Ob bestimmte Fraktionen innerhalb der Eliten dominierten, hing seinerseits davon ab, wie schnell sie sich an politische Initiativen anpassen und sie zu ihren eigenen machen konnten und wie sehr es ihnen gelang, bereits die Formulierung der Politik zu beeinflussen. Es deutet also einiges darauf hin, dass der deutsche Expansionismus in den dreissiger Jahren unvermeidlich, seine Richtung und Dynamik dabei aber von Hitlers persönlicher Rolle nicht unabhängig war.

Ein zweiter Ansatz legt bei seiner Erklärung das Schwergewicht auf den «Primat der Innenpolitik» und akzeptiert, dass in aussenpolitischen Angelegenheiten eine grundlegende Konsequenz oder Folgerichtigkeit vorhanden gewesen sei, meint aber, das habe weniger an der Umsetzung der Hitlerschen Ideologie gelegen als an der Notwendigkeit, die soziale Ordnung im Innern zu bewahren und aufrechtzuerhalten. Als allgemeine Erklärung erscheint dies ebenfalls unzureichend. Auch in diesem Fall haben wir in vorangegangenen Kapiteln gesehen, dass sich innenpolitischer Druck vor allem in den ersten Jahren des Regimes zweifellos auf die Art und den Zeitpunkt einiger aussenpolitischer Initiativen auswirkte. Zum Beispiel scheinen im März 1936 bei dem Entschluss, das Rheinland wieder zu besetzen, innenpolitische – und auch diplomatische – Überlegungen eine Rolle gespielt zu haben. Andere bedeutende Entwicklungen oder Wenden in der Politik wurden aber nicht durch einen solchen Druck diktiert, wie etwa 1934 der Nichtangriffspakt mit Polen oder im darauffolgenden Jahr das Flottenabkommen mit Grossbritannien. Und in den späten dreissiger Jahren scheinen die wachsenden Wirtschaftsprobleme nicht Anlass, sondern Bestätigung für die aussenpolitische Richtung und sogar in nicht geringem Masse ihr Produkt gewesen zu sein. Es deutet daher alles auf eine wechselseitige Abhängigkeit von Innen- und Aussenpolitik hin, bei der innenpolitische Erwägungen – wenn auch in immer geringerem Masse – die Parameter des aussenpolitischen Handelns mitprägten und sich umgekehrt aussenpolitische Ziele massgeblich auf die Art und Ziele der Innenpolitik auswirkten.⁴⁷

47 Siehe hierzu vor allem Erhard Forndran, «Zur Theorie der internationalen Beziehungen – Das Verhältnis von Innen-, Aussen- und internationaler Politik und die histori-

Ideologisch und praktisch gesehen waren die Aussen- und die Innenpolitik so sehr miteinander verschmolzen, dass es ziemlich fehl am Platze erscheint, von einem Primat der einen über die andere zu reden: Zwischen den imperialistischen und sozialimperialistischen Zielen des Regimes bestand kein Widerspruch, und es gibt kein Mittel, sie analytisch voneinander zu scheiden. Auch kann die Vorstellung kaum befriedigen, die Nazis hätten auf die Erhaltung der *bestehenden* Sozialordnung abgezielt – wie unklar und verworren die sozialen Ambitionen irgendeiner «neuen Ordnung» auch immer gewesen sein mögen.

Ein letzter Interpretationsansatz geht davon aus, dass die deutsche Aussenpolitik keine bestimmte, klare Richtung gehabt und nebeneinanderher eine Reihe von im Wesentlichen unverbundenen Zielvorstellungen verfolgt habe und dass sie durch Hitlers dilettantischen Opportunismus charakterisiert gewesen sei, der in Zusammenhang mit einem fragmentierten politischen System zu einem schwindenden Realitätssinn und einer zunehmenden nihilistischen Dynamik geführt habe. Unter den Historikern, die eine «strukturalistische» Interpretation der Aussenpolitik bevorzugen, scheint Hans Mommsen allerdings der einzige zu sein, der eine solche These mit einem derartigen Nachdruck vertritt.⁴⁸ Martin Broszat, der andere führende Vertreter des «strukturalistischen» Ansatzes, scheint, wie wir gesehen haben, von der Existenz einer mehr oder weniger konsequenten, auf Expansion im Osten abzielenden Kraft auszugehen, obgleich diese seiner Ansicht nach nur als «ideologische Metapher» fungiert habe.⁴⁹ Das wirft die Frage auf, ob die Debatte über das Vorhandensein und die Folgerichtigkeit aussenpolitischer Zielvorstellungen nicht in Wirklichkeit durch die Unklarheit mancher der von den Historikern verwandten Schlüsselbegriffe fälschlicherweise polarisiert worden ist. Während beispielsweise die «Intentionalisten» natürlich kategorisch der Ansicht widersprechen, Hitler sei einfach ein im Wesentlichen richtungs- und zielloser Opportunist und Improvisator gewesen, ist bei ihnen selbst die häufige Verwendung von Begriffen wie «Programm» (manchmal auch ohne Anführungszeichen geschrieben),

schen Beispiele der 30er Jahre», in Erhard Forndran, Frank Golczewski und Dieter Riesenberger (Hg.), *Innen- und Aussenpolitik, unter nationalsozialistischer Bedrohung* (Opladen 1977), S. 315-361, hier besonders S. 353-354.

48 Siehe Mommsen, «National Socialism: Continuity and Change», S. 177, und *Adolf Hitler*, besonders S. 93.

49 Broszat, «Soziale Motivation», S. 406-409.

«Grund-Plan» oder «Stufenplan» nicht unproblematisch.⁵⁰ Mit diesen Begriffen, so wird häufig betont, seien keine detaillierten handlungsorientierten Pläne gemeint. Vielmehr sollen sie, wie es scheint, nur andeuten, dass Hitler im Bereich der Aussenpolitik fixe Ideen (wie die vom «Lebensraum») hatte, an die er sich ab den zwanziger Jahren wie besessen klammerte; dass er als Führer die Aussenpolitik in Übereinstimmung mit diesen Ideen gestaltete; und dass er zwar ein klares Ziel vor Augen hatte (vor allem die Eroberung der Sowjetunion) und über eine grundsätzliche Strategie verfügte, um dieses Ziel zu erreichen (ein Bündnis mit Grossbritannien), dabei aber keinen konkret ausgearbeiteten Plan besass. Diese Ansicht und Broszats Meinung, dass die Phrase vom «Lebensraum im Osten» derart unspezifisch gewesen sei, dass sie nur als «Aktionsrichtung»⁵¹ gedient habe, klaffen gewiss auseinander, aber vielleicht nicht so weit, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Zwischen ihnen lässt sich nur dann keine Brücke schlagen, wenn man *ausschliesslich entweder* in der Intention *oder* in der Funktion einen den aussenpolitischen Kurs bestimmenden Faktor sieht. Während man in der Tat den Standpunkt vertreten könnte, der Lebensraumgedanke habe als ideologische Metapher fungiert und der Bewegung eine Aktionszielrichtung gegeben, scheint es unzureichend, in dieser Funktion die einzige oder auch nur hauptsächliche «raison d'être» der Aussenpolitik zu sehen und zu bestreiten, dass die aussenpolitischen Ziele der Nazis tatsächlich eine ernsthafte Realität besaßen – eine Realität, die zumindest teilweise von Hitlers ideologischen Zielen und Intentionen geprägt war.⁵² Wie unklar auch die Vorstellung an sich gewesen sein mag, «Lebensraum» bedeutete etwas Konkretes – auch wenn der Weg dahin noch nicht ausgelotet war: Krieg gegen die Sowjetunion. Das, was Hitler im Zeitraum von 1933 bis 1941 gesagt und getan hat, ist mit der Deutung vereinbar, dass er davon überzeugt war, es würde zu einem solchen Krieg kommen; dass das eher früher als später sein würde, auch wenn er das genaue Wann und Wie nicht kannte; dass er die deutsche Aussenpolitik auf dieses Ziel hinsteuerte und dass er versuchte, die deutsche Gesellschaft auf die Teilnahme an diesem Krieg entsprechend vorzubereiten.

50 Die recht verdrehte Passage, die sich zu diesem Thema bei Klaus Hildebrand («Hitlers ‚Programm‘ und seine Realisierung 1939-1942», in Funke, S. 63-93, hier S. 65) findet, lässt darauf schliessen, wie schwierig es ist, eine klare Definition des Hitlerschen «Programms» zu formulieren.

51 Broszat, «Soziale Motivation», S. 403.

52 Von Broszat, «Soziale Motivation», S. 403, wird dies ganz klar akzeptiert.

Wie wir weiter oben gesehen haben, änderte sich die grundsätzliche Ausrichtung der deutschen Aussenpolitik bereits 1933, ⁵³ Hitler beschloss, dass der «natürliche Antagonismus» die Beziehungen zur Sowjetunion prägen solle. Wenn im Herbst 1935 bei den «Gesprächen am Kamin» mit Wehrmachts- und Wirtschaftsführern die Rede auf die drückenden Rüstungsausgaben kam, konterte Göring, nach Alfred Sohn-Rethels Darstellung, unweigerlich damit, dass er Hitler an seinen nahenden Krieg gegen die Sowjetunion erinnerte.⁵³ Der Beginn des Spanischen Bürgerkriegs führte wohl mit dazu, dass Hitler sich 1936 mit diesem Gedanken in zunehmendem Masse beschäftigte. Seine im Sommer verfasste geheime Denkschrift zum Vierjahresplan beruhte auf der Grundannahme, dass die Auseinandersetzung mit Russland «nicht ausbleiben kann und nicht ausbleiben wird»⁵⁴, und aus den Goebbels-Tagebüchern geht hervor, wie sehr Hitler in den Jahren 1936 und 1937 an die nahende Konfrontation mit Russland dachte. Im Juni sprach Hitler, Goebbels' Tagebuchaufzeichnungen zufolge, von einem nahenden Konflikt zwischen Japan und Russland, durch den «dieser Koloss [...] ins Wanken kommen» werde. «Und dann ist unsere grosse Stunde da. Dann müssen wir uns für 100 Jahre an Land eindecken.» – «Hoffentlich sind wir dann fertig», fügte Goebbels hinzu, «und der Führer lebt noch. Dass gehandelt wird.»⁵⁵ Im November desselben Jahres notierte Goebbels: «Nach Tisch spreche ich mich mit dem Führer allein gründlich aus. Er ist sehr zufrieden mit der Situation. Die Aufrüstung geht weiter. Wir stecken märchenhafte Summen hinein. 1938 sind wir ganz fertig. Die Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus kommt. Dann wollen wir parat sein.»⁵⁶ Kaum einen Monat später malte Hitler seinem Kabinett in einer dreistündigen Besprechung im Zusammenhang mit dem Spanischen Bürgerkrieg die Gefahren des Bolschewismus aus und sagte (Goebbels' Aufzeichnungen zufolge): «Europa ist bereits in 2Lager aufgeteilt. Wir können nicht mehr zurück. [...] Deutschland kann nur wünschen, dass Krise vertagt wird, bis wir fertig sind. Wenn sie kommt, dann zugreifen. In den Paternoster-Aufzug rechtzeitig hineinsteigen. Aber auch rechtzeitig wieder aussteigen.

53 Sohn-Rethel (siehe Kapitel 3 Anmerkung 19), S. 139-141.

54 «Denkschrift Hitlers über die Aufgaben eines Vierjahresplans», abgedruckt in *VfZ* 3 (1955), S. 204-210, hier S. 205.

55 Eintrag vom 9. Juni 1936, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil 1, Band 2, S. 622 (siehe Kapitel 4 Anmerkung 3).

56 Eintrag vom 15. November 1936, ebenda, S. 726.

Aufrüsten, das Geld darf keine Rolle spielen.»⁵⁷ Seinen solchermassen überlieferten Äusserungen zufolge erwartete Hitler im Februar 1937 «in 5-6 Jahren eine grosse Weltauseinandersetzung»⁵⁸. Im Juli notierte Goebbels, Hitler sei über die Säuberungsaktionen in der Sowjetunion erstaunt, und er selbst halte Stalin für verrückt. Hitler soll seine Ausführungen mit den Worten beendet haben: «Aber Russland weiss nichts anderes mehr als Bolschewismus. Das ist die Gefahr, die wir einmal niederschlagen müssen.»⁵⁹ Im Dezember äusserte Hitler über Stalin und seine Anhänger erneut die gleiche Ansicht und schloss mit den Worten; «Muss ausgerottet werden.»⁶⁰ Und schliesslich ist da noch Hitlers bekannter Ausspruch gegenüber dem Schweizer Völkerbundkommissar Carl J. Burckhardt, zu dem er 1939 sagte: «Alles, was ich unternehme, ist gegen Russland gerichtet; wenn der Westen zu dumm und zu blind ist, um dies zu begreifen, werde ich gezwungen sein, mich mit den Russen zu verständigen, den Westen zu schlagen und dann nach seiner Niederlage mich mit meinen versammelten Kräften gegen die Sowjetunion zu wenden.»⁶¹ Hitler sagte dies zwar in dem Bewusstsein, dass diese Botschaft dem Westen übermittelt werden würde, das ändert aber nichts an ihrer grundsätzlichen Realität.

Der «Weltkampf» gegen den Bolschewismus rückte langsam in greifbare Nähe, genauso wie aus der Vision von der Vernichtung der Juden ein realisierbares Ziel geworden war. In keinem der beiden Fälle reichen Hitlers «Intentionen» auch nur im Entferntesten für eine vollständige oder befriedigende Erklärung aus. Ohne diese «Intentionen» wäre jedoch in beiden Fällen eine solche Entwicklung unwahrscheinlicher gewesen – viel unwahrscheinlicher im Hinblick auf die Ausrottung der Juden, viel weniger unwahrscheinlich im Hinblick auf den Krieg gegen die Sowjetunion. Dass zu diesem ideologischen «Vernichtungskrieg» eine «verschlungene Strasse»

57 Eintrag vom 2. Dezember 1936, ebenda, S. 743.

58 Eintrag vom 23. Februar 1937, a.a.O., Band 3, S. 55. Siehe auch den Eintrag vom 28. Januar 1937 (ebenda, S. 26), in dem es heisst, Hitler hoffe, dass ihm noch sechs Jahre Zeit blieben, er werde aber früher handeln, wenn sich eine günstige Gelegenheit böte, sowie den Eintrag vom 16. Februar 1937 (ebenda, S. 45), der wiedergibt, Hitler erwarte «in einigen Jahren» den «grossen Weltkampf».

59 Eintrag vom 10. Juli 1937, ebenda, S. 198.

60 Eintrag vom 22. Dezember 1937, ebenda, S. 378.

61 Carl J. Burckhardt, *Meine Danziger Mission 1937-1939* (dtv-Ausgabe, München 1962), S. 272. Siehe auch Hildebrand, *Deutsche Aussenpolitik* (siehe Kapitel 1 Anmerkung 17), S. 91.

hinführte, braucht nicht betont zu werden. Die einzige Strategie war das Bündnis mit Grossbritannien. Mitte der dreissiger Jahre war diese Strategie endgültig gescheitert, und jegliche «Politik», jegliches «Programm» beziehungsweise jeglicher «Grund-Plan», der einen solchen Namen verdiente, war wie eine Seifenblase zerplatzt – was dann 1939 tatsächlich dazu führte, dass es zu einer erzwungenen (wenn auch temporären) Allianz mit dem Erzfeind kam und zum Kriegszustand mit dem ehemals umworbenen «Freund», der Deutschland die kalte Schulter gezeigt hatte. Erst in dieser Situation, unter Umständen, die den ursprünglich erhofften genau entgegengesetzt waren, konnte der Krieg gegen die Sowjetunion vom Sommer 1940 an geplant und nicht nur als «Fernziel» angestrebt werden. Und obwohl Deutschland in Europa eine Vormachtstellung hatte, zeichnete sich nun das ungelöste Problem «Vereinigte Staaten» im Hintergrund immer bedrohlicher ab.

3 Die Debatte über Hitlers Langzeitziele – ob er die Weltherrschaft gewollt habe oder ob sein Endziel «nur» die Eroberung von «Lebensraum» im Osten gewesen sei – mutet ziemlich künstlich an. Wie wir schon festgestellt haben, hat sich seit den Veröffentlichungen von Moltmann und vor allem von Hillgruber in den sechziger Jahren allgemein die Ansicht durchgesetzt, dass Hitler nichts weniger als Deutschlands Herrschaft über die gesamte Welt anstrebte – ein Ziel, das stufenweise verwirklicht werden sollte und vielleicht erst lange nach seinem Tod ganz erreicht sein würde. Einige führende Historiker halten jedoch beharrlich an der Ansicht fest, Hitler habe als Endziel nur das angestrebt, was er praktisch während seiner ganzen politischen Karriere durchgängig hatte verlauten lassen: die Inbesitznahme von «Lebensraum» auf Kosten Russlands. Man könnte vielleicht gleich zu Beginn fragen, ob sich in dieser unterschiedlichen Interpretation viel mehr spiegelt, als dass die Historiker der *relativ* klaren und konsequenten Konzentration auf den Osten in Hitlers Denken ein anderes Gewicht beimessen als seinen verschwommeneren und sporadischeren Überlegungen zu den langfristigen Möglichkeiten (und der Zwangsläufigkeit) einer weiteren Expansion im Anschluss an den erwarteten deutschen Sieg über den Bolschewismus. Es gibt in der Tat wenig Grund daran zu zweifeln, dass Hitler bisweilen Gedanken an eine «Weltherrschaft» gehegt hat. Weniger klar ist jedoch, welche Bedeutung derartige Gedanken für die Formulierung der praktischen Politik hatten. Wir haben bereits angedeutet, dass der Begriff «Le-

bensraum» zwar in der Tat etwas Metaphorisches an sich hatte und dass weder Hitler noch sonst jemand eine klar detaillierte Vorstellung davon besass, worauf diese Metapher genau hinauslaufen würde, dass sie aber gleichzeitig auch etwas Konkretes bedeutete, nämlich Krieg mit der Sowjetunion und die daraus folgende Notwendigkeit, sich so gut wie möglich auf einen solchen Kampf vorzubereiten. Wie unklar der Weg dahin auch immer erschienen sein mag, der Gedanke an diesen Krieg ging Hitler und der NS- und Wehrmachtsführung nie ganz aus dem Sinn, und daraus ergaben sich praktische militärische, strategische und diplomatische Konsequenzen. Ob ein vages grössenwahnsinniges Gerede über eine zukünftige Weltherrschaft im gleichen Licht gesehen werden kann, darf an sich bezweifelt werden. Und noch weit zweifelhafter dürfte sein, ob man in Zusammenhang mit solchen Vorstellungen von einem «Programm» oder gar von einer «grand strategy», einer grossangelegten Strategie, sprechen sollte.⁶²

In ihrer unverblühtesten Formulierung geht die «Weltherrschaftsthese» davon aus, Hitler habe «zu keinem Zeitpunkt zwischen 1920 und 1945 [...], dies belegen seine Äusserungen, das Ziel der Weltherrschaft aus den Augen verloren»⁶³ – ein Ziel, das er, wie ein anderer Historiker anfügt, «in einer Reihe von Blitzfeldzügen» zu erreichen gedachte, die «stufenweise den ganzen Globus» erfassen sollten.⁶⁴ Belege, die diese These stützen, wurden zusammengetragen aus Hitlers Frühschriften (vor allem seinem 1928 verfassten *Zweiten Buch*), aus Rauschnings Darstellung der Hitlerschen Monologe der Jahre 1932-34, aus den *Tischgesprächen*, den Audienzen mit ausländischen Diplomaten sowie verschiedenen Aspekten der militärischen Planung der Jahre 1940/41 und wurden darüber hinaus in neuerer Zeit aus Hitlers monumentalen Architekturplänen und langfristigen Flottenplänen abgeleitet. Wir müssen uns kurz ansehen, wie beweiskräftig diese Belege sind.

Hitlers *Zweites Buch* malt das Schreckgespenst eines Kampfes um die

62 Letzteren Begriff verwendete Hauner, «World Dominion» (siehe Anmerkung 13), S. 23.

63 Thies, *Architekt* (siehe Anmerkung 10), S. 189. Siehe auch seine Aufsätze: «Hitler's European Building Program», JCH 13 (1978), S. 413-431; «Hitlers „Endziele“: Zielloser Aktionismus, Kontinentalimperium oder Weltherrschaft?», in Michalka, *Nationalsozialistische Aussenpolitik*, S. 70-91; und «Nazi Architecture – A Blueprint for World Domination: The Last Aims of Adolf Hitler», in David Welch (Hg.), *Nazi Propaganda. The Power and the Limitations* (London 1983), S. 45-64.

64 Hauner, «World Dominion», S. 23.

Hegemonie an die Wand, zu dem es irgendwann in ferner Zukunft zwischen den Vereinigten Staaten und Europa kommen werde. Er war der Ansicht, dass die USA nur von einem rassistisch reinen europäischen Staat besiegt werden könnten und dass es Aufgabe der Nazibewegung sei, das «eigene Vaterland» entsprechend vorzubereiten.⁶⁵ Vor diesem Zeitpunkt hatten die Vereinigten Staaten kaum Hitlers Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Seine frühen Reden und Schriften (einschliesslich *Mein Kampf*) enthalten nur wenige Verweise auf Amerika, die über die übliche und allgemeine Anprangerung der USA wegen ihrer Rolle im Ersten Weltkrieg und bei den Friedensverhandlungen hinausgehen.⁶⁶ Gegen Ende der zwanziger Jahre war die Ansicht, Deutschland drohe auf längere Sicht gesehen von Amerika Gefahr, recht weit verbreitet, und in diesem Klima äusserte Hitler den vagen Gedanken, in ferner Zukunft werde es zwischen dem von Deutschland beherrschten eurasischen Reich und den USA zu einem grossen Konflikt kommen.⁶⁷ Das Bild, das sich Hitler von Amerika machte, blieb, so vage es war, nicht die ganze Zeit über gleich. Anfang der dreissiger Jahre galt Amerika unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise als schwacher rassistischer Mischstaat, der nicht in der Lage sei, noch einmal in einen europäischen Krieg einzugreifen, und dessen einzige rettende Hoffnung bei den Deutschamerikanern liege, die nun durch den Nationalsozialismus frischen Elan hätten.⁶⁸ Zum Ende der dreissiger Jahre hin fühlte sich Hitler durch die Abneigung der Amerikaner gegen die nationalsozialistische Rassen- und Religionspolitik in seiner Ansicht über die Schwäche der USA bestätigt. Zu diesem Zeitpunkt betrachtete er die Vereinigten Staaten nicht als eine tatsächliche oder potentiell starke Militärmacht, vor der Deutschland sich in Acht nehmen müsse; seine Vorstellungen blieben in erster Linie auf den Kontinent beschränkt, und Gebieten ausserhalb Europas schenkte er kaum konkrete Aufmerksamkeit.⁶⁹ Falls er den vagen Gedanken an einen zukünftigen Konflikt mit den USA beibehielt, so hatte dieser doch für die Formulierung der Politik keine praktische Bedeutung.

65 Telford Taylor (Hg.). *Hitler's Secret Book* (New York 1961). S. 106.

66 Weinberg, *Diplomatie Revolution*, S. 21.

67 Dietrich Aigner, «Hitler und die Weltherrschaft», in Michalka, *Nationalsozialistische Aussenpolitik*, S. 49-69, hier S. 62.

68 Weinberg, *Diplomatie Revolution*, S. 21-22; Rauschning, *Gespräche mit Hitler*, S. 67-69.

69 Weinberg, *Starting World WarII*, S. 252-253; *Diplomatie Revolution*, S. 20.

Um die These zu belegen, Hitler habe auch in der Zeit zwischen seinem *Zweiten Buch* und den späten dreissiger Jahren ein «Programm» für eine weltweite Herrschaft gehabt, wird darauf verwiesen, er habe bei einigen öffentlichen Reden – bei denen vermutlich der beabsichtigte Propagandaefekt die Hauptrolle spielte – und privaten Gesprächen, die anschliessend von Beteiligten in Gedächtnisprotokollen oder -notizen festgehalten wurden (und deren gedruckte Fassung nicht als exakte *wörtliche* Wiedergabe des Geschehens betrachtet werden kann), von «Weltherrschaft» oder von Deutschland als der «grössten Macht der Welt» gesprochen.⁷⁰ Von der letztgenannten Kategorie sind die 1939 (und damit zu einem für die westliche Propaganda günstigen Zeitpunkt) von Hermann Rauschning veröffentlichten *Gespräche mit Hitler* die wichtigsten. Wenn man in dem Band auch keine getreue Schilderung der tatsächlichen Äusserungen Hitlers erwarten kann, so findet sich in ihm doch auch nichts, das nicht mit dem im Einklang stünde, was anderweitig von Hitlers Wesen und seinen Ansichten bekannt ist.⁷¹ Bei Rauschning gibt es Passagen, in denen Hitler sich zum Beispiel über Deutschlands zukünftige Vorherrschaft in Lateinamerika und die Ausbeutung der mexikanischen Bodenschätze verbreitet. Rauschning weist allerdings selbst darauf hin, dass Hitler bei solchen Gelegenheiten ohne eigene detaillierte Kenntnisse immer wieder nur triviale, allgemein verbreitete Vorstellungen von diesen Ländern zum Ausdruck brachte. Und an anderer Stelle fügt er an, Hitler sei immer ein «Schauspieler» gewesen, so dass man nur schwer habe wissen können, wie ernst es ihm mit einzelnen Bemerkungen gewesen sei.⁷² Deutschlands Beziehungen zu Lateinamerika hatten in den dreissiger Jahren denn auch, wie kaum überraschen dürfte, nichts mit Hitlers wilden Visionen und seinen grössenwahnsinnigen Äusserungen zu tun.⁷³ Sie sind wiederum nicht im Rahmen irgendeines «Plans» oder einer «Strategie» zu sehen.

Jochen Thies hat die Ansicht geäussert, Belege dafür, dass Hitler zwischen 1920 und 1945 durchgängig die «Weltherrschaft» angestrebt habe, fänden sich am ehesten in seinen Plänen zur Errichtung monumentaler Repräsentationsbauten, die ein Abbild der deutschen Stärke sein und bis zu

70 Thies, «Hitlers ‚Endziele‘», S. 78 Anmerkung 45, und siehe auch S. 72-73; und Aigner, S. 53-54.

71 Dies ist der allgemeine Tenor der Schlussfolgerungen von Theodor Schieder (siehe oben Anmerkung 5).

72 Rauschning, *Gespräche mit Hitler*, S. 61-67, 127.

73 Siehe Weinberg, *Starting World War II*, S. 255-260.

10'000 Jahre überdauern sollten.⁷⁴ Es trifft zweifellos zu, dass sie Deutschlands dauerhaften Weltmachtstatus symbolisieren sollten und dass sie von Hitlers hochfliegenden Vorstellungen von Deutschlands Möglichkeiten zeugen. Aber es hiesse wohl die These überdehnen, wollte man in den Bauplänen selbst die unzweideutige Spiegelung eines konsequenten, auf «Weltherrschaft» abzielenden «Programms» sehen.

Überzeugender erscheint da die Ansicht, der nahende Krieg und das Scheitern des mit Grossbritannien angestrebten Bündnisses – und gleichzeitig das nach einer Serie von gelungenen diplomatischen Coups gewachsene Selbstvertrauen – hätten in den späten dreissiger Jahren Hitler dazu veranlasst, sich strategisch mehr mit einer Reihe von Möglichkeiten zu befassen, die sich aus einem bewaffneten Konflikt ergeben könnten, bei dem Deutschlands Kampf unter Umständen einen globalen Charakter annehmen würde. Bei verschiedenen Gelegenheiten machte er ab 1937 gegenüber seinen Generälen Andeutungen in diese Richtung.⁷⁵ Von da an zeigte er auch mehr Interesse an flottenstrategischen Überlegungen, die im Z-Plan vom Januar 1939 gipfelten, bei dem Hitler darauf bestand, bis 1944 eine riesige Schlachtflotte aufzubauen (obwohl die Marine wegen des grösseren Nutzens als Offensivwaffe gegen Grossbritannien U-Boote bevorzugte und obwohl dadurch Nachteile bei der Stahlzuteilung für das Heer und die Luftwaffe entstanden). Dies ist von Forschern als eine Entscheidung interpretiert worden, die über einen Krieg mit Grossbritannien hinaus auf eine zukünftige Seeherrschaft Deutschlands und einen unvermeidlichen weltweiten Konflikt hindeutete.⁷⁶ Gleichzeitig wird die Inkonsequenz und Unklarheit von Hitlers «globalem» Denken darin sichtbar, dass er kein Interesse daran zeigte, in der islamischen Welt Revolutionen anzuzetteln und zur Untergrabung der britischen Herrschaft in Indien nationalistische Bewegungen aktiv zu unterstützen.⁷⁷

74 Thies, *Architekt*, und «Hitlers ‚Endziele‘», besonders S. 83-84.

75 Thies, «Hitlers ‚Endziele‘», S. 86-88.

76 Jost Dülffer, «Der Einfluss des Auslandes auf die nationalsozialistische Politik», in Forndran u.a. (siehe oben Anmerkung 47), S. 295-313, hier S. 302; Hauner, «World Dominion», S. 27; Carr, *Hitler*. Zur Gewichtung des Z-Plans äussert sich skeptisch Aigner, S. 60-61.

77 Hauner, «Professionals» (siehe oben Anmerkung 12) und ders., *India in Axis Strategy* (Anmerkung 10).

Spezifischere Belege für Hitlers strategisches globales Denken beschränken sich hauptsächlich auf den Kriegszeitraum, vor allem auf die Jahre 1940/41. Zu dieser Zeit *reagierte* Hitler jedoch (und das nicht immer konsequent) grösstenteils auf Umstände, zu deren Entstehen er zwar beigetragen hatte, die sich aber nun rasch seiner Kontrolle entzogen. Es fällt daher schwer, strategische Überlegungen in dieser Phase direkt auf früher gemachte vage Äusserungen über eine «Weltherrschaft» zu beziehen.⁷⁸ Laut Hillgruber waren die Kriegsplanung gegen die Sowjetunion (sosehr Hitler diesen Krieg ideologisch wollte) und der dringend erforderliche schnelle Sieg strategisch gesehen durch die Notwendigkeit bedingt, Grossbritannien zu Friedensgesprächen an den Verhandlungstisch zu bringen, Amerika aus dem Krieg herauszuhalten und den Krieg auf die einzige Weise zu beenden, die Deutschland zum Nutzen gereichen würde.⁷⁹ Da Hitler davon überzeugt war, dass Amerika (das in Hitlers Augen auf einmal wieder an Stärke gewonnen hatte) bis spätestens 1942 in den Krieg eintreten würde, ging es ihm vordringlich darum, bald mit dem Krieg im Osten fertig zu sein, um dann die Vereinigten Staaten abwehren zu können. Auf der Höhe seiner Macht dachte Hitler kurze Zeit daran, gemeinsam mit Japan Amerika zu «zerstören», und wollte im Herbst 1941 auf den Azoren Langstreckenbomber stationieren, um die USA anzugreifen. Aber als dann der Eintritt der USA in den Krieg drohte und die deutsche Offensive im russischen Schlamm feststeckte, kehrte er wieder zu der vagen Vorstellung von einer Auseinandersetzung mit den USA «in der nächsten Generation» zurück, erklärte den USA in einer sinnlosen Geste den Krieg und teilte dem japanischen Botschafter zwei Monate später mit, dass er immer noch nicht wisse, wie er eine Eroberung der Vereinigten Staaten bewerkstelligen solle.⁸⁰ Wenn er in den verbleibenden Kriegsjahren noch dachte, dass eine «Weltherrschaft» nach hundert Jahren Kampf zu erreichen sei oder dass ein zukünftiger deutscher Herrscher «Herr der Welt» sein würde, oder wenn er die «unumstössliche

78 Andreas Hillgruber, «Der Faktor Amerika in Hitlers Strategie 1938-1941», *APZ* 19 (11. Mai 1966), S. 4.

79 Hillgruber, «Amerika», S. 13.

80 Hillgruber, «Amerika», S. 14-21. Siehe ebenso Eberhard Jäckel, *Hitler in History* (Kapitel 4) und William Carr, *From Poland to Pearl Harbor. The Making of the Second World War* (London 1985; dt.: *Von Polen bis Pearl Harbor: Zur Entwicklung des Zweiten Weltkrieges*, Hamburg, Leamington Spa und New York 1987), hier besonders S. 167-169.

Gewissheit» äusserte, dass Deutschland einmal ganz Europa beherrschen und letzten Endes die Weltherrschaft erlangen werde,⁸¹ so waren das Hirngespinnste und keine Hinweise auf einen «Stufenplan». Als das Dritte Reich in Trümmern lag und die Rote Armee vor den Toren Berlins stand, wandte Hitler sich wieder «bescheideneren Zielen» zu: der Vernichtung des Bolschewismus, der Eroberung weiter Räume im Osten und einer auf den Kontinent beschränkten Lebensraumpolitik (im Gegensatz zu einer Kolonialpolitik in Übersee). Die letzte Botschaft, die er einen Tag vor seinem Selbstmord an die Wehrmacht richtete, war genauso utopisch: Sie solle weiterkämpfen, um «dem deutschen Volk Raum im Osten zu gewinnen»⁸².

Es scheint notwendig zu sein, zwischen tragischen Zielen und einer vagen und visionären Handlungsrichtung zu unterscheiden. Die Belege für Hitlers strategisches globales Denken konzentrieren sich auf die unmittelbaren Vorkriegsjahre, als sein Grundkonzept einer Allianz mit Grossbritannien gescheitert war, und auf die ersten Kriegsjahre, als immer deutlicher wurde, dass die USA in den Konflikt eingreifen würden. Vor diesen Jahren finden sich nur vage Prophezeiungen, dass es irgendwann in ferner Zukunft zu einem weltweiten Kampf kommen werde. Nach diesen Jahren winkt in weiter Ferne wieder eine Utopie, die nun vermutlich für die Realität der unvermeidlichen und vernichtenden Niederlage entschädigen soll. Dies lässt sich wohl kaum als «Weltherrschaftsprogramm» bezeichnen. Doch wie Rauschning bereits erkannte, musste der Nationalsozialismus seine «Bewegung» ununterbrochen aufrechterhalten⁸³; seine innere und äussere Dynamik hätte niemals Stabilität bringen oder bis zur Stagnation abflauen können; und nicht zuletzt kam durch Hitlers eigene sozialdarwinistische Interpretation des Daseins – für ihn bedeutete der Kampf ums Dasein auch den titanischen Kampf der Nationen, bei dem es kein Mittelding zwischen totalem Sieg und völliger Niederlage gebe – noch eine entscheidende Komponente hinzu, die sich zwar durchaus mit einer kurzzeitigen Ausnutzung

81 Siehe Meir Michaelis, «World Power Status or World Dominion?», *The Historical Journal* (1972), S. 331-360, hier S. 351. Das letzte Zitat stammt aus dem Eintrag vom 8. Mai 1943 aus *Goebbels' Tagebüchern aus den Jahren 1942-43*, hg. v. Louis P. Lochner (Zürich 1948), S. 327.

82 H.R. Trevor-Roper, *The Testament of Adolf Hitler* (London 1961), S. 82. Das Zitat stammt aus Max Domarus (Hg.), *Hitler, Reden und Proklamationen 1932-1943* (Wiesbaden 1973), S. 2242. Siehe auch Michaelis, S. 351 und 357.

83 Siehe Michaelis, S. 359.

von Gelegenheiten vereinbaren liess, sich aber mit einer langfristigen Kalkulation und Planung ganz und gar nicht vertrug. In dieser Hinsicht passt vielleicht eine (auf den erwarteten Sieg über die Sowjetunion folgende) «Expansion ohne Ziel» viel eher zum Ethos des Nationalsozialismus und deckt sich wohl weit besser mit Hitlers utopischen Träumen als die Vorstellung von einem «Weltherrschaftsprogramm».

Unsere Übersicht über die verschiedenen Interpretationen, die sich mit Hitlers Beitrag zur Gestaltung der Innen-, Antijuden- und Aussenpolitik im Dritten Reich befassen, ist damit komplett. In jedem Fall, so haben wir festgestellt, sind *sowohl* Hitlers «Intentionen» *als auch* unpersönliche «Strukturen» für eine Interpretation des Kurses der deutschen Politik im NS-Staat unverzichtbar. Und es gibt keine mathematische Formel, mit deren Hilfe man entscheiden könnte, wie jeder dieser Faktoren zu gewichten sei. Wir haben gesehen, dass Hitler in der Aussenpolitik initiativ war und wichtige Entscheidungen persönlich fällte, dass dies bei innenpolitischen Angelegenheiten und sogar in der Antijudenpolitik jedoch seltener der Fall war. Bei innenpolitischen Themen wurden seine unregelmässigen Interventionen meist dadurch ausgelöst, dass er von verschiedenen Seiten und nicht selten unter entgegengesetzten Vorzeichen um Zustimmung zu legislativen oder exekutiven Massnahmen ersucht wurde. In der «Judenfrage» bestand sein Beitrag vor 1941 hauptsächlich darin, das Fernziel festzusetzen, das entsprechende Klima zu schaffen und die Handlungen anderer zu sanktionieren; in der Aussenpolitik symbolisierte er die «grosse Sache», durch die andere motiviert wurden, *und* spielte *gleichzeitig* persönlich eine für den Verlauf der Aggression zentrale Rolle. Für die Festlegung der Konturen der deutschen Aussenpolitik waren Hitlers ideologische Ziele *ein* wichtiger Faktor. Bei der Formulierung der Politik verschmolzen diese Ziele aber grösstenteils so untrennbar mit strategischen machtpolitischen Überlegungen und häufig auch mit wirtschaftlichen Interessen, dass es zumeist nicht möglich ist, sie analytisch zu unterscheiden. Neben Hitlers Persönlichkeit war auch die *Funktion* seiner Führerrolle für die Formulierung der Aussenpolitik und die Ausrichtung auf den Krieg sehr wichtig; sie legitimierte, dass auf die Ziele hingekämpft wurde, die Hitler der Vermutung nach wollte. Sie legitimierte den Egoismus einer Armeeführung, die nur zu gern von einer unbegrenzten Aufrüstung profitierte, regelrecht darauf aus war, sich an expansionistischen Plänen zu beteiligen, und darauf hoffte, im Staat eine zen-

trale Rolle zu erhalten. Sie legitimierte die Ambitionen eines Auswärtigen Amtes, das nur zu erpicht darauf war, diplomatisch den Boden für eine Umwälzung der europäischen Ordnung zu bereiten, und der vielen «amateurhaften» Stellen, die sich in noch aggressiverer Absicht mit aussenpolitischen Angelegenheiten beschäftigten.⁸⁴ Und sie legitimierte die Gier und Skrupellosigkeit von Industriellen, die regelrecht darauf brannten, Pläne für die wirtschaftliche Ausplünderung eines Grossteils von Europa vorzulegen. Und schliesslich bot sie den Prüfstein für das wildeste chauvinistische und imperialistische Geschrei der Masse der treuergebenen Parteianhänger nach Wiederherstellung von Deutschlands Macht und Ruhm. Jedes dieser – von den Eliten und von den Massen stammenden – Elemente band seinerseits Hitler und die Naziführung an den sich nun immer schneller und bedrohlicher entwickelnden Gang der Dinge, den sie zum Teil selbst herbeigeführt hatten. Die – auch im Bereich der Aussenpolitik sich vollziehende – komplexe Radikalisierung, die aus Hitlers ideologischen Träumen einen von Millionen von Menschen durchlittenen Alptraum machte, lässt sich daher nur unzureichend erklären, wenn man sich zu stark auf Hitlers Absichten konzentriert und dabei nicht die Bedingungen und Kräfte – innerhalb und ausserhalb Deutschlands – berücksichtigt, die die Verwirklichung dieser Absichten strukturierten.

84 Siehe Hauner, «Professionals». Ein Beispiel dafür, dass örtliche «Initiativen» von «Amateuren» im Balkan das Rennen machten, gibt Weinberg, *Diplomatie Revolution*, S. 23 Anmerkung 81.

7 Das Dritte Reich: «Soziale Reaktion» oder «soziale Revolution»?

Zu den komplexesten – und wichtigsten – Aufgaben, mit denen die Geschichtsschreibung beim Dritten Reich konfrontiert ist, gehört die Beantwortung der Frage, in welcher Weise und in welchem Umfang sich der Nationalsozialismus auf die deutsche Gesellschaft ausgewirkt hat. Und die sozialen Auswirkungen eines weltanschaulich doktrinären und schonungslos repressiven autoritären Staates haben zweifellos potentielle Implikationen, die über die geographischen und zeitlichen Grenzen des nationalsozialistischen Deutschlands weit hinausreichen.

Ein differenziertes Verständnis der deutschen Gesellschaft im Dritten Reich ist erst möglich, seit in den sechziger Jahren zum erstenmal ernsthafte wissenschaftliche Untersuchungen auf diesem Gebiet durchgeführt wurden. Grössere Fortschritte wurden jedoch erst in den siebziger Jahren erzielt, als sich die Quellenbasis stark erweiterte. Die starke Ausdehnung und grosse Attraktivität der Erforschung der «Alltagsgeschichte» beziehungsweise einer «Geschichte von unten» führte in Westdeutschland zu einer Fülle von detaillierten empirischen Studien – von sehr unterschiedlicher Qualität –, die, häufig in einem lokalen oder regionalen Kontext, untersuchten, welche Erfahrungen verschiedene soziale Gruppen während der Nazidiktatur gemacht haben. Daher steht jetzt eine Fülle von Material zur Verfügung, wenn man sich mit den sozialen Auswirkungen des Nationalsozialismus beschäftigen will. Dass Quellen, die von einem derartigen politischen System stammen, häufig grössere Interpretationsschwierigkeiten in sich bergen, versteht sich von selbst. Genau wie bei anderen Fragen, mit denen wir uns bereits befasst haben, gilt jedoch auch hier, dass die Interpretationsprobleme und -perspektiven in noch stärkerem Masse mit unterschiedlichen theoretischen Ausgangspunkten und unüberbrückbaren, weltanschaulich bedingten Meinungsverschiedenheiten unter den Historikern zusammenhängen. Die De-

batte ist gekennzeichnet durch eine grundlegende Uneinigkeit über das tatsächliche Wesen des Nationalsozialismus, seine sozialen Ziele und Intentionen; über die Kriterien und Methoden, die man braucht, um die unter dem Nationalsozialismus ablaufenden Veränderungen beurteilen zu können; und über die Begriffe, die man zur Definition dieses sozialen Wandels verwendet.

Ein Teil des Problems beruht auf dem eklektischen Wesen und den inneren Widersprüchen der Nazipartei, ihrer Ideologie und ihrer sozialen Zusammensetzung. Es fällt allein schon sehr schwer, ihre sozialen Ziele und Zielvorstellungen klar zu definieren und diese Ziele dann von den zur Verwirklichung notwendigen Mitteln zu unterscheiden, die in der Praxis oft zum genau entgegengesetzten Resultat geführt zu haben scheinen. So kommt es, dass der Nationalsozialismus von einigen führenden Historikerinnen und Historikern als vom Inhalt her tatsächlich revolutionär interpretiert und von anderen als durch und durch konterrevolutionär gebrandmarkt wird. Manche betrachten ihn trotz einiger in seiner Ideologie begründeter archaischer, reaktionärer Aspekte als eine modernisierende Kraft, andere halten ihn für krass antimodern oder sehen in ihm paradoxerweise eine «revolutionäre Reaktion», während wiederum andere keinen Grund entdecken können, warum sie im Nationalsozialismus etwas anderes sehen sollten als nackte soziale Reaktion.¹ In jedem Fall stellt sich unübersehbar die Frage, inwieweit die «soziale Ideologie» der Nazis überhaupt als ernste Absichtserklärung betrachtet werden sollte statt als bloße manipulative Propaganda.

Ein zweiter Teil des Problems besteht in der Komplexität des Versuchs, eine Art «Bilanz» der sozialen Veränderungen in Deutschland unter dem Nationalsozialismus aufzulisten. Während sich manche Aspekte des «sozialen Wandels», wie etwa die soziale Mobilitätsrate, mit einiger Schwierigkeit messen lassen, können Veränderungen in der Einstellung, der Mentalität und den Wertesystemen nur qualitativ abgeschätzt werden, und das auf der Grundlage von Belegen, die für diese Zwecke längst nicht ideal sind. Ausserdem ist der Zeitraum, um den es geht, sehr kurz. Das Dritte Reich überdauerte nur zwölf von den geplanten tausend Jahren, und sechs davon

1 Eine Zusammenfassung einiger gegensätzlicher Positionen findet sich in FrancisL. Carsten, «Interpretations of Fascism», in Laqueur (Kapitel 2 Anmerkung 3), S. 457-487, hier besonders S. 474ff.

waren Kriegsjahre. Da ein Krieg, vor allem in der Grössenordnung des Zweiten Weltkriegs, seine eigene Dynamik hat und durch massive Zerstörung, Vertreibung von Bevölkerungsgruppen, Mobilmachung und Demobilisierung sowie durch Erwartungen für die Zeit nach dem Krieg einen raschen sozialen Wandel herbeiführt, gibt es ein offensichtliches Problem, wenn man einen solchen Wandel von dem herzuleiten sucht, was vom NS-System beabsichtigt war (auch wenn man akzeptiert, dass der Krieg selbst ein Produkt des Nationalsozialismus war). Man muss deshalb versuchen, zwischen Veränderungen, die unmittelbar vom NS-Regime herbeigeführt wurden, und denen, die mittelbar und sogar unbeabsichtigt durch den Nationalsozialismus zustande kamen, zu unterscheiden. Eine weitere Schwierigkeit besteht in der Frage, wie man einen solchen Wandel zu langfristigen säkularen Veränderungen in der Gesellschaft in Beziehung setzen soll, die in Deutschland genauso wie in anderen Ländern im Zeitalter der Industrialisierung abliefen. Es ist sogar der Gedanke geäussert worden, wenn man den sozialen Wandel unter dem Nationalsozialismus beurteilen wolle, müsse man eigentlich ein hypothetisches Modell erstellen, um abzuschätzen, zu welchen Veränderungen es bis 1945 gekommen wäre, wenn der Nationalsozialismus niemals existiert hätte.² Dies wirft wiederum die Frage auf: Beurteilen wir das, was im Nationalsozialismus an sozialem Wandel ablief, im Vergleich zu dem, was sich der Nationalsozialismus unserer Vermutung nach am Anfang zum Ziel gesetzt hatte; im Vergleich zu dem, was ohne den Nationalsozialismus vielleicht abgelaufen wäre; im Vergleich zu dem Tempo und der Art des Wandels in anderen Industriegesellschaften der damaligen Zeit; oder im Vergleich zu irgendeiner fiktiven «idealtypischen» Entwicklung?

Der dritte Teil des Problems ist definitorischer Natur. Wie das bei der Sozial-, Politik- und Geschichtswissenschaft häufig der Fall ist, sind die verwendeten Begriffe und Konzepte oftmals ungenau, lassen mehr als eine Interpretation zu oder sind ideologisch «vorbelastet». Den Begriff «Revolution» zu verwenden hiesse – wie jemand einmal gesagt hat – «ein semantisches Minenfeld betreten»³ und ausserdem eines, bei dem die jeweilige

2 Matzerath und Volkmann (siehe Kapitel 2 Anmerkung 55), S. 109 (Kommentar von T. Sarrazin).

3 Jeremy Noakes, «Nazism and Revolution», in Noel O'Sullivan (Hg.), *Revolutionary Theory and Political Reality* (London 1983), S. 73-100.

persönliche Vorliebe für das, was nach eigener Ansicht eine «Revolution» – und ganz besonders eine «soziale Revolution» – ausmacht, offensichtlich eine entscheidende Rolle spielt. Während man durchaus sinnvollerweise einwenden kann, dass eine «Revolution» nichts «Positives», «Progressives» oder «moralisch Lobenswertes» zu sein brauche und auch nicht auf die marxistischen Vorstellungen von einer grundlegenden Änderung der wirtschaftlichen Substanz einer Gesellschaft beschränkt sein müsse⁴, so erleichtert diese Negativaussage kaum eine Definition dessen, woraus genau eine «soziale Revolution» besteht. Es muss wohl nicht besonders betont werden, dass «Reaktion» und «Konterrevolution» als intellektuelle Konzepte kaum klarer sind.

Sicherlich sind Begriffe wie «sozialer Wandel» oder «soziale Entwicklung» neutraler, doch sind sie in sich so vage, dass sie sich erst dann praktisch verwenden lassen, wenn sie mit einer Theorie oder einem Konzept des geschichtlichen Wandels verbunden sind. Als mögliche Erklärungsmodelle bieten sich hier nur marxistische Theorien und Modernisierungstheorien an.

Marxistische Theorien neigen dazu, ihre Analysen des «sozialen Wandels» in erster Linie auf Veränderungen in der Struktur der Produktionsweise – also heutzutage in der Struktur des Kapitalismus – und auf den Stand des «Klassenkampfes» zu beschränken und eine Veränderung der sozialen Formen oder Kultur entsprechend herunterzuspielen, wenn nicht gleichzeitig auch die wirtschaftliche Substanz der Gesellschaft eine Umgestaltung erfahren hat. Vorstellungen von «sozialem Wandel», die in einen marxistischen Ansatz eingebunden sind, klingen daher rasch nicht mehr vage, aber auch nicht mehr intellektuell neutral.

Andere Erklärungen des «sozialen Wandels», die nichtmarxistischen oder «liberalen» Historikern mehr oder weniger sympathisch sind, hängen mit Modernisierungstheorieansätzen zusammen. Der Begriff der «Modernisierung» – ein Produkt der amerikanischen Sozialwissenschaften – versucht, die verschiedenen Elemente der kulturellen, politischen und sozio-ökonomischen Entwicklung zu erfassen, die ihre Hauptstosskraft mit der Französischen und der industriellen Revolution in Westeuropa erlangten

4 Siehe Karl Dietrich Bracher, «Tradition und Revolution im Nationalsozialismus», in ders., *Zeitgeschichtliche Kontroversen* (siehe Kapitel I Anmerkung 42), S. 62-78, hier besonders S. 66-70.

und die die «traditionellen» Gesellschaften des Westens und nach und nach auch grosser Teile der Erde in «moderne Gesellschaften» umwandelten. Zu dieser Umwandlung gehören ein enormes Anwachsen der Zahl und Verfügbarkeit von Waren und Dienstleistungen; ein verbesserter Zugang zu diesen Waren und Dienstleistungen; eine grössere soziale Differenzierung, komplexere Arbeitsteilung und verstärkte funktionelle Spezialisierung; sowie eine erhöhte Fähigkeit zur institutionellen Regulierung von sozialen und politischen Konflikten.⁵ Obwohl die Ansätze der Modernisierungstheorie längst nicht mehr so simpel wie in der Anfangszeit sind und inzwischen stark verfeinert wurden, sind sie doch auch weiterhin eklektisch, ungenau und lassen zu, dass einigen der Grundannahmen und -begriffe ein ganz unterschiedliches subjektives Gewicht beigemessen werden kann. Durch die implizite oder explizite Verknüpfung der Modernisierungstheorien mit «Idealtypen», die von westlichen liberalen Demokratien abgeleitet sind, durch die relative Vernachlässigung des Klassenkonflikts und durch die Degradierung der wirtschaftlichen Strukturen auf eine blosser – wenn auch sehr wichtige – Komponente des «sozialen Wandels» wird der «Modernisierungsbegriff in seiner konventionellen Verwendung noch fraglicher und für marxistische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler allgemein unakzeptabel.

Bei jedem Versuch, die Auswirkungen des Nationalsozialismus auf die deutsche Gesellschaft zu beurteilen, sieht man sich den gerade angesprochenen Schwierigkeiten gegenüber. Ehe wir uns an eine eigene Auswertung wagen, müssen wir uns kurz ansehen, welche wesentlichen Interpretationsunterschiede zwischen den Historikern bestehen, die sich mit diesem Problem befasst haben.

5 Siehe Werner Abelshäuser und Anselm Faust, *Wirtschafts- und Sozialpolitik. Eine nationalsozialistische Sozialrevolution?* (Nationalsozialismus im Unterricht, Studieneinheit 4, Deutsches Institut für Fernstudien an der Universität Tübingen, Tübingen 1983), S. 4; Matzerath und Volkmann, S. 95. Für eine Beurteilung der Modernisierungstheorien und ihrer Anwendbarkeit in der Geschichtsschreibung von unschätzbarem Wert ist Hans-Ulrich Wehler, *Modernisierungstheorie und Geschichte* (Göttingen 1975). Helmut Kaelble u.a., *Probleme der Modernisierung in Deutschland. Sozialhistorische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert* (Opladen 1978), wenden Modernisierungsmodelle speziell auf die soziale Entwicklung in Deutschland an.

Interpretationen

Da die DDR-Forschung von der Grundannahme ausging, der Hitler-Faschismus sei die Diktatur der reaktionärsten Elemente der in Deutschland herrschenden Klasse gewesen, kann es kaum überraschen, dass die dortige Geschichtsschreibung den Gedanken, das Dritte Reich habe in der deutschen Gesellschaft einen Wandel herbeigeführt, der auf eine «soziale Revolution» hinauslaufe, kurz und knapp abfertigte. Während die Erforschung weiterreichender Aspekte der Sozialgeschichte des Dritten Reiches durch die Scheuklappen einer starken Konzentrierung auf die organisierten kommunistischen Widerstandsgruppen behindert war, behandelten DDR-Historiker die Frage nach möglichen langfristigen «Modernisierungs»folgen des Nationalsozialismus für die deutsche Gesellschaft natürlich als «Unfrage». Modernisierungstheorien galten hier nur als bürgerliche Pseudodoktrin der Industriegesellschaft. Bedingt durch ihre mangelnde Definition, so hiess es, seien diese «Theorien» in ihrer Anwendung rein subjektiv und von ihrer Intention und Implikation her antimarxistisch, beschönigten den Faschismus, indem sie in ihm einen (wenn auch unbeabsichtigten) «Modernisierungsschub» am Werke sahen, und ausserdem verzerrten sie insofern willkürlich den Revolutionsbegriff, als sie davon ausgingen, der Nationalsozialismus habe eine «soziale Revolution» ausgelöst, und missbrauchten ihn für ein Phänomen, das offenkundig konterrevolutionär gewesen sei.⁶ Die den Modernisierungstheorien inhärenten Vorstellungen von einem «Fortschritt» innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft – und nicht in Richtung des marxistisch-leninistischen Sozialismus – sind eindeutig unvereinbar mit der Hervorhebung von Kontinuitätssträngen des imperialistischen Monopolkapitalismus, die das Dritte Reich überdauert haben und für den reaktionären Charakter der Bundesrepublik sorgen. Von diesem Ausgangspunkt her gesehen ist es klar, dass Fragen, die dauerhafte oder langfristige Auswirkungen des Dritten Reiches auf die Entwicklung der deutschen Gesellschaft be-

6 Siehe Gerhard Lozek und Rolf Richter, «Zur Auseinandersetzung mit vorherrschenden bürgerlichen Faschismustheorien», in Gossweiler und Eichholtz, *Faschismusforschung* (Kapitel i Anmerkung 28), S. 417-451, hier S. 427-429; und Gerhard Lozek u.a. (Hg.), *Kritik, der bürgerlichen Geschichtsschreibung. Handbuch* (Köln, 4. erw. Aufl. 1977), S. 340-341.

treffen, für die DDR-Geschichtsschreibung irrelevant waren. Zu einer echten sozialen Revolution könne es, so die dort herrschende Meinung, nur unter der Ägide des Marxismus-Leninismus kommen. In Deutschland sei das nur mit Hilfe der Roten Armee und der Sozialistischen Einheitspartei (SED) der Fall gewesen, während die Reaktion in neuer Gestalt unter einem anderen politischen System bürgerlicher Herrschaft in der Bundesrepublik andauere.

Die westliche marxistische und marxistisch beeinflusste Geschichtsschreibung teilt diese Grundposition zwar nicht, begegnet aber Vorstellungen von einer «sozialen Revolution» unter dem Nationalsozialismus mit der gleichen Unduldsamkeit. Die historische Bilanz sei klar, so heisst es: Der Nationalsozialismus habe die Organisationen der Arbeiterklasse zerstört, die Klassenbeziehungen dadurch verändert, dass er die Position der Unternehmer wesentlich stärkte und sie mit dem ganzen Gewicht eines repressiven Polizeistaates unterstützte, den Lebensstandard niedrig gehalten und dabei gleichzeitig schwindelerregende Profite ermöglicht.⁷ So klar diese Bilanz auch sein mag, bezeichnet sie doch wohl den Anfang und nicht das Ende der Untersuchung. Unbezweifelbar erfreute sich das NS-Regime bis weit in den Krieg hinein eines so hohen Popularitäts- und Unterstützungsgrades, dass sich dieser durch die manipulative Kraft der Propaganda oder die starke Repression des Polizeistaates nicht angemessen erklären lässt. Man kommt nicht umhin zu akzeptieren, dass es dem Nationalsozialismus wirklich (wenn auch nur teilweise) gelang, in weite Teile der deutschen Gesellschaft – die Arbeiterklasse nicht ausgenommen – einzubrechen, und dass ein beachtliches Mass an materieller und affektiver Integration in den NS-Staat erreicht wurde, auch wenn sich die katholische, kommunistische und sozialistische Subkultur als relativ resistent erwies und eine undurchdringliche Barriere darstellte. Angesichts der beträchtlichen und umfangreichen nationalsozialistischen Durchdringung, die für sich genommen natürlich in keinerlei Widerspruch zu marxistischen Ansätzen steht, bedarf es einer Erklärung, die nicht gleich mit der Begründung, der Nationalsozialismus komme einer sozialen Reaktion gleich, jeglichen Gedanken daran verbietet, dass der Nationalsozialismus möglicherweise einen Anstoss zu einem (wenn durch dessen massiven Zerstörungstrieb vielleicht auch nur ne-

7 Siehe zum Beispiel Ernest Mandel, in Trotzki, *Struggle* (Kapitel 2 Anmerkung 16), S. 13.

gativ bedingten) sozialen Wandel gegeben hat. Untersuchungen über die soziale Basis der nationalsozialistischen Anhängerschaft vor 1933 haben früheren Verallgemeinerungen über die angeblich rückwärtsgewandte, (im wörtlichen Sinne) reaktionäre Art der nationalsozialistischen Anhängermassen in der Tat den Boden entzogen und stattdessen verdeutlicht, dass unter den sozial heterogenen Anhängern der NSDAP eine starke, dynamische Motivation zu radikalem sozialem Wandel sowie unbestreitbare «moderne» Tendenzen und Aspirationen vorhanden waren.⁸ Die Unterstützung der Nazis war kein blosses Streben nach einer Wiederkehr vergangener Zeiten, sosehr es dabei zweifellos *auch* restaurative Tendenzen gegeben hat. Der Druck zu sozialem Wandel, der – wenn auch rudimentär und in verschiedene Richtungen strebend – von der «Bewegung» ausging, hätte nach 1933 nicht mehr völlig missachtet oder unterdrückt werden können, selbst wenn das in der Absicht der Naziführung gelegen hätte. Ausserdem war das Deutschland der späten vierziger und frühen fünfziger Jahre – selbst wenn man allein die noch junge Bundesrepublik betrachtet – schon aus ganz oberflächlichen, einfach verstandenen Gründen und bei aller Anerkennung der zahlreichen und unvermeidlichen Kontinuitätslinien vom Ort und von der Gesellschaft her ganz anders als das Deutschland von 1933. Wie kompliziert die Untersuchung auch sein mag, so ist doch durchaus legitim zu fragen, ob der Nationalsozialismus in Deutschlands sozialer Entwicklung eine Zäsur darstellte oder durch seine Auswirkung auf soziale und politische Werte und Einstellungen ein bleibendes Erbe hinterliess.

Zwei nichtmarxistische «liberale» Wissenschaftler, der deutsche Soziologe Ralf Dahrendorf und der amerikanische Historiker David Schoenbaum, versuchten mit Arbeiten, die sie etwa zur gleichen Zeit Mitte der sechziger Jahre veröffentlichten, die Frage auf ganz unterschiedlichem Wege zu beantworten und vertraten den Standpunkt, das Dritte Reich habe tatsächlich eine «soziale Revolution» hervorgerufen, deren Hauptmerkmal ein Bruch mit der Tradition und ein entsprechender «Stoss in die Modernität» gewesen sei.⁹

Nach Dahrendorf vollzog der Nationalsozialismus in Deutschland «die

8 Siehe zum Beispiel Broszat, «Zur Struktur der NS-Massenbewegung» (Kapitel 2 Anmerkung 55).

9 Siehe oben Kapitel 2 Anmerkung 26 für nähere Angaben. Das Zitat stammt aus Dahrendorf, S. 432.

in den Verwerfungen des kaiserlichen Deutschland verlorengegangene, durch die Wirrnisse der Weimarer Republik aufgehaltene soziale Revolution».¹⁰ Für ihn bestand der Kern der Revolution in der «Modernität», worunter er im Wesentlichen die Strukturen und Werte der westlichen liberaldemokratischen Gesellschaft verstand. Eine solche Revolution sei, so meinte er, von den Nazis, deren soziale Ideologie auf einer Wiedergewinnung vergangener Werte beruht habe, natürlich nicht beabsichtigt gewesen. In der Praxis hätten sie durch die «Gleichschaltung» der deutschen Gesellschaft jedoch die «Gruppenloyalitäten» der Deutschen – traditionelle anti-liberal-religiöse, regionale, familiäre und korporative Bindungen – zerstört, aus Eliten «monopolistische Cliques» gemacht und soziale Schichtungen durch die Schaffung des «Volksgenossen» eingeebnet. Um die Macht zu bewahren, sei der nationalsozialistische «Totalitarismus» tatsächlich gezwungen gewesen, sich gegen sämtliche, selbst spurenhafte Elemente der Gesellschaftsordnung zu wenden, auf denen die konservative autoritäre Herrschaft gründete. Durch die Zerstörung traditioneller Bindungen, Normen und Werte, so schloss Dahrendorf, habe der Nationalsozialismus «die deutsche Vergangenheit, wie sie im Kaiserreich Gestalt gefunden hatte, endgültig beseitigt. Was nach ihm kam, war von der Hypothek frei, die die Weimarer Republik dank der suspendierten Revolution an ihrem Anfang beschwerte. Es konnte kein Zurück hinter die Revolution der nationalsozialistischen Zeit mehr geben.»¹¹ Ohne es zu wollen, habe der Nationalsozialismus daher den Weg zu einer liberaldemokratischen Gesellschaft im Nachkriegswestdeutschland gebahnt.

Dahrendorfs sehr einflussreiche Interpretation machte gerade ein Kapitel seiner soziologischen Analyse des heutigen Deutschlands aus. Auf der anderen Seite konzentrierte sich David Schoenbaums stilvoll geschriebene Studie ganz und gar auf eine Erforschung dessen, was er als «Hitlers soziale Revolution» bezeichnete.¹² Indem Schoenbaum sich bei seiner Untersuchung auf die Jahre 1933-39 beschränkte, blendete er von vornherein alle

10 Zu diesem Abschnitt siehe Dahrendorf, S. 431-448 (Zitat von S. 432).

11 Dahrendorf, S. 448.

12 So der Titel der englischsprachigen Ausgabe von *Die braune Revolution*. Ein guter kritischer Kommentar von Hans Mommsen findet sich in der deutschen Ausgabe auf den Seiten 352-368.

aus der Kriegszeit herrührenden Veränderungen aus seinen Überlegungen aus und entwickelte in einer komplexen Diskussion dennoch eine Argumentation, die – allerdings auf der Basis einer gründlicheren Recherche – der These Dahrendorfs nahekam. Schoenbaums Hauptthese war, seinen eigenen Worten zufolge: «Das Dritte Reich [war] eine doppelte Revolution [...] der Zwecke und der Mittel zugleich. Die Revolution der Zwecke war ideologischer Natur; sie sagte der bürgerlichen und industriellen Gesellschaft den Krieg an. Die Revolution der Mittel war ihre Umkehrung. Sie war bürgerlich und industriell, da ja selbst ein Krieg gegen die industrielle Gesellschaft in einem industriellen Zeitalter mit industriellen Mitteln geführt werden muss und da es des Bürgertums bedarf, um das Bürgertum zu bekämpfen.»¹³ Dies Paradoxon zieht sich durch Schoenbaums gesamte Analyse, zu deren entscheidenden Elementen die Unterscheidung zwischen dem, was er «objektive», und dem, was er «gedeutete soziale Wirklichkeit» nennt, gehört. Während die «objektive soziale Wirklichkeit», so seine Argumentation, angesichts der stärkeren Urbanisierung, Industrialisierung, Kapitalkonzentration, Ungleichheit bei der Einkommensverteilung und der Aufrechterhaltung sozialer Trennlinien «gerade das Gegenteil von dem [war], was Hitler versprochen und die Mehrheit seiner Anhänger von ihm erwartet hatte», «bot sich diese Gesellschaft dem, der ihre wirkliche Sozialstruktur zu deuten unternahm, so einheitlich wie keine andere in der neueren deutschen Geschichte dar; es war eine Gesellschaft voller Möglichkeiten für jung und alt, für Klassen und Massen, die New Deal und gute alte Zeit zugleich war».¹⁴ Von dieser Prämisse ausgehend, vertrat Schoenbaum den Standpunkt, «Hitlers soziale Revolution» sei auf eine Zerstörung des traditionellen Verhältnisses von Klasse und Status hinausgelaufen: «Im Dritten Reich hörte die relative Identität von Gesellschaftsklasse und Status auf zu bestehen», da «im Wunderland Hitler-Deutschland» niemand wusste, was oben und was unten war.¹⁵ Zwar hatten die Arbeiter aus heutiger Sicht vielleicht den Status von Sklaven, aber «so sah es nicht unbedingt für einen Zeitgenossen aus», denn bei den Arbeitern ging «mit dem Verlust an Frei-

13 Schoenbaum (Kapitel 2 Anmerkung 26), S. 26.

14 Schoenbaum, S. 348-349.

15 Schoenbaum, S. 342.

heit [...] andererseits praktisch ein Gewinn an Gleichheit einher».¹⁶ Angesichts des Zusammenbruchs der Status- und Klassenschranken ging Schoenbaum noch einen Schritt weiter und argumentierte, bei dem «Zusammenstoss der ideologischen mit der industriellen Revolution» sei «die überkommene Klassenstruktur» zusammengebrochen, so dass man von einer «klassenlosen Wirklichkeit des Dritten Reiches» sprechen könne.¹⁷ Wie diese Äusserungen zeigen, geht Schoenbaum von einer gleichzeitigen Klassen- und Statusrevolution aus, die (hinsichtlich der Klasse) zu einer nie dagewesenen sozialen Mobilität und (hinsichtlich des Status) sogar zum «Triumph des Egalitarismus» geführt habe.¹⁸ Der Gegensatz zwischen einer solchen Interpretation und marxistischen Ansätzen – typisch ist hier zum Beispiel Franz Neumanns Ansicht, «das Wesen der nationalsozialistischen Gesellschaftspolitik» habe darin bestanden, «den vorherrschenden Klassencharakter der deutschen Gesellschaft anzuerkennen und zu festigen» – könnte kaum krasser sein.¹⁹

Die «soziale Ideologie» der Nazis wird in den Geschichtswissenschaften im Allgemeinen als rein propagandistische Heuchelei angesehen oder aber als ein zwar ernsthaft beabsichtigtes, doch aufgrund seiner inneren Widersprüche undurchführbares Vorhaben. Marxistische Autoren unterscheiden daher meist betont zwischen der sozialen Basis und der sozialen Funktion einer stark kleinbürgerlichen Massenbewegung, die vom Regime im Interesse des Grosskapitals konsequent «verraten» worden sei.²⁰ Andere Wissenschaftler wiederum folgen Schoenbaums Argumentation und heben das

16 Schoenbaum, S. 150-151.

17 Schoenbaum, S. 345.

18 Schoenbaum, S. 332-334. Die hier zum Ausdruck kommende Sichtweise, der Nationalsozialismus habe eine «sozialistische Seite» gehabt, die nach und nach zu einer Abschaffung von Klassenprivilegien und einem Zusammenbruch der Klassenschranken geführt habe, hat viel von sich reden gemacht, vor allem auch bedingt durch den unterstützenden Multiplikatoreffekt von auflagenstarken Werken wie Haffners *Anmerkungen* (Kapitel 4 Anmerkung 11), S. 48-53.

19 Neumann, *Behemoth* (Kapitel 2 Anmerkung 5), S. 427.

20 Zum Beispiel Kühnl, *Formen bürgerlicher Herrschaft*, S. 80 ff, 118 ff; und, etwas vergröbernd, Reinhard Opitz, «Die faschistische Massenbewegung», in Kühnl, *Texte* (Kapitel 2 Anmerkung 13), S. 176-190. Eine Zusammenfassung und Einschätzung dieser Argumentationsweise findet sich in Saage, *Faschismustheorien* (Kapitel 2 Anmerkung 13), S. 131ff, und Adelheid von Saldern, *Mittelstand im Dritten Reich. Handwerker – Einzelhändler – Bauern* (Frankfurt am Main und New York 1979), S. 9-15, 234 ff.

Paradoxon hervor, dass für antiindustrielle soziale Ziele industrielle soziale Mittel erforderlich gewesen seien. In einem einflussreichen Essay ging Henry Turner sogar noch einen Schritt weiter als Schoenbaum, nahm die Ideologie der Nazis beim Wort und gestand ihnen zu, sie hätten die völlig ernstgemeinte Absicht gehabt, die moderne Gesellschaft abzuschaffen, und hätten dabei moderne Mittel gebraucht, um mit Hilfe eines (für sie, wie sie hofften, erfolgreichen) Krieges antimoderne Ziele zu erreichen.²¹ Laut Turner hofften die Nazis, mit der Eroberung von «Lebensraum» eine – mit der mittelalterlichen Ostkolonisation vergleichbare – riesige neue deutsche Kolonisationswelle nach Osten in Gang zu setzen. So sollte Deutschlands Bedarf an Industrie und damit auch an Industriearbeitern verringert und fruchtbarer Boden bereitgestellt werden, auf dem diese ehemaligen Industriearbeiter und andere dann angesiedelt werden würden, so dass es zu einer deutlichen Enturbanisierung und Entindustrialisierung käme.²² Natürlich habe der «Lebensraum» nur durch einen gewaltigen industriellen Krieg erobert werden können, und die Nazis hätten deshalb notgedrungen zur Modernisierung greifen müssen, «um ihre zutiefst antimodernen Ziele zu verfolgen». Wäre die Lebensraumeroberung erst einmal verwirklicht, dann hätte die modernisierende Politik zu einem grossen Teil ausgedient.²³ Die nationalsozialistische Lösung einer Flucht vor der modernen Welt durch einen «verzweifelten Rückwärtssprung» lasse sich daher als «eine utopische Form des Antimodernismus» charakterisieren, die im doppelten Sinne utopisch sei: Sie diene nämlich nicht nur als «visionäres Allheilmittel», sondern sei auch «nicht zu verwirklichen».²⁴ Der letzte Punkt scheint der wichtigste zu sein: Das visionäre Vorhaben liess sich ganz und gar nicht verwirklichen. Turner scheint hier in Wirklichkeit Gefahr zu laufen, den «antimodernen Zielen» der Nazis eine Rationalität und Geschlossenheit zuzuschreiben, die kaum gerechtfertigt ist, wenn man sich die Kluft zwischen der eigentlichen Realität des «Neuen Ordens» in Osteuropa und den visionären Hirngespinnsten eines Himmlers oder Darrés, die Art der Entwicklung der deutschen Industrie und Technologie während des Krieges sowie den Umstand vor Augen führt, dass die Nazis auch weiterhin unbedingt moderne Waffen ha-

21 Turner, «Fascism and Modernization» (Kapitel 2 Anmerkung 54), S. 117-139.

22 Turner, «Fascism and Modernization», S. 120-122.

23 Turner, «Fascism and Modernization», S. 126-127.

24 Turner, «Fascism and Modernization», S. 120-121.

ben mussten, um – entsprechend der Hitlerschen Philosophie – die einmal eroberten Gebiete fortwährend verteidigen und die Expansion fortsetzen zu können. Natürlich können Spekulationen über eine illusorische Zukunft nur wenig über die *tatsächlichen* Auswirkungen des Nationalsozialismus auf die deutsche Gesellschaft aussagen.

In einer weiteren Arbeit, die sich mit diesem Problem beschäftigt, nehmen Werner Abelshauer und Anselm Faust eine Position ein, die nicht weit von der Interpretation Dahrendorfs und Schoenbaums entfernt ist.²⁵ Auch Abelshauer und Faust sind bereit, in den Auswirkungen des Nationalsozialismus einen Teil einer «Sozialrevolution» zu sehen – einen Begriff, den sie im Sinne eines langfristigen, das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben einschneidend verändernden Wandlungsprozesses verwenden (vergleichbar mit der «Industriellen Revolution», der «Keynesianischen Revolution» und «Modernisierungsrevolutionen»). Mit dieser These messen sie dem Nationalsozialismus «nicht mehr und nicht weniger als die Rolle eines Katalysators der Modernisierung zu, indem er gewaltsam die in Deutschland noch besonders stark ausgeprägten Bindungen an Tradition, Region, Religion und Korporation gesprengt habe»²⁶. Dieser Interpretation zufolge diene die nationalsozialistische Sozial- und Wirtschaftspolitik im doppelten Sinne einem sozialrevolutionären Wandel: Sie nahm durch gezielte Wirtschaftsanreize, mit deren Hilfe die Wirtschaftskrise überwunden werden sollte, die «Keynesianische Revolution» des deutschen Nachkriegskapitalismus vorweg und zerschlug durch die erzwungene «Gleichschaltung» die freien Gewerkschaften, ordnete die Unternehmer dem Primat der Politik des autoritären Staates unter und veränderte so in kürzester Zeit das Leben der Deutschen entscheidender, als dies die Revolution von 1918/19 vermocht hatte.²⁷

Horst Matzerath und Heinrich Volkmann arbeiteten zwar auch noch mit dem «Modernisierungsbegriff», taten dies aber nun im Rahmen eines reinen Theoriemodells und gelangten in einem anregenden, wenn auch umstrittenen Tagungsbeitrag, der 1977 veröffentlicht wurde, zu anderen Schlussfolgerungen als Turner beziehungsweise Abelshauer und Faust.²⁸ Sie beton-

25 Nähere Angaben siehe oben Anmerkung 5.

26 Abelshauer und Faust, S. 116.

27 Abelshauer und Faust, S. 118.

28 Matzerath und Volkmann (siehe Kapitel 2 Anmerkung 55).

ten nachdrücklich, wie gewinnbringend es sei, den Modernisierungsbegriff auf den Nationalsozialismus anzuwenden und den Grad der quantitativen und qualitativen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Veränderungen zwischen 1933 und 1939 zu untersuchen, und benutzten dabei Modernisierungsindikatoren wie die, die wir bereits weiter oben in diesem Kapitel diskutiert haben.

Ihrem Befund zufolge bietet sich ein widersprüchliches Bild: In allen Bereichen ihres Modernisierungsmodells zeigen sich Fortsetzungen oder Akzentuierungen früherer Tendenzen, aber auch antimoderne gegenläufige Entwicklungen, und zwar vor allem im Bereich der Politik (wie beispielsweise antiparlamentarische, antiemanzipatorische und antipartizipatorische Massnahmen).²⁹ Sie verwarfen den Gedanken an eine «soziale Revolution», wie er von Dahrendorf und Schoenbaum geäußert worden war, und bauten stattdessen auf Aspekten einer bereits 1942 von Talcott Parsons geäußerten Hypothese auf. Parsons hatte den Standpunkt vertreten, der Nationalsozialismus sei aus einem Konflikt zwischen modernen Wirtschafts- und Sozialstrukturen und traditionellen Wertesystemen und Sozialisationsmustern hervorgegangen und habe eine «Anomie» heraufbeschworen, die aber nicht zur Anpassung an eine geänderte Realität geführt habe, sondern zu einer irrationalen Flucht in eine radikale, in extremem Masse traditionellen Werten verhaftete Ablehnung des Neuen und Modernen.³⁰ Matzerath und Volkmann gingen noch einen Schritt weiter als Parsons und argumentierten, der Nationalsozialismus sei durch die Bedingungen, die zur Entstehung der «Bewegung» geführt hatten, strukturell determiniert: durch die aggressive Reaktion traditioneller Wertvorstellungen auf die Moderne in Gestalt des «beschleunigte [n] Wandels] des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Systems, verschärft durch eine akute, durch Krieg und Niederlage, Inflation und Depression sowie die Gefahr einer Systemalternative ausgelöste Krise», die sich alle in erster Linie als gesellschaftliche Ängste und Ressentiments in der nationalsozialistischen Ideologie niedergeschlagen hätten.³¹ Damit habe die nationalsozialistische Ideologie als «geeignetes Instrument für die Mobilisierung empfänglicher, von Modernisierungsproblemen betroffener Bevölkerungsschichten» fungiert.

29 Matzerath und Volkmann, S. 95-97.

30 Nähere Angaben siehe Kapitel 2 Anmerkung 18.

31 Matzerath und Volkmann, S. 98.

Da sich der Nationalsozialismus nach der Machtübernahme jedoch als unfähig erwiesen habe, ein positives oder konstruktives gesellschaftspolitisches Konzept zu erstellen, und dennoch alle anderen vom bisherigen System stammenden Konzepte zerstört habe, sei eine neue Legitimationsbasis erforderlich gewesen. Diese habe man in der Ableitung der ererbten Konflikte auf innere und äussere Gegner gefunden, die ihrerseits dazu benutzt worden seien, die zentralen Ziele des Systems zu rechtfertigen: Etablierung eines totalitären Herrschaftsapparates und Vorbereitung eines brutalen Eroberungskrieges. Dies habe die Zerstörung überkommener Bindungen und die Verzerrung traditioneller Werte bis hin zu ihrer Vernichtung bedeutet. Dennoch dürfe die «Antimodernität» des Nationalsozialismus nicht fälschlicherweise als programmatische Wiederherstellung vormoderner Zustände (wie es Turner zum Beispiel gesehen hatte) oder als «konservative Revolution» verstanden werden. Vielmehr sei der Nationalsozialismus, so die Meinung von Matzerath und Volkmann, «der Versuch eines Sonderweges aus den Problemen der Modernisierung in die Utopie eines dritten Weges jenseits der innergesellschaftlichen Krisen und Konflikte der parlamentarisch-demokratischen, kapitalistischen Gesellschaft und jenseits des Angst und Aggression auslösenden Konzeptes einer kommunistischen Total Veränderung [der Gesellschaft], im Grunde aber ohne Aufgabe der kapitalistischen und der industriewirtschaftlichen Grundlagen dieser Entwicklung»³². Eine solche Definition deckt sich nach Meinung der Autoren mit der teils modernen, teils antimodernen ambivalenten Wirklichkeit des Nationalsozialismus. Dabei gelangen Matzerath und Volkmann allerdings zu dem Schluss, dass die «teilmodernisierenden Effekte» des Nationalsozialismus nicht als Ergebnis einer bewusst «modernisierungsgerichteten Politik» anzusehen seien und am besten als «Pseudomodernisierung» bezeichnet werden sollten. Ausserdem – und dies ist ein wichtiger Punkt der gesamten Argumentation – sei das NS-Regime nicht in der Lage gewesen, dauerhafte Strukturen zu entwickeln. Bedingt durch seine Unfähigkeit, gesellschaftliche Konflikte anzuerkennen und zu verarbeiten, habe das System keine «Stabilität im Wandel und durch Wandel» begründen können. Selbst als «Ausnahme- oder Übergangsform gesellschaftlicher Organisation in einer Stressphase der Modernisierung» sei der Nationalsozialismus «dysfunktional» gewesen:

32 Matzerath und Volkmann, S. 99.

«Er war kein Umweg der Modernisierung, sondern Ausdruck ihres Scheiterns, die historische Sackgasse eines Prozesses, dessen Steuerungsprobleme die gesellschaftlichen Kapazitäten überfordert hatten.»³³

Mit ihrem nachdrücklichen Verweis auf die Unfähigkeit des Nationalsozialismus, dauerhafte Sozialstrukturen zu schaffen, gelangten Matzerath und Volkmann auf einem Umweg zu einer ähnlichen Position, wie Rauschnig sie auf impressionistische Weise – und aus einem ganz anderen Blickwinkel – bereits gegen Ende der dreissiger Jahre erreicht hatte, als er behauptete, der Nationalsozialismus könne nur zu einer «Revolution des Nihilismus» führen.³⁴ Im Wesentlichen deckt sich das auch mit Winklers These, dass «die grösste soziale Zäsur, die der Nationalsozialismus gesetzt hat, [...] sein Zusammenbruch» gewesen sei und dass keine der sozialen Veränderungen, zu denen es während der Diktatur selbst kam, sich in ihrer Bedeutung mit der Verwüstung des letzten Kriegsjahres und der totalen Niederlage – und deren weitreichenden Folgen für die zwei deutschen Gesellschaften, die an die Stelle des Dritten Reiches traten – vergleichen lasse.³⁵ Zu einem ähnlichen Schluss gelangt Jeremy Noakes, der nach einer gründlichen Auseinandersetzung mit dem Problem den Standpunkt vertritt, das einzig Revolutionäre am Nationalsozialismus sei die Zerstörung und Selbstzerstörung gewesen, die eine zwangsläufige Folge seiner irrationalen Ziele waren: «Man könnte daher sagen, die nationalsozialistische Revolution sei der Krieg gewesen – nicht nur weil der Krieg die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen in einem Masse beschleunigte, wie das zu Friedenszeiten niemals der Fall gewesen war, sondern, tiefergehend betrachtet, weil der Nationalsozialismus im Krieg in seinem Element war. In diesem Sinne war der Nationalsozialismus wahrhaft ‚eine Revolution der Zerstörung‘ – der Selbstzerstörung und der Zerstörung anderer in einem nie dagewesenen Ausmasse.»³⁶

33 Matzerath und Volkmann, S. 99-100.

34 So der Titel seines 1938 in Zürich veröffentlichten Buches (siehe Kapitel 6 Anmerkung 5).

35 Winkler, «Vom Mythos der Volksgemeinschaft» (Kapitel 3 Anmerkung 47), S. 490.

36 Noakes, «Nazism and Revolution», S. 96. Siehe auch Peukert, *Volksgenossen* (Kapitel 2 Anmerkung 46), S. 294, der die gesellschaftlich destruktiven Kräfte und Wirkungen des Nationalsozialismus unterstreicht, aus denen nach dem Ende des Regimes und des Krieges eine «modernere» Gesellschaft hervorgegangen sei.

Die Ansätze, die wir hier kurz zusammengefasst haben, lassen sich als Hauptinterpretationen unter drei Kategorien fassen:

(i) Eine zentrale Interpretation, die besonders – aber nicht nur – von marxistischen Historikern bevorzugt wird, besagt, dass bei allen oberflächlichen Veränderungen der gesellschaftlichen *Formen* und institutioneilen *Erscheinungsformen* im Dritten Reich die *Grundsatz* der Gesellschaft unverändert blieb, da durch den Nationalsozialismus die Position des Kapitalismus gestärkt und die Klassenstruktur verstärkt und nicht überwunden worden sei.

(ii) Im Gegensatz dazu vertreten «liberale» Historiker die einflussreiche Interpretationsmeinung, die direkt oder indirekt durch den Nationalsozialismus herbeigeführten Veränderungen der Gesellschaftsstrukturen und der gesellschaftlichen Wertvorstellungen seien so tiefgehend gewesen, dass man in ihnen durchaus eine «soziale Revolution» sehen könne.

(iii) Eine dritte Position ist von beiden dieser Interpretationen zu unterscheiden, kommt dabei aber in der Praxis nicht so sehr der ersten als der zweiten einigermassen nahe. Hier ist man der Ansicht, die wie auch immer gearteten Veränderungen, die der Nationalsozialismus herbeigeführt habe, kämen keineswegs einer «Sozialrevolution» gleich. Seine sozialen Auswirkungen seien in Wirklichkeit widersprüchlich gewesen: teils «modernisierend», teils reaktionär. Dennoch habe das Dritte Reich für die Nachkriegsgesellschaft durchaus wichtige Folgen gehabt, vor allem durch den eigenen totalen Zusammenbruch und die Zerstörung bedingt, durch die die autoritären Strukturen, die seit der Bismarckzeit in Deutschland geherrscht hatten, zerbrochen seien und durch die es gleichzeitig zu derart verheerenden Schäden, Vertreibungen und Umwälzungen gekommen sei, dass in der Ost- und Westzone des besiegten Deutschlands ein – allerdings radikal verschiedener – Neuanfang erforderlich wurde.

Nun wollen wir uns diese Interpretationen im Lichte neuerer Untersuchungen zur Sozialgeschichte des Dritten Reiches näher ansehen.

Auswertung

Eine Auswertung der gesellschaftlichen Auswirkungen des Nationalsozialismus muss mit einer Betrachtung des Wesens und der sozialen Dynamik der Nazibewegung beginnen.

Wie unzählige Untersuchungen zeigen, macht man es sich zu einfach, wenn man in der Nazibewegung nur ein Produkt und Instrument reaktionärer kapitalistischer Kräfte sieht. Sie ging aus einer extremen gesellschaftspolitischen Unzufriedenheit und Entfremdung hervor und hatte eine sehr heterogene Massenanhängerschaft, die ideologisch gesehen nur durch eine radikale negative (antimarxistische, antisemitische, gegen Weimar gerichtete) Protesthaltung zusammengehalten wurde, zu der sich noch eine chiliasische, pseudoreligiöse Vision vom «nationalen Erwachen» gesellte – was sich gesellschaftlich gesehen in der vagen (und letztlich ebenfalls negativen) «Idee» der «Volksgemeinschaft» äusserte. Dass der Slogan von der «Volksgemeinschaft» – der die Überwindung von Klassen-, religiösen und politischen Gegensätzen mit Hilfe einer auf «wahren» deutschen Werten gründenden völkischen Einheit symbolisierte – bereits vor 1933 einige Anziehungskraft besass, lässt sich nicht leugnen. Gesellschaftlich gesehen spiegelte sich darin der Wunsch, zum einen das «Krebsgeschwür» des Marxismus auszumerzen, aber auch die starre Unbeweglichkeit und Sterilität der alten Gesellschaftsordnung zu überwinden, indem Mobilität und Vorwärtskommen nun nicht mehr von der ererbten gesellschaftlichen Stellung und irgendwelchen Geburtsrechten, sondern von verdienstvollen Leistungen abhängig sein sollten. Bekanntlich war die soziale Proteststimmung in ihrer radikalsten Form gerade unter jungen Deutschen verbreitet, für die der Elan und Schwung der Nazibewegung eine besondere Anziehungskraft besass.³⁷

37 Zum gesellschaftlichen «Elan» des Nationalsozialismus vor 1933 liefern Broszats Artikel, «Soziale Motivation» (Kapitel 4 Anmerkung 28) und «Zur Struktur der NS-Massenbewegung» (Kapitel 2 Anmerkung 55), eine anregende allgemeine Interpretation. Wertvolle Erkenntnisse zur Anziehungskraft der Nazibewegung auf die Jugend vermitteln – abgesehen von Arbeiten, die sich mit der Jugendbewegung und nationalsozialistischen Jugendorganisationen befassen, wie Peter D. Stachuras Publikationen *Nazi Youth in the Weimar Republic* (Santa Barbara und Oxford 1975) und *The German Youth Movement 1900-1945* (London 1983) – Veröffentlichungen über die SA mit unterschiedlichen Blickwinkeln und Interpretationsansätzen: Peter H. Merkl, *The Making of a Stormtrooper* (Princeton 1980); Conan Fischer, *Stormtroopers*.

Vor 1933 bestand das eine einigende Ziel der dynamischen, aber labilen und schwankenden Nazibewegung darin, an die Macht zu kommen. An die Macht konnten sie allerdings nur durch die Kollaboration der herrschenden Eliten gelangen. Durch die relative Stärke dieser Gruppen in der Anfangsphase der NS-Herrschaft und die vom Regime festgesetzte Priorität der Aufrüstung bedingt, wurden partikularistische Interessen innerhalb der Partei (wie jene der kleinen Einzelhändler oder Handwerker) zwangsläufig dort geopfert, wo sie den Erfordernissen von Deutschlands grossen (vor allem rüstungsorientierten) kapitalistischen Unternehmen entgegenstanden. Der herausfordernden Einstellung der SA gegenüber der «gesellschaftlichen Ordnung» wurde durch die Liquidierung von Röhm und anderen SA-Führern in der sogenannten «Nacht der langen Messer» im Juni 1934 der Stachel genommen. Doch auch ohne ihre gesellschaftlich «gefährlichsten» Elemente waren die Naziartei und deren Unterorganisationen kaum eine Quelle der Stabilität. Ohne wirkliche Regierungsfunktion beschränkte sich die Rolle der amorphen Nazibewegung nach 1933 grösstenteils darauf, den Aktivisten etwas zu tun zu geben, wozu gesellschaftliche Kontrollaufgaben, Propaganda des Wortes und der «Tat» sowie die Entfaltung von Beifallstürmen für die «Erfolge» des Führers gehören. Die Enttäuschung vieler gesellschaftlicher Hoffnungen wurde im Dritten Reich bis zu einem gewissen Grade dadurch kompensiert, dass aufgestaute Energien in Aktivitäten umgeleitet wurden, die sich gegen hilflose und geschmähte Minderheiten – die rassischen und sozialen Parias der «Volksgemeinschaft» – richteten. Neben der eskalierenden Diskriminierung der Juden und anderer «Ausgestossener» war es ebenfalls unvermeidlich, dass partikularistische Interessen innerhalb der Partei den vorrangigen «völkischen» Zielen des Führers untergeordnet wurden. Alles musste sich in die Vorbereitung auf den unaufhaltsam nahenden Krieg einfügen. Doch so zwanghaft zielstrebig Hitler auch war, bei der Wahl der Mittel ging er völlig eklektisch vor. Somit konnte kein Gedanke daran sein, Deutschlands Industrie zu zerstören, um archai-

A Social, Economic, and Ideological Analysis 1929-1935 (London 1983); Richard Bessel, *Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925-1934* (New Haven und London 1984); sowie Jamin (Kapitel 2 Anmerkung 29). Ich habe versucht, einige Interpretationen zur Anziehungskraft des Nationalsozialismus einer eigenen Bewertung zu unterziehen in «Ideology, Propaganda, and the Rise of the Nazi Party», in Peter D. Stachura, *The Nazi Machtergreifung* (London 1983), S. 162-181.

schen Mittelstandsinteressen oder den Wünschen bäuerlich-romantischer Idealisten in der Partei zu entsprechen.³⁸ Die Parteiideologen und Vertreter partikularistischer Parteiinteressen, die ihre eigenen Vorstellungen davon hatten, wie die «Volksgemeinschaft» aussehen sollte, wurden früher oder später unweigerlich auf unwichtige Posten abgeschoben – wie zum Beispiel Gottfried Feder, Otto Wagener, Walther Darré und Alfred Rosenberg. Anders als diese «Parteitheoretiker» interessierte Hitler sich für die Sozialstrukturen nicht wirklich, solange sie [ihm] nicht gefährlich oder hinderlich waren. Langfristig gesehen waren seine eigenen Ansichten zwar beherrscht von vagen Vorstellungen von einer rassistischen Elite, einer Herrschaft derjenigen, die sich als zum Herrschen fähig erwiesen hätten, und von einem Niedergang sozialer Gruppen, für die er nur mehr Verachtung empfand (wie die Aristokratie und die «Industriekapitäne»). Aber was die reale Welt des Hier und Jetzt und der nächsten Zukunft betraf, hatte Hitler kein Interesse daran, in die Gesellschaftsordnung einzugreifen. Genauso wie die Industrie und der Kapitalismus waren die gesellschaftlichen Gruppen da, um auf ihre spezifische Weise dem politischen Ziel des völkischen «Überlebenskampfes» zu dienen. In jedem Fall war die Nazibewegung – auch ohne Hitlers spezielle Vorlieben – ein derartiges Gemisch von widersprüchlichen gesellschaftlichen Kräften, dass sie weder in der Theorie noch in der Praxis irgendeine realistische neue Gesellschaftsordnung hervorbringen konnte. Sie war genauso parasitär wie räuberisch.

Weniger um die Veränderung objektiver Realitäten ging es dem Nationalsozialismus als um den mit ausserordentlichem Ehrgeiz unternommenen Versuch, das subjektive Bewusstsein zu verändern.³⁹ Da Deutschlands Problem in den Augen der Nazis im Wesentlichen an der Einstellung, der Mentalität und den Wertvorstellungen der Menschen lag, versuchten sie diese eben mit psychologischen Mitteln umzuwälzen, indem sie anstelle sämtlicher Klassen-, religiösen und regionalen Bindungen ein stark vergrössertes

38 In Bezug auf Hitlers gesellschaftspolitische Ziele siehe Noakes, «Nazism and Revolution», S. 76 ff, und die ausführliche Darstellung von Rainer Zitelmann, *Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs* (Hamburg 1987). Zitelmann neigt allerdings stark dazu, Hitlers utopische Sozialvorstellungen, die Deutschlands Hegemonie in Europa nach dem «Endsieg» voraussetzten, als feste Pläne für eine revolutionäre «modernisierende» Umwälzung der deutschen Gesellschaft zu behandeln.

39 Broszat, *Der Staat Hitlers* (Kapitel 2 Anmerkung 40), S. 35.

nationales Selbstbewusstsein setzten, um das deutsche Volk psychisch für den kommenden Kampf zu mobilisieren und ihm während des unvermeidlichen Krieges Mut zu machen. Ihnen ging es nicht darum, nette kleinstädtische, kleinbürgerliche gesellschaftliche Ansichten aufzupolieren, sondern ein Volk nach dem Vorbild einer Armee zu formen: diszipliniert, zäh, fanatisch zielstrebig und der Sache zuliebe gehorsam bis in den Tod. Der «Volksgemeinschaftsgedanke» diente nicht als Grundlage einer Veränderung der Sozialstrukturen, sondern war Symbol eines veränderten Bewusstseins. Der Versuch, dem deutschen Volk solche Werte einzuimpfen, war im Wesentlichen weniger eine Aufgabe der Sozialpolitik als der Propaganda.

Wie diese Bemerkungen über den Charakter der Nazibewegung und deren gesellschaftspolitische Ziele schon andeuten, waren die auf einen sozialen Wandel gerichteten Vorstellungen – angesichts der Art, Zusammensetzung und dominierenden Führer dieser Bewegung zwangsläufig – erstens negativer Art (Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterklasse, zunehmende Diskriminierung von Minderheiten), beschränkten sich zweitens auf langfristige, aber undeutliche, utopische Ziele, die wenig Bezug zur Realität hatten, beziehungsweise auf kurzfristige partikularistische Interessen, die sich nicht mit den Kriegsvorbereitungen vereinbaren liessen und deshalb entbehrlich waren, und beruhten drittens und letztens auf Konzeptionen für eine grundlegende Änderung der Einstellung und waren angesichts der Stärke der bisherigen kirchlichen, regionalen oder Klassenbindungen als kurz- und mittelfristige Zielvorstellungen ebenfalls illusorisch. Das Wesen der Nazibewegung bietet Hinweise, die den Einfluss des Nationalsozialismus auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen, die weitverbreitete Desillusionierung und Enttäuschung während des Dritten Reiches und den kompensatorischen Mechanismus der zu einer immer bösartigeren Diskriminierung führenden «Selektion der negativen Weltanschauungselemente»⁴⁰ verständlicher machen und auch verdeutlichen, warum der Nationalsozialismus wohl kaum in der Lage war, eine eigenständige «Sozialrevolution» herbeizuführen.

Zum besseren Verständnis dessen, was Schoenbaum als «objektive Wirklichkeit» bezeichnet hat – tatsächliche Veränderungen der Klassenstruktur und der gesellschaftlichen Formationen in Deutschland während des Dritten Reiches –, haben eine Reihe wertvoller empirischer Untersu-

40 Broszat, «Soziale Motivation», S. 405.

chungen viel beigetragen. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen weisen eindeutig in dieselbe Richtung wie Winklers Schlussfolgerung, «realiter» könne «von einer revolutionären Umgestaltung der deutschen Gesellschaft zwischen 1933 und 1945 keine Rede sein»⁴¹. Die Auffassung, das Dritte Reich habe eine soziale Revolution bewirkt, lasse sich, so Winkler, grossteils auf eine allzu bereitwillige Akzeptierung der pseudoegalitären Propaganda und übertriebenen Behauptungen des Regimes zurückführen und teilweise auch auf die tatsächlichen gesellschaftlichen Veränderungen in der Nachkriegszeit, die häufig in die Zeit des Dritten Reiches zurückprojiziert würden, obwohl sie selbst mittelbar nur wenig mit dem Nationalsozialismus zu tun hätten.⁴²

In vielen Untersuchungen wird deshalb die Betonung auch viel stärker auf die wesentlichen Kontinuitätslinien in der Klassenstruktur des Dritten Reiches gelegt als auf prägnante Veränderungen. Schoenbaum selbst gesteht bereits zu, dass die gesellschaftliche Stellung der Eliten bis in die letzte Phase des Krieges hinein relativ unversehrt erhalten blieb. Er hat jedoch vielleicht eine etwas übertriebene Vorstellung von dem Grad, bis zu dem die Sozialstrukturen im Fluss waren, und dem Umfang, in dem es tatsächlich zu sozialem Aufstieg kam. Natürlich stimmt es, dass zielstrebige, durchsetzungsfähige, rücksichtslose und häufig äusserst fähige «Technologen der Macht»⁴³ wie Heydrich oder Speer sich nach oben durchboxten. Und der Krieg beschleunigte zweifellos Veränderungen im Offizierskorps der Wehrmacht. Doch die neue politische Elite bestand neben den alten Eliten und vermischte sich mit ihnen, statt sie abzulösen.⁴⁴ Die Bereiche, die nicht von der Partei okkupiert waren, wie die Grosswirtschaft, die Beamtenschaft und die Wehrmacht, rekrutierten ihre Führungskräfte zumeist aus denselben gesellschaftlichen Schichten wie vor 1933. Der Bildungsbereich blieb weiterhin stark von der Mittel- und oberen Mittelschicht dominiert. Die wichtigste und mächtigste Parteigliederung, die SS, rekrutierte ihre Mit-

41 Matzerath und Volkmann, S. 103 (Kommentar von H. A. Winkler).

42 Matzerath und Volkmann, S. 102 (Kommentar von H. A. Winkler). Siehe auch Winkler, «Vom Mythos der Volksgemeinschaft», S. 490.

43 Broszat, «Zur Struktur der NS-Massenbewegung», S. 67.

44 Siehe Noakes, «Nazism and Revolution», S. 80-85, und auch Hans Mommsen, «Zur Verschränkung traditioneller und faschistischer Führungsgruppen in Deutschland beim Übergang von der Bewegungs- zur Systemphase», in Schieder, *Faschismus als soziale Bewegung* (Kapitel 2 Anmerkung 29), S. 157-181.

glieder in hohem Masse aus den Elitesektoren der Gesellschaft.⁴⁵ Wenn die traditionellen herrschenden Klassen sozialen Aufsteigern, die, aus niederen sozialen Schichten stammend, durch Machtpositionen und politischen Einfluss nach oben gekommen waren, etwas Platz einräumen mussten, so bedeutete das kaum mehr als eine leichte Beschleunigung von Veränderungen, die bereits in der Weimarer Republik zu spüren gewesen waren.

Am anderen Ende der Sozialskala wurde der Arbeiterklasse – die ihrer politischen Stimme und der während der Weimarer Republik errungenen gesellschaftspolitischen Verbesserungen beraubt und unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit der brutalen Ausbeutung durch die (vom Repressionsapparat des Polizeistaates unterstützten) Unternehmer ausgesetzt war – in den ersten Jahren des Dritten Reiches der Lebensstandard noch weiter beschnitten, als das schon während der Wirtschaftskrise der Fall gewesen war.⁴⁶ Die leichte Anhebung der Reallöhne gegen Ende der dreissiger Jahre war ein Abfallprodukt des Rüstungsbooms, und mit ihr ging ein verstärkter – physischer und seelischer – Druck auf die Industriearbeiterschaft einher. Die Klassenstellung des Arbeiters blieb bis etwa zur Mitte des Krieges im Wesentlichen die gleiche – nur dass die schlimmste Ausbeutung jetzt die sogenannten «Fremdarbeiter» traf. Die bedeutendsten Veränderungen im Wesen und in der Zusammensetzung der Arbeiterschaft ergaben sich in der letzten Phase des Krieges und waren hauptsächlich eine Folge des Militärdienstes, der Verluste an der Front, der Zerstörung von Industriebetrieben, der Umsiedlung von Belegschaften, der Evakuierung und Heimatlosigkeit und letztlich der Eroberung durch die gegnerischen Armeen.⁴⁷ Die Veränderungen, zu denen es bis 1945 gekommen war, waren daher eher ein Pro-

45 Siehe zum Beispiel Gunnar C. Boehnert, «The Jurists in the SS-Führerkorps 1925-1939», in Hirschfeld und Kettenacker (Kapitel 2 Anmerkung 23), S. 361-374, und «The Third Reich and the Problem of ‚Social Revolution‘: German Officers and the SS», in Volker R. Berghahn und Martin Kitchen (Hg.), *Germany in the Age of Total War* (London 1981), S. 203-217; und Bernd Wegner, *Hitlers politische Soldaten: Die Waffen-SS, 1933-1945* (Paderborn 1982), Kapitel 15, besonders S. 222-226.

46 Siehe Mason, *Sozialpolitik* (Kapitel 4 Anmerkung 63), besonders Kapitel 4.

47 Siehe die Arbeiten von Salter und Werner (oben Kapitel 4 Anmerkung 69). Eine weitere wichtige Veröffentlichung zur Arbeits- und Sozialpolitik während des Krieges ist: Marie-Louise Recker, *Nationalsozialistische Sozialpolitik im Zweiten Weltkrieg* (München 1985).

dukt des Zusammenbruchs des Nationalsozialismus als ein Ergebnis seiner Politik, solange er an der Macht war.

Untersuchungen über mittelständische Gruppen im Dritten Reich unterstreichen, dass trotz aller archaischen Phrasen und anachronistischen Gesetze der Nazis – wie dem «Reichserbhofgesetz» von 1933 – der Wandel, der wirklich eintrat, das Ergebnis eines Aufschwungs in der Industrie und einer beschleunigten Entwicklung innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft war.⁴⁸ Bis in die mittlere Kriegsphase hinein zeichnete sich die Entwicklung im Dritten Reich eher durch Kontinuität als durch dramatischen Wandel aus. Davor hatte die Anzahl der kleinen Einzelhandels- und Handwerksbetriebe etwas abgenommen, aber ihre Stellung war nicht grundsätzlich bedroht. Die Zahl der Angestellten und der Umfang des Dienstleistungssektors und der Verwaltung vergrösserte sich wie in allen zeitgenössischen kapitalistischen Ländern, wenn auch in etwas schnellerem Tempo. Was ländlichen Grundbesitz angeht, so gab es trotz des «Reichserbhofgesetzes» keinen wesentlichen Umschwung, und nach anfänglichen grossen Versprechungen mussten auch die Bauern feststellen, dass sie ein Opfer der Rüstungswirtschaft geworden waren und dass ihre Arbeitskräfte mit Blick auf die höheren Löhne in der Industrie und die besseren Lebensbedingungen in der Stadt abwanderten. Auch hier waren grössere Veränderungen in der gesellschaftlichen Stellung des Mittelstandes und der Bauernschaft eine Folge der extremen Auflösungserscheinungen und Evakuierungen in der Endphase des Krieges und – vor allem in der Ostzone – der Ereignisse der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Als letztes haben Untersuchungen zur Stellung der Frauen und ihrer Beschäftigungsstruktur gezeigt, wie sehr der Antifeminismus der Nazis den überkommenen Mustern des bürgerlichen Antifeminismus in einer kapitalistischen Gesellschaft entsprach und in welchem Masse die inneren Widersprüche des NS-Systems Zugeständnisse erzwangen, so dass es schliesslich aufgrund des erhöhten Bedarfs an Arbeiterinnen zur Mitte des Krieges hin zu einer Umkehrung ideologischer Vorrechte kam.⁴⁹ Auch hier überwiegen bei den Gesellschaftsstrukturen im Nationalsozialismus die Kontinuitätsli-

48 Siehe besonders von Saldern (oben Anmerkung 20), Heinrich August Winkler, «Der entbehrliche Stand. Zur Mittelstandspolitik im ‚Dritten Reich‘», *AfS* 17 (1977), S. 1-40, sowie die wertvolle Studie von Michael Prinz, *Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen* (München 1986).

49 Siehe Dörte Winkler (Kapitel 4 Anmerkung 75); Mason, «Women» (Kapitel 4 Anmerkung 75); Jill Stephenson, *Women in Nazi Society* (London 1975); Stefan Bajohr,

nien bei Weitem die Veränderungen, die doch nur die üblichen, keineswegs revolutionären, Umwälzungen einer fortgeschrittenen kapitalistischen Wirtschaft darstellten – wenn auch einer Wirtschaft, in die der Staat in ungewöhnlich starkem Masse eingriff⁵⁰ und die in ihrer Konzentrierung auf die Rüstungsproduktion bereits lange vor dem Krieg ausserordentlich einseitig ausgerichtet war und rasch ausser Kontrolle geriet.

Schoenbaums Meinung nach wandelte sich in Nazideutschland vor allem die «gedeutete soziale Wirklichkeit»: Einstellungen, Wertvorstellungen, Mentalität, subjektives Bewusstsein. Die Behauptungen, die er in diesem Bereich aufstellt, sind jedoch höchst spekulativ und impressionistisch. Der Natur der Dinge entsprechend lassen sich Veränderungen in der subjektiven Einstellung und dem persönlichen Bewusstsein nur schwer beurteilen, bei den Quellen stolpert man leicht über Fallstricke, und eventuellen Schlussfolgerungen haftet notgedrungen etwas Vorläufiges an. Einige Forschungsergebnisse, die ein sehr komplexes Bild des Sozialverhaltens und der Einstellungen im Dritten Reich zeichnen, deuten jedoch stark darauf hin, dass man Wesen und Ausmass des Werte- und Einstellungswandels im Nationalsozialismus leicht übertreiben kann und dass auch hier nicht die Rede davon sein kann, dass der Nationalsozialismus eine soziale Revolution bewirkt hätte.⁵¹

Die andere Hälfte der Fabrik (Marburg 1979); Gisela Bock, «Frauen und ihre Arbeit im Nationalsozialismus», in Annette Kuhn und Gerhard Schneider (Hg.), *Frauen in der Geschichte* (Düsseldorf 1979), S. 113-149; Frauengruppe Faschismusforschung (Hg.), *Mutterkreuz und Arbeitsbuch* (Frankfurt am Main 1981); Dorothee Klinsiek, *Die Frau im NS-Staat* (Stuttgart 1982). Veröffentlichungen über Frauen im Dritten Reich konzentrierten sich allmählich eher auf die biologische Komponente der nationalsozialistischen Kriegswirtschaftspolitik. Siehe zum Beispiel Gisela Bock, *Zwangssterilisation im Nationalsozialismus* (Opladen 1986), Renate Bridenthal, Atina Grossman und Marion Kaplan (Hg.), *When Biology became Destiny. Women in Weimar and Nazi Germany* (New York 1984), Claudia Koonz, *Mütter im Vaterland* (Reinbek 1994, übersetzt von Cornelia Holfelder-von der Tann).

50 Siehe Overy, «Göring's 'Multi-National Empire'» (Kapitel 3 Anmerkung 41) und – als Analyse der NS-Wirtschaft immer noch grundlegend – Neumann, *Behemoth* (Kapitel 2 Anmerkung 5).

51 Ausführlicher versuche ich diese Auffassung in meinem Buch *Popular Opinion and Political Dissent* (Kapitel 2 Anmerkung 45) darzulegen. Zu einigen der besten Untersuchungen auf diesem Gebiet siehe auch Peukert (Kapitel 2 Anmerkung 46) sowie die Beiträge in Peukert und Reulecke (Kapitel 4 Anmerkung 59). Einen aufschlussreichen

Am kontinuierlichsten – und meist auch dominierendsten – wurde die Art, in der die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen ihre eigene sozio-ökonomische Lage im Dritten Reich subjektiv wahrnahmen, anscheinend durch die materiellen Bedingungen beeinflusst, von denen das tägliche Leben der Bevölkerung unmittelbar geprägt war. Und hier scheinen auch in der Zeit der Diktatur die Menschen weiterhin intensiv die soziale Ungerechtigkeit empfunden, klassenbewusst die vorhandene Ungleichheit gesehen und mit dem ständigen Gefühl der Ausbeutung gelebt zu haben. Die Tatsache, dass die Arbeiterklasse entfremdet wurde, dass mittelständische Gruppen und Bauern ständig partikularistische Klagen zum Ausdruck brachten und dass grosse Teile der Bevölkerung aufgrund ihrer tatsächlichen täglichen Erfahrung im Nationalsozialismus stark desillusioniert und unzufrieden waren, lässt sich kaum mit Schoenbaums Auffassung in Einklang bringen, die Gesellschaft habe sich «dem, der ihre wirkliche Sozialstruktur zu deuten unternahm, so einheitlich wie keine andere in der neueren deutschen Geschichte» dargeboten und habe Statusveränderungen gespiegelt, die einem «Triumph des Egalitarismus» gleichkämen.⁵²

In den Augen der Nazis musste vor allem bei der Klasse der Industriearbeiter das Statusbewusstsein verändert und das Klassen- durch ein Nationalbewusstsein ersetzt werden. Doch gerade hier gelang es der gesellschaftspolitischen Propaganda des Regimes – auch wenn sich in den Köpfen der Arbeiter durchaus einige Wertvorstellungen und Einstellungen der Nazis festsetzten – vor allem bei den älteren Industriearbeitern kaum, die traditionellen Klassenbindungen ernsthaft in Frage zu stellen. Es scheint, als habe Dahrendorf gleichfalls überschätzt, in welchem Umfang es zu einer Auflösung der traditionellen Bindungen an die christlichen Kirchen kam. Die Zahl der Kirchenmitglieder ging in den dreissiger Jahren nur geringfügig zurück, während in den Kriegsjahren die Teilnahme an religiösen Feiern und der Besuch von Gottesdiensten stark zunahm. Kirchliche Traditionen und Institutionen wurden in beträchtlichem Masse und teilweise mit Erfolg gegen die unsystematischen Angriffe der Nazis verteidigt. Durch den «Kirchenkampf» wurde der Einfluss der Kirche und der Geistlichen auf die Be-

Überblick dazu bietet Richard Bessel, «Living with the Nazis: Some Recent Writing on the Social History of the Third Reich», *European History Quarterly* 14 (1984), S. 211-220.

52 Schoenbaum, S. 334 und 348.

völkerung – vor allem auf dem Lande – häufig eher gestärkt als geschwächt. Und schliesslich gewannen die Kirchen nach dem Krieg in Westdeutschland wieder enorm an gesellschaftlicher Macht und politischem Einfluss. Alles deutet darauf hin, dass es den Nazis mit ihrer Politik in keiner Weise gelang, religiöse Bindungen zu durchbrechen. Selbst mit ihrem Versuch, dem deutschen Volk rassenbezogene, eugenische und sozialdarwinistische Wertvorstellungen einzupflanzen – dem Kern ihrer Ideologie –, hatten die Nazis offenbar nur begrenzten Erfolg.⁵³ Bestehende Vorurteile gegen Juden und andere rassische Minderheiten und «gesellschaftliche Aussenseiter» wurden zweifellos verstärkt, und innerhalb der SS im besonderen – aber bis zu einem gewissen Grad auch innerhalb der Wehrmacht – erwies sich die Indoktrinierung mit einem neuen Wertesystem als wirkungsvoll.⁵⁴ Doch der wachsende Protest gegen die «Euthanasie-Aktionen» und der Umstand, dass das Regime in der Frage der «Endlösung» absolute Geheimhaltung für notwendig hielt, zeugen indirekt dafür, dass es den Nazis trotz der intensiven Verbreitung ihrer Rassenvorstellungen keineswegs gelang, herkömmliche Moralnormen vollständig zu beseitigen.

Vieles deutet darauf hin, dass die Nazis ihre grösste Wirkung bei den jungen Deutschen erzielten und dass zwischen denen, die in der Kaiser- oder der Weimarer Zeit das Erwachsenenalter erreicht hatten, und jenen, die kaum etwas anderes als den Nationalsozialismus kannten, ein ausgesprochenes Generationsproblem bestand. Die Ablehnung der alten bürgerlichen Welt und idealistische Vorstellungen von einer neuen, mobileren und auf Gleichheit beruhenden Gesellschaft bildeten die Grundlage der dynami-

53 Siehe meinen Aufsatz «The Persecution of the Jews and German Popular in the Third Reich», *Yearbook of the Leo Baeck Institute* 26 (1981), S. 261-289; Otto Dov Kulka, «„Public Opinion“ in Nazi Germany and the Jewish Question», *The Jerusalem Quarterly* 25 (1982), S. 121-144, und «„Public Opinion“ in Nazi Germany: the Final Solution», *The Jerusalem Quarterly* 26 (1983), S. 34-45; und Sarah Gordon, *Hitler, Germans, and the „Jewish Question“* (Princeton 1984). Die gründlichste Untersuchung über die Einstellung gegenüber den Juden in Deutschland nach 1933 stammt von David Bankier, *The Germans and the Final Solution. Public Opinion under Nazism* (Oxford 1992).

54 Siehe die Arbeiten von Wegner (oben Anmerkung 45), Streit (Kapitel 5 Anmerkung 75) und vor allem die Studien von Omer Bartow, *The Eastern Front 1941-45. German Troops and the Barbarisation of Warfare* (London 1985) sowie *Hitlers Army. Soldiers, Nazis, and War in the Third Reich* (Oxford 1991).

schen Mobilisierung der Jugend durch die Nazis. Doch sogar hier konnte das Regime nur einen Teilerfolg verbuchen. Hitler selbst war 1945, wie berichtet wird, der Ansicht, dass es zwanzig Jahre gedauert hätte, um eine Elite heranzuziehen, die die Wertvorstellungen der Nazis wie Muttermilch in sich aufgesogen hätte. Wie illusorisch derartige Hoffnungen waren, zeigte seine anschließende Bemerkung, er könne es sich nicht leisten, so lange zu warten: Wie immer arbeite auch in diesem Moment die Zeit gegen Deutschland.⁵⁵ In Wirklichkeit gab es, wie eine Reihe von Untersuchungen zeigt, bei bestimmten Teilen der deutschen Jugend bereits in den späten dreissiger Jahren deutliche Anzeichen von Konflikten, Spannungen und Opposition, die sich in den Kriegsjahren noch verstärkten und darauf hindeuten, dass es den Nazis nur vorübergehend gelungen war, junge Deutsche für sich zu gewinnen und sie zu mobilisieren und zu integrieren.⁵⁶

Als letztes gibt es – auch wenn das noch ein schwieriges Thema ist – keine Hinweise, die darauf schliessen lassen, dass sich im Nationalsozialismus die Familienstrukturen in nennenswertem Masse auflösten – und das, obwohl die nationalsozialistischen Jugendorganisationen den zwischen Kindern und Eltern bestehenden Generationskonflikt zweifelsohne besonders betonten.⁵⁷ Hingegen gab es im Dritten Reich Anzeichen einer Reaktion, die sich gegen eine Befreiung der Jugend von den engen Fesseln der

55 E. Genoud (Hg.), *The Testament of Adolf Hitler* (London 1961), S. 58-59.

56 Siehe Lothar Gruchmann, «Jugendopposition und Justiz im Dritten Reich», in Wolfgang Benz (Hg.), *Miscellanea. Festschrift für Helmut Krausnick zum 75. Geburtstag* (Stuttgart 1980), S. 103-130; Matthias von Hellfeld, *Edelweisspiraten in Köln* (Köln 1981); Arno Klönne, *Jugend im Dritten Reich. Die Hitler-Jugend und ihre Gegner* (Düsseldorf 1982); Heinrich Muth, «Jugendopposition im Dritten Reich», *VfZ* 30 (1982), S. 369-417; Detlev Peukert, «Edelweisspiraten, Meuten, Swing. Jugendsubkulturen im Dritten Reich», in Gerhard Huck (Hg.), *Sozialgeschichte der Freizeit* (Wuppertal 1980), S. 307-327. Mitte 1943 wusste der SD von einer unter Jugendlichen und Schülern weitverbreiteten negativen Haltung gegenüber der Partei und anderen Aspekten der Naziherrschaft zu berichten: siehe SD-Berichte zu Inlandsfragen, 12. August und 22. November 1943, Institut für Zeitgeschichte, München, MA-441/8-760132-9 und MA-441/9-760996-9. Ausmass und oppositionelle Bedeutung der Nonkonformität unter Jugendlichen sollten allerdings nicht überbetont werden, worauf auch Gerhard Rempel, *Hitler's Children* (Chapel Hill/London 1989) mit Nachdruck hinweist.

57 Eine interessante Studie über die Auswirkungen der Naziideologie auf die Familie hat Lisa Pine, *Nazi Family Policy, 1933-1945* (Oxford/New York 1997), vorgelegt.

Erwachsenenautorität in der Schule, im Elternhaus und anderswo richtete, und diese Reaktion hatte – besonders in der Nachkriegszeit – einen nicht unbedeutenden Erfolg.

Somit scheint festzustehen, dass der Nationalsozialismus in Deutschland in der Zeit des Dritten Reiches keine «soziale Revolution» bewirkt hat – gleichgültig, ob man sich nun auf eine «objektive» oder eine «gedeutete soziale Wirklichkeit» beruft. Wie wir bereits festgestellt haben, machen es das Wesen der Nazibewegung und der Charakter ihrer gesellschaftspolitischen Ziele möglich, einen Schritt weiter zu gehen und zu sagen, dass sie nicht in der Lage war, eine vollständige und dauerhafte soziale Revolution herbeizuführen, ohne einen vollständigen «Endsieg» in einem Krieg zu erreichen, der selbst ein immanent törichtes Unterfangen zur Sicherung der deutschen Vorherrschaft war. Die Absichten der Nazis richteten sich auf eine Umwälzung der Werte- und Glaubenssysteme – also eher auf eine psychologische als auf eine inhaltlich-substantielle «Revolution» – und hätten sich nur durch die Verwirklichung langfristiger Ziele umsetzen lassen, die ihrerseits illusorisch, widersprüchlich und damit in sich zerstörerisch und selbstzerstörerisch waren.

Nun, da die irreführende Vorstellung, die deutsche Gesellschaft sei im Dritten Reich in revolutionärer Weise verändert worden, widerlegt ist, lässt sich die These aufstellen, der Nationalsozialismus habe während der Zeit seiner Herrschaft die bestehende Gesellschaftsordnung mit ihrer Klassenstruktur in erheblichem Masse gestützt und habe, vor allem durch seine destruktive Dynamik, den Weg zu einem Neuanfang nach 1945 gebahnt.

Auf der einen Seite verdient – so offenkundig dieser Punkt auch ist – hervorgehoben zu werden, dass der Nationalsozialismus nicht das Produkt einer «vormodernen» Gesellschaft war, sondern sich in einem fortgeschrittenen Industriestaat entwickelte, dessen labiles politisches System in einer beispiellosen Krise des Kapitalismus durch den Klassenkonflikt zerstört wurde. Das Naziregime hatte anfangs die objektive Funktion, die sozioökonomische Ordnung und die bedrohte Stellung der herrschenden Eliten durch eine schonungslose Zerschlagung der Arbeiterbewegung wiederherzustellen. Die verhängnisvolle politische Intervention der Nazis im Jahre 1933 muss deshalb in einer Hinsicht als entscheidender Schritt im Kampf zwischen Kapital und Arbeiterschaft in einer fortgeschrittenen Industriegesellschaft gesehen werden. Und in der Tat stellt der an der Macht befindliche Nationalsozialismus die bislang erbarmungsloseste und am stärksten aus-

beuterische Form der industriellen Klassengesellschaft dar – der gegenüber sich damals in der Rückschau das kaiserliche Deutschland für einen Angehörigen der Arbeiterklasse wie ein «Himmel der Freiheit» ausnahm.⁵⁸ Die Neuordnung der Klassenbeziehungen im Jahre 1933 machte die Fortschritte gewaltsam rückgängig, die die Arbeiterklasse nicht erst seit 1918, sondern seit der Bismarckzeit errungen hatte, stärkte die geschwächte Position des Kapitalismus und stützte zumindest anfangs die reaktionären Kräfte der Gesellschaftsordnung.

Aber man kann nicht einfach dabei stehenbleiben und dem Nationalsozialismus jegliche Antriebskraft für einen langfristigen sozialen Wandel absprechen – selbst wenn dieser hauptsächlich eine «negative» Erscheinung war, die sich aus der Zerstörungskraft des Regimes ergab. Zum Beispiel ist die Vermutung geäußert worden, die Individualisierung des Kampfes der Arbeiterklasse, die innerhalb des NS-Systems notwendig gewesen sei, um einen grösstmöglichen Nutzen aus dem Rüstungsboom zu ziehen, habe eine langfristige Schwächung der Solidarität unter den Arbeitern bewirkt und den Weg zu «einem neuen, individualistischeren, leistungsorientierteren, ‚skeptischen‘ Arbeitertypus gebahnt [...], wie er von Soziologen der fünfziger Jahre beschrieben wurde»⁵⁹. Ob damit im Rückblick Verhaltensmuster auf das Dritte Reich projiziert werden, die grösstenteils ein Produkt der von wirtschaftlichem Aufschwung und «Wirtschaftswunder» geprägten Nachkriegsbedingungen waren, ist schwer abzuschätzen. Ebenfalls spekulativ, wenn auch an sich nicht unwahrscheinlich, ist die Auffassung, die Atomisierung der Gesellschaft im Nationalsozialismus habe zu einem «Rückzug» in die «Privatsphäre» geführt, der sich in einer anhaltenden Entpolitisierung der Volkskultur geäußert und einen Teil der Grundlage für die Konsum- und Leistungsgesellschaft der «Wirtschaftswunderzeit» gebildet habe.⁶⁰

58 Archiv der Sozialen Demokratie, Bonn, Bestand Emigration Sopade, M 32, Bericht des Grenzsekretärs von Nordbayern, Hans Dill, vom 18. November 1935.

59 Peukert, *Volksgenossen* (Kapitel 2 Anmerkung 46), S. 136 und 140.

60 Peukert, *Volksgenossen*, S. 230, 280-288, 294. Diese These wird durch die Ergebnisse eines im Ruhrgebiet durchgeführten grösseren «oral history»-Projekts gestützt: siehe Lutz Niethammer (Hg.), *«Die Jahre weiss man nicht, wo man die heute hinsetzen soll»*. *Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet* (Berlin und Bonn 1983) und *«Hinterher merkt man, dass es richtig war, dass es schiefgegangen ist»*. *Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet* (Berlin und Bonn 1983).

Wie sehr man das mit Begriffen wie «Modernität» oder «Modernisierung» in Verbindung bringen oder durch sie erklären kann, scheint umstritten. So, wie der Begriff herkömmlicherweise im soziologischen und geschichtswissenschaftlichen Schrifttum gebraucht wird, meint «Modernisierung» eine langfristige Umwälzung, die sich über Jahrhunderte erstreckt und die «traditionelle» Gesellschaft, die auf agrarischer und handwerklicher Produktion, persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen, örtlicher Bindung, ländlichen Kulturen, starren gesellschaftlichen Hierarchien und religiös geprägten Weltanschauungen gründet, in eine industrielle Klassengesellschaft mit hochentwickelten industriellen Technologien, säkularisierten Kulturen, «rationalen» bürokratisch-unpersönlichen gesellschaftspolitischen Ordnungssystemen und politischen Massenpartizipationssystemen verwandelt. Bei der Erklärung langfristiger geschichtlicher Veränderungen kommt man ohne irgendeine Form von angewandter Modernisierungstheorie offenbar nicht aus. Aber in einem solchen Prozess macht die Nazizeit nur einen winzigen Augenblick aus. Und wenn auch die «traditionellen» Wertesysteme und Gesellschaftsstrukturen gegenüber industrialisierungsbedingten Veränderungen in Deutschland in gewisser Hinsicht resistenter waren als zum Beispiel in Grossbritannien, so kann man ihre «Traditionalität» doch auch übertreiben und die Antimodernisierung als Erklärung für das Geheimnis der Anziehungskraft des Nationalsozialismus leicht viel zu sehr betonen. Im Gegenteil: Obwohl der Nationalsozialismus nicht zu übersehende archaische und atavistische Elemente enthielt, dienten diese oft als propagandistische Symbole oder ideologische Tarnung für völlig «moderne» Arten der Anziehungskraft, welche soziale Mobilität, gesellschaftliche Chancengleichheit, bei der der Erfolg von Verdienst und Leistung abhängig war, und neue Möglichkeiten, zu Wohlstand zu gelangen, dadurch zu erreichen versprachen, dass das Junge und Dynamische auf Kosten des Alten, Sterilen, Starren und Morschen die Führung übernahm.⁶¹ Zwar ist diese sozialdarwinistische Aufforderung zur reinen «Leistungsgesellschaft» in ihrer Art und Form besonders brutal und extrem, dennoch gibt es dazu Parallelen in anderen Ländern mit einer entwickelten kapitalistischen Wirtschaft. Für eine Beurteilung der kurzen Ära der Diktatur selbst bietet der Modernisierungs-

61 Siehe Broszat, «Zur Struktur der NS-Massenbewegung» (Kapitel 2 Anmerkung 55).

begriff keine Hilfe.⁶² Was sich an Veränderungen ereignete, geschah im Rahmen einer für die damalige Zeit bereits hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaft. Und während manche Handlungen der Nazis archaisch anmuteten, waren doch mehr Massnahmen (in einem neutralen Sinne) «fortschrittlich» oder «modern» – wenn sie sich dabei auf eine Art auch kaum von den Massnahmen anderer damals fortgeschrittener kapitalistischer Staaten unterschieden. Doch genausowenig ist die hypothetische Frage gänzlich fehl am Platze: Vieles von dem, was heutzutage oft als vom Nationalsozialismus bewirkter Modernisierungsschub bezeichnet wird, hätte sich durch das Wesen der deutschen Wirtschaft bedingt zweifellos unter jeder Regierungsform abgespielt.

Wir kehren daher zu dem zurück, was bei der Frage, inwiefern der Nationalsozialismus einen sozialen Wandel herbeiführte, der entscheidende Punkt zu sein scheint: das von sich aus alles verschlingende, zerstörerische Wesen des Systems. In seinem Streben nach immer irrationaleren Zielen

62 Aus einem anderen Blickwinkel äussern sich Michael Burleigh und Wolfgang Ippermann in ihrer wertvollen Studie *The Racial State* höchst kritisch über Modernisierungsansätze (S. 2). Die Autoren halten sie im Hinblick auf das Dritte Reich selbst in heuristischer Hinsicht für wertlos (S. 307) – was aber wohl zu weit gehen dürfte. Dennoch «zählen sie die Frage der Modernität oder Antimodernität des Dritten Reiches zu den entscheidendsten Problemen, vor die sich die Geschichtsforschung gestellt sieht» (S. 1), auch wenn sie selbst darauf nur eine begrenzte Antwort geben können, weil es ihnen an einer klaren Definition der Begriffe «Modernität» und «Antimodernität» fehlt. Kern ihres Arguments – für das meiner Ansicht nach trotzdem einiges spricht – ist, die nationalsozialistische Rassen- und Sozialpolitik «als unteilbares Ganzes» zu betrachten. Sie seien «nur verschiedene Seiten derselben Medaille» und gleichzeitig «modern und zutiefst antimodern» (S. 4). Bei der nationalsozialistischen Rassenpolitik handele es sich daher um «eine beispiellose Form des Fortschritts in die Barbarei» (Klappentext). In diesem Zusammenhang bleiben jedoch berechnete und wichtige Fragen offen, bei denen sich das «Modernisierungsproblem» kaum umgehen lässt – etwa, ob Deutschland damals eine besondere Form von «Modernisierungskrise» durchmachte oder aber, wie Detlev Peukert in *Die Weimarer Republik* (Frankfurt am Main 1987) meinte, eine einzigartige, traumatische «Krise der klassischen Moderne». Ebensovienig sind dadurch, dass das Streben nach «Rassenreinheit» als wesentliches Merkmal des Nationalsozialismus korrekt hervorgehoben wird, andere Analyseperspektiven, bei denen es um Modernisierungsfragen geht, von vornherein ausgeschlossen – etwa solche, die den (unbeabsichtigten) Beitrag des Nationalsozialismus zu Deutschlands langfristiger Modernisierung und das – wenn auch noch so wenig intendierte – Erbe des Dritten Reichs für seine deutschen Nachfolgerstaaten in den Mittelpunkt stellen.

war der Nationalsozialismus eine parasitäre Wucherung auf der alten Gesellschaftsordnung – weder willens noch in der Lage, Stabilität zu schaffen. Indem die Nazis der Aufrüstung, dem Krieg und der Expansion – also Zielen, die von Deutschlands herrschenden Klassen aktiv unterstützt wurden – absolute Priorität zuwiesen, erzeugten sie eine gewaltige zerstörerische Strömung, die die Repräsentanten der bestehenden Gesellschaftsordnung zuerst bedrohte und dann unvermeidlich mit sich riss. So brachte die destruktive Dynamik des Nationalsozialismus gleichzeitig mit dem gewaltsamen Ende des NS-Regimes die Pfeiler der alten Gesellschaftsordnung zum Einstürzen und bahnte den Weg für eine drastisch revidierte kapitalistische Staatsform im Westen und eine echte Sozialrevolution im Osten. Wenn auch die – in Westdeutschland nach dem Krieg sehr beliebte – Vorstellung von einer «Stunde Null», die in der Niederlage von 1945 angeblich einen vollständigen Bruch mit Deutschlands Vergangenheit anzeigte, eine Fiktion ist, die die vielen Kontinuitätslinien in den sozioökonomischen Strukturen, den Institutionen und der Mentalität verdecken soll, so ist dennoch wahr, dass das Ende der deutschen Aristokratie, der Bankrott der alten Heeresleitung und ihrer preussisch-deutschen Ideale, der endlose Flüchtlingsstrom aus dem Osten, die Teilung Deutschlands, die sozialen Anforderungen des Wiederaufbaus sowie die «Umerziehungspolitik» der Alliierten eine Zäsur bedeuteten, neben der die sozialen Veränderungen aus der Zeit des Dritten Reiches zur Belanglosigkeit verblissen.

8 «Widerstand ohne das Volk»?

Wer den deutschen Widerstand im Dritten Reich beurteilen will, muss sich mit Problemen auseinandersetzen, die für das geschichtliche Verständnis des nationalsozialistischen Phänomens von zentraler Bedeutung sind. Laut einer führenden Autorität auf diesem Gebiet ist «das Verhältnis von Nationalsozialismus und Widerstand [...] ein Schlüssel zum Verständnis des NS-Systems»¹. Dennoch können sich die Historiker mehr als 50 Jahre nach jenem 20. Juli 1944, an dem unter Hitlers Tisch eine Bombe explodierte, und obwohl die wissenschaftliche Literatur zum Thema inzwischen Tausende von Arbeiten umfasst, immer noch nicht darauf einigen, wie man «Widerstand» definieren soll. Übereinstimmung herrscht noch nicht einmal darüber, ob eine präzise Definition von «Widerstand» überhaupt wünschenswert ist.²

- 1 Peter Hoffmann, *German Resistance to Hitler*, Cambridge Mass. 1988, S. 3. Seine grössere Studie *Widerstand, Staatsstreich, Attentat* (München, 4. Aufl. 1985) gilt als Standardwerk.
- 2 Vgl. Peter Steinbach und Hans Mommsen in Jürgen Schmädke und Peter Steinbach (Hg.), *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus* (München u. Zürich 1985), S. 1122 (im Folgenden als «Schmädke» zitiert). Dieser Band bietet die bislang beste und umfassendste Bestandsaufnahme zum deutschen Widerstand. Weitere hilfreiche Sammelbände wurden herausgegeben von Klaus-Jürgen Müller (siehe unten Anmerkung 11), Richard Löwenthal und Patrik von zur Mühlen (Anm. 76), Christoph Kiessmann und Falk Pingel (Anm. 80) sowie von Hermann Graml (*Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten*, Frankfurt a.M. 1984). Einen knappen Überblick vermittelt Ger van Roon, *Widerstand im Dritten Reich* (1979, 7., überarbeitete Auflage München 1998). Einen extensiven Überblick über relevante Publikationen der Jahre 1979 bis 1984 liefert Gerd R. Ueberschär in seinem Beitrag «Gegner des Nationalsozialismus», *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 35 (1984), S. 141-197. Siehe auch Gerd R. Ueberschär (Hg.), *Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime* (Köln 1944); Ulrich Heinemann, «Arbeit am Mythos. Neuere Literatur zum bürgerlich-aristokratischen Widerstand gegen Hitler und zum 20. Juli 1944 (Teil I)», *GG* 21 (1995), S. 111-139; Ulrich Heine-

Warum der Begriff «Widerstand» so komplex ist, wird im Folgenden untersucht. Zunächst kann jedoch schon einmal die Debatte selbst in groben Zügen skizziert werden. In dem Masse, wie die Historiker den Blick ein wenig von der Verschwörung des 20. Juli ab- und den bescheideneren Aktionen der einfachen Deutschen zuwandten – die, so gut sie konnten, mit vielfältigen Widerstandsformen auf die Herausforderungen des NS-Systems reagierten –, schien der Widerstandsbegriff einer Neuformulierung zu bedürfen. Und angesichts revidierter Definitionen trat an die Stelle der These vom fehlenden breiten Rückhalt für den Widerstand und vom «Widerstand ohne das Volk»³ wenn nicht die Gegenthese vom «Volkswiderstand»⁴, so doch die Bereitschaft zu akzeptieren, dass sich in allen Teilen der deutschen Gesellschaft nachweislich verschiedene Formen von «Widerstand» manifestiert haben.

Was für die Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland selbst unter «Widerstand» genau zu verstehen ist, lässt sich weniger leicht definieren als der Widerstand in den von Deutschland im Krieg besetzten Ländern, wo dieser Begriff alle Versuche meint, sich den Invasoren und Besatzern entgegenzustellen und auf die Befreiung hinzuarbeiten. Ein Widerstand des deutschen Volkes gegen den eigenen Staat, noch dazu in den sechs Kriegsjahren, wirft ganz andere Analyseprobleme auf.⁵ Bei diesem Thema werden die politischen Untertöne, die methodischen Unterschiede und vor allem die moralischen Dimensionen deutlich, mit denen man als Historiker bei der Beschäftigung mit den Problemen des Nationalsozialismus konfrontiert ist.

Zwar haben auch zahlreiche nichtdeutsche Forscher viel zum tieferen Problemverständnis beigetragen, doch ist die Geschichtsschreibung zum Thema «Widerstand gegen Hitler» grundlegend durch den in Deutschland

mann und Michael Krüger-Charlé, «Der 20. Juli 1944 in Publizistik und wissenschaftlicher Literatur des Jubiläumsjahres 1994 (Teil II)», *GG* 23 (1997), S. 475-501; und Hartmut Mehringer, *Widerstand und Emigration. Das NS-Regime und seine Gegner* (München 1997).

- 3 Als erster scheint Hans Mommsen diesen Begriff verwendet zu haben, und zwar in seinem Aufsatz «Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes», in Walter Schmitthenner und Hans Buchheim (Hg.), *Der deutsche Widerstand gegen Hitler* (Köln u. Berlin 1966), S. 75 f.
- 4 Gegen die Bezeichnung «Volkswiderstand» verwarft sich Theo Pirker in Schmädke, S. 1141.
- 5 Siehe dazu die Bemerkungen von Hans Rothfels, *The German Opposition to Hitler* (Hinsdale/Illinois 1948, Neuauflage London 1961), S. 8 (dt.: *Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung* [Krefeld 1949]).

selbst unter mehrfach geänderten Vorzeichen unternommenen Versuch geprägt, mit dem Erbe der nationalsozialistischen Vergangenheit fertig zu werden. Wer nie erlebt hat, was es heisst, unter einer terroristischen Diktatur zu leben, kann sich dem Problem des deutschen Widerstands gegen Hitler nur mit Bescheidenheit und Hochachtung vor jenen Menschen nähern, die sich, auf welche Weise auch immer, gegen Unterdrückung und Unmenschlichkeit zur Wehr gesetzt haben. Dies darf den Historiker jedoch nicht von der Aufgabe einer rationalen und kritischen Bestandsaufnahme und Beurteilung der Opposition gegen den Nationalsozialismus abhalten – solange er dabei die historischen Umstände, die handlungsbestimmenden Faktoren sowie die «Kunst des Möglichen» im Auge behält und nicht versucht, aufgrund ahistorischer moralischer Ideale ein Urteil zu fällen.

Überlebenden Opfern, die im Nationalsozialismus wegen ihrer mutigen Haltung gelitten haben, mögen die kühlen Betrachtungen von Historikern, die die Motive und Verhaltensweisen der Gegner der Naziherrschaft zu abstrahieren und begrifflich zu fassen versuchen, auf schmerzliche Weise distanzieren und fern erscheinen.⁶ Ein besseres historisches Verständnis des Widerstands lässt sich aber nicht dadurch erreichen, dass man «Widerstandskämpfer» zu Denkmalshelden stilisiert, sondern nur indem man sie ehrlich im geschichtlichen Kontext betrachtet und ihre Handlungen in all ihrer Fehlbarkeit im grösseren Rahmen der Beziehungen zwischen NS-Regime und deutscher Gesellschaft zu verstehen versucht. Insofern gilt es, neben dem Widerstand auch Kollaboration und Konformismus im NS-System zu untersuchen; denn die Grenzen zwischen Konflikt und Konsens waren selbst für jene Menschen fließend und fluktuierend, die schliesslich zu grundlegenden Regimegegnern wurden und bereit waren, dafür mit ihrem Leben zu zahlen.

6 Siehe Schmädeke, S. XVIII (Vorwort von Wolfgang Treue) sowie S. 1155 (Diskussionsbeitrag von Frau Meyer-Krahmer, der Tochter Carl Goerdelers).

Interpretationen

In beiden Teilen des geteilten Nachkriegsdeutschlands spielte die Geschichte des Widerstands gegen die Naziherrschaft für das öffentliche Selbstverständnis der neuen Staaten und den Versuch, das politische Bewusstsein und die Wertvorstellungen der Bevölkerung zu prägen, eine zentrale Rolle – wenn auch auf sehr unterschiedliche Art und Weise.

Deutlicher als im Klappentext eines weitverbreiteten DDR-Lehrbuchs zum Widerstand liesse sich kaum darstellen, welche unverhohlenen politische Funktion die Interpretation hatte, die in der Deutschen Demokratischen Republik vom Anfang bis zum Ende tonangebend war:

«Die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung, besonders die KPD und die mit ihr verbündeten Kräfte, verkörperte die progressive Linie deutscher Politik. Die konsequenteste politische Kraft dieser Bewegung, die KPD, führte vom ersten Tage der faschistischen Diktatur an organisiert und zentral geleitet den Kampf gegen Imperialismus und Kriegsvorbereitung, in dem sie von der Kommunistischen Internationale und den anderen Bruderparteien unterstützt wurde und in den sie immer neue Bundesgenossen einzubeziehen suchte. Das von der KPD mit Hilfe der Kommunistischen Internationale erarbeitete antifaschistische, demokratische Programm stellte eine echte Alternative zu faschistischer Barbarei und Krieg dar. [...] Ausdruck des Sieges der entschiedenen Antifaschisten nach der Zerschlagung des Faschismus durch die Sowjetunion und die anderen Staaten der Antihitlerkoalition und der Niederlage des deutschen Imperialismus ist die Existenz der DDR, in der das Vermächtnis der Besten des deutschen Volkes, die im antifaschistischen Kampf ihr Leben einsetzten, verwirklicht wurde.»⁷

Wie aus diesen Zeilen hervorgeht, stützte die DDR als Staat – und die SED als Nachfolgepartei der KPD – ihren Legitimitätsanspruch auf das Erbe des kommunistischen antifaschistischen Widerstands. Sobald aber Ge-

7 Klaus Mammach, *Die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933-1939* (Berlin/DDR 1974). Ähnliche Äusserungen Mammachs finden sich in seinem Beitrag «Zum antifaschistischen Kampf der KPD», in Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler (Hg.), *Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik*. (Berlin/DDR 1980), S. 323-354, hier S. 353 f.

schichtsschreibung dazu verurteilt ist, so offenkundig im Dienste des Staates zu stehen, ist sie zwangsläufig mit verheerenden Fehlern behaftet.⁸

Wenn diese Interpretation mit der Zeit auch nuancierter und differenzierter wurde, so bedeutete die nahezu ausschliessliche Betonung des heldenhaften Widerstands der KPD doch, dass die Bedeutung aller anderen Oppositionsformen bewusst heruntergespielt wurde.⁹ Der sozialdemokratische Widerstand wurde nur kurz, schematisch und kritisch abgehandelt und die Opposition der christlichen Kirchen sowie der nationalkonservativen und Elitegruppen grösstenteils ignoriert oder aber in negativem Licht dargestellt.

Bestimmte Angehörige des «bürgerlichen» Widerstands – wie etwa Claus Graf Schenk von Stauffenberg, Adam von Trott zu Solz, die Münchner Studentengruppe der «Weissen Rose» und einzelne Katholiken und Protestanten – wurden positiver beurteilt: Sie galten im Hinblick auf ihre soziale Klassenzugehörigkeit und ihre Stellung als relativ «progressiv» und wurden als Teil einer «Volksfront» gegen das Hitlerregime betrachtet. Dies änderte jedoch nichts am Grundtenor der DDR-Geschichtsschreibung zum Widerstand im Nationalsozialismus. Trotz aller wissenschaftlichen Bemühungen, den Mut und die Tapferkeit einfacher kommunistischer Arbeiter bekanntzumachen (die für ihre Regimegegnerschaft schwerer leiden mussten als jede andere politische Gruppierung), blieb die Widerstandshistoriographie in der DDR insgesamt einem eingeschränkten Blickwinkel, einem unfruchtbaren Ansatz und einer irreführend monolithischen Interpretation verhaftet.

In Westdeutschland kam die Geschichtsschreibung zum Widerstand im Dritten Reich weniger monolithisch daher. Ihre wesentlichen Schwerpunkte, wissenschaftlichen Ansätze und Interpretationen hatten sich – meistens

8 Einen zusammenfassenden Überblick über die Widerstandshistoriographie in der DDR bietet Andreas Dorpalen, *German History in Marxist Perspective. The East German Approach* (Detroit 1985), S. 418-428.

9 Stellvertretend für viele andere sei als Beispiel für eine informative, aber einseitige und ideologisch tendenziöse Darstellung regionalen Widerstands der Band *Der antifaschistische Widerstandskampf unter Führung der KPD in Mecklenburg 1933 bis 1943* genannt, herausgegeben von der Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei den Bezirksleitungen Rostock, Schwerin und Neubrandenburg der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Rostock 1970).

parallel zum Wandel des politischen, kulturellen und intellektuellen Klimas der Bundesrepublik – seit 1945 mehrfach beträchtlich verschoben und geändert. Dennoch ist nicht zu übersehen, dass der Widerstand gegen Hitler – wenn auch nicht so offenkundig wie in der DDR – eine politische Funktion als Legitimationsbasis für die Bundesrepublik erfüllte. Ganz besonders war dies in der Konsolidierungsphase des westdeutschen Staates und im Kontext des Kalten Krieges der Fall, als die Geschichtsschreibung in der Bundesrepublik beinahe zum genauen Spiegelbild der DDR-Historiographie wurde.

Wie kaum anders zu erwarten, dienten die ersten der in Deutschland zum Widerstand im Dritten Reich veröffentlichten Arbeiten (einschliesslich der Memoiren von Personen, die mit der Verschwörung vom 20. Juli zu tun gehabt hatten¹⁰) dazu, den kruden Vorstellungen der siegreichen Alliierten von der «kollektiven Schuld» der Deutschen etwas Positives entgegenzusetzen. Erklärtes Ziel dieser Publikationen war es, sowohl gegenüber dem eigenen Volk als auch gegenüber dessen ehemaligen Feinden die Existenz des «anderen Deutschlands» zu betonen und zu zeigen, dass die aktiven Gegner des Nationalsozialismus als Patrioten und nicht als Verräter gehandelt hatten.¹¹ Naheliegenderweise stellten diese frühen Veröffentlichungen die Stauffenberg-Verschwörung in den Mittelpunkt und betonten dadurch bereits den konservativen Widerstand aus den Reihen der Eliten, des Bürgertums und des Militärs. Doch wurden auch in dieser Phase andere Widerstandsformen – etwa die der Kirchen, die der sozialistischen und selbst die der kommunistischen Linken – nicht völlig übergangen.¹²

Mit Beginn des Kalten Krieges und der Besiegelung der deutschen Teilung änderte sich der Ton der westdeutschen Widerstandshistoriographie. Das «Totalitarismus»-Konzept, das den Nationalsozialismus und der Kom-

10 Zum Beispiel Fabian von Schlabrendorff, *Offiziere gegen Hitler* (Zürich 1946), Hans Bernd Gisevius, *Bis zum bitteren Ende* (Zürich 1946) und Ulrich von Hassell, *Vom anderen Deutschland* (Zürich u. Freiburg i. Br. 1946).

11 Siehe Klaus-Jürgen Müller und Hans Mommsen, «Der deutsche Widerstand gegen das NS-Regime. Zur Historiographie des Widerstands», in Klaus-Jürgen Müller (Hg.), *Der deutsche Widerstand 1933-1945* (Paderborn 1986), S. 13, 221 Anm. 6.

12 Siehe Müller/Mommsen, S. 13, sowie Günter Plum, «Widerstand und Resistenz», in Martin Broszat und Horst Möller (Hg.), *Das Dritte Reich. Herrschaftsstruktur und Geschichte* (München 1983), S. 250.

munismus als zwei verschiedene Manifestationen des gleichen Übels zusammenfasste und im Kampf der «westlichen Demokratien» gegen die «so-wjetische Bedrohung» das wichtigste politische Ziel sah, führte dazu, dass die bisherige Anerkennung des kommunistischen Widerstands verschwand. Jetzt erschien der Widerstand im Dritten Reich als schimmernder Hoffnungsstrahl der Freiheit und Demokratie in der Finsternis eines totalitären Staates. Als legitim galt Widerstand nur, wenn er unter den extremen Bedingungen einer Tyrannei die Wiederherstellung der ursprünglichen Rechtsordnung zum Ziel hatte; ein revolutionäres Infragestellen der Gesellschaftsordnung war mit dieser Vorstellung nicht zu vereinbaren.¹³ In dem so gezeichneten Bild hatte der kommunistische Widerstand keinen Platz, und der sozialdemokratische wurde nur am Rande behandelt. Widerstand begriff man demnach im Wesentlichen als bürgerlich, christlich und individuell. Er basierte auf der moralisch-ethischen Entscheidung des Einzelnen, angesichts der Tyrannei die freiheitlichen und demokratischen Werte ungeachtet aller persönlichen Nachteile hochzuhalten. Eine klassische Studie dieser Art ist Gerhard Ritters Biographie über Carl Goerdeler.¹⁴ Es ist nur natürlich, dass eine solche Betonung zu einer «Heroisierung» und «Monumentalisierung» des Widerstands¹⁵ führte und den konservativen Widerstand gegen Hitler direkt in den Dienst der Adenauerschen Bundesrepublik stellte.

In der Widerstandshistoriographie wie auch bei der Behandlung vieler anderer Aspekte des Nationalsozialismus brachten die sechziger Jahre bedeutende Veränderungen mit sich: Man konnte sich nun auf eine solidere Quellenlage stützen; eine jüngere Historikergeneration betrachtete die Motive und Ziele des Widerstands (wie im Übrigen auch die Art und Weise, in der das Andenken an den Widerstand im Adenauerschen Deutschland benutzt wurde) mit kritischeren Augen; im Gefolge der «Fischer-Kontroverse» kam es allgemein zu einer kritischeren Annäherung an die jüngste Vergangenheit (nicht nur an das Dritte Reich), wobei nun auch der grössere soziale und politische Rahmen berücksichtigt wurde, der die Handlungen und Intentionen der Menschen bedingt hatte; und nicht zuletzt wich der

13 Siehe Plum, S. 251 f.

14 Gerhard Ritter, *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung* (Stuttgart 1954).

15 Müller/Mommsen, S. 15.

Muff der Adenauer-Zeit nun einer politischen und intellektuellen Rastlosigkeit und zugespitzten ideologischen Auseinandersetzungen, bei denen das nationalsozialistische Erbe häufig im Mittelpunkt stand. In diesem Kontext wurden die Rollen der nichtnationalsozialistischen Eliten und der Linken langsam in einem anderen Licht gesehen.

Einen wichtigen Durchbruch bei der Erforschung des nationalkonservativen Widerstands erzielten Hans Mommsen und Hermann Graml 1966 mit zwei bahnbrechenden Artikeln¹⁶, in denen sie die sozialen, konstitutionellen und aussenpolitischen Vorstellungen der an der Verschwörung vom 20. Juli beteiligten Gruppen und Einzelpersonen analysierten. Diese beiden Beiträge bedeuteten einen bewussten Schritt weg von der Konzentrierung auf die moralische Motivation des Elite-Widerstands und hin zur kritischen Analyse der politischen Ziele und Zielvorstellungen in ihrer historischen Entwicklung.

Mommsen konnte überzeugend darlegen, dass die liberaldemokratischen Nachkriegsvorstellungen kaum aus den Ideen und Plänen des nationalkonservativen Widerstands hervorgegangen sein können. Die «Männer des 20. Juli» waren demnach nicht von Gedanken beflügelt, wie sie später ins Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland Eingang fanden. Ihre Ideen gingen vielmehr auf die Zeit vor dem Nationalsozialismus zurück, als man in ihren Kreisen nach – wenn auch nicht nationalsozialistischen, so doch ebensowenig liberaldemokratischen – Alternativen zum parlamentarischen System der Weimarer Republik suchte.¹⁷ Auffallend ist, dass sich von den führenden Köpfen der Weimarer Zeit im Dritten Reich kaum einer am Wi-

16 Hans Mommsens «Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstands» und Hermann Gramls «Die aussenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstandes» erschienen zuerst in Schmitthenner und Buchheim (siehe Anm. 3). Im Folgenden beziehen sich die Anmerkungen auf die englische Fassung in Hermann Graml u.a., *The German Resistance to Hitler* (London 1970). Neuere Äusserungen Mommsens zum selben Thema finden sich in seinem Beitrag «Verfassungs- und Verwaltungsreformpläne der Widerstandsgruppen des 20. Juli 1944» in Schmäddecke, S. 570-597.

17 Ausgezeichnete Untersuchungen über den nationalkonservativen und militärischen Widerstand sind die Beiträge von Klaus-Jürgen Müller und Manfred Messerschmidt in Müller (Hg.), *Der deutsche Widerstand*, S. 40-59 und 60-78. Eine gut lesbare Darstellung der Verschwörung gegen Hitler liefert Joachim Fest, *Staatsreich. Der lange Weg zum 20. Juli* (Berlin 1994). Den Werdegang Stauffenbergs und seine Beweggründe beschreibt Peter Hoffmann, *Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Brüder* (Stuttgart 1992).

derstand beteiligte.¹⁸ Durch die verhängnisvolle Erfahrung mit dem Nationalsozialismus fühlten sich die konservativen Widerstandsgruppen in ihrem Argwohn gegenüber der Massendemokratie bestärkt, da sie im Dritten Reich den logischen Kulminationspunkt des plebiszitären, populistischen und demagogischen Potentials des parteipolitischen Systems sahen. Trotz bedeutender Unterschiede in der Gewichtung vertraten sie im Wesentlichen oligarchische und autoritäre politische Vorstellungen, die stark auf korporativistischen und neokonservativen Ideen aus der Weimarer Zeit beruhten und selbstverwaltete Gemeinden, ein beschränktes Wahlrecht und eine Erneuerung der christlichen Familienwerte anstrebten. Der nationalkonservative Widerstand wollte sogar bestimmte nationalsozialistische Vorstellungen – wie die Verwirklichung echter «Volksgemeinschaft» – übernehmen, da er sie für prinzipiell «richtig» hielt und nur meinte, sie seien durch die Korruption und Inkompetenz der nationalsozialistischen Führer und Funktionäre pervertiert worden.¹⁹ Von den führenden Köpfen des Kreisauer Kreises²⁰ als wichtiger Ausnahme einmal abgesehen, hatte man in den Reihen des nationalkonservativen Widerstands kein Interesse daran, einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel anzustreben. An der Bedeutung, die einem spezifisch deutschen Kulturerbe selbst innerhalb des Kreisauer Kreises beigemessen wurde, lässt sich ablesen, wie weit die Überlegungen der Gruppe von einer liberalen Demokratie westlicher Prägung entfernt waren.

Wie kaum anders zu erwarten, änderten sich im Laufe des Krieges die aussenpolitischen Vorstellungen innerhalb des deutschen Widerstands. Es ist jedoch nicht zu verkennen, dass sich die Ansichten der Nationalkonservativen (in der Gruppe um Ludwig Beck, Carl Goerdeler, Ulrich von Hassell und Johannes Popitz sowie aus den Reihen der «Abwehr» im Kreis um Hans Oster) teilweise mit den expansionistischen Zielen der Nationalsozialisten überschneiden. Die Methoden und Praktiken der Nationalsozialisten lehnten sie zwar ganz und gar ab, traten aber dafür ein, den Grossmachtsta-

18 Mommsen in *The German Resistance to Hitler*, S. 60. Siehe auch seinen Beitrag «Der Widerstand gegen Hitler und die deutsche Gesellschaft» in Schmäddecke, S. 9.

19 Siehe Mommsen in Schmäddecke, S. 11.

20 Das Standardwerk über den Kreisauer Kreis ist Ger van Roon, *Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung* (München 1967). Siehe auch van Roons Beitrag «Staatsvorstellungen des Kreisauer Kreises» in Schmäddecke, S. 560-569.

tus des Deutschen Reiches wiederherzustellen, und setzten dabei Deutschlands Herrschaft über Mittel- und Osteuropa als selbstverständlich voraus. Als sich Hitler Ende 1941 / Anfang 1942 auf dem Höhepunkt seiner Macht befand, hielt Carl Goerdeler, der im Falle eines erfolgreichen Staatsstreichs als Reichskanzler vorgesehen war, in 10 bis 20 Jahren einen europäischen Staatenbund unter deutscher Führung für möglich, falls der Krieg beendet und ein «vernünftiges» politisches System wiederhergestellt werden könnte.²¹ Mit etwas Geringerem als den Grenzen von 1914 wollte man sich nur ungerne zufriedengeben. Von Hassell hoffte, zumindest Rudimente des Bismarckschen Reiches retten zu können.²² Goerdeler wollte aus Angst vor dem Bolschewismus Polens östliche Grenze von 1938 beibehalten.²³ Als Mitglied des «progressiveren» Kreisauer Kreises vertrat selbst Adam von Trott zu Solz die Ansicht, dass Deutschland bei einer Friedensregelung nach dem Kriege Anspruch auf das Sudetenland und Teile Westpreussens habe.²⁴ Allgemein wurde jedoch im Kreisauer Kreis (zu dessen führenden Köpfen neben Trott Helmuth Graf von Moltke, Paul Graf Yorck von Wartenburg und der Jesuitenpater Alfred Delp gehörten) anerkannt, dass sich beträchtliche territoriale Opfer nicht vermeiden lassen würden.²⁵ Und als den Nationalkonservativen immer deutlicher wurde, dass sich die Uhr nicht mehr zurückdrehen liess, gelangten auch sie ab 1942/43 zu der Überzeugung, dass Deutschland in einem zukünftigen Europa eine bescheidenere Rolle spielen würde, als sie ursprünglich gehofft hatten.²⁶

Wie Hermann Graml so treffend formuliert hat, waren die führenden Köpfe des Widerstands in ihrem Denken auf das Reich zentriert und nicht von Hitler, sondern von Deutschlands «Kraftentfaltung» so verführt worden, dass sie im Reich für kurze Zeit eine «europäische Führungs- und Ordnungsmacht» sahen.²⁷

Mehr als 20 Jahre lang hat sich die westdeutsche Widerstandshistoriogra-

21 Graml in *The German Resistance to Hitler*, S. 27.

22 Ebenda, S. 43.

23 Ebenda, S. 45.

24 Ebenda, S. 50.

25 Ebenda, S. 52.

26 Ebenda, S. 49.

27 Ebenda, S. 54. Siehe auch Klaus Hildebrand, «Die ostpolitischen Vorstellungen im deutschen Widerstand», *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 29 (1978), S. 213-241.

phie – neben dem «Kirchenkampf» und dem studentischen Engagement der «Weissen Rose» in München (1942/43) – vorwiegend mit dem Widerstand konservativer und bürgerlicher Elitegruppen und Einzelpersonen befasst.²⁸ Im Mittelpunkt aller Analysen stand die Verschwörung vom 20. Juli 1944.²⁹ Dabei ging man allgemein davon aus, dass in einem totalitären Staat kein Volkswiderstand möglich gewesen sei und es unter Hitler zwangsläufig nur einen «Widerstand ohne das Volk» gegeben habe.

Nach ersten Schritten in den sechziger Jahren kam es zu einer erheblichen Änderung dieser Sichtweise in den siebziger und achtziger Jahren. Dazu trugen unter anderem das gewandelte politische Klima in Westdeutschland (wo die SPD ab 1969 zum erstenmal seit 1930 wieder an der Regierung beteiligt war), die in den Studentendemonstrationen der späten sechziger Jahre zum Ausdruck kommende Proteststimmung sowie generationsbedingte Verschiebungen bei. Die Vorstellung vom Dritten Reich als totalitärem «Monolith» hatte jedoch schon in den sechziger Jahren erste Risse bekommen, als in zahlreichen Arbeiten zum Regierungssystem polykratische Strukturen aufgedeckt wurden, die sich nur mit Mühe mit den gröberen Versionen des Totalitarismusmodells vereinbaren liessen. Ausserdem machte sich in der Geschichtsschreibung ein wachsendes Interesse an Sozialgeschichte – am Verhalten der nicht zu den Eliten zählenden Bevölkerungsgruppen – bemerkbar. Es spiegelte sich zunächst grösstenteils in institutions- und organisationsgeschichtlichen Untersuchungen über die heimliche Widerstandstätigkeit von Arbeitergruppen. Allmählich zeigte sich die Per-

28 Eine der einflussreichsten frühen Veröffentlichungen zum Widerstand innerhalb der katholischen Kirche stammt von Johann Neuhäusler: *Kreuz und Hakenkreuz*, 2 Bde. (München 1946). Den Konflikt der evangelischen Kirche mit dem Regime dokumentiert Heinrich Hermelink (Hg.), *Kirche im Kampf. Dokumente des Widerstands und des Aufbaus in der Evangelischen Kirche Deutschlands von 1933 bis 1943* (Tübingen 1950). Zur «Weissen Rose» erschien als einflussreichste frühe Publikation die Darstellung der überlebenden Schwester von Hans und Sophie Scholl: Inge Scholl, *Die Weisse Rose. Der Widerstand der Münchner Studenten* (Frankfurt a.M. 1952). Wichtige Dokumente bieten inzwischen Anneliese Knoop-Graf und Inge Jens (Hg.), *Willi Graf. Briefe und Aufzeichnungen* (Frankfurt a.M. 1988) und Inge Jens (Hg.), *Hans und Sophie Scholl. Briefe und Aufzeichnungen* (Frankfurt a.M. 1989). Siehe auch Hinrich Siefken (Hg.), *Die Weisse Rose. Student Resistance to National Socialism 1942/1943* (Nottingham 1991).

29 In dieser Hinsicht typisch ist die von Hans Rothfels verfasste erste allgemeine Analyse des Widerstands (siehe oben Anm. 5).

spektivverschiebung dann in immer subtileren und fundierteren Analysen, die sich mit den Handlungen, Einstellungen und Verhaltensweisen der Masse der einfachen Deutschen beschäftigten.

Indem man von der bisherigen Konzentration auf den Widerstand der sozialen Eliten abrückte, wurde eine revidierte Annäherung an den Widerstand unter Hitler möglich. Allmählich gelangte man zu der Ansicht, dass die Behauptung vom «Widerstand ohne das Volk» so nicht zutraf, und hier und da war nun sogar von einem «Widerstand *durch* das Volk» die Rede.

Bereits 1953 hatte der Schriftsteller Günther Weisenborn versucht, anhand umfanglichen unveröffentlichten Materials aus Polizeiakten «die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933-1945» zu rekonstruieren. Weisenborn erklärte, dass als Folge der Konzentration auf die Ereignisse vom 20. Juli 1944 nur wenig über die tatsächliche Grösse und Bedeutung einer breiteren Widerstandsbewegung bekannt sei, da diese Tatsachen (aus politischen Gründen, wie er zu verstehen gab) bewusst verschwiegen würden.³⁰ Bei der ersten Veröffentlichung passte sein Buch nicht in die herrschende historiographische Strömung und blieb ohne Widerhall. 1974 erschien es dann in einem ganz anderen politischen Klima noch einmal, diesmal bei Röderberg, einem linken Verlag, der damals in seiner «Bibliothek des Widerstands» bereits mehr als zwanzig Bände herausgebracht hatte. Bei diesen handelte es sich überwiegend um von ehemaligen kommunistischen Widerstandskämpfern verfasste Untersuchungen zum lokalen Arbeiterwiderstand. Sie fügten der Widerstandshistoriographie eine neue Dimension hinzu, auch wenn sich die Bände häufig eher durch politisches Engagement und eine leidenschaftliche moralische Anklage als durch wissenschaftliche Genauigkeit und ein fundiertes geschichtswissenschaftliches Urteil auszeichneten.³¹

Von anderem Format waren hingegen mehrere Untersuchungen, die Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre unter der Schirmherrschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung publiziert wurden und sich eingehend

30 Günther Weisenborn, *Der lautlose Widerstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933-1945* (Hamburg 1953, Neuauflage Frankfurt a.M. 1974), S. 8.

31 Einen nützlichen Überblick über diese Bände (und andere Untersuchungen zum Arbeiterwiderstand) bietet Reinhard Mann, «Widerstand gegen den Nationalsozialismus», *Neue politische Literatur* 22 (1977), S. 425-442.

mit der Geschichte des Arbeiterwiderstands in den Ruhrgebietsstädten Dortmund, Essen und Duisburg befassten.³² Auch bei anderen lokalen Studien fokussierte man nun die bis dahin kaum erforschten proletarischen Widerstandsaktionen in den Grossstädten, so dass sich allmählich ein überzeugendes, differenziertes Bild vom Umfang dieser illegalen Aktivitäten heraus schälte.³³

Manche Veröffentlichungen zum Arbeiterwiderstand waren in erster Linie von grossem Respekt und Heldenverehrung geprägt. Doch indem sie die Strapazen des aussichtslos scheinenden täglichen Kampfes, die Isoliertheit und Wirkungslosigkeit der Untergrundarbeit, die enormen Risiken, die kaum zu verhindernde Durchsetzung der Widerstandsgruppen mit V-Leuten der Gestapo und die erlittenen Repressalien vor Augen führten, verdeutlichten diese Publikationen den sozialen Rahmen, in dem Angehörige der Arbeiterschicht Widerstand leisteten. Hier ging es nicht um irgendwelche abgehobenen moralischen und ethischen Erwägungen, die für den gewöhnlichen Sterblichen nicht nachvollziehbar gewesen wären, sondern um eine politische Überzeugung, die von Millionen anderer Menschen geteilt wurde.

Von dieser doch immer noch aussergewöhnlichen Minderheit wandte man sich in der Geschichtsschreibung der gewöhnlicheren Gruppe jener Menschen zu, die sich gerade den Aspekten der NS-Herrschaft widersetzen, von denen sie unmittelbar betroffen waren. Der Blickwinkel verlagerte sich vom Widerstand als illegaler Organisationsarbeit zu alltäglicheren, dabei aber auch partielleren Widerstandsformen.

In dieser Ausrichtung der Widerstandshistoriographie zeichnete sich ein allgemeiner Trend der Geschichtswissenschaft ab, der eine «Sozialgeschichte von unten» anstrebte und «Erfahrungsgeschichte» oder – so der schliesslich eingebürgerte Name des Genres – «Alltagsgeschichte» schreiben wollte. Durch den alltagsgeschichtlichen Ansatz eröffneten sich neue

32 Kurt Klotzbach, *Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930-1945* (Hannover 1969), Hans-Josef Steinberg, *Widerstand und Verfolgung in Essen 1933-1945* (Hannover 1969) und Kuno Bludau, «Gestapo – geheim!» – *Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933-1945* (Bonn-Bad Godesberg 1973).

33 Einen ausgezeichneten Überblick und Einschätzung zur Historiographie des Arbeiterwiderstands gibt Detlev Peukert, «Der deutsche Arbeiterwiderstand 1933-1945», in Müller, *Der deutsche Widerstand*, S. 157-181. Eine gründliche und ausgewogene Untersuchung bietet der Historiker Francis L. Carsten, *Widerstand gegen Hitler. Die deutschen Arbeiter und die Nazis* (Frankfurt am Main/ Leipzig 1996), der selbst in der sozialistischen Widerstandsbewegung aktiv war.

Fragen zu Art und Umfang des Widerstands im Dritten Reich – nicht zuletzt stellte sich das Problem einer sinnvollen Widerstandsdefinition.³⁴

An dieser Entwicklung hatte das Projekt «Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933-1945» entscheidenden Anteil, das 1973 vom Münchner Institut für Zeitgeschichte initiiert wurde. Der Widerstandsbegriff wurde dabei nicht nur beträchtlich über das bisher übliche Verständnis hinaus erweitert, sondern auch aus der bis dahin gängigen Verknüpfung mit ethischen Motiven und organisatorischen Rahmenbedingungen gelöst.³⁵ Stattdessen beschäftigte man sich nun schwerpunktmässig mit der Einwirkung des NS-Regimes auf sämtliche Bereiche des täglichen Lebens und gelangte so zu einem vielschichtigen Bild der zwischen Herrschenden und Beherrschten zu beobachtenden Konfliktebenen.

Die Widerstandsdefinition, die zu Beginn von den am Projekt beteiligten Mitarbeitern des Bayerischen Staatsarchivs verfasst wurde, macht diese erweiterte Perspektive deutlich: «Unter Widerstand wird jedes aktive oder passive Verhalten verstanden, das die Ablehnung des NS-Regimes oder eines Teilbereichs der NS-Ideologie erkennen lässt und mit gewissen Risiken verbunden war.»³⁶

In einer ersten, kurz nach Projektbeginn verfassten und äusserst abstrakten theoretischen Darlegung des Widerstandsbegriffs definierte der – wenig später von Martin Broszat abgelöste – erste Projektleiter, Peter Hüttenberger, Widerstand als «jede Form der Auflehnung im Rahmen asymmetrischer Herrschaftsbeziehungen gegen eine zumindest tendenzielle Gesamtherrschaft»³⁷. Diese Definition geht von Vorstellungen sich wandelnder Herrschafts- und sozialer Reaktionsmechanismen aus. Sie versteht «Herrschaft» als Ausgleichsprozess zwischen den Zielen, Interessen und Normen der Herrschenden und der Beherrschten. Nach Hüttenberger liegt «symmetrische» Herrschaft dort vor, wo eine entsprechende Einigung erzielt wird.

34 Zum Potential des «alltagsgeschichtlichen» Ansatzes siehe vor allem Detlev Peukert, *Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde* (Köln 1982).

35 Siehe Plum, S. 263 f.

36 Harald Jaeger und Hermann Rumschöttel, «Das Forschungsprojekt ‚Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933-1945‘», *Archivalische Zeitschrift* 73 (1977), S. 214.

37 Peter Hüttenberger, «Vorüberlegungen zum ‚Widerstandsbegriff‘», in Jürgen Kocka (Hg.), *Theorien in der Praxis des Historikers* (Göttingen 1977), S. 126.

In einem solchen politischen System – insbesondere in einer Demokratie – gibt es keinen «Widerstand», sondern nur innere, systemimmanente Rivalitäten und Konflikte. Selbst in Fällen, in denen das System zusammenbricht, ist es irreführend, von «Widerstand» zu sprechen. (Nach dieser Definition lässt sich etwa der politische Kampf zwischen NSDAP und KPD in der Weimarer Republik nicht als kommunistischer Widerstand gegen den Nationalsozialismus ansehen, denn den gab es erst mit den veränderten Herrschaftsverhältnissen nach 1933.³⁸) Zu eigentlichem Widerstand kann es folglich nur in «asymmetrischen» Herrschaftsverhältnissen kommen, das heisst in Fällen, in denen versucht wird, durch die Errichtung eines absoluten Herrschaftssystems den Einigungs- oder Ausgleichsprozess des «symmetrischen» Systems zu zerstören.

Widerstand ist insofern Produkt und Reflex des Herrschaftssystems selbst: Die Art der Herrschaft bestimmt die Art des Widerstands. Daraus folgt, dass es umso mehr – und nicht weniger! – Widerstand gibt, je umfassender ein Herrschaftsanspruch ist, denn es ist das Regime, das Handlungen und Verhaltensweisen zu «Widerstand» macht, die das im symmetrischen Herrschaftssystem einer pluralistischen Demokratie gar nicht wären. Wie unschwer zu erkennen ist, wird durch Hüttenbergers Definition das Spektrum dessen, was sich als Widerstand einstufen und beurteilen lässt, enorm erweitert.

Aus diesen Definitionen geht deutlich hervor, dass sich das «Bayern-Projekt» keineswegs ausschliesslich mit fundamentaler, prinzipieller und totaler Opposition gegen den Nationalsozialismus beschäftigte, sondern auch alle – aus welchen Motiven auch immer erfolgenden – begrenzten oder partiellen Formen der Ablehnung gegenüber bestimmten Aspekten der NS-Herrschaft zu erfassen suchte. Anstatt sich mit Schwarzweissmalerei zu begnügen, wurde hier der Widerstand in seinen unterschiedlichen Schattierungen nachgezeichnet. Widerstand erschien als Teil jener Alltagswirklichkeit, bei der es darum ging, soweit möglich mit dem Leben unter einem Regime zurechtzukommen, das auf praktisch alle Aspekte des Alltags Einfluss

38 Im Gegensatz dazu hält Leonidas E. Hill, «Towards a New History of German Resistance to Hitler», *CEH*14 (1981), S. 369 und 395, den «Widerstand vor 1933» für ein Forschungsdesiderat. Hills Papier war Teil des Symposions «New Perspectives on the German Resistance against National Socialism» (S. 322-399), das sich überwiegend mit dem militärischen und konservativen Widerstand befasste. Weitere Beiträge kamen von Harold C. Deutsch, Peter Hoffmann, Klemens von Klemperer und Robert O. Paxton.

nahm und einen totalen Anspruch an die Gesellschaft stellte. Bei der Verwirklichung dieses Anspruches aber sah sich das Regime mit zahlreichen Hindernissen und Einschränkungen konfrontiert.

Die sechs Bände, die zwischen 1977 und 1983 aus diesem Projekt hervorgingen, sind ein Meilenstein in der Sozialgeschichte des «Dritten Reiches» und der Widerstandshistoriographie.³⁹ Im Einklang mit dem offenen Ansatz der «Konflikt»-Methode werden in den einzelnen Beiträgen Aspekte unterschiedlicher Reaktionen auf die Naziherrschaft und andere Themen behandelt, die vorher nicht zur Rubrik «Widerstand» gerechnet worden waren. Neben Arbeiten, die sich mit Aktionen organisierter (und stärker als bei früheren Untersuchungen in ihrem sozialen Milieu erfasster) sozialdemokratischer und kommunistischer Gruppen beschäftigen, finden sich Darstellungen zahlreicher Formen «zivilen Ungehorsams» – etwa wenn Leute den «Hitlergruss» verweigerten und hartnäckig die Kirchen- statt der Hakenkreuzfahne aus dem Fenster hängten oder wenn Bauern Einwände gegen Agrargesetze erhoben und weiter bei jüdischen Viehhändlern kauften, katholische Priester antikirchliche politische Massnahmen öffentlich kritisierten oder wenn Deutsche mit sogenannten Fremdarbeitern fraternisierten. Durch die detaillierte Berücksichtigung des sozialen Milieus wurden Motive aufgedeckt, die zwar häufig nicht der «heldenhaften» Vorstellung vom «Widerstandskämpfer» entsprachen, aber von einzelnen Personen ein viel menschlicheres und zugänglicheres Bild ergaben. Hier wurden Menschen gezeigt, die manchmal aus sozialer Abneigung, wirtschaftlicher Not, blindem Protest, manchmal aus Wut über die schlimme Behandlung von Freunden und Familienangehörigen durch Nationalsozialisten oder aus einer religiös-konservativen Haltung heraus handelten, gelegentlich aber auch aus prinzipieller Überzeugung für eine bessere soziale und politische Ordnung oder die «Diktatur des Proletariats» kämpften.⁴⁰

Statt Motive, Intentionen und Ziele in den Mittelpunkt zu stellen, beschäftigte sich das «Bayern-Projekt» mit Widerstand im weitesten Sinne. Das methodische Schwergewicht lag auf den (wenn auch begrenzten) Handlungen selbst und auf deren «Wirkung» im Hinblick auf eine Blockierung oder partielle Behinderung der nationalsozialistischen Durchdringung der

39 Martin Broszat u.a. (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, 6Bde. (München u. Wien 1977-1983).

40 Siehe Plum. S. 270 f.

Gesellschaft. In Wirklichkeit ging es bei dem Projekt also nicht mehr um Widerstand als bewusstes, grundsätzliches Infragestellen des Regimes, sondern darum, inwieweit konkrete, schon vorher vorhandene Gruppen, Institutionen (wie die Kirchen, die Bürokratie und die Wehrmacht), Subkulturen und Einzelpersonen in bestimmten sozialen Milieus es vermochten, gegenüber dem «totalen Anspruch» des NS-Regimes und seiner Ideologie ein gewisses, relatives Mass an Immunität aufzubieten.

Zusammen mit diesem «funktionalen» statt «intentionalen» Ansatz zur Erfassung gesellschaftlicher Konflikte mit dem Nationalsozialismus führte der Leiter des «Bayern-Projekts», Martin Broszat, einen ganz neuen – und heftig diskutierten – Begriff in die Widerstandshistoriographie und -terminologie ein: «Resistenz»⁴¹. Ähnlich wie «Immunität» in der Medizin oder «Resistenz» in der Physik fasste Broszat das Wort als einen strukturellen, moralisch neutralen Begriff auf, mit dessen Hilfe die tatsächliche Wirkung von Handlungen erforscht werden sollte, durch die die nationalsozialistische Durchdringung der Gesellschaft eingedämmt und der totale Herrschafts- und Machtanspruch des Regimes abgewehrt worden waren.⁴² «In jedem politisch-gesellschaftlichen System», so erklärte er, «noch mehr unter einer politischen Herrschaft wie der des NS, zählt politisch und historisch vor allem, was *getan* und was *bewirkt*, weniger das, was nur *gewollt* oder *beabsichtigt* war.»⁴³

Broszat unterschied «Resistenz» von «Widerstand»: Der Widerstandsbegriff verschleierte häufig die tatsächliche soziale und politische Wirkung, Auswirkung und Folge von Handlungen durch eine zu starke Konzentration auf subjektive Motive, Organisationen und den moralisch-ethischen Handlungsrahmen. Der verhaltensbezogene Resistenzbegriff erlaube hingegen,

41 Martin Broszat, «Resistenz und Widerstand», in *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 4, S. 691-709, wieder abgedruckt in Martin Broszat, *Nach Hitler* (München 1986), S. 68-91. Von vielen Seiten ist bereits auf die Hindernisse hingewiesen worden, die einer Verwendung des Begriffs «Resistenz» ausserhalb des deutschen Sprachraums entgegenstehen, weil eine Übersetzung in nicht wenigen Sprachen aufgrund der Verwechselbarkeit mit dem entsprechenden Wort für Widerstand auf Schwierigkeiten stösst. Eine wertvolle Einschätzung des Beitrags, den Broszat zur Erforschung des deutschen Widerstands geleistet hat, findet sich in Hans Mommsens «Widerstand und Dissens im Dritten Reich», in Klaus-Dietmar Henke und Claudio Natoli (Hg.), *Mit dem Pathos der Nüchternheit* (Frankfurt a.M. 1991), S. 107-118.

42 *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 1, S. 11 und Bd. 4, S. 697ff.

43 *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 4, S. 698.

auch Formen partiellen Opponierens (die mit partieller Zustimmung zum Regime einhergingen) innerhalb des grösseren Widerstandsrahmens zu erfassen, anstatt, wie bislang üblich, jeden nicht fundamentalen Widerstand gegen das Regime unberücksichtigt zu lassen. Der Resistenzbegriff ermöglichte es daher, sowohl die soziale Basis des Konfliktes mit dem Regime tiefer zu verstehen als auch die grundlegenden Übereinstimmungen mit Aspekten der NS-Herrschaft nuancierter zu erklären.

Für die Erforschung der Verhaltensweisen des einfachen Volkes im Nationalsozialismus war diese Schwerpunktverschiebung ungeheuer fruchtbar. Dennoch führten sowohl der Resistenzbegriff selbst als auch die Frage, ob sich mit Hilfe des neuen Ansatzes das Problem des Widerstands gegen das NS-Regime angemessen bewältigen lasse, zu kontroversen Diskussionen.⁴⁴ Die schärfste Kritik wurde dabei von dem Schweizer Historiker Walter Hofer formuliert: «Der Begriff der Resistenz [führt] zu einer Nivellierung von grundsätzlichem Widerstand gegen das System einerseits und Aktionen, die mehr oder weniger zufällige, äusserliche Erscheinungsformen kritisieren, andererseits: Der Tyrannenmörder erscheint auf derselben Stufe wie der Schwarzschlächter.» Des Weiteren wandte sich Hofer gegen die Tendenz, Interpretationen, die die «sittliche Qualität» und den «politischen Gehalt» von Widerstandshandlungen betonen, als «moralisierende Geschichtsbetrachtung» abzuqualifizieren.

Die behauptete «monumentalistische Erstarrung» des Forschungsthemas war für ihn nicht zu erkennen, und er meinte, wer «moralischpolitische Urteile» aus der Widerstandsdebatte ausklammere, falle einem falschen Objektivitätsverständnis zum Opfer. Seiner Ansicht nach sei es ohnehin wenig sinnvoll, von einer «verhaltensgeschichtlich» ausgerichteten Forschung nun zu einer «wirkungsgeschichtlichen» überzugehen, da offensichtlich sei, «dass die unter dem neuen Begriff der Resistenz subsumierten oppositionellen Haltungen gerade wenig oder überhaupt keine für das herrschende totalitäre Regime irgendwie relevante Wirkung erzeugt haben».⁴⁵

44 Selbst die am «Bayern-Projekt» beteiligten Forscher empfanden den Begriff «Resistenz» als schwierig und äusserten entsprechende Bedenken. Siehe Plum, S. 264 f.

45 Schmäddeke, S. 1121 f. Auf der Suche nach definatorischer Klarheit argumentierte Hofer (S. 1120f), der Begriff «Resistenz» schliesse wenigstens partielle Kollaboration mit ein und meine insofern das Gegenteil von «resistance/résistance/resistenza» oder

An den Reaktionen auf Hofers Ausführungen wird deutlich, welche Schwierigkeiten sich bei jeder Art von Widerstandsbegriff ergeben und wie sehr die Meinungen und Interpretationen führender Experten auseinandergehen können. Hofers Position wurde von Marlis Steinert unterstützt, die den Resistenzbegriff als zu weitgefasst erachtete, da sich darunter auch «stumme Hinnahme, Resignation, Apathie» und sogar «Integration in das Regime» subsumieren lasse. Von Klaus-Jürgen Müller wurde weiter argumentiert, dass der Widerstandsbegriff den «Willen zur Überwindung des Systems» beinhalten müsse (auch wenn damit immer noch nichts Eindeutiges über Art und Umfang der von einem solchen «Willen» ausgehenden Handlungen gesagt ist und unerläutert bleibt, wie umfassend ein solcher «Wille» sein muss).⁴⁶

Hein Boberach und Manfred Messerschmidt definierten in ihrer Entgegnung «Widerstand» aus der Sicht der nationalsozialistischen Machthaber.⁴⁷ Diese Interpretation (die sich mit Hüttenbergers theoretischem Ansatz von der «asymmetrischen Herrschaft» trifft) hat in der Tat viel für sich. Bei ihrem totalen Anspruch an die Gesellschaft waren die Nationalsozialisten nicht bereit, den Bürgern institutionelle oder organisatorische Freiräume zu lassen, die keiner nationalsozialistischen Kontrolle unterlegen hätten. Auch wenn dieser Anspruch nicht ganz verwirklicht wurde, kann es keinen Zweifel daran geben, dass die Nationalsozialisten die Absicht hatten, alle Aspekte der Gesellschaft unter ihre Kontrolle zu bekommen. So wurden viele Verhaltensformen, die in einer liberalen Demokratie nicht weiter aufgefallen oder als harmlos angesehen worden wären – etwa Jugendgruppen, die sich nach westlichen Modevorstellungen kleideten und Swingmusik hörten oder auf Jazzkonzerte gingen –, im nationalsozialistischen Polizeistaat als Bedrohung des Systems eingestuft und dementsprechend politisiert und kriminalisiert.⁴⁸

werde zumindest in der internationalen Forschung Verwirrung stiften. Von anderer Seite wurde angemerkt, dass dieser Terminus selbst in der Medizin ambivalent sei und dort auch bedeuten könne, dass ein Patient gegen ein Medikament resistent ist, das ihm anderenfalls Heilung bringen könnte. Und vielleicht noch überzeugender war der Hinweis darauf, dass es bei diesem Begriff im Wesentlichen um etwas *Passives* geht, während «Widerstand» etwas *Aktives* beinhaltet. Siehe Plum, S. 264 f.

46 Schmäddeke, S. 1122.

47 Ebenda.

48 Siehe Detlev Peukert, *Die Edeliveisspiraten. Protestbewegungen jugendlicher Arbeiter im Dritten Reich* (Köln 1980) sowie die Arbeiten, auf die in Kapitel 7, Anm. 56

Andere Historiker, wie Peter Steinbach und Hans Mommsen, warnten davor, eine starre Definition zu verwenden, da man damit weder die ganze Bandbreite der «Widerstandspraxis» noch die «Rekrutierungsbedingungen» oder die unterschiedlichen Herausforderungen erfassen könne, mit denen der Einzelne konfrontiert war. Ausserdem bleibe der Umstand unberücksichtigt, dass «Widerstand» nicht als etwas Statisches oder Absolutes zu begreifen sei, sondern als ein sich im Laufe der Zeit steigender «Prozess».⁴⁹ «Widerstand als Prozess» meint, dass viele Menschen, die letztlich absoluten Widerstand leisteten (darunter auch ein Grossteil der Verschwörer des 20. Juli), zunächst – und oft sogar über einen langen Zeitraum hinweg – vieles am Nationalsozialismus gebilligt hatten und durchaus Teil des Systems gewesen waren.

Carl Goerdeler zum Beispiel, eine der zentralen Widerstandsfiguren, hatte in den ersten Jahren des Dritten Reichs als Hitlers Preiskommissar fungiert, die Rassengesetze befürwortet und im Nationalsozialismus anfangs die beste Möglichkeit gesehen, um Deutschlands Rechte als Nation auf der Basis innerer Geschlossenheit, «völkischer» Prinzipien und moralischer Führung zu sichern. Doch schon 1935 stimmte er mit der wirtschaftspolitischen Entwicklung überhaupt nicht mehr überein und zeigte sich über den Machtmissbrauch der Nationalsozialisten zunehmend enttäuscht. 1937 trat er aus Protest gegen die Entfernung eines Mendelssohn-Denkmal aus der Leipziger Innenstadt vom Amt des Oberbürgermeisters zurück. Aufgrund wachsender Entfremdung und Sorge über die voraussichtlich katastrophalen Folgen der Hitlerschen Aussen- und Wirtschaftspolitik wurde er schon bald zu einem völligen Gegner des Regimes und mit Kriegsbeginn zum Dreh- und Angelpunkt des bürgerlichen Widerstands gegen Hitler.⁵⁰

Das Beispiel Goerdeler und die vielen anderen Fälle, in denen Deutsche nur zögerlich den Weg von – zum Teil begeisterter – Mitarbeit zur umfas-

schon hingewiesen wurde. Zum Bereich Musik siehe den faszinierenden Beitrag von Michael Kater, «Forbidden Fruit? Jazz in the Third Reich», *American Historical Review* 94 (1989), S. n-43, sowie *Gewagtes Spiel: Jazz im Nationalsozialismus* (Köln 1995). Viele der geringfügigen Vergehen, die im «Dritten Reich» häufig drakonische Strafen nach sich zogen, analysiert Peter Hüttenberger in «Heimtückefälle vor dem Sondergericht München 1933-1939», *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 4, S. 435-526.

49 Schmäddecke, S. 1122 f.

50 Siehe Michael Krüger-Charlé, «Carl Goerdelers Versuche der Durchsetzung einer alternativen Politik 1933 bis 1937», in Schmäddecke, S. 383-404, sowie Broszat, *Nach Hitler*, S. 170.

senden Gegnerschaft gegenüber dem Regime fanden, veranlasste Hans Mommsen, mit Blick auf die nationalkonservative Verschwörung recht treffend vom «Widerstand der Staatsdiener»⁵¹ zu sprechen, die grösstenteils erst allmählich erkannt hätten, dass es zur Rettung des Staates letztlich erforderlich sei, das Staatsoberhaupt zu töten. Selbst unter den Verschwörern, so führte Mommsen weiter aus, seien «die Grenzen zwischen Teilkritik, offener Gegnerschaft und aktivem Widerstand [...] unter den gegebenen Bedingungen notwendig fliessend» gewesen.⁵²

An diesem Aufeinanderprallen verschiedener Auslegungen zeigte sich, dass die umfangreichen und beeindruckenden empirischen Ergebnisse, die in der Forschung zum deutschen Widerstand gegen Hitler zusammengetragen worden waren, vor allem im Rahmen der Hinwendung zu einer «Sozialgeschichte des Widerstands» zusehends komplexe, ineinandergreifende theoretische und interpretatorische Probleme aufgeworfen und noch nicht gelöst hatten.

Die im Laufe der historiographischen Entwicklung wechselnden Ansichten über die Wirkung von Widerstandshandlungen hängen, wie gezeigt, mit der Definitionserweiterung zusammen und haben die Vorstellungen über Form und Umfang des Widerstands verändert. Die folgende Zusammenfassung geht zunächst von der erweiterten Definition aus und versucht, auf dieser Basis die *Wirkung* des Widerstands zu beurteilen. Daraus ergibt sich dann die Erörterung der Frage, ob für die Analyse eine engere oder erweiterte *Definition* nützlich ist. Daran anschliessend wird noch einmal untersucht, welchen *Umfang* der Widerstand im deutschen Volk hatte. Zum Abschluss erhebt sich die Frage, ob die derzeit antagonistischen Interpretationen miteinander in Einklang gebracht werden können und ob eine Synthese möglich ist, mit deren Hilfe sich die Forschung dem Widerstandsproblem auf neue Weise nähern kann.

51 Schmädéke, S. 9. Zu denen, auf die Mommsens Beschreibung zutrifft, gehörten Ulrich von Hassell (bis 1938 deutscher Botschafter in Rom) und Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg (ein höherer Beamter und Parteimitglied seit 1932, der sich vom Nationalsozialismus Deutschlands Erneuerung durch die Einimpfung preussischer Tugenden versprach). Siehe *Die Hassell-Tagebücher* in der neu von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen herausgegebenen Auflage (Berlin 1988) sowie Ulrich Heinemann, *Ein konservativer Rebell. Fritz Dietlof Graf von der Schulenburg und der 20. Juli* (Berlin 1990).

52 Schmädéke, S. 11.

Zusammenfassung

1 Mit der Ausdehnung des erfassten Widerstandsspektrums auf alle Formen «alltäglicher» Konflikte mit dem Regime verschob sich auch der Hauptblickwinkel von «Motiven» auf «Wirkungen» und «Funktionen». Insbesondere der Resistenzbegriff geht von der Vorstellung aus, dass es hauptsächlich darauf ankommt, die Wirkung beziehungsweise Funktion von Handlungen (unabhängig von den zugrundeliegenden Motiven) im Hinblick auf eine Eindämmung oder Blockierung der nationalsozialistischen Durchdringung der Gesellschaft zu untersuchen. Während manche Historiker den Gedanken, dass dem Handlungsspielraum des Regimes durch «Resistenz» wesentliche Grenzen gesetzt worden seien, vollkommen verwerfen, meinen andere, der «funktionale Widerstand» habe für das Regime bei der Verwirklichung seiner Ziele ein echtes Hindernis bedeutet.

Hat Hofer mit seiner Behauptung recht, «Resistenz» habe nahezu «keine für das herrschende totalitäre Regime irgendwie relevante Wirkung» gehabt?⁵³ Oder lässt sich Broszats Feststellung aufrechterhalten, anders als ein Grossteil des aktiven Widerstands sei die Resistenz nicht allgemein gescheitert, sondern habe in zahlreichen Aktivitätsbereichen durch viele «Kleinformen zivilen Mutes» der NS-Herrschaft wirksam Grenzen setzen können?⁵⁴

Der scheinbar unauflösbare Interpretationskonflikt ist ein Zeichen für die diametral entgegengesetzten Forschungsansätze, die man als *fundamentalistisch* und *gesellschaftlich* bezeichnen könnte. Man kann allerdings sagen, dass beide Ansätze ihre Berechtigung haben und sich für jede der gegensätzlichen Antworten auf die Frage nach der Wirksamkeit der Resistenz gute Argumente finden lassen.

Genaugenommen lässt sich die Wirksamkeit der Resistenz nur durch die Untersuchung des Gegenteils belegen. Welchen Unterschied hätte es gemacht, wenn keine Resistenz vorhanden gewesen wäre? Überhaupt keinen, wäre Hofers einfache und direkte Antwort. Wofür keinen Unterschied? Hofer würde diese Frage *fundamentalistisch* beantworten und auf die Ziele, Ambitionen und Intentionen des Regimes verweisen. Er könnte durchaus zu Recht argumentieren, dass der «totale Anspruch» des NS-Regimes sich

53 Schmäddeke, S. 1122.

54 Broszat, *Nach Hitler*, S. 112.

nicht nur auf die Macht um der Macht willen richtete, sondern der Vorbereitung eines rassistischen Eroberungskriegs diene, um für ein rassistisch «gereinigtes» Deutschland auf den Trümmern des Bolschewismus eine dauerhafte Vormachtstellung zu errichten. Und er könnte hinzufügen, dass es der vereinten Macht der Alliierten bedurfte, um die Verwirklichung dieses Ziels zu verhindern. Daraus würde Hofer mit einiger Berechtigung folgern, dass die zentralen Ambitionen des Regimes durch etwa vorhandene Resistenz kaum beeinträchtigt wurden.

Broszats Antwort würde hingegen anders ausfallen, da er die Frage anders interpretieren würde. Er hielt das Argument, die Resistenz habe den Nationalsozialismus *nicht* daran zu hindern vermocht, einen Vernichtungskrieg zu führen und Völkermord zu verüben, für so offensichtlich, dass man darüber nicht zu diskutieren brauchte. Wenn er den Resistenzbegriff verwendete, hatte er eine andere Zielrichtung des Regimes im Auge. Sein Interesse galt nicht der Frage, inwieweit das NS-Regime durch Resistenz wohl an seiner Kriegs- und Völkermordpolitik gehindert wurde, er wollte vielmehr untersuchen, in welchem Umfang den Nationalsozialisten die beabsichtigte totale Durchdringung der Gesellschaft gelang und inwieweit bestimmte gesellschaftliche Gruppen und Institutionen in der Lage waren, entsprechende Versuche erfolgreich abzuwehren. Broszat würde also je nach dem gerade betrachteten gesellschaftlichen Aspekt eine unterschiedliche Antwort auf die oben gestellte Frage geben, ganz allgemein jedoch zweifellos zu dem Schluss kommen, dass sich die vorhandene Resistenz auf die Fähigkeit des Regimes auswirkte, die Gesellschaft nach Belieben zu manipulieren.

Das einzige Kriterium, das Broszat also unter *gesellschaftlichem* Blickwinkel akzeptierte, um Handlungen als Anzeichen für Resistenz einzustufen, war, dass sie «tatsächlich eine die NS-Herrschaft und NS-Ideologie einschränkende Wirkung hatten». Er nannte eine Reihe von Handlungen (darunter Streiks, Kritik von der Kanzel herab, Nichtteilnahme an nationalsozialistischen Versammlungen, Verweigerung des «Hitlergrusses», Beziehungen zu Juden trotz Verbots, gesellige Zusammenkünfte früherer SPD-Genossen) als Beispiele dafür, dass die nationalsozialistische Durchdringung und Kontrolle der Gesellschaft ihre Grenzen hatte und das Regime bei der Verwirklichung seines totalen Anspruchs auf Hindernisse stieß. Ausserdem wies er darauf hin, dass während des ganzen Dritten Reichs Institutionen (wie die Kirchen, die Bürokratie und die Wehrmacht) fortbestan-

den, die eine relative Unabhängigkeit vom Nationalsozialismus wahren konnten, und dass auch weiterhin sittlich-religiöse Normen sowie ökonomische, rechtliche, intellektuelle und künstlerische Wertvorstellungen existierten, die die NS-Herrschaft nicht auszulöschen vermochte.⁵⁵ Von den Reaktionen der Gesellschaft auf den Nationalsozialismus her gesehen und in Anbetracht der Hindernisse, die einer durchdringenden Wirkung des Nationalsozialismus auf Individuen, Gruppen und Institutionen entgegenstanden, hat Broszat mit seiner Behauptung recht, dass eine wirksame Resistenz vorhanden war. Damit ist gemeint: es gab Bereiche relativer Immunität; eine funktionale Wirksamkeit unangepassten Verhaltens existierte in dem von Broszat verstandenen begrenzten Sinne.

Die Interpretationen von Hofer und Broszat erscheinen als völlig entgegengesetzt, gehen aber im Grunde aneinander vorbei: Sie sprechen unterschiedliche Probleme an. Die Schwierigkeit besteht offensichtlich in dem verwirrenden und irreführenden Terminus «Resistenz», bei dem (wenn vielleicht auch nicht im Deutschen, so doch zumindest in einigen anderen Sprachen) eine sprachliche Nähe zu dem Wort «Resistance» besteht, durch die dieser Begriff scheinbar zu einem Bestandteil der Widerstandsdebatte wird. In Wirklichkeit soll er jedoch als begriffliches Instrument dazu dienen, Kooperations- und Konfliktbereiche zwischen Regime und Gesellschaft zu verstehen. Als solches kann er den Kontext erklären helfen, in dem es zu Widerstandshandlungen kam – beziehungsweise in den meisten Fällen nicht kam. Indem mit Hilfe dieses Begriffes beispielsweise aufgezeigt wird, warum katholische Bräuche gelegentlich mit Nachdruck und Erfolg verteidigt werden konnten, während kaum versucht wurde, die Juden zu schützen, leistet dieser Ansatz – wenn auch auf subtilere Weise, als Hofer anzuerkennen bereit ist – einen wesentlichen Beitrag zur Beantwortung der Frage, wie und warum das NS-Regime seine zentralen politischen Absichten tatsächlich umsetzen konnte und wie wirkungslos der *Widerstand* war, der das verhindern wollte. Broszat hat zweifellos deutlich zu machen versucht, dass er den Begriff der Resistenz dem des Widerstands gegenüberstellte und nicht den einen durch den anderen ersetzen wollte. Wenn an seinem einfallsreichen und bahnbrechenden Ansatz überhaupt etwas zu beanstanden wäre, dann höchstens die Unzulänglichkeit des von ihm gewählten Begriffs.

⁵⁵ *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 4, S. 697.

Eine auffallende Schwäche des Resistenzbegriffs ist, dass er trotz des Anspruchs, mit «Wirkungen» und nicht «Motiven» befasst zu sein und Handlungen «wertfrei» zu erfassen, in der Praxis bei der Beurteilung einer konkreten Handlung nicht völlig von Intention und Motivation absehen kann. Ganz natürlicher- und richtigerweise versucht man nach wie vor zu verstehen, warum einzelne Menschen sich selbst, ihre Familien und Freunde beträchtlichen – und bisweilen tödlichen – Risiken aussetzten. Auch wenn die Motive oft nicht gerade erhaben, heldenhaft, selbständig entwickelt oder moralisch-ethisch begründet und häufig durch Milieu und Umstände geprägt waren, handelt es sich dabei doch um Motive, die sich von spontanen – zorn-, enttäuschungs- oder leidbedingten – Gefühlsausbrüchen unterscheiden lassen.

In der Praxis ist es auch nicht möglich oder hinreichend, eine Handlung und deren «Wirkung» isoliert von jeglichen vielleicht mit ihr verknüpften Wertvorstellungen und Implikationen zu betrachten. So ist es zum Beispiel wichtig zu wissen, dass Bauern, die mit Juden weiterhin Handel trieben, das aus materiellem Eigeninteresse taten; trotz eigener Einwände gegen die von den Nationalsozialisten betriebene Ausschaltung jüdischer Händler auf dem Lande konnten solche Bauern durchaus Antisemiten sein, die die generelle anti jüdische Stossrichtung der Politik bejahten. Und es ist auch relevant zu wissen, dass sich unter den Arbeitern, die sich 1935/36 an Streiks beteiligten, viele unzufriedene SA-Leute befanden, deren pronationalsozialistische Einstellung im Übrigen nur zu offensichtlich war. Ebenso muss man einen Unterschied machen zwischen der prinzipiellen und durchgängigen Verweigerung des «Hitlergrusses» durch Konservative wie Ewald von Kleist-Schmenzin⁵⁶ und dem oberflächlich gesehen gleichen Verhalten bayerischer Bauern, die aber eigentlich nur darüber irritiert waren, dass die Regierung den Arbeitskräftemangel auf dem Lande nicht beheben konnte, und im Übrigen die Internierung von «Marxisten» und die Nürnberger Gesetze begrüßten.

Das «funktionale» Argument ist dort am schwächsten, wo die grössten Ansprüche mit ihm verknüpft sind. In Kapitel ist bereits Tim Masons These (und die daran geäußerte erhebliche Kritik) referiert worden, dass es Arbeitern im Dritten Reich (trotz des äusserst feindseligen Staates und des fehlenden gewerkschaftlichen Rückhalts) bei akutem Arbeitskräftemangel

56 Siehe Schmädeke, S. 5.

möglich gewesen sei, ihren Arbeitgebern so weitgehende Zugeständnisse abzurufen, dass dadurch das NS-Regime ernstlich in seiner Handlungsfreiheit eingeschränkt wurde, seine Kriegsvorbereitungen zu dem ihm genehmen Zeitpunkt und unter den von ihm gewünschten Umständen in den Weltkrieg münden zu lassen.⁵⁷ Dieser These zufolge haben also die Aktionen, mit denen die Arbeiter ihre eigene Position verteidigten, *funktional* betrachtet das Regime in einem wesentlichen Punkt geschwächt: in der Fähigkeit, einen imperialistischen Krieg zu führen.

Zu ähnlichen Aussagen gelangte Michael Voges. Er wertete die Berichte der sozialdemokratischen Exilorganisation Sopade über den «Widerstand in den Betrieben»⁵⁸ aus. Von der Intention der Arbeiter her gesehen, sei der wirtschaftliche Klassenkampf in den Fabriken nur teilweise politisch motiviert gewesen. Doch «seiner Funktion nach» müsse der Kampf in den Betrieben insofern als «Widerstand» betrachtet werden, als das Regime gezwungen gewesen sei, sich politisch mit ihm auseinanderzusetzen, da es ihn als politische Bedrohung empfand.⁵⁹

57 Am ausführlichsten dargelegt wurde diese These in Timothy W. Mason, *Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft* (Opladen 1975) und noch einen Schritt weiterentwickelt in seinem Aufsatz «The Workers' Opposition in Nazi Germany», *History Workshop Journal 11* (1981), S. 120-137. Auf deutsch erschien dieser Beitrag leicht gekürzt als «Arbeiteropposition im nationalsozialistischen Deutschland», in Detlev Peukert und Jürgen Reulecke (Hg.), *Die Reihen fast geschlossen* (Wuppertal 1981), S. 293-313. Hier unterschied Mason ausdrücklich zwischen politisch motivierten Arbeiteraktionen, die er als «politischen Widerstand» einstuft, und dem ökonomischen Klassenkampf, den er als «Opposition» bezeichnete und als Zeichen dafür ansah, dass die Arbeiterklasse nicht bereit war, sich dem NS-System voll und ganz unterzuordnen. Auch wenn es ersterem – dem illegalen Widerstand im Untergrund – nicht gelungen sei, das Regime zu unterminieren, so habe letzterer doch an dessen neuralgische Stelle gerührt und sei daher als politisch anzusehen: aufgrund der eigenen funktionalen Implikationen für das Regime und weil der NS-Staat selbst erkennbar dazu diene, Arbeiter zu unterdrücken und zu verfolgen, die die eigenen wirtschaftlichen Interessen zu schützen versuchten («Arbeiteropposition», S. 293 ff, 309-312).

58 Michael Voges, «Klassenkampf in der ‚Betriebsgemeinschaft‘. Die ‚Deutschland-Berichte‘ der Sopade (1934-1940) als Quelle zum Widerstand der Industriearbeiter im Dritten Reich», *Archiv für Sozialgeschichte 21* (1981), S. 329-384.

59 Voges, S. 376! (und Anm. 189) sowie S. 382f. Voges verwendet ebenfalls den Begriff «Resistenz», trägt aber mit seinem Vorschlag, darunter notwendigerweise auch «Intentionalität» zu subsumieren, nicht zu begrifflicher Klarheit bei, denn Broszat hatte Intention als Resistenzkriterium ausdrücklich ausgeschlossen.

Wenn argumentiert wird, dass die Verwirklichung der grundlegenden Ziele des Regimes durch die – nur selten politisch motivierten oder intendierten – Aktionen von Industriearbeitern gefährdet gewesen sei, gehen solche Thesen weit über das hinaus, was Broszat als Resistenzwirkung verstanden wissen wollte. Und – auf solche Positionen treffen die von Hofer und anderen geäußerten Einwände weit eher zu.

Wie in Kapitel 7 gezeigt, blieben Arbeiter-«Subkulturen» gegenüber dem Nationalsozialismus auch nach 1933 relativ resistent. Ab Mitte der dreissiger Jahre machten sich in zunehmendem Masse – vom Regime politisch interpretiert, wenn auch nicht unbedingt so motiviert – Unzufriedenheit und Unruhe bemerkbar, die für die Stabilität der NS-Herrschaft und die Verwirklichung ihrer Ziele eine *potentielle* Gefahr darstellten.

Von einschneidenden Auswirkungen auf die Handlungsfreiheit des Regimes kann allerdings keine Rede sein. Kollektive «Arbeitskampfmassnahmen» – etwa in Form von Streiks, die 1935-1937 ihren zahlenmässigen Höhepunkt erreichten – blieben selbst im Vergleich zu den Arbeiteraktionen im faschistischen Italien vom Umfang her begrenzt und politisch wirkungslos.⁶⁰ Wenn man früher in etwas idealistischer Überschätzung der Ansicht war, die Arbeiterunruhen hätten einen ausgesprochen antinationalsozialistischen Charakter und eine wesentliche Auswirkung auf die Handlungsfreiheit des Regimes gehabt, so sind derlei Vorstellungen inzwischen durch Untersuchungen zur Rolle von Schlüsselgruppen (wie den Bergleuten) und zur Kriegsphase beträchtlich zurechtgerückt worden.⁶¹ Die nationalsozialistische Führung machte gegen Ende der dreissiger Jahre gewiss nicht den Eindruck, dass ihr die Industriearbeiterschaft *politische* Sorgen bereite.

Es war eine attraktive und in gewissem Sinne beruhigende Vorstellung, davon auszugehen, dass Arbeiteropposition und Klassenkampf das NS-Regime unter Druck gesetzt (und dadurch letzten Endes nicht unwesentlich, wenn auch indirekt zu dessen Niederlage beigetragen) hätten. Diese Sichtweise hat inzwischen jedoch zu Recht der nüchteren und pessimistischeren

60 So sieht es auch Tim Mason in seinem Artikel «Arbeiter ohne Gewerkschaften. Massenwiderstand im NS-Deutschland und im faschistischen Italien», *Journal für Geschichte* (November 1983), S. 28-36.

61 Klaus Wisotzky, *Der Ruhrbergbau im Dritten Reich* (Düsseldorf 1983); Wolfgang Werner, «Bleib übrig!» *Deutsche Arbeiter in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft* (Düsseldorf 1983); Stephen Salter, «The Mobilisation of German Labour, 1939-1945» (unveröffentl. Dissertation, Oxford 1983).

Einschätzung Platz gemacht, die deutsche Arbeiterklasse sei damals in Schach gehalten und neutralisiert worden, habe resigniert, sei demoralisiert und bestenfalls nur partiell in das NS-System integriert gewesen und habe keineswegs eine ernste Gefahr für das Regime dargestellt.⁶² Die Phase, in der die Entscheidungen der NS-Führung noch am ehesten durch Arbeiterunruhen beeinflusst waren, dürfte wohl weniger die Jahre unmittelbar vor Kriegsbeginn als die Zeit 1935/36 umfasst haben.⁶³ Doch auch dann wurde die NS-Führung dadurch nur in die Richtung gedrängt, die sie ohnehin einschlagen wollte.

Aus dem oben Dargelegten lassen sich einige Schlussfolgerungen ziehen. Erstens dürfte deutlich geworden sein, dass Hofers Einwände gegen den Resistenzbegriff grösstenteils irrelevant sind, da er die intendierte Bedeutung des Begriffs und dessen wesentliche Stossrichtung als begriffliches Instrument ignoriert oder übersieht. Es war nie beabsichtigt, mit Hilfe des *Resistenzbegriffs* das *Widerstandsproblem* anzugehen. Für Martin Broszat und die Mitarbeiter am «Bayern-Projekt» stand fest, dass der deutsche Widerstand gegen Hitler tragisch gescheitert und die Verwirklichung der grundlegenden Regimeziele nicht durch Resistenz beeinträchtigt worden ist.

62 Ebenso sieht es auch Tim Mason in einem späteren, von seiner bisherigen Gewichtung abweichenden Aufsatz: «Die Bändigung der Arbeiterklasse im nationalsozialistischen Deutschland», in Carola Sachse u.a., *Angst, Belohnung, Zucht und Ordnung* (Opladen 1982), S. 11-53. In jüngeren Untersuchungen wird, besonders von Gunther Mai, viel stärker als bei Mason die integrative Rolle der «Deutschen Arbeitsfront» als einer Art Ersatzgewerkschaft hervorgehoben. Siehe Gunther Mai, «Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Nationalsozialismus», VfZ 31 (1983), S. 573-613; ders., «„Warum steht der deutsche Arbeiter zu Hitler?“ Zur Rolle der Deutschen Arbeitsfront im Herrschaftssystem des Dritten Reiches», GG 12 (1986), S. 212-234; ders., «Arbeiterschaft zwischen Sozialismus, Nationalismus und Nationalsozialismus», in Uwe Backes u.a. (Hg.), *Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus* (Frankfurt a.M. u. Berlin 1990), S. 195-217. Zur «Arbeitsfront» siehe auch die Studie von Ronald Smelser, *Robert Ley. Hitlers Mann an der «Arbeitsfront»* (übers. v. Karl und Heidi Nicolai; Paderborn 1989). Eine ausgewogene Einschätzung zum Stand der Forschung über die Arbeiterschicht im nationalsozialistischen Deutschland bietet Ulrich Herbert, «Arbeiterschaft im ‚Dritten Reich‘. Zwischenbilanz und offene Fragen», GG 15 (1989), S. 320-360.

63 Mein Artikel «Social Unrest and the Response of the Nazi Regime 1934-1936», in Francis R. Nicosia und Lawrence D. Stokes (Hg.), *Germans against Nazism* (Oxford 1990), S. 157-174, versucht, diese Behauptung zu untermauern.

Doch trotz der unbestreitbaren Schwächen des Begriffs ist der durch ihn gekennzeichnete funktionale Ansatz für die Beleuchtung der *Konfliktbereiche* im Verhältnis zwischen Herrschenden und Beherrschten im Dritten Reich stichhaltig und fruchtbar.

Zweitens strapaziert man das Funktionalitätsargument – nun unabhängig vom Resistenzbegriff – zu weit, wenn behauptet wird, die nicht politisch motivierten Aktionen der Industriearbeiterschaft hätten die Verwirklichung eines Hauptziels des NS-Regimes wesentlich beeinträchtigt: die Vorbereitung und Durchführung des Krieges. Im Übrigen lassen sich Motiv und Wirkung nicht so streng trennen und auseinanderhalten, wie beim funktionalen Ansatz suggeriert wird.

Drittens – und dies ist der wichtigste Punkt – ist ein im Broszatschen Sinne gemäßigter «funktionaler» Ansatz nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig, um den sozialen Kontext zu erläutern, in dem sich Widerstand entwickeln konnte – also Formen fundamentaler Opposition gegen den Nationalsozialismus. Die Einblicke, die dank des Resistenzbegriffs in die Beziehungen zwischen Regime und Gesellschaft gewonnen werden konnten, machen die enormen Schwierigkeiten sichtbar, vor denen Menschen stehen, die sich auf fundamentale Opposition einlassen. Im Broszatschen Sinne verwandt, hat der Resistenzbegriff trotz aller Schwächen neue Perspektiven eröffnet – nicht nur im Hinblick auf Oppositionsformen, sondern auch (und das ist vielleicht noch wichtiger) in Bezug auf die weiten Bereiche, in denen eine grundlegende gesellschaftliche Übereinstimmung mit wesentlichen Aspekten der NS-Herrschaft zu beobachten war. Es lag in nicht geringem Masse an diesem Grundkonsens, dass das Regime funktionieren und seine zentralen Ziele vorantreiben konnte. Hüttenbergers pessimistische Einschätzung klingt zutreffend: «Bei aller spürbaren Distanz und Verdrossenheit der Arbeiterschaft, Teilen des Mittelstandes und der Bauern, ist allerdings nicht zu übersehen, dass es der Führung des Dritten Reiches weitgehend gelang, insoweit Konformität, ja Bereitschaft zur Mitarbeit zu erzeugen, dass ihre Pläne, zumal die Vorbereitung auf den Krieg, von innen her nicht gefährdet waren.»⁶⁴ Richtigerweise erkannte Hüttenberger, der bei der begrifflichen Zieleinstellung des «Bayern-Projekts» eine Schlüsselrolle spielte, dass in Zukunft nicht der «Widerstand», sondern Anpassung und Kollaboration die anspruchsvollsten Forschungsprobleme aufwerfen würden.

64 Peter Hüttenberger, «Nationalsozialistische Polykratie», *GG 2* (1976), S. 440.

2 Wie gezeigt, liegen der widersprüchlichen Verwendung des Widerstandsbegriffs zwei recht unterschiedliche – und in sich berechnete – methodische Ansätze zugrunde, die allein durch denselben emotional gefärbten Begriff «Widerstand» miteinander verbunden sind. Der – von uns so genannte – *fundamentalistische* Ansatz befasst sich mit organisierten Versuchen zur Bekämpfung des Nationalsozialismus und vor allem mit den mutigen, risikoreichen politischen Aktionen, die das Regime als Ganzes in Frage stellten. Wer von diesem Ansatz ausgeht, konzentriert sich zwangsläufig stark auf die Elitegruppen, die zu solchen aussergewöhnlichen Aktionen in der Lage waren. Im Gegensatz dazu untersucht der *gesellschaftliche* Ansatz vor dem Hintergrund des «totalen Anspruchs» des NS-Regimes eine Vielzahl von *Konfliktpunkten zwischen Regime und einfachem Bürger*. Obwohl sich die Vertreter des letztgenannten Ansatzes von ihrer regimezentrierten Definition ausgehend mit einem prinzipiell breiten Verhaltensspektrum befassen, das von der geringsten bis zur grundsätzlichsten Art von Nonkonformismus reicht, beschäftigen sie sich kaum mit hoher Politik und den oppositionellen Verschwörern aus den Reihen der Elitegruppen. In Sammelbänden zum Thema Widerstand zeigt sich in der Praxis deutlich, wie wenig die beiden Ansätze miteinander gemein haben.

Wie erwähnt, haben einige Historiker, die Hofers «fundamentalistische» Position ablehnen, vor einer starren Widerstandsdefinition gewarnt und die Ansicht geäussert, eine enge – vielleicht aber auch jede – Definition könne den fließenden Übergängen zwischen Kritik, Opposition und aktivem Widerstand nicht gerecht werden. Widerstand sei als «Prozess» und nicht als eng definierbare feste Grösse zu betrachten. Doch auch wenn diese Beobachtungen korrekt sind, hat sich damit eine klare Definition noch nicht erübrigt. Ausserdem trifft die Vorstellung vom Widerstand als «Prozess» im Hinblick auf den konservativen Widerstand zwar in vielen, doch längst nicht in allen Fällen⁶⁵ zu, verträgt sich aber kaum mit den Erfahrungen vieler in Widerstandsgruppen aktiver Arbeiter⁶⁶, die von Anfang an grundlegenden und prinzipiellen Widerstand leisteten. Ebenso wenig lässt sich behaupten

65 Mit dem Hinweis auf Ewald von Kleist-Schmenzin akzeptiert Mommsen diese Feststellung implizit in Schmädéke, S. 5.

66 Diesen Punkt hob Hermann Weber in seiner Erwiderung auf Steinbach und Mommsen hervor, siehe Schmädéke, S. 1123.

ten, dass die unter dem Resistenzbegriff subsumierten «geringeren» non-konformistischen Verhaltensweisen bei Menschen, die schliesslich zu einem grundsätzlichen Widerstand gegen das Regime fanden, normalerweise ein erstes Oppositionsstadium bildeten.⁶⁷

Von den Historikern, die bei der Beschäftigung mit dem Widerstand eine breite (oder noch lieber gar keine) Definition bevorzugen, halten es die meisten für erforderlich, im Hinblick auf Umsturzversuche beziehungsweise Opposition gegen das System als Ganzes von «grundsätzlichem Widerstand» oder ähnlichem zu reden. Daraus geht zweifellos hervor, dass es – trotz aller fließenden Übergänge zwischen den verschiedenen Erscheinungsformen der Ablehnung des Nationalsozialismus – möglich und notwendig ist, enger eingegrenzte Widerstandsdefinitionen zu entwickeln, die nicht die ganze Bandbreite nonkonformistischen Verhaltens abdecken.

Eine umfassende Widerstandsdefinition wie die des «Bayern-Projekts» (die passive und aktive Verhaltensweisen wie auch partielle und vollständige Formen der Ablehnung des Regimes erfasst⁶⁸) eröffnet im Vergleich

67 Im Falle der partisanenartigen Aktionen der «Edelweisspiraten», die 1944 in Köln-Ehrenfeld einen bewaffneten Kampf gegen NSDAP, Hitlerjugend und Gestapo führten und schliesslich ohne Gerichtsverfahren öffentlich gehängt wurden, wurde jedoch der Übergang von «alltäglichen» Unmutsäusserungen zu regelrechten Widerstandshandlungen vollzogen. Wie Matthias v. Hellfeld, *Edelweisspiraten in Köln* (2. Aufl. Köln 1983), an diesem Beispiel verdeutlicht, hält er die These vom «unfreiwilligen Widerstand innerhalb eines Systems, das kein noch so geringes non-konformes Verhalten duldet und sich somit selbst ein erhebliches Widerstandspotential schuf», für «weitgehend richtig» (S. 7). Hellfeld ging es darum, einen Aspekt darzustellen, den er als «Widerstand des Volkes» betrachtete. Mit seinem Buch verfolgte er sowohl einen politischen als auch einen wissenschaftlichen Zweck: Er wollte die «Rehabilitierung» der Kölner Edelweisspiraten als «Widerstandskämpfer» erreichen, nachdem die Kölner Polizeibehörden deren Aktionen in bereitwilliger Übernahme von Gestapokriterien weiterhin als «kriminell» einstufte (siehe S. 112-121). Hinweise auf andere Arbeiten, die aufzeigen, wie Jugendrebellion gegen die Zwangsjacke nationalsozialistischer Kontrolle in politische Opposition münden konnte, finden sich weiter oben in Anm. 48 sowie in Kap. 7, Anm. 56.

68 Siehe oben Anm. 36. Diese Definition lässt sich von dem oben diskutierten Resistenzbegriff des «Bayern-Projekts» unterscheiden. Siehe auch Broszats «revidierte Widerstandsdefinition», die nun auch «weniger heroische Fälle partieller, passiver, ambivalenter und gebrochener Opposition» erfasst, in: «A Social and Historical Typology of the German Opposition to Hitler», in David Clay Large (Hg.), *Contending with Hitler. Varieties of German Resistance in the Third Reich* (Cambridge 1991), S. 25-33, hier S. 25.

zu der früheren, moralisch-ethisch begrenzten Verwendung des Begriffs «Widerstand» neue Möglichkeiten, zu verstehen, wie die Menschen sich im Nationalsozialismus verhalten haben und inwieweit sie mit dem Regime Kompromisse eingingen. Deutlicher wird auch, wo sie für sich die Grenze zogen und den nationalsozialistischen Einmischungs-, Durchdringungs- und Kontrollversuchen bisweilen mit Erfolg Einhalt geboten. Eine solche Definition bietet sich daher vor allem für sozial- und alltagsgeschichtliche Ansätze an. Sie trägt dazu bei, den Widerstand weitgehend zu entmythologisieren und ihn aus den Sphären unerreichbaren Heldentums auf die Ebene der «einfachen Leute» herunterzuholen.⁶⁹ Sie bietet ausserdem die Möglichkeit, Verhaltensskalen aufzustellen und die reale Situation der einfachen Bürger zu beleuchten, die in erheblichem Masse durch Verwirrung, Entscheidungsdilemmata und beunruhigende Kompromisse gekennzeichnet war.

Für die empirische Forschung zur Sozialgeschichte des «Dritten Reiches» hat sich eine solche umfassende Widerstandsdefinition als äusserst nützlich erwiesen. Ein wesentlicher Nachteil ist allerdings, wie zugespitzt formuliert wurde, «ihre Tendenz, den Widerstandsbegriff so weit auszudehnen», dass er «bis auf direkte Begeisterung für das Regime» alle Verhaltensweisen abdecke.⁷⁰

Unter anderem aufgrund der Schwierigkeiten, die sich aus einer offenen Definition ergeben, ist mehrfach versucht worden, eine Typologie des Widerstands zu entwickeln. Die vorgeschlagenen Typologien unterscheiden sich in Einzelheiten, gehen aber alle von einer breiten, pyramidenförmigen Kategorisierung «nonkonformistischen» oder «abweichenden» Verhaltens aus und halten es für erforderlich, zwischen im Wesentlichen privaten und eher öffentlichen Verhaltensformen, zwischen organisierten und spontanen Aktionen sowie zwischen eher grundsätzlich und eher partiell gegen das Regime gerichteten Verhaltenstypen zu unterscheiden. Detlev Peukert entwarf zum Beispiel eine «Skala abweichenden Verhaltens», die pyramidenförmig von einer breiten Basis der (sich grösstenteils privat und hauptsächlich als partielle Kritik äussernden) «Nonkonformität» über «Verweige-

69 Siehe dazu Broszats Ausführungen in seinem Band *Nach Hitler*, S. 110-113, 170f.

70 Richard J. Evans, «From Hitler to Bismarck: Third Reich' and Kaiserreich in Recent Historiography: Part II», *The Historical Journal* 26 (1983), S. 1013.

rung» und «Protest» bis zur schmalen Spitze des eigentlichen «Widerstands» reicht, wobei er letzteren vernünftigerweise auf Verhaltensformen begrenzt, «in denen das NS-Regime als Ganzes abgelehnt wurde».⁷¹

Für eine – hieb- und stichfeste – Abgrenzung der verschiedenen Stadien ergeben sich jedoch offensichtliche Schwierigkeiten. Darüber hinaus sind diese Stadien, auch wenn das Pyramidenmodell dies vielleicht nahelegt, nicht einfach als jeweils höhere Entwicklungsstufen zu verstehen. Die dritte Ebene («Protest») unterscheidet sich nicht unbedingt qualitativ von der ersten und zweiten. Auf die vierte Ebene («Widerstand» im fundamentalen Sinne) trifft dieser qualitative Unterschied zu allen anderen Ebenen allerdings zu.

Vor welchen definitorischen Problemen die Forschung zum Teil steht, lässt sich auch an einer anderen Typologie ablesen. Bei dem österreichischen Historiker Gerhard Botz⁷² umfasst die unterste Kategorie «abweichenden Verhaltens» zum Beispiel «Absentismus» und «Schwarzschlachten». Zur nächsten Stufe, dem «sozialen Protest», zählt er unter anderem Kontakthalten zu früheren Genossen, Witze über den «Führer», Predigten mit Kritik an antikirchlichen politischen Massnahmen, das Verbreiten von Gerüchten sowie das Abhören ausländischer Sender. Und zur obersten Kategorie, dem «politischen Widerstand», gehören Verschwörung, Sabotage, die Übermittlung von Nachrichten und das Verteilen von oppositionellen Flugblättern. Botz unterscheidet zwischen Handlungen, die von ihrer Intention her eher *defensiv*, und solchen, die eher *offensiv* waren. Auch bei dieser Typologie ist nicht ganz klar, wo genau die Trennungslinie zwischen der – zum Kategorisierungskriterium gemachten – Absicht des Einzelnen und der Politisierung seines Verhaltens durch das Regime verläuft. Die Kategorie «abweichendes Verhalten» scheint, wenn überhaupt, zu eng gefasst zu sein, während unter «sozialem Protest» Handlungen subsumiert werden, über deren Protestgehalt sich streiten liesse. Und zu «politischem Widerstand» wer-

71 Detlev Peukert, *Volksgenossen*, S. 97. Siehe auch ders., «Working-Class Resistance», in Large (Hg.), *Contending with Hitler*, S. 36f.

72 Gerhard Botz, «Methoden- und Theorieprobleme der historischen Widerstandsforschung», in Helmut Konrad und Wolfgang Neugebauer (Hg.), *Arbeiterbewegung – Faschismus – Nationalbewusstsein* (Wien, München u. Zürich 1983), S. 145 ff. Siehe auch Botz' Artikel «Widerstand von Einzelnen» in *Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich 1934-1945. Eine Dokumentation*, Bd. 2 (Wien 1982), S. 341-363.

den Streiks, Petitionen und bischöfliche «Hirtenbriefe» ebenso gezählt wie Sabotage, Verteilung illegaler Flugblätter, Partisanentätigkeit und Bombenanschläge.

Es spricht vieles – und nicht zuletzt der Common sense – dafür, bei den verschiedenen nonkonformistischen Aktionen Unterscheidbares zu unterscheiden und Nichtidentisches voneinander zu trennen. Ein Bombenanschlag auf Hitler war zweifellos Beleg für politische Nonkonformität, unterschied sich aber doch sehr von anderen Erscheinungsformen der Nonkonformität, etwa den empörten Bemerkungen eines Bauern über einen überheblichen örtlichen Parteiführer oder den kritischen Äusserungen eines Priesters wegen der Einmischung in eine Fronleichnamsprozession. Peukert und Botz erkennen bei ihren Typologien zwar an, dass hier ein wesentlicher Unterschied besteht, benutzen zur Definierung sämtlicher Kategorien der Nonkonformität aber denselben Oberbegriff «Widerstand». Dieser soll also zugleich als Ordnungsbegriff für das gesamte Verhaltensspektrum und als (mit entsprechenden moralischen, ethischen und politisch-normativen Konnotationen behaftete) Definition für eine eng begrenzte Reihe von Handlungen dienen, die sich von den übrigen qualitativ unterscheiden.

Methodisch gesehen ist der «fundamentalistische» Ansatz weniger innovativ; seine Ergebnisse sind relativ vertraut und nicht besonders bewegend, ausser in dem emotionalen Sinne, dass sie Bewunderung für jene Menschen wecken, die sich inmitten der Barbarei so ausserordentlich mutig und menschlich verhielten. Doch trotz seiner Begrenztheit befasst sich dieser Ansatz fraglos mit *Widerstand* – mit Kampfmethoden, die sich gegen Kern und Wesen des NS-Regimes und gegen den Nationalsozialismus insgesamt richteten. Der «gesellschaftliche» Ansatz gibt methodisch mehr her. Er rührt an Verhaltensmuster, durch die viel über das Leben in einem brutalen Polizeistaat deutlich wird, und beinhaltet Implikationen, die über die Geschichte des «Dritten Reiches» hinausgehen. Bei diesem Ansatz geht es jedoch, ungeachtet gegenteiliger Behauptungen, im Wesentlichen um *Konflikte* und weniger um Widerstand. Am besten betrachtet man ihn daher nicht als (noch dazu geringerwertige) Subvariante der Widerstandsforschung – wie Hofer in seinen Äusserungen anzudeuten scheint –, sondern als einen Forschungsansatz, der sich mit einer ganz anders verstandenen Reihe von Fragen befasst.

Es ist nicht möglich, sich vom normativen Gebrauch zu lösen und aus

«Widerstand» einen sauberen analytischen Begriff zu machen, so wünschenswert das auch wäre. Daher sollte man vielleicht besser die Implikationen dieses Terminus akzeptieren und mit ihm nur Verhaltensformen bezeichnen, die eine grundsätzliche Ablehnung des Nationalsozialismus beinhalten. Wenn die Bedeutung des Begriffs «Widerstand» nicht völlig verwässert werden soll, sollte man mit ihm nur die aktive Beteiligung an *organisierten* Bemühungen beschreiben, die erklärermassen auf die Unterminderung des Regimes oder auf Vorkehrungen für den Zeitpunkt seines Zusammenbruchs zielen. Zur Erfassung *aller* Verhaltensformen, die von den vom Regime geforderten Normen abwichen und sich gegen dessen totalen Herrschaftsanspruch stellten (ihn vielleicht sogar einschränkten), sollte statt «Widerstand» am besten ein anderer, weniger emotional gefärbter und moralisch aufgeladener Oberbegriff verwendet werden.⁷³ Doch welchen Terminus man auch benutzt, er wird nie hundertprozentig genau oder hieb- und stichfest sein.

Resistenz kann als Begriff in diesem Zusammenhang aus den genannten Gründen nicht zufriedenstellen. *Opposition* erscheint hier als weniger emotionaler und deskriptiv befriedigenderer Terminus, der alle Handlungsformen einschliesst, auch solche, die von ihrer Grundsätzlichkeit her als «Widerstand» einzustufen sind, sowie viele andere mit partieller und begrenzter Zielrichtung, die sich nicht gegen den Nationalsozialismus als System wandten und gelegentlich von Einzelpersonen oder Gruppen ausgingen, die dem Regime und seiner Ideologie zumindest teilweise positiv gegenüberstanden. Als dritter, noch weiter reichender Oberbegriff deckt *Dissens* besser den *passiven* Aspekt «oppositioneller» Gefühle ab, die nicht unbedingt in Aktionen mündeten, und erfasst ausserdem – oftmals spontan geäusserte – Formen kritischer Einstellung gegenüber einzelnen Aspekten des Nationalsozialismus. Aus «Dissens» konnte «Opposition» werden, musste aber nicht, während «Widerstand» eine unverwechselbare, fundamentale, von allen anderen unterscheidbare «oppositionelle» Verhaltensform war.⁷⁴

73 Hier weiche ich von Peter Steinbachs Meinung ab, dessen Definition so breit angelegt ist, dass mit ihr «jede Form von Opposition gegen ein Regime» beschrieben wird, «das alle Aspekte des politischen, kulturellen, religiösen und sozialen Lebens unter seine Kontrolle bringen wollte». Peter Steinbach, «The Conservative Resistance», in Large (Hg.), *Contending with Hitler*, S. 89-97, hier S. 89.

74 In meinem Band *Popular Opinion and Political Dissent in the Third Reich. Bavaria*

Auch wenn sich die genannten Verhaltenstypen in mancher Hinsicht überlappen, bietet diese begriffliche Festlegung doch ein Mass an Klarheit, das in der Widerstandsdebatte häufig fehlt, und entspricht der historiographischen Einteilung in Werke über den Widerstand im engeren Sinne auf der einen Seite und solche über Konfliktbereiche zwischen Regime und Gesellschaft auf der anderen. Diese Begriffsbildung bedeutet aber nicht, dass der «Widerstand» von anderen Formen regimekritischen Verhaltens künstlich abgetrennt würde, sondern dass man sich statt einer aufsteigenden Skala wie bei Peukert ineinanderfließende konzentrische Kreise für eine graphische Darstellung der Überlappungen vorzustellen hätte: aussen ein weiter Dissens«brei», darin ein engeres, doch keineswegs schmales Oppositions«band» und im Zentrum ein kleiner Kreis fundamentalen Widerstands. Doch auch bei diesem räumlichen Bild müsste zwischen dem Oppositionsband und dem Innenkreis des eigentlichen Widerstands eine dicke Trennungslinie bestehen, da der Übergang vom einen zum anderen im Hinblick auf Einstellung und Verhalten einen «Quantensprung» bedeutet.

3 Es bleibt noch die wichtige Frage nach dem *Ausmass* des Widerstands im Dritten Reich. Handelte es sich dabei tatsächlich um einen «Widerstand ohne das Volk»? Wie weit war die Opposition gegen Hitler und den Nationalsozialismus im Volk verbreitet? Diese Fragen zielen auf den Kern des Problems der Beziehungen zwischen deutscher Gesellschaft und NS-Regime.

Einige Punkte verdienen es, noch einmal besonders hervorgehoben zu werden, auch wenn sie vielleicht offensichtlich erscheinen. Erstens: Das NS-Regime war eine terroristische – das heisst Angst und Schrecken verbreitende – Diktatur, die bei der Unterdrückung seiner vermeintlichen Feinde keine Grenzen kannte. «Sei still, sonst kommst du nach Dachau!» war ein oft gehörter Satz, aus dem allgegenwärtige Angst und Vorsicht herauszuhören waren, die die meisten Menschen davon abhielten, das Regime in irgendeiner Form in Frage zu stellen. In so einer Situation waren Passivität und – wenn auch nur widerwillige – Kooperation höchst menschliche Reaktionen. Zweitens war nach der Machtübernahme durch die Nationalso-

1933-1945 (Oxford 1983) habe ich versucht, diese Unterscheidung als Grundlage zu nehmen; siehe vor allem S. 3 und Anm. 7.

zialisten das einzige realistische Potential zur Ausschaltung Hitlers nur *innerhalb* der eigenen Machteliten des Regimes zu suchen. Da ausser der SA (vor der «Nacht der langen Messer» im Juni 1934) und der SS nur die Wehrmacht Zugang zu den für einen Staatsstreich erforderlichen Waffen und Machtmitteln besass, musste sich die einzige Chance zu einem erfolgreichen Putsch aus der Wehrmachtsführung heraus ergeben (wenn man einmal von Anschlägen einzelner Personen wie dem des schwäbischen Möbeltischlers Georg Elser im Jahre 1939 absieht).⁷⁵

Beispiele grundsätzlichen Widerstands beschränkten sich keineswegs auf die Eliten. Realistisch betrachtet, bot aber der Widerstand aus deren Reihen die einzige Chance, das Regime von innen zu stürzen. Drittens bestanden nach 1933 – abgesehen von den Streitkräften – ausserhalb der christlichen Kirchen keine Masseninstitutionen mehr, die oppositionelle Vorstellungen hätten artikulieren und organisatorisch umsetzen können. Die Konfliktbereiche und Oppositionskreise blieben daher grösstenteils voneinander isoliert, während die kritische öffentliche Meinung in ihre Einzelkomponenten zerfiel. Viertens erfreuten sich viele Aspekte des Nationalsozialismus auch weit über den Kreis der ewiggestrigen Nationalsozialisten hinaus grosser Popularität. Die Erholung der Wirtschaft, die Zerschlagung des «Marxismus», der Wiederaufbau eines starken Deutschlands, die territoriale Expansion sowie die aussenpolitischen und militärischen Erfolge wirkten bis zur Mitte des Krieges auf Millionen Deutsche ungeheuer beeindruckend. Dies fand seinen Ausdruck in Hitlers persönlicher Popularität, die durch Propaganda zu einem mächtigen Führerkult verstärkt wurde. Die offenkundigen «Leistungen» des NS-Regimes nahmen den Kritikern den Wind aus den Segeln und führten zu einem Klima, in dem Regimegegner in der Bevölkerung nicht auf breiter Basis mit einer wachsenden Entfremdung vom Nationalsozialismus rechnen konnten, die der NS-Führung hätte gefährlich werden können.

Dass es unter solchen Umständen auf Seiten einfacher Bürger dennoch zu zahlreichen – wenn auch noch so wirkungslosen – Oppositionshandlungen kam, kann nur beeindrucken. In den Jahren bis 1939 waren rund 150'000 Kommunisten und Sozialdemokraten in Konzentrationslager gesperrt worden, 40'000 Deutsche hatten aus politischen Gründen dem Land

75 Siehe Anton Hoch, «Das Attentat auf Hitler im Münchner Bürgerbräukeller 1939», *VfZ* 17 (1969), S. 383-413, und Lothar Gruchmann (Hg.), *Autobiographie eines Attentäters. Johann Georg Elser* (Stuttgart 1970).

den Rücken gekehrt, 12'000 waren des Hochverrats für schuldig befunden und weitere rund 40'000 wegen kleinerer politischer Vergehen inhaftiert worden. Als dann im Krieg die Zahl der mit Todesstrafe bedrohten Delikte von 3 auf 46 stieg, wurden von deutschen Zivilgerichten etwa 15'000 Todesurteile gefällt.⁷⁶ Schon in einem einzigen Gefängnis, der Steinwache in Dortmund, finden sich für die Zeit der NS-Diktatur Akten über die Inhaftierung von 21'823 politischen «Straftätern», deren grosse Mehrheit (von den unvollständigen Berufsangaben her zu urteilen) aus Industriearbeitern bestand.⁷⁷ An Rhein und Ruhr wurden bei 523 Massenprozessen mit insgesamt 8'073 Angeklagten in 97 Fällen die Todesstrafe verhängt und Mitglieder von Widerstandsgruppen aus der Arbeiterschaft zu insgesamt 17'951 Jahren Haft verurteilt. Man schätzt, dass in dieser Region mehr als 2'000 Arbeiter, die illegalen Widerstandsorganisationen angehörten, dem tödlichen Naziterror zum Opfer fielen.⁷⁸

Dies zeugt in bewegender Weise von Tapferkeit, Würde und Leid. Dennoch kommt man tragischerweise zu dem Schluss, dass dieser Arbeiterwiderstand bei anderen gesellschaftlichen Gruppen auf keine Resonanz stiess und selbst von seiner Massenbasis in der Arbeiterschaft zunehmend isoliert war. Verstärkt wurde dies durch die Verbitterung in den Linksparteien, die Enttäuschung über die Versäumnisse der eigenen Parteiführung, die beträchtlichen Erfolge der Nationalsozialisten und die Hoffnungslosigkeit einer Konfrontation mit dieser Macht und ihrer hemmungslosen Brutalität. Nicht zu unterschätzende Faktoren sind auch die besseren Verdienstmöglichkeiten für Industriearbeiter während des Rüstungsbooms und nicht zuletzt die scheinbar unbegrenzte Fähigkeit des Regimes, illegale Gruppen zu infiltrieren und zu zerschlagen. Die zusehends militanteren Arbeiterproteste

76 Die Zahlenangaben stammen aus Martin Broszat, «The Third Reich and the German People», in Hedley Bull (Hg.), *The Challenge of the Third Reich* (Oxford 1986), S. 93. Man schätzt, dass im Dritten Reich rund die Hälfte der 1932 vorhandenen 300'000 KPD-Mitglieder in Haft genommen wurden. – Richard Löwenthal und Patrick von zur Mühlen (Hg.), *Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945* (Berlin u. Bonn 1984), S. 83.

77 Klotzbach, S. 242-245.

78 Detlev Peukert, *Ruhrarbeiter gegen den Faschismus. Dokumentation über den Widerstand im Ruhrgebiet 1933-1943* (Frankfurt a.M. 1976), S. 347. Einen Einblick in das breite Spektrum oppositioneller Verhaltensformen in dieser Region bietet Heinz Boberach, «Widerstand an Rhein und Ruhr», in Walter Först (Hg.), *Leben, Land und Leute* (Köln 1968), S. 130-142.

Ende der dreissiger Jahre, vor allem der Kampf für höhere Löhne, hatten grösstenteils keine Verbindung zum politischen Widerstand, dem es nur in relativ geringem Masse gelang, sich die materielle Unzufriedenheit zunutze zu machen. In den ersten Kriegsjahren fielen trotz zahlreicher Meldungen über schlechte Arbeitsmoral, mangelnde Arbeitsdisziplin und regimekritische Äusserungen von Arbeitern nur rund fünf Prozent der von der Gestapo registrierten politischen Festnahmen in die Rubrik «Kommunismus/Marxismus», während in den übrigen – viele verschiedene «Delikte» umfassenden – Fällen nichts auf Verbindungen zu illegalen Gruppen oder auf Organisationszusammenhänge hindeutete.⁷⁹ Aus internen Lagebeurteilungen der KPD geht hervor, dass selbst nachdem mit dem deutschen Einmarsch in die Sowjetunion für die KPD die schwierigste Phase zu Ende war, der Widerstand isoliert blieb und fast die gesamte Energie darauf verwandt werden musste, die Organisation überhaupt aufrechtzuerhalten und sich auf den Tag vorzubereiten, an dem das Regime von aussen zerschlagen würde.

Wilhelm Knöchel, ein führendes Mitglied des Zentralkomitees der KPD in Berlin, wandte sich im Mai 1942 in einem scharfsichtigen Bericht gegen die fortwährende Überschätzung des Widerstandspotentials der KPD durch die Moskauer Führung: «Das Grauen einer militärischen Niederlage vor Augen, obwohl die grösste Mehrheit unseres Volkes die Hitlerregierung lieber heute als morgen verschwinden sieht, erscheint ihr Hitler als das kleinere Übel, und sie erhofft einen Sieg, an dessen Möglichkeit sie stark zweifelt.» Nur eine kleine Minderheit setze ihre Hoffnung auf einen Sieg der Roten Armee, hiess es weiter. Die Situation biete Ansatzpunkte für politische Aufklärungsarbeit, es gebe aber keine Hoffnung darauf, dass es ähnlich wie 1918 zu einer Massenbewegung gegen das Regime käme. Der Bericht wies nicht nur auf die von der nationalsozialistischen Ideologie und Propaganda erzielte Wirkung hin, sondern sprach auch das Phänomen der sozialen Desintegration im Dritten Reich an: Der Nationalsozialismus habe die Arbeiterschaft zersplittert, ihrer traditionellen Solidaritätsstrukturen beraubt, sie in einem «chaotischen System rivalisierender Cliques und Klientel» organisiert sowie ihre Kommunikationskanäle und Erfahrungsebenen gestört. Dadurch habe der Nationalsozialismus leichter seine Wirkung ent-

79 Detlev Peukert, *Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1943* (Wuppertal 1980), S. 335.

fallen und durch ein Klima von Rivalität, Misstrauen und Denunziation Solidarität unter den Arbeitern verhindern können.⁸⁰

Als in der letzten Phase des Krieges die Niederlage näherrückte, liessen sich die meisten Arbeiter durch die Androhung unmittelbarer, massiver Vergeltungsmassnahmen davon abhalten, in Widerstandsgruppen mitzuarbeiten und sich an Aktionen gegen ein Regime zu beteiligen, das offensichtlich in den letzten Zuckungen lag. Die antifaschistischen Komitees, die in den letzten Kriegstagen darum kämpften, ihre Fabriken und Ortschaften unzerstört übergeben zu können, waren meist ad hoc entstanden und hatten zu den illegalen Gruppen nur am Rande Kontakt.⁸¹

Die christlichen Kirchen, die vom NS-Regime niemals gleichgeschaltet worden waren, bildeten als Institutionen einen Rückhalt für alle, die sich den nationalsozialistischen Versuchen zur Untergrabung und Aushöhlung christlicher Bräuche, Einrichtungen und Glaubenssätze entgegenstellten. Die beiden grossen Religionsgemeinschaften führten gegen das NS-Regime einen erbitterten Zermübungskrieg und erhielten dabei die Unterstützung von Millionen von Kirchgängern. Auf wieviel Zustimmung der Kampf beider Kirchen – vor allem der katholischen – gegen die nationalsozialistische Unterdrückung stiess, liess sich an den Beifallsbekundungen bei öffentlichen Auftritten von Kirchenführern und an der starken Beteiligung bei kirchlichen Veranstaltungen wie Fronleichnamprozessionen und Gottesdiensten ablesen. Zwar scheiterten letztlich die Bemühungen zum Erhalt der konfessionellen Jugendorganisationen und Schulen. Aber in anderen Fällen, wie dem hartnäckig verfochtenen Anliegen, das Kreuz als christliches Hauptsymbol weiterhin in den Klassenzimmern zu belassen, sahen sich die nationalsozialistischen Machthaber gezwungen, den Protesten nachzugeben.⁸²

80 Zitiert nach Peukert, *KPD*, S. 345, 354 f. Knöchel war im Januar 1942 von Holland nach Berlin gezogen. Allan Merson, dessen Band *Communist Resistance in Nazi Germany* (London 1985) die umfassendste englischsprachige Studie über den Widerstand der KPD darstellt, betont, dass es trotz mancher unterschiedlicher Auffassungen zwischen Knöchel und der Moskauer Führung nicht zum Bruch kam (S. 253).

81 Peukert, *KPD*, S. 412 und Anm. 25.

82 Wertvolle Übersichten und Analysen des Widerstandsverhaltens der beiden grossen christlichen Kirchen finden sich mit unterschiedlicher Akzentuierung in: Schmädeke,

Einzelne Christen, vor allem Geistliche beider Konfessionen, bewiesen bei zahlreichen Aktionen äussersten Mut. Neben hochgeschätzten Persönlichkeiten wie Dietrich Bonhoeffer, Martin Niemöller, Bernhard Lichtenberg, Pater Alfred Delp und Pastor Heinrich Grüber gab es viele weitgehend unbekannte Geistliche, die sich gegen das NS-Regime stellten und dafür ihre Freiheit und zuweilen auch ihr Leben opferten. Man schätzt, dass im Dritten Reich etwa jeder dritte katholische Priester unter Repressalien zu leiden hatte.⁸³ Allein in Dachau hielten die Nationalsozialisten im sogenannten Priesterblock an deutschen Geistlichen rund 400 katholische Priester und 35 evangelische Pastoren gefangen, weil diese unerschütterlich an ihrem christlichen Glauben und ihren religiösen Grundsätzen festgehalten hatten.⁸⁴

Dennoch leisteten die Kirchen als Institutionen keinen grundsätzlichen Widerstand.⁸⁵ Abgesehen von Galens offenen Worten gegen das «Euthanasieprogramm» im August 1941, bezogen die Kirchen gegen die Unmenschlichkeit und Barbarei des Nationalsozialismus bei Weitem nicht so energisch Stellung wie gegen dessen Einmischung in traditionell kirchliche Bereiche und seine Versuche, sich rücksichtslos über christliche Werte und Lehren hinwegzusetzen.⁸⁶ Für Menschen- und Bürgerrechte traten beide Kirchen mit wenig Nachdruck ein. Kam es auf höherer kirchlicher Ebene

S. 227-326 und 1125 ff (Dritter Teil: «Kirchen und Konfessionen zwischen Kooperation und Teilwiderstand»), den Beiträgen von Günther van Norden und Ludwig Volk in Christoph Klessman und Falk Pingel (Hg.), *Gegner des Nationalsozialismus* (Frankfurt a.M. 1980), S. 103-149, den Aufsätzen von van Norden und Heinz Hürten in Müller, *Der deutsche Widerstand*, S. 108-156 sowie den Beiträgen von van Norden, Heinz Gollwitzer und Walter Dirks in Löwenthal und von zur Mühlen, S. in-142. Dissens- und Oppositionsstrukturen in Bayern sind Thema der Kapitel 4, 5 und 8 meines Bandes *Popular Opinion*. Die katholische Unterstützung für Hitlers Aussenpolitik wird besonders nachdrücklich in Kapitel 7 von Guenter Lewys *The Catholic Church and Nazi Germany* (London 1964) behandelt.

83 Ulrich von Hehl, *Priester unter Hitlers Terror. Eine biographische und statistische Erhebung* (Mainz 1984), S. xliif und liii.

84 Günther van Norden, «Widerstand in den Kirchen», in Löwenthal/von zur Mühlen, S. 128.

85 Van Norden unterscheidet in Löwenthal/von zur Mühlen, S. 111-128, zwischen individuellem und institutionellem Protest.

86 Zu Galens Predigt siehe Ernst Klee, «Euthanasie» im NS-Staat. *Die «Vernichtung lebensunwerten Lebens»* (Frankfurt a.M. 1983), S. 334f.

doch einmal zu einer Stellungnahme beispielsweise gegen die nationalsozialistische «Judenpolitik», dann geschah dies grösstenteils in Form privater Protestschreiben an einzelne Minister.⁸⁷ Dass die Kirchen – im Gegensatz zu zahlreichen individuell handelnden Geistlichen, die für ihre mutigen Äusserungen teuer bezahlten – nach dem «Kristallnacht»-Pogrom von 1938 schwiegen, ist ein bezeichnendes Beispiel für diese institutionell verständliche, aber moralisch bedauerliche Scheu davor, das NS-Regime ausserhalb des «Kirchenkampfes» anzugreifen.

Innerhalb der katholischen Kirche wurde der Nationalsozialismus stark verabscheut, und entsprechend verhielt es sich in wachsender Masse auch innerhalb der ideologisch und theologisch gespaltenen evangelischen Kirche. Beide Religionsgemeinschaften hielten jedoch den eigenen hartnäckigen Widerstand im Rahmen des «Kirchenkampfes» mit der Zustimmung zu wesentlichen Punkten der nationalsozialistischen Politik für vereinbar, vor allem in Bereichen, in denen sich die nationalsozialistischen Vorstellungen mit «allgemeinen» nationalen Aspirationen deckten.⁸⁸ Dies betraf die Unterstützung der «patriotischen» Aussenpolitik und Kriegsziele, den Gehorsam gegenüber der staatlichen Autorität (solange sie sich in den Augen der Kirchen nicht gegen göttliches Gebot stellte), die Zustimmung zur Zerschlagung des «atheistischen» Marxismus sowie zum «Kreuzzug» gegen den Sowjetbolschewismus. Dies galt auch für die Bereitschaft, die Diskriminierung von Juden zu akzeptieren, da der traditionelle christliche Antijudaismus trotz der Unterschiede zum «biologisch» begründeten «völkischen» Rassismus keineswegs ein Bollwerk gegen den dynamischen Antisemitismus der Nationalsozialisten darstellte.⁸⁹ In all diesen Bereichen befanden sich die Kirchen als Institutionen insofern auf schwankendem Boden, als ein entsprechender Rückhalt im Volk nicht garantiert war und derlei Fragen nicht zum legitimen Betätigungsfeld kirchlicher Opposition zählten, die daher begrenzt, zersplittert und grösstenteils individualistisch blieb.

87 Siehe van Norden in Klessman/Pingel, S. 114 ft ^{und} Anm. 47a, und in Löwenthal/von zur Mühlen, S. 125.

88 Zu den Überschneidungen zwischen Nationalsozialismus und «allgemeinem» Nationalismus siehe William Sheridan Allen, «The Collapse of Nationalism in Nazi Germany», in John Breuilly (Hg.), *The State of Germany* (London 1992), S. 141-153«

89 Hierzu siehe die Beiträge von Otto Dov Kulka und Paul R. Mendes Flohr (Hg.), *Judaism and Christianity under the Impact of National Socialism* (Jerusalem 1987).

Für seine Gegner war das NS-Regime eine tödliche Gefahr; es glich einer Kobra, bei der ein Schlag gegen den Schwanz nur dazu führt, dass der Kopf umso wütender zupackt. Auf eine Zerschlagung des Regimes war nur dann zu hoffen, wenn man die Führung selbst vernichtend traf. Warum versäumten es die Elitegruppen, die Zugang zu Waffen hatten und den wirksamsten Widerstand – die Vernichtung des Regimes von innen heraus – hätten leisten können, sich ernstlich gegen die nationalsozialistische Führung zu wenden, solange die militärische Niederlage noch nicht hundertprozentig feststand? Das lag bei Weitem nicht nur daran, dass die ersten kleinen Verschwörungen zur Beseitigung Hitlers nicht erfolgreich waren.

Um diese Frage zu klären, ist es unerlässlich, sich auf die erhebliche Komplizenschaft der Eliten im Nationalsozialismus sowie auf die fehlende Widerstandsbasis im Volk zu beziehen. Bindeglied zwischen beiden war der krisenhafte Charakter des Regimes. Hans Mommsen beschreibt diesen mit dem Begriff der «kumulative[n] Radikalisierung»⁹⁰, womit die Zerstörung geordneter Verwaltungsabläufe, die Zersplitterung von Kommunikationskanälen (ausser den von Goebbels verordneten), das schonungslose Vorgehen gegen Regimegegner und die erfolgreiche Propaganda gemeint ist, die eine zwar oft oberflächliche, doch starke, auf Hitler konzentrierte, plebiszitäre Unterstützung schuf. – Dieser Charakter des Regimes übte auf die Eliten eine wichtige Wirkung aus und machte zugleich jede Möglichkeit eines Aufstands von unten oder einer massenhaften Unterstützung für einen Staatsstreich der Eliten zunichte.

Es wurde bereits angesprochen, dass sich die meisten der Männer, die sich später an der Stauffenberg-Verschwörung beteiligten, zunächst für das Dritte Reich begeisterten und viele von ihnen unter Hitler als «Staatsdiener» wichtige Funktionen in den höheren Rängen der Bürokratie und Wehrmacht wahrnahmen. Mit der wachsenden Radikalisierung des Regimes kam es bei ihnen zu einer allmählichen Entfremdung und Desillusionierung. Sie dienten dem Regime jedoch lange genug, um es so weit zu stärken, dass Widerstand in jeder Form schwieriger und sie selbst entbehrlich wurden – und die NS-Führung sich von den traditionellen nationalkonservativen Machteliten

90 Siehe Hans Mommsens Artikel «Der Nationalsozialismus: Kumulative Radikalisierung und Selbstzerstörung des Regimes», in *Meyers Enzyklopädisches Lexikon* 16 (1976), S. 785-790.

distanzieren und sie zu rein «funktionalen Eliten» degradieren konnte.⁹¹ In ihrer grossen Mehrheit billigten die Eliten 1933 die Zerschlagung des «Parteiensystems», das sie in der Weimarer Republik so sehr verabscheut hatten; sie lobten Hitler 1934 öffentlich für den Massenmord an den SA-Führern; über die Demontage der Verträge von Versailles und Locarno zeigten sie sich in den Jahren 1935/36 begeistert; 1936 akzeptierten sie den Sprung zur Autarkiewirtschaft und Kriegsvorbereitung; als 1937/38 mit Hilfe einer Terrorwelle immer mehr jüdisches Eigentum «arisiert» wurde, äusserten sie keine Kritik. Sie fügten sich stillschweigend, als die Konservativen im Februar 1938 von allen einflussreichen Posten in der Wehrmacht und dem Auswärtigen Amt entfernt wurden, und sonnten sich nach dem «Anschluss» Österreichs im folgenden Monat im Widerschein des Hitlerschen Ruhms. Erst danach entstand im Gefolge der sich zuspitzenden Sudetenkrise aus der zunehmenden Besorgnis einer Minderheit innerhalb der Eliten der Keim für die spätere Verschwörung gegen den «Führer».⁹² Doch aufgrund der weiteren aussenpolitischen Erfolge Hitlers – darunter der Triumph über die nachgiebigen Westmächte in München – sowie später der erstaunlichen militärischen Erfolgsserie, die erst vor den Toren Moskaus ein Ende fand, blies der Wind auch dann noch der Opposition ins Gesicht.⁹³ Unterdessen verstrickten sich die Eliten in Bürokratie, Militär und Wirtschaft immer tiefer in die wachsende nationalsozialistische Barbarei in Polen und der Sowjetunion. Mit zunehmender Kriegsdauer brachen sie gemeinsam mit dem NS-Regime immer mehr Brücken hinter sich ab.

Obwohl sich zur Stauffenberg-Verschwörung ein beeindruckender Kreis von Wehrmachtsoffizieren und höheren Beamten zusammenfand, zu dem noch eine Reihe von Kirchenmännern und Persönlichkeiten aus der soziali-

91 Siehe Klaus-Jürgen Müller, *Armee, Politik, und Gesellschaft in Deutschland 1933-1945* (Paderborn 1979), S. 44.

92 Siehe dazu Hoffmann, *Widerstand, Staatsstreich, Attentat*, Kap. 3-4. Harold C. Deutsch, *The Conspiracy against Hitler in the Twilight War* (Minneapolis 1968) ist im Hinblick auf die Anfangsstadien der Verschwörung weiterhin von Nutzen. Die massgebliche Studie zur Schlüsselfigur des Generals Beck ist Klaus-Jürgen Müller, *General Ludwig Beck* (Boppard am Rhein 1980).

93 Zur Haltung der verschiedenen Elitegruppen in der Anfangsphase des Kriegs siehe Martin Broszat und Klaus Schwabe (Hg.), *Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg* (München 1989).

stischen und der Gewerkschaftsbewegung stiess, kann man kaum behaupten, dass die Beteiligten für die Gruppen, aus denen sie stammten, tatsächlich repräsentativ waren. Manche gesellschaftliche Gruppen wie etwa die untere Mittelschicht waren fast gar nicht vertreten. Insofern lässt sich die – vor allem in der älteren Literatur über die Verschwörung vom 20. Juli geäußerte – Ansicht, im Widerstand seien alle Teile des deutschen Volkes repräsentiert gewesen, kaum aufrechterhalten.⁹⁴

Was Pater Delp über die wahrscheinliche Reaktion der Bevölkerung auf einen Putsch in Erfahrung bringen konnte, war äusserst entmutigend, und Adam von Trott deutete 1944 in einem Memorandum an, dass sich die Arbeiter grösstenteils passiv verhielten und man kaum auf die Unterstützung der Massen zählen könnte.⁹⁵ Die Verschwörer waren daher berechtigterweise äusserst skeptisch, ob es nach der Beseitigung Hitlers zu einer «Revolution von unten» kommen würde und die «Revolution von oben» allein so legitimiert werden könnte.⁹⁶ Hans Mommsen stellt in diesem Zusammenhang zutreffend fest, im Gegensatz zu den Widerstandsbewegungen in den besetzten Gebieten sei der deutsche Widerstand in politischen Überlegungen und Planungen stark davon beeinflusst gewesen, dass es sehr unsicher war, wie die Bevölkerung, die die meiste Zeit über Hitler mehrheitlich unterstützte, reagieren würde.⁹⁷

Kann man dann sagen, dass es ein «Widerstand ohne das Volk» gewesen ist? Im Dritten Reich wurden Hunderttausende einfacher Bürgerinnen und Bürger aus allen Schichten der Bevölkerung wegen politischer «Verbrechen» vom NS-Staat verfolgt. Zu diesen Opfern nationalsozialistischer Repression gehörten auch viele Arbeiter, die bereitwillig die gefährliche Untergrundtätigkeit in den illegalen Organisationen auf sich nahmen. Diese Arbeiterorganisationen blieben jedoch zwangsläufig klein, mussten mit der Zeit immer stärker konspirative Regeln beachten und waren daher selbst in ihrem eigenen sozialen Umfeld isoliert. Viele der «Delikte» (die oft mit dra-

94 Mommsen in Schmäddeke, S. 8 f, sowie in *The German Resistance to Hitler*, S. 59, wo er die Ansicht vertritt, die Gruppe der Verschwörer des 20. Juli sei von ihrer Sozialstruktur her «vergleichsweise homogen» gewesen, da sie überwiegend aus Angehörigen der Oberschicht bestanden und «zur Masse der Arbeiterschaft» überhaupt keinen Bezug gehabt habe.

95 Von Mommsen zitiert in *The German Resistance to Hitler*, S. 59.

96 *The German Resistance to Hitler*, S. 63.

97 *The German Resistance to Hitler*, S. 59.

konischen Strafen geahndet wurden) lassen sich im Übrigen auch kaum als «Widerstand» einordnen, wenn dieser Begriff nicht mehr oder weniger bis zur Bedeutungslosigkeit erweitert werden soll. Dies alles legt den Schluss nahe, dass gegen bestimmte Massnahmen des NS-Regimes zwar in der Tat auf breiter Ebene opponiert wurde und politischer Dissens vorhanden war, es einem grundsätzlich verstandenen Widerstand jedoch an Rückhalt im Volk fehlte.

Widerstand, der Aussicht auf Erfolg haben soll, muss sich unter den Bedingungen einer terroristischen Diktatur natürlich zunächst einmal innerhalb unzufriedener Teile der Eliten, also im System selbst, herausbilden.⁹⁸ Ein Massenaufstand von unten gegen eine Diktatur ist normalerweise auszuschliessen, wenn die Opposition zersplittert ist und unter den einfachen Bürgern eine allgegenwärtige Angst herrscht. Bei der NS-Diktatur war dies zweifellos der Fall. So war es eine natürliche und normale Reaktion auf den Terror, sich möglichst bedeckt zu halten – erst recht dann, als die Tage des Regimes unverkennbar gezählt waren. Doch der Widerstand gegen Hitler wurde – man könnte sagen: zwangsläufig – nicht nur ohne *aktive* Unterstützung der Masse des Volkes geleistet; denen, die alles aufs Spiel setzten, um das System zu stürzen, fehlte es grösstenteils selbst noch an *passivem* Rückhalt.

Die Gründe dafür sind implizit in dem enthalten, was bereits über den Charakter des Regimes und den systemstützenden Konsens gesagt worden ist. Durch den «totalen Anspruch» des NS-Regimes an die deutsche Gesellschaft und die scheinbare Allgegenwart seiner Repräsentanten in allen Lebensbereichen wurden viele «normale» Verhaltensformen politisiert (und kriminalisiert), gleichzeitig aber auch die Wahrscheinlichkeit verringert, dass sich Groll und Klagen des Einzelnen zu einem umfassenden und fundamentalen Widerstand der Masse der Bevölkerung verdichteten. Im nationalsozialistischen Deutschland gab es zwar vieles, worüber man klagen

98 Auch der Zusammenbruch der DDR scheint hier keine Ausnahme zu bilden. Obwohl die Ereignisse von aussen – durch Gorbatschows Eintreten für eine liberalere Politik und den daraus resultierenden Druck auf die DDR, als deren Grenzen durchlässiger wurden – ins Rollen gebracht und schon bald durch einen Volksaufstand vorangetrieben wurden, fand die entscheidende Untermünierung des DDR-Regimes im Laufe der sich verschärfenden Krise zunächst auf Eliteebene statt, wobei Gorbatschow eine honeckerfeindliche Gruppe unterstützte. Siehe Günter Schabowski, *Das Politbüro* (Reinbek 1990).

konnte, viele Dinge fanden aber auch Anklang. Es war möglich, kräftig über örtliche Parteifunktionäre zu schimpfen und im selben Atemzug Hitler in den höchsten Tönen zu loben, ökonomische Ungerechtigkeiten zu beklagen und im nächsten Moment über die Rückholung des Rheinlandes zu jubeln, nationalsozialistische Attacken gegen die Kirchen zu verurteilen und gleichzeitig antibolschewistische Parolen zu schwingen oder sich lobend über Recht und Ordnung zu verbreiten, während jüdische Synagogen verwüstet wurden. Ein Beispiel von vielen für diese Art von Schizophrenie ist jene junge, unpolitische Schreibein, die ihre sozialistische Reisegefährtin dadurch schockierte, dass sie beim Anblick einer vorbeimarschierenden SS-Kolonnie begeistert aus der Strassenbahn sprang und unaufgefordert die Hand zum Hitlergruss reckte, um anschließend zu erklären, sie habe das nicht für die SS oder die Nazis getan, sondern aus «patriotischer Pflicht [...], weil ich eine Deutsche bin»⁹⁹.

Als im Juli 1944 in Hitlers Hauptquartier bei Rastenburg eine Bombe explodierte, war die Masse des deutschen Volkes so weit, dass sie nichts so sehr herbeisehnte wie das Ende des Krieges, wobei viele erkannten, dass dies nur mit dem Ende des Hitlerregimes möglich sein würde. Aber der Krieg selbst sowie die fehlende Alternative zur geforderten «bedingungslosen Kapitulation» und die Angst vor einer siegreichen Sowjetunion sorgten weiterhin für eine – wenn auch negative – Bindung der Gesellschaft an das Regime. Eine erfolgreiche Entmachtung Hitlers hätte wahrscheinlich zu einer Polarisierung der Meinungen geführt.¹⁰⁰ Wenn die Putschisten die Möglichkeit gehabt hätten, den Krieg unter Bedingungen zu beenden, die den Deutschen günstig erschienen wären, hätten sie sicherlich auf Unterstützung rechnen können. Angesichts der Alliierten-Forderung nach «bedingungsloser Kapitulation» und der verbreiteten Einstellung zum deutschen Widerstand war das jedoch äusserst unwahrscheinlich.¹⁰¹ Anderenfalls hätten die

99 Archiv der Sozialen Demokratie, Bonn, Emigration Sopade, M65, Bericht für Februar 1937.

100 Zur unterschiedlichen Reaktionsweise auf die Nachricht vom Attentatsversuch siehe Ian Kershaw, *The 'Hitler Myth'. Image and Reality in the Third Reich* (Oxford 1987), S. 215-229 (dt.: *Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich* [Stuttgart 1980]).

101 Eine äusserst kritische – wenn auch, wie aus dem Buchtitel zu ersehen, auf zweifelhaften Annahmen beruhende – Sicht vom Umgang der britischen Regierung mit dem deutschen Widerstand findet sich bei Patricia Meehan, *The Unnecessary War. Whitehall and the German Resistance to Hitler* (London 1992).

Verschwörer allerdings mit dem Makel einer neuen «Dolchstosslegende» leben müssen.¹⁰² Und wenn es ihnen dann nicht gelungen wäre, die Alliierten zu einem günstigen Abkommen zu bewegen, hätten sie ihre zunächst vielleicht vorhandene Popularität nicht konsolidieren können.

Im Vergleich zu vielen anderen autoritären Systemen, die letztlich zusammengebrochen sind, und trotz der zahlreichen Bereiche, in denen gegenüber der nationalsozialistischen Politik und Ideologie beträchtlicher, ernst zu nehmender Dissens bestand, konnte sich das NS-Regime also bis weit in den Krieg hinein im Wesentlichen auf eine erhebliche Popularität und einen grundlegenden (wenn auch negativ geprägten) Konsens stützen. Das führte zu einem Klima, in dem es dem Widerstand gegen Hitler von Anfang an an einer breiten Unterstützung von Seiten der Masse des Volkes fehlte.

Wie bereits angeführt, dürfte dies der Punkt sein, an dem sich der «fundamentalistische» und der «gesellschaftliche» Ansatz nicht widersprechen, sondern ergänzen. Anstatt dem «gesellschaftlichen» Ansatz mit dem «fundamentalistischen» Vorwurf zu begegnen, er verstelle den Blick auf den eigentlichen Widerstand und lenke von dessen moralischer Komponente ab, könnte man sagen, dass *erst durch den gesellschaftlichen Ansatz* die Position jener (Elite- und Arbeiter-)Gruppen volle Anerkennung finden kann, die uneingeschränkten Widerstand gegen das Regime leisteten.¹⁰³ Die Widersprüche im «Alltagsverhalten», der partielle Charakter von Dissens und Opposition sowie die weitgehenden Konsens- und Kollaborationsbereiche sind für geschichtswissenschaftliche Überlegungen zum fundamentalen Widerstand alles andere als irrelevant. Sie sind vielmehr wesentliche Elemente einer Erklärung für dessen gesellschaftliche und ideologische Isoliertheit und damit für sein Scheitern.

Dem gesellschaftlichen Ansatz ist es ausserdem gelungen, die historischen Schwächen des Elitewiderstands auf Wegen zu orten, die zuvor durch

102 Meinungsumfragen zufolge stiess Stauffenbergs Attentatsversuch selbst in den fünfziger Jahren bei einer zahlenmässig beträchtlichen Minderheit der Bevölkerung auf Ablehnung. Siehe zum Beispiel E. Noelle und E. P. Neumann, *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947-1955* (Allensbach 1956), S. 138.

103 In diese Richtung weisen einige der Beiträge – insbesondere die von Martin Broszat und Hans Mommsen – in der jüngsten Aufsatzsammlung zu verschiedenen Aspekten des Widerstands: David Clay Large (Hg.), *Contending with Hitler. Varieties of German Resistance in the Third Reich* (Cambridge 1991).

die Konzentration auf die ethischen Motive der Elitegruppen und auf die aus ihren Aktionen erwachsenen moralischen Lehren gestellt waren – Lehren, deren Bedeutung inzwischen bereits verblasst, wie das im Laufe der Zeit zwangsläufig mit allen «Denkmalshelden» geschieht. Ermöglicht worden ist ein besonderes Verständnis der Bedingungen, unter denen sich die grundsätzliche Opposition entwickelt hat, und die so gewonnenen Erkenntnisse dürften in moralischer Hinsicht die Bewunderung für die Widerstandskaktionen eher vergrössern als untergraben.

Die Isoliertheit des Widerstands, die erst durch den gesellschaftlichen Ansatz voll verständlich wird, lenkt innerhalb der Widerstandshistoriographie die Aufmerksamkeit vor allem auf die unerbittliche Radikalisierung des Regimes. Es saugte seine Vasallen parasitenhaft auf und versicherte sich deren wachsender Komplizen-, wenn nicht gar begeisterter Anhängerschaft, während es gleichzeitig durch eben diese Radikalisierung bei den eigenen «Staatsdienern» Widerstand auslöste. Durch diesen Widerstand wäre das NS-Regime beinahe beseitigt worden, doch die Beteiligten leisteten ihm in dem vollen Bewusstsein, dass es sich hier um einen «Widerstand ohne das Volk» handelte.

Die Wirkungslosigkeit und das Scheitern des deutschen Widerstands gegen den Nationalsozialismus hatten ihre Ursachen im konfliktgeladenen politischen Klima der Weimarer Republik. Die Zerrissenheit der Linken, die Begeisterung, mit der die konservative Rechte als Totengräber der Republik fungierte, sowie die weit ausgeprägte Bereitschaft, eine autoritäre Herrschaftsform zu akzeptieren und die einzige damals in Deutschland bekannte Form der Demokratie abzulehnen, sind Erklärungen dafür, warum der Widerstand im Dritten Reich in sich gespalten war, nur langsam agierte und in der Bevölkerung kaum Unterstützung fand. Der Mut, mit dem sich diese Menschen der nationalsozialistischen Tyrannei entgegenstellten, war und ist allen nachfolgenden Generationen ein Beispiel. Ein historisches Verständnis für die Schwächen des Widerstands und für die Gründe seines Scheiterns ist jedoch äusserst wichtig. Die in diesem Kapitel skizzierten Debatten zur historiographischen und begrifflichen Erfassung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus haben nicht nur die selbstverständliche Tatsache verdeutlicht, dass es immer leichter ist, einen Möchtegern-Diktator an der Machterlangung zu hindern, als ihn später, wenn ihm die Machtmittel

des Staates erst einmal zur Verfügung stehen, zu beseitigen. Darüber hinaus kommt hier unabweislich ins Blickfeld, wie komplex das Problem des Widerstands im Nationalsozialismus ist. Das wohl grösste Verdienst dieser Debatte besteht darin, einen ganz entscheidenden Aspekt immer nachdrücklicher hervorgehoben zu haben: In der Geschichtsschreibung zum Dritten Reich lassen sich Dissens, Opposition und Widerstand nicht losgelöst von Konsens, Zustimmung und Kollaboration behandeln.

9 «Normalität» und Genozid: Das Problem der «Historisierung»

Die sogenannte «Historisierung» des Nationalsozialismus wurde Gegenstand ernsthafter Diskussionen, nachdem der Begriff von Martin Broszat 1985 in einem wichtigen und programmatischen Aufsatz¹ in die Diskussion eingebracht worden war. Es ging dabei um die Frage, ob es – fast ein halbes Jahrhundert nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches – möglich war, die Nazizeit so zu behandeln wie andere Zeiträume der Vergangenheit – als «Geschichte» –, und welche neuen Perspektiven eine solche Veränderung in der begrifflichen Erfassung und Methodik erfordern würde. In intellektueller Hinsicht warf die Kontroverse, die von Broszats Artikel ausgelöst wurde, markante theoretische und methodische Fragen im Hinblick auf Beitrag und Potential einer Forschungsrichtung auf, die sich bei der Erforschung des Dritten Reiches in vieler Hinsicht als äusserst fruchtbarer Ansatz erwiesen hat: die Alltagsgeschichte.

Seit den siebziger Jahren sind im Hinblick auf die Sozialgeschichte des Dritten Reiches neue, aufregende Wege beschritten worden. Sie haben in einer Flut von Veröffentlichungen ihren Ausdruck gefunden, in denen die meisten der wichtigen Aspekte der Auswirkungen des Nationalsozialismus auf die deutsche Gesellschaft abgedeckt werden. Doch gerade als – viele Jahre nach dem Erscheinen von Schoenbaums umfangreicher Sozialgeschichte des Dritten Reiches, welches in seinen Augen «Hitlers soziale Revolution» gebracht hatte, und der Veröffentlichung von Dahrendorfs genau-

1 Martin Broszat, «Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus», *Merkur* 39 S. 373-385, wiederabgedruckt in Martin Broszat, *Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte* (München 1986), S. 159-173. Nachfolgende Anmerkungen beziehen sich auf die zweite Version.

so einflussreicher Interpretation des Nationalsozialismus als «deutscher Revolution»² – die Zeit für eine neue umfassende Studie reif schien, die vieles aus diesen Arbeiten aufnehmen und zu einer Synthese verarbeiten würde und dann eine revidierte Interpretation der deutschen Gesellschaft unter dem Nationalsozialismus zu bieten hätte, weckte die «Historisierungskontroverse» Zweifel, ob es überhaupt theoretisch möglich ist, eine solche Sozialgeschichte zu verfassen, ohne die zentralen Aspekte des Nationalsozialismus aus den Augen verlieren, die ihm seine dauerhafte weltgeschichtliche Bedeutung gegeben und zu seinem moralischen Erbe geführt haben. Im ersten Teil des Kapitels wird diese wichtige Kontroverse kurz skizziert, während im zweiten Teil erfasst werden soll, welche Implikationen sich daraus für eine mögliche Geschichte der deutschen Gesellschaft im Dritten Reich ergeben.

Der «historisierende» Ansatz

Ein wesentlicher Durchbruch, der ein tieferes Bewusstsein über die Komplexität der deutschen Gesellschaft im Dritten Reich schaffte, wurde – wie allgemein anerkannt wird – mit Hilfe der Untersuchungen erzielt, die in der zweiten Hälfte der siebziger und Anfang der achtziger Jahre im Rahmen des «Bayern-Projekts» durchgeführt und veröffentlicht wurden. Dieses Projekt trug eine völlig neue Dimension zum Verständnis des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft in Nazideutschland bei.³

Das Projekt war, soviel scheint festzustehen, ein wichtiger Impuls unter anderen, der für eine schnell an Bedeutung gewinnende Berücksichtigung der Alltagsgeschichte bei der Erforschung des Dritten Reiches sorgte. Der Begriff der Alltagsgeschichte und die von deren Befürwortern verwendeten Methoden haben – zum Teil berechtigterweise – die harte Kritik vor allem der führenden Vertreter der «kritischen Geschichtswissenschaft» und der

- 2 David Schoenbaum, *Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches* (Köln 1968) [originale amerikanische Fassung: *Hitler's Social Revolution* (New York 1966)]; Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland* (München 1965), Kapitel 25.
- 3 Martin Broszat u.a. (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, 6 Bände (München 1977-1983).

historischen Sozialwissenschaften auf sich gezogen.⁴ Eine solche Kritik hat allerdings die zunehmende Verbreitung des alltagsgeschichtlichen Ansatzes nicht aufhalten können, und sogar einige der schärfsten Kritiker geben zu, dass eine richtig erfasste Alltagsgeschichte viel für ein tieferes Verständnis gerade auch der Nazizeit zu bieten haben kann.⁵ Die Alltagsgeschichte befasst sich mit der subjektiven Erfahrung und Mentalität der «einfachen Leute», und in der bemerkenswerten – nicht zuletzt auch durch die Erschliessung vormals gedanklich tabuierter Bereiche erzeugten – Resonanz dieses Ansatzes spiegelt sich wohl teilweise das besonders stark bei der jüngeren Generation vorhandene Bedürfnis, mit dem Dritten Reich nicht nur als politischem Phänomen – als Schreckensregiment, aus dem sich in einer postfaschistischen Demokratie politische und moralische Lehren ziehen lassen –, sondern auch als sozialer Erfahrung umzugehen, um das Verhalten normaler Menschen – zum Beispiel das der eigenen Verwandten – im Nationalsozialismus besser verstehen zu können. Indem die Alltagsgeschichte vergangene Verhaltens- und Denkweisen erklärlicher und verständlicher macht und «normaler» – wenn auch nicht akzeptabler – erscheinen lässt, trägt sie, so könnte man sagen, zu einem vertieften Problembewusstsein bei. Das betrifft das Problem der geschichtlichen Identität in der Bundesrepublik und das der politischen Kontinuitäts- und Diskontinuitätslinien zum Dritten Reich wie ebenso das der gesellschaftlichen Kontinuitätsstränge, die vor dem Nazisozialismus ihren Anfang nahmen und sich bis weit in die Nachkriegszeit hinein erstrecken. Dies führt weiter dazu, dass man das Dritte Reich als integralen Bestandteil der deutschen Geschichte fassbar machen und in ihm keinen ausklammerbaren, nicht wirklich dazugehörigen Fremd-

4 Siehe zum Beispiel Hans-Ulrich Wehler, «Königsweg zu neuen Ufern oder Irrgarten der Illusionen? Die westdeutsche Alltagsgeschichte: Geschichte ‚von innen‘ und ‚von unten‘», in F.J. Brüggemeier und J. Kocka (Hg.), *«Geschichte von unten – Geschichte von innen». Kontroversen um die Alltagsgeschichte* (Fernuniversität Hagen 1985), S. 17-47. Eine lebhafte Debatte über die Vorzüge und Nachteile der Alltagsgeschichte ist veröffentlicht in *Alltagsgeschichte der NS-Zeit. Neue Perspektive oder Trivialisierung?* (Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte, München 1984).

5 Siehe zum Beispiel die von Jürgen Kocka in zwei Rezensionen durchdacht getragene Abwägung der Grenzen, aber auch Möglichkeiten der Alltagsgeschichte in *Die Zeit* Nr. 42 vom 14. Oktober 1983 («Drittes Reich: Die Reihen fast geschlossen») und *die tageszeitung (taz)* vom 26. Januar 1988 («Geschichtswerkstätten und Historikerstreit»).

körper sehen möchte. Das sind einige der Überlegungen, die hinter Martin Broszats «Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus» stecken, bei dem er von der Überzeugung ausging, im Gegensatz zur Geschichte des politischen Systems der Diktatur müsse die Geschichte der NS-Zeit erst noch geschrieben werden.⁶

Broszats Verwendung des «Historisierungs»begriffs hängt mit den Problemen zusammen, vor denen Historikerinnen und Historiker – und hier vor allem die westdeutschen – stehen, wenn sie sich mit der nationalsozialistischen Vergangenheit befassen. Broszat war überzeugt, dass auch, Jahrzehnte nach dem Ende des Dritten Reiches, die Distanzierung des Historikers von seinem Forschungsgegenstand Nationalsozialismus die Möglichkeit verhindert, die wissenschaftliche Erforschung und Analyse des Nationalsozialismus auf die gleiche Weise anzugehen wie andere Geschichtsperioden – mit einem Grad an intuitiver Einsicht, wie ihn die «normale» Geschichtsschreibung erfordert. Ohne eine richtige Integration des Nationalsozialismus in die «normale» Geschichtsschreibung bleibt das Dritte Reich seines Erachtens eine «Insel» in der deutschen Zeitgeschichte⁷, die als Arsenal politisch-moralischer Lehren benutzt werde. Eine routinemässige moralische Verurteilung schliesse aber ein historisches Verständnis aus, da dann der Nationalsozialismus auf eine «Abnormalität» reduziert werde und als kompensatorisches Alibi für einen restaurierten Historismus diene, der sich auf die «heilen» Epochen vor und nach Hitler konzentriere.⁸ Broszat fasste seine Position mit den Worten zusammen:

«Eine Normalisierung unseres Geschichtsbewusstseins und die Vermittlung nationaler Identität durch Geschichte kann nicht um die NS-Zeit herum, durch ihre Ausgrenzung, erreicht werden. Dabei scheint es mir, je grösser der historische Abstand wird, umso dringlicher, zu begreifen, dass Ausgrenzung der Hitler-Zeit aus der Geschichte und geschichtlichem Denken in gewisser Weise auch dann schon stattfindet, wenn diese fast nur politisch-moralisch aufgearbeitet wird, nicht mit der gleichen differenziert angewandten historischen Methodik wie andere Geschichtsepochen, mit we-

6 Broszat, *Nach Hitler*, S. 167.

7 Siehe ebenda, S. 114-120, «Eine Insel in der Geschichte? Der Historiker in der Spannung zwischen Verstehen und Bewerten der Hitler-Zeit».

8 Ebenda, S. 173.

niger gründlich abwägender Beurteilung und auch in einer gröberen, pauschalen Sprache, wenn wir der Geschichtsdarstellung der nationalsozialistischen Zeit aus gut gemeinten didaktischen Gründen eine Art methodischer Sonderbehandlung angedeihen lassen.»⁹

Eine «Normalisierung» der methodischen Behandlung bedeute, dass die normale Exaktheit wissenschaftlicher Forschung bei einer peinlich genau arbeitenden Wissenschaft zum Tragen käme, die empirisch brauchbare Begriffe «mittlerer Reichweite» verwende, statt – ob nun von einem liberal-konservativen Standpunkt aus oder aufgrund wirtschaftsdeterministischer Theorien marxistisch-leninistischer oder «neu-linker» Prägung – platt zu moralisieren.¹⁰ Dies allein würde schon durch das einer grösseren Differenzierung entstammende verbesserte Verständnis die moralische Sensibilität verfeinern, wie etwa bei der Relativierung des «Widerstands» durch seine «Entheroisierung» und die Anerkennung der Grauzone zwischen Opposition und Konformität, zwischen dem «anderen Deutschland» und dem NS-Regime.¹¹ Dadurch würde es auch möglich, die Funktion des Nationalsozialismus als Exponent eines – mit den Veränderungen in anderen damaligen Gesellschaften vergleichbaren – modernisierenden Wandels aus der Zeit heraus zu verstehen und somit zu einem tieferen Verständnis der gesellschaftlichen Kräfte und Motivation zu gelangen, die von der Nazibewegung mobilisiert und ausgebeutet werden konnten.¹²

Es ist offensichtlich, welche Relevanz das «Bayern-Projekt» und die Betonung der Alltagsgeschichte für diese Denkrichtung haben. Dem ganzen «Historisierungs»konzept liegt die Vorstellung zugrunde, dass sich hinter der Barbarei und dem Schrecken des Regimes Muster einer gesellschaftlichen «Normalität» zeigten, die vom Nationalsozialismus zwar auf verschie-

9 Ebenda, S. 153 (und Klappentext). Bei jemandem der wie Broszat extensiv und sehr sensibel über die nationalsozialistischen Konzentrationslager geschrieben hat, in denen der Ausdruck «Sonderbehandlung» ein Euphemismus für Mord war, ist die Verwendung dieses Begriffs in obigem Zusammenhang ein bemerkenswerter und bedauerlicher sprachlicher Fehlgriff.

10 Ebenda, S. 104ff, siehe auch S. 36-41. In seinem Briefwechsel mit Saul Friedländer sprach Broszat von einem «Plädoyer für die Normalisierung der Methode, nicht der Bewertung». – Martin Broszat und Saul Friedländer, «Um die ‚Historisierung des Nationalsozialismus‘. Ein Briefwechsel» V/Z 36 (1988), S. 339-372, hier S. 365 (im Folgenden als «Briefwechsel» zitiert).

11 Broszat, *Nach Hitler*. S. 110-112, 169-171.

12 Ebenda, S. 171-172.

dene Art und Weise beeinflusst wurden, die aber doch schon vor seiner Zeit bestanden und ihn auch überdauerten. So wird angesichts einer «Normalität» des Alltags, die die meiste Zeit über von nichtideologischen Faktoren geprägt war, die Rolle der nationalsozialistischen Ideologie «relativiert». Einige der sozialen Veränderungs- und Entwicklungstendenzen, die ein von der Zeit vor dem Nationalsozialismus bis in die Zeit der Bundesrepublik reichendes Kontinuum bilden, wurden durch den Nationalsozialismus beschleunigt, andere hingegen verlangsamt.¹³ Wenn man hinter die Diktatur und ihre kriminelle Energie schaut, lässt sich die Gesellschaft im nationalsozialistischen Deutschland leichter mit anderen Perioden der deutschen Geschichte verbinden und leichter mit anderen zeitgenössischen Gesellschaften vergleichen. Dadurch wird die langfristige strukturelle Veränderung und Modernisierung der deutschen Gesellschaft erklärbarer und ebenso die Rolle, die der Nationalsozialismus – gewollt oder ungewollt – bei dieser Veränderung gespielt hat. Durch diese Blickrichtung wird die traditionelle Hervorhebung der ideologischen, politischen und kriminell-terroristischen Aspekte des Nationalsozialismus in Frage gestellt und in mancher Hinsicht ersetzt. Einer von Broszats Kritikern ist beispielsweise der Auffassung, bei dessen Ansatz werde «der jüdische Aspekt [...] beinahe irrelevant»¹⁴.

Die vorgeschlagene «Historisierung» lässt sich daher in folgenden Forderungen zusammenfassen: Der Nationalsozialismus sollte mit denselben wissenschaftlichen Methoden untersucht werden wie jede andere Geschichtsepoche auch; gesellschaftliche Kontinuitätslinien sollten in weit vollständigerem Masse in einem wesentlich komplexeren Bild des Nationalsozialismus Berücksichtigung finden, und man sollte von der starken Konzentrierung auf den politisch-ideologischen Bereich als Arsenal moralischer Lehren abgehen (da moralische Sensibilität nur aus einem tieferen, durch eine «Historisierung» ermöglichten Verständnis der Vielschichtigkeit der Zeit erwachsen kann); und die NS-Zeit, die gegenwärtig beinahe als ein

13 Eine ausgezeichnete Sammlung von Aufsätzen, die einen Grossteil wertvoller Forschungsergebnisse zusammenfassen und den Nationalsozialismus im Kontext langfristiger sozialer Veränderungen sehen, findet sich bei W. Conze und R. M. Lepsius, *Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland* (Stuttgart 1983).

14 Otto Dov Kulka, «Singularity and its Relativization. Changing Views in German Historiography on National Socialism and the ‚Final Solution‘», *Yad Vashem Studies* 19 (1988), S. 151-186, hier S. 170.

– zwar nicht mehr verdrängter, doch zur «Pflichtlektion» verkümmert¹⁵ – nicht recht einordbarer Teil der deutschen Geschichte behandelt wird, muss wieder im Zusammenhang einer grösseren evolutionären Entwicklung gesehen werden.¹⁶

Kritik der «Historisierung»

Die Hauptkritiker des Broszatschen «Historisierungsplädoyers» waren die israelischen Historiker Otto Dov Kulka, Dan Diner und vor allem Saul Friedländer. Sie erkannten das Thema der «Historisierung», so wie es Broszat darlegte, als wichtiges methodisches und theoretisches Problem an und meinten, es stelle eine in mancher Hinsicht legitime Perspektive dar und werfe Fragen auf, die «in den Bereich eines grundsätzlich wissenschaftlichen Dialogs» zwischen Historikern gehören, welche «in ihrer Haltung zum Nazismus und seiner Verbrechen [...] einige fundamentale Grundannahmen teilen». Insofern waren die genannten Autoren bemüht, hier den Unterschied zu Ernst Noltes Apologetik im «Historikerstreit» hervorzuheben.¹⁷ Doch nebenbei wird angemerkt, dass die nach vierzig Jahren ergehende Aufforderung, die NS-Zeit wie jede andere Geschichtsepoche zu behandeln, auch Noltes Ausgangspunkt sei.¹⁸ Wenn man Nolte völlig aus dem Spiel lässt, sind da immer noch die Implikationen, die sich aus Andreas Hillgrubers Art der historischen Beschäftigung mit der deutschen Wehrmacht an der Ostfront für den «Historisierungs» begriff ergeben und auf die wir noch zurückkommen werden.¹⁹

15 Broszat, *Nach Hitler*, S. 161.

16 Siehe Saul Friedländer, «Überlegungen zur Historisierung des Nationalsozialismus», in Dan Diner (Hg.), *Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit* (Frankfurt am Main 1987), S. 34-50, hier S. 37-38.

17 Friedländer, «Überlegungen», S. 34-35, 41; Kulka, «Singularity and its Relativization», S. 152, 167. Die zwei Beiträge von Ernst Nolte, die dem «Historikerstreit» vorausgingen, werden wiedergegeben in «*Historikerstreit*». *Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung* (München und Zürich 1987), S. 13-35 und 39-47.

18 Friedländer, «Überlegungen», S. 43-44; Kulka, «Singularity and its Relativization», S. 167 ff.

19 Friedländer, «Überlegungen», S. 46; Dan Diner, «Zwischen Aporie und Apologie», in Diner (Hg.), *Ist der Nationalsozialismus Geschichte?* S. 66. Der Hinweis bezieht sich auf den ersten Aufsatz («Der Zusammenbruch im Osten 1944/45 als Problem der deut-

Die direkteste und strukturierteste Kritik des Broszatschen «Historisierungsplädoyers» kam von Saul Friedländer.²⁰ Im Zusammenhang mit dem «Historisierungs»gedanken sah er drei Dilemmata und ausserdem drei Probleme, die sich aus dem Ansatz ergeben.

Das erste Dilemma, auf das er hinwies, ist das der Periodisierung und der Spezifität der Diktaturjahre selbst, also der Zeit von 1933 bis 1945.²¹ Der «Historisierungs»ansatz suche das Dritte Reich in ein Bild des langfristigen sozialen Wandels einzupassen. Broszat selbst führte das Beispiel der Sozialversicherungspläne der Deutschen Arbeitsfront (DAF) im Zweiten Weltkrieg an, in denen er einerseits eine Episode in der Entwicklung wohlfahrtsstaatlicher Sozialprogramme sieht, die bereits vor dem Nationalsozialismus einsetzte und in das heutige System der Bundesrepublik einmündete, und andererseits eine Parallele zu dem, was sich zu der Zeit in völlig anderen politischen Systemen – etwa in Grossbritannien mit dem Beveridge-Plan – abspielte.²² Diese verschiedenen langfristigen sozialen Veränderungen, in diesem Fall in der Sozialpolitik, kann man daher als Prozesse ansehen, die losgelöst von den Besonderheiten der nationalsozialistischen Ideologie und den speziellen Umständen des Dritten Reiches ablaufen. Somit werden nicht mehr so sehr die einzigartigen Charakteristika der Nazizeit betont als die relative und objektive Funktion des Nationalsozialismus als beschleunigendes (oder retardierendes) Modernisierungsmoment.

Die Frage des vom Nationalsozialismus beabsichtigt oder unbeabsichtigt ausgehenden Modernisierungsschubs ist seit den Veröffentlichungen von Dahrendorf und Schoenbaum Diskussionsthema, wie wir im vorhergehenden Kapitel gesehen haben. Friedländer ging davon aus, dass neuere Untersuchungen unser Wissen über zahlreiche Aspekte dieser «Modernisierung» erweitert haben. Als Ganzes genommen zeigen derartige Untersuchungen seines Erachtens allerdings eine Interessenverlagerung vom Besonderen des Nationalsozialismus hin zu allgemeinen Modernisierungsproblemen, in de-

schen Nationalgeschichte und der europäischen Geschichte») in Andreas Hillgruber, *Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums* (Berlin 1986).

20 Friedländer, «Überlegungen». (Ursprünglich erschienen als «Some Reflections on the Historisation of National Socialism», *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 16 [1987], S. 310-324.)

21 Friedländer, «Überlegungen», S. 38-41.

22 Broszat, *Nach Hitler*, S. 171-172.

ren Rahmen der Nationalsozialismus eine Rolle spielt. Es ginge daher um die Frage der «relativen Relevanz» solcher Entwicklungen für eine umfassende geschichtliche Darstellung der Nazizeit.²³ Und Friedländers Einschätzung zufolge besteht – beinahe zwangsläufig – die Gefahr einer Relativierung des für die Zeitspanne von 1933 bis 1945 eigentümlichen politisch-ideologisch-moralischen Rahmens.²⁴

Das zweite Dilemma ergibt sich aus der empfohlenen Aufhebung der auf moralischer Verurteilung basierenden distanzierten Haltung, die der mit dem Nationalsozialismus befasste Historiker gegenüber seinem Forschungsgegenstand einnimmt und die ihn daran hindert, diese Zeit als «normale» Geschichtsepoche zu behandeln. Dadurch würden, meinte Friedländer, unlösbare Probleme bei der Erstellung eines Globalbildes der Nazizeit aufgeworfen, da zwar nur wenige Lebensbereiche an sich verbrecherisch, aber auch nur wenige von der Kriminalität des Regimes völlig unberührt gewesen seien. Eine Trennung der Kriminalität von der Normalität sei daher wohl keine leichte Aufgabe. Es liessen sich keine objektiven Kriterien festsetzen, die klar anzeigten, welche Bereiche eventuell eine empathische Behandlung zuließen und welche immer noch nicht behandelt werden könnten, ohne dass der Historiker gegenüber seinem Untersuchungsgegenstand eine distanzierte Haltung einnehme.²⁵

Das dritte Dilemma ergibt sich aus der Vagheit und unspezifischen Offenheit des «Historisierungs»konzepts, das zwar Hinweise auf eine Methode und eine Philosophie enthalte, aber keine klare Vorstellung von möglichen Ergebnissen vermittele. Die Implikationen des «Historisierungs»ansatzes seien jedoch keineswegs eindeutig, sondern auf radikal unterschiedli-

23 Friedländer, «Überlegungen», S. 40.

24 Ebenda, S. 38. Kulkas Kritik in «Singularity and its Relativization», S. 168-173, geht in eine ähnliche Richtung. Diner («Zwischen Aporie und Apologie», S. 67) kritisiert ebenfalls, dass die Besonderheiten des Zeitraums 1933-1945 zwangsläufig unter den Tisch fielen, wenn wie beim alltagsgeschichtlichen Ansatz die «Normalität» hervorgehoben werde. In Anspielung auf das von Lutz Niethammer geleitete «oral history»-Projekt über die Erfahrungen der Arbeiter im Ruhrgebiet weist er darauf hin, dass sich «die guten und die schlechten Zeiten» in der subjektiven Erinnerung keineswegs mit den bedeutenden Entwicklungen der Zeit von 1933 bis 1945 deckten. Die Folge sei eine «erhebliche Banalisierung der NS-Zeit». Angesprochen ist der Aufsatz von Ulrich Herbert, «Die guten und die schlechten Zeiten», in Lutz Niethammer (Hg.), *«Die Jahre weiss man nicht, wo man die heute hinsetzen soll»*. Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet (Bonn 1986), S. 67-96.

25 Friedländer, «Überlegungen», S. 41-42.

che Weise deutbar – wie sich an Noltes und Hillgrubers umstrittenen Interpretationen der Nazizeit sehen lasse, durch die der «Historikerstreit» aufgelöst wurde.²⁶

Friedländer war bereit, in diesem Zusammenhang Noltes Veröffentlichungen unberücksichtigt zu lassen. Aber er benutzte Hillgrubers Aufsatz über die Ostfront, um zu veranschaulichen, welche möglichen Gefahren die «Historisierung» birgt, und stellte dabei deutlich die Verbindung zu den Problemen der Alltagsgeschichte selbst und zu dem nicht klar eingegrenzten Resistenzbegriff des «Bayern-Projekts» heraus.²⁷ Nicht nur die Relativierung der Distanz zur Nazizeit, sondern auch die mit der Alltagsgeschichte verknüpfte Betonung der Normalität vieler Aspekte des Dritten Reiches und der nichtideologischen und nichtverbrecherischen Tätigkeitsbereiche sowie der immer nuancierter dargelegten Einstellungs- und Verhaltensmuster führt Friedländers Ansicht nach zu wesentlichen Problemen. Er gestand zu, dass die Kriminalität nicht notwendigerweise aussonnen vor bliebe und dass sich ein Kontinuum erstellen liesse, das die Kriminalität im Alltag und die Normalität im verbrecherischen System des Regimes erfasste. Aber er meinte, bei einer umfassenden Perspektive des Dritten Reiches, die von der im Historisierungsansatz geforderten Relativierung und Normalisierung der Nazizeit ausgehe, lasse es sich kaum vermeiden, dem «Normalitäts»ende der Skala tendenziell zuviel Gewicht beizumessen. Trotz gegenteiliger Behauptungen Broszats sei es, fürchtete Friedländer, in Bezug auf das Dritte Reich von der «Historisierung» zum «Historismus» in Wirklichkeit nur ein kleiner Schritt.²⁸ Hillgruber verteidigte seine umstrittene Empathie und Identifizierung mit den deutschen Truppen im Osten dadurch, dass er seinen Ansatz mit dem der – auf andere Forschungsgebiete angewendeten – Alltagsgeschichte vergleicht.²⁹ Friedländer war der Ansicht, diese Verteidigung habe etwas für sich, und meinte, der «Resistenz»begriff lasse sich gerechtfertigterweise auf das Verhalten der deutschen Soldaten anwenden, die in der Endphase des Krieges die Ostfront verteidigten. Viele Einheiten seien gegenüber der nationalsozialistischen Ideologie relativ immun gewesen und hätten nur – wie Soldaten jeder anderen Armee auch – ihr Bestes getan, um

26 Ebenda, S. 42-43.

27 Ebenda, S. 43-47.

28 Ebenda, S. 44.

29 Ebenda, S. 44-45; siehe Diner, «Zwischen Aporie und Apologie», S. 66, 69.

die Front zu halten. Andererseits sei die Wehrmacht natürlich auch in stärkerer Masse als fast jede andere Institution systemstabilisierend gewesen. Für Friedländer liess sich daran nicht nur erkennen, dass «Resistenz» ein «viel zu amorpher Begriff» sei³⁰, sondern auch, wie schwammig der Begriff der «Historisierung» sei, der «Unterschiedliches» umfasse, so dass «einige Interpretationen sich eher als andere bestärkt finden».³¹

Aus den genannten Dilemmata ergeben sich in Friedländers Augen drei allgemeine Probleme. Das erste besteht darin, dass die nationalsozialistische Vergangenheit immer noch zu sehr gegenwärtig sei, um sie so «normal» zu behandeln, wie man das etwa mit der Geschichte Frankreichs im 16. Jahrhundert machen würde. Die Selbstreflexion des Historikers, die für jede gute Geschichtsschreibung erforderlich ist, sei für das Studium der Nazizeit von entscheidender Bedeutung. Das Dritte Reich lasse sich einfach nicht in derselben Weise betrachten oder mit denselben Methoden angehen wie die «normale» Geschichte.³²

Das zweite Problem war für Friedländer «das der jeweils unterschiedlichen Relevanz». Die Geschichte des Nationalsozialismus sei, so schreibt er, «die Geschichte aller».³³ Die Erforschung des Alltags im Dritten Reich könne für Deutsche im Hinblick auf das Selbstverständnis und die nationale Identität in der Tat relevant und daher eine für deutsche Historiker vielleicht naheliegende Perspektive sein. Für Historiker ausserhalb Deutschlands sei diese Perspektive aber im Vergleich zu den politischen und ideologischen Aspekten des Dritten Reiches und insbesondere dem Verhältnis von Ideologie und Politik vielleicht weniger relevant.

Auf den gleichen Punkt wurde in etwas anderer Weise auch von anderen Kritikern der «Historisierung» hingewiesen. Otto Dov Kulka³⁴ sah in der Hervorhebung der «normalen» Aspekte des Dritten Reiches eine Spiegelung der gegenwärtigen Situation und des heutigen Selbstbildes der Bundesrepublik als moderner Wohlstandsgesellschaft – ein Bild, in dem die na-

30 Friedländer, «Überlegungen», S. 45.

31 Ebenda, S. 47.

32 Ebenda, S. 47-48.

33 Ebenda, S. 48.

34 Kulka, zitiert von Herbert Freedon, «Um die Singularität von Auschwitz», *Tribüne* 26, Heft 102 (1987), S. 123-124, sowie «Singularity and Relativization», S. 169-171 f.

tionalsozialistische Ideologie und die Verbrechen des Regimes kaum Platz haben. Aus dieser gegenwärtigen bundesdeutschen Perspektive heraus hielt er etwa eine Untersuchung der langfristigen Entwicklungstendenzen der Sozialpolitik für berechtigt und wichtig. Aber «die ,weltgeschichtliche Eigenart des Dritten Reiches ‘ läge doch gerade in der Qualität, nämlich dass neben dem deutschen Arbeiter [...] Abertausende von versklavten Menschenwesen ,arbeiten’, nachdem ihre Familienmitglieder auf grausamste Weise umgebracht und sie selbst nach ihrer ,Abnutzung’ auf eine industriell rationalistische Weise vernichtet wurden»³⁵.

Das dritte – und entscheidendste – Problem ist deshalb, wie man die Naziverbrechen in die «Historisierung» des Dritten Reiches integrieren soll. Laut Friedländer – und er gab zu, dass es sich dabei um ein Werturteil handelt – ist die Besonderheit oder Einzigartigkeit des Nationalsozialismus darin begründet, dass er versuchte, «zu entscheiden, wer die Welt bewohnen dürfe und wer nicht»³⁶. Das Problem – und die Grenzen – der «Historisierung» liege folglich in ihrer Unfähigkeit, in ihr Bild von der «normalen» Entwicklung «die Frage nach dem spezifischen Charakter und dem historischen Ort der Vernichtungspolitik des Dritten Reiches» zu integrieren.

35 Friedländer, «Überlegungen», S. 49-50. Dieser Satz stammt aus den Schlusszeilen von Hannah Arendt, *Eichmann in Jerusalem* (Reinbek 1983), S. 329.

36 Friedländer, «Überlegungen», S. 49. Diner («Zwischen Aporie und Apologie», S. 67-68, 71-73) ist noch härter in seiner Kritik: Er betont, dass Auschwitz eine zentrale Bedeutung als «universalistische[r] Ausgangspunkt, von dem aus die weltgeschichtliche Bedeutung des Nationalsozialismus zu ermessen wäre», habe, dass sich Auschwitz nicht «historisieren» lasse, dass Täter und Opfer diametral entgegengesetzte Erfahrungen gemacht hätten und dass es theoretisch unmöglich sei, die von ersteren erlebte «Normalität» des Alltags und den von letzteren erlebten «absoluten Ausnahmezustand» als *eine* Geschichte zu erzählen. Und er fügt (auf S. 68) hinzu, jede Vorstellung vom «Alltag» müsse notwendigerweise ihren Ausgang im begrifflichen Gegenteil des «spezifischen Besonderen» nehmen. In der offenbaren Annahme, dass eine Synthese letztlich vielleicht doch möglich sei, gelangt er (auf S. 71) im Hinblick auf den Holocaust zu dem Schluss: «Nur wer von diesem Extremfall ausgeht, könnte jene in der Nahsicht auf Alltagsgeschichte und Massenmorde aufgespaltene Gleichzeitigkeit von der Banalität des unwirklich gestalteten wirklichen Normalzustands einerseits und seinem monströsen Ausgang andererseits annähernd begreifbar machen.»

Auswertung

Die von Friedländer, Kulka und Diner gegen die «Historisierung des Nationalsozialismus» vorgebrachten Einwände lassen sich nicht so leicht beiseite wischen. Sie sprechen wichtige philosophische und methodische Überlegungen an, die jeden Versuch, die Geschichte der deutschen Gesellschaft im Nationalsozialismus zu schreiben, unmittelbar berühren.

Friedländers Bedenken, die politischen, ideologischen und moralischen Aspekte des Nationalsozialismus könnten übergangen oder heruntergespielt werden, ziehen sich durch seine ganze Kritik. Aber zu Beginn könnte man fragen, ob sich durch die traditionelle Konzentrierung auf den politisch-ideologisch-moralischen Rahmen überhaupt weitere Fortschritte im Hinblick auf eine Vertiefung des Verständnisses erzielen lassen, das die Grundlage für ein verbessertes moralisches Bewusstsein bildet. Dieser «traditionelle» Schwerpunkt, der vielleicht am deutlichsten in Karl Dietrich Brachers Werk zum Ausdruck kommt, hat viele auf Dauer brauchbare Resultate gezeitigt.³⁷ Diese hätten auch aus «historisierender» Sicht Bestand. Aber die Wissenschaft weiterhin in den überkommenen Rahmen einzuzwängen, wäre ein fruchtloses und letzten Endes vielleicht sogar kontraproduktives Unterfangen, da dadurch genau die Ansätze blockiert werden würden, die in den letzten Jahren zu vielen der schöpferischsten – und moralisch sensibelsten – Forschungsprojekte geführt haben. Ausserdem hätte eine «Historisierung» in Theorie und Praxis vielleicht weniger ernste Auswirkungen, als Friedländer befürchtet.

Es scheint fraglich, ob das erste Dilemma, das Friedländer anführte – man könne, wenn man sich auf die Entwicklung langfristiger sozialer Veränderungen konzentriere, nicht gleichzeitig dem spezifischen Charakter der NS-Zeit gerecht werden –, unumgänglich sein muss. Man könnte nämlich durchaus erwidern, dass sich die spezifischen Merkmale der Zeit von 1933 bis 1945 nur durch eine Langzeitanalyse erhellen lassen, die über diese zeitliche Begrenzung hinausgeht und diese Ära in einen entwicklungsbezogenen Kontext stellt, der Elemente des sozialen Wandels berücksichtigt, die schon lange vor dem Nationalsozialismus existierten und nach dessen Ende fort dauerten.

37 Am klassischsten in Karl Dietrich Bracher, *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus* (Köln und Berlin 1969 u. ö.).

Friedländer befürchtete, dass es unweigerlich zu einer Verlagerung der Aufmerksamkeit auf das Problem der Modernisierung käme und dass eine «Relativierung» der Diktaturzeit durch deren Einordnung in den Langzeitkontext eines «neutralen» sozialen Wandels zwangsläufig dazu führen müsse, dass man entscheidende Ereignisse oder politische Entscheidungen der NS-Zeit aus den Augen verliert oder weniger wichtig nimmt.

Diese Befürchtungen scheinen durch Arbeiten über den sozialen Wandel, von denen einige aus einer langfristigen Perspektive heraus gezielt die Frage der Modernisierung und der These von der «sozialen Revolution» angehen, nicht bestätigt zu werden. Natürlich konzentrieren sich solche Arbeiten nicht schwerpunktmässig auf die «kriminelle» Seite des Dritten Reiches. Doch auch wenn die Betonung auf der nationalsozialistischen Sozialpolitik liegt, wird dabei die Bedeutung der Ideologie keineswegs heruntergespielt, und es wird mehr als deutlich, in welchem Verhältnis diese Ideologie zu dem durch und durch rassistisch-imperialistischen Wesen des Nationalsozialismus steht. Zum Beispiel lässt – um das von Broszat aus Marie-Luise Reckers Untersuchung über die nationalsozialistische Sozialpolitik während des Krieges zitierte Beispiel zu nehmen, das in Friedländers Augen die mit der «Historisierung» verbundenen Gefahren verdeutlicht – Robert Leys sozialpolitisches Programm während des Krieges tatsächlich eine Reihe von oberflächlichen Ähnlichkeiten mit Beveridges Sozialversicherungsplänen in Grossbritannien erkennen. Am bemerkenswertesten an Reckers Analyse – wenn das auch zugegebenermassen aus Broszats Verweis auf ihre Ergebnisse nicht hervorgeht – ist der spezifische und unverkennbar nationalsozialistische Charakter des Programms.³⁸ Es ist nicht nur gerechtfertigt (und notwendig), an die Analyse des Leyschen Programms mit einer Langzeit- und auch vergleichenden Perspektive heranzugehen, ein solcher Blickwinkel trägt vielmehr auch unmittelbar zu einer klareren Definition dessen bei, was an der Sozialpolitik der Jahre 1933-1945 das besondere nationalsozialistische Prägende ist. Das gleiche lässt sich von einer beeindruckenden Analyse sagen, in der sich Michael Prinz mit den Versuchen der Nazis befasst, die Statusschranken zwischen Angestellten und Arbeitern aufzuheben; hier dient die Langzeitperspektive dazu, sowohl die spezifischen Merkmale der

38 Marie-Luise Recker, *Nationalistische Sozialpolitik, im Krieg* (München 1985). Siehe Broszat, *Nach Hitler*, S. 171.

nationalsozialistischen Sozialpolitik gegenüber den Angestellten als auch die Verankerung dieser Politik in den ideologischen Grundsätzen der Nazis besonders deutlich herauszuarbeiten.³⁹

Auf andere Themenbereiche angewandt, erhellt die «Längsschnittanalyse» gerade den politisch-ideologisch-moralischen Rahmen, dessen Ignorierung oder Minderbewertung Friedländer befürchtete; allerdings geschieht das hier auf andere und oftmals anspruchsvollere Weise als beim traditionellen Ansatz. Ein Beispiel hierfür wäre Ulrich Herberths ausgezeichnete Analyse der Behandlung ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert, die sowohl die über die Nazizeit hinaus bestehende Kontinuität als auch die spezifische Barbarei gerade dieser Zeit deutlicher ins Blickfeld treten lässt.⁴⁰ Bekanntlich war Herbert führend an dem «oral history»-Projekt im Ruhrgebiet beteiligt, das so eng an die erlebte «Normalität» des «Alltags» anknüpfte. Deshalb ist es umso bezeichnender, dass gerade dieser Historiker eine hervorragende Monographie über «Fremdarbeiter» beisteuerte, die die erste grössere Analyse über eine der barbarischsten Aspekte des Dritten Reiches darstellt, und dass er dabei nicht nur die ideologisch begründete Art der «Fremdarbeiterpolitik» des Regimes voll herausarbeitet, sondern auch aufzeigt, wie sehr «der Rassismus kein Phänomen nur bei Parteiführung und SS [...], sondern während der Kriegszeit alltäglich erlebbare und praktizierte Wirklichkeit in Deutschland [war]»⁴¹.

Die moralische Dimension ist auch mehr als offensichtlich in neueren Untersuchungen über Berufs- und gesellschaftliche Gruppen: Ärzte, Juristen, Lehrer, Techniker und Studenten.⁴² Und bei diesen Studien gibt es

39 Michael Prinz, *Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen* (München 1986).

40 Ulrich Herbert, *Geschichte der Ausländer beschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980* (Bonn 1986).

41 Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des «Ausländer-Einsatzes» in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches* (Berlin und Bonn 1985), hinterer Klappentext. Siehe auch Herberths Aufsatz «Arbeit und Vernichtung. Ökonomisches Interesse und Primat der ‚Weltanschauung‘ im Nationalsozialismus», in Diner (Hg.), *Ist der Nationalsozialismus Geschichte?*, S. 198-236.

42 Es überrascht nicht, dass moralische Fragen besonders schnell bei Forschungsprojekten berührt sind, die sich mit der Rolle des Dritten Reiches bei der Professionalisierung der medizinischen Praxis befassen. Gerade in diesem Bereich sind in der Forschung in den letzten Jahren beträchtliche Fortschritte erzielt worden. Literaturübersichten in: Michael H. Kater, «Medizin und Mediziner im Dritten Reich. Eine Bestandesaufnahme

kaum Probleme damit, parallel zu langfristigen Entwicklungs- und Veränderungsmustern (in die die Nazizeit einzuordnen ist) spezifische, dem Nationalsozialismus eigentümliche Aspekte dieser Prozesse zu behandeln. Gleiches trifft in starkem Masse auf Untersuchungen für die Stellung der Frauen zu. Die in der Frage des Antifeminismus feststellbare Kontinuität steht einer Herausarbeitung der spezifischen Konturen der Zeit von 1933 bis 1945 nicht im Wege, wie beispielsweise an Gisela Bocks Arbeit zu sehen ist, in der der Antifeminismus und die Rassenpolitik der Nazis durch eine Analyse der Zwangssterilisation in einen unmittelbaren Zusammenhang gestellt werden.⁴³ Genau wie in diesem Beispiel wird auch bei den meisten anderen der in der letzten Zeit erschienenen – und in vielen Fällen qualitätsmässig hochstehenden – Veröffentlichungen über Frauen im Dritten Reich ein besonderes Schwergewicht auf die zentrale Rassenfrage gelegt – also genau auf das Thema, von dem Friedländer befürchtete, es würde durch eine sozialgeschichtliche (statt einer politikgeschichtlichen) Perspektive an Bedeutung verlieren.⁴⁴

Es ist schwer zu sehen, wie man bei dem wissenschaftlichen Versuch, ein umfassendes Bild der Gesellschaft im Nationalsozialismus zu erstellen, ohne die Ergebnisse dieser wichtigen Untersuchungen auskommen sollte. Da ist allerdings noch Friedländers zweites Dilemma: Wenn der Historiker erst einmal die bislang automatische Distanzierung vom Nationalsozialismus aufgehoben, die Epoche aus ihrer «Quarantäne» befreit und das «Pflichtlektion'-Syndrom» beseitigt habe⁴⁵, mangle es ihm an objektiven Kriterien, um bei der Erstellung eines «globalen» Bildes der Nazizeit die «Kriminalität» von der «Normalität» zu unterscheiden.

Friedländer sorgte sich offenbar, dass nun in der «Normalität» des Alltags im Nationalsozialismus Bereiche empathischen Verständnisses gefun-

me», *HZ* 244 (1987), S. 299-352; und Michael H. Kater, «The Burden of the Past: Problems of a Modern Historiography of Physicians and Medicine in Nazi Germany», *German Studies Review* 10 (1987). Siehe auch die Monographien von Robert Jay Lifton, *The Nazi Doctors* (New York 1986), und von Michael H. Kater, *Doctors under Hitler* (Chapel Hill/London 1989).

43 Gisela Bock, *Zwangssterilisation im Nationalsozialismus* (Opladen 1986).

44 Siehe besonders Renate Bridenthal, Anita Grossmann und Marion Kaplan (Hg.), *When Biology became Destiny. Women in Weimar and Nazi Germany*, und Claudia Koonz, *Mütter im Vaterland* (vgl. oben Kap. 7, Anm. 49).

45 Friedländer, «Überlegungen», S. 41.

den werden könnten. Dadurch würde der bislang allgemein vorhandene Konsens gebrochen, der auf einer totalen und vollständigen Ablehnung dieser Zeit beruht. Doch der Historiker, dem nun auf einmal eine andere Wahl als die der Ablehnung bliebe⁴⁶, hätte keine objektiven Kriterien, um Unterscheidungen zu treffen. Im Rahmen der Philosophie des «Historismus» und der reinen Theorie scheint das von Friedländer angesprochene Problem der «Distanz» oder «Empathie» in der Tat nicht lösbar zu sein. Doch selbst auf der theoretischen Ebene geht es dabei kaum um ein dem Dritten Reich eigentümliches Problem; implizit ist die gesamte Geschichtsschreibung damit konfrontiert. Gerade in vielen Bereichen der Zeitgeschichte scheint das Problem, so könnte man meinen, kaum weniger akut zu sein als im Fall des Nationalsozialismus. Ob der Historiker, der über die sowjetische Gesellschaft unter Stalin, die Gesellschaft im faschistischen Italien oder in Spanien unter Franco, über den Vietnamkrieg, Südafrika oder den britischen Imperialismus schreibt, vor einem grundlegend anderen Dilemma steht, darf bezweifelt werden. Objektive Kriterien, die auf der «Neutralität» des Historikers beruhen, dürften in der Geschichtsschreibung wohl nirgends eine Rolle spielen. Es lässt sich nicht vermeiden, dass man seine Wahl aufgrund subjektiv determinierter Wahlmöglichkeiten trifft. Eine gründlich angewendete kritische Methode und die volle Anerkennung der erkenntnisleitenden Interessen bilden die einzigen Kontrollmittel. In dieser Hinsicht ist der mit dem Nationalsozialismus befasste Historiker in keiner anderen Lage als jeder andere Historiker auch.

Broszat brachte in seinen Schriften an manchen Stellen den Unterschied zwischen der Methode, die er empfahl, und dem traditionellen oder «restaurierten» Historismus, den er dieser gegenüberstellte, zweifellos nicht so klar und unzweideutig zum Ausdruck, wie es wünschenswert wäre.⁴⁷ Er stellte «Distanz» und «Einfühlen» ausdrücklich als Gegensätze dar und sprach von der Möglichkeit, ein gewisses Mass an «mitfühlender Identifikation (mit den Opfern, aber auch mit den [...] fehlinvestierten Leistungen und Tugenden) aufzubringen».

46 Vor vielen Jahren erklärte Wolfgang Sauer, ein charakteristisches Kennzeichen der Geschichtsschreibung zum Nationalsozialismus sei, dass dem Historiker keine andere Wahl als die der Ablehnung bleibe. (Nähere bibliographische Angaben in Kapitel 1 Anmerkung 41.)

47 Zu den im Folgenden zitierten Sätzen siehe Broszat, *Nach Hitler*, S. 120 und 161, und zu den Bemerkungen zum «Historismus» S. 100-101 und 173.

Gleichzeitig machte er jedoch recht deutlich, dass das Gegenteil zur unkritischen, positiven Identifizierung mit dem Forschungsgegenstand genau in der kritischen Geschichtsmethode zu finden sei, die sich auf den Nationalsozialismus genauso wie auf andere Geschichtsepochen anwenden lasse und letzten Endes gerade durch peinlich genaue wissenschaftliche Arbeit – zu der ein Sicheinfühlen in das Thema, aber kein unkritisches Übernehmen von Positionen gehöre – zu einer verbesserten moralischen Sensibilität beitrage.⁴⁸ Das Ergebnis bestehe in dem von allen Historikern zu leistenden Drahtseilakt, bei dem die Wahl zwischen Empathie oder moralischer Distanz durch die kritische Methode in eine Haltung umgewandelt werde, wie sie für einen Grossteil der guten Geschichtsschreibung kennzeichnend sei: Ablehnung aufgrund von «Verstehen». Diese Prämisse, dass «Aufklärung» durch «Erklärung» erreicht werde,⁴⁹ scheint Broszats Ansatz in seinen gesammelten Beiträgen, auf jeden Fall aber in seiner Arbeit am «Bayern-Projekt» und anderswo zugrunde zu liegen.

Die besten der aus der Erforschung der «Alltagsgeschichte» hervorgegangenen Arbeiten zeigen deutlich, dass ein Interesse an der Beschäftigung mit alltäglichen Verhaltens- und Denkweisen keineswegs deren empathische Behandlung nach sich ziehen muss. Detlev Peukerts Arbeit, bei der die «Normalität» in einer Theorie von der «Pathologie der Modernität» gründet, ist dafür ein hervorragendes Beispiel.⁵⁰ Das von Friedländer postulierte Dilemma ist hier kaum sichtbar. Die «Alltagsnormalität» wird hier nicht als positiver Gegenpol zu den «negativen» Aspekten des Nationalsozialismus dargestellt, sondern als Rahmen, in dem die aus einer «pathologischen» Seite der «Normalität» erwachsende «Kriminalität» leichter erklärbar wird. Ebenso wenig bestätigt sich in Peukerts Werk die Befürchtung, die Aufstel-

48 Siehe insbesondere den Aufsatz «Grenzen der Wertneutralität in der Zeitgeschichtsforschung: Der Historiker und der Nationalsozialismus», in: *Nach Hitler*, S. 92-113.

49 Broszat, *Nach Hitler*, S. 100. Siehe auch «Briefwechsel», S. 340, wo Broszat noch einmal betont, wie sehr er auf das «Prinzip kritischen, aufklärerischen historischen Verstehens» angewiesen sei, das «sich deutlich abhebt vom Verstehens-Begriff des deutschen Historismus im 19. Jahrhundert [...]».

50 Siehe Detlev Peukert, *Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus* (Köln 1982). Friedländer erkennt in «Briefwechsel», S. 354-355, die Verdienste der Alltagsgeschichtsforschung mit Einschränkungen an, stellt damit aber Broszat längst nicht zufrieden (siehe ebenda, S. 362-363).

lung eines Kontinuums (also einer Werteskala) von der «Normalität» auf der einen, bis zur «Kriminalität» auf der anderen Seite bedeute in der Praxis zwangsläufig, dass das Schwergewicht auf die erstgenannte Seite entfalle. Dabei ist Peukerts Arbeit umso beeindruckender, als sie bislang praktisch den einzigen umfassenderen Versuch einer Synthese von Forschungsergebnissen darstellt, die in einer Vielzahl von Monographien erarbeitet worden sind, welche sich unter einem alltagsgeschichtlichen Gesichtspunkt mit der deutschen Gesellschaft im Dritten Reich befassen. Und obgleich Peukert den Punkt bewusst aus seinen Überlegungen in diesem Buch ausgeklammert hat, gibt es keinen Grund, warum der «Weg nach Auschwitz» nicht vollständig Platz in einer Analyse haben sollte, die auf einer solchen Beschäftigung mit der «Normalität» beruht. Er bringt «Alltag und Barbarei» ausdrücklich miteinander in Verbindung, indem er einen gedanklichen Zusammenhang zu dem zerstörerischen Potential herstellt, das in der – der modernen Gesellschaft immanenten – Betonung auf Produktionsfortschritten und Leistungsverbesserungen liegt, und dadurch deutet er selbst an, wie eine – bislang noch kaum entwickelte – Alltagsgeschichte des Rassismus zu einem tieferen Verständnis der Verhaltens- und Denkweisen beitragen könnte, die den Holocaust möglich machten.⁵¹ Auch hier beruht das Dilemma, das angeblich in der Frage Empathie oder Distanz liegt, auf einer so nicht existierenden Dichotomie und stellt sich in der Praxis gar nicht.

Friedländers drittes Dilemma ergibt sich aus dem vagen und vom Ergebnis her offenen Begriff der «Historisierung», der sich verschieden – und zum Teil in wenig verlockender Weise – interpretieren lasse. Es fällt nicht schwer einzugestehen, dass «Historisierung» wirklich ein ungenauer und unklarer Begriff ist.⁵² In mancher Hinsicht ist er mehrdeutig, wenn nicht sogar gera-

51 Detlev Peukert, «Alltag und Barbarei. Zur Normalität des Dritten Reiches», in Diner (Hg.), *Ist der Nationalsozialismus Geschichte?*, S. 51-61, besonders S. 53, 56, 59-61.

52 Siehe dazu die Äusserungen von Adelheid von Saldern, die Friedländers Einwände zum Teil unterstützt, in ihrer Kritik «Hillgrubers ‚Zweierlei Untergang‘ – der Untergang historischer Erfahrungsanalyse», in Heide Gerstenberger und Dorothea Schmidt (Hg.), *Normalität oder Normalisierung? Geschichtswerkstätten und Faschismusanalyse* (Münster 1987), besonders S. 164, 167-168. Auch Broszat selbst akzeptierte schliesslich («Briefwechsel», S. 340, 361-362), dass der Historisierungsbegriff «vieldeutig und missverständlich» ist.

dewegs irreführend. Die Nähe zum Begriff des «Historismus», der für das Gegenteil der «Historisierung» steht, trägt auch nicht gerade zur Klarheit bei. Und zum «Normalen» scheint auf mindestens dreierlei verschiedene Weise ein Bezug zu bestehen: zur geforderten «Normalisierung» des «Geschichtsbewusstseins»; zur Anwendung einer «normalen» Geschichtsmethode bei der Erforschung des Dritten Reiches; und zur «Normalität» des «Alltags». Als ordnender und analytischer Begriff besitzt die «Historisierung» keinen klar erkennbaren Wert und deutet nur vage auf eine entsprechende Forschungsmethode hin. Wenn man diesen Begriff ad acta legen würde, wäre das wohl kein grosser Verlust. Er schafft mehr Verwirrung als Klarheit. Aber auf die in der «Historisierung» angelegte wissenschaftliche Herangehensweise und Methode könnte man nicht gut verzichten. Dennoch müsste man zwischen den drei verschiedenen Verwendungsweisen des Begriffs «normal» unterscheiden. Die Anwendung einer «normalen» Geschichtsmethode und die Ausdehnung der Analyse auf die «Normalität» des «Alltags» lassen sich leichter rechtfertigen als die Einbeziehung der Nazizeit in eine angebliche «Normalisierung des Geschichtsbewusstseins». In letzterem Fall scheint die Verwendung des Wortes – wie Friedländer und andere befürchteten und der «Historikerstreit» zeigt – tatsächlich dazu zu führen, dass entweder die Nazizeit gänzlich unter den Tisch fällt oder dass die moralische Dimension verwischt beziehungsweise verwässert wird, indem die Aufmerksamkeit auf parallele (und angeblich «ursprünglichere») Barbareien anderer «totalitärer» Staaten, insbesondere jene des bolschewistischen Russland, gelenkt wird. Im Zusammenhang mit derartigen Verzerrungen sprach Friedländer sein drittes Dilemma an, indem er darauf hinwies, dass Nolte und implizit auch Hillgruber gerade den Begriff der «Historisierung» im Kontext einer «Normalisierung» des Geschichtsbewusstseins benutzten, die sie angesichts einer «Vergangenheit, die nicht vergehen will», anstrebten.⁵³

Das Argument, bei dem von Broszat vorgebrachten Gedanken einer «Historisierung» und den damit verbundenen Konnotationen einer erhöhten moralischen Sensibilität gegenüber der Nazivergangenheit sei «in der gegenwärtig vorherrschenden Kontextuierung»⁵⁴ ein Missbrauch nicht auszu-

53 Friedländer, «Überlegungen», S. 42-46. Nolttes Artikel, «Vergangenheit, die nicht vergehen will», ist abgedruckt in «*Historikerstreit*», S. 39-47. Die im Text angesprochene Arbeit von Hillgruber ist der erste Aufsatz in *Zweierlei Untergang*.

54 Friedländer, «Überlegungen», S. 50.

schliessen, welcher – wie in Noltes Artikeln, die den «Historikerstreit» auflösen – zu einer diametral entgegengesetzten «Relativierung» der Verbrechen des Regimes führe⁵⁵, ist zweifellos eine ernste Kritik an der Vagheit des Begriffs, spricht aber an sich noch nicht überzeugend gegen den – zu einem grossen Teil auf der Alltagsgeschichte der NS-Zeit aufbauenden – Ansatz, den Broszat mit seinem Begriff im Auge hatte.

Wenn man jedoch, wie Friedländer selbst vorschlug, Noltes exzentrische Argumentation ausser Acht lässt, bleibt immer noch die Frage, was es denn mit der von Hillgruber behaupteten Übertragung des alltagsgeschichtlichen Ansatzes auf das Problem der Truppen an der Ostfront und den von ihm daraus abgeleiteten zweifelhaften Schlussfolgerungen auf sich hat.⁵⁶ Friedländer wies scharfsinnig darauf hin, dass der empathische Ansatz überraschende Ergebnisse zeitigen könne. Denn Hillgrubers Aufsatz zeige, wie Broszats angebliche «Historisierung» – die ja gerade darauf abzielte, den überkommenen «Historismus» zu vermeiden – zu einer Erneuerung des «Historismus», und diesmal in einer gefährlichen Anwendung auf das Dritte Reich, führen könne.⁵⁷ Über Hillgrubers Artikel muss man jedoch sagen, dass er fest in einer kruden Form der «Historismus»-Tradition wurzelt, die davon ausgeht, «Verstehen» sei nur mit Hilfe einer einführenden Identifizierung möglich. Gerade die Behauptung, für den Historiker könne es als einzig berechtigte Haltung nur die Identifizierung mit den an der Ostfront kämpfenden deutschen Truppen geben, hat breite und heftige Kritik an Hillgrubers Aufsatz hervorgerufen.⁵⁸ Die kritische Methode, die ihn in seinen

55 Siehe «*Historikerstreit*», S. 13-35, 39-47. Klaus Hildebrand etwa lobte in einer Rezension die Art, in der es Nolte unternommen habe, «das für die Geschichte des Nationalsozialismus und des ‚Dritten Reiches‘ zentrale Element der Vernichtungskapazität der Weltanschauung und des Regimes historisierend einzuordnen und diesen totalitären Tatbestand in dem aufeinander bezogenen Zusammenhang russischer und deutscher Geschichte zu begreifen». *HZ* 242 (1986), S. 466.

56 Siehe Hillgrubers Äusserungen in «*Historikerstreit*», S. 234-235.

57 Friedländer, «Überlegungen», S. 46-47. Siehe die weitere Debatte zwischen Broszat und Friedländer zu diesem Punkt in «Briefwechsel», S. 346, 359-360.

58 Kommentare zu Hillgrubers These im Zusammenhang mit dem «Historisierungsproblem» finden sich in Diner, «Zwischen Aporie und Apologie», S. 68-70, und von Saldern, «Hillgrubers ‚Zweierlei Untergang‘», S. 161-162, 168. Am vernichtendsten wird Hillgrubers Position von Hans-Ulrich Wehler kritisiert: *Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum ‚Historikerstreit‘* (München 1988), S. 46ff und 154ff. Siehe auch den ausgezeichneten Rezensionsartikel von Omer Bartov

anderen Arbeiten – auch in seinem Aufsatz «Der geschichtliche Ort der Judenvernichtung», der im selben Band wie die umstrittene Abhandlung über die Ostfront erschienen ist – als beeindruckenden Historiker auswies, dessen Stärke in der sorgfältigen und wohlüberlegten Behandlung empirischer Daten lag, hat ihn hier völlig im Stich gelassen und fehlt bei dieser einseitigen, unkritischen Empathie mit den deutschen Truppen ganz und gar. Zwar behauptete Hillgruber, er wende dabei die Technik der Alltagsgeschichte und den von Broszat und anderen empfohlenen Ansatz, die Ereignisse aus der Sicht der Menschen in den unteren Gesellschaftsschichten nachzuempfinden, an, doch fehlt es ihm dabei an kritischer Reflexion, und gerade dieser Umstand erzeugt die Kluft zwischen Hillgrubers Darstellung und den Arbeiten von Broszat, Peukert und anderen, die in der Tat die Erfahrungen der «kleinen Leute» festhalten, diese in ihrer Analyse aber nicht ohne einen analytisch-kritischen Rahmen betrachten.

Das Beispiel Hillgruber scheint daher fehl am Platze. Abgesehen vom zweifelhaften Wert des eigentlichen «Historisierungs»begriffs zeigt es, dass Broszat – in seinem Eifer, die Notwendigkeit eines stärker empathischen Verstehens der «Erfahrung» zu betonen – mit der «Distanz», die bei jeder Epoche (nicht nur bei der Nazizeit) für den Historiker ein wichtiger Kontrollmechanismus ist, anscheinend eine falsche Dichotomie aufgebaut hat. In Wirklichkeit schwor Broszat in seinen eigenen geschichtswissenschaftlichen Veröffentlichungen – auch in seinem letzten schmalen Band, der in einer zum Zwecke der «Historisierung» der deutschen Geschichte herausgegebenen Reihe erschienen ist – keineswegs der «Distanz» zugunsten einer unkritischen Empathie ab. Weder hier noch bei Broszats anderen Publikationen liesse sich behaupten, dass das Erzählen, dessen Fehlen in der geschichtswissenschaftlichen Behandlung des Dritten Reiches er bemängelte⁵⁹, nun an die Stelle der kritischen Strukturanalyse und Reflexion getreten

(dessen eigenes Buch, *The Eastern Front 1941-45. German Troops and the Barbarisation of Warfare*, London 1985, eine notwendige und wichtige Gegeninterpretation zu der von Hillgruber liefert): «Historians on the Eastern Front. Andreas Hillgruber and Germany's Tragedy», *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 16 (1987), S. 325-345.

⁵⁹ Siehe Martin Broszat, *Die Machtergreifung* (München 1984). Zum Konzept der Reihe *Deutsche Geschichte der neuesten Zeit* äussert sich Broszat in *Nach Hitler*, S. 152. Und Erzählen als Geschichtsmethode empfiehlt er in ebenda, S. 137, 161.

wäre oder diese doch zumindest dominierte. Man könnte sagen, dass sowohl «Distanz» als auch empathisches Verstehen für den Historiker bei der Behandlung jeder Epoche unentbehrlich sind.

Im Falle des Nationalsozialismus ist die Wahrung einer kritischen Distanz in Wirklichkeit ein entscheidender Bestandteil der neuen Sozialgeschichte des Dritten Reiches und alles andere als entbehrlich. Aber es ist gerade der Vorteil dieser neuen, in der Beschreibung und Strukturanalyse der «Alltagserfahrung» verankerten Sozialgeschichte, dass sie die unreflektierte Distanz überwindet, die herkömmlicherweise durch Abstraktionen wie die der «totalitären Herrschaft» erzeugt wird, und durch eine stärkere Wahrnehmung der Komplexität der gesellschaftlichen Wirklichkeit Anlass zu einem tieferen Verstehen gibt.⁶⁰ Wenn ich es richtig verstehe, war dies der Kern des Broszatschen Plädoyers für eine «Historisierung» und eine Strukturgeschichte des Alltags als fruchtbarsten methodischen Ansatz. Und schon allein die Ergebnisse des «Bayern-Projekts» zeigen, wie bereichernd ein solcher Ansatz sein kann.

Es ist wohl klar, dass Friedländer recht hatte, als er betonte, man könne die Nazizeit, egal unter welchem Blickwinkel, nicht als «normalen» Teil der Geschichte betrachten, wie das selbst noch bei den barbarischsten Begebenheiten der fernerer Vergangenheit möglich sei. Die Emotionen, von denen die Einstellungen zum Nationalsozialismus zu Recht immer noch geprägt sind, schliessen jene unbefangen-distanzierte Haltung, mit der sich nicht nur Frankreich im 16. Jahrhundert (um Friedländers Beispiel zu nehmen), sondern auch viele näher zurückliegende Ereignisse und Zeitabschnitte der deutschen Geschichte analysieren lassen, ganz offensichtlich aus. In diesem Sinne hat Wolfgang Benz ganz recht, wenn er sagt: «Unbefangener Umgang und die nur wissenschaftlichem Interesse sich hingebende Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus als einer Ära deutscher Geschichte unter anderen scheint also doch noch nicht so leicht möglich. Nur der Abstand von 40 oder 50 Jahren macht die NS-Zeit noch nicht historisch.»⁶¹ Dies schliesst aber natürlich nicht die Anwendung einer «normalen» Geschichtsmethode

60 Siehe ebenda, S. 131-139, «Alltagsgeschichte der NS-Zeit».

61 Wolfgang Benz, «Die Abwehr der Vergangenheit. Ein Problem nur für Historiker und Moralisten?», in Diner (Hg.), *Ist der Nationalsozialismus Geschichte?*, S. 33.

auf Deutschlands Sozial- und Politikgeschichte in der NS-Zeit aus. Auch wenn, wie Benz hinzufügt, eine auf solchen Methoden basierende interpretative Analyse der Nazizeit «der Sehnsucht der Bürger der Nachkriegsgesellschaft, von den Schatten der Vergangenheit erlöst zu werden, natürlich nicht gerecht werden» kann, bedeutet dies nicht, dass eine solche Analyse unmöglich ist.⁶² Und auch wenn im Falle des Nationalsozialismus die Beziehung des Historikers zu seinem Forschungsgegenstand eine andere ist als beispielsweise im Falle der Französischen Revolution, liesse sich doch argumentieren, dass – selbst wenn man von der Einzigartigkeit des Holocaust ausgeht – die Probleme, die die «Historisierung» aufwirft, sich in der Theorie kaum von jenen unterscheiden, mit denen der Historiker etwa bei der Behandlung der sowjetischen Gesellschaft unter Stalin konfrontiert ist.

Genau wie die Französische und die Russische Revolution bezeichnet auch das Dritte Reich ganz offensichtlich eine Ära von weltgeschichtlicher Bedeutung. Man kann dessen Geschichte sicherlich als Teil der Vorgeschichte der Bundesrepublik (und der DDR) angehen, doch wie Friedländer zu Recht sagte, ist «die Geschichte des Nazismus [...] die Geschichte aller»⁶³. Perspektiven ändern sich zwangsläufig. Die Polarisierung der deutschen und jüdischen kollektiven Erinnerung der Nazizeit – verkörpert etwa in den Filmen «Heimat» und «Shoah» – wurde von Friedländer überzeugend als ein wichtiges Element der gegenwärtigen Debatten über methodische Ansätze zur Behandlung des Dritten Reiches angesprochen.⁶⁴ Die Unterschiede in der Schwerpunktsetzung lassen sich nicht vermeiden und haben je ihre eigene Berechtigung. Sie dürften sich wohl kaum befriedigend miteinander in einer Geschichte vermischen lassen, die eine «Globalbeschreibung» der Nazizeit anstrebt und rein oder grossteils auf dem Konzept der «Erfahrung» und der Methode des «Erzählens» aufbaut. Selbst wenn man davon ausgeht, dass ein Historiker, der keine der genannten kollektiven Erinnerungen teilt, vielleicht eine in mancher Hinsicht vorteilhafte Perspek-

62 Ebenda, S. 19. Norbert Freis kleiner Band, *Der Führerstaat* (München 1987), bietet einige Hinweise auf das Potential, das in einem sozial- bzw. alltagsgeschichtlichen Ansatz steckt.

63 Friedländer, «Überlegungen», S. 48.

64 Saul Friedländer, «West Germany and the Burden of the Past: The Ongoing Debate», *Jerusalem Quarterly* 42 (1987), S. 16-17. Siehe auch «Briefwechsel», S. 346, 366-367, zur «Dissonanz zwischen Erinnerungen».

tive besitzt, scheint ein derartiger Versuch in jedem Fall an der Annahme scheitern zu müssen, dass es theoretisch möglich sei, die «Gesamtgeschichte» einer ganzen «Ära» auf der Grundlage kollektiver «Erfahrung» zu schreiben.⁶⁵ Genausowenig lässt sich Geschichte konstruieren, wenn sie allein auf den Handlungen oder «Erfahrungen» der historischen Akteure aufbaut und nicht die oftmals unpersönlich strukturierten Bedingungen berücksichtigt, die diese «Erfahrungen» zu einem guten Teil prägen oder vorherbestimmen.⁶⁶ Nur die Anwendung von gedanklichen Vorstellungen, Begriffen und selbst Theorien, die ausserhalb der Sphäre historischer Erfahrung liegen, kann in einer geschichtswissenschaftlichen Analyse, die notgedrungen generweise kaum «total» oder «global» sein kann, Ordnung schaffen und der Erfahrung einen Sinn entnehmen.⁶⁷ Wenn dies im Widerspruch zu Broszats «Historisierungsplädoyer» zu stehen scheint, dann liegt das kaum an seiner in den eigenen Veröffentlichungen zur Geschichte der Nazizeit geübten Praxis.

Wenn man die Annahme fallenlässt, dass es theoretisch und praktisch möglich sei, die Geschichte der Nazizeit (oder jeder anderen «Ära») im Sinne einer «totalen» Erfassung der Komplexität all der in einem bestimmten Zeitraum vorkommenden Widersprüche und oftmals unzusammenhängenden Erfahrungen zu schreiben, dann wird es möglich, sich eine Geschichte der deutschen Gesellschaft im Nationalsozialismus vorzustellen, die die jüngsten sozialgeschichtlichen Forschungsergebnisse – insbesondere die der Alltagsgeschichte – in eine Strukturanalyse überführen könnte, diese aber gleichzeitig auch in den politisch-ideologisch-moralischen Rahmen

65 Siehe dazu die relevanten Äusserungen von Wehler, «Königsweg», S. 35. Zum Potential – aber auch zu wesentlichen Problemen – der Erfahrungsanalyse im Hinblick auf das Dritte Reich siehe von Saldern, «Hillgrubers ‚Zweierlei Untergang‘». Friedländer betont die Grenzen der Erzählung als Methode in «Briefwechsel», S. 370-371, während Diner («Zwischen Aporie und Apologie», S. 67) darauf hinweist, dass «sich erlebter *Alltag* und existentielle *Ausnahme* als *eine* Geschichte theoretisch nicht mehr erzählen [lassen]».

66 Siehe Wehler, *Entsorgung*, S. 54, der hier auf die Probleme hinweist, die mit Hillgrubers Identifizierung mit den deutschen Truppen an der Ostfront verbunden sind.

67 Siehe die Äusserungen von Klaus Tenfelde und Jürgen Kocka in *Alltagsgeschichte der NS-Zeit*, S. 36, 50-54, 63-64, und von Kocka – zum Theoriebedarf in der Alltagsgeschichte – in einer Rezension in *die tageszeitung (taz)*, 26. Januar 1988 (siehe oben Anmerkung 5).

einordnen würde, den Friedländer auf jeden Fall berücksichtigt sehen will. Bei einem solchen Ansatz müssten Vorstellungen von einer «Historisierung» des Nationalsozialismus aufgegeben werden, die davon ausgehen, dass man ihn wie jede andere Geschichtsepoche betrachten oder seine Bedeutung «relativieren» könnte. Unerlässlich wäre dabei jedoch die gleiche methodische Strenge der geschichtswissenschaftlichen Untersuchung, wie sie bei der Behandlung anderer Epochen selbstverständlich ist. Auf die soziale Sphäre des «Alltags» sowie den politisch-ideologischen Funktionsbereich angewandt, würde die herkömmliche kritische Geschichtsmethode ausreichen, um den Antiquarismus auszuschliessen, der zu Recht als ein Kennzeichen der schwächeren alltagsgeschichtlichen Ansätze kritisiert worden ist. Und schliesslich wäre es nicht nur legitim, sondern auch notwendig, bei einem solchen Ansatz mit einer kritischen Erforschung des Kontinuums zu beginnen, das sich von der «Normalität» zur Barbarei und zum Genozid erstreckt, um sowohl den gesellschaftlichen als auch den politischen Kontext besser zu verstehen, in dem unmenschliche Ideologien in praktische Politik von nahezu unfassbarer Unmenschlichkeit umgesetzt werden. «Auschwitz» würde daher zwangsläufig den Ausgangspunkt bilden, von dem aus das dünne Eis der modernen Zivilisation und deren oberflächliche «Normalität» kritisch untersucht werden könnten.⁶⁸

Die letzte – und letztlich grundlegende – Frage, die Friedländer beschäftigte, scheint bei einem solchen Ansatz lösbar zu sein. Angesichts der in den letzten Jahren in der empirischen Sozialgeschichte des Nationalsozialismus erzielten Fortschritte sollte die Einordnung der gegen die Menschheit gerichteten Naziverbrechen in eine «globale» Interpretation der Gesellschaft im Dritten Reich nun eher möglich als unmöglich sein. Peukerts Synthese hat in vieler Hinsicht den Weg zu einer Integration von «Normalität» und «Kriminalität» gewiesen.⁶⁹ In meiner eigenen Arbeit habe ich versucht, die mangelnde menschliche Anteilnahme in der «Judenfrage» ausdrücklich zu Bereichen in Beziehung zu setzen, in denen sich in «alltäglichen» Dingen Dissens und Protest zeigten.⁷⁰ Als Arbeitshypothese bin ich bei dieser Un-

68 Siehe Peukert, «Alltag und Barbarei», S. 61; und Diner, «Zwischen Aporie und Apologie», S. 71-72.

69 Peukert, *Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde*; siehe auch sein «Alltag und Barbarei».

70 Ian Kershaw, *Popular Opinion and Political Dissent in the Third Reich* (Oxford 1983).

tersuchung von dem Gedanken ausgegangen, dass – vor allem unter «extremen» Bedingungen – «normale» Alltagsorgen und private Angelegenheiten soviel Energie und Aufmerksamkeit binden, dass dadurch die Gleichgültigkeit gegenüber unmenschlichen Vorgängen – und damit die indirekte Unterstützung eines unmenschlichen politischen Systems – wesentlich gefördert wird. Auf dem Werk des verstorbenen Reinhard Mann aufbauend, hat Robert Gellately solche Vermutungen auch für die Bereiche des gesellschaftlichen Konsens und der aktiven Unterstützung «polizeilicher» Massnahmen in Rassenfragen geäussert.⁷¹ Eine klare Trennung zwischen den Angelegenheiten der Alltagsgeschichte und dem – sich auf das genozidale Verbrechen des Naziregimes konzentrierenden – politisch-ideologisch-moralischen Rahmen zu postulieren hiesse, sich auf eine irreführende Perspektive einzulassen. Aus den Arbeiten zur Sozialgeschichte des Dritten Reiches, zu deren Förderung Broszat wie kaum ein anderer beigetragen hat, ergibt sich die Erkenntnis, dass es in der «zivilisierten Gesellschaft» einen gesellschaftlichen Rahmen geben kann, in dem Völkermord akzeptabel wird. Untersuchungen zur Alltagsgeschichte der NS-Zeit haben den beunruhigenden Gedanken wesentlich bewusster werden lassen, dass «viele Merkmale der gegenwärtigen ‚zivilisierten‘ Gesellschaft» eine Einstellung fördern, die als «Ausweg» schnell zum Mittel des «genozidalen Holocaust» greifen lässt.⁷²

71 Reinhard Mann, *Protest und Kontrolle im Dritten Reich* (Frankfurt am Main und New York 1987); Robert Gellately, «The Gestapo and German Society: Political Denunciation in the Gestapo Case Files», *JMH* 60 (1988), S. 654-694, und vor allem ders., *The Gestapo and German Society. Enforcing Racial Policy* (Oxford 1990).

72 Leo Kuper, *Genocide* (Harmondsworth 1981), S. 137.

10 Perspektivverschiebung: Historiographische Entwicklungstendenzen seit der deutschen Vereinigung

Mitte der achtziger Jahre zeigte sich das Selbstbild der Bundesrepublik Deutschland zusehends deutlicher von einem schizophränen Element geprägt: Einerseits war sie dank des materiellen Aufschwungs der Nachkriegszeit nun ein prosperierendes, stabiles und hochentwickeltes Staatswesen, andererseits schien diese Bundesrepublik dazu verurteilt, auf Dauer im Schatten jener Verbrechen existieren zu müssen, die während des Dritten Reiches im Namen Deutschlands begangen worden waren. Da konnte es kaum verwundern, dass konservative Politiker und Publizisten es in zunehmendem Masse für erforderlich hielten, einen Schlussstrich unter die NS-Zeit zu ziehen oder, wie es ein führender Politiker formulierte, aus dem «Schatten des Dritten Reiches» hervorzutreten, um wieder stolz darauf sein zu können, Deutsche zu sein.¹

Die Zeiten haben sich rascher und drastischer geändert, als man sich das Mitte der achtziger Jahre hätte vorstellen können. In einem veränderten Deutschland innerhalb eines gewandelten Europas scheint es nun aber nicht so leicht möglich zu sein, einen Schlussstrich unter die nationalsozialistische Vergangenheit zu ziehen. Das Problem des wiedererwachten Faschismus, Rassismus und Nationalismus überspannt die Jahrzehnte und sorgt dafür, dass man sich auch weiterhin mit der Hitlerzeit befasst. Der Nationalsozialismus bleibt in der Tat eine «Vergangenheit, die nicht vergehen will»².

1 James M. Markham, «Wither Strauss – Bavaria or Bonn? Premier Campaigns for ‚Emergence From Third Reich‘», *International Herald Tribune*, 15. Januar 1987.

2 So der Titel von Ernst Noltes Aufsatz, der 1986 den «Historikerstreit» auslöste, siehe «*Historikerstreit*» (Kap. 9 Anm. 17), S. 39-47. Die damalige Debatte wird ausführ-

Die Perspektiven, unter denen Geschichte betrachtet wird, sind aber nichts Statisches. Sie verändern sich im Laufe der Zeit berechtigter- und selbstverständlicherweise. Stärker als in anderen Fällen ist die Sicht der NS-Zeit allerdings von Einflüssen geprägt, die ihren Ursprung ausserhalb der engen Grenzen der Geschichtswissenschaft haben. Eine wesentliche Auswirkung, die die politischen Veränderungen in Osteuropa auf die Geschichtsschreibung haben, fällt sofort ins Auge: Die marxistischen Nationalsozialismus-Analysen sind praktisch am Ende. Im besten Falle haben sie einen Grossteil ihrer früheren Anziehungskraft verloren, schlechtestenfalls ihre Glaubwürdigkeit eingebüsst. Zur letztgenannten Kategorie gehört, als Eckpfeiler der offiziellen Staatsideologie der DDR und anderer ehemaliger Ostblockstaaten, der orthodoxe, äusserst einengende Marxismus-Leninismus. Nur noch wenige Historiker finden sich bereit, die vielfältigen und grundlegenden Mängel zu verteidigen, die ihm als theoretischem Interpretationsrahmen anhaften. Von den Wissenschaftlern, die sich mit dem Dritten Reich (oder auch anderen Epochen) befassen, bedauert kaum einer das Ende dieser Interpretationsrichtung. Schon eher bedauerlich ist allerdings (auch wenn hier sicherlich die Meinungen auseinandergehen) die abfällige Haltung, die zur Zeit *allen* marxistischen Analysevarianten entgegengebracht wird, sogar denen, die zumindest (wie die auf Gramsci oder die Marx'schen Bonapartismus-Texte zurückgehenden Ansätze) intellektuell befruchtend und heuristisch stimulierend gewirkt haben.

lich analysiert von Hans-Ulrich Wehler, *Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum «Historikerstreit»* (München 1988), Charles Maier, *The Unmasterable Past: History, Holocaust, and German National Identity* (Cambridge/Mass. 1988) [dt.: *Die Gegenwart der Vergangenheit. Geschichte und nationale Identität der Deutschen* (Frankfurt am Main 1992)] sowie Richard J. Evans, *Im Schatten Hitlers? Historikerstreit und Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik Deutschland* (Frankfurt am Main 1991). Auf englisch erschienen wichtige Beiträge und Kommentare in *Yad Vashem Studies* 19 (1988), S. 1-186, und Peter Baldwin (Hg.), *Reworking the Past. Hitler, the Holocaust, and the Historians' Debate* (Boston/Mass. 1990). Zum «Historikerstreit» wurden innerhalb und ausserhalb Deutschlands Hunderte von Artikeln, Kommentaren und Berichten publiziert. Bibliographische Angaben zu vielen der wichtigsten Veröffentlichungen finden sich in den Anmerkungen zu Wehler, S. 212 ff, kommentierte Literaturhinweise bei Evans, S. 186-189, eine umfangreiche Bibliographie bei Baldwin, S. 295-304, und Geoff Eley, «Nazism, Politics, and the Image of the Past. Thoughts on the West German *Historikerstreit* 1986-87», *Past and Present* 121 (1988), S. 171-208, hier S. 177 k Anm. 12 u. 13.

Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass die schon behandelten marxistischen Beiträge zur Nationalsozialismus-Debatte inzwischen viel weniger Beachtung finden und dass sich die Diskussionen heutzutage nur noch innerhalb des Rahmens der liberalen Geschichtsschreibung bewegen. Deren Arbeit wird nun – zum erstenmal seit den Anfängen der politischen und wissenschaftlichen Faschismusanalyse in den frühen zwanziger Jahren – nicht mehr durch eine diametral entgegengesetzte, alternative Sichtweise in Frage gestellt.

Natürlich werden viele der bereits skizzierten Erkenntnisse, die für das Verständnis des Dritten Reichs einen wirklichen Fortschritt bedeutet haben, unabhängig vom jeweiligen politischen Klima bestehen. Die vorliegende Untersuchung geht aber davon aus, dass sich Vergangenheit und Gegenwart nicht streng voneinander scheiden lassen und gegensätzliche Interpretationen des Nationalsozialismus untrennbar verbunden sind mit der fortwährenden Neubewertung der politischen Identität der Bundesrepublik und ihren – unter wechselnden Vorzeichen unternommenen – Versuchen, mit der moralischen Last der Vergangenheit fertig zu werden. Insofern wäre es ungewöhnlich gewesen, wenn die 1990 erfolgte Vereinigung des geteilten Deutschlands ohne Auswirkung auf historiographische Trends geblieben wäre.

Bei den Trends, die im Folgenden skizziert werden sollen, geht es zunächst einmal um die Frage, inwiefern es in Anbetracht eines sich seit der Vereinigung wandelnden deutschen Identitätsgefühls wohl zu einer neuen Standortbestimmung des Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte kommt. Zweitens soll untersucht werden, welche Rolle der Nationalsozialismus für die langfristige Modernisierung Deutschlands gespielt hat und inwieweit sich dadurch der Blick auf die nationalsozialistische Barbarei verschiebt, und drittens, ob das Ende des Sowjetkommunismus vielleicht zu einer veränderten Einstellung gegenüber den Greueln der NS-Diktatur führt. Das Bindeglied zwischen diesen drei ausgewählten Komplexen ist die im vorigen Kapitel beschriebene, weiter andauernde Historisierungsdebatte.

Nationalsozialismus und nationale Identität

Beim «Historikerstreit» und vor allem in den Beiträgen Michael Stürmers war eine Schlüsselfrage, welche Rolle die Geschichte bei der Entstehung eines positiven nationalen Identitätsgefühls spielt und inwieweit das Dritte Reich dessen Herausbildung in der Bundesrepublik blockiert hat.³ Stürmer meinte, der Schlüssel zur Identitätsbildung liege nicht in der negativen Konzentration auf das Dritte Reich, sondern in der Beschäftigung mit der langen deutschen Geschichte. Nur so könne man zu einer einigenden – statt trennenden und moralisch abstossenden – Identität gelangen. Die Deutschen müssten ihre Identität in einem geteilten Deutschland finden und diese habe national zu sein, so erklärte er – auch wenn damals keine Aussicht darauf bestand, sie von einem deutschen Nationalstaat herzuleiten.⁴

Das diametrale Gegenteil dieses Ansatzes ist die im ersten Kapitel vorgestellte – und vor allem mit Hans-Ulrich Wehler und Jürgen Kocka in Verbindung gebrachte – «historisch-kritische» Methode, die in dem Jahrzehnt vor der politischen und intellektuellen (Tendenz-) Wende Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre dominierte – also bevor man die sozialliberalen Werte in Frage stellte, die rund zwei Jahrzehnte lang bestimmend gewesen waren. Beim «Historikerstreit» vertrat Jürgen Habermas⁵ diesen An-

3 Die für das Thema «Historikerstreit» relevantesten Veröffentlichungen von Michael Stürmer sind: «Kein Eigentum der Deutschen: die deutsche Frage», in Werner Weidenfeld (Hg.), *Die Identität der Deutschen* (München und Wien 1983), S. 83-101; *Dissonanzen des Fortschritts. Essays über Geschichte und Politik in Deutschland* (München 1986); «Geschichte in geschichtslosem Land», in «*Historikerstreit*», S. 36-39; «Was Geschichte wiegt», in ebenda, S. 293 ff; «Weder verdrängen noch bewältigen: Geschichte und Gegenwartsbewusstsein der Deutschen», *Schweizer Monatshefte* 66 (1986), S. 689-694; «Suche nach der verlorenen Erinnerung», in *Das Parlament* 36 (1986), Nr. 20/ 21, 17. u. 24. Mai 1986. Zu Stürmers Metamorphose vom ehemaligen Anhänger der historisch-kritischen Schule zum publizistischen Sprachrohr des deutschen Konservatismus siehe Volker R. Berghahn, «Geschichtswissenschaft und Grosse Politik», *APZ* B11/87, 14. März 1987, S. 25-37, Hans-Jürgen Puhle, «Die neue Ruhelosigkeit: Michael Stürmers nationalpolitischer Revisionismus», *Geschichte und Gesellschaft* 13 (1987), S. 382-399, und Hans-Ulrich Wehler, *Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum «Historikerstreit»* (München 1988), S. 28-36.

4 Stürmer, «Kein Eigentum der Deutschen», S. 98.

5 Jürgen Habermas, «Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung», in «*Historikerstreit*», S. 62-76.

satz, der auf emphatische Weise einem selbstbewussten, politisch und moralisch fundierten kritischen Zugang zur nationalen Vergangenheit Ausdruck gibt. Verteidigt wird vehement ein postnationalistisches Identitätsgefühl – geprägt von einem «konstitutionellen Patriotismus» und einer Bindung an liberale westliche Werte. Methodisch ist dieser Ansatz eng mit Techniken der angewandten Sozialwissenschaften verknüpft, die eine vergleichende Geschichte der Gesellschaft ermöglichen.

Die historisch-kritische Methode wird jedoch nicht nur auf das Dritte Reich angewendet. Ein Grossteil der von diesem Ansatz beeinflussten wissenschaftlichen Analysen und Monographien – und viele der wichtigsten Arbeiten seiner Hauptvertreter – beschäftigen sich eher mit der Geschichte des 19. als der des 20. Jahrhunderts.⁶ Doch implizit, wenn nicht gar explizit, spielt die Suche nach einer Erklärung für Hitlers Triumph im Jahre 1933 für die Arbeit der «kritischen» Historiker eine ganz wesentliche Rolle. Und das Erbe der abscheulichen Nazigreuel war für die gesellschaftspolitische Geschichtsphilosophie, auf die sich die «kritische Methode» stützte, von zentraler Bedeutung. «Eine in Überzeugungen verankerte Bindung an universalistische Verfassungsprinzipien», so drückte es Habermas aus, «hat sich leider in der Kulturation der Deutschen erst nach – und durch – Auschwitz bilden können. Wer [...] die Deutschen zu einer konventionellen Form ihrer nationalen Identität zurückrufen will, zerstört die einzig verlässliche Basis unserer Bindung an den Westen.»⁷

Der Gegensatz zwischen den beiden Zugängen zur deutschen Vergangenheit könnte kaum deutlicher sein. Auf der einen Seite steht der Versuch, ein nationales Identitätsgefühl durch eine bestimmte Form der Annäherung an die nationale Vergangenheit zu schaffen. Die nationalsozialistischen Verbrechen sollen nicht verheimlicht, sondern transzendiert werden, indem sie «historisiert», das heisst in eine langfristige und breitere Perspektive eingebettet werden, die vielfältige Aspekte der Nationalgeschichte umfasst. Dem steht auf der anderen Seite ein Ansatz gegenüber, der Auschwitz als wesentlichen Ausgangspunkt für all das betrachtet, was an einer postnationalen Form der Identität positiv ist.

6 Einen Überblick bietet Roger Fletcher, «Recent Developments in West German Historiography: The Bielefeld School and its Critics», *German Studies Review* 7 (1984), S. 451-480.

7 Habermas, «Eine Art Schadensabwicklung», in *«Historikerstreit»*, S. 75 f.

Zur Zeit des «Historikerstreits» waren viele der Meinung, dass die Kritiker der von Stürmer, Hillgruber und Nolte vertretenen «revisionistischen» Positionen bei der erbittert geführten Debatte die Oberhand behielten. Die deutsche Vereinigung hat jedoch in der Frage der nationalen Identität – und damit auch der Behandlung der nationalen Vergangenheit – zwangsläufig zu veränderten Perspektiven geführt. Dadurch ist der historisch-kritische Ansatz offenbar noch stärker in die Defensive gedrängt worden als Anfang der achtziger Jahre. Zugleich wurde einer Betonung der deutschen Nationalität als Eckpfeiler historischer Analysen der Weg stärker geebnet als in den sechziger und siebziger Jahren – und damit auch einem Neohistorismus und den damit verbundenen Gefahren.⁸

Die Ereignisse der Jahre 1989/90 boten den deutschen Konservativen die Gelegenheit, zwei Dinge miteinander zu verbinden, die 40 Jahre lang als unvereinbare Alternativen erschienen waren: das Adenauer-Erbe der Bindung an den Westen und die Verwirklichung der nationalen Einheit. Seither haben in dem durch die Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik entstandenen neuen deutschen Nationalstaat tiefgehende Meinungsverschiedenheiten, Integrationsprobleme und die besagte «Identitätskrise» den Bestrebungen, eine Nationalgeschichte zur Grundlage einer nationalen Identität und letztlich einer kulturellen und politischen Einheit zu machen, neue Dringlichkeit verliehen – und diesmal viel offensichtlicher als Mitte der achtziger Jahre. Dass der Versuch, mit Hilfe der Geschichte eine nationale

8 In einem 1984 erschienenen prägnanten Artikel (siehe Kap. 1 Anm. 23) erkannte Irmeline Veit-Brause bereits, welche Veränderungen sich mit dem neuen «Paradigma» der «nationalen Identität» an Stelle des «historisch-kritischen» Ansatzes anbahnten. Wie sehr Hans Ulrich Wehler diese Entwicklung ablehnte, zeigt sich in seinem Angriff gegen Stürmer und dessen Ansatz in *Entsorgung*, S. 69-78, 138-145 u. 171-189, sowie in seiner scharfen Replik auf einen Artikel von Harold James («Die Nemesis der Einfallsslosigkeit», *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17. September 1990), in der dieser die Ansicht vertrat, nationale Mythen würden zur Kompensierung materieller Unzufriedenheit benötigt und könnten zur Schaffung von Stabilität beitragen. Siehe Hans-Ulrich Wehler, «Aufforderung zum Irrweg: Wiederbelebung des deutschen Nationalismus und seiner Mythen», *Der Spiegel*, 24. September 1990, und «Welche Probleme kann ein deutscher Nationalismus heute überhaupt noch lösen? Wider die Apostel der nationalen ‚Normalität‘: Der Verfassungs- und Sozialstaat schafft Loyalität und Staatsbürgerstolz», *Die Zeit*, September 1990, sowie seine Besprechung von Harold James' *A German Identity* (London 1989), «Im Irrgarten des ökonomischen Determinismus», *Die Zeit*, 11. Oktober 1991.

Identität zu schaffen, philosophisch fehlerhaft und ideologisch tendenziös ist, wird diesen Perspektivwandel wohl nicht aufhalten können.⁹

Mit dem Fall der Berliner Mauer und der anschließenden Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurde es möglich, die deutsche Vergangenheit auf verschiedene Art zu betrachten. Nach dem Krieg hatte man in der Nationalgeschichte nur die vorübergehende, unvollkommene und unter einem unglücklichen Stern stehende Einheit des Deutschen Reichs sehen können, die nach etwas über siebenzig Jahren zu einer Katastrophe und einer scheinbar dauerhaften Teilung führte. Die Ereignisse von 1989/90 bedeuteten nicht nur das Ende des Kalten Krieges – und damit auch der Nachkriegszeit –, sondern stellten für Deutschland anscheinend auch die «Normalität» einer Existenz als Nationalstaat wieder her und gaben der deutschen Geschichte die «nationale Kontinuität» zurück, wie Saul Friedländer es ausdrückte.¹⁰ Damit konnte der behauptete «deutsche Sonderweg» als beendet betrachtet werden.¹¹ Die – durch die Spaltung der Nation in zwei Staaten abrupt abgeschnittene – Entwicklung des Nationalstaats war also doch nicht unwiderruflich zu Ende gewesen. Die Zukunft mochte zwar trostlos erscheinen, aber immerhin gab es für die Nation eine Zukunft, und sie war offen. Krieg und Völkermord hatten diese geschichtliche Entwicklung nicht versperrt. Hitlers Erbe hatte letztlich doch nicht das Ende der deutschen Nation bedeutet, sondern nur eine längere Unterbrechung der «Normalität» nationaler Einheit. Innerhalb dieser veränderten Perspektive konnte Auschwitz selbstverständlich nicht mehr, wie in der Nachkriegszeit, als Identitätsbezugspunkt dienen, wie Habermas es gerne gesehen hätte.

Ein offensichtliches Problem ist dennoch die Beantwortung der Frage, welche Art von «Normalität» denn nun für eine nationale Identität als Bezugspunkt dienen könnte. Das Reich, das zwischen 1871 und 1945 existier-

9 Maier, *The Unmasterable Past*, S. 149-156, macht starke Einwände gegen die Annahme geltend, Identität lasse sich allein aus der Geschichte schöpfen.

10 Saul Friedländer, «Martin Broszat und die Historisierung des Nationalsozialismus», in Klaus-Dietmar Henke und Claudia Natoli (Hg.), *Mit dem Pathos der Nüchternheit. Martin Broszat, das Institut für Zeitgeschichte und die Erforschung des Nationalsozialismus* (Frankfurt a.M. und New York 1991), S. 155-171, hier S. 159.

11 Die «Sonderweg»-Debatte lässt sich mit Hilfe der Literaturhinweise in Kap. 2 Anm. 2 nachvollziehen.

te, kann hier kaum als Modell angesprochen werden, ist aber das bislang einzige Erfahrungsbeispiel eines deutschen Nationalstaates. Angesichts dieses Problems formulierte Michael Stürmer alternative Bezugspunkte und verwies auf langfristige Entwicklungen seit dem Dreissigjährigen Krieg im 17. Jahrhundert, in denen sich nationale und transnationale Traditionen und Muster finden lassen, die es wert seien, in Ehren gehalten zu werden. Dazu gehören in seinen Augen Föderalismus, religiöse Toleranz, städtische Institutionen und ein Gleichgewicht zwischen Zentrum und Peripherie. Eine Betonung solcher Traditionen bietet seiner Ansicht nach die Möglichkeit zur Schaffung eines historischen deutschen Identitätsgefühls innerhalb eines immer stärker zusammenwachsenden (West-) Europas.¹²

Ob diese kulturellen Strömungen genügend Gewicht haben, um sich gegenüber dem ideologischen Ballast des historischen Nationalstaats durchzusetzen und neue Formen einer deutschen Identität zu begründen, mag bezweifelt werden; und ob Stürmers Vision des neuen Europas Wirklichkeit wird, bleibt weiterhin reine Spekulationssache. Sein Versuch, «zu verhindern, dass Hitler das endgültige, unvermeidliche Ziel der deutschen Geschichte beziehungsweise deren einziger Ausgangspunkt bleibt»¹³, ist jedoch verständlich und dürfte im vereinigten Deutschland wohl zunehmend Erfolg haben.

Unter den heutigen Aspirationen auf eine nationale Identität erinnern nur die lautstarken Äusserungen der Rechtsradikalen in unschöner Weise an die nationalchauvinistischen Forderungen der Ära 1871-1945. Wenn angesichts einer von Nationalstaaten geprägten Welt in Deutschland – trotz aller dort wie anderswo vorhandenen postnationalen Wünsche und Bemühungen um eine engere europäische Einheit – ein stärkeres nationales Identitätsgefühl angestrebt wird, so ist das an sich nichts Unnatürliches und muss sich nicht unbedingt als ungesund erweisen. Für die Schaffung einer nationalen Identität bietet die deutsche Geschichte jedoch nur wenige Modelle. Die mutmassliche deutsche «nationale Identität» ist keine historische Konstante, sondern erst ein Ergebnis der letzten zwei Jahrhunderte, während deren sie nicht nur stark fluktuiert hat, sondern sich seit den Napoleonischen Erober-

12 Michael Stürmer, *Die Grenzen der Macht. Begegnung der Deutschen mit der Geschichte* (Berlin 1992).

13 So äusserte sich Michael Stürmer in einem Interview mit David Walker, *The Times Higher*, 24. Juli 1992.

rungen auch auf mehrfach verschobene «deutsche» Landesgrenzen stützte.¹⁴ Sie kann zudem kein künstliches Produkt sein, das ausschliesslich oder auch nur hauptsächlich auf historischen Perspektiven basiert, sondern wird, wenn überhaupt, organisch aus gemeinsamer kultureller Erfahrung und gemeinsamen politischen und gesellschaftlichen Institutionen erwachsen.

Historiographisch gesehen bedeutet der perspektivische «Paradigmawechsel» einerseits, dass das Dritte Reich *historisierend* im Kontext der langen deutschen Geschichte gesehen und nicht mehr als Haupt- oder Endpunkt dieser Geschichte behandelt wird, und andererseits, dass innerhalb der Geschichte des Dritten Reiches manche Elemente stärker als andere hervorgehoben werden, da sie besser zu der veränderten Perspektive passen. Einige der sich daraus ergebenden Implikationen fielen bereits bei der Debatte über Broszats «Historisierungsplädoyer» ins Auge.¹⁵ Besonders deutlich zeigt sich die veränderte Perspektive an der Art und Weise, in der die «Historisierung» bei der Frage nach dem Verhältnis von Nationalsozialismus und Modernisierung eingesetzt worden ist.

Nationalsozialismus und Modernisierung

Bei der Untersuchung der Modernisierungsfrage ist in Kapitel 7 deutlich geworden, dass – einmal abgesehen von den marxistischen Interpretationen, die diese Problemstellung insgesamt ablehnen – im Mittelpunkt der Debatte die Frage steht, ob das NS-Regime in Deutschland trotz seiner antimodern ausgerichteten Ideologie unbeabsichtigt eine «Modernisierungsrevolution» herbeigeführt hat oder ob die damalige Entwicklung eher als «soziale Reaktion» anzusehen ist. Von Broszat wurde das Modernisierungsthema dann aus anderem Blickwinkel wieder aufgegriffen. In seinem «Historisierungsplädoyer» stellte er die These auf, dass sich die Sozialplanung der «Deut-

14 Siehe dazu die ausgezeichnete Einleitung von John Breuilly, «The National Idea in Modern German History», in ders. (Hg.), *The State of Germany. The National Idea in the Making, Unmaking, and Remaking of a Modern Nation-State* (London 1992).

15 Broszat, *Nach Hitler* (vgl. Kap. 9 Anm. 1), S. 159-173.

schen Arbeitsfront» in gewissem Sinne losgelöst von den Besonderheiten der NS-Ideologie und des Dritten Reiches betrachten lasse: Als Episode innerhalb der – vor der NS-Zeit einsetzenden und in das moderne Wohlfahrtswesen der Bundesrepublik hineinreichenden – Entwicklung von Sozialfürsorgeprogrammen, aber auch als Parallele zu ähnlichen Bestrebungen – etwa dem britischen «Beveridge Plan» – in völlig anderen politischen Systemen.¹⁶

Das Phänomen des Nationalsozialismus lasse sich besser verstehen, wenn man es in die – über die NS-Zeit hinausreichenden – Kontinuitäten der deutschen Entwicklung einordnet und den Blick nicht mehr auf die – seit Langem als Merkmal des Nationalsozialismus feststehenden – Greuelthaten richtet, sondern auf die zugrundeliegende gesellschaftliche «Normalität». Diese These ist von einer Reihe – überwiegend jüngerer – deutscher Wissenschaftler begierig aufgegriffen worden, um, vom Stichwort der «Historisierung» ausgehend, die Verbindungslinien zwischen dem Nationalsozialismus und der Modernisierung nach 1945 auf verschiedene Weise neu zu untersuchen.¹⁷ Dabei gehen die betreffenden Historiker jedoch von einer Annahme aus, die sich deutlich von der früheren Behandlung der Modernisierungsfrage abhebt. Demnach hätte die NS-Führung die Modernisierungsrevolution in Deutschland nicht nur zufällig herbeigeführt, sondern dies auch *intendiert*.¹⁸ Die Behauptung, neben anderen faschistoiden Diktaturen habe auch Mussolinis Regime eine Modernisierung bewirkt, ist nicht neu (vergleiche Kapitel 2). Den Befürwortern dieser These ist jedoch immer wieder entgegengehalten worden, dass sie durch die Konzentration auf das Nebenprodukt «Modernisierung» das Wesentliche am Faschismus ignorieren. Im Falle des Nationalsozialismus kann man sich dieser Kritik nur anschließen. Eine Betonung der «Modernisierung» führt im Hinblick auf das

16 Ebenda, S. 171 f. Der vergleichende Hinweis auf den «Beveridge Plan» stammt offenbar ursprünglich von Hans-Günther Hockerts, «Sicherung im Alter. Kontinuität und Wandel der gesetzlichen Rentenversicherung 1889-1979», in Conze und Lepsius, *Sozialgeschichte der Bundesrepublik*, S. 309. In jüngerer Zeit ist dieser Vergleich von Ronald Smelser wieder aufgegriffen worden in *Robert Ley* (vgl. oben Kap. 8 Anm. 62), S. 307.

17 Siehe Michael Prinz und Rainer Zitelmann (Hg.), *Nationalsozialismus und Modernisierung* (Darmstadt 1991).

18 Siehe Uwe Backes u.a. (Hg.), *Die Schatten der Vergangenheit* (vgl. oben Kap. 8 Anm. 62), S. 42 f.

Dritte Reich zwangsläufig zu einer Perspektivverschiebung.¹⁹ Und diese Perspektivverschiebung kann ihrerseits schnell zu einer Trivialisierung des Nationalsozialismus führen, wobei dessen Verbrechen zwar nicht ignoriert, aber grösstenteils doch als gegeben vorausgesetzt werden und an ihrer Stelle nun das Bild vom Dritten Reich als wichtiger Modernisierungsära in den Mittelpunkt der langfristigen historischen Betrachtung der deutschen nationalen Entwicklung gerückt wird.

Dieser neue Ansatz zum Thema Nationalsozialismus und Modernisierung und seine Implikationen für die Art der Betrachtung des Dritten Reichs wurden stark durch das Werk des jungen Berliner Politikwissenschaftlers Rainer Zitelmann geprägt und kamen in seiner 1987 erschienenen Untersuchung über Hitlers soziale Vorstellungen und Zielsetzungen deutlich zum Ausdruck.²⁰ Zitelmann bezeichnete seinen Band als Beitrag zu der von Broszat befürworteten «Historisierung» des Nationalsozialismus. Er argumentierte, dass junge Deutsche bisher nur vor zwei gleichermassen krassen – und inakzeptablen – Alternativen gestanden hätten: absolute moralische Verurteilung – eine Dämonisierung Hitlers, die ihn zur Verkörperung des Bösen machte – oder Apologetik und Verzerrung der historischen Wirklichkeit; und bei beiden würden Hitler und die ihn unterstützende Generation als etwas völlig Unbegreifliches erscheinen. Zitelmanns Studie über Hitlers soziale Ziele und Ansichten war ein Versuch, von dem angeblich Unbegreiflichen wegzukommen und das mit dem NS-Regime assoziierte Gefühl von etwas Fernem, Unwirklichem zu überwinden.²¹

19 Gegen den Versuch, das Dritte Reich als eine Art «Modernisierungsdiktatur» zu interpretieren, wenden sich nachrücklich Jens Albers, «Nationalsozialismus und Modernisierung», *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 41 (1989), S. 345-365, und Hans Mommsen, «Nationalsozialismus als vorgetäuschte Modernisierung», in Walter H. Pehle (Hg.), *Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen* (Frankfurt a.M. 1990), S. 11-46; siehe auch Manfred Rauh, «Anti-Modernisierung im nationalsozialistischen Staat», *Historisches Jahrbuch* 108 (1987), S. 94-121. Siehe auch Hans Mommsen, «Noch einmal: Nationalsozialismus und Modernisierung», in GG, 21 (1995), S. 391-402, und Michael Prinz' ausgewogene Darstellung verschiedener Standpunkte in seinem Beitrag, «Ein Grenzfall: Nationalsozialismus und Modernisierung. Zur neueren Diskussion in der Geschichtsschreibung», in Dieter Breuer und Gertrude Cepl-Kaufmann (Hg.), *Moderne und Nationalsozialismus im Rheinland* (Paderborn 1997), S. 21-33.

20 Rainer Zitelmann, *Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs* (Hamburg, Leamington Spa und New York 1987).

21 Zitelmann, *Hitler*, S. 20.

Statt sich in der üblichen Weise auf Hitlers antisemitische und «Lebensraum»-bezogene Zwangsvorstellungen zu konzentrieren (deren Bekanntheit der Autor als selbstverständlich voraussetzte), beschäftigte sich Zitelmann mit den sozialen und ökonomischen Ansichten des deutschen Diktators und tat sie – anders als bisher die meisten Historiker – nicht einfach als indiskutabel ab, sondern glaubte in ihnen einen logischen Zusammenhang zu erkennen. Dabei hielt er Hitlers Vorstellungen (im Rahmen von dessen rassistischer sozialdarwinistischer Weltanschauung) nicht nur für kohärent, sondern in vieler Hinsicht auch für ausgesprochen «modern». Anders als Darré und Himmler habe Hitler nicht mit rückwärtsgewandtem Blick die Schaffung eines Agrarparadieses angestrebt, sondern eine hochentwickelte, fortgeschrittene Industrie- und Technologiegesellschaft – die natürlich von der Versorgung mit Rohstoffen und Zwangsarbeitern aus den eroberten Gebieten abhängig gewesen wäre, dabei aber trotz allem modern. An die Stelle der dekadenten Bourgeoisie sollten nach Hitlers Vorstellung aufstrebende Arbeiter treten – dank zahlreicher Möglichkeiten zu Statusverbesserung und sozialem Aufstieg. Falls die Industrie nicht mitzöge, würde sie verstaatlicht. In jedem Falle war für die Zeit nach dem Krieg eine Planwirtschaft vorgesehen. Als bewundertes Vorbild hatte Hitler auf dem Weg zum brutalen Machthaber einer Modernisierungsdiktatur laut Zitelmann Stalin vor Augen. Doch statt nun – trotz aller vielleicht vorhandener Kohärenz – Hitlers Sozialvorstellungen als Mittel zum Zweck der Herstellung von «Rassenreinheit» und der Eroberung von «Lebensraum» zu betrachten, stellte Zitelmann die Zusammenhänge beinahe auf den Kopf: Seiner Meinung nach diene dem Diktator, der sich selbst für einen Sozialrevolutionär hielt – und laut Zitelmann von Historikern auch als solcher behandelt werden sollte –, das Rassenprogramm dazu, revolutionäre Pläne umzusetzen, die eine Umwandlung der deutschen Gesellschaft bezweckten.²²

Seit Erscheinen des Buches, durch das Zitelmann bekannt wurde, hat dieser enorm produktive Autor in einer Unzahl von Aufsätzen, Rezensionen und Zeitschriftenartikeln Argumente mit grösstenteils ähnlichem Tenor vortragen. Ausserdem hat er in seiner überaus regen Art andere Wissen-

22 Die hier zusammengefasste Interpretation wird von Zitelmann in der genannten Studie durchgängig vertreten; auf den Seiten 453-466 führt er die wesentlichsten Punkte noch einmal abschliessend auf.

schaftler dazu bewegt, sich an Sammelbänden zum Thema «Modernisierung und Historisierung» zu beteiligen. Kern seiner Argumentation ist der Gedanke, dass man den Begriff der «Modernisierung» aus jeglicher normativer Verknüpfung mit «Fortschritt», humanitären Werten, pluralistisch-partizipatorischen politischen Systemen und Demokratisierungsvorstellungen lösen und «wertfrei» als praktisches empirisches Forschungs- und Analyseinstrument betrachten müsse. Dann werde es durchaus möglich, nicht nur bei liberalen Systemen, sondern auch bei totalitären Staaten von einem intendierten (und nicht nur «zufälligen») Modernisierungsprozess zu sprechen.²³ Beim Stalinismus sei dies unverkennbar (ein Argument, das die meisten Historiker sofort bejahen würden). Ebenso müsse man bei einer Analyse der Vorstellungen (und der Praxis) von Hitler und anderen NS-Führern – wie dem Chef der «Deutschen Arbeitsfront», Robert Ley, oder Albert Speer – zu dem Schluss kommen, so Zitelmann, dass der Nationalsozialismus in Deutschland nicht nur unbeabsichtigt zu einer Modernisierung beigetragen habe, sondern bewusst um deren Herbeiführung bemüht gewesen sei.²⁴

Dieser Ansatz scheint jedoch trotz der überzeugend klingenden Argumente methodisch und begrifflich fehlerhaft zu sein. Was die Methode betrifft, so lässt sich bei Hitlers sozialen Vorstellungen dann eine gewisse Kohärenz feststellen, wenn man die verstreuten Äusserungen zur «sozialen Frage» zusammenfügt, die sich schon in seinen Reden Anfang der zwanziger Jahre und auch noch in seinen Monologen im «Führerhauptquartier» finden. Dabei wird jedoch kaum auf den konkreten Kontext seiner Äusserungen und deren intendierte Funktion geachtet, so dass die Gefahr einer Überbetonung der Kohärenz und vor allem einer Überbewertung dieser Ideen innerhalb der Hitlerschen Weltanschauung besteht. In den für den

23 Siehe Rainer Zitelmans Beitrag: «Nationalsozialismus und Moderne. Eine Zwischenbilanz», in Werner Süß (Hg.), *Übergänge. Zeitgeschichte zwischen Utopie und Machbarkeit* (Berlin 1990), S. 195-223, und vor allem «Die totalitäre Seite der Moderne», in Prinz und Zitelmann, *Nationalsozialismus und Modernisierung*, S. 1-20.

24 Zitelmann, *Hitler*, S. 7; «Nationalsozialismus und Moderne», S. 221, 223; «Die totalitäre Seite der Moderne», S. 12-20. Smelser, *Robert Ley*, ist der Ansicht, seine Studie über den Leiter der «Deutschen Arbeitsfront» füge sich nahtlos in Zitelmans Interpretation ein, derzufolge Hitler in der nationalsozialistischen «Revolution» ein wichtiges Beschleunigungsinstrument für Deutschlands Entwicklung zu einer «moderneren Gesellschaft» sah.

Zeitraum 1919 bis 1933 gesammelt vorliegenden Reden und Schriften Hitlers²⁵ beispielsweise beschränkt sich dessen Vision von einer modernen Gesellschaft auf die monoton wiederholte Beteuerung, man werde den Unterschied zwischen den «Arbeitern des Geistes» und «der Faust» durch die Schaffung einer «Volksgemeinschaft» beseitigen, die auf Rassenreinheit, Kampfbereitschaft und Stärke basiere und sich ihr Überleben durch die gewaltsame Eroberung von «Lebensraum» sichern müsse. Hitlers «soziale Zielvorstellungen» – die sich im Wesentlichen aus seiner Beschäftigung mit der «Lebensraumfrage», seinem zwanghaften Antisemitismus und seiner immer wieder in Reden und Schriften verbreiteten Rassenphilosophie ergeben haben – sind ein primitives Derivat aus rassistischen und sozialdarwinistischen Ideologien des 19. Jahrhunderts, aber kein Plan für eine «Modernisierung». Besonders schwer fällt es zu akzeptieren, dass Zitelmann Mittel und Zweck vertauscht und die zwanghaft betriebene Vernichtung der Juden und Eroberung von «Lebensraum» auf Kosten der Sowjetunion auf den funktionalen Zweck einer revolutionären Modernisierung der deutschen Gesellschaft reduziert.

Der Modernisierungsbegriff wird durch den Versuch, ihn aller normativen Konnotationen zu entkleiden und als wertfrei zu behandeln, analytisch so gut wie unbrauchbar.²⁶ Natürlich ist eine *Beschreibung* von «Modernisierungselementen» des Nationalsozialismus möglich – und deren Vorhandensein wird von der Literatur zum Dritten Reich auch kaum bestritten. Im

25 Eberhard Jäckel und Axel Kuhn (Hg.), *Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924* (Stuttgart 1980), sowie Institut für Zeitgeschichte (Hg.), *Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933*, 12 Bde. (München 1992-2000).

26 Zu der von mir geteilten Ansicht, dass die Verwendung des Modernisierungsbegriffs als analytisches Instrument einen ausdrücklich normativen Gebrauch, eine klare Definition und eine präzise Instrumentalisierung voraussetzt, siehe die Diskussionsbeiträge von Wolfgang J. Mommsen, Jürgen Kocka und Hans-Ulrich Wehler im Anschluss an den Vortrag von Matzerath und Volkmann (vgl. oben Kap. 2 Anm. 55), S. 107, 111-116. In Kap. 7 habe ich auf einige Bedenken hinsichtlich der Anwendbarkeit des Begriffs auf das Dritte Reich hingewiesen. Mit Matzerath und Volkmann (siehe Kap. 7) bin ich jedoch der Meinung, dass der Nationalsozialismus im Hinblick auf die «Modernisierungsfrage» der Versuch eines Sonderwegs aus einer Modernisierungskrise war, der in eine katastrophale Sackgasse führte. Ähnlich argumentiert Gerald Feldman, «The Weimar Republic: A Problem of Modernisation?», *Archiv für Sozialgeschichte* 26 (1986), S. 1-26.

Hinblick auf die These vom Nationalsozialismus als bewusst auf Modernisierung ausgerichteter Diktatur genügt es aber *analytisch* gesehen nicht, wenn einer Definition der Begriffe «Modernisierung», «Modernität» und «Moderne» mit der Begründung ausgewichen wird, die «Moderne selbst» sei für eine Unterscheidung zwischen «Normal-» und «Ausnahmезustand» noch «zu jung» und «auf dem gegenwärtigen Stand der Diskussion» sei es «ausserordentlich schwierig, gleichermaßen allgemeine wie *zeitnahe* Definitionen von Modernität zu geben». ²⁷ Mangels eines entsprechenden Definitionsversuchs fällt es schwer zu erkennen, worin die Bedeutung der im Nationalsozialismus vorhandenen Modernisierungselemente liegen soll. Wie Charles Maier aufgezeigt hat, stellt ein «moderner Arbeitsmarkt» jedenfalls «selbst an Regierungen mit Mordprogrammen» gewisse «strukturelle Anforderungen», so dass viele der Modernisierungselemente des Nationalsozialismus kaum überraschen können. «Moralisch bedeutsam» sind, wie er hinzufügt, nicht die vielen «normalen Aspekte» des Regierungswesens, sondern «die wenigen Mordinstitutionen». ²⁸

Beim Zitelmanschen Ansatz und seiner Konzentration auf die angeblichen «Modernisierungsabsichten» des Hitlerregimes liegt das Hauptproblem darin, dass er im Hinblick auf das *historische* Phänomen – also die tatsächliche Entwicklung – des Nationalsozialismus fast so weit geht, Zufälliges an die Stelle des Wesentlichen zu setzen. ²⁹ Wenn nun mit der Zeit die Generation stirbt, die das Dritte Reich noch selbst erlebt hat, dann könnte es, wie Saul Friedländer besorgt äusserte, im neuen Deutschland zu einer dauerhaften Perspektivverschiebung kommen – weg von den unverwechselbaren Merkmalen der Ära von 1933 bis 1945 und hin zu den «verständlicheren», weil «normaleren» Elementen, die sich als Teil der «Vorgeschichte» der Bundesrepublik betrachten lassen. Allerdings weisen, wenn überhaupt, nur sehr wenige Anzeichen auf die Entwicklung eines solchen Trends hin. ³⁰

27 Siehe die Einleitung zu Prinz und Zitlmann, *Nationalsozialismus und Modernisierung*, S. X, und Zitelmans eigenen Beitrag, «Die totalitäre Seite der Moderne», S. 11 (Hervorhebung im Zitat vom Originalautor).

28 Maier, *The Unmasterable Past*, S. 96.

29 Als gute Korrektivposition, die sich auf den «rassistischen» Kern des Nationalsozialismus konzentriert, bietet sich an: Michael Burleigh und Wolfgang Wippermann, *The Racial State. Germany 1933-1945* (Cambridge 1991).

30 Siehe Friedländer, «Martin Broszat und die Historisierung des Nationalsozialismus», S. 161f, 168-172. Einige einfühlsame und aufschlussreiche Äusserungen zu den über

Zitelmann hat erklärt, dass Broszats «Historisierungsplädoyer» auf ihn und andere jüngere Kollegen eine befreiende Wirkung gehabt habe.³¹ An seinem Ansatz wird jedoch deutlich, dass der verschwommene und interpretatorisch offene Historisierungsbegriff eine Zielrichtung annehmen kann, die von Broszat niemals beabsichtigt war.³² Damit soll allerdings nicht behauptet werden, Zitelmann habe andere als rein wissenschaftliche und ehrenhafte Motive, wenn er sich für einen radikalen Bruch mit der bisher üblichen Behandlung des Nationalsozialismus in Forschung, Lehre und öffentlichem Diskurs einsetzt. Und vieles von dem, was er über die Anziehungskraft des Nationalsozialismus für die deutsche Bevölkerung und deren Ursachen sagt, ist richtig und wichtig. Dieses Phänomen ist nur angesichts der Judenverfolgung, des Unterdrückungsapparats und anderer Aspekte des Dritten Reichs unerklärlich, die zu Recht bisher im Mittelpunkt der Geschichtsforschung stehen.³³ Wenn Zitelmann rhetorisch fragt, «Was wogen gegenüber den an Juden und anderen Minderheiten begangenen Greueln sozialen Fortschritte und vermehrte Aufstiegschancen für die ‚Volksgenossen‘?» und «Darf man angesichts der Leiden der Opfer überhaupt von jenen Seiten der Wirklichkeit sprechen, die viele Menschen als positiv empfunden haben?»³⁴, wird die implizite Tendenz seines Ansatzes jedoch deutlich, zumal wenn man bedenkt, dass schon vor dem Fall der Berliner Mauer ein Drittel der bundesdeutschen Bevölkerung der Ansicht war,

das Jahr 1945 hinaus wirksamen Kontinuitäten und deren mögliche geschichtswissenschaftliche Behandlung finden sich in dem interessanten Rezensionartikel von Harold James, «The Prehistory of the Federal Republic», *JMH* 63 (1991), S. 98-115.

31 Rainer Zitelmann, «Vom Umgang mit der NS-Vergangenheit», in Rolf Italiaander u.a. (Hg.), *Bewusstseins-Notstand. Ein optimistisches Lesebuch* (Düsseldorf 1990), S. 69-79, hier S. 76. Siehe dazu den interessanten Überblick über die Publikationen zu diesem Thema in Edouard Husson, *Les Historiens de la République Fédérale d'Allemagne (1949-1998), leurs travaux sur l'Allemagne depuis Bismarck et la question de l'identité politique allemande*, unveröffentlichte Dissertation, Paris 1998, Bd. 3, S. 685-711.

32 Kritisch rezensiert wurde der von Zitelmann mitherausgegebene Band *L'ie Schatten der Vergangenheit* (vgl. oben Anm. 17) von Norbert Frei, «Die neue Unbefangenheit. Oder: Von den Tücken einer ‚Historisierung‘ des Nationalsozialismus», *Frankfurter Rundschau*, 5. Januar 1991.

33 Siehe dazu beispielsweise seine Äusserungen in «Vom Umgang mit der NS-Vergangenheit», S. 70.

34 Zitelmann, «Vom Umgang mit der NS-Vergangenheit», S. 72.

das Dritte Reich werde im Schulunterricht zu negativ dargestellt, während sich mehr als zwei Drittel der Befragten dafür aussprachen, einen Schlussstrich unter die nationalsozialistische Vergangenheit zu ziehen.³⁵

Nationalsozialismus und Stalinismus

Durch die seit 1989 in Europa zu beobachtenden Veränderungen ist die Historiographie zum Dritten Reich auch noch in einer weiteren Hinsicht beeinflusst worden, bei der der «Historisierungsgedanke» allerdings eine andere Rolle spielt. In krassem Unterschied zu der von Broszat befürworteten Verwendung dieses Begriffs – und als weiterer Beleg für dessen unbefriedigende Schwammigkeit – strebte Ernst Nolte im «Historikerstreit» an, den historischen Ort des Nationalsozialismus zu revidieren. Er wollte den NS vor dem Hintergrund eines «europäischen Bürgerkriegs» zwischen 1917 und 1945 als Gegenpol und Reaktion auf den Sowjetkommunismus verstanden wissen.³⁶ Noltés Argumentationsweise führte zu einer erbitterten De-

35 Ebenda, S. 70.

36 Ernst Nolte, «Vergangenheit, die nicht vergehen will», in *Historikerstreit*, S. 39-47, zuerst erschienen in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6. Juni 1986. Einige seiner stritteneren Behauptungen sowie eine ausführlichere Darlegung seines Hauptarguments finden sich in einem früheren Aufsatz Noltés, «Zwischen Geschichtslegende und Revisionismus?», in *Historikerstreit*, S. 13-35. Grundlage für diesen Aufsatz bildete ein Vortrag, den Nolte bereits 1980 gehalten hatte und der im selben Jahr in gekürzter Form unter dem Titel «Die negative Lebendigkeit des Dritten Reiches. Eine Frage aus dem Blickwinkel des Jahres 1980» in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschienen war (siehe *Historikerstreit*, S. 35). Ausführlich stellte Nolte seine These etwa ein Jahr nach dem «Historikerstreit» in seinem Band *Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus* (Berlin 1987) dar. Die Art, in der er im selben Jahr in *Das Vergehen der Vergangenheit. Antwort an meine Kritiker im sogenannten Historikerstreit* (Berlin 1987) seine Position verteidigte, heizte die Kontroverse weiter an und trug ihm den Vorwurf ein, er habe längere und äusserst kritische Briefe des israelischen Historikers Otto Dov Kulka durch eine verkürzende und irreführende Paraphrasierung des Inhalts mutwillig verzerrt wiedergegeben, damit es so schien, als enthielten die Briefe ein relativ günstiges Urteil über seine Position. Siehe Otto Dov Kulka, «Der Umgang des Historikers Ernst Nolte mit Briefen aus Israel», *Frankfurter Rundschau*, 5. November 1987, und die anschliessend in derselben Zeitung am 17. Dezember 1987 sowie am 15. Januar und 19. Februar 1988 abgedruckten Leserbriefe von Wolfgang Schieder, Ernst Nolte und Otto Dov Kulka.

batte über die Frage, inwieweit der nationalsozialistische Genozid an den Juden einzigartig gewesen sei oder ob man ihn mit anderen Genoziden des 20. Jahrhunderts vergleichen könne und ihn vielleicht sogar als Reaktion auf den bolschewistischen «Klassengenozid» im russischen Bürgerkrieg anzusehen habe. Nach Noltes Überzeugung waren das Schicksal Deutschlands und das der Sowjetunion historisch gesehen durch den «europäischen Bürgerkrieg» miteinander verknüpft – einen von zwei gegensätzlichen, aber verwandten Ideologien bis zum Letzten geführten Kampf. Mit seiner Behauptung, der Nationalsozialismus sei *reaktiv* gewesen und habe durch einen Präventivschlag nur der Vernichtung durch den – als ebenso grosses, wenn nicht grösseres Übel zu betrachtenden – Sowjetbolschewismus zuvorkommen wollen, hätte Nolte beinahe die Selbstrechtfertigung der Nationalsozialisten für den von ihnen begonnenen Krieg in den Stand einer wissenschaftlichen Interpretation erhoben. Der starke Widerspruch, den er damit erntete, sorgte jedoch dafür, dass die verschlungene Geschichte des Bolschewismus und Nationalsozialismus sowie die ideologischen Wurzeln des Völkermordkrieges in der Sowjetunion unter neuen Gesichtspunkten beleuchtet wurden.

Schon bald stand dieses Thema erneut im Mittelpunkt einer kontroversen Studie – wieder vor dem Hintergrund des Historisierungsgedankens, aber unter einem völlig anderen Blickwinkel. In einem Buch über die «Endlösung», das 1988 in den USA und 1989, kurz vor den einschneidenden politischen Ereignissen, auf deutsch erschien und sich die «Historisierung» des (eher unter dem Namen «Holocaust» bekannten) «Judeozids» zur Aufgabe gemacht hatte, beschrieb der nordamerikanische Historiker Arno Mayer – dessen linkspolitische Einstellung sich stark von der Haltung Noltes unterscheidet – das deutsch-sowjetische Verhältnis ebenfalls als wesentliches Element eines zweiten «Dreissigjährigen Krieges».³⁷ Sein Ansatz ist dem von Nolte jedoch diametral entgegengesetzt. Bei Mayer war keine Rede davon, dass die Nationalsozialisten der Vernichtung durch die Bolschewiken durch einen «Präventivschlag» zuvorgekommen seien. Vielmehr betrachtete er den deutschen Einmarsch in die Sowjetunion und den anschliessenden Vernichtungskrieg als ideologischen Kreuzzug, der Ausfluss einer tief verwurzelten krankhaften Angst vor dem Bolschewismus gewesen sei.

37 Arno Mayer, *Der Krieg als Kreuzzug. Das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die «Endlösung»* (Reinbek 1989).

Diese Phobie sei schon lange im deutschen Bürgertum und unter den herrschenden Klassen verbreitet gewesen und habe sich leicht mit den paranoiden nationalsozialistischen Vorstellungen vom «jüdischen Bolschewismus» verbinden können. Mayer war weit davon entfernt, im Nationalsozialismus eine Reaktion auf vorausgegangene bolschewistische Greuel zu sehen, sondern betonte, dass der primäre, extensivere Beweggrund für dessen nichtprovoziertes Vorgehen ein extremer und tödlicher Antibolschewismus gewesen sei (der weit über den harten Kern der nationalsozialistischen Anhängererschaft hinausreichte). Seiner Meinung nach hat sich der Genozid an den Juden aus dem Krieg heraus entwickelt und war nicht schon lange vorher geplant.

Insofern sind sowohl Mayer als auch Nolte der Ansicht, dass beim Bemühen um ein historisches Verständnis des NS-Phänomens der Krieg mit der Sowjetunion und der ideologische Konflikt zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus im Mittelpunkt stehen müssen. In beiden Fällen hat sich der Schwerpunkt – wenn auch von völlig unterschiedlichen Ausgangspositionen aus und aufgrund gegensätzlicher Interpretationen – «von den Juden zu den Sowjets verschoben», wie Peter Baldwin zusammenfassend beschreibt. Doch während «für Nolte die Bolschewiken die Hauptaggressoren» sind, sieht Mayer in ihnen die «Hauptopfer».³⁸

Seitdem nach dem Ende des Kommunismus die Möglichkeit besteht, einen tieferen Einblick in die innere Funktionsweise des Sowjetsystems zu erhalten, hat das Interesse am Verhältnis zwischen NS-Deutschland und Sowjetunion natürlich stark zugenommen – vor allem im Hinblick auf Ähnlichkeiten und Gegensätze der Regimes von Hitler und Stalin. Das hat unter anderem zu einem Wiederaufleben des Totalitarismusbegriffs geführt. Die wissenschaftlichen Grenzen dieses Begriffs sind bereits in Kapitel 2 erörtert worden. Obwohl er nach seiner «Blütezeit» in den fünfziger Jahren etwas in Misskredit geriet und vor allem von linksgerichteten Historikern und Politikwissenschaftlern nicht mehr benutzt wurde, verlor der Totalitarismusbegriff für die Dauer des Kalten Krieges längst nicht alle Anziehungskraft und wurde ab Ende der siebziger Jahre wieder verstärkt aufgegriffen. Seit dem Zusammenbruch des Sowjetsystems ist es zu seiner fast vollständigen Rehabilitierung gekommen.³⁹

38 Baldwin, *Reworking the Past*, S. 26.

39 Siehe hierzu zahlreiche Beiträge in der von Eckhard Jesse herausgegebenen Aufsatz-

Diese Entwicklung kann nicht überraschen. Durch die verschärfte Konzentration auf Art und Umfang der Repression – insbesondere unter Stalin, aber auch allgemeiner im sowjetischen System und nicht zuletzt in der DDR – sowie die jetzt erzählbaren, tief bewegenden persönlichen Erfahrungen mit der polizeistaatlichen Repression ist der Totalitarismusbegriff neu belebt worden.⁴⁰

Es besteht die Gefahr, dass dies einer vereinfachenden, populären Vorstellung Vorschub gibt, die den Nationalsozialismus implizit nicht nur mit dem stalinistischen Regime in der Sowjetunion, sondern mit «Stalinismus» gleichsetzt und darunter auch das politische System der DDR subsumiert.⁴¹ In Deutschland könnte dies leicht dazu führen, dass die nur allzu verständliche Beschäftigung mit der unmenschlichen Seite des DDR-Systems – das erst seit Kurzem von der politischen Bühne verschwunden und daher den Menschen noch viel lebhafter im Gedächtnis ist – immer stärker die schwindende Erinnerung an den Nationalsozialismus verdrängt und die unter Hitler verübten Greuel durch naive und oberflächliche Vergleiche mit den Verbrechen des Honecker-Regimes trivialisiert.⁴² Wie beim «Historikerstreit» aufgrund der Beiträge Noltes heftig diskutiert, ist es dann nicht mehr weit bis zur Relativierung der unmenschlichen Taten der Deutschen im Nationalsozialismus. Hitler würde zwar noch als bössartiger Tyrann gelten, aber als nicht so bössartig wie Stalin. Und der Holocaust wäre in dieser Sichtweise auch nicht schlimmer als die stalinistischen Massenmorde und nichts weiter als ein schreckliches Nebenprodukt des auf Leben und Tod entbrannten Kampfes zweier totalitärer Systeme, bei dem auf beiden Seiten entsetzliche Greuelthaten begangen wurden.

Hier soll jedoch noch einmal festgehalten werden, dass es zu einem solchen, von manchen befürchteten Perspektivwechsel nicht gekommen ist.

sammlung *Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung* (Bonn, 2. Aufl. 1999).

40 Die hier wachgerufenen Bilder erinnern unverkennbar an Hannah Arendts bahnbrechendes Werk aus den fünfziger Jahren (vgl. oben Kapitel 2). Siehe Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* (Frankfurt am Main 1962 u. ö.).

41 In *Unmasterable Past*, «Preserving Distinctions», S. 71-84, stellt sich Maier in durchdachter und ausgewogener Form der legitimen und notwendigen, wenn auch abstoßenden Aufgabe, Art und Umfang der vom Stalin- und vom Hitlerregime verübten Massenmorde zu vergleichen.

42 Eberhard Jäckel, «Die doppelte Vergangenheit», *Der Spiegel*, 23. Dezember 1991, S. 29-43, macht dazu einige erhellende Bemerkungen.

Ausserdem hat das wiedererwachte Interesse an «totalitären» Systemen nicht nur eine negative Seite. Neue Untersuchungen zur Funktionsweise der Sowjetherrschaft und die seit den sechziger Jahren ausdifferenzierte Erforschung von Machtstrukturen und Repressionsapparat des Dritten Reiches zeigen, dass die vergleichende Analyse von «Stalinismus» und «Hitlerismus» nicht unbedingt einen Rückschritt darstellt.⁴³ Vielmehr deutet sich die Aussicht auf ein tiefergehendes Verständnis beider Systeme und der zu ihrer Aufrechterhaltung beitragenden Gesellschaften an.

Der Generationswechsel und die «Goldhagen-Debatte»

Im Hinblick auf die Empfindlichkeit und Sensibilität der deutschen Öffentlichkeit gegenüber dem Nationalsozialismus hat sich in den vergangenen Jahren, zumindest auf den ersten Blick, Überraschendes ereignet. Angesichts der oben beschriebenen «revisionistischen» Tendenzen, die sich bei der «Tendenzwende» der frühen achtziger Jahre erstmals zeigten, dann im «Historikerstreit» von 1986 gebündelt auftraten und nach der deutschen Vereinigung von 1990 offenbar neuen Auftrieb erhielten, schien die Gefahr gegeben, dass der «Revisionismus» an Boden gewinnen und sich die Einstellung zum «Dritten Reich» in Deutschland signifikant verändern könnte. Es sah so aus, als würden das Ende des Kalten Krieges und die plötzlich erreichte Vereinigung das Geschichtsbewusstsein verändern⁴⁴ und dadurch den in Deutschland von konservativen Kräften seit Langem gehegten Wunsch nach einem «Schlusstrich» unter die NS-Vergangenheit verwirklichen helfen. In diese Richtung wiesen eine möglich gewordene Neubestimmung der nationalen Identität, die als «Normalisierung» erachtete «Historisierung» der NS-Zeit und Vergleiche mit dem Stalinismus, der als noch schrecklicher hingestellt wurde. Es stand zu erwarten, dass das neue Deutschland zunehmend ungehaltener auf das bekannte Bild des «Dritten

43 Die von Moshe Lewin und mir (Hg.) in *Stalinism and Nazism. Dictatorship in Comparison* (Cambridge 1997) gesammelten Aufsätze sind ein Versuch, diesen Punkt zu veranschaulichen.

44 Friedländer, «Martin Broszat und die Historisierung des Nationalsozialismus», S. 159.

Reiches» reagieren würde, bei dem die im Namen «Auschwitz» symbolisierten deutschen Greuelthaten und Kriegsverbrechen, die Rassenverfolgung und der Völkermord an den Juden in den – bisweilen alles andere überdeckenden – Vordergrund gestellt werden. Und es wäre auch nicht anomal gewesen, wenn nun stärker als je zuvor viele Deutsche die Last der Vergangenheit hätten abschütteln wollen. Schliesslich sind zwei Drittel der heute in Deutschland lebenden Menschen erst nach dem Zusammenbruch des «Dritten Reiches» geboren und können sich für das, was unter Hitler geschah, nicht persönlich verantwortlich fühlen.

Denkbar erschien, dass ein verändertes Geschichtsbewusstsein sich hauptsächlich auf jene Aspekte des «Dritten Reiches» konzentrieren würde, die als Entwicklungsschritte auf dem Weg zu dem in der Nachkriegszeit erreichten modernisierten, technokratischen und wirtschaftlich fortgeschrittenen sozialen Wohlfahrtsstaat verstanden werden konnten. Denn durch Zeitzeugenbefragungen mit den Methoden der «Oral History» war deutlich geworden, wie sehr die Hitler-Jahre, vor allem die Friedensjahre von 1933 bis 1939, in der Erinnerung als «normale Jahre» zwischen Wirtschaftskrise und Kriegszeit gesehen wurden – Jahre, die viel Positives an sich hatten.⁴⁵ Betriebsausflüge im Rahmen von «Kraft durch Freude», HJ-Wanderungen, der Bau von Autobahnen, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und die Aussicht auf einen «Volkswagen» überwogen in der Erinnerung die Schattenseiten des «Dritten Reiches» – Konzentrationslager, Pogrome, Deportationen und den Massenmord an Menschen, die von den Nationalsozialisten als «rassisch minderwertig» eingestuft worden waren.

In den knapp zehn Jahren seit der Vereinigung hat das Geschichtsbewusstsein in Deutschland zweifellos signifikante Veränderungen erfahren, allerdings nicht in der damals von mir und vielen anderen vorhergesagten Richtung. Vielmehr ist es heute stärker als je zuvor vom Schatten des Holocaust geprägt. Die unerhörten Verbrechen des Hitler-Regimes sind im Laufe der Zeit nicht verblasst, sondern bestimmen über 50 Jahre nach dessen Zerschlagung in Deutschland mehr als zuvor die Sicht der Vergangenheit.

Dieses Phänomen hat offensichtlich mit dem Generationswechsel zu tun.

45 Siehe Niethammer, «Die Jahre weiss man nicht...», insbesondere den Beitrag von Ulrich Herbert, der von Dan Diner scharf kritisiert wurde (nähere bibliographische Angaben siehe oben Kap. 9 Anm. 24).

Von der heutigen deutschen Bevölkerung kann höchstens noch rund ein Zehntel an den nationalsozialistischen Verbrechen beteiligt gewesen sein. Die Angehörigen der «HJ-Generation», die beim Zusammenbruch des «Dritten Reiches» selbst noch Jugendliche waren, sind inzwischen im Rentenalter.⁴⁶ Insofern werden persönliche Erfahrungen mit dem «Dritten Reich» bald der Vergangenheit angehören. Die Generation der Deutschen, die ihre Handlungen während der Hitlerzeit nachträglich zu rechtfertigen versuchten, ist inzwischen nahezu ausgestorben. Wenn die junge Generation von heute ungehemmt bohrende Fragen zur NS-Vergangenheit stellt, dann geht es nicht um die Handlungen der Väter, sondern der Grossväter.

Der Generationswechsel wirkt sich auch auf die Geschichtswissenschaft aus. Inzwischen haben jene Historiker das Pensionsalter erreicht, die als Heranwachsende in den letzten Kriegsjahren gerade im HJ-fähigen Alter waren und später ihre – lange Jahre die Forschung und Lehre über die dunkelsten Kapitel der neueren deutschen Geschichte prägende – geschichtswissenschaftliche Arbeit als Teil der politischen Aufgabe begriffen, in der deutschen Gesellschaft auf Dauer soziale und liberale Werte zu verankern. Eine neue, in den 50er beziehungsweise 60er Jahren geborene Generation von Wissenschaftlern geht unterdessen unvermeidlich unter neuen Blickwinkeln an die Erforschung des Nationalsozialismus. Sie fühlt sich durch die Perspektiven ihrer Vorgänger weniger gebunden, möchte sich in mancher Hinsicht aus deren Einfluss lösen und ist bereit, Arbeit und Ergebnisse der älteren Generation zu hinterfragen. Und so sollte es auch sein. Das Ganze ist ein völlig normaler und wünschenswerter Vorgang. Jede Generation muss die Geschichte wenn auch nicht völlig neu, so doch den eigenen Anforderungen an die Vergangenheit entsprechend schreiben. Fortschritte werden immer wieder durch Nachwuchswissenschaftler erzielt, die herrschende Lehrmeinungen in Frage stellen. Im Falle einer so problematischen Periode wie der NS-Zeit mit ihrer unübersehbaren moralischen Dimension läuft das aber nicht nur auf revidierte Interpretationen oder neue Forschungsakzente hinaus, sondern auf eine moralische Hinterfragung der älteren Historikergeneration durch die jüngere.⁴⁷

46 Norbert Frei, «Abschied von der Zeitgenossenschaft. Der Nationalsozialismus und seine Erforschung auf dem Weg in die Geschichte», *Werkstattgeschichte* 20 (1998), S. 69-83, hier S. 71.

47 In diesem Licht könnten zum Beispiel die hitzigen Diskussionen gesehen werden, die

Das Erbe der Hitlerzeit ist unterdessen auch weiterhin ein öffentliches Thema. Deutschlands Politik und moralisches Bewusstsein werden nach wie vor von den Folgen des Kriegs und Völkermords geprägt. Selbst für Generationen, die mit den damaligen Geschehnissen keinerlei persönliche Schuldgefühle verbinden können, ist die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit nicht geringer geworden. Zwar gibt es viele, die vom Nationalsozialismus «genug» haben⁴⁸ und gerne einen Schlussstrich unter die Schrecken der Hitlerzeit ziehen würden, andere aber sind überzeugt, dass jeder Aspekt dieser schrecklichen Ereignisse offengelegt und dass die verdeckten, verdrängten oder von den Nachkriegsgenerationen mit Stillschweigen übergangenen Untaten nun endlich aufgedeckt werden sollten.

Deutsche Befindlichkeiten wurden 1996 – und nicht zum erstenmal – durch einen von ausserhalb des deutschen Kulturraums kommenden Anstoss offengelegt: durch eine Veröffentlichung des jungen amerikanischen Politikwissenschaftlers Daniel Goldhagen. Er vertrat, zugespitzt formuliert, die These, dass die Juden ermordet wurden, weil das auf einzigartige Weise antisemitische deutsche Volk ihren Tod wollte. So verurteilte er eine ganze Nation.⁴⁹

Die Übersetzung von Goldhagens Arbeit stiess in Deutschland auf ein grosses Echo. Die erste Auflage war bereits vor der Auslieferung an die Buchhandlungen verkauft. Tausende – von denen die wenigsten das Buch

auf dem Deutschen Historikertag von 1998 über zwei bedeutende westdeutsche Historikerpersönlichkeiten der Nachkriegszeit, Werner Conze und Theodor Schieder, und ihr Verhalten in der NS-Zeit geführt wurden. Die Argumente, die ihre ehemaligen Schüler Jürgen Kocka, Wolfgang Mommsen und Hans-Ulrich Wehler – inzwischen selbst bekannte und massgebliche Geschichtswissenschaftler – zur Verteidigung von Conze und Schieder vorbrachten, wurden auf dem Historikertag von der anwesenden jüngeren Historikergeneration kritisch aufgenommen. – Siehe die Kommentare vom 14. September 1998 in der *Berliner Zeitung*, der *Tageszeitung*, der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und der *Süddeutschen Zeitung*; ausserdem das Interview mit Hans-Ulrich Wehler, «Wie man in die Irre geht», *Der Tagesspiegel* vom 8. Dezember 1998, Wehlers Artikel «In den Fusstapfen der kämpfenden Wissenschaft», *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 4. Januar 1999, und den Brief von Wolfgang J. Mommsen an die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 23. Januar 1999, S. 11.

48 Vgl. den provokativen Titel eines vor längerer Zeit veröffentlichten Buches von Andreas Hillgruber, *Endlich genug über Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg? Forschungsstand und Literatur*, Düsseldorf 1982.

49 Daniel Jonah Goldhagen, *Hitler's Willing Executioners*, New York 1996, deutsch: *Hitlers willige Vollstrecker*, übersetzt von Klaus Kochmann, Berlin 1996.

und wohl auch kaum eine der wissenschaftlichen Untersuchungen über den Nationalsozialismus oder die «Endlösung» gelesen hatten – strömten zu den Podiumsdiskussionen zwischen dem amerikanischen Autor und den ihn kritisierenden deutschen Kollegen. Manche der Streitgespräche wurden im Fernsehen übertragen und erreichten hohe Einschaltquoten. Das Medieninteresse war ungewöhnlich gross – nicht zuletzt, wenn man bedenkt, dass es hier um ein Buch ging, das aus einer Dissertation hervorgegangen war. Angesichts der vielen Rezensionen, Artikel und sogar mancher Bücher über sein Buch entstand so etwas wie eine eigene «Goldhagen-Branche»⁵⁰.

Während Goldhagens zehntägiger Publicity-Tour durch die Bundesrepublik war ich zufälligerweise gerade selbst ein paar Tage im Land und hatte Gelegenheit, eine seiner Diskussionen im Fernsehen zu verfolgen. Im Studio sass der jugendlich frisch wirkende, tadellos gekleidete, überaus höfliche und telegene Assistenz-Professor aus Harvard einer Reihe ernst blickender Kritiker gegenüber – manche davon schwergewichtige und bängstend gelehrte deutsche Professoren. Es wirkte, als stünde Goldhagen vor Gericht und hätte die geballte Macht der zur Verurteilung entschlossenen Staatsanwaltschaft vor sich. Meiner Ansicht nach (und auch nach Überzeugung meiner ebenfalls zuschauenden deutschen Freunde) gelang es Goldhagens scharfen Kritikern – zu denen im vorliegenden Fall auch Hans Mommsen (der sich bei zahlreichen Gelegenheiten als dessen hartnäckigster Gegenspieler erweisen sollte) sowie der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland Ignaz Bubis gehörten –, dessen Thesen mit einer überwältigenden Menge wohlfundierter Argumente gründlich zu widerlegen. Hingegen hatte Goldhagen, der englisch redete, um bei einem so sensiblen Thema eventuelle sprachliche Fehlleistungen zu vermeiden, für mein Empfinden nur unangemessene, nichtssagende Antworten parat. Ihm gelang in meinen Augen kaum eine Verteidigung seines so kämpferisch, provokativ und angriffslustig formulierten Buches, denn er zog sich häufig auf modifizierte Argumente zurück, die sein Text so nicht hergab, oder behauptete,

50 Die wichtigsten, vor allem deutschen, Beiträge aus der Frühphase der Debatte sind wiedergegeben in Julius H. Schoeps (Hg.), *Ein Volk von Mördern? Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust*, Hamburg 1996. Siehe auch Johannes Heil und Rainer Erb (Hg.), *Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit. Der Streit um Daniel J. Goldhagen*, Frankfurt am Main 1999.

seine Kritiker hätten ihn missverstanden.⁵¹ Doch so wenig er seine Kontrahenten auch an die Wand zu spielen vermochte, das Ergebnis des Ganzen war: Je länger die Diskussion anhielt, umso mehr Anhänger konnte Goldhagen offenbar – vor allem unter jüngeren Deutschen – gewinnen.

Dieses Phänomen lässt sich weder damit erklären, dass Goldhagens Beitrag zur geschichtswissenschaftlichen Debatte besonders qualitativ, noch, dass die von ihm gebotene Darstellung der Ursache der «Endlösung» intellektuell besonders schlagkräftig gewesen wäre. Abgesehen davon, dass es seinem amerikanischen Verlag in bemerkenswerter Weise gelang, den Band als völlig neuartige Holocaust-Interpretation zu vermarkten, ist der Grund für den Erfolg wohl vor allem in der Art und Weise zu suchen, in der hier das deutsche Trauma der nationalen Beteiligung am Holocaust thematisiert wurde. Goldhagens Buch beleuchtete von Neuem und in greller Weise das anhaltend gestörte Verhältnis der Deutschen zu ihrer Vergangenheit⁵² und entfachte in weiten Teilen der Bevölkerung über Nacht eine hitzi-

51 In einem Goldhagen keineswegs unfreundlich gesonnenen Bericht über die öffentlichen Diskussionsveranstaltungen in Hamburg und Berlin heisst es in der *Tageszeitung* vom 7./8. September 1996, S. 17: «Goldhagen liess sich nicht auf seine Kritiker ein. Als ob er Textbausteine aus einem Computerprogramm einsetze, antwortete er mit wörtlich gleichen Erklärungen auf unterschiedliche Anfragen in Hamburg und Berlin.» Siehe auch die spätere Einschätzung der Diskussionen in einem Goldhagen-Interview in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 26. Oktober 1998, S. 35. «Namhafte Historiker», so erklärte die Zeitung, hätten Goldhagens wesentliche Argumentation «zu simplistisch und monokausal» gefunden. «Goldhagen reagiert auf solche Einwände in der Diskussion mit geduldigem Verständnis und eloquent formulierten, aber zur Weitschweifigkeit neigenden Gegenargumenten. Er macht geltend, dass die Kritiker die in seinem Buch vorgelegten eigenen Relativierungen zu wenig beachtet hätten.» Einige im amerikanischen Originaltext besonders scharf formulierte Punkte seiner Argumentation waren für die deutsche Ausgabe bereits abgeschwächt worden. – Siehe *Der Spiegel*, S. 42ff.

52 Ein weiterer Hinweis darauf ist die Kontroverse, die sich vor Kurzem an einer in München gezeigten Wanderausstellung über die Rolle der Wehrmacht bei Kriegsverbrechen entzündete und zu scharfen Reaktionen der politischen Rechten führte. Zuvor war die Ausstellung bereits ohne grössere Kontroverse in Hamburg gezeigt worden. Durch die Intervention der Rechten in Bayern wurde daraus ein politisch-ideologisches Thema. Für Geschichtswissenschaftler hingegen steht seit Langem fest, dass sich die Wehrmacht während der Invasion und Besetzung der «Ostgebiete» an Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt hat. Die Öffentlichkeit, der wissenschaftliche Forschungsergebnisse häufig verborgen bleiben, war von den Enthüllungen der Ausstellung offenbar zutiefst schockiert; auf beiden Seiten wurden heftige Emotionen geweckt. Der Ausstellungskatalog *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941*

ge Debatte über die Komplizenschaft ganz normaler deutscher Bürger bei der Vernichtung der Juden. Die Ausstrahlung des synchronisierten amerikanischen Fernsehfilms «Holocaust» in Deutschland im Jahre 1979, in der die Tragödie der europäischen Juden in einem fiktiven Drama um einen Nationalsozialisten und jüdische Familien personalisiert wurde, sorgte damals weit mehr als die zahllos vorhandenen wissenschaftlichen Untersuchungen für die Offenlegung der seelischen Wunden eines Landes, das es jahrzehntelang vermieden hatte, sich der grauenvollen Tatsache der Ermordung der Juden und der Beteiligung von ganz normalen Menschen (und nicht nur hohen NS-Funktionären) an diesen schrecklichen Ereignissen zu stellen. «Eine Nation ist betroffen», lautete der Untertitel eines damals erschienenen Buches, das sich mit der Rezeption des Filmes befasste.⁵³ Beinahe 20 Jahre später war es der Kinofilm «Schindlers Liste», der eine jüngere Generation emotional zweifellos ebenfalls tief berührte. In dieser Atmosphäre erschien dann Goldhagens Buch.

Dennoch ist es ein äusserst seltenes Ereignis, wenn über Nacht eine wissenschaftliche Veröffentlichung auf einen der vorderen Bestsellerlistenplätze vorstösst und ein Universitätsprofessor ohne eigenen Lehrstuhl international berühmt wird. Warum entfaltete das Buch eine solche Wirkung? Zum einen lag das sicherlich an der geschickten Vermarktungsstrategie. Eine Harvard-Dissertation, die anhand der nach dem Krieg protokollierten Aussagen von ehemals im Osten eingesetzten Mordkommandomitgliedern die Rolle der NS-Täter untersucht, wurde vom Verlag werbewirksam als neueste und schöpferischste aller Holocaust-Interpretationen vermarktet. Die Publikation stelle, so hiess es, die gesamte – äusserst umfangreiche, in vielen Fällen ausgezeichnete, interpretatorisch höchst unterschiedliche und nuancierte – Geschichtsschreibung der letzten fünf Jahrzehnte auf den Kopf. Als die deutsche Übersetzung des Goldhagen-Buchs erschien, war die Werbemaschinerie in den USA und in Grossbritannien bereits seit Wochen in vollem Gange.

Ich wurde verschiedentlich gebeten, den Band für Zeitungen oder Zeit-

bis 1944, Hamburg 1996, wurde vom Hamburger Institut für Sozialforschung herausgegeben.

⁵³ Peter Märtshesheimer und Ivo Frenzel, *Im Kreuzfeuer: Der Fernsehfilm Holocaust. Eine Nation ist betroffen*, Frankfurt am Main 1979.

schriften zu rezensieren und mich im Radio und Fernsehen über ihn zu äussern. Das habe ich jedesmal abgelehnt. Ich hatte das Werk schon früh gelesen und war dabei zu der später auch von dem führenden deutschen Historiker Eberhard Jäckel geäusserten Ansicht gelangt, dass es «einfach ein schlechtes Buch» ist.⁵⁴ Es trug in meinen Augen so gut wie nichts zum tieferen Verständnis der Entstehung des Holocaust bei. Unterdessen kletterte Goldhagens Veröffentlichung auf den Sachbuch-Bestsellerlisten nach oben. Zu diesem Zeitpunkt erklärte ich mich daher bereit, im Deutschen Historischen Institut in London an einer Podiumsdiskussion über das Buch teilzunehmen. Die vier Historiker auf dem Podium waren sich in ihrer Kritik an dem Band einig, und das Publikum teilte bis auf wenige Ausnahmen ihre Ansicht. Interessant aber war die Wirksamkeit der Werbemaschinerie: Im Laufe der Diskussion wurde nämlich deutlich, dass in dem voll besetzten Saal ausser den Rednern kaum jemand das Buch gelesen hatte.

In Deutschland war es im Anfangsstadium des «Goldhagen-Phänomens» sicherlich genauso. Noch vor dem Erscheinen der deutschen Übersetzung widmete *Der Spiegel* unter der Überschrift «Ein Volk von Dämonen?» der Besprechung der englischsprachigen Ausgabe fast 30 Seiten. Die Titelseite des Magazins zeigte eine Fotomontage, auf der sich Hitler vor dem Hintergrund des berüchtigten Eingangstors zum KZ Auschwitz-Birkenau eifrig die Hände zur Begrüssung entgegenstrecken, das Ganze unter der Schlagzeile: «Neuer Streit um Kollektivschuld. Die Deutschen: Hitlers willige Mordgesellen?»⁵⁵ Auch *Die Zeit* reagierte bereits vor der Veröffentlichung der deutschen Fassung mit einer grösstenteils positiven Rezension und verkündete, Goldhagens Buch werde zu einem neuen Historikerstreit führen.⁵⁶ Dieses Urteil erwies sich jedoch als voreilig. Beim «Historikerstreit» der achtziger Jahre hatten sich im Hinblick auf verschiedene politisch, ideologisch und moralisch bedeutsame Themen *zwischen* den beteiligten Historikern Trennungslinien gezeigt, die in der unterschiedlichen Art zum Ausdruck kam, in der sie die Stellung des Nationalsozialismus (und vor allem der «Endlö-

54 Eberhard Jäckel, «Einfach ein schlechtes Buch», *Die Zeit*, 17. Mai 1996, wiederabgedruckt in Schoeps, S. 187-192.

55 *Der Spiegel* 21/1996, Titelseite und S. 48-77.

56 Volker Ullrich, «Hitlers willige Mordgesellen», mit dem Untertitel «Ein Buch provoziert einen neuen Historikerstreit: Waren die Deutschen doch alle schuldig?», *Die Zeit*, 12. April 1996, wiederabgedruckt in Schoeps, S. 82-92.

sung») in der deutschen Geschichte interpretierten. Im Fall Goldhagen hingegen stimmten die meisten Historiker in ihrer Kritik am Buch im Wesentlichen überein und äusserten offen, dass Goldhagens Publikation ihrer Überzeugung nach schwere Fehler enthielt.⁵⁷ Doch dadurch weckten sie erst recht das Interesse an dem Band. Aus England wurden Exemplare eingeflogen. Als die deutsche Ausgabe dann erschien, wartete die Öffentlichkeit schon gebannt darauf.

Eine clevere Vermarktung erklärt aber noch nicht alles. Die besondere Rezeption des Buches in Deutschland hatte andere Gründe. Einer von ihnen war Goldhagens krass vereinfachende – und für Deutsche schreckliche – Botschaft. Auf die Frage, warum es zum Holocaust kam, bietet sein Buch in scharfem Gegensatz zum weitaus grössten Teil der wissenschaftlichen Literatur eine äusserst klare – und höchst simple – Antwort: Bereits ab Anfang des 19. Jahrhunderts sei im deutschen Volk ein einzigartiger «eliminatorischer Antisemitismus» verbreitet gewesen, und sobald sich den Deutschen unter Hitler die Gelegenheit bot, hätten sie die Juden eliminiert. Durch diese Darstellungsweise wurde die Aufmerksamkeit von Neuem auf die Rolle der antisemitischen Ideologie auf dem Weg zur «Endlösung» gelenkt, und das war durchaus begrüssenswert angesichts anderer Interpretationen, die die Bedeutung der Ideologie herunterspielten und stattdessen die komplexen Strukturen der NS-Herrschaft betonten oder «funktionalistische» Erklärungen für die Genese des Völkermords lieferten (wenngleich bei der Erklärung des Holocaust eigentlich keine wirklich wissenschaftliche Arbeit den Antisemitismus als bedeutendes Element völlig ausser Acht gelassen hatte). Besonders bemerkenswert im Hinblick auf die Rezeption von Goldhagens Buch war jedoch die bestürzende Einfachheit seiner Interpretation im Vergleich zu den komplex und kompliziert erscheinenden Erklärungen seiner Kritiker.

Der Unterschied wurde durch Goldhagens Schreibstil noch verschärft. Seine detaillierten Schilderungen auch schrecklichster Greuelthaten standen trotz des immer wieder einflussenden Soziologenzargons mit ihrer oftmals emotionsgeladenen Darstellung der Täter- und Opfergeschichten in diame-

57 Ein wichtiger kritischer Beitrag, den Schoeps in seinem Buch nicht wiedergegeben hat, ist Hans Mommsen, «Die dünne Patina der Zivilisation», *Die Zeit*, 30. August 1996, S. 14 f.

tralem Gegensatz zu der nüchterneren und abstrakteren Wissenschaftsprosa der Mehrzahl der mit der nationalsozialistischen Judenpolitik befassten Historiker. Es fiel schwer, von den so lebhaft und personalisiert vorgetragenen Geschichten über die den zum Tode verurteilten Opfern grundlos zugefügten Grausamkeiten nicht ergriffen, bewegt, erschreckt, schockiert oder entsetzt zu sein.

Noch bedeutsamer war der Umstand, dass durch Goldhagen, dessen Familie im Holocaust gelitten hatte, nun das gesamte deutsche Volk mehr als jemals zuvor der Verbrechen an den Juden bezichtigt wurde (wenn man einmal die verständlichen, obgleich irreführenden Verallgemeinerungen aus den ersten Nachkriegsjahren und den Tenor mancher geschichtlicher Veröffentlichungen in Israel ausser Acht lässt). In seinem Buch beharrt er hartnäckig darauf, dass der «eliminatorische» (unter Hitler direkt zur Ausrottung führende) Antisemitismus als Ideologie nicht nur von überzeugten Nationalsozialisten, sondern vom deutschen Volk als Ganzes geteilt worden und es darin einzigartig gewesen sei. Durch seine Art der Behandlung des Täterverhaltens – also die Schilderung der von (wie er immer wieder betont) «gewöhnlichen Deutschen» und nicht nur von überzeugten Nationalsozialisten oder SS-Mitgliedern an Juden verübten Greuelthaten – hämmert er den Lesern seine Botschaft regelrecht ein. Kein Deutscher, der der Vergangenheit auch nur etwas Sensibilität entgegenbrachte, konnte die Behauptung ignorieren: Grund für die Ermordung der Juden sei die Tatsache, dass die Deutschen im Gegensatz zu allen anderen Nationen ein Volk von ideologischen Antisemiten – man könnte sagen: von Hitlern – seien, die nur auf die Gelegenheit zur «Eliminierung» der Juden gewartet hätten. Als sich ihnen dann die Gelegenheit bot, hätten sie sie eilends ergriffen.

Konnte Goldhagen mit seinem Urteil, das auf einer stark emotional gefärbten Quellenwiedergabe beruhte, recht haben? Bei dem Versuch, seinen Behauptungen mit ausgewogeneren und differenzierteren Analysen zu begegnen, gerieten andere Historiker schnell in Gefahr, dass ihre Erwidern von einem Massenpublikum, das verständlicherweise in dem Thema grösstenteils wenig bewandert und an den Feinheiten der wissenschaftlichen Debatte kaum interessiert war, für schwach, wenig überzeugend, zu abstrakt oder sogar für apologetisch gehalten werden könnten. Je mehr die erfahrenen Historiker Goldhagens anklagenden Rundumschlag zu widerlegen versuchten, desto weniger Wirkung schien ihre – wenn auch durchaus zutref-

fende – Kritik auf eine Generation zu haben, die von ihren Grossvätern das Schlimmste zu denken bereit war.

Das Trauma, das durch Goldhagens Buch in drastischer Weise wieder zum Vorschein gebracht wurde, besteht unvermindert fort. Je grösser der Abstand zu den schrecklichen Ereignissen der dreissiger und vierziger Jahre wird und je mehr mit dem Aussterben der Opfergeneration das Gedenken an die Stelle der Erinnerung tritt⁵⁸, desto weniger scheint die seelische Wunde im nationalen Bewusstsein auf Dauer zu vernarben.

Obwohl Goldhagens Buch für die Beleuchtung dieses Traumas eine aussergewöhnliche Rolle gespielt hat, wird es als Analyse der «Endlösung» wohl höchstens einen der hinteren Ränge in der umfangreichen und weiterwachsenden wissenschaftlichen Literatur zu diesem äusserst wichtigen Thema einnehmen und wahrscheinlich bestenfalls als Herausforderung für andere Historiker zur Relativierung oder Richtigstellung seiner groben Verallgemeinerungen gewürdigt werden.

Zum Teil ist das Buch äusserst heftig und schonungslos kritisiert worden wie zum Beispiel von dem New Yorker Politikwissenschaftler Norman Finkelstein, der gegenüber Goldhagens Werk geltend machte: «Das Buch steckt voller falscher Darstellungen der Sekundärliteratur, voller innerer Widersprüche und ist als wissenschaftliche Arbeit wertlos», denn es trage «zu unserem derzeitigen Verständnis des Holocaust nichts bei» und tue teilweise sogar «unserem Verständnis Abbruch».⁵⁹ Dies geht allerdings zu weit, wie selbst Hans Mommsen, einer von Goldhagens vehementesten Kritikern, meint.⁶⁰ Trotz aller Schwächen und Mängel stellt Goldhagens Buch

58 Angesichts der anhaltenden, hitzigen öffentlichen Debatte über die Form des in Berlin zu errichtenden Holocaust-Denkmal ist das recht wörtlich zu nehmen. – Siehe z.B. *Die Zeit* vom 21. Januar 1999, S. 4 und 33.

59 Norman G. Finkelstein, «Daniel Goldhagens ‚Wahnsinnsthese‘: Hitlers willige Vollstrecker – eine Kritik», in Norman G. Finkelstein und Ruth Bettina Birn, *Eine Nation auf dem Prüfstand. Die Goldhagen-These und die historische Wahrheit*, München 1998, übersetzt von Bernd Leineweber, S. 25 und 119.

60 Siehe seine Einleitung zu *Eine Nation auf dem Prüfstand*, S. 17-22. Während *Der Spiegel* 33/1997, S. 156-158, Finkelsteins Artikel, nach dessen Veröffentlichung in der *New/ Left Review* vom Juli/August 1997, zunächst positiv beurteilte, gelangten später in deutschen Zeitungen erschienene Beiträge zu der Einschätzung, dass Finkelstein weit über das Ziel hinausgeschossen war. – Siehe *Die Zeit* vom 22. August 1997, S. 7, und die *Süddeutsche Zeitung* vom 23./24. August 1997, S. 13. Finkelsteins anti-zionistischer Unterton führte teilweise ebenfalls zu unnötig aggressiven Polemiken.

wichtige Fragen, die – nicht zuletzt in den Augen vieler jüngerer Deutscher – immer noch auf Antwort warten, wie die Reaktionen darauf gezeigt haben.

Für Goldhagen weit negativer war die Rezension von Ruth Bettina Birn, inzwischen Leitende Historikerin in der Abteilung Kriegsverbrechen des kanadischen Justizministeriums und früher mehrere Jahre lang in der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg tätig, wo Goldhagen im Wesentlichen geforscht hat.⁶¹ Birn kannte daher die Unterlagen recht gut, auf die sich Goldhagens Interpretation im Kern bezieht. Dessen Veröffentlichung war von Historikern aus verschiedenen Ländern und «Schulen» vor allem in Hinblick auf die ersten Kapitel kritisiert worden, die zur Fundierung der Hauptthese einen hauptsächlich auf Sekundärliteratur aufbauenden Überblick über die Entwicklung des Antisemitismus in Deutschland bis zum Vorabend des Holocaust liefern. Etwas wohlwollender hatten manche Historiker die hinteren Buchkapitel mit ihren detaillierteren Erkenntnissen über die Täter und die Mordkommando-Aktionen aufgenommen, auch wenn sie Goldhagens Interpretation insgesamt grösstenteils ablehnten.⁶² Birns Rezension kritisierte Goldhagens Argumentation jedoch dort, wo sie am wasserdichtesten zu sein schien: bei der Analyse der Gerichtsunterlagen über die Mörder. Birn richtete ihre Kritik nicht nur gegen Goldhagens Argumentationskern, sondern auch gegen seine Methode und warf dem amerikanischen Autor unter anderem vor, die Gerichtsakten einseitig zur Stützung seiner apriorischen Verallgemeinerungen benutzt zu haben. Sie stellte seine Art der Quellenverwendung systematisch in Frage, diskreditierte ihn so als Historiker und nahm seinem Buch jeglichen Anspruch darauf, eine zuverlässige Interpretation des Holocaust zu sein. «Wie es aussieht», schloss Birn vernichtend, «befriedigt dieses Buch nur die Bedürfnisse derjenigen, die einfache Antworten auf schwierige Fragen [erwarten] und damit die Sicherheit suchen, die Vorurteile gewähren.»⁶³

Birns Rezension war jedoch, nicht zuletzt bei der Wiedergabe mancher

61 Zuerst unter dem Titel «Revising the Holocaust» veröffentlicht in *The Historical Journal* 40 (1997), S. 195-215; leicht verändert wiederabgedruckt in Finkelstein und Birn, *Eine Nation auf dem Prüfstand*, S. 137-192.

62 Siehe zum Beispiel die Besprechung von Hans-Ulrich Wehler in der *Zeit* vom 14. Mai 1996, in erweiterter Fassung abgedruckt in Schoeps, S. 193-209.

63 Finkelstein und Birn, S. 191.

der von ihr kritisierten Argumente, selbst nicht frei von Schwächen und Irrtümern, so dass sie Goldhagens Angriffsfläche für eine längere und hitzige Erwiderung bot. Dabei vermochte er meines Erachtens allerdings nicht, die detaillierte Kritik an seiner Arbeit der Quellenbenutzung völlig zu widerlegen.⁶⁴

Insgesamt hat die Debatte um Goldhagens Veröffentlichung zu einigen ungewöhnlich erbitterten Auseinandersetzungen geführt, von denen als augenfälligste Goldhagens Konflikt mit Birn (der er zeitweilig sogar mit Klage drohte) und seine abfälligen Bemerkungen über Finkelstein (nach dessen unnötig aggressiver Buchbesprechung) zu nennen sind. Häufig schien die Diskussion ungeachtet der Motive eher von Emotionalität als von Rationalität bestimmt zu sein. Angesichts des Themas war das zwar verständlich, aber auch bedauerlich. Bei diesem äusserst schwierigen, komplexen und wichtigen Thema – dem besseren Verständnis der Entstehung und Verübung des Holocaust – lassen sich geschichtswissenschaftliche Fortschritte letztlich nur durch Forschung erzielen, die frei von übersteigerten Emotionen und erbitterter Polemik bleibt. Umso begrüssenswerter erscheint deshalb die gründliche Kritik eines der hervorragenden jüngeren Holocaust-Forscher an Goldhagens Werk: Dieter Pohl analysiert sachlich und ruhig, formuliert alles andere als aggressiv und ist bereit, durchaus auch manche Verdienste des Buches anzuerkennen.⁶⁵

Pohls Analyse ist insofern besonders wertvoll, als sie ohne Polemik auskommt und sich streng an wissenschaftliche Analyseparameter hält. Anhand der internationalen Holocaust-Forschung überprüft Pohl rigoros sowohl Goldhagens Empirie als auch seine Methodik und stellt fest, dass das Werk in beider Hinsicht schwere Mängel aufweist. Pohl, der über höchst beeindruckende Kenntnisse der Sekundärliteratur und der Primärquellen zur «Endlösung» verfügt und eingehend in osteuropäischen Archiven geforscht hat, deren Bestände bei Goldhagen nicht die geringste Rolle spielen, deckte bei Goldhagens empirischer Untersuchung an allen Ecken und En-

64 Daniel Jonah Goldhagen, «The Fictions of Ruth Bettina Birn», *German Politics and Society* 15 (1997), S. 119-165, und «Daniel Jonah Goldhagen Comments on Birn», *German Politics and Society* 16 (1998), S. 88-91.

65 Dieter Pohl, «Die Holocaust-Forschung und Goldhagens Thesen», *VfZ* 45 (1997), S. 1-48. Eine weitere ausführliche und faire Analyse bietet der französische Nationalsozialismus-Spezialist Edouard Husson. *Une culpabilité ordinaire? Hitler, les allemands et la Shoah*, Paris 1997.

den Ungereimtheiten und Unzulänglichkeiten auf. Im Hinblick auf Goldhagens Methodik spricht Pohl, der, wie gesagt, keineswegs Goldhagens schärfster Kritiker ist, davon, dass der Autor einen «spekulativen Fragestil» benutze und «an mehreren Stellen» Argumentationsformen verwende, die «sich hart an der Grenze der Wissenschaftlichkeit bewegen».⁶⁶ Angesichts von Goldhagens ersten methodischen Problemen, so schliesst Pohl, wäre «eine grössere Zurückhaltung in der Argumentation des Autors angebracht» gewesen. Goldhagen kenne aber «fast nur Gewissheiten». Sicherlich habe das Buch, so Pohl, beim Problem der «Tätermotivation» zu neuen Fragen geführt und zur wissenschaftlichen Diskussion ein paar neue Details beige-steuert. Insgesamt aber gehöre das Werk «in die Reihe der grossen simplifizierenden Entwürfe [...], die als Herausforderung angenommen werden sollten».⁶⁷ Angesichts der eingehenden Analyse Pohls, die noch viele weitere scharfe Kritikpunkte enthält, mag es hier genügen, nur einige der Mängel des Buches aufzuzeigen.

Goldhagen verwendet die Quellen äusserst selektiv und gelangt so zu dem Bild eines Volkes, aus dessen seit dem Mittelalter nachweisbarer, tiefsitzender, endemischer antisemitischer Mentalität im 19. Jahrhundert eine einzigartige, der ganzen deutschen Gesellschaft eigene, «eliminatorische» Art des Antisemitismus hervorging. Diese von vornherein grosse Verallgemeinerung dient sodann als Antwort auf alle – im Prinzip nur rhetorisch gestellten – Fragen. Warum zum Beispiel gab es keinen deutschen Widerstand gegen die Vernichtung der Juden? Das ist leicht zu beantworten: Die Deutschen waren eben alle eliminatorische Antisemiten. Die Dämonisierung der Deutschen liefert insofern die «Antwort» auf sämtliche Fragen. Grundlage des Werkes ist ein argumentativer Zirkelschluss. In Wirklichkeit existiert eine Menge von – teilweise auch von jüdischen Historikern verfassten – Büchern, die belegen, dass es sowohl vor der nationalsozialistischen Machtübernahme als auch während des «Dritten Reiches» ein vielfältiges Verhaltensspektrum gegenüber den Juden gegeben hat.⁶⁸

Natürlich fällt es Goldhagen nicht schwer, zahlreiche Fälle anzuführen,

66 Pohl, S. 38F

67 Pohl, «Die Holocaust-Forschung», S. 38 und 42.

68 Siehe zum Beispiel Donald L. Niewyk, *The Jews in Weimar Germany*, Louisiana 1980, und David Bankier, *Die öffentliche Meinung im Hitlerstaat. Die «Endlösung» und die Deutschen. Eine Berichtigung*, Berlin 1995.

in denen sich Deutsche gegenüber Juden extrem grausam verhalten haben, und das häufig grundlos. Ob aber Angehörige der «Ordnungspolizei»-Bataillone problemlos als «gewöhnliche Deutsche» eingestuft werden können, ist mehr als zweifelhaft. Die Mitglieder dieser Einheiten waren nicht nur wie die übrige Bevölkerung jahrelang einer unermüdlichen antisemitischen Propaganda ausgesetzt, sondern gehörten, auch wenn sie nicht bei der SS waren, als Ordnungspolizisten einem Polizeiapparat an, der von niemand anderem als Heinrich Himmler geleitet wurde und Teil eines Repressionsapparates war, in dem man den Antisemitismus zweifellos verinnerlicht hatte. Die – unterschiedlich starke – Rolle, die der Antisemitismus bei den Tötungseinheiten spielte, muss jedenfalls, wie Christopher Brownings Arbeit gezeigt hat, erst ermittelt und darf nicht einfach als gegeben angenommen werden.⁶⁹ Erst durch eine vergleichende Analyse des Verhaltens der Männer unter ähnlichen Umständen lässt sich herausfinden, ob ihr Hass gegen Juden bei ihren Tötungsaktionen und bei ihrer Grausamkeit gegenüber den Opfern eine herausragende Rolle spielte. Es gibt einige Anhaltspunkte dafür, dass unter vergleichbaren Umständen die Behandlung von Juden und von sowjetischen Kriegsgefangenen kaum Unterschiede aufwies.⁷⁰

Bemerkenswerterweise überprüft Goldhagen seine Annahme (denn darum handelt es sich) von der Einzigartigkeit des deutschen Antisemitismus – und damit seine Haupterklärung für den Holocaust – nicht anhand einer vergleichenden Untersuchung über deutsche und andere Täter; bemer-

69 Christopher R. Brownings zu Recht hochgepreisene Studie, *Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 191 und die «Endlösung» in Polen*, übersetzt von Jürgen Peter Krause, Reinbek 1993, bietet eine differenziertere Beurteilung des Verhaltens von Angehörigen einer Tötungseinheit, das auch von Goldhagen analysiert wurde. Zwei Debattenbeiträge, die Goldhagen und Browning als Teilnehmer einer Podiumsdiskussion in Washington hielten, wurden vom United States Holocaust Memorial Museum unter dem Titel *The 'Willing Executioners' / 'Ordinary Men' Debate* (Washington, D. C. 1996) veröffentlicht. (Auf deutsch erschien der Vortrag des Goldhagen-Kritikers, um einen Nachtrag erweitert, unter dem Titel «Daniel Goldhagens willige Vollstrecker» in Christopher R. Browning, *Der Weg zur «Endlösung». Entscheidungen und Täter*, übersetzt von Jürgen Peter Krause, Bonn 1998, S. 161-181.) Zu Goldhagens Behandlung der Motivation von Ordnungspolizeieinheiten siehe auch die – keineswegs durchgängig ablehnenden – Kommentare von Pohl, «Die Holocaust-Forschung», S. 24-29.

70 Siehe Pohl, «Die Holocaust-Forschung», S. 28f.

kenswert vor allem deshalb, weil seine Dissertation, aus der das Buch hervorging, mit einem Preis für vergleichende Politikwissenschaft ausgezeichnet wurde. Insbesondere geht Goldhagen im Hinblick auf seine Behauptung vom angeblich einzigartigen «eliminatorischen» (später exterminatorischen) deutschen Antisemitismus nirgendwo halbwegs systematisch auf die ausserordentliche Brutalität vieler an den Massenmorden beteiligten Litauer, Letten und Ukrainer ein oder auf die Gründe für deren äusserst barbarisches Verhalten. Unerklärt bleibt auch, wie der angeblich einzigartige, seit Jahrhunderten in die deutsche Mentalität eingegangene Antisemitismus sich nach dem Krieg laut Goldhagen so drastisch verändern konnte, dass die Deutschen «normal» wurden.

Goldhagens Buch wird bei der wichtigen, das Thema weiter vertiefenden Holocaust-Forschung wohl kaum eine bedeutende Rolle spielen. Manchmal dient ein «grosser Vereinfacher» mit seinen Äusserungen aber ausserhalb der eigentlichen geschichtswissenschaftlichen Debatte einem Zweck. Das allgemeine Geschichtsbewusstsein hält mit der wissenschaftlichen Forschung oft nicht Schritt, und das nicht nur in Deutschland. Gelegentlich kommt es dann vor, dass ein Buch, dem es an wissenschaftlicher Differenziertheit mangelt, den Nerv der Zeit besser trifft als weit profundere Forschungsergebnisse und eine durchaus wichtige Debatte auslöst. Bei Goldhagens Werk war das der Fall.

Die Rezeption des Goldhagen-Bandes in Deutschland hat jedenfalls wieder einmal gezeigt, dass wir weit davon entfernt sind, den Nationalsozialismus zu «historisieren» und ihn leidenschaftslos als eine Geschichtsperiode wie andere auch zu behandeln. Die Goldhagen-Affäre ist eine weitere Illustration dessen, was ich im ersten Kapitel dieses Buches zu sagen versuchte: Wenn es um das Problem der Erklärung des Nationalsozialismus geht, kommt man um historisch-philosophische, politisch-ideologische und vor allem um moralische Fragen nicht herum.

Überlegungen zum Perspektivwechsel in der Forschung

Die in neuerer Zeit insbesondere in Deutschland zu beobachtende Weiterentwicklung der Nationalsozialismus-Forschung ist ermutigend. Wenn wir einige der in diesem Buch behandelten Themen, die ein halbes Jahrhundert

an Forschung über verschiedene Aspekte des Nationalsozialismus umfassen, noch einmal kurz vor unserem geistigen Auge Revue passieren lassen, können wir meines Erachtens ein paar bedeutende Veränderungstendenzen ausmachen.⁷¹

Die hitzigen Debatten der sechziger und siebziger Jahre über das Wesen des Nationalsozialismus als Spielart des Faschismus oder Manifestation des Totalitarismus haben ihre Dynamik seit Langem verloren. Eine wichtige Rolle dafür haben zweifellos das Ende des Sowjetsystems mit seinem konkurrierenden, ideologisch unflexiblen geschichtlichen Interpretationsansatz und das damit verbundene Nachlassen des Interesses an mehr oder weniger allen marxistischen Analysetypen gespielt. Grösstenteils hatten die Debatten da aber bereits ihren entscheidenden Verlauf genommen und inzwischen stark an Fruchtbarkeit verloren. Ohne Typologien und Taxonomien ist die Politikwissenschaft natürlich gar nicht vorstellbar. Im Hinblick auf das Wesen der NS-Herrschaft werden sie zu Recht weiter diskutiert werden. Neuere vergleichende Faschismusuntersuchungen haben jedoch gezeigt, dass die analytische Einbeziehung des Nationalsozialismus als Sonderfall des Faschismus nicht mehr umstritten ist.⁷² Die Totalitarismustheorie ist, wie bereits angedeutet, in den neunziger Jahren wieder aufgelegt und, wie der Erfolg einer kürzlich erschienenen Anthologie mit Arbeiten über totalitäre Regime belegt, nach wie vor weit verbreitet.⁷³ Die hitzigen ideologischen Debatten vergangener Jahre scheinen sich aber in Luft aufgelöst zu haben. Trotz ständiger Ermunterungen gibt es bisher nicht viele verglei-

71 Einen guten Überblick bis zum Ende der achtziger Jahre bietet Jane Caplan, «The Historiography of National Socialism», in Michael Bentley (Hg.), *Companion to Historiography*, London/New York 1997, S. 545-590.

72 Siehe zum Beispiel Roger Griffin, *The Nature of Fascism*, London 1991; Roger Eatwell, *Fascism: A History*, London 1995; Stanley G. Payne, *A History of Fascism, 1914-45*, London 1995.

73 Von der Anthologie Eckard Jesse (Hg.), *Totalitarismus im 20. Jahrhundert*, Bonn 2. Aufl. 1999, sind bis heute (März 1999) rund 30'000 Exemplare verkauft worden. Interessante Überlegungen zum Thema «Totalitarismus» aus soziologischer Sicht bietet Michael Mann, «The Contradictions of Continuous Revolution», in Ian Kershaw und Moshe Lewin (Hg.), *Stalinism and Nazism: Dictatorship in Comparison*, Cambridge 1997, S. 135-157. Der Theoriewert des Konzepts wird gründlich untersucht in Marc-Pierre Möll, *Gesellschaft und totalitäre Ordnung*, Bonn 1998. Die dortige, 93seitige Bibliographie vermittelt einen Eindruck davon, wie sehr in den neunziger Jahren das Interesse an dem Phänomen wiedererwacht ist.

chende empirische Untersuchungen über Diktaturen, und die vorhandenen haben im Hinblick auf den Nationalsozialismus bislang keinen wesentlichen empirischen Durchbruch erzielt.⁷⁴

Längst nicht mehr so heftig wie früher wird auch die Frage der Beziehung zwischen NS-Regime und «Grosskapital» diskutiert. Durch das Ende des Ost-West-Konflikts ist die Sprengkraft dieses Diskussionsgebietes entschärft worden. Die Frage «Primat der Politik» oder «Primat der Ökonomie» klingt ebenfalls etwas überholt. Dass die meisten grossen Firmen, Konzerne und Banken zutiefst und bereitwillig in die unmenschliche, zu Krieg und Völkermord führende Politik des NS-Regimes verstrickt waren, ist inzwischen feste und allgemein akzeptierte Erkenntnis und braucht nicht mehr besonders betont zu werden. Dank grösserer Arbeiten über einzelne Firmen – wie die Veröffentlichung von Peter Hayes über die IG Farben, die beeindruckende Studie von Hans Mommsen und Manfred Grieger über Volkswagen und die ausgezeichnete Untersuchung von Neil Gregor über Daimler-Benz – wissen wir inzwischen erheblich mehr über die Mitwirkung von Grosskonzernen an der nationalsozialistischen Politik und ihre Beteiligung an furchtbarsten Greuelthaten.⁷⁵

Welche Rolle ökonomische Zwänge bei der Vorbereitung und Durchführung des Krieges gespielt haben, ist ebenfalls mehr als deutlich. Dass die Interessen des «Grosskapitals» voll in die ideologische Stossrichtung des Nationalsozialismus einbezogen waren, dabei aber nicht nur diese Interessen zum Ausdruck kamen, braucht heutzutage weit weniger hervorgehoben zu werden als noch vor 15 oder 20 Jahren. Der ausgewachsene Reduktionismus des orthodoxen Marxismus-Leninismus erscheint wie ein Phänomen aus vergangener Zeit, und die Intensität, mit der sich komplexere

74 Aufgrund bestehender Defizite und Ungleichgewichte in der empirischen Forschung zu den beiden Regimen mussten Moshe Lewin und ich in den gemeinsam herausgegebenen Band *Stalinism and Nazism* Artikel aufnehmen, die nicht so sehr bereits auf den eigentlichen Vergleich abzielten, als vielmehr «fruchtbare Vergleichsmöglichkeiten» aufzeigten (S. 9). Das grosse, von der Volkswagen-Stiftung geförderte Projekt zu den europäischen Diktaturen scheint bisher kaum zu vergleichenden empirischen Arbeiten geführt zu haben.

75 Peter Hayes, *Industry and Ideology. IG Farben in the Nazi Era*, Cambridge 1987; Hans Mommsen mit Manfred Grieger, *Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich*, Düsseldorf 1996; Neil Gregor, *Stern und Hakenkreuz. Daimler-Benz im Dritten Reich*, übers. v. Waltraud Götting u. Karl-Heinz Silber, Berlin 1997.

marxistische Ansätze früher auf Arbeiterunruhen in Deutschland und auf eine von innenpolitischen Erwägungen, insbesondere wachsendem ökonomischen Druck, dominierte Aussenpolitik konzentrierten, erscheint heute als eine verzerrte Sicht der Dinge.⁷⁶

Der bedeutendste Perspektivwechsel im Vergleich zur Sichtweise in der ersten Hälfte der achtziger Jahre ist wohl darin zu sehen, dass die nationalsozialistische Rassenideologie jetzt ernsthaft als eine der Haupttriebkkräfte betrachtet wird. Die dem Nationalsozialismus eigene kunterbunte Sammlung von Phobien und Vorurteilen hat schon immer dazu verführt, in der Ideologie nichts anderes als einen im Dienste der Propaganda und Mobilisierung stehenden Ideenmischmasch zu sehen. In gewisser Hinsicht ist es inzwischen beinahe umgekehrt: Nun sollen Propaganda und Mobilisierung einer Rassenideologie gedient haben, die für die «kumulative Radikalisierung» des Regimes von zentraler Bedeutung gewesen sei.⁷⁷

Die in den sechziger und siebziger Jahren durchbruchartig erzielten – grösstenteils auf Deutschland und die Vorkriegsjahre beschränkten – empirischen Ergebnisse zur inneren Funktionsweise des NS-Regimes hatten in vielleicht übertriebenem Masse dazu ermuntert, die Ideologie fast nur noch als funktional zu betrachten – als Rechtfertigungsgrundlage für machtpolitische Motive und Tätigkeiten der verschiedenen miteinander konkurrierenden Institutionen des Regimes. Selbstverständlich hat die Ideologie eine derartige Funktion gehabt. Neuere Untersuchungen haben jedoch keinen Widerspruch zwischen der Instrumentalisierung von Ideen und der echten Motivationskraft einer die unaufhörliche Dynamik des Regimes unterstützenden Ideologie der Rassenreinheit und -eroberung sehen können. Wie solche Untersuchungen gezeigt haben, wurde die Rassenideologie von einer Generation gebildeter Deutscher aufgesogen, die in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg zu Erwachsenen heranwuchsen und später führende Posi-

76 Siehe die Hinweise zu Tim Masons Arbeit in Kapitel 3 Anmerkung 47 und Kapitel 4 Anmerkung 68.

77 Der Begriff «kumulative Radikalisierung» stammt aus Hans Mommsen, «Der Nationalsozialismus. Kumulative Radikalisierung und Selbstzerstörung des Regimes», in *Meyers Enzyklopädisches Lexikon*, Bd. 16, Mannheim 1976, S. 785-790. Einige Bemerkungen von mir zum Wert und zur Anwendung des Begriffs finden sich in «Cumulative Radicalisation † and the Uniqueness of National Socialism», in Christian Jansen, Lutz Niethammer und Bernd Weisbrod (Hg.), *Von der Aufgabe der Freiheit*, Berlin 1995, S. 323-336.

tionen in der SS, der Polizei und dem Sicherheitsapparat einnahmen – die ideologische Exekutive des Regimes und wichtigster Motor der Rassenpolitik.⁷⁸

Bei der Untersuchung der unterschiedlichen Art und Weise, in der die Rassenideologie praktisch alle Bereiche des «Dritten Reiches» durchdrang, haben sich neue Perspektiven über die Funktionsweise des Regimes und die Rolle Hitlers aufgetan. Die «Intentionalismus/ Strukturalismus»- (beziehungsweise «Funktionalismus»-)Dichotomie, die in den siebziger und achtziger Jahren vorherrschte, ist inzwischen grösstenteils transzendiert worden.

Als besonders wichtig hat sich hier die in Kapitel 5 besprochene Forschung zur Entwicklung der Genozidpolitik erwiesen. Sie hat gezeigt, wie Hitlers pathologischer Antisemitismus, seine «Mission» zur «Entfernung» der Juden aus Deutschland und schliesslich aus Europa, das Klima im «Rassenstaat»⁷⁹ prägte, die Aggressionen der Aktivisten schürte und das Vorgehen derjenigen legitimierte, die die Rassenpolitik planten und dirigierten. In kritischen Momenten war Hitlers Genehmigung offensichtlich entscheidend. Seine Bedeutung steht daher weder generell noch in ihrem Ausmass in Frage.⁸⁰ Gleichzeitig hat sich offenkundig jene Art des Reduktionismus überlebt, die die zu Krieg und Völkermord führende Dynamik des «Dritten Reiches» fast ausschliesslich mit Hitlers ideologischen «Intentionen» zu erklären suchte. Die Komplexität der beteiligten Prozesse lässt sich nicht mit einfachen «intentionalistischen» Argumenten fassen. Im Rahmen der Fernziele, die Hitler verkörperte und propagierte, hatte die Radikalisierung der nationalsozialistischen Judenpolitik ihre eigene Dynamik und wurde sowohl von genozidalen Impulsen von unten als auch von politischen Anweisungen von oben vorangetrieben.

78 Siehe Ulrich Herbert, «„Generation der Sachlichkeit“. Die völkische Studentenbewegung der frühen zwanziger Jahre in Deutschland», in Werner Johe und Uwe Lohalm (Hg.), *Zivilisation und Barbarei*, Hamburg 1991, S. 115-144; Ulrich Herbert, *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989*, Bonn 1996; Lutz Hachmeister, *Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six*, München 1998.

79 Siehe den englischen Titel des Buches von Burleigh und Wippermann (siehe oben Kapitel 2, Anmerkung 66).

80 Unter den neueren Veröffentlichungen zur Entstehung des Holocaust wird Hitlers unerlässliche Rolle für die Festlegung der nationalsozialistischen Judenpolitik vor allem von Friedländer, (dt.: *Das Dritte Reich und die Juden*, übers. v. Martin Pfeiffer, München 1998) besonders betont.

Die neuere Forschung zur Entstehung der «Endlösung» hat viel zur Bestätigung «strukturalistischer» (beziehungsweise «funktionalistischer») Argumente beigetragen, ohne dabei jedoch die Bedeutung Hitlers für die Entwicklung zu unterschätzen. Die Hypothese, er sei in mancher Hinsicht ein «schwacher Diktator» gewesen, klingt heute hohl.⁸¹ Auch hier ist die einst hitzige Debatte erheblich abgekühlt. Dazu haben wahrscheinlich die seither verflossenen Jahre beigetragen, sicherlich aber auch die Ergebnisse einiger wichtiger Studien wie Dieter Rebentischs Untersuchung zum Strukturwandel des NS-Regimes während der – in dieser Hinsicht lange Zeit recht vernachlässigten – Kriegsjahre. Diese Studien haben aufgezeigt, welche zentrale Rolle Hitler bei Entscheidungen spielte, die häufig relativ nebensächliche innenpolitische Fragen und militärische Angelegenheiten betrafen.⁸²

Die siebziger Jahre erscheinen im Rückblick als ein Jahrzehnt, in dem einige der wesentlichsten Debatten über die NS-Diktatur – Faschismus oder Totalitarismus, Primat der Politik oder der Ökonomie, Intentionalismus oder Funktionalismus – ihren Höhepunkt erreichten und die bis dahin noch in den Kinderschuhen steckende Sozialgeschichte des «Dritten Reiches» ernsthaft erforscht zu werden begann. Eine bahnbrechende Rolle spielte dabei zweifellos das «Bayern-Projekt», bei dem der Widerstand in Bayern untersucht werden sollte, letztlich aber nicht nur zahlreiche und verschiedene Formen widerständigen Verhaltens, sondern auch parallel dazu vorhandene Bereiche weitgehenden Einverständnisses mit der Politik des NS-Regimes aufgedeckt wurden.⁸³ Seither ist eine wahre Fülle von Studien über beinahe jeden Aspekt des Lebens im «Dritten Reich» entstanden, und es werden zweifellos noch viele weitere folgen. Auch hier ist es zu wichtigen Gewichtsverschiebungen gekommen.

Als analytisches Konzept erscheint die «Klasse» zunehmend weniger interessant; darin kommt ebenfalls die stark verringerte Beschäftigung mit marxistischen Theorien seit dem Zusammenbruch des Kommunismus zum

81 Kritische Einschätzungen bieten Manfred Funke, *Starker oder schwacher Diktator? Hitlers Herrschaft und die Deutschen. Ein Essay*, Düsseldorf 1989, und Hermann Weiss, «Der ‚schwache‘ Diktator. Hitler und der Führerstaat», in Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen (Hg.), *Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft*, Frankfurt am Main 1993, S. 64-77.

82 Dieter Rebentisch, *Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 1989.

83 Siehe Frei, «Abschied von der Zeitgenossenschaft», S. 77.

Ausdruck. An Faszination hat vor allem die Arbeiterklasse verloren, die bei der Erforschung der Sozialgeschichte des «Dritten Reiches» in den siebziger und frühen achtziger Jahren eine so herausragende Rolle gespielt hatte. Statt der Konzentration auf die gesellschaftlichen Klassen wurden nun immer stärker Frauen-, Geschlechter- und Familienfragen als wichtige Forschungsbereiche Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen.⁸⁴ Dabei geriet zwangsläufig die nationalsozialistische Frauenpolitik ins Blickfeld.⁸⁵ Das passte auch zu einer anderen, rasch an Bedeutung gewinnenden Entwicklung in der sozialgeschichtlichen Forschung: der wissenschaftlichen Beschäftigung mit den Opfern wie auch den Tätern der von Zwangssterilisation bis zu «Euthanasie» reichenden nationalsozialistischen «Rassenhygiene»-Politik.⁸⁶ Mit der Geschichte der «von unten» unternommenen Verfolgung kam wahrhaft entsetzliches Leid ans Licht, häufig geriet dabei aber auch die «alltägliche Komplizenschaft» in ihren unterschiedlichen Formen ins Blickfeld.

Bei der Sozialgeschichte des «Dritten Reiches» blieb die Forschung daher nicht bei ihrer anfänglichen Beschäftigung mit allen Formen oppositionellen und widerständigen Verhaltens stehen, sondern wandte sich bald der nationalsozialistischen Rassenpolitik mit ihrer Diskriminierung und Verfolgung von Juden und anderen Minderheiten zu und deckte auf, dass sie auf vielfältige Weise «von unten» vorangetrieben worden war. Dabei wurde zunehmend deutlich, dass der Rassismus praktisch alle Schichten der Gesellschaft durchdrungen hatte. Schon vor der Öffnung der Archive in Osteuropa

84 Einen guten Überblick bietet Mary Nolan, «Work, Gender, and Everyday Life: Reflections on Continuity, Normality, and Agency in Twentieth-Century Germany», in Ker-shaw und Lewin, *Stalinism and Nazism*, S. 311-342.

85 Siehe zum Beispiel Renate Bridenthal, Atina Grossman und Marion Kaplan (Hg.), *When Biology became Destiny: Women in Weimar and Nazi Germany*, New York 1984, und Gisela Bock, *Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik*, Opladen 1986.

86 Eine gute Untersuchung bietet zum Beispiel Michael Burleigh, *Death and Deliverance: 'Euthanasia' in Germany, 1900-1945*, Cambridge 1994. Henry Friedlander, *Der Weg zum NS-Genozid: Von der Euthanasie zur Endlösung*, übers. v. Johanna Friedman, Berlin 1997, befasst sich hervorragend mit den «kleinen Rädchen» im Getriebe der Tötungsmaschinerie der «Euthanasie-Aktion»: den Bürokraten, Verwaltungsbeamten, Ärzten und Krankenschwestern. Siehe auch Jürgen Matthäus, «Perspektiven der NS-Forschung. Neuerscheinungen zu ‚Euthanasie‘ und ‚Endlösung‘», *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 44 (1996), S. 991-1005.

befasste sich die Forschung neben den verschiedenen sozialen Gruppen innerhalb Deutschlands auch mit der unterschiedlichen Mentalität von normalen Soldaten, die in Russland gekämpft hatten und an schlimmsten Formen der Barbarei beteiligt gewesen waren.⁸⁷ Mit der Öffnung vor allem der ehemaligen sowjetischen Archive wurde dann neues und reiches Material für detaillierte empirische Untersuchungen über die Vollstrecker der im Osten betriebenen nationalsozialistischen Rassen- und Völkermordpolitik zugänglich.

Auch in der Sozialgeschichte haben daher Fragen, die früher die Debatten beherrschten (Bildete die Arbeiteropposition für das Regime eine wesentliche Bedrohung? Ging vom Nationalsozialismus eine Modernisierung oder gar Revolutionierung der deutschen Gesellschaft aus?), nicht mehr das Gewicht, die sie einst zu haben schienen. Dass sie an Bedeutung verloren haben, kann kaum überraschen, wenn man an die ungeheuerlichen nationalsozialistischen Verbrechen denkt, die, wie die Forschung gezeigt hat, nicht mehr isoliert von den gesellschaftlichen Kräften dargestellt werden können, die diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit ermöglichten. Dementsprechend haben der Holocaust und das nationalsozialistische «Rassenprojekt» in allen seinen Erscheinungsformen für die Sozialgeschichte zunehmend an Bedeutung gewonnen und eindringliche Fragen in Bezug auf die Zustimmung und Komplizenschaft einfacher Leute aufgeworfen. Die Ergebnisse solcher Forschungen haben zweifellos dazu beigetragen, die Sensibilität zu erhöhen, die Goldhagen schliesslich trotz seiner simplen Argumentationsweise ansprechen konnte.

Beim Rückblick auf mehr als ein halbes Jahrhundert Forschung zum «Dritten Reich» ist man versucht zu glauben, dass der einzigartige Charakter der in diesem Buch dargestellten wichtigen geschichtswissenschaftlichen Debatten durch ein besonderes Zusammentreffen von Umständen zustande gekommen ist. Vom «Historikerstreit» einmal abgesehen, waren die Debatten zwischen deutschen Historikern in den sechziger und siebziger Jahren wohl

87 Siehe Omer Bartov, *The Eastern Front, 1941-45: German Troops and the Barbarisation of Warfare*, New York 1986; Omer Bartov, *Hitlers Wehrmacht. Soldaten, Fanatismus und die Brutalisierung des Krieges*, übers. v. Karin Miedler u. Thomas Pfeiffer, Reinbek 1995; Theo Schulte, *The German Army and Nazi Policies in Occupied Russia*, Oxford 1989.

am erbittertsten. Diese Debatten fanden überwiegend zwischen westdeutschen Historikern statt, die grösstenteils zur ungefähr gleichen Altersgruppe (der um 1925-30 oder etwas früher geborenen «HJ-Generation») gehörten. Diese Historiker wollten häufig aus der jüngsten Vergangenheit moralische und politische Lehren für die Zukunft ziehen; sie brachen mit den Traditionen des «Historismus» und untersuchten erstmals systematisch die von den Alliierten zurückgegebenen Berge erbeuteter NS-Dokumente. Das Klima, in dem sie ihre Forschung begonnen hatten, zeichnete sich dadurch aus, dass über die nationalsozialistische Vergangenheit wenig öffentlich diskutiert wurde und Veröffentlichungen die Tendenz hatten, Hitler zu dämonisieren und apologetische Erklärungen zu verbreiten, nicht zuletzt von Seiten ehemaliger Wehrmachtsgenerale. Die Arbeit der damals neuen Historikergeneration war daher von Anfang an politisch heikel und oft höchst umstritten.

Ein Teil dieser neuen Historikergeneration befasste sich mit der Aussenpolitik, der Kriegsführung und der mit diesen Bereichen so unübersehbar verknüpften Rolle Hitlers. Ein anderer Teil erforschte die interne Entwicklung des Regimes, die Funktionsweise bestimmter Ämter und Ministerien oder die Beziehungen zwischen Partei und Staat. Bei Untersuchungen, die in wachsender Masse die polykratischen Strukturen der NS-Herrschaft aufdeckten und dabei auf interne Konflikte und das Verwaltungswirrwarr abhoben, stach Hitlers Rolle häufig nicht so sehr hervor. Die «Intentionalismus»-/«Funktionalismus»-Debatte entstand zum Teil aus dieser einfachen Arbeitsteilung heraus in einem Klima zunehmender moralischer und politischer Beschäftigung mit dem «Dritten Reich» nach langen Jahren relativer Vernachlässigung dieses Themas. Wenn die Debatte bisweilen in recht bisigem Ton geführt wurde, so lag das hier und da sicherlich auch an persönlichen Animositäten und beruflichen Rivalitäten.

In einem Klima, in dem jede wissenschaftliche Position politischer Untertöne verdächtigt werden konnte, trugen die extreme Politisierung der deutschen Universitäten gegen Ende der sechziger Jahre, die Studentendemonstrationen 1968 und das neue oder wiedererwachte Interesse westdeutscher Studenten an marxistischen Faschismustheorien dazu bei, den Graben zwischen Deutschlands führenden Nationalsozialismus-Forschern zu vergrössern. Eine Rolle spielte dabei auch das Aufeinanderprallen unterschiedlicher geschichtswissenschaftlicher Methoden – auf der einen Seite die theoriescheuen und empirielästigen «traditionellen» Historiker und auf

der anderen die theoretische Grundlagen schätzenden und der Historiographie als Sozialwissenschaft verpflichteten «Neuerer». Als sich die Sozialhistoriker Mitte der siebziger Jahre mit der «Alltagsgeschichte» des «Dritten Reiches» neuen Herausforderungen stellten, kam es zwischen den deutschen Nationalsozialismus-Experten zu akuten Meinungsverschiedenheiten, die über herkömmliche wissenschaftliche Dispute weit hinausgingen. In voller Stärke zeigten sich diese 1979 bei der berühmt-berüchtigten «Cumberland Lodge Conference» in der Nähe von London.⁸⁸

Nur wenige der damals dort versammelten Experten hatten sich bis dahin detailliert mit der Ermordung der Juden befasst – das sollte sich allerdings rasch ändern. Bedingt durch das Interesse, das der Prozess gegen Adolf Eichmann in Jerusalem und besonders der Auschwitz-Prozess geweckt hatte, waren in der Bundesrepublik in den sechziger Jahren, im Gegensatz zu dem vorangegangenen Jahrzehnt, einige beeindruckende Untersuchungen über die Verfolgung der Juden publiziert worden.⁸⁹ Einer der Teilnehmer an der «Cumberland Lodge»-Konferenz, Martin Broszat, hatte sich aufgrund seiner Verpflichtung zum Gutachter im Auschwitz-Prozess in den sechziger Jahren veranlasst gesehen, durch eine (wichtige und bahnbrechende) Untersuchung zusammen mit seinen Kollegen vom Müncher Institut für Zeitgeschichte schrecklichste Aspekte der nationalsozialistischen Völkermordpolitik zu erforschen.⁹⁰ Damals fand jedoch nur ein geringer Teil der Forschung zum Holocaust (wie der Genozid an den Juden später genannt wurde) an Universitäten statt.⁹¹ Das Thema «Holocaust» tauchte in den Vorlesungsverzeichnissen nur selten auf. Es gehörte noch nicht zum allgemeinen Kanon der Nationalsozialismus-Forschung.⁹² Bis zum Ende der siebziger Jahre änderte sich daran nichts Wesentliches. Dann aber kam

88 Siehe oben Kapitel 4, Anmerkung 3.

89 Siehe Ulrich Herbert, «Der Holocaust in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik Deutschland», in Ulrich Herbert und Olaf Groehler, *Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten*, Hamburg 1992, S. 73 ff.

90 Als Ergebnis dieser Arbeit siehe vor allem Hans Buchheim u.a., *Anatomie des SS-Staates*, 2 Bde., Olten und Freiburg im Breisgau 1965, sowie die Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, 2 Bde., München 1958 und 1966.

91 Wolfgang Scheffler versuchte mit seinem Buch *Judenverfolgung im Dritten Reich 1933-1945*, Berlin 1960, als erster westdeutscher Historiker einen umfassenden Überblick zu bieten, stand damals an der Technischen Hochschule Berlin mit seiner Arbeit über den Holocaust aber ziemlich isoliert da.

92 Herbert, «Der Holocaust in der Geschichtsschreibung», S. 75, weist darauf hin, dass

es sowohl im wissenschaftlichen als auch im öffentlichen Bereich zu raschen und immer schneller werdenden Veränderungen. Bereits Anfang der achtziger Jahre setzte eine wachsende wissenschaftliche Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Verfolgung der Juden ein. Ausgelöst wurde sie teilweise durch ein neu erwachtes öffentliches Interesse, das sich unter anderem an den Reaktionen auf die Ausstrahlung des Fernsehfilms «Holocaust» zeigte. Zum Teil trug dazu aber auch ein geändertes wissenschaftliches Bewusstsein bei. Um David Irvings provozierendem Versuch, Hitler von seiner Rolle bei der «Endlösung» freizusprechen, mit überzeugenden Argumenten begegnen zu können, machten sich «Intentionalisten» wie auch «Strukturalisten» daran, die Entscheidungsprozesse zu klären, die zum Genozid geführt hatten. Die Seminararbeiten von Adam und Schleunes ebneten der späteren Forschung den Weg, die durch wichtige Artikel von Broszat und Mommsen, durch Gerald Flemings einflussreiches Buch und durch die Papiere von der Stuttgarter Konferenz über die Ermordung der Juden (1983) weiter vorangebracht wurde.⁹³ Vor diesem Hintergrund kam es 1986 zum «Historikerstreit». An dieser Auseinandersetzung – die eigentlich eine als geschichtswissenschaftlicher Konflikt getarnte Debatte über das aktuell herrschende Politik- und Moralbewusstsein war – beteiligten sich fast alle Nationalsozialismus-Experten der «HJ-Generation» und nur relativ wenige andere. In beinahe jedem Fall liess sich ihre Haltung recht genau vorhersagen. Es war ihre letzte grössere Konfrontation.

Beim ersten Schlagabtausch des «Historikerstreits» hatte Ernst Nolte zumindest insofern recht, als er die NS-Zeit als «Vergangenheit, die nicht vergehen will» bezeichnete.⁹⁴ Aber die «Gründergeneration» der geschichtlichen Erforschung des «Dritten Reiches» hat inzwischen selbst das Pensionsalter erreicht, und die wissenschaftliche Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit ist grösstenteils in neue Hände übergegangen. Mit dieser natürlichen Entwicklung gehen auch Perspektivwechsel und neue Gewichtungen einher. Dabei wird die zunehmend dominierende Stel-

die Ermordung der Juden in Karl Dietrich Brachers Standardwerk, *Die deutsche Diktatur* (Auflage 1979) nur 13 von 580 Seiten einnimmt.

93 Ausführliche Angaben zu den angeführten Werken finden sich in Kapitel 3 Anmerkung 54 und in Kapitel 5 Anmerkungen 8, 16, 22 und 69.

94 Siehe Anmerkung 2 dieses Kapitels.

lung des Holocaust in der Geschichte des «Dritten Reiches» weiter unterstrichen. Durch die Öffnung der osteuropäischen Archive hat sich der Focus der Forschung von Deutschland auf das Epizentrum des Holocaust verlagert – auf Polen und die Sowjetunion. Die Geschichtsforschung zum «Dritten Reich» konzentriert sich daher nun endlich auf den Kern der NS-Herrschaft, die Vernichtungspolitik – die geplante Tötung von elf Millionen Juden und die beabsichtigte rassistische Umgestaltung Europas nach einem barbarischen Krieg zur Errichtung der Rassenvorherrschaft und brutalen Unterwerfung (in manchen Fällen auch Vernichtung) «minderwertiger» Völker.

Seit der «Wachablösung» durch die neue Generation werden die wissenschaftlichen Debatten über das «Dritte Reich» weniger erbittert geführt. Heftige Diskussionen um Interpretationen sind natürlich das Lebenselixier für das Streben nach geschichtswissenschaftlicher Erkenntnis. Wie neuere Veröffentlichungen zum Kernthema des Nationalsozialismus, der genozidalen Rassenpolitik, belegen, ähnelt das, was heute an interpretatorischen Meinungsverschiedenheiten ausgetragen wird, weit eher einer «normalen» Geschichtsdebatte als die Dispute der sechziger und siebziger Jahre – vom «Historikerstreit» der achtziger Jahre ganz zu schweigen.

Viele der strittigsten Fragen in der fünfzigjährigen Geschichtsschreibung über das «Dritte Reich» haben also an Schärfe verloren und führen mit grösserem zeitlichem Abstand zu weniger emotionsgeladenen Veröffentlichungen. Der in diesem Zeitraum, vor allem seit den sechziger Jahren, erzielte Forschungsertrag ist wahrhaft beeindruckend. Eine wirklich internationale Wissenschaftlergemeinschaft, deren Arbeit nicht selten von innerdeutschen Entwicklungen und Themenstellungen stark beeinflusst worden ist, hat zahlreiche Aspekte der NS-Herrschaft untersucht und aufgeklärt. Ein grosser Korpus an Spezialwissen wurde in einer gewaltigen Menge von qualitativ oft hochrangigen Büchern angehäuft. Die unterdessen ebenfalls verfassten wertvollen Synthesen und übergreifenden Interpretationen tragen viel dazu bei, diese Forschungsergebnisse einer grösseren Leserschaft zur Kenntnis zu bringen.⁹⁵

95 Hervorzuheben sind in dieser Hinsicht die Arbeiten von Hans-Ulrich Thamer, *Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945*, Berlin 1986; Norbert Frei, *Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945*, München 1987; Jost Dülffer, *Deutsche Geschichte 1933-1945. Führerglaube und Vernichtungskrieg*, Stuttgart 1992; Klaus P. Fischer, *Nazi Germany. A New History*, London 1995; und besonders die ausgezeichnete Studie von Ludolf Herbst, *Das nationalsozialistische Deutschland*

Das «Dritte Reich», insbesondere das Vermächtnis des Holocaust, wird natürlich weiterhin im öffentlichen Moralbewusstsein eine Rolle spielen und tiefe Emotionen bei Menschen wachrufen, die weder Zeit noch Neigung haben, sich durch das Labyrinth wissenschaftlicher Forschungsergebnisse vorzuarbeiten. Die nationalsozialistische Vergangenheit weckt in denen, die sich mit ihr beschäftigen müssen, eine leidenschaftliche moralische Empörung. Und das ist auch richtig so. Doch so berechtigt und sogar notwendig solche Gefühle auch sind, genügt es langfristig gesehen nicht, moralisch entrüstet zu sein, weil dadurch statt eines tieferen Verständnisses leicht eine Legendenbildung begünstigt werden könnte.⁹⁶ Die Menschen müssen in ihrer moralischen Empörung und Entrüstung immer wieder durch eine echte Geschichtswissenschaft und ein wirkliches Geschichtsverständnis bestärkt werden. Die Gegenwart wird tatsächlich durch die Vergangenheit geprägt. Auch in Deutschland ist das unverkennbar der Fall – und das längst nicht immer in negativem Sinne.

Seit dem Krieg ist es noch nie so wichtig gewesen wie jetzt – wo neue Formen von Faschismus und Rassismus bedrohlicher sind, als man sich das noch vor wenigen Jahren hätte vorstellen können –, die Katastrophe zu verstehen, die der Nationalsozialismus über Deutschland und Europa gebracht hat. Ein auf das Dritte Reich spezialisierter Historiker kann zweifellos nur in geringem Masse dazu beitragen, dem besorgniserregenden und deprimierenden Wiedererwachen des Faschismus entgegenzuwirken. Doch so gering dieser Betrag auch sein mag – es ist äusserst wichtig, dass er überhaupt geleistet wird. Wissen ist besser als Unwissenheit, Geschichte besser als Mythos. In einer Zeit, in der Ignoranz und Mythen rassistische Intoleranz sowie faschistische Illusionen und Idiotien Wiederaufleben lassen, lohnt es sich mehr denn je, sich diese Wahrheiten immer wieder in Erinnerung zu rufen.

1933-1945, Frankfurt am Main 1996, in der Rassismus und Krieg zu Recht in den Mittelpunkt der Analyse gestellt werden.

96 Siehe dazu Broszats hilfreichen Hinweis («Briefwechsel», S. 365): «Die Gefahr des Verdrängens dieser Zeit besteht meines Erachtens nicht nur in dem üblichen Vergessen, sondern in diesem Fall, fast paradoxerweise, auch darin, dass man sich aus didaktischen Gründen um dieses Geschichtskapitel zu sehr ‚bemüht‘ und aus dem ursprünglichen, authentischen Kontinuum dieser Geschichte ein Arsenal von Lehrveranstaltungen und Standbildern zusammenstückelt, die sich mehr und mehr verselbständigen, vor allem dann in der zweiten und dritten Generation sich vor die ursprüngliche Geschichte stellen und schliesslich naiverweise als die eigentliche Geschichte missverstanden werden.» Siehe auch Broszat, *Nach Hitler*, S. 114-120.

Weiterführende Literaturhinweise

Kapitel 1

- Bernd Faulenbach, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945. *Tijdschrift voor Geschiednis* 94 (1981), S. 29-57
- Georg G. Iggers, *Deutsche Geschichtswissenschaft*, München 1971
- Wolfgang J. Mommsen, Gegenwärtige Tendenzen in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik, *Geschichte und Gesellschaft* 7 (1981), S. 149-188
- Irmeline Veit-Brause, Zur Kritik an der «kritischen Geschichtswissenschaft»: Tendenzwende oder Paradigmawechsel?, *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 35 (1984), S. 1-24
- Hans Ulrich Wehler, Geschichtswissenschaft heute, in: Jürgen Habermas (Hg.), *Stichworte zur geistigen Situation der Zeit*, Frankfurt/M. 1979, Bd. 2

Kapitel 2

- Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München 1991
- Karl Dietrich Bracher, *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur und Folgen des Nationalsozialismus*, Köln 1980
- Karl Dietrich Bracher, *Zeitgeschichtliche Kontroversen um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie*, München 1976
- Eckhard Jesse (Hg.), *Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung*, Bonn, 2. erw. Auflage 1999
- Jürgen Kocka, Ursachen des Nationalsozialismus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 21. Juni 1980, S. 3-15
- Walter Schlangen, *Die Totalitarismus-Theorie. Entwicklung und Probleme*, Stuttgart 1976
- Totalitarismus und Faschismus. Eine wissenschaftliche und politische Begriffs-kontroverse. Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte*, München 1980
- Wolfgang Wippermann, *Europäischer Faschismus im Vergleich 1922-1982*, Frankfurt/M. 1983

Kapitel 3

- Avraham Barkai, *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik, 1933-1945*, Frankfurt/M. 1988
- Georg W. F. Hallgarten und Joachim Radkau, *Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis in die Gegenwart*, Reinbek 1981
- Ludolf Herbst, *Der totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939-1945* (Stuttgart 1982)

- Timothy W. Mason, Der Primat der Politik – Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, in: *Das Arguments* (1966), S. 473-494
- Franz Neumann, *Behemoth. Die Struktur und Praxis des Nationalsozialismus*, übers. v. Hedda Wagner und Gert Schäfer, Köln 1977
- Hans Erich Volkmann, Politik, Wirtschaft und Aufrüstung unter dem Nationalsozialismus, in: Manfred Funke (Hg.), *Hitler, Deutschland und die Mächte*, Düsseldorf 1978
- Hans Erich Volkmann, Zum Verhältnis von Grosswirtschaft und NS-Regime im Zweiten Weltkrieg, in: Karl Dietrich Bracher u.a. (Hg.), *Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Eine Bilanz*, Bonn 1983, S. 480-508

Kapitel 4

- Martin Broszat, *Der Staat Hitlers*, München 1969
- Alan Bullock, *Hitler und Stalin. Parallele Leben*, übers. v. Helmut Ettinger und Karl Heinz Silber, München 1991
- Joachim C. Fest, *Hitler*, Berlin 1989
- Ulrich von Hehl, *Nationalsozialistische Herrschaft*, München 1996
- Gerhard Hirschfeld und Lothar Kettenacker (Hg.), *Der «Führerstaat»: Mythos und Realität*, Stuttgart 1981
- Eberhard Jäckel, *Hitlers Herrschaft*, Stuttgart 1986
- Eberhard Jäckel, *Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft*, Stuttgart 1983
- Ian Kershaw, *Hitler 1889-1936*, übers. v. Jürgen Peter Krause u. Jörg Rademacher, Stuttgart 1996
- Ian Kershaw, *Hitlers Macht. Das Profil der NS-Herrschaft*, übers. v. Jürgen Peter Krause, München 1992
- John Lukacs, *Hitler – Geschichte und Geschichtsschreibung*, übers. v. Helmut Dierlamm, München 1997
- Hans Mommsen, *Adolf Hitler als «Führer» der Nation* (Deutsches Institut für Fernstudien an der Universität Tübingen), Tübingen 1984
- Hans Mommsen, Hitlers Stellung im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Hirschfeld und Kettenacker, *Der «Führerstaat»*, S. 43-72
- Dieter Rebentisch, *Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 1989
- Gerhard Schreiber, *Hitler-Interpretationen*, Darmstadt 1984
- Wolfgang Wippermann, *Kontroversen um Hitler*, Frankfurt/M. 1987

Kapitel 5

- Götz Aly, *«Endlösung». Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden*, Frankfurt am Main 1995
- Richard Breitman, *Der Architekt der «Endlösung». Himmler und die Vernichtung der europäischen Juden*, übers. v. Heidi und Karl Nicolai, Paderborn 1996
- Martin Broszat, Hitler und die Genesis der «Endlösung». Aus Anlass der Thesen von David Irving, *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 25 (1977), S. 737-775
- Christopher Browning, *Der Weg zur «Endlösung». Entscheidungen und Täter*, übers. v. Jürgen Peter Krause, Bonn 1998
- Christopher Browning, Zur Genesis der «Endlösung». Eine Antwort an Martin Broszat, *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 29 (1981), S. 97-109

- Philippe Burrin, *Hitler und die Juden. Die Entscheidung zu Völkermord*, übers, v. Ilse Strasmann, Frankfurt am Main 1993
- Gerald Fleming, *Hitler und die Endlösung. «Es ist des Führers Wunsch»*, Wiesbaden 1982
- Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden. Bd. 1: Die Jahre der Verfolgung 1933-1939*, übers, v. Martin Pfeiffer, 2., durchges. Aufl., München 1998
- Christian Gerlach, *Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg*, Hamburg 1998
- Ulrich Herbert (Hg.), *Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939-1945. Neue Forschungen und Kontroversen*, Frankfurt am Main 1998
- Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, übers, v. Christian Seeger, Harry Moor, Wolle Bengs und Wilfrid Szepan, Frankfurt/M. 1990
- Eberhard Jäckel und Jürgen Rohwer (Hg.), *Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 1985
- Hans Mommsen, Die Realisierung des Utopischen: Die «Endlösung» der «Judenfrage im ‚Dritten Reich‘», *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983), S. 381-420
- Walter H. Pehle (Hg.), *Der Judenpogrom 1938*, Frankfurt/M. 1988

Kapitel 6

- Wilhelm Deist, *The Wehrmacht and German Rearmament*, London 1981
- Eberhard Fordran u.a. (Hg.), *Innen- und Aussenpolitik unter nationalsozialistischer Bedrohung*, Opladen 1977
- Manfred Funke (Hg.), *Hitler, Deutschland und die Mächte*, Düsseldorf 1978
- Klaus Hildebrand, *Deutsche Aussenpolitik 1933-1945. Kalkül oder Dogma?* 4. Aufl. Stuttgart 1980
- Klaus Hildebrand, *Das vergangene Reich. Deutsche Aussenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871-1945*, 2. Aufl. Stuttgart 1996
- Hans-Adolf Jacobsen, *Nationalsozialistische Aussenpolitik*, Frankfurt/M. 1968
- Wolfgang Michalka (Hg.), *Nationalsozialistische Aussenpolitik*, Darmstadt 1978
- Horst Möller, *Europa zwischen den Weltkriegen*, München 1998
- Klaus-Jürgen Müller, *Armee und Drittes Reich 1933-1939*, Paderborn 1989
- Marie-Luise Recker, *Die Aussenpolitik des Dritten Reiches*, München 1990

Kapitel 7

- Werner Abelshauer und Anselm Faust, *Wirtschafts- und Sozialpolitik. Eine nationalsozialistische Revolution? Nationalsozialismus im Unterricht* (Studieneinheit 4, Deutsches Institut für Fernstudien an der Universität Tübingen), Tübingen 1983
- Jens Albers, Nationalsozialismus und Modernisierung, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 41, 1989, S. 345-365
- Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965
- Claudia Koonz, *Mütter im Vaterland. Frauen im Dritten Reich*, übers, v. Cornelia Holfelder von der Tann, Reinbek 1994
- Horst Matzerath und Heinrich Volkmann, Modernisierungstheorie und Nationalsozialismus, in: Jürgen Kocka (Hg.), *Theorien in der Praxis des Historikers*, Göttingen 1977

- Detlev Peukert, *Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde*, Köln 1982
- Michael Prinz und Rainer Zitelmann (Hg.), *Nationalsozialismus und Modernisierung*, Darmstadt 1991
- David Schoenbaum, *Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches*, übers. v. Tamara Schoenbaum-Holtermann, Köln 1968

Kapitel 8

- Hermann Graml, *Widerstand im Dritten Reich*, Frankfurt/M. 1984
- Peter Hoffmann, *Widerstand gegen Hitler und das Attentat vom 20. Juli 1944. Probleme des Umsturzes*, München 1984
- Ders.: *Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler*, München 1985
- Klaus-Jürgen Müller (Hg.), *Der deutsche Widerstand 1933-1945*, Paderborn 1986
- Ger van Rooon, *Widerstand im Dritten Reich*, übers. v. Marga Baumer-Thierfelder, 7. Aufl. München 1998
- Jürgen Schmädke und Peter Steinbach (Hg.), *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, München/Zürich 1985
- Gerd R. Ueberschär, *Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime*, Köln 1994

Kapitel 9

- Alltagsgeschichte der NS-Zeit. Neue Perspektive oder Trivialisierung? Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte*, München 1984
- Martin Broszat, *Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte*, München 1986
- Dan Diner (Hg.), *Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit*, Frankfurt/M. 1987
- Dokumentation. Ein Briefwechsel zwischen Martin Broszat und Saul Friedländer um die Historisierung des Nationalsozialismus, *Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte* 36 (1988), S. 339-372
- Peter Longerich, *Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung*, München/Zürich 1998

Kapitel 10

- Richard J. Evans, *Im Schatten Hitlers? Historikerstreit und Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/M. 1991
- Norbert Frei, Abschied von der Zeitgenossenschaft. Der Nationalsozialismus und seine Erforschung auf dem Weg in die Geschichte, *Werkstattgeschichte* 20, 1998, S. 69-83
- Ulrich Habert und Olaf Groehler, *Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten*, Hamburg 1993
- Charles S. Maier, *Die Gegenwart der Vergangenheit. Geschichte und nationale Identität der Deutschen*, Frankfurt/M. 1992
- Dieter Pohl, Die Holocaust-Forschung und Goldhagens Thesen, *VfZ* 45, 1997, S. 1-48
- Julius H. Schoeps, *Ein Volk von Mördern? Die Dokumentation der Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust*, Hamburg 1996

Namenregister

- Abelshausen, Werner 250, 258
Abendroth, Wolfgang 50, 217
Abraham, David 81
Adam, Uwe Dietrich 61, 64, 70, 106, 161, 167, 168, 169, 170, 172, 180, 401
Aigner, Dietrich 239, 240
Albers, Jens 366
Allen, William Sheridan 320
Aly, Götz 174, 181
Arendt, Hannah 30, 44, 45, 46, 151, 204, 375
Aronson, Shlomo 180
Aycoberry, Pierre 14, 46, 53
- Backes, Uwe 306, 365
Baldwin, Peter 356, 374
Bankier, David 160, 272, 389
Bartov, Omer 272, 350, 398
Beck, Ludwig 287
Beetham, David 53
Beitz, Berthold 202
Bentley, Michael 392
Benz, Wolfgang 273, 351, 352, 396
Berghahn, Volker R. 22, 359
Bessel, Richard 38, 264, 271
Binion, Rudolf 116, 155
Birn, Ruth Bettina 386, 387, 388
Blackbourn, David 41
Blomberg, Werner von 99, 216, 217
Bludau, Kuno 291
Boberach, Hein 297, 316
Bock, Gisela 270, 344, 397
Boehnert, Gunnar C. 268
Bollmus, Reinhard 120
Bonhoeffer, Dietrich 319
Borkenau, Franz 45
Bormann, Martin 132, 136
Bosch, Michael 77
Botz, Gerhard 53, 311
Bracher, Karl-Dietrich 30, 31, 36,43, 47, 48, 72, 75, 76, 77, 86, 95, 114, 117, 118, 119, 129, 167, 249, 341, 401
Brack, Victor 177, 191
Breitman, Richard 178
Breuille, John 320,364
Bridenthal, Renate 270, 344, 397
Broszat, Martin 26, 61, 63, 65, 66, 68, 73, 121, 122, 123, 130, 131, 157, 158, 161, 179, 180, 182, 188, 202, 204, 210, 214, 215, 233, 234, 253, 263, 265, 266, 267, 276, 284, 292, 293, 294, 295, 298, 300, 301, 302, 304, 305, 306, 307, 310, 316, 322, 326, 329, 330, 332, 333, 335, 336, 342, 345, 346, 347, 349, 350, 353, 362, 364, 370, 371, 376, 400, 401, 403
Browning, Christopher 176, 178, 179, 186, 187, 189, 191, 390
Brzezinski, Zbigniew 30
Buchheim, Hans 62, 106, 176, 280, 286, 396

Bullock, Alan 115, 117, 210
 Burckhardt, Carl J. 236
 Burleigh, Michael 79, 276, 370, 395, 397
 Burrin, Philippe 162, 181, 184, 185, 186,
 187, 190

 Caetano 70
 Canaris, Wilhelm 216
 Caplan, Jane 90, 91, 92, 392
 Carr, William 94, 99, 102, 114, 145, 217,
 224, 226, 227, 241, 242
 Carsten, Francis L. 49, 247, 291
 Childers, Thomas 59
 Clemenz, Manfred 50, 62
 Conze, Werner 334, 365, 379
 Cottrell, P.L. 100
 Croce, Benedetto 54
 Czichon, Eberhard 85

 Dahmer, Helmut 53
 Dahrendorf, Ralf 58, 253, 254, 258, 259,
 330
 Dallin, Alexander 198
 Dawidowicz, Lucy 38, 148, 149, 154, 179
 DeFelice, Renzo 44, 49, 72
 Deist, Wilhelm 97
 Delp, Alfred 288, 319, 323
 Delzell, Charles F. 72
 Deutsch, Harold C. 293
 Dieckmann, Christoph 202
 Diels, Rudolf 167
 Diehl-Thiele, Peter 120, 123, 129, 130,
 133
 Dietrich, Otto 130
 Dilthey, Wilhelm 36,55
 Dimitroff, Georgi 28, 51
 Diner, Dan 335, 337, 341, 347, 349, 351,
 377
 Dirks, Walter 319

 Donecker, G. 132
 Dorpalen, Andreas 82, 283
 Döscher, Hans-Jürgen 221
 Dülffer, Jost 53, 103, 143, 211, 224,
 225, 226, 230, 402

 Eatwell, Roger 49, 74, 392
 Eichholtz, Dietrich 29, 70, 82, 85,
 107, 251, 282
 Eichmann, Adolf 176, 186, 189, 400
 Eley, Geoff 41, 55, 148, 222, 356
 Erdmann, Karl Dietrich 87, 112, 119
 Evans, Richard J. 55, 310, 356
 Eyer, Michael 97

 Faber, K. G. 23
 Falter, Jürgen 59
 Farquharson, John 14
 Faulenbach, Bernd 19
 Faust, Anselm 250, 258
 Feldmann, Gerald 369
 Fest, Joachim C. 115, 117, 154, 286
 Finkelstein, Norman G. 386, 387
 Fischer, Conan 263, 264
 Fischer, Fritz 21, 22, 221
 Fischer, Klaus P. 402
 Fisher, David 172
 Fleming, Gerald 155, 165, 179, 187,
 191, 401
 Fletcher, Roger 360
 Flohr, Paul R. Mendes 320
 Forndran, Erhard 232, 233, 241
 Forstmeier, F. 102
 Fox, John 112
 Fraenkel, Ernst 120
 Franco 70, 217, 345
 Frank, Hans 132, 174, 175, 195, 197,
 199
 Frank, Niklas 175, 176
 Freedon, Herbert 339
 Frei, Norbert 29, 352, 371, 378, 396

Frenzel, Ivo 382
 Frick, Wilhelm 130, 131, 168
 Friedländer, Saul 150, 333, 335, 336, 337,
 338, 339, 340, 341, 343, 346, 348, 349,
 351, 352, 354, 362, 370, 395
 Friedrich, Carl J. 30, 45, 46, 47, 61
 Fröhlich, Elke 145
 Fulbrook, Mary 78
 Funke, Manfred 94, 123, 217, 218, 226,
 234, 396

 Geary, Dick 81
 Gellately, Robert 355
 Genoud, F. 273
 Gerlach, Christian 181, 189, 190, 193,
 194, 195, 197, 199, 200, 201, 202, 203
 Gillingham, John R. 109
 Goebbels, Joseph 171, 172, 173, 193,
 195, 196, 197, 235, 236
 Goerdeler, Carl 20, 35, 142, 287, 288,
 298
 Goldhagen, Danielj. 151, 152, 379, 380,
 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388,
 389, 390, 391, 398
 Gollwitzer 319
 Gordon, Sarah 153, 272
 Göring, Hermann 99, 100, 132, 171, 172,
 173, 179, 186, 187, 216, 217
 Gossweiler, Kurt 29, 70, 85, 107, 144,
 251, 282
 Graml, Hermann 279, 286, 288
 Gramsci, Antonio 53
 Granzow, Brigitte 152
 Gregor, A.J. 57
 Grieger, Manfred 393
 Griffin 49, 74, 392
 Groehler, Olaf 28, 400
 Grossman, Atina 270, 344, 397

 Grüber, Heinrich 319
 Gruchmann, Lothar 132, 136, 139, 169,
 273
 Habermas, Jürgen 22, 359, 360
 Hachmeister, Lutz 395
 Haffner, Sebastian 116, 154, 256
 Hagen, Mark von 63
 Hagtvet, Bernd 60
 Hallgarten, George W.F. 100, 101, 103,
 105, 109
 Hamilton, Richard F. 59
 Hartmann, Wolf-Rüdiger 114
 Hassel, Ulrich von 284, 287, 288, 299
 Hauner, Milan 211, 212, 218, 238, 241,
 245
 Hayes, Peter 81, 393
 Heer, Hannes 199
 Hehl, Ulrich von 112, 319
 Heinemann, Ulrich 279
 Helfferding, Rudolf 45
 Hellfeld, Matthias von 309
 Henke, Klaus-Dietmar 295
 Hennig, Eike 88
 Herbert, Ulrich 162, 164, 196, 306, 337,
 343, 377, 395, 400
 Herbst, Ludolf 110
 Herf, Jeffrey 28
 Hermelink, Heinrich 289
 Hess, Rudolf 130
 Heydrich, Reinhard 174, 176, 179, 183,
 185, 186, 187, 188, 191, 267
 Hiden, John 14
 Hilberg, Raul 179
 Hildebrand, Klaus 14, 24, 25, 26, 36, 37,
 43, 46, 53, 56, 57, 58, 72, 75, 76, 77,
 86, 87, 112, 117, 119, 124, 156, 211,
 220, 234, 236, 288, 349

Hill, Leonidas E. 293

Hillgruber, Andreas 14, 23, 24, 25, 31, 43,
75, 76, 77, 87, 114, 117, 178, 179, 183,
184, 211, 237, 242, 335, 336, 338, 347,
348, 349, 350, 353, 361

Himmler, Heinrich 132, 174, 176, 178,
186, 187, 190, 197, 198, 199, 257, 367,
390

Hirschfeld 26, 27, 112, 123, 129, 133, 212,
268

Hitler, Adolf 8, 14, 15, 17, 21, 25, 26, 27,
34, 35, 36, 42, 47, 71, 72, 76, 77, 78,
79, 92, 96, 99, 102, 103, 104, 112-245,
264, 265, 273, 279, 290, 312., 314,
315, 317, 321, 322, 324, 325, 360, 363,
366, 367, 368, 374, 375, 383, 385, 395,
399, 401

Hockerts, Hans-Jürgen 365

Hofer, Walter 139, 156, 217, 296, 297,
300, 301, 302, 305, 306, 308, 312

Hofer, Walther 13

Hoffmann, Peter 279, 286, 293, 322

Horn, Wolfgang 129, 133

Höss, Rudolf 204

Härten, Heinz 319

Husson, Edouard 14, 371, 388

Hüttenberger, Peter 96, 98, 99, 101, 120,
130, 133, 292, 297, 307

Iggers, Gerhard G. 19, 20, 30, 35

Irving, David 151, 152, 401

Jäckel, Eberhard 57, 115, 117, 119, 178,
180, 183, 211, 242, 369, 375, 383

Jacobmeyer, Wolfgang 175, 195

Jacobsen, Hans-Adolf 124, 176, 218, 221

Jaeger, Harald 292

James, Harold 81, 361, 371

Jamin, Mathilde 59, 264

Jansen, Christian 394

Jarausch, Konrad A. 221

Jaschke, Hans-Gerd 53

Jaspers, Karl 38

Jedrzejewicz, Waclaw 223

Jens, Inge 289

Jesse, Eckhard 69, 374, 392

Jochmann, Werner 160

Jünger, Ernst 44

Kadritzke, Niels 62

Kaelble, Helmut 250

Kaiser, David 103

Kaplan, Marion 344, 270, 397

Kater, Michael H. 59, 132, 298, 343

Kershaw, Ian 63, 67, 191, 325, 354, 392

Kersten, Felix 178

Kettenacker, Lothar 26, 27, 112, 123, 129,
133, 212, 268

Kitchen, Martin 46, 64, 65, 66

Klee, Ernst 319

Klein, Peter 202

Klemperer, Klemens von 293

Klenner, Jochen 133

Kiessmann, Christoph 279, 319, 320

Klinsiek, Dorothee 270

Klönne, Arno 273

Klotzbach, Kurt 291, 316

Knox, MacGregor 71

Koch, Hans W 22

Kocka, Jürgen 23, 34, 41, 63, 66, 73, 74,
76, 120, 331, 353, 359, 369

Koehl, Robert 132

Koonz, Claudia 270, 344

Krauch, Carl 103

Krause, Jürgen Peter 8, 390

Krausnick, Helmut 106, 176, 178, 180,
 183, 184, 187, 191
 Krosigk, Lutz Graf Schwerin von 136
 Krüger-Charlé, Michael 279, 280, 298
 Kube, Alfred 190, 217
 Kuhn, Axel 369
 Kühnl, Reinhard 50, 60, 88, 256
 Kulka, Otto Dov 150, 169, 272, 320, 334,
 335, 337, 339, 341, 372
 Kuper, Leo 355
 Kwiet, Konrad 150, 151

 Lang, Jochen von 189
 Laqueur, Walter 43, 49, 60, 93, 247
 Larsen, Stein Ugelvik 49, 62
 Lepsius, R. M. 334, 365
 Lewin, Moshe 63, 376, 392
 Lewys, Guenter 319
 Ley, Robert, 130, 138, 342, 368
 Lichtenberg, Bernhard 319
 Lifton, Robert Jay 344
 Linz, Ivan J. 60, 73
 Lipset, Seymour Martin 58, 59
 Lohse, Hinrich 190, 191, 197
 Longerich, Peter 162, 174, 181, 182, 192,
 197, 198, 200, 201
 Löwenthal, Leo 45, 319, 320
 Löwenthal, Richard 279
 Lozek, Gerhard 251
 Lukacs, John 114

 Mai, Gunther 306
 Maier, Charles 356, 362, 370
 Mammach, Klaus 282
 Mandel, Ernest 252
 Mann, Golo 54
 Mann, Michael 392
 Mann, Reinhard 35, 290, 355
 Markham, James M. 356

 Marrus, Michael 150
 Martens, Stefan 217
 Märteshheimer, Peter 382
 Marx, Karl 24, 52, 85, 110, 146
 Mason, Tim 27,37,72,83,84,85,86, 88, 99,
 102, 106, 109, 126, 139, 140, 141, 142,
 143, 144, 146, 147, 216, 302, 304, 305,
 306, 394
 Matthäus, Jürgen 397
 Matthias, Erich 140
 Matzerath, Horst 72, 248, 250, 258, 259,
 260, 261, 267, 369
 Mayer, Arno J. 161, 180, 181, 373, 374
 McGovern, William Montgomery 21
 Meehan, Patricia 325
 Mehringer, Hartmut 35, 280
 Meinecke, Friedrich 20, 21, 34, 54
 Merkl, Peter 263
 Merson, Alan 318
 Messerschmidt, Manfred 286, 297
 Meyer-Krahmer 281
 Michaelis, Meir 44, 243
 Michalka, Wolfgang 114, 139, 218, 226,
 238, 239
 Milward, Alan S. 83, 93, 100, 101, 103,
 108, 110, 141
 Möll, Marc-Pierre 392
 Möller, Horst 207, 284, 285
 Moll, Martin 196
 Moltke, Helmuth Graf von 288
 Moltmann, Günter 210, 211, 237
 Mommsen, Hans 8, 26, 72,113,120, 123,
 124, 125, 130, 131, 156, 157, 162, 170,
 187, 188, 189, 193, 201, 208, 213, 214,
 221, 233, 254, 267, 279, 280, 284, 285,
 286, 287, 295, 298, 299, 308, 321, 323,
 326, 366, 384, 386, 393, 394
 Mommsen, Wolfgang J. 26, 41, 57, 65,
 68, 112, 369, 379

Moore, Barrington Jr. 57, 58
 Mosse, George L. 153
 Mühlberger, Detlef 49, 59
 Mühlen, Patrick von zur 279, 316, 319, 320
 Müller, Klaus-Jürgen 101, 279, 284, 286, 291, 297, 319, 322
 Mussolini, Benito 44, 71, 176, 365
 Muth, Heinrich 273

Natoli, Claudio 295
 Neebes, Reinhard 81
 Neuhäusler, Johann 289
 Neumann, Franz 45, 68, 96, 120, 256
 Nicholls, Anthony 140
 Nicosia, Francis R. 226
 Niemöller, Martin 319
 Niethammer, Lutz 275, 337, 377, 394
 Niewyk, Donald L. 389
 Nipperdey, Thomas 23, 34
 Noakes, Jeremy 133, 248, 261, 265, 267
 Nolan, Mary 63, 397
 Nolte, Ernst 13, 49, 50, 55, 56, 63, 73, 86, 335, 338, 348, 349, 356, 361, 372, 373, 401
 Norden, Günther van 319, 320
 Nyomarkay, Joseph 129, 133

O'Butler, Rohan 21
 Ohlendorf, Otto 185
 Opitz, Reinhard 256
 Organski, A.F.K. 57, 58
 Orlow, Dietrich 133
 Oster, Hans 287
 Overy, Richard J. 87, 100, 103, 142, 270

Papen, Franz von 53, 222
 Parsons, Talcott 54, 55

Pätzold, Kurt 107, 158, 175, 176, 177, 187, 193
 Paxton, Robert O. 293
 Payne, Stanley G. 49
 Pehle, Walter H. 172
 Peterson, Edward N. 120, 131, 137, 138, 140
 Petzina, Dietmar 82, 83, 97, 100, 109
 Peukert, Detlev 67, 72, 82, 83, 97, 100, 109, 137, 261, 270, 273, 275, 277, 291, 297, 304, 311, 314, 316, 317, 318, 346, 347, 350, 354
 Pingel, Falk 279, 319, 320
 Pirker 280
 Plum, Günter 284, 285, 292, 293, 296
 Pohl, Dieter 191, 388, 389, 390
 Popitz, Johannes 287
 Poulantzas, Nicos 53, 89, 90, 91, 92
 Präg, Werner 175, 195
 Prinz, Michael 175, 195, 269, 343, 365, 366, 370
 Puhle, Hans-Jürgen 41, 76, 359

Rademacher, Franz 176
 Radkau, Joachim 100, 101, 103, 105, 109
 Rauschnig, Hermann 134, 210, 239, 240, 243
 Read, Anthony 172
 Rebutisch, Dieter 136, 396
 Recker, Maire-Luise 207, 268, 342
 Reich, Wilhelm 54
 Reitlinger, Gerald 179, 187
 Reulecke, Jürgen 137, 270, 304
 Ribbentrop, Joachim von 176, 219
 Rich, Norman 113, 212
 Richter, Rolf 251
 Riesenberger, Dieter 233

- Ritter, Gerhard 20, 21, 34, 35, 54, 285
Röhm, Ernst 132
Roon, Ger van 279, 287
Rosar, Wolfgang 226
Rosenbaum, Ron 114
Rosenberg, Alfred 194, 197
Rothfels, Hans 35, 280, 289
Rückeri, Adalbert 191
Ruge, Wolfgang 29
Ruhwer, Jürgen 178, 180
Rumschöttel, Hermann 292
Rüsen, Jörn 19, 22, 34
- Saage, Richard 45, 62, 93, 256
Sachse, Carola 306
Salazar, Antonio de Olivera 70
Saldern, Adelheid von 256
Salter, Stephen 142, 143, 268, 304
Saucel, Fritz 108
Sauer, Wolfgang 30, 35, 36, 55, 167
Schabowski, Günter 324
Schacht, Hjalmar 98
Schäfer, Gerd 45, 93
Schäfer, Hans-Dieter 72
Scheffler, Wolfgang 190, 400
Schieder, Theodor 210
Schieder, Wolfgang 26,49, 63,71,75, 217,
267, 372, 379
Schlabrendorff, Fabian von 284
Schlangen, Walter 44, 47
Schleicher, Kurt von 53, 222
Schlenker, Manfred 20
Schleunes, Karl A. 106, 107, 160, 161,
166, 167, 172, 173, 401
Schmädecke, Jürgen 35
Schmädeke, Peter 279, 280, 281, 287,
296, 297, 298, 299, 300, 308, 319
Schmidt, Helmut 13
Schmitt, Carl 44, 120
- Schmitthenner, Walter 280, 286
Schoenbaum, David 58, 140, 253, 254,
255, 256, 257, 258, 259, 270, 271,
330
Schoeps, Julius H. 380, 384
Scholl, Inge 289
Schreiber, Gerhard 14
Schulz, Gerhard 30, 167
Schulze, Hagen 119
Schumpeter, Joseph 214
Schwabe, Klaus 322
Schweitzer, Arthur 83
Shirer, William 21
Siefken 289
Smith, Woodruff D. 222
Sohn-Rethel, Alfred 88, 89, 93, 235
Speer, Albert 142, 267
Stachura, Peter D. 81, 97, 130, 263
Stalin, Josef 47, 345, 367, 374
Stanford, Paul 102
Stangl, Franz 204
Stauffenberg, Claus Graf Schenk von
283, 321, 322
Steffani, W. 132
Steinbach, Peter 35, 279, 298, 308, 313
Steinberg, Hans-Josef 291
Steinert, Marlies G. 168, 297
Stephenson, Jill 269
Stokes, Lawrence D. 226
Streicher, Julius 167
Streim, Alfred 183, 184, 185, 186
Streit, Christian 180, 189, 204, 272
Stürmer, Michael 359, 361, 363
- Taylor, A. J. P. 209
Taylor, Telford 239
Teichova, Alice 100
Tenfelde, Klaus 353
Thalheimer, August 51, 52, 53
Thalmann, Rita 172

Thamer, Hans-Ulrich 49
Thies, Jochen 211, 238, 240, 241
Toland, John 154
Trevor-Roper, H. R. 133, 160, 209, 210,
211, 243
Trott zu Solz, Adam von 283, 288, 323
Trotzki, Leo 53, 252
Turner, Henry A. 56, 72, 257, 260

Ueberschär, Gerd R. 279
Ulrich, Volker 383

Veit-Brause, Irmeline 26, 31, 361
Voges, Michael 304
Volk, Ludwig 319
Volkmann, Hans-Erich 94, 95, 97,
102
Volkmann, Heinrich 72, 248, 250, 258,
259, 260, 261, 267, 369

Wagner, Gerhard 169
Waite, Robert 116
Walter, Dirk 153
Wartenburg, Paul Graf York von 288
Weber, Eugene 49, 56
Weber, Hermann 308

Wegner, Bernd 272
Wehler, Hans-Ulrich 23, 25, 26, 27, 31,
41, 116, 250, 331, 349, 353, 357, 359,
369, 379, 387
Weinberg, Gerhard 212, 213, 224, 226,
227, 239, 240
Weisbrod, Bernd 394
Weisenborn, Günther 290
Weissbecker, Manfred 70
Weizsäcker, Friedrich von 224
Welch, David 177
Wenner, Barbara 8
Werner, Wolfgang 142, 268
Winkler, Heinrich August 50, 53, 59, 70,
73, 74, 75, 76, 103, 105, 261, 267, 269
Winkler, Dörte 143, 269
Wippermann, Wolfgang 30, 79, 276,
277, 370, 395,
Wisotzky, Klaus 304
Wistrich, Robert S. 53
Witte, Peter 190
Wright, Jonathan 102

Zitelmann, Rainer 265, 365, 366, 367,
368, 370, 371
Zöllner, M. 34